

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 38

DIETER KLEIN (HRSG.)
MICHAEL BRIE, MICHAEL CHRAPA,
JUDITH DELLHEIM, RAINER LAND, DIETER ZAHN

Leben statt gelebt zu werden

Selbstbestimmung und soziale Sicherheit

Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Karl Dietz Verlag Berlin

Durch intensive Diskussion in der Zukunftskommission und eigene Ausarbeitungen haben zur Endfassung des Zukunftsberichts weitere Mitglieder der Zukunftskommission beigetragen:

Reinart Bellmann, Frank Berg, Mirko Pöhler, Sabine Reiner, Michael Thomas, Viola Schubert-Lehnhardt, Silke Veth

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 38

ISBN 3-320-02935-5

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2003

Umschlag: Heike Schmelter

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

1. Kapitel: Entwicklungspfade moderner Gesellschaften und die Alternativen der Gegenwart	9
<i>1.1. Selbstbestimmt und gerecht – die gesellschaftliche Vision der Bürgerinnen und Bürger</i>	<i>10</i>
1.1.1. Auch die Zukunft ist nicht mehr, was sie einmal war	11
1.1.2. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die etwas haben	13
1.1.3. „Die da oben“ – „Wir hier unten“	14
1.1.4. Wie frei sind die Freien, wie gleich die Gleichen?	16
<i>1.2. Geschichte kann, Geschichte muss gemacht werden: Unterschiedliche Entwicklungspfade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	<i>18</i>
1.2.1. Die Jahrhundertwende 1900: Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut	19
1.2.2. Entwicklungspfade, Sackgassen und Verbrechen	21
<i>1.3. Der fordistische, sozialstaatlich eingedämmte Kapitalismus nach 1945</i>	<i>26</i>
1.3.1. Grenzen des Wachstums: Zur Armut verdammt und für den Krieg bestimmt	28
1.3.2. Auf der Flucht nach vorn: Höhere Löhne für produktivere Arbeit	30
1.3.3. Das Ende der Verelendung in den Metropolen: Neue volkswirtschaftliche Proportionen	33
1.3.4. Fordistische Lohnarbeit und Patriarchat: „Mein Auto, mein Haus und meine Frau“	37
1.3.5. Der Kapitalismus mit „sozialem Antlitz“: Wieso war er möglich?	40
<i>1.4. Neue Grenzen des Wachstums: Die Krise des Goldenen Zeitalters des Kapitalismus</i>	<i>44</i>
1.4.1. Das Menetekel an der Wand: Der erste Bericht des <i>Club of Rome</i> von 1972	46
1.4.2. Ein Weiter-So ist unmöglich: Die fünf Elemente der Krise	53
<i>1.5. Hochtechnologien und Globalisierung – Katalysatoren von Krisen und Chancen zugleich</i>	<i>60</i>

1.6. Gegensätzliche Strategien für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts	69
1.6.1. Der neoliberale Weg	72
1.6.2. Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie	76
1.6.3. Entzivilisierter Kapitalismus	80
2. Kapitel: Eine andere Welt ist möglich!	84
2.1. Unser Leitbild: Der selbstbestimmt und solidarisch handelnde Mensch	92
2.1.1. „Und die im Dunkeln sieht man nicht.“	93
2.1.2. Unternehmer der eigenen Arbeitskraft oder Menschen, die ihr Leben selbst bestimmen?	97
2.1.3. Vor uns eine fundamentale Transformation – drei Dimensionen einer neuen globalen Revolution	100
2.2. Für eine gerechtere Gesellschaft	106
2.2.1. Theoretische Fundierung einer Politik der Gerechtigkeit	106
2.2.2. Der Gerechtigkeitsdiskurs des Neoliberalismus und die Realität: Die „Wohltaten“ einer Umverteilung von Macht und Eigentum von unten nach oben	114
2.2.3. Der Gerechtigkeitsdiskurs der neuen Sozialdemokratie in Deutschland: Mehr „gerechte Ungleichheit“	116
2.3. Die Gleichheit der Freien: Freiheitsgüter als Bedingung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit	120
2.3.1. Die Gleichheit der Freien	120
2.3.2. Was braucht der Mensch? Die Freiheitsgüter moderner Gesellschaften	122
2.4. Grundzüge einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative	132
2.4.1. Emanzipation und Partizipation statt marktgerechte Unterwerfung	133
2.4.2. Soziale Souveränität statt sozial erzwungene Abhängigkeit	139
2.5. Ein theoretischer Exkurs: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit im Spannungsfeld zwischen individueller Lebenswelt, sozialen Systemen und Machtstrukturen	145
3. Kapitel: Der Arbeit ein menschliches Maß – sozial-ökologischer Umbau der Arbeitswelt	157
3.1. Ausgangsbedingungen alternativer Arbeitspolitik	157
3.2. Individualität statt Funktionalität – Vorzeichen alternativen Wandels der Arbeitswelt	160

3.3. Arbeit und Individualität	167
3.3.1. Arbeit und Bildung	168
3.3.2. Verkürzte Arbeitszeit – Erwerbs- und Eigenarbeit neu kombiniert	178
3.3.3. Bedarfsorientierte Grundsicherung und selbstbestimmter Wandel der Arbeitswelt	201
3.3.4. Lohnpolitik, Binnenmarktstabilisierung und Wertschöpfungsabgabe	214
3.3.5. Starke Gewerkschaften und Verteidigung der Tarifautonomie	225
3.4. Neue Arbeitsplätze Arbeit und Strukturwandel	229
3.4.1. Ökologischer Umbau und humanorientierte Dienstleistungen	231
3.4.2. Technologische Innovationen auf Nachhaltigkeit konzentrieren	235
3.4.3. Regionalentwicklung und veränderte Förderpolitik	238
3.5. Arbeit und makroökonomische Wirtschaftspolitik	244
3.5.1. Wandel der Regulationsweise	246
3.5.2. Geld- und Kreditpolitik, Finanzpolitik und Umbau der Arbeitsverhältnisse	251
3.5.3. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung	262
3.5.4. Europäische Union – Chance für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik?	270
3.6. Und der Sinn des Ganzen?	273
4. Kapitel: Akteure	276
4. 1. Akteure und Handeln: Betrachtungsmöglichkeiten und Problemlagen	276
4.2 Aktionen, Initiativen, Bewegungen: Ansätze und Erfahrungen	290
4.3 Akteure der Zukunft: Chancen und Aufgaben	316
Sachwortverzeichnis	330
Literaturverzeichnis	342

1. Kapitel

Entwicklungspfade moderner Gesellschaften und die Alternativen der Gegenwart

Selbstbestimmt und solidarisch zu leben – das ist die Vision, die diesem Bericht zugrunde liegt. Sie klingt illusionär und ist doch der Wunsch der Mehrheit der Menschen in unserem Land. Sie scheint unmöglich und ist doch realistisch. Sie erscheint bestenfalls als ferne Utopie und wird doch gebraucht bei konkreten Reformen der nächsten Jahre. Die politische Tagesordnung stellt die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands unausweichlich vor Alternativen. Und jeder Schritt, den dieses Land geht, ist ein Schritt in eine bestimmte Richtung. Wir müssen uns gemeinsam über diese Richtung und über die möglichen und über die notwendigen Schritte verständigen, damit nicht über uns bestimmt und gegen uns entschieden wird.

Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts werden zeigen, dass es Alternativen gibt zum Rückbau sozialer Standards, zur Unterordnung unter die Imperative der Weltmarktkonkurrenz, zum Wettbewerb um die beste Verwertung unseres Lebens und zur Spaltung in Arm und Reich. Individuelle Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Freiheit und Gleichheit schließen sich nicht aus, sondern sind vereinbar. Unsere Gesellschaft hat dafür alle Möglichkeiten. Wir sind dafür nicht zu arm, sondern wir nutzen nur unseren Reichtum falsch.

In Deutschland wird schon der Ansatz jeder Diskussion über Alternativen dadurch im Keim erstickt, dass der Verdacht erhoben wird, man wolle wieder einmal gegen den Willen der Mehrheit mit den Mitteln der Diktatur eine Utopie durchsetzen. Wir werden in einem ersten Schritt beweisen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands Visionen einer gerechteren Gesellschaft hat.

Die Diskussion über Alternativen wird jedoch zusätzlich noch dadurch eingeschränkt, dass jede politische Entscheidung durch so genannte Sachzwänge begründet wird. Man könne gar nicht über alternative Richtungen entscheiden, da der Weg schon vorgegeben sei.

„Wir leben zu Lasten der natürlichen Mitwelt, der Dritten Welt, der Nachwelt und der Integrität unserer eigenen Gesellschaft. Dass dies das Leben sei, kann uns, die wir all dies wissen oder zumindest wissen könnten, also nur noch eine sehr zweifelhafte Annahme sein. Einer Umkehr zum Leben bedarf es umso mehr, als wir andern Ländern ein schlechtes Vorbild bieten, an dem sie sich faktisch orientieren.“

Meyer-Abich 1997: 9

Es ginge nur noch um das mögliche Tempo der Umsetzung dieser Zwänge. Einem solchen Verständnis nach wäre Politik wie ein Auto ohne Lenkrad. Es gäbe nur Gas und Bremse. Wo wir ankommen würden, sei klar. Wir könnten nur noch Einfluss darauf nehmen, wann wir dort ankommen – als erste oder letzte. Damit wird verdeckt, wer in Wirklichkeit mit großer Energie die Richtung der Politik bestimmt und dabei zu verhindern sucht, dass sie ernsthaft kontrovers diskutiert wird.

Geschichte ist offen. Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts werden deshalb in einem zweiten Schritt jene Alternativen aufzeigen, die vor uns stehen. Ausgangspunkt ist eine Analyse der heutigen Situation und eine Betrachtung jener beiden Strategien, die im Mittelpunkt der deutschen und internationalen Diskussion stehen – des Neoliberalismus und der Dritten Wege. Dies ist die Voraussetzung, um im zweiten Kapitel unseres Berichts dann jene Kriterien darzustellen, die unseren eigenen Strategievorschlägen zugrunde liegen. Im dritten Kapitel werden wir Auswege aus der gegenwärtigen Krise exemplarisch für ein besonders wichtiges Politikfeld darstellen, für die Reform der Arbeitsverhältnisse nach dem Maßstab individueller Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit. Im vierten Kapitel werden wir uns der Frage zuwenden, wer solche Veränderungen herbeiführen könnte.

1.1. Selbstbestimmt und gerecht – die gesellschaftliche Vision der Bürgerinnen und Bürger

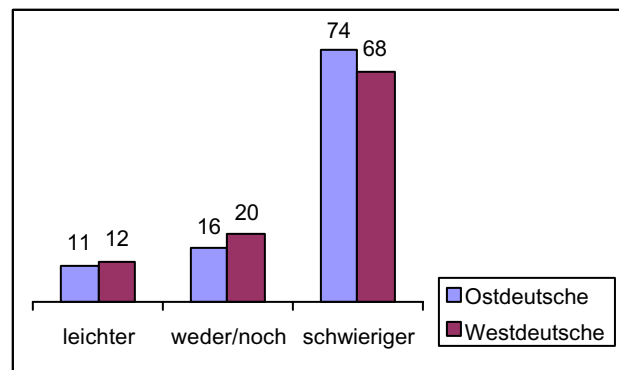
Den Deutschen geht es gut, sagen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands über sich selbst. 96,3 Prozent der Westdeutschen und auch 84,5 Prozent der Ostdeutschen stimmen voll oder eher der Auffassung zu, dass es sich in unserem Land sehr gut leben lässt (ALLBUS 2002). Wozu aber dann ein alternativer Zukunftsbericht, wenn die Gegenwart (fast) nichts zu wünschen übrig lässt? Welche Gesellschaft hat schon je mehr als 93 Prozent zufrieden gestellt?

Dieser hohe Zufriedenheit stehen vier Auffassungen gegenüber: Erstens geht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands davon aus, dass die Gesellschaft, in der sie leben, in den nächsten Jahren schlechter werden wird. Zweitens sehen sie viele dieser Entwicklungen als direkte Bedrohung vor allem für die „einfachen Leute“. Drittens misstrauen sie den herrschenden Eliten und wollen mehr direkten eigenen Einfluss. Und viertens kritisieren sie, dass Freiheit und Gleichheit als entscheidende Werte auch heute schon nicht annähernd verwirklicht sind.

1.1.1. Auch die Zukunft ist nicht mehr, was sie einmal war

Der Zukunftsoptimismus der fünfziger und sechziger Jahre und die optimistische Skepsis der siebziger und achtziger Jahre ist einem deutlichen Pessimismus gewichen. Während frühere Generationen davon ausgingen, dass ihre Kinder und Enkel besser leben werden, vermuten heute 68 Prozent der Westdeutschen und 74 Prozent der Ostdeutschen, dass die nachfolgenden Generationen es schwerer haben werden (BRÄHLER 2001).

Für die nächste Generation wird das Leben in unserem Land



QUELLE: BRÄHLER 2001

Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands haben auch ziemlich düstere Vorstellungen von dem, worauf sich ihre Nachkommen einstellen müssen. 71 Prozent gehen davon aus, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer wird. Und nur jeder Sechzehnte in diesem Lande (ganze 6 Prozent) rechnet mit mehr Solidarität und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Über zwei Drittel nehmen an, dass die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden und Geld immer wichtiger. Wachsenden Wohlstand und größere Entscheidungsfreiheit erwarten nur wenige und Bürgernähe der Politik oder Hilfsbereitschaft untereinander kaum jemand. Sich ausbreitende soziale Kälte, Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie wachsende Unsicherheit sind die drei Grundtendenzen, die das Zukunftsbild der Menschen in Deutschland umreißen.

Die deutlich veränderten Zukunftserwartungen der Menschen in Deutschland sind aus der Verallgemeinerung jener Erfahrungen entstanden, die sie in den neunziger Jahren gemacht haben. Die Zukunft erscheint als kaum abänderbare Verlängerung dieser unübersehbaren Tendenzen hin zu einer kalten und harten Gesellschaft, in der jeder mit dem anderen um den Zugang zu den Mindestgütern eines anständigen Lebens kämpft. Diese fatalistische Sicht drückt aber auch eine deutliche Kritik an diesen Tendenzen aus, sie verpflichtet, darüber nachzudenken, ob nicht doch individuelle Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Freiheit und Solidarität für alle möglich sind. Der vorliegende Bericht soll dazu beitragen.

Tabelle 1:

Meinungen zur Zukunft	
Frage: Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in 10 Jahren vor?	
(Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung, Angaben in %, gerundet)	
	Trifft zu
Ältere werden immer mehr Mühe haben, die Gesellschaft zu verstehen.	71
Die Gesellschaft wird kälter, egoistischer.	71
Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.	70
Geld wird immer wichtiger, die Menschen werden immer materialistischer.	68
Nur die Starken werden sich durchsetzen.	54
Es gibt mehr Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern.	51
Die Zukunft wird unsicherer werden.	50
Es kommt zu sozialen Unruhen.	42
Es wird weniger Rücksicht auf Ausländer und Minderheiten genommen.	39
Mit der Wirtschaft wird es aufwärts gehen.	29
Es werden sich mehr Leute selbständig machen.	29
Das Selbstbewusstsein steigt, die Leute trauen sich mehr zu.	24
Es wird mehr Risikobereitschaft geben.	24
Die Familie wird an Bedeutung zunehmen.	17
Das Anspruchsdenken geht zurück, man wird genügsamer.	16
Es wird mehr Wohlstand geben, wir werden uns mehr leisten können.	16
Man hat größere Entscheidungsfreiheit.	11
Religion wird für die Menschen wichtiger sein als heute.	10
Es wird einen größeren Nationalstolz geben.	10
Die Politik wird bürgernäher.	7
Die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander wird wachsen.	6
Es wird mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt geben.	6
Es wird mehr gespendet.	5

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH. FAZ, 16.08.2000

1.1.2. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die etwas haben

Unter dem Titel „Weltlauf“ fasste Heinrich Heine die bittere Einsicht zusammen, dass Lebenschancen und Besitz zusammengehören. Auch 150 Jahre später teilen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands diese Auffassung. Über Jahrzehnte schien die soziale Frage in Ost- und Westdeutschland gelöst. Der staatssozialistische Osten hatte eine weitgehend nivellierte *arbeiterliche Gesellschaft* entwickelt. Die Arbeiter hatten zwar keine politische Macht, aber „das soziale Zepter hielten sie in der Hand“: „Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltags-sitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klasse“ (ENGLER 1999: 200). Angestellte, Intelligenz und die Reste der bürgerlichen Mittelschichten wurden im Einkommen zu beträchtlichen Teilen den Arbeitern angeglichen.

In Westdeutschland kam es zu einem Fahrstuhleffekt. Die sozialen Unterschiede blieben bestehen, aber fast jede soziale Gruppe partizipierte am gemeinsamen „Wohlstandswunder“. In der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft fuhren sie einvernehmlich nach oben. Die Kultur der Angestellten, einer lohnabhängigen Mittelschicht, wurde gesellschaftsprägend.

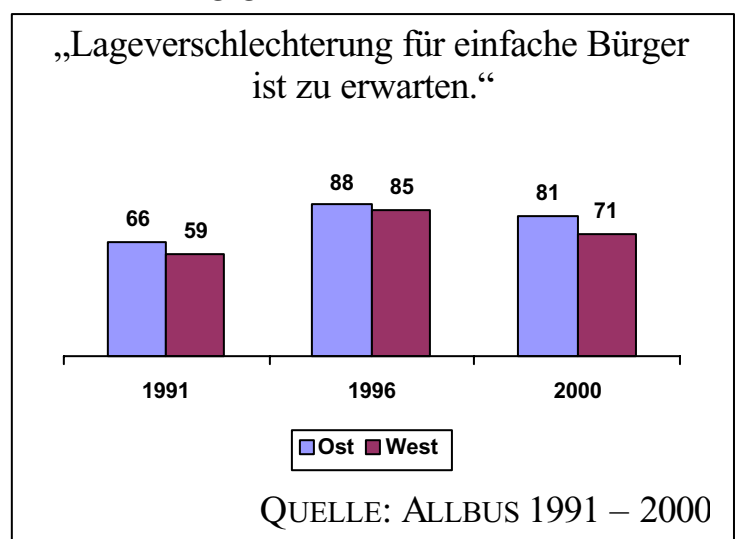
Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ist die soziale Frage in unerwarteter Weise wieder aktuell geworden. Noch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erlaubten sich die meisten Parteien Deutschlands den Luxus, diese Frage als unwichtig anzusehen. Aber das war ein verhängnisvoller Irrtum. Die wachsende Zahl von Arbeitslosen (2002 wieder deutlich über 4 Millionen) rückt die Angst vor dem Verlust von Arbeit neben die Angst vor Rechtsradikalismus und Kriminalität an die erste Stelle (CHRAPA/WITTICH, 2001). 56 Prozent der Ostdeut-

Weltlauf

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben,
Lump,
Haben nur die etwas haben.

HEINRICH HEINE 1890: 415

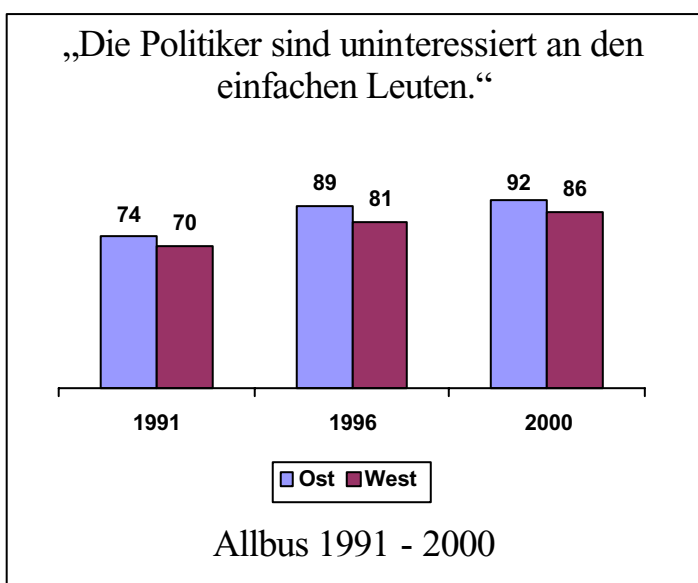


Die Angst vor dem Verlust von Arbeit neben die Angst vor Rechtsradikalismus und Kriminalität an die erste Stelle (CHRAPA/WITTICH, 2001). 56 Prozent der Ostdeut-

schen und 70 Prozent der Westdeutschen gingen 2001 von einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit aus (BRÄHLER, 2001b).

In den neunziger Jahren hat sich immer mehr die Auffassung durchgesetzt, dass es den so genannten einfachen Leuten in den nächsten Jahren schlechter gehen wird. Diese Auffassung hatte wesentlich zum Regierungswechsel von 1998 beigetragen und war danach auch zeitweilig zurückgegangen, um dann wieder zuzunehmen. Während vor 1990 die Bürgerinnen und Bürger davon ausgingen, dass die Reichen zwar reicher werden, aber auch die kleinen Leute an diesem Wohlstand auf kleine Weise Anteil haben werden, gehen jetzt fast alle davon aus, dass Oben und Unten auseinander geht. (TABELLE 1) Die Gesellschaft wird zerrissen. Die große Mitte fühlt sich bzw. sieht ihre Kinder und Enkel durch einen Abstieg in Armut bedroht. Gleichzeitig wird Reichtum, der nicht mit wachsendem Wohlstand aller verbunden ist, zum Skandal. Er verliert jede gesellschaftliche Legitimation.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass zum gleichen Zeitpunkt, da die Chancen sinken, durch normale Arbeit wachsenden Wohlstand zu erwerben, das Bedürfnis wächst, sein Glück auf andere Weise zu machen. Erst wurden die Geschichten von denjenigen erzählt, die aus wenigen tausend Mark zu Aktienmillionären aufstiegen, bis dann die Blase platzte und die Verluste bilanziert wurden. Jetzt sehen jeden Abend viele Millionen zu, wie einige wenige von ihresgleichen mit ihrem Faktenwissen in den Spielshows um die Millionen Euro kämpfen.



1.1.3. „Die da oben“ – „Wir hier unten“

Während man und frau vielfach auf das Glück hoffen, ist die Einstellung gegenüber der politischen Klasse der Bundesrepublik außerordentlich skeptisch. Gewählt durch die Bevölkerung, ist diese mit großer Mehrheit der festen Meinung, dass die Volksvertreter sich kaum um das Volk und fast nur um die Macht ihrer Parteien kümmern. Fast

alle sind der Auffassung, dass die Politiker sich um das Schicksal der normalen Leute nicht kümmern. Waren es am Anfang des Jahrzehnts schon über zwei Drittel, die diese Auffassung hatten, so wur-

de sie im Jahre 2000 von 86 Prozent im Westen und 92 Prozent im Osten geteilt.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland weiß, dass sich in Zukunft vieles ändern muss. Nur 5 Prozent der Ostdeutschen und 16 Prozent der Westdeutschen sind der Auffassung, dass es besser für uns sei, wenn es im Grunde bleibt, wie es ist (CHRAPA/WITTICH 2001a). Genauso groß wie der Anteil derer, die Veränderungen für unabdingbar halten, ist auch der Anteil jener, die den stärkeren Einfluss der Bürgerinnen und Bürger über die Wahlen hinaus für notwendig halten (EBENDA). Ohne die eigene Einmischung, so das Gefühl, wird über uns bestimmt. Während die Eliten den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger verringern wollen, ist die Bereitschaft der Bevölkerung, Macht vertrauensvoll zu delegieren, stark gesunken (WELZEL 1998).

Aus diesem Empfinden, dass „die da oben“ sich nicht um das Schicksal der kleinen Leute kümmern, ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine neue globale Protestbewegung entstanden. So unterschiedlich auch die Positionen sind, das Gefühl wächst, dass man „denen da oben“ die Dinge nicht überlassen dürfe, da sie schlecht laufen. Wie Berichte über die 200 000 Demonstranten von Genua im Jahre 2000 zeigten: „Die verschiedensten Protestgruppen einte die Gewissheit, dass in den Kommandozentralen an allen Möglichkeiten gebastelt wird, aber eben nicht vorrangig an einer Welt, die Brot, Arbeit und Freiheit für alle bietet. Gemeinsam ist ihnen das Gefühl, die Kontrolle über das eigene Leben an anonyme Großunternehmen und molochartige Politik-Institutionen zu verlieren, deren Agenda sich mehr an den Bedürfnissen von Firmen orientiert als an denen von Menschen.“ (DER SPIEGEL Nr. 30, 2001: 23)

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger steht den Entwicklungen, die seit den neunziger Jahren Gestalt angenommen haben, sehr kritisch gegenüber. Sie misstrauen auch jenen, die über die politische und wirtschaftliche Macht verfügen. Gleichzeitig aber bleibt die Mehrheit von ihnen passiv. Selbst politisch aktiv zu werden, so 64 Prozent der Ostdeutschen und 55 Prozent der Westdeutschen, sei nicht ihr Ding. Gerade in Ostdeutschland sind Ohnmachtgefühle weit verbreitet, birgt der soziale Frust den Stoff starker politischer Konflikte (CHRAPA/WITTICH 2000a: 42).

1.1.4. Wie frei sind die Freien, wie gleich die Gleichen?

Immer wieder nach 1990 wurde behauptet, dass die Ostdeutschen der Gleichmacherei verhaftet seien. Freiheit sei ihnen faktisch egal. Dies kontrastiert nicht nur mit dem demokratischen Massenwiderstand von 1989, sondern auch mit den heutigen Einstellungen zu Freiheit und Gleichheit. 68 Prozent der Ostdeutschen sehen die freie Berufswahl in Deutschland nicht realisiert, und 77 Prozent zweifeln an einer verwirklichten Chancengleichheit – dem Inbegriff jedes liberalen Freiheitsbegriffs (TABELLE 2). Die Ost-West-Unterschiede sind groß, wenn man Zustimmung zur gegenwärtigen Gesellschaft und die Kritik an bestehenden Zuständen misst. Teilweise sind die Ergebnisse von Meinungsbefragungen, so zur sozialen Sicherheit oder freien Berufswahl, fast spiegelbildlich. Größer werden die Gemeinsamkeiten, wenn es um die Frage von Chancengleichheit und gerechter Verteilung des Wohlstandes geht, auch wenn die Ostdeutschen immer wesentlich kritischer sind.

Tabelle 2:

Ausgewählte Ost-West-Differenzen 1998				
Wahrgenommene Realisierung von Rechten, Prinzipien und Chancen (in von Hundert der Befragten)				
	West		Ost	
	realisiert	nicht realisiert	realisiert	nicht realisiert
Freie Berufswahl	78	22	32	68
Soziale Sicherheit	63	37	33	67
Öffentliche Sicherheit	50	50	29	71
Chancengleichheit	45	55	23	77
gerechte Verteilung des Wohlstandes	29	71	8	92

QUELLE: DATENREPORT 1999: 603 - 608

Marktliberale Meinungsführer behaupten sehr oft, dass sich Freiheit und Selbständigkeit der Einzelnen einerseits und soziale Sicherheit andererseits ausschließen würden. Jeder, der eine Politik höherer sozialer Sicherheit einleiten wolle, würde den Weg in die Unfreiheit beschreiten. Unsicherheit und Ungleichheit seien der Preis der Freiheit. Freiheit und Gleichheit seien unvereinbar. Die wahlberechtigte Bevölkerung macht sich solche Behauptungen von der Unmöglich-

keit, Freiheit und Gleichheit sinnvoll zu verbinden, nicht zu eigen. Die Mehrheit verbindet den Wunsch nach mehr Chancen, das eigene Leistungsvermögen und die individuellen Fähigkeiten auszuschöpfen, mit der Forderung, dass sich Gerechtigkeit am Wohlergehen der sozial Schwächsten orientieren müsse.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sieht also die Gesellschaft düsteren Zeiten entgegengehen, die die „kleinen Leuten“ teuer zu stehen kommen. Sie misstrauen den Regierenden in Politik und Wirtschaft und lassen sich nicht einreden, dass Freiheit nur den Reichen dienen muss. Profit ist für sie nicht der Maßstab aller Dinge, und dem „Terror der Ökonomie“ (Viviane Forrester) setzen sie die Vision einer menschlichen Gesellschaft mit mehr Freiheit, mehr Gleichheit und mehr sozialer Sicherheit entgegen. Eine Politik, die Selbstbestimmung und soziale Sicherheit vereint, scheint den meisten Menschen in unserem Land also zumindest wünschenswert. Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts werden zu zeigen suchen, dass eine solche Politik auch machbar ist.

Tabelle 3:

Meinungen zu Selbstständigkeit und sozialer Gerechtigkeit (Ende des Jahres 2000)				
Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung, Angaben in % gerundet.				
	Stimme zu			
Soziale Gerechtigkeit, dazu gehören/gehört ...	Voll	Eher	Eher nicht	Nicht
<i>Bessere Chancen für viele Menschen, ihr Leistungsvermögen und ihre Fähigkeiten selbständig in der Marktgesellschaft zu verwerten</i>				
Ost	34	57	8	1
West	32	55	11	2
<i>Finanzielle Umverteilung zugunsten sozial Schwacher</i>				
Ost	27	54	16	3
West	18	50	25	7
<i>Orientierung am Wohlergehen der sozial Schwächsten der Gesellschaft</i>				
Ost	19	52	22	7
West	19	50	25	6

QUELLE: CHRAPA/WITTICH 2001 a

1.2. Geschichte kann, Geschichte muss gemacht werden: Unterschiedliche Entwicklungspfade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Wenn die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands im Unterschied zu früheren Jahrzehnten keinen gesellschaftlichen Fortschritt erwarten, sondern eher Rückschritt, wenn sie sehen, dass dabei in großer Ungerechtigkeit die, die wenig haben, besonders negativ betroffen sind, wenn sie den herrschenden Eliten misstrauen und selbst Werte vertreten, die von denen der Eliten stark abweichen, dann ist dies Ausdruck eines krisenhaften Zustandes der Gesellschaft. Die Stabilität ist nur eine scheinbare, das Land aus den Fugen. Und auch die neue Generation von Politikerinnen und Politikern vermittelt nicht den Eindruck, dass sie es richten werden.

Was aber ist passiert, dass sich eine solche Unsicherheit ausbreitet, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Widerspruch zu den Eliten und zu den Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung geraten ist? Ist dies mehr als der normale Dissens in einer pluralen Gesellschaft? Und welche Bedeutung haben solche Auffassungen überhaupt?

Im Folgenden wird auf die Vorgeschichte eingegangen, die zu jener Entscheidungssituation geführt hat, vor der die Bürgerinnen und Bürger heute stehen. Sie ist mit dem Entstehen, der Durchsetzung und der Krise eines besonderen Typs von Wirtschaft, Politik und Lebensweise verbunden – dem fordistischen, sozialstaatlichen Kapitalismus der westlichen Metropolen. So notwendig uns dieser Blick in die Vergangenheit zu sein scheint, der Leser und die Leserin kann natürlich auch sofort beim Abschnitt 1.4. fortfahren, der direkt zur gegenwärtigen Krise und den Szenarien möglicher Entwicklung führt.

1.2.1. Die Jahrhundertwende 1900: Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut

Ein Jahrhundertvergleich kann möglicherweise helfen, die jetzige Situation besser zu verstehen, sie in ihrer Dramatik zu erkennen. Auch um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schien die Welt aus dem Lot geraten. Auch damals jagte eine wissenschaftliche Entdeckung die andere, wurden in kürzesten Abständen neue Technologien erschlossen. Alles schien allen möglich. Die Flugzeuge eroberten, wie es so schön hieß, die Lüfte, die Autos verdrängten die Pferde und die Elektrizität wälzte die gesamte Produktionsweise um.

An die Stelle der großen Dampfmaschinen traten kleine Motoren, mit denen die Arbeitsmaschinen ausgerüstet werden konnten. Die Möglichkeit zur Fließbandfertigung entstand.

Aber auch die damalige Jahrhundertwende war eine Zeit der Krise. Unendlicher Reichtum schien schaffbar, doch wohin damit? Solange nur die wohlhabenderen Schichten über Kaufkraft verfügten, konnte eine Ausdehnung der Produktion nur im Luxus weniger einerseits und in immer neuen Maschinen und Ausrüstungen andererseits ihr Ziel finden. Aber dies waren allzu kümmerliche Märkte für die neuen produktiven Kräfte, die freigesetzt worden waren. Eine ganze Kette von Kriegen zwischen den europäischen Imperien brach los um Rohstoff- und Absatzmärkte. Die Rüstung wurde zu einem riesigen Markt für die neuen Produkte. Krupp-Stahl zum Synonym für ein Zeitalter. Seine Kanonen lieferte er an den deutschen Kaiser und die französische Republik. Konglomerate von hochmonopolisierter wirtschaftlicher Macht beherrschten im Bündnis mit imperial gesinnten, politisch konservativen Eliten die Gesellschaft. Auch damals war vielen bewusst, dass es so nicht weitergehen würde, aber niemand war fähig, rechtzeitig die Weichen richtig zu stellen.

Weltenende

Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,
In allen Lüften hallt es wie Geschrei,
Dachdecker stürzen ab und gehen entzwei
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.

Der Sturm ist da, die wildem Meere hupfen
An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.
Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.

JAKOB VON HODDIS 1972: 47

Der Erste Weltkrieg erschien vielen zunächst als Ausweg. Die Begeisterung war groß, schien er doch eine Lösung zu sein. Dieser Krieg war aber der große Zivilisationsbruch. Er erschütterte die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens und setzte Kräfte der Barbarei frei, die das ganze folgende Jahrhundert mitbestimmten. Zwanzig Millionen Menschen fanden den Tod. Die seelischen Zerstörungen waren unvorstellbar.

**Suche nach Wegen
in der 1. Hälfte des
20. Jahrhunderts**

Der Erste Weltkrieg hatte deutlich gemacht, dass ein „Weiter-So“ unmöglich war. Der imperialistische Kapitalismus war in einer tiefen Krise. Die Russische Revolution von 1917 war dadurch geprägt, dass ein grundlegender Wandel durch eine soziale Umwälzung, die Einführung neuer Eigentumsverhältnisse gesucht wurde. Dieser Wandel wurde durch die Diktatur einer Partei geprägt, die der Gesellschaft der Sowjetunion ihren Stempel aufdrückte.

In Europa wurde versucht, den Status quo ante, die Zustände der Vorkriegszeit wieder herzustellen, aber bei Auflösung des deutschen und des Österreich-ungarischen Reiches. In Versailles diktierte die Logik der Vergeltung die Verhandlungen. Anstelle von Zusammenarbeit und gemeinsamer Sicherheit wurde der Weg von Reparationen und Demütigung gesucht. Zwischen 1924 und 1928 kam es zu einer kurzen wirtschaftlichen Blüte, die dann in die schlimmste Weltwirtschaftskrise der bisherigen Geschichte mündete. Eine neue Welle der Militarisierung und der reaktionären Wende begann. Die Politik der Schutzzölle engte den Weltmarkt immer weiter ein und vertiefte die Krise. Die faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen konnten in Italien und Deutschland die Macht ergreifen. Sie suchten den Ausweg aus allen Problemen in rassistischen Diktaturen, dem autoritären bis totalitären Staat und im Krieg. Die Barbarei des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust waren die zwangsläufigen Folgen.

In den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren aber auch andere Entwicklungen zu beobachten. So entstand in den USA eine neue Form der kapitalistischen Expansion. Anstatt nur im Luxus der Reichen, in immer neuen Maschinen und Ausrüstungen oder in der Rüstung den Markt für die Güter zu suchen, wurde er nun auch im Massenkonsum jener gefunden, die diese Güter herstellten. Es war Henry Ford, der diesem Typ des Kapitalismus seinen Namen gab: *Fordismus*. Ford verfolgte eine Strategie, bei der in seinen Betrieben durch strikte Arbeitsteilung, Normierung und Quantifizierung der Arbeitsleistung einerseits sowie die Einführung des Fließ-

bandes in die Autoproduktion die Produktivität seiner Beschäftigten außerordentlich gesteigert wurde. Zugleich aber ging er mit seinen Managern dazu über, seine Arbeiter so viel verdienen zu lassen, dass sie sich selbst die von ihnen hergestellten Autos auch leisten konnten. Es war der Weg zum Wohlfahrtskapitalismus – zumindest für die Kernbelegschaften. Die Weltwirtschaftskrise führte dann dazu, dass mit dem New Deal der dreißiger Jahre eine ganze Kette von staatlichen Reformen eingeleitet wurde, die dem Fordismus einen Rahmen für umfassende Entwicklung geben sollten.

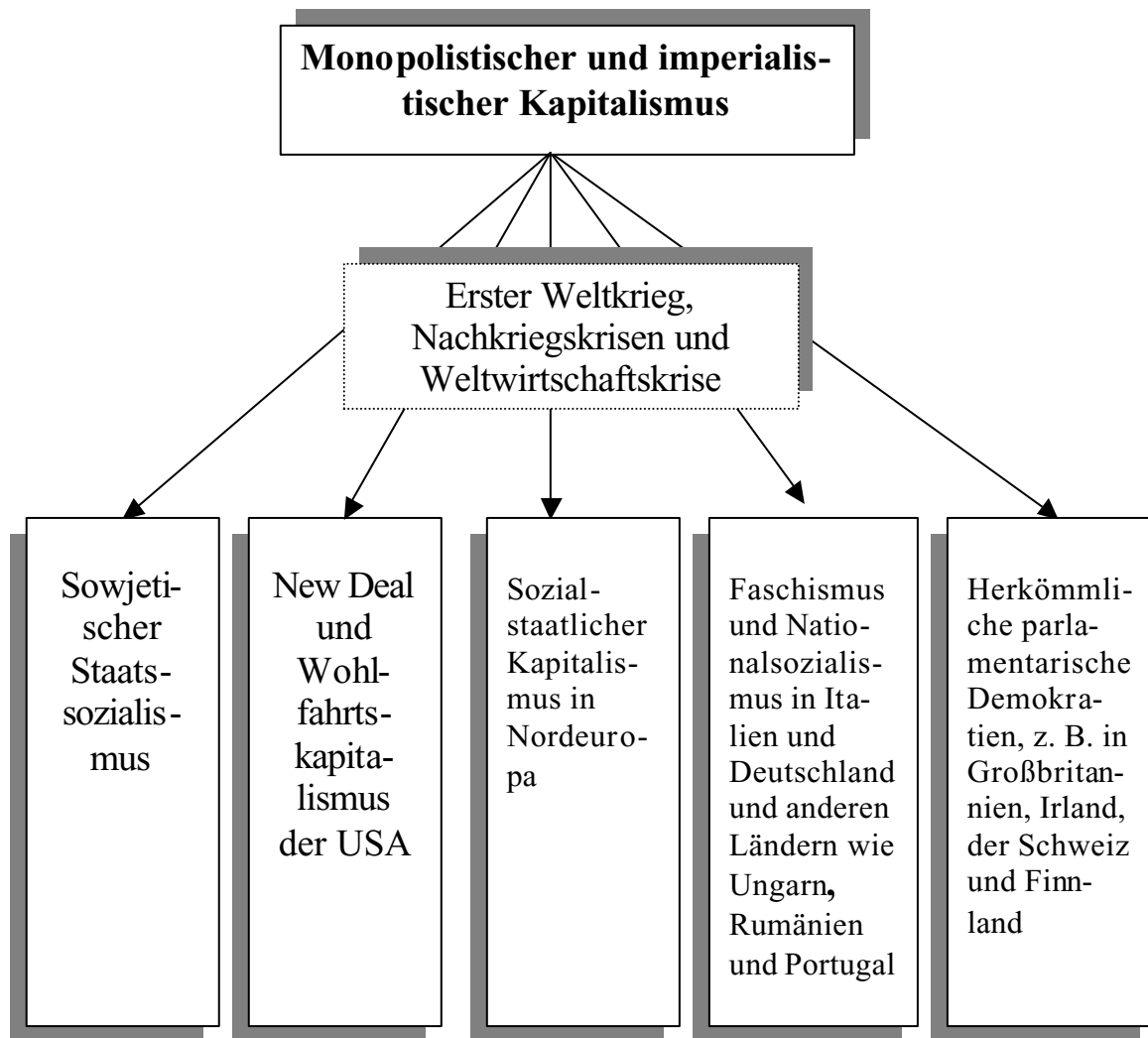
Aber auch in Europa, in den skandinavischen Ländern vor allem, entstanden Elemente eines neuen Kapitalismus. Hier wurde vor allem der Staat in die Pflicht genommen, wurden durch die Regelung von Arbeitszeit, Mindesteinkommen sowie massive staatliche Umverteilung die Arbeiterfamilien an dem von ihnen produzierten Reichtum beteiligt. Es wurde der Weg zum *Sozialstaat* beschritten, der gemeinsam mit den Tarifparteien zu sichern hatte, dass die Produktivitätsentwicklung und die Einkommensentwicklung miteinander Schritt hielten bei überproportionaler Ausdehnung der sozialen Staatsausgaben.

Der Zweite Weltkrieg machte den Völkern und Eliten der Welt abermals deutlich, dass es kein „Weiter-So“ geben konnte. Dieses Mal war die menschliche Zivilisation wirklich an den Rand ihrer Existenz gekommen, waren die Grundlagen der Herrschaft auf das Tiefste erschüttert worden. War der Erste Weltkrieg von vielen noch als Unfall interpretiert worden, der Zweite Weltkrieg verlangte die Bereitschaft zur umfassenden Veränderung.

1.2.2. Entwicklungspfade, Sackgassen und Verbrechen

Blickt man von heute auf die Zeit zwischen 1914 und 1945 zurück, so erscheint sie schon in dieser völlig verkürzten Darstellung als Zeit der Suche nach Auswegen aus einer sehr tiefen Krise. Und in dieser Suche bildeten sich unterschiedliche Strategien heraus, die von jeweils anderen sozialen und politischen Bündnisse getragen wurden und mit sehr gegensätzlichen Herrschafts- und Emanzipationsprojekten verbunden waren. Man kann in diesem Zusammenhang von alternativen *Entwicklungspfaden* sprechen, die teils gewählt, teils gefunden worden waren.

Ausgewählte Entwicklungspfade moderner Gesellschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts¹



Was sind Entwicklungspfade?

Unter Entwicklungspfaden sollen solche Formen des gesellschaftlichen Wandels verstanden werden, die auf der Basis prinzipiell gleicher technologischer Möglichkeiten zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Ergebnissen führen. Sie betreffen erstens die entscheidenden volkswirtschaftlichen Proportionen (das *Akkumulationsregime*), zweitens die Art der sozialen Regulation der Wirtschaft und der sozialen Reproduktion (die *Regulationsweise*), drittens das spezifische Bündnis von sozialen und politischen Kräften und seine Führung (die spezifische *Hegemonie*), viertens die politische Form der Machtausübung und fünftens den Typ internationaler Politik, der diesem Entwicklungspfad adäquat ist.

¹ Vgl. zur Differenziertheit dieser Entwicklungspfade: Hobsbawm 1994: 143 ff.

Entwicklungspfade umfassen

1. *Akkumulationsregime*
2. *Regulationsweise*
3. *sozialpolitischer Hegemonie*
4. *politischer Form der Machtausübung*
5. *Typ internationaler Politik*

Historisch können aus gesellschaftlichen Krisen mehr oder minder zeitgleich alternative Entwicklungspfade entstehen. Sie stehen dann in Konkurrenz, die in heiße oder kalte Kriege übergehen kann. Aus der mit dem Ersten Weltkrieg manifest gewordenen Krise eines imperialistischen und monopolistischen Kapitalismus waren unter anderem der sowjetische Staatssozialismus, Faschismus und Nationalsozialismus sowie Ansätze für einen wohlfahrts- und sozialstaatlichen Kapitalismus hervorgegangen. Jeder dieser Entwicklungspfade hat bestimmte Potenziale, und oftmals erweist sich erst im Laufe der Geschichte, welcher von ihnen ökonomisch, sozial und politisch überlegen ist. Im Laufe des 20. Jahrhunderts stellte sich das den Zeitgenossen sehr unterschiedlich dar. Nur von heute aus betrachtet, scheint der Ausgang der Konkurrenz der verschiedenen Entwicklungspfade selbstverständlich. Nur von heute aus gesehen, ist erkennbar, was tatsächlich entwicklungs offen war, was sich als historische Sackgasse erwies und was von Anfang an ein Verbrechen war. Manche haben daraus das „Ende der Geschichte“ abgeleitet. Es war aber nur das Ende eines besonderen Jahrhunderts.

Charakteristisch für solche Entwicklungspfade ist, dass sie aus einer umfassenden Krise entstehen. Dabei werden *erstens* viele verschiedene Einzelentscheidungen getroffen, werden soziale Mechanismen erfunden, die sich für jene, die sie gebrauchen, zu bewähren scheinen und deshalb immer umfassender genutzt werden. Dabei handelt es sich um Einzellösungen für jene Probleme, die zu der sozialen Krise geführt haben. *Zweitens* gibt es bestimmte Präferenzen für diesen oder jenen Typ von Einzelentscheidungen. Denn jede konkrete Lösung eines bestimmten sozialen Problems begünstigt ja die eine oder andere soziale Gruppe. Die in der Gesellschaft herrschenden

„Kurzum, das Jahrhundert endete mit weltweiten Unruhen, deren Beschaffenheit unklar war, und verfügte über keinerlei Mechanismen, um sie zu beenden oder unter Kontrolle halten zu können.“

HOBBSAWM 1994: 693

Präferenzen für diesen oder jenen Typ von sozialen Lösungen hängt deshalb davon ab, welche sozialen und politischen Kräfte das Sagen haben und auf wen sie dabei Rücksicht nehmen müssen oder auch nicht. Die damit verbundenen Interessen führen zur Auswahl unter den jeweiligen Möglichkeiten. *Drittens* kommt es zu ungeplanten Rückwirkungen, die teils den Entwicklungspfad stabilisieren oder auch untergraben können. Nicht alles ist mit allem vereinbar. Die Entstehung und Durchsetzung eines bestimmten Entwicklungspfads ist immer auch ein spontaner Prozess.

Entwicklungspfade entstehen aus einer gesellschaftlichen Krise, in der

1. eine Reihe sozialer Erfindungen gemacht werden, um konkrete Einzelprobleme zu lösen,
2. auf der Basis sozialer Interessen und Deutungen die sozialen Erfindungen blockiert werden oder aber zur Durchsetzung kommen und durch Reformstrategien verallgemeinert werden,
3. spontane Rückkopplungen ganzheitliche Lösungen erzwingen, die sich dann zu Entwicklungspfaden verdichten.

**Kein Masterplan,
kein Zufall**

Ein Entwicklungspfad ist so weder die Verwirklichung eines großen Masterplans noch völliger Zufall. Er muss in vielen kleinen und großen Schritten erfunden werden. Er muss von den herrschenden sozialen und politischen Kräfte gewollt oder ihnen abgenötigt werden. Dazu bedarf es langer Lernprozesse und strategischer Entscheidungen. Und alle Einzelentscheidungen müssen sich zu einem lebensfähigen Ganzen zusammenfinden können.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ein Lehrbeispiel dafür, dass Menschen tatsächlich ihre eigene Geschichte machen und dafür auch die Verantwortung tragen müssen. Sie können sich dabei weder auf die ehernen Gesetze der Geschichte noch auf Sachzwänge berufen. Sie finden die Bedingungen vor, unter denen sie ihre Entscheidungen treffen können und müssen.

Gegebene Bedingungen erzeugen – in die Zukunft gedacht – einen Raum alternativer Möglichkeiten. Niemals ist alles, aber immer ist Verschiedenes möglich. Die Zukunft existiert in den Bedingungen der Gegenwart als Gesamtheit mehr oder minder wahrscheinlicher Möglichkeiten. Was wir tun können und müssen, ist, diese Wahrscheinlichkeit durch eigenen Entscheidungen zu beeinflussen.

Solche Entscheidungen können viele kleine Entscheidungen sein wie die Unterstützung von bestimmten Parteien oder die Weigerung, in einer besonderen Situation das Benzin eines bestimmten Konzerns zu kaufen. Es können auch Entscheidungen über bestimmte gesetzliche Veränderungen sein wie die zur „Bereinigung des deutschen Beamtentums“ von 1933. Und es können Entscheidungen über Staaten und die internationale Ordnung sein. Niemand von uns ist jemals davon befreit, sich in dieser oder jener Hinsicht entscheiden zu müssen.

Das 20. Jahrhundert hat aber auch gezeigt, wie wichtig solche Entscheidungen sind, wie sie sich bündeln können zu großen sozialen Reformen, demokratischen Umwälzungen, humanem Wandel oder aber zu neuer Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung. Jede der vielen Entscheidungen beeinflusst die Waage hin zu mehr Gerechtigkeit oder zu mehr Barbarei in der Gesellschaft. Menschen ist es nicht gegeben, keine Partei zu ergreifen. Das so genannte Nichtstun ermöglicht immer das Tun anderer.

Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts gehen davon aus, dass wir uns gegenwärtig wieder in einer großen sozialen Umbruchkrise befinden. Die Ursache für diese Krise sehen wir darin, dass jener Entwicklungspfad, der sich international am Ende des vergangenen Jahrhunderts durchgesetzt hat, zum Zeitpunkt seiner endgültigen Durchsetzung (durch den Zusammenbruch der Sowjetunion) schon selbst in eine Krise geraten war.

**Wieder inmitten
einer großen Um-
bruchkrise**

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wieder Entscheidungen darüber an, im welchem Verhältnis Investitionen und Konsumtion stehen können, worin investiert (in welche Technologien vor allem) werden darf und sollte, was konsumiert werden kann. Es müssen Reformen der Arbeitsverhältnisse, des Steuer-, Renten-, Gesundheitssystems, der Wirtschaftsförderung und der ökologischen Gesetzgebung durchgeführt werden. Verschiedene soziale und politische

Kräfte ringen um Bündnisse und kämpfen um Hegemonie. Auch die Formen der Ausübung politischer Macht stehen zur Diskussion bei der Reform der EU und der UNO, bei der Rolle der G 8 usw. Die Ereignisse vom 11. September 2001 und danach zeigen, dass um die internationale Ordnung auch mit Mitteln der Gewalt gekämpft wird. Die hoch akademischen Begriffe *Akkumulationsregime* und *Regulationsweise* sind von höchster Aktualität für unser tägliches Leben und die Zukunft in diesem Land.

Die Besorgnis, mit der die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Entwicklungen der letzten Jahre betrachtet, wenn sie das Gefühl hat, die „kleinen Leute“ blieben dabei auf der Strecke, wenn sie den herrschenden Eliten tief misstraut und auf Wege hofft, bei denen individuelle Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit vereint werden können, ist der subjektive Ausdruck einer objektiven Umbruchkrise. Wie auch im 20. Jahrhundert kann sie sehr lange andauern. Es können alternative Entwicklungspfade entstehen, die über Wohl und Wehe, Gerechtigkeit oder Barbarei im 21. Jahrhundert entscheiden werden. Zukunftsberichte sollen dazu beitragen, über die möglichen Alternativen zu informieren und Empfehlungen abzugeben. Dazu muss aber zunächst die gegenwärtige Umbruchkrise selbst dargestellt werden. Sie ist vor allem eine Krise des *Fordismus*. Noch einmal ist also ein Rückblick notwendig – ein Rückblick auf jenen Entwicklungspfad, der mit Wurzeln in den dreißiger Jahren die zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg beherrscht hat: der fordistische, sozialstaatlich eingedämmte Kapitalismus. (CONERT 1998: 274 – 297; GRAMSCI 1967; KOCKA 1974; HÜBNER 1990: 119 – 123).

1.3. Der fordistische, sozialstaatlich eingedämmte Kapitalismus nach 1945

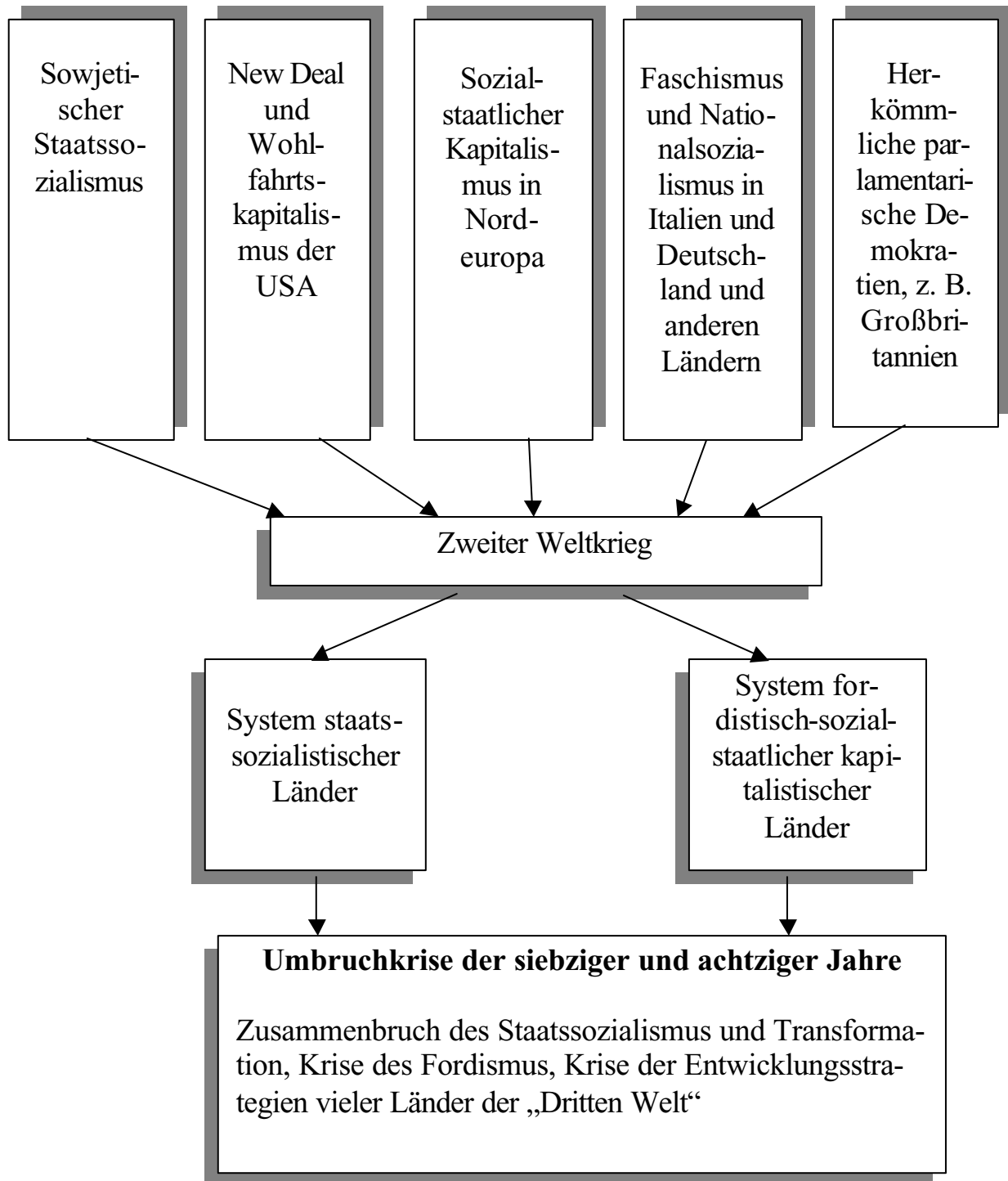
Blickt man auf die innenpolitische Tagesordnung der letzten Jahre zurück – Rentenreform, Steuerreform, Reform der Sozialhilfe, Ge-

Fordismus: Zuerst in den USA von Henry Ford in seinen Automobilwerken eingeführte, auf Massenproduktion beruhende Produktionsweise. Die Ford Motor Company steigerte durch Bandfertigung die Produktion des T-Modells von 300.000 im Jahr 1914 auf rund 2 Millionen im Jahr 1923.

sundheitsreform, Import von embryonalen Stammzellen usw. –, dann erscheint sie gedrängt voll. Ein Stau ungelöster Probleme ist entstanden. Heftige Auseinandersetzungen finden statt, und es ist schwer, die Hintergründe zu begreifen. Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts sehen die Ursachen für die jetzigen Veränderungen

vor allem in der Krise eines ganz bestimmten Entwicklungspfades – des fordistischen, sozialstaatlich eingedämmten Kapitalismus.

Ausgewählte Entwicklungspfade moderner Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts



Fordismus: Im weiteren Sinne die durch Massenproduktion und Massenkonsumtion gekennzeichnete sozialstaatliche Entwicklungsphase des Kapitalismus, beginnend in den dreißiger Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg in der westlichen Welt vorherrschend bis in die siebziger Jahre.

Dieser Entwicklungspfad hatte sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus in Westeuropa und den USA durchgesetzt und in der Konkurrenz gegenüber dem Staatssozialismus als überlegen behauptet. Die Krise des sowjetischen Staatssozialismus und dessen Zusammenbruch und die Krise des fordistischen, sozialstaatlich eingedämmten Kapitalismus fallen kei-

neswegs zufällig zusammen. Während der sowjetische Staatssozialismus aber diese Krise nicht überlebte, unfähig war, einen neuen Entwicklungspfad einzuschlagen, kam es in den westlichen Ländern zu einem umfassenden Umbau, der noch nicht abgeschlossen ist.

Wir können die Gegenwart nicht verstehen, wir können kein kompetentes Urteil darüber fällen, welche Entscheidungen richtig sind, wenn wir nicht wissen, wieso dieser fordistisch-sozialstaatliche Kapitalismus überhaupt entstand, worin seine Vorzüge bestanden, wie die Lebensweise der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger war und warum er seinerseits in eine Krise geriet. Allen vier Fragen soll in knapper Form nachgegangen werden.

1.3.1. Grenzen des Wachstums: Zur Armut verdammt und für den Krieg bestimmt

Der fordistisch-sozialstaatliche Kapitalismus war aus der Krise des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als ein neuer Entwicklungspfad entstanden, der sich, wie schon gezeigt wurde, gegen andere durchsetzte. Zwei Probleme vor allem waren es, die den monopolistischen und imperialistischen Kapitalismus des späten 19. Jahrhunderts in die Krise geführt hatten – die Verschärfung des sozialen Konflikts mit der Arbeiterschaft nach innen und die Verschärfung der zwischenimperialistischen Konflikte nach außen. Diese beiden Konflikte waren keinesfalls das Resultat bösen Willens, sondern das unvermeidliche Resultat einer speziellen Weise der Kapitalverwertung, eines damit verbundenen Entwicklungspfad des Kapitalismus insgesamt. Was so abstrakt klingt, hatte einen sehr konkreten Inhalt.

Zwei „Landnahmen“

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts kannte vor allem zwei Möglichkeiten, sich Absatzmärkte zu erschließen. Zum einen investierte er in die Fabriken und Anlagen und verdrängte auf dem Weg der „inneren Landnahme“ die vorkapitalistische Produktion im eigenen Land. Innerhalb eines Jahrhunderts wurden die Zentren des Kapitalismus industrialisiert und urba-

nisiert. Eine völlig neue Welt des gegenständlichen Reichtums entstand. Die Produktivität der Arbeit wuchs dank dieser Hilfsmittel und der neuen Disziplin um das Vielfache. Die Arbeiter selbst aber blieben arm. Ihnen wurde gerade so viel gegeben, damit ihre Arbeitskraft nicht zusammenbrach. Ihre Stadt war die der Mietskasernen. Auch die härtesten Kämpfe konnten das Lebensniveau nur geringfügig heben. Die Anhäufung des gegenständlichen Reichtums der Gesellschaft in den Händen der Kapitaleigentümer kontrastierte mit der andauernden Armut jener, die diesen Reichtum schufen. Marx formulierte auf der Basis dieser Beobachtung des Kapitalismus seiner Zeit das *allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation* und schrieb: „Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss“ (MARX, Bd. 23: 675). Die Macht der großen Kapitaleigentümer, der eng mit dem Staat verflochtenen Konzerne und Aktiengesellschaften, wuchs, die Arbeiterschaft sah sich von den in kurzer Zeit immer mehr zunehmenden Früchten des neuen Reichtums ausgeschlossen, die Arbeiterbewegung wuchs und stellte in vielen Ländern das System solcher Ungerechtigkeit, den Kapitalismus selbst in Frage. Nach dem Ersten Weltkrieg erfassten Revolutionen Mittel- und Osteuropa. Die Investition in immer neue Fabriken und Anlagen machte aber nur dann Sinn, wenn im Endeffekt Güter erzeugt wurden, die für den Verbrauch bestimmt waren – Rüstungs- und Konsumgüter. Sonst bliebe es, wie Rosa Luxemburg schrieb, „eine wachsende Produktion von Produktionsmitteln ohne jeden Zweck“ (LUXEMBURG, Bd. 5: 285). Die andere Möglichkeit dieses spezifischen Kapitalismus, sich Absatzmärkte zu erschließen, war deshalb die „äußere Landnahme“, das heißt die Eroberung möglichst großer Weltmarktanteile durch Kapitalexport und Kolonialismus sowie die Zurückdrängung vorkapitalistischer Produktionsformen im eigenen Land. Diese Expansion der imperialen kapitalistischen Staaten mündete in Weltkriege, die die Herrschaft des Kapitalismus erschütterten, zu Katalysatoren revolutionärer Entwicklungen wurden und zur Krise des Kolonialismus beitrugen. Die Versuche der verschiedenen Staaten, durch Schutz vor fremden Importen, durch Schließung der Märkte den Rückgang der Produktion zu stoppen, verschärften 1928 und danach die Weltwirtschaftskrise. In dieser Zeit sank die Exportquote um insgesamt vierzig Prozent. Der Eroberungskrieg Deutschlands zwischen 1938 und 1945 zeigte die existenzielle Gefährlichkeit der Politik der „Landnahme“.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts kannte also vor allem zwei Formen, sich auszudehnen – durch die Erzeugung von immer mehr Maschinen und Anlagen und durch die Erschließung neuer Absatzmärkte außerhalb des bisherigen Machtbereichs, um die Produkte abzusetzen. Beides fand seine Grenzen, vor allem auch am Widerstand derer, die unter dieser Politik zu leiden hatten – der Arbeiter und der kolonial unterdrückten Völker. In beiden Richtungen bedrohte eine solche Entwicklungsweise diejenigen, die von ihr profitieren wollten. Außerdem erschöpfte sie sich. Nach einem Jahrhundert war alles Land „erschlossen“ und neue Käufer nicht in Sicht. Die großen Erschütterungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren vor allem der Tatsache geschuldet, dass ein Teil der herrschenden Eliten immer aggressiver und brutaler versuchte, mit den alten Strategien von Ausbeutung, Expansion und Krieg die Probleme zu lösen. Es waren zwei Weltkriege, viele Streiks, Aufstände, große Wirtschaftskrisen und die Entstehung eines alternativen staatssozialistischen Systems notwendig, damit endlich der Übergang zu anderen Entwicklungspfaden gewagt wurde.

1.3.2. Auf der Flucht nach vorn: Höhere Löhne für produktivere Arbeit

Grundidee: Verteilungskompromiss Die Armut der eigenen Arbeiter und der eigenen Bevölkerung sowie die Armut der unterdrückten Völker waren wichtigste Ursachen dafür, dass das Kapital keine neuen Felder fand, um die Produkte abzusetzen. Im Bestreben, zumindest im eigenen Betrieb sozialen Frieden herzustellen, die Beschäftigten zu motivieren, ihnen Hoffnung auf ein besseres Leben zu geben und dann auch mit Blick auf den Absatz der Produkte wurde auf betrieblicher Ebene der Ansatz für einen Ausweg gefunden, der in die Geschichte unter dem Begriff *Fordismus* einging und schon kurz dargestellt wurde. Man wollte nicht mehr auf der Suche nach Käufern allein um den ganzen Erdball jagen, sondern zunächst einmal sollten jene, die die Produkte schufen, diese auch selbst massenhaft kaufen können. Der Massenproduzent sollte auch zum Massenkonsument werden. Dadurch konnte ein gigantischer neuer Markt entstehen. Die Grenze einer solchen Unternehmenspolitik war, dass sie nur dann wirklich funktionierte, wenn alle daran teilnahmen. Wie aber sollte dies unter den Bedingungen harter Konkurrenz möglich sein? Wieso sollte nicht jeder nur die Arbeiter der anderen Unternehmen zahlungsfähig wünschen und seine eigenen kurz halten, um die Kos-

ten zu drücken? Das ganze Elend der heutigen Standortdiskussion taucht auf.

Die Grundidee, die dem Unternehmenskonzept von Henry Ford (1863–1947) zugrunde lag, bestand darin, durch Einführung einer rationellen Arbeitsorganisation und des Fließbandes sowie einer Beteiligung der Arbeiter am Betriebsergebnis die Produktivität in seinen Automobilwerken und zugleich die Löhne so zu steigern, dass die Arbeiter in die Lage kamen, von ihnen produzierte Autos auch selbst erwerben zu können. Autos sollten nicht mehr nur für die Reichen da sein. Sein berühmtes T-Modell wurde zum Symbol des Wohlstandes der kleinen Leute.

In den USA bedurfte es der großen Weltwirtschaftskrise, um einen Ausweg aus diesem Dilemma der Konkurrenz zu finden. Der *New Deal* wurde gefunden. Wichtigstes Element dieses Gesellschaftsvertrages war die staatlich und gesetzlich erzwungene Stärkung der Gewerkschaften und der sozialen Rechte der Arbeiter sowie die Einführung wichtiger sozialer Sicherungssysteme. Dadurch wurde gesichert, dass künftig die Einkommen der Lohnabhängigen faktisch im gleichen Maße wie die Produktivität wuchsen und eine entsprechende Nachfrage nach den produzierten Gütern schufen. Die *fordistische Spirale* – Steigerung der Produktivität, Steigerung der Lohn-einkommen und Steigerung der Konsumnachfrage – wurde in Gang gesetzt.

Der *fordistisch-sozialstaatliche Kapitalismus* fand also eine Lösung für die Grenzen des Wachstums des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Dem Arbeiter wurde nicht mehr nur der Pfennig, sondern auch die Mark gegeben. Sie sollten mehr als nur ihre Ketten zu verlieren haben. Die Krise der Ausbeutung pur und der Widerstand der Arbeiter dagegen zwang den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden weitreichende Lernprozesse auf. Das Wachstum der Märkte wurde mit dem Wachstum der Konsum-

Dass mit Henry Ford I der Kapitalismus nicht zu einer philanthropischen Ordnung wurde, war dem Fordismus schon in die Wiege gelegt. 1936 schrieb der Journalist Forrest Davis: „Henry Ford ist mindestens für zwei Dinge berühmt. Draußen in der Welt gilt er als der Mann, der das Fließbandsystem perfektioniert hat. Hier zu Hause gilt er unter seinen Beschäftigten als derjenige, der das organisierte System der Arbeiterbespitzelung – euphemistisch ausgerechnet ‚Service Department‘ genannt – auf die höchste Stufe der Infamität gehoben hat. Die Automobilindustrie ist gewerkschaftsfrei!“ (zitiert aus: CARLSON/UNGER 1994: 75) Im schließlich verlorenen Kampf gegen die Zulassung von Gewerkschaften in den Ford-Fabriken kombinierte Henry Ford I seine fürsorglich-patriarchale Firmenpolitik mit einem Spitzelsystem und dem Einsatz einer Privatarmee von 300 Mann, die sich aus Ex-Strafgefangenen, Gangstern, Boxern, ehemaligen Football-Spielern und Ex-Polizisten rekrutierte.

CARLSON/UNGER 1994: 72

nachfrage der Arbeiter und Angestellten verbunden. Die Lohnentwicklung wurde an den Produktivitätszuwachs gebunden. Es kam zu einer Verbindung von Interessen der Kapitaleigentümer und der lohnabhängig Beschäftigten. Die institutionelle Regelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit als Tarifpartner, von Unternehmen und Belegschaft trug entscheidend zur gleichzeitigen Steigerung von Gewinnen und Lohneinkommen, von Massenproduktion und Massenkonsumtion bei. Der *fordistische Verteilungskompromiss* war erreicht.

Lohn als Nachfragefaktor

Im neuen Kapitalismus galt der Lohn nicht mehr allein als Kostenfaktor, den es zu minimieren galt. Innerbetrieblich wurde die Belegschaft durch die Beteiligung an der betrieblichen Entwicklung, auch durch Mitbestimmung, motiviert. Durch Tarifabkommen und die rechtliche Regelung der Auseinandersetzung zwischen den Tarifpartnern, durch verschiedene Formen staatlicher Einwirkung und einen bestimmten Konsens der gegensätzlichen Seiten wurde durchgesetzt, dass der Tendenz zur Lohndrückerei begegnet wurde. Lohnsteigerungen, die im Rahmen der Steigerung der Arbeitsproduktivität blieben, galten als wichtige Stütze der Nachfrage und des Wachstums. Der Wohlstand der Arbeiter und Angestellten wurden erstmalig in der Geschichte zu einer tragenden Säule des Wachstums.

Wichtigster Theoretiker dieses Kapitalismus wurde der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883 bis 1946). Er forderte eine aktive Politik des Staates zur Förderung der Nachfrage, um Wachstum und Vollbeschäftigung zu sichern. Mit Keynes war die moderne makroökonomische Theorie in die Welt getreten. Der Lohn beispielsweise wurde nicht mehr als eine allein mikroökonomische betriebswirtschaftliche Kostengröße, sondern zugleich in seiner volkswirtschaftlichen Nachfragefunktion behandelt. Wichtiger Teil einer daraus folgenden Politik war die Entwicklung und der Ausbau von Systemen der Sozial- und Gesundheitsversicherung – in Europa vor allem staatlich geregelt, in den USA eher privat. Zwischen einem Drittel und der Hälfte des gesamten Bruttosozialprodukts wurde staatlich umverteilt.

Unter den günstigen Nachkriegsbedingungen wuchsen in den westlichen Metropolen die Volkswirtschaften auf der Basis dieses Modells so stark, dass nahezu eine Vollerwerbsbeschäftigung der männlichen Bevölkerung erreicht wurde. Die schnelle Ausdehnung des privaten und staatlichen Konsums auf der Basis der vorhandenen Technologien sicherte in diesen Ländern verbreitet hohes Wachstum,

steigenden Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit. Anhaltend starkes Wachstum von Produktion und Konsumtion waren das Lebenselixier, das „Sesam, öffne dich“ der fordistischen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.

1.3.3. Das Ende der Verelendung in den Metropolen: Neue volkswirtschaftliche Proportionen

Die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemachten *sozialen Erfindungen*, die mit den Namen Taylor, Ford, Keynes verknüpft sind, ferner der Rückgriff auf Erfindungen, die ins 19. Jahrhundert zurückreichen wie die staatlichen oder staatlich kontrollierten Sozial-, Gesundheits- oder Rentenversicherungen (teilweise auf die Zünfte zurückgehend und von der Gewerkschaftsbewegung aufgegriffen) sowie die *sozialen Kämpfe* dieser Zeit, die in der Verallgemeinerung bestimmter Reformen mündeten, erzeugten am Ende ein neues Akkumulationsregime, das heißt eine Gesamtheit grundlegender volkswirtschaftlicher Proportionen.

Das Interesse und die Fähigkeit, diese volkswirtschaftlichen Proportionen oder Gleichgewichte über Jahrzehnte aufrecht zu erhalten, waren die Voraussetzungen der deutlichen sozialen Fortschritte der Nachkriegszeit. Als beides nachließ, der Wille, eine solche Politik zu betreiben, und die Fähigkeit, dies zu tun, weil die Bedingungen des fordistischen Wachstums entchwanden, kam es zu jener Krise, die unsere Gesellschaft heute vor außerordentliche Aufgaben stellt. Um die heutige Krise zu verstehen, muss deshalb auf jene Proportionen eingegangen werden, die in der Vergangenheit die Entwicklung der Bundesrepublik und vieler anderer westlicher Metropolstaaten bestimmten.

Diese Proportionen betrafen vor allem (1) das Verhältnis von Wachstum des Bruttosozialprodukts und Steigerung der Arbeitsproduktivität, (2) das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, (3) das Verhältnis von beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen und Rationalisierungsinvestitionen, (4) das Verhältnis von Profit und Lohn und damit das Verhältnis von Massenproduktion und Massenkosumtion, (5) das Verhältnis von Staatseinnahmen und -ausgaben sowie (6) das Verhältnis im Austausch zwischen kapitalistischen Metropolen und ihrer Peripherie.

(1) Das Verhältnis von Wachstum des Bruttosozialprodukts und Steigerung der Arbeitsproduktivität

Für den Fordismus waren anhaltend hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts charakteristisch, von denen heute nur geträumt werden kann. Außerdem entsprach das Wachstum des Sozialprodukts in der Regel mindestens der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Ausweitung der Produktion vor allem in den neuen Feldern der Massenkonsumtion sowie den dafür notwendigen Grundlagengzweigen lag zumeist höher als die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Nachfrage nach Arbeit wuchs deshalb in vielen Ländern schneller oder genauso schnell wie die Freisetzung von Arbeitskräften im Resultat gesteigerter Arbeitsproduktivität. Ausnahmen im betrachteten Zeitraum waren Großbritannien und Italien.

Tabelle 4:

Wachstum von Arbeitsproduktivität und Bruttosozialprodukt 1960 bis 1973 (in v.H.) und Höhe der Arbeitslosenquote			
Land	Arbeitsproduktivität	Bruttosozialprodukt	Arbeitslosenquote ¹
USA	2,2	4,0	4,4
Japan	8,3	10,4	1,2
Bundesrepublik	4,5	4,5	0,5
Frankreich	5,4	5,6	1,3
Großbritannien	3,6	2,9	1,1
Italien	6,3	5,3	3,6
¹ Arbeitslosenquote 1965			

QUELLEN: OECD, WIRTSCHAFTSAUSBLICK DEZ. 1993; LABOUR FORCE STATISTICS (OECD), PARIS, VERSCH. AUSGABEN

(2) Das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Das andauernd hohe Wirtschaftswachstum zur Zeit des fordistischen Kapitalismus ermöglichte – unterstützt von der Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit – von den fünfziger bis zu den frühen siebziger Jahren tendenzielle (männliche) Vollbeschäftigung. Wachstum und Vollbeschäftigung – das war die Zauberformel dieser Phase scheinbar immerwährender Prosperität.

Tabelle 5:

Tendenzielle Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik zur Glanzzeit des Fordismus						
	1950	1955	1960	1965	1970	1975
Zahl der registrierten Arbeitslosen in Tsd.	1585	935	271	147	149	1075
Arbeitslosenquote in v.H.	7,2	3,9	1,0	0,5	0,6	4,0

QUELLE: LÜDEMANN, 1996: 260

(3) Das Verhältnis von beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen und Rationalisierungsinvestitionen

Das starke Wachstum des Bruttosozialprodukts und besonders der Aufstieg neuer Industriezweige – der Automobilindustrie, der Petrochemie, der Kunststoff- und Kunstfaserindustrie, die beginnende Expansion der Verbraucherelektronik – und die starke Ausweitung der Konsumgüterindustrien führten zu einem schnelleren Wachstum der Erweiterungsinvestitionen im Verhältnis zu den arbeitsparenden Rationalisierungsinvestitionen. Wie schon mehrmals in der Geschichte des Kapitalismus führte eine Bündelung von Basisinnovationen zu einem starken Schub von beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen.

(4) Das Verhältnis von Profit und Lohn und das Verhältnis von Massenproduktion und Massenkonsumtion

Zum ersten Mal in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaften stiegen sowohl Profite wie auch Löhne und Gehälter so an, dass der Massenkonsum der Bevölkerungsmehrheit zu einem erstrangigen Wachstumsfaktor wurde. Zwischen 1950 und 1975 stiegen die durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommen auf mehr als das Dreifache. „In den fünfziger, den sechziger Jahren und den größten Teil der siebziger Jahre hat es in den großen kapitalistischen Ländern eine leichte Umverteilung zugunsten der Lohn- und Gehaltseinkommen gegeben. Die bereinigte Lohnquote als grobes Maß der Verteilung hat in den USA und Deutschland im Jahre 1974, im Durchschnitt der heutigen 15 Mitgliedsländer der EU 1975 und in Japan 1978 ihren historischen Höhepunkt seit dem Krieg erreicht. Ab Mitte der sechziger Jahre hat dies auch die Profitraten unter Druck gesetzt und den massiven Gegendruck der Unternehmen ausgelöst.“ (HUFFSCHMID 1999: 114) Zunächst aber war ein „fordistischer Vertei-

lungskompromiss“ errungen worden, der erheblich zur Stabilisierung und Erhöhung der Beschäftigungsquote beitrug.

(5) Das Verhältnis von Staatseinnahmen und Staatsausgaben

Starkes Wirtschaftswachstum und tendenzielle Vollbeschäftigung führten zu beachtlichen Haushaltseinnahmen, während die Zahl derer, die von Lohnersatzleistungen leben mussten, relativ gering war und die Ausgaben nicht übermäßig belastete. Trotz der Finanzierung sozialer Reformen waren die Defizite der Staatshaushalte daher gering (TABELLE 6) und begannen erst Mitte der siebziger Jahre mit Beginn der Krise des Fordismus deutlich zu steigen.

Der Vergleich der Staatsverschuldung der Nachkriegsjahrzehnte mit der gegenwärtigen in der Bundesrepublik in Höhe von 1,226 Bio. Euro im Jahr 2002 macht deutlich, wie günstig die Haushaltssituation in der Glanzzeit des Fordismus war.

Tabelle 6:

Salden der Staatshaushalte (in Mrd. Landeswährung)			
Jahr	USA	Japan	Bundesrepublik
1950	- 2,21	-	- 0,74
1960	+ 0,25	+ 54,00	- 1,90
1965	- 1,60	- 515,00	- 1,93
1970	- 11,38	- 3,19	+ 6,94
1975	- 53,93	- 7666,00	- 37,16
1980	- 76,18	- 16872,00	- 26,91

QUELLE: INTERNATIONAL FINANCIAL STATISTICS (IMF), YEARBOOK 1987, WASHINGTON

(6) Das Verhältnis im Austausch zwischen kapitalistischen Metropolen und ihrer Peripherie

Der neue Kapitalismus hatte aber nicht nur für die Metropolen gravierende Veränderungen. Der Kampf um nationale Befreiung, die Suche nach Verbündeten im Kalten Krieg und eben auch veränderte Bedingungen der Profitrealisierung führten dazu, dass aus dem erdballumspannenden Kolonialismus die wirtschaftliche Abhängigkeit der „Dritten Welt“ von den Industrieländern wurde. Aus der Expansion mit Soldaten, Beamten und Plantagenbesitzern wurde die vorwiegend ökonomische Abhängigkeit der so genannten Entwicklungsländer von den Metropolen. Der „Dritten Welt“ wurden Kredi-

te eingeredet, durch die ihre Teilhabe an dem neuen Reichtum möglich werden sollte. Das Wachstum in der „Ersten Welt“ wurde durch die Verschuldung der „Dritten Welt“ gefördert, führte diese jedoch in eine neue Abhängigkeit. Auflösung der traditionellen Gesellschaften, Verelendung, Entstehung riesiger informeller Sektoren mit brutalen Abhängigkeitsverhältnissen waren vielfach einige der Folgen. Die Spaltung der Weltwirtschaft wurde zur Spaltung der Lebenswelten im Norden und Süden.

Was hier nur kurz umrissen werden konnte, sind die Grundzüge eines wohlfahrts- und sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus. Für die abhängig Beschäftigten der westlichen Welt bedeutete er, dass sie über die Konsumtion am Wachstum teilhatten und durch ein zuvor nicht erreichtes Niveau sozialer Sicherungssysteme gegen bestimmte Risiken abgesichert waren. Fordistische Arbeitsgesellschaft, Konsumgesellschaft und Sozialstaat gehörten in dieser Entwicklungsetappe der bürgerlichen Gesellschaft zusammen.

1.3.4. Fordistische Lohnarbeit und Patriarchat: „Mein Auto, mein Haus und meine Frau“

Die Entdeckung, dass ein wachsender Wohlstand der Arbeiter nicht das Ende des Kapitalismus, sondern der Beginn einer neuen Blüte desselben sein kann, hatte enorme Folgen. Die *fordistische Leistungs- und Konsumgesellschaft* zog erstens die Auflösung der alten Großfamilien nach sich. Lebensmittelpunkt der Mehrheit der Bevölkerung wurde eine patriarchale Kleinfamilie mit dem Mann als Haupt und Ernährer und der Frau als Mutter und Hausfrau. Im Idealfall sollte sie Geliebte, Mutter und „zuverdienende Ehefrau“ gleichzeitig sein. Die innerfamiliären Konflikte waren vorprogrammiert. Die prestigereiche Lohnarbeit des Mannes und die dem Klischee nach „durch Liebe“ belohnte familiäre Eigenarbeit der Frau bildeten die beiden Pole, auf denen der Reichtum der neuen Gesellschaft ruhte.

**Patriarchale
Kleinfamilie**

Zweitens entwickelte sich in den westlichen Metropolen eine breite Mittelschicht, die große Teile der Industriearbeiterschaft und der Angestellten erfasste. Es blieb der Gegensatz zwischen Oben und Unten, aber wie in einem Fahrstuhl mit mehreren Etagen fuhr nun nicht nur die Oberschicht hoch, sondern auch beachtliche Teile der unteren Schichten stiegen auf und sahen sich nun in der Mitte. Sie partizipierten sichtbar an einem neuen Reichtum und entwickelten einen Lebensstil, der vorher nur

Mittelstandsgesellschaft

den „gehobenen Schichten“ zugänglich war. Es entstand eine männlich dominierte Erwerbsgesellschaft.

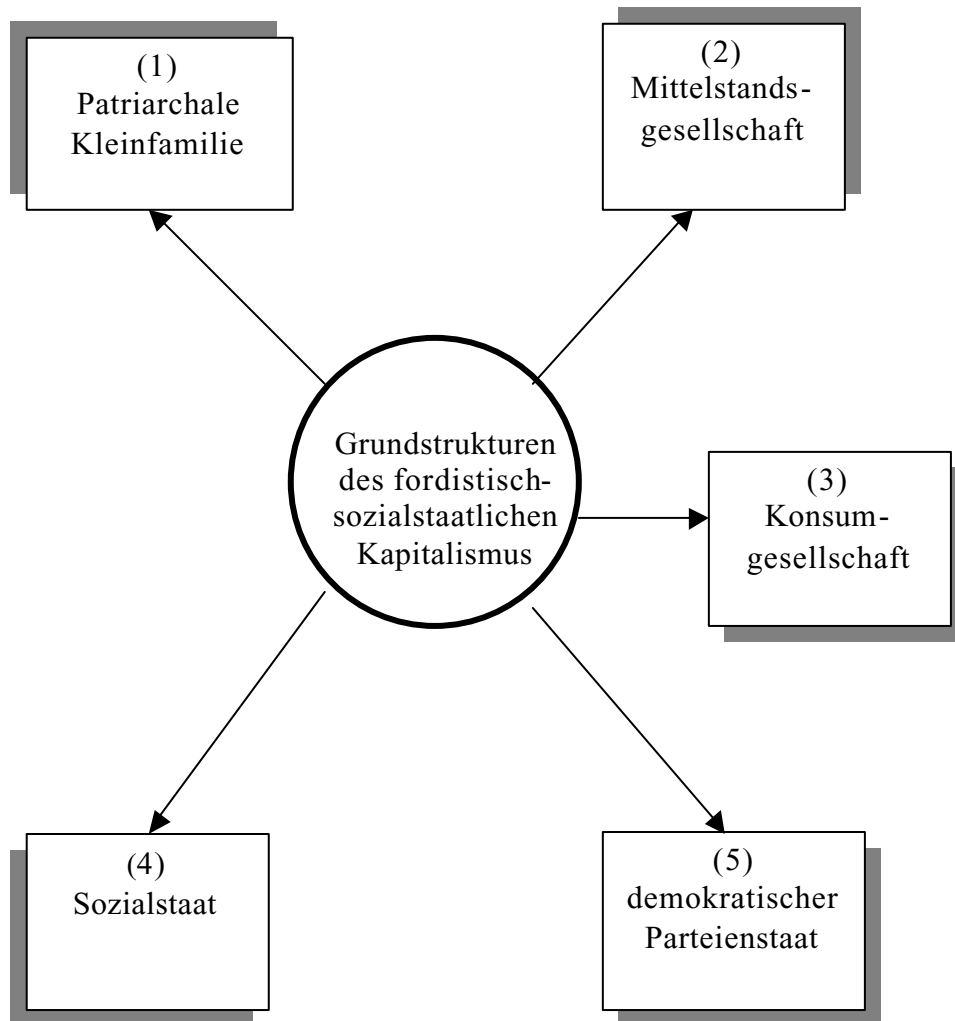
Konsumgesellschaft Drittens: Die Basis dieses Lebensstils war die Entstehung einer Konsumgesellschaft. Der neue Reichtum war vor allem ein Reichtum der Warenwelt, die nun für sehr viele zugänglich wurde. Aus dem Arbeiter, der seinen gesamten Wochenlohn für Miete, Essen und die notdürftigste Kleidung ausgab und dessen Vergnügungen bestenfalls im Besuch von Kneipe oder Pub oder einem Ausflug in die Natur bestanden, wurde der umworbene Konsument. Seine Nachfrage wurde bestimmend für große Teile der Industrie. Es entstand eine ganze Vergnügungsindustrie, deren Leitbild und Zentrum Hollywood wurde.

Sozialstaat Viertens: Im Laufe des 20. Jahrhunderts übernahm der Staat in vielen westlichen Gesellschaften die Funktion eines Garanten für den Zugang der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zu wichtigen sozialen Gütern wie Gesundheitsfürsorge, Bildung, Rente usw. Trat der Staat vorher den einfachen Leuten vor allem in Gestalt des Polizisten gegenüber, so führte die gesetzliche Einführung oder Erweiterung privater oder öffentlicher Versicherungssysteme und anderer, steuerbasierter Systeme öffentlicher Daseinsfürsorge dazu, dass ein Sozialstaat entstand. Er sicherte die Durchsetzung wichtiger sozialer Rechte.

Demokratischer Parteienstaat Der Sozialstaat glich einen Teil der sozial destruktiven Folgen kapitalistischer Marktkonkurrenz aus. Er hatte ein starkes Gewicht in dem Verhältnis von Regulierung durch den Markt und staatlicher Regulierung. Internationale Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank, GATT und Europäische Gemeinschaft förderten – wenn auch im Interesse der ökonomisch Mächtigsten – durch einheitliche Regeln im internationalen Waren-, Geld- und Kapitalverkehr die internationale Arbeitsteilung. Zugleich hatten die stärksten Nationalstaaten noch genügend Souveränität für die Durchsetzung der eigenen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Viele soziale Entscheidungen wurden zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften im Rahmen staatlich gesetzter Bedingungen ausgehandelt.

Fünftens: Unter dem Druck der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, angesichts der Tatsache, dass der Staat auf die Bürger als Soldaten angewiesen war und auch die Lohnarbeiter zu Steuerzahlern wurden, kam es zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, dass spätestens nach 1945 in faktisch allen westlichen Ländern nun auch die Frauen einschloss. Der moderne Parteienstaat

entstand. Wichtige politische Rechte wurden zu Grundrechten aller Bürgerinnen und Bürger.



Das Leitbild dieser Gesellschaft, ihr Ideal vom „normalen Menschen“ – vielfach in Filmen vor- und nachgespielt – war der männliche Arbeitnehmer. Als seine Tugend galten disziplinierte und selbstvergessene Arbeit in einem lebenslangen Normalarbeitsverhältnis in der Maschinerie des Fließbandes oder in Büros und beständige Liebe in der Ehe. Seine Leistung stellte er im Idealfall durch Haus, Auto und eine ordentliche Familie zur Schau. Sein Lohn sicherte ihm Teilhabe am Warenwohlstand, seine Wahlstimme sollte ihm eine Regierung garantieren, die über Wachstum von Wirtschaft und Konsum sowie Sicherheit wachte.

Dieses Leitbild wurde von Henry Ford in seiner Autobiographie mit den Worten formuliert: „Freiheit ist das Recht, eine angemessene Zeit zu arbeiten, dafür einen angemessenen Lebensunterhalt zu erhalten und sich die

Ziele der Lohnabhängigen in fordistischen Zeiten

persönlichen Kleinigkeiten des Lebens nach Belieben einrichten zu können.“

Die Emanzipationsbewegungen dieses Zeitalters waren zugleich Motor und Spiegel dieses fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus. Erhöhung des Anteils von Löhnen am Reichtum, Ausbau des Sozialstaates, Erkämpfung von Mitbestimmung in den Betrieben, mehr Demokratie wagen, Ausbau des Staatssektors als Gegengewicht zum Privatsektor und Garant sozialer Errungenschaften sowie eine Bildungsrevolution, die unteren Schichten und Frauen den Weg zur gleichen Teilhabe sichern sollte – dies waren Kernforderungen der nunmehr klassisch gewordenen Arbeiter- und Frauenbewegungen sowie jener Parteien, die sich ihnen verpflichtet sahen. *Es war ein Projekt der Partizipation und wachsender Gleichheit durch Lohnsteigerung, Konsumwachstum, Sozialstaat und Mitbestimmung.* Sein relativer Erfolg in den Metropolen des Westens wurde zum Ausgangspunkt neuer Bewegungen und trug zugleich den Keim der Krise in sich.

1.3.5. Der Kapitalismus mit „sozialem Antlitz“: Wieso war er möglich?

Rückblickend schien der Kapitalismus im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts zumindest in den Metropolen ein *Goldenes Zeitalter* hervorgebracht zu haben. Der Wohlstand nahm zu. Aber seine Grundlagen wurden durch die Zerstörung der Natur bereits in Frage gestellt. Kriege wurden geführt. Aber nicht in und zwischen diesen Metropolen. Hunger und Elend nahmen nicht ab, sondern eher zu. Aber die Metropolen schienen sich davon frei gemacht zu haben. In den so genannten Entwicklungsländern kam es zu massenhafter Arbeitslosigkeit. In den Metropolen sank sie fast auf Null. Dies alles hat konkrete Ursachen und wirft zugleich allgemeinere Fragen auf.

Vier Bedingungen eines „goldenen Zeitalters“

Es sollen vor allem vier Umstände genannt werden, die zu diesem *Goldenen Zeitalter* beitrugen. Es waren sehr verschiedene Bedingungen, die zusammenkamen und alle in die gleiche Richtung wiesen – (1) technologische Entwicklungen, (2) die Systemauseinandersetzung, (3) die Fähigkeit der herrschenden Eliten, aus den Bedrohungen ihrer Macht zu lernen und (4) soziale Kämpfe.

(1) In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden eine ganze Fülle von Basisinnovationen getätigt, die eine neue Phase der industriellen Entwicklung einleiteten. In diesem Zusammenhang wird auch

von der elektrotechnischen und petrochemischen Revolution gesprochen. Die Automobilindustrie wurde zum Symbol von Industrie überhaupt. Die Vergnügungsindustrie mit dem Film prägte die Kultur. Ein ungeheures Feld menschlicher Produktion und Konsumtion wurde neu geschaffen und ermöglichte eine über Jahrzehnte andauernde Expansion der Wirtschaft.

(2) Die vor dem Hintergrund der Großen Depression der späten zwanziger Jahre zunächst erfolgreich scheinende Industrialisierung der Sowjetunion, die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung Europas vom Faschismus und die Herausbildung eines *sozialistischen Lagers* sowie auch der Sputnikschock erhöhten den Druck auf die westlichen Metropolen und ihre Eliten, sich selbst der sozialen und demokratischen Frage anzunehmen. Die Vermeidung von Kriegen zwischen ihnen, zwischenschenstaatliche Integration, soziale Reformen und Respektierung wichtiger demokratischer und rechtsstaatlicher Regeln erschien in der Systemkonkurrenz als Vorteil.

(3) Der Erste Weltkrieg, die nachfolgenden Krisen, die Große Weltwirtschaftskrise und die Folgen des vom Nationalsozialismus ausgelösten Zweiten Weltkriegs hatten die Macht der herrschenden Eliten geschwächt. Sie hatten zu oft in zu kurzer Zeit versagt. Die Legitimation ihrer Herrschaft war deutlich in Frage gestellt. Mit dem sowjetischen Sozialismus schien eine Alternative möglich, so schlecht oder unvollkommen sie auch zunächst sein mochte. Der Kapitalismus war tief diskreditiert.

Der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter schrieb 1942, zu dieser Zeit schon lange im Exil: „Die öffentliche Meinung ist allgemach so gründlich über ihn verstimmt, dass die Verurteilung des Kapitalismus und aller seiner Werke eine ausgemachte Sache ist, – beinahe ein Erfordernis der Etikette der Diskussion. Was auch die politische Vorliebe des jeweiligen Autors oder Redners sein mag, ein jeder beeilt sich, sich diesem Kodex anzupassen und seine kritische Einstellung zu betonen... seine Abneigung gegen die kapitalistischen und seine Sympathie für die antikapitalistischen Interessen.

„... der Widerstand gegen den Kommunismus bildete den Grundzug praktisch aller geopolitischen Strategien und Sozialpolitiken, die der Westen seit dem Zweiten Weltkrieg entworfen hat. Der Marshallplan etwa war in erster Linie dazu gedacht, Westeuropas Widerstandskraft gegen die Ausbreitung der kommunistischen Idee zu stärken. Dieselbe Zielrichtung hatten McArthurs Konzept zum gesellschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbau Japans und Trumans Entscheidung des Jahres 1947, Griechenland und der Türkei massive Wirtschaftshilfe zukommen zu lassen. ... Das Eintreten der USA für Freihandel und Entwicklungshilfe war teilweise uneigennützig, aber hauptsächlich durch den Kampf gegen den Kommunismus motiviert.“

US-VIZEPRÄSIDENT AL GORE 1992: 269

Jede andere Haltung gilt nicht nur als verrückt, sondern als antisozial und wird als Zeichen unmoralischer Unfreiheit angesehen.“ (SCHUMPETER, 1987: 107)

Der New Deal, den der US-amerikanische Präsident Roosevelt in den dreißiger Jahren als Ausweg aus der Krise einleitete, die Beschlüsse von Bretton Woods von 1944 für eine künftige Weltwährungsordnung, der Marshallplan, der anders als nach dem Vertrag von Versailles die Feinde von eben auch wirtschaftlich in das eigene Machtsystem integrieren sollte und zur Entwicklung Westeuropas und vor allem der Bundesrepublik entscheidend beitrug – dies alles waren strategische Entscheidungen, die von der Fähigkeit der Eliten zeugten, aus Fehlern zu lernen. Sozialstaat und Demokratie wurden ausgebaut und nicht einfach als systemfeindlich und destabilisierend bekämpft.

(4) Die herrschenden Eliten brauchten die Unterstützung durch breite Teile der Bevölkerung. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Organisationen konnten vor diesem Hintergrund mit vorher ungekanntem Ergebnis ihre Interessen und Ansichten zur Geltung bringen. Ihre Forderungen hatten breitesten Rückhalt. Das Kräfteverhältnis war gerade im Bereich des Sozialen zu ihren Gunsten verschoben. Die Erkenntnis, dass höhere Löhne zum Profit beitragen können, war dafür ein Nährboden. Streiks und Massenbewegungen erzielten langfristige Erfolge. Diese Jahrzehnte waren Jahrzehnte sozialer und demokratischer Reformen, Reformen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die Beteiligung der Bevölkerung am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reichtum stieg deutlich an. Deutliche Erfolge wurden bei der Gleichstellung von Frauen insbesondere im Bildungsbereich erzielt.

Die Erfahrungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts können sehr unterschiedlich interpretiert werden. Es gibt zum einen die Position, dass die Entwicklung eines Kapitalismus mit sozialen Zügen einmaligen Bedingungen geschuldet ist. Eine solche Position wird von den Neoliberalen vertreten, die diese sozialen Errungenschaften als Störungen von so genannten effizienten Marktgleichgewichten beseitigen und den Kapitalismus entfesseln wollen. Für sie war die Eindämmung des Kapitalismus ein Betriebsunfall. Aber auch viele linke Kritiker sehen darin eher eine Abnormität, die nicht wiederholbar ist.

Die Autorinnen und Autoren dieses Berichts sind der Auffassung, dass unter den sehr spezifischen Bedingungen nach 1945 sich eine Entwicklung vollzog, in der innerhalb der westlichen Gesellschaften

Tendenzen zur Geltung gebracht wurden, die denen eines reinen Kapitalismus entgegengesetzt waren und zu einer bedeutenden Veränderung führten.

Erstens wurde das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit deutlich zugunsten letzterer verschoben. Die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital dauerte an, aber sie wurde relativiert. Die sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Lohnabhängigen in den Metropolen bestimmten zu einem beträchtlichen Maße die Entwicklung der westlichen Gesellschaften mit. Die Gesetze der Kapitalverwertung wurden durch Zwänge zur Berücksichtigung der Interessen der Lohnabhängigen ergänzt.

Zweitens stieg die Staatsquote in allen Ländern deutlich an, und der Staat griff auch in beträchtlichem Maße regulierend in den privaten Sektor der Wirtschaft ein. Die Logik einer privaten Verwertungswirtschaft wurde mit der Logik der Reproduktion eines Sozialstaates verknüpft, der umfassende Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge übernommen hatte.

Ob diese Tendenzen unter den erheblich veränderten Bedingungen in gewandelter Weise fortgesetzt werden können, ob sie auf andere Felder ausdehnbar sind, ist u. E. eine offene Frage, die durch soziale Kämpfe und sich in ihrem Gefolge durchsetzende Strategien entschieden wird.

Wenn es in den Nachkriegsjahrzehnten gelang, die Dominanz der Kapitalverwertung über die Gesellschaft zu relativieren, dann kann es historisch auch möglich sein, die Kapitalverwertung insgesamt sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unterzuordnen und so den Kapitalismus zu transformieren. Zunächst aber einmal begann in den siebziger Jahren eine neoliberale Gegenoffensive, die vor allem darauf zielte, die Relativierung der Dominanz von Kapitalverwertung und Profit zurückzunehmen. Der Neoliberalismus eroberte die Hegemonie, die einen nun schon drei Jahrzehnte andauernden Prozess sozialer Deregulierung bestimmt.

Let It Be

WHEN I FIND MYSELF IN TIMES OF TROUBLE

Mother Mary comes to me
Speaking word of wisdom, let it be.
And in my hour of darkness
She is standing right in front of me
Speaking words of wisdom, let it be.
Let it be, let it be
Let it be, let it be
Whisper words of wisdom, let it be.
And when the broken hearted people
Living in the world agree,
There will e an answer, let it be.
For though they may be parted there is
Still a chance that they will see
There will be an answer, let it be.
Let it be, let it be ...

THE BEATLES

1.4. Neue Grenzen des Wachstums: Die Krise des *Goldenen Zeitalters* des Kapitalismus

Die Alternativen, vor denen wir heute stehen, haben ihren Ausgangspunkt in den sechziger Jahren. Ihre Wurzeln reichen in das Heranreifen der Krise des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus der Nachkriegszeit zurück. Diese Krise ist eine Krise des Sinns und eine Krise der Grundlagen des Wachstums, eine Krise der Ziele und eine Krise der Mittel dieses Entwicklungspfades des 20. Jahrhunderts.

In den späten sechziger Jahren kam es völlig unerwartet zum Aufstand der Wohlstandskinder. Er richtete sich gegen den Vietnamkrieg, aber vor allem gegen erstarrte Tugenden und die Heuchelei der Elterngeneration, gegen die Hörigkeit gegenüber den Maschinen von Industrie, Bürokratien und Sozialsystemen, die das Leben bis zum Tode vorgaben, gegen einen Kapitalismus, der seine Glücksversprechen nicht halten konnte und sich zugleich mit Gewalt und Elend global verbreitete. Auf der Grundlage jener Siege, die ihre Eltern noch erfochten im Ausbau des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus, formulierten sie neue Ziele.

**Wir machen kaputt,
was uns kaputt macht**

Was ihren Eltern noch eine Wohltat war, war ihnen eine Selbstverständlichkeit – hohe Löhne, umfangreicher Konsum, sozial sicherer Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Gütern, die Gleichheit der Stimmen bei Wahlen. Was den Vätern und Müttern der unvermeidliche Preis der Erfolge war – die Verrechtlichung, Verregelung, Bürokratisierung aller Ansprüche, die Normierung und Vereinheitlichung des Lebens –, erschien ihnen eine Plage.

Der Schwerpunkt der sozialen Kämpfe verlagerte sich – vom Kampf um bessere Lebensbedingungen zum Kampf um ein besseres, ein freieres, ein selbstbestimmteres Leben. Noch wurden die Auseinandersetzungen um höhere Löhne, mehr Konsum, mehr staatliche Absicherung geführt und schon kam es zu neuen Konflikten auf dem Terrain der „Nicht-Arbeit, dem Terrain des Lebens“ (HARDT/NEGRI 2000: 273). Die sexuelle Revolution wurde zum Symbol von Befreiung überhaupt.

Es waren gerade die hohe Bildung, das verfügbare Einkommen, die vorhandenen Systeme sozialer Sicherung, der ganze Reichtum an Möglichkeiten, der es vielen Menschen vor allem der jüngeren Generation erlaubte, mit diesen Möglichkeiten zu experimentieren – kulturell, politisch und wirtschaftlich. Es war die Zeit der Entdeckung neuer Wege zu leben, Macht auszuüben und Wirtschaft zu betreiben. In den experimentierfreudigen Milieus der späten sechziger und der siebziger Jahre entstanden wichtige Elemente einer Gesellschaft, die heute mit den Begriffen *Postindustrielle Gesellschaft*, *Risikogesellschaft*, *Netzwerkgesellschaft*, *Informationsgesellschaft*, *Lustgesellschaft*, *kultureller Kapitalismus* und *mediokratischer Kapitalismus* umschrieben werden.

Eine Vielzahl von neuen soziokulturellen Bewegungen entstand. Friedens- und Menschenrechtsbewegungen, feministische Bewegungen, neue Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Bewegungen und andere prägten das Bild. Sie kritisierten, dass die Emanzipationsvorstellungen der alten Bewegungen auf Arbeit, Einkommen und Konsum beschränkt waren, dass mit der Lohnarbeit zugleich die Herrschaft von Männern über Frauen und der „Ersten“ über die „Dritte Welt“ konserviert worden war. Demokratie als reale Mitgestaltung der Gesellschaft, individuelle Selbstbestimmung in allen Phasen des Lebens und die Erhaltung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens seien ausgeklammert gewesen.

„Der Kolonisierte entdeckt also, dass sein Leben, sein Atmen, seine Herzschläge die gleichen sind wie die des Kolonialherrn. Er entdeckt, dass die Haut eines Kolonialherrn nicht mehr wert ist als die Haut eines Eingeborenen. Diese Entdeckung teilt der Welt einen entscheidenden Stoß mit. Jede neue und revolutionäre Sicherheit des Kolonisierten rührt daher. Wenn nämlich mein Leben das gleiche Gewicht hat wie das des Kolonialherrn, dann schmettert mich sein Blick nicht mehr nieder, lässt mich nicht mehr erstarren, seine Stimme versteinert mich nicht mehr. Ich bin nicht mehr verwirrt in seiner Gegenwart. Ich mache ihn fertig. Nicht nur, dass seine Gegenwart mich nicht mehr stört, sondern ich bin schon dabei, ihm eine Falle nach der andern zu stellen, so dass er bald keinen andern Ausweg mehr haben wird als die Flucht.“

Aus: Frantz Fanon „Die Verdammten dieser Erde“. 1966: 35

1.4.1. Das Menetekel an der Wand: Der erste Bericht des *Club of Rome* von 1972

„Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“

MEADOWS 1972: 17

Prozent, in Japan 1,6, in den USA 4,8 und in der OECD insgesamt 3,1 Prozent. Da veröffentlichte der *Club of Rome* 1972 seinen ersten Bericht „Grenzen des Wachstums“. In diesem Bericht von Dennis Meadows warnte der „Club“ vor einem, große Teile der Menschheit bedrohenden Prozess der Zerstörung entscheidender ökologischer Gleichgewichte.

Genau zwanzig Jahre später heißt es in dem Folgebericht „Die neuen Grenzen des Wachstums“: „1971 sah es so aus, als werde man erst nach einigen Jahrzehnten die materiellen Grenzen für die Nutzung vieler Rohstoffe und der Energie erreichen. 1991 aber zeigten die Computerläufe und die Neubewertung der Daten, dass die Nutzung zahlreicher Ressourcen und die Akkumulation von Umweltgiften bereits die Grenzen des langfristig Zutraglichen überschritten haben ... Wenn man die Lastenreduktion zurückstellt und den Übergang zur stabilen Gesellschaft hinauszögert, schiebt man bestenfalls umso größere Lasten auf künftige Generationen und schafft schlimmstenfalls die Voraussetzungen für den endgültigen Zusammenbruch.“

MEADOWS/MEADOWS/RANDERS 1992:
11, 250

und damit seine unangefochtene Stabilität. Selbst das Gespenst der Inflation wurde sichtbar.

Die Wachstumseuphorie der fünfziger und sechziger Jahre war noch nicht ausgeklungen, erste Krisen schienen nur kleine Unfälle auf dem geraden Weg weiteren Fortschritts. Die Ölkrise von 1973, in deren Gefolge der Ölpreisindex von 100 im Jahre 1970 auf 2222 anstieg, hatte noch gar nicht stattgefunden. In Westeuropa betrug die Arbeitslosenquote 1970 nur 2,7

In der Folge erwiesen sich zwar einzelne Prognosen der Autoren der Berichte des *Club of Rome* als falsch, aber der Wachstumspfad des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus geriet tatsächlich in eine tiefe Krise. Es war eine Krise der schon dargestellten ausgeführten Grundproportionen des Akkumulationsregimes dieses Kapitalismus. (Siehe S. 33 ff.) Ein Weiter-So wurde immer schwieriger. Die Arbeitslosigkeit stieg an. Sie schnellte in der OECD-Welt von 3,1 Prozent 1970 auf 5,1 Prozent im Jahr 1975 hoch. Die Staatsverschuldung nahm immer größerer Ausmaße an. Der Dollar verlor seine Bindung an das Gold

Die sechs dargestellten Grundstrukturen des fordistischen, sozialstaatlich eingedämmten Kapitalismus (S. 33 ff.) wurden unterhöhlt oder sogar aufgelöst.

(1) Das andauernd hohe Wachstum brach in den frühen siebziger Jahren ein und verläuft seitdem sehr gedämpft. Der Fordismus hat sein Lebenselixier verloren.

Tabelle 7:

Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der großen Industrieländer, 1950–2000					
	1950-59	1961-70	1971-80	1981-90	1991-2000
USA	3,2	3,8	2,8	2,6	2,6
BRD.	7,8	4,4	2,7	2,2	2,2
Japan	9,5	10,5	4,5	4,0	1,3
EWG/EU	5,2	4,8	3,0	2,4	2,0
G 7	5,7	5,5	3,3	2,7	1,8

QUELLEN: EICHENGREEN; KENEN 1994: 22; EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT, 2000 NR. 66: 252F; HUFFSCHMID, 1999: 111

Das geringe Wirtschaftswachstum reicht nicht mehr aus, um die durch steigende Arbeitsproduktivität auftretenden Verluste von Arbeitsplätzen zu kompensieren, obwohl auch die Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität niedriger sind als in den Glanzzeiten des fordistischen Kapitalismus.

(2) Die Parallelität von hohem Wirtschaftswachstum und tendenzieller Vollbeschäftigung ist umgeschlagen in ein gemäßigtes Wachstum bei permanent hoher Arbeitslosigkeit. Wachstumsschwäche und Krise der herkömmlichen Erwerbsarbeit – das ist die entzaubernde Formel der nachfordistischen Entwicklung.

Tabelle 8:

Jahresdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und Entwicklung der Arbeitslosenquote (AR)								
	1960-1969		1969-1979		1979-1990		1990-2000	
	BIP	AR	BIP	AR	BIP	AR	BIP	AR
USA	4,6	4,8	3,3	6,21	2,9	7,10	3,2	5,25
Japan	10,2	1,2	5,2	1,70	4,6	2,50	1,3	3,50
BRD	4,4	0,8	3,6	2,05	2,2	5,77	1,9	8,20
Euro 12	5,3	2,3	3,7	4,60	2,4	9,10	2,0	9,90
G7 ¹	5,1	3,1	3,6	4,90	3,0		3,1	

¹ 1960-73, 1973-79

QUELLE: BRENNER, 2002: 13

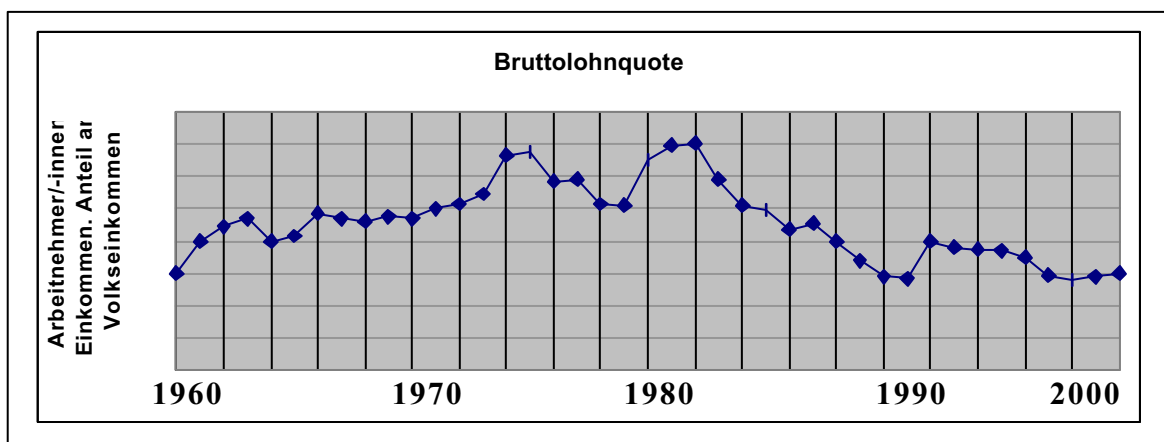
(3) Die Dominanz der Erweiterungsinvestitionen im Verhältnis zu den Rationalisierungsinvestitionen schlug um in den Vorrang von Rationalisierung vor Erweiterung.

In der Geschichte langer Wellen kapitalistischer Entwicklung hatte stets die Bündelung umwälzender Basisinnovationen zu einem Boom von Erweiterungsinvestitionen geführt. Die neuen hochtechnologischen Basisinnovationen – zunächst vor allem die Informationstechnologien – sind dagegen Rationalisierungstechnologien par excellence. Ob in der computervernetzten und -gesteuerten Produktion, im elektronischen Handel oder in Banken und Versicherungen – überall ist Durchrationalisierung die Folge des Einzugs der neuen Technologien in Produktion und Dienstleistungen. Innovationswellen sind zu Entlassungswellen geworden.

(4) Der fordistische Verteilungskompromiss zwischen Wachstum des Profits und Wachstum der Masseneinkommen ist zerbrochen. Die Profite steigen, und die bereinigte Lohnquote sinkt seit der 2. Hälfte der siebziger Jahre und nach einer kurzzeitigen Steigerung zwischen 1978 und 1982 seitdem deutlich ab. Im Jahre 2000 lag sie wieder auf dem Niveau von 1960. Davon, dass der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt in jüngerer Zeit die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verstärkt und unerträglich belaste, kann keine Rede sein. Wohl aber davon, dass eine soziale Polarisierung stattfindet, die in den Nachkriegsjahrzehnten zeitweilig zurückgetreten war.

Von 1991 bis 2000 stiegen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 64 Prozent. Die Steigerung der Bruttolohn- und Gehalts-

summe blieb mit 28 Prozent deutlich dahinter zurück. Die Differenz zwischen Einkommen aus Unternehmertätigkeit/Vermögen und dem Einkommen der abhängig Erwerbstätigen wurde durch die gegensätzliche Wirkung von Steuern und Abgaben auf die Nettoeinkommen noch entschieden vergrößert. Die steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter stieg von 13,3 auf 19,4 Prozent und die Belastung durch Sozialbeiträge von 14,3 auf 16,3 Prozent an. Dagegen wurde die Steuerbelastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen – 1970 noch 16 Prozent – zwischen 1991 und 2000 von 7,3 auf 6,7 Prozent reduziert.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT, BERECHNUNG VON VER.DI: 2002A: 13

Die Nettolohnquote fiel daher in diesem Zeitraum nach Berechnungen von ver.di von rund 50 auf 43 Prozent (VER.DI 2002a: 13).

(5) Die glückliche Haushaltskonstellation von hohen wachstumsgetragenen Steuereinnahmen und geringer Belastung der Ausgabenseite durch Lohnersatzleistungen wie Sozialhilfe und Wohngeld schlug um in starken Anstieg der Haushaltsdefizite, hohe Belastung durch den Schuldendienst und dadurch begrenzten Handlungsspielraum der öffentlichen Hand.

Die TABELLE 9 macht sichtbar, dass 1965, also auf dem Höhepunkt des fordistischen Kapitalismus, die Neuverschuldung umgerechnet nur 4 Mrd. Euro betrug und die Staatsschulden lediglich 18,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichten. Bis zum Jahr 2001 ist der Schuldenstand von 43,2 auf 1195,7 Mrd. Euro angestiegen, und die Staatsverschuldung beträgt bereits 58 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Tabelle 9:

Öffentlicher Gesamthaushalt 1965 bis 2001 – Daten zur Verschuldung (in Milliarden EUR)									
Jahr	Neuverschuldung	Schuldenstand	Zinsausgaben	Steuer-einnahmen	Primär-saldo	BIP	Zins-Steuer-Quote	Neuverschuld. i. % BIP	Schuldenstand i. % BIP
1965	4,0	43,2	1,8	54,7	2,2	234,8	3,3	1,7	18,4
1980	27,7	236,6	15,1	187,3	12,5	752,6	8,1	3,7	31,4
1998	32,7	1.153,4	68,4	426,9	- 35,7	1.929,4	16,0	1,7	59,8
1999	31,7	1.183,1	69,8	454,4	- 38,1	1.974,3	15,4	1,6	59,9
2000	11,0	1.198,2	67,5	469,1	- 56,5	2.025,5	14,4	0,5	59,2
2001	0,3	1.195,7	66,5	448,2	- 66,2	2.063,0	14,8	0,0	58,0
Daten nach finanzstatistischer und nicht nach Maastricht-Abgrenzung									

Quelle: Meyer, Dieter 2002: 10

Der Anstieg der Zinsbelastungen summierte sich im Gefolge der dramatischen Zunahme der Staatsverschuldung für die Zeit von 1965 bis 2001 auf 1057,1 Mrd. und erreichte damit nahezu die Höhe der Kreditaufnahme! (MEYER 2002: 1 UND 10 ff.)

(6) Die „Dritte Welt“, der „die glorreichen Jahrzehnte“ (Ralf Dahrendorf) des fordistischen Kapitalismus einst als die eigene Zukunft dargestellt wurden, ist ruinös verschuldet. Auf das ärmste Fünftel der Menschheit entfielen 1970 2,3 Prozent des Welteinkommens, im Jahre 1998 nur noch 1,3 Prozent. Der Besitz von 358 Milliarden im „Norden“ überstieg nach UNDP-Angaben bereits 1996 das Gesamteinkommen der Länder mit den ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung. Aber selbst in der Boom-Region Südostasien, in der die Hoffnungen der reichen Länder auf Wachstum und Stabilisierung durch Expansion fast aufzugehen schienen, ging diese Erwartung in der Finanzkrise 1997/98 unter – trotz der Erholungsprozesse danach.

**Erosionsprozesse
rundum**

Die Daten weisen aus: Rundum erodieren die ökonomischen Proportionen oder Gleichgewichtsbedingungen des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus oder sind längst verschwunden. Das gilt auch für andere Seiten dieser Phase kapitalistischer Entwicklung.

Tabelle 10:

Entwicklung der Armut nach der Finanzkrise in Indonesien, Thailand und Südkorea (Personen in % der Bevölkerung)			
	Indonesien	Thailand	Südkorea
Armut vor der Krise	11,3	15,1	15,3
Zusätzliche Armut infolge der Krise			
- durch sinkendes Volkseinkommen	4,8	2,3	1,6
- durch höhere Arbeitslosigkeit	bis 6,4	bis 9,3	bis 10,5
Zusammen	bis 11,2	bis 11,6	bis 12,1
Armut nach der Krise	22,5	26,7	27,8
Zunahme der Armut durch die Krise in %	99,1	76,8	77,1

QUELLE, IMF, WORLD ECONOMIC OUTLOOK, OCTOBER 1998, S. 47. ZITIERT AUS: HUFFSCHMID, 1999: 165

Die Bildungsrevolution und der Wertewandel führten dazu, dass sich Frauen immer weiter aus ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter lösten. Dazu trugen auch stagnierende oder sinkende Löhne bei, die nur durch eine wachsende Erwerbstätigkeit aller erwachsenen Familienangehörigen kompensiert werden konnte. Die Frauenerwerbsquote stieg. Die Scheidungsrate nahm deutlich zu. Die patriarchale Kleinfamilie als „Säule“ der Gesellschaft zerfiel.

In der gleichen Zeit geriet aber auch die Mittelstandsgesellschaft unter Druck. Zum einen stieg gerade durch die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen der Bedarf der „Besserverdienenden“ an billiger Dienstbotenarbeit an. Nur dann, wenn die Löhne jener, die sich nun um die Hausarbeit kümmerten und die private Kinderbetreuung übernahmen, bei einem Drittel oder Viertel des eigenen Verdienstes liegt, „rechnet“ sich eine solche Arbeitsteilung für den Dienstherrn oder die Dienstherrin. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf jene Teile der Lohnarbeiterschaft, die einfache Arbeit verrichteten, die prinzipiell in Niedriglohnländer ausgelagert werden könnte.

Seit den siebziger Jahren gerät auch die Konsumgesellschaft unter Druck und verändert sich. Zum einen verlangt die ökologische Krise einen umfassenden Umbau der Konsumtion. Zum anderen tritt der

bezahlte Zugang zu kulturellen Leistungen mehr in den Vordergrund. Die eigene Fähigkeit zum selbstbestimmten Umgang mit den Gütern entscheidet immer stärker über die Qualität des Konsums.

Die Verwandlung der Nationalstaaten in Wettbewerbsstaaten untergräbt nachhaltig deren Fähigkeit, soziale Integration durch staatliche Umverteilung und das umfassende Angebot von öffentlichen Gütern und die Garantie sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

„Es gibt keinerlei Beispiele für wirksame demokratische Institutionen jenseits des Nationalstaats. Doch operiert die globale Klasse eben dort, also jenseits des Nationalstaates.“

DAHRENDORF 2000: 1067

Die Stabilität der innerstaatlichen demokratischen Institutionen in den westlichen Ländern darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Legitimität in den Augen der Bürger immer weiter sinkt. Gleichzeitig werden viele Entscheidungen in Gremien gefällt,

die sich der demokratischen Kontrolle fast völlig oder sogar ganz und gar entziehen. GATT bzw. WTO, G 8, IWF, Weltbank, die Brüsseler Bürokratie und der Ministerrat der EU sind zugleich außerordentlich mächtige Institutionen, aber es sind auch Institutionen, auf deren Entscheidungen die Bürger keinen oder nur einen sehr, sehr indirekten Einfluss haben.

Die Globalisierung der Entscheidungsprozesse bzw. ihre Delegation an supranationale Gremien hat zu einer realen Entdemokratisierung geführt. Es sind Oligarchien entstanden, Oligarchien, in denen jene mit den größten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressourcen das Sagen haben – dies aber sind nicht die Bürgerinnen und Bürger und vor allem nicht jene, die in der Gesellschaft immer noch oder wieder „unten“ sind. Die neue globale Oligarchie ist deshalb eine Herrschaft der organisierten Macht der großen Staaten, transnationalen Konzerne und internationalen Institutionen. Die Krise der parlamentarischen Demokratie ist vor allem der Aushöhlung ihrer Entscheidungsbefugnisse und dem gut begründeten Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Abwanderung der Entscheidungsmacht aus den demokratischen Gremien geschuldet.

Das Akkumulationsregime des Fordismus funktioniert nicht mehr, die Grundstrukturen des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus sind in Auflösung begriffen, die Konturen einer ökologischen Krise zeichnen sich ab, die Gesellschaften polarisieren sich in unten und oben, die Macht entgleitet erneut ökonomisch, sozial, politisch und auch kulturell dem sowieso nur begrenzten Zugriff der kleinen Leute. Eine neue Welle von Aufrüstung hat international begonnen, um die Risiken des neuen Zeitalters mit Gewalt unter Kontrolle zu hal-

ten. Mit Verweis auf den 11. September wurde der US-amerikanische Verteidigungshaushalt um etwa ein Drittel auf 415 Mrd. Dollar im Jahr 2002 erhöht. Die Entwicklungshilfe beträgt international gerade 50 Mrd. Dollar im Jahr. Zugleich flossen allein im Jahr 2000 376 Mrd. Dollar als Schuldendienst von Süd nach Nord. Der Blick zurück auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sollte uns belehren, dass dies die Anzeichen für große Katastrophen und noch größere Verbrechen sind.

1.4.2. Ein Weiter-So ist unmöglich: Die fünf Elemente der Krise

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Menschheit vor einer ganzen Reihe von Grundproblemen. Fünf solcher Herausforderungen sollen genannt werden: (1) die ökologische Krise, (2) die Krise der Erwerbsgesellschaft und soziale Polarisierung, (3) die Krise des Südens, (4) die Krise der internationalen Sicherheit und (5) die Sinnkrise. Die Verflechtung dieser fünf Krisen signalisiert einen fundamentalen Bruch in der Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaften.

Ökologische Krise

Die Evolution moderner Gesellschaften war von Beginn an mit wachsendem Verbrauch von Rohstoffen und Energieträgern und mit steigender Belastung von Böden, Wasser und Luft verbunden. Der wachstumsintensive Entwicklungspfad des Fordismus mündete in eine dramatische Überbelastung der Natur. Der Naturverbrauch hat ein derartiges Niveau erreicht, das selbst das verlangsamte nachfordistische Wachstum die Umweltkrise vertieft.

- Von dem rund 50fachen Anstieg der Weltindustrieproduktion im 20. Jahrhundert entfielen vier Fünftel auf die zweite Jahrhunderthälfte.
- Von dem rund 30fachen Anstieg des Weltverbrauchs fossiler Rohstoffe entfielen sogar drei Viertel auf die Zeit nach 1950.
- Die Waldbestände nahmen in 10.000 Jahren schätzungsweise um ein Drittel von etwa 6,5 Mrd. ha auf ungefähr 4,1 Mrd. ha ab. Von dieser Gesamtabnahme entfällt mit 17 Prozent mehr als die Hälfte auf den Zeitraum seit 1978, in den so genannten Entwicklungsländern sogar mehr als 40 Prozent ihres ursprünglichen Waldbestandes.

- Die atmosphärische CO₂-Konzentration stieg seit 1800 um 25 Prozent an. 40 Prozent dieses Anstiegs entfallen auf die Zeit seit 1958.

In doppelter Weise gefährdet die Menschheit sich selbst. Sie hat Waffensysteme mit der Fähigkeit zur Selbstvernichtung der Menschheit hervorgebracht. Und vor allem die reichen Länder verursachen – orientiert am Maß des Profits der mächtigsten Kapitale – einen derartigen Verbrauch und solche Belastungen der Natur, dass Klimakatastrophen und andere Umweltzerstörungen die Lebensbedingungen großer Teile der Menschheit zu vernichten drohen.

Die Grenzen der Naturbelastbarkeit sind überschritten. Weder die Entdeckung weiterer neuer Rohstoffquellen, noch die Möglichkeit, dass die „Selbsteilungskräfte“ der Naturkreisläufe größer sein könnten, als von vielen Experten angenommen, führen an der Tatsache vorbei, dass die Erde ein solches Wachstum nicht aushalten kann, ohne sich dabei bis zur Unbewohnbarkeit zu verändern. Es bedürfte der Ressourcen und der Belastbarkeit von fünf Erdbällen, wenn China, Indien und andere Länder des Südens einen Naturverbrauch erreichen würden, der pro Kopf dem Verbrauch der Deutschen gleichkäme.

Wenn man davon ausgeht, dass allen Menschen auf der Erde das gleiche Anrecht auf Umweltraum zusteht und zugleich das Lebensniveau in Deutschland nicht gesenkt werden sollte, dann müsste die Effizienz im Umgang mit Naturressourcen in den nächsten 50 Jahren bei Nullwachstum um den Faktor 10 erhöht werden. (BUND; Misereor, 1996: 80) Der Effekt je verbrauchter Energie oder Rohstoffe wäre zu verzehnfachen! Würden wir aber annehmen, dass die Arbeitsproduktivität jahresdurchschnittlich weiter um etwa 2 Prozent ansteigen wird, dass nach vorherrschender Auffassung vor allem das Wirtschaftswachstum zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führen soll und dass die EU-Kommission dafür ein Wachstum von 3 Prozent für notwendig hält, müsste die Natur vor den Folgen solchen Wachstums dadurch geschützt werden, dass die Effizienz in der Nutzung der Naturressourcen um etwa das 44fache erhöht würde. Maschinen, Konsumgüter und Leistungen müssten in Deutschland und ähnlich in anderen Industrieländern im Durchschnitt mit einem Vierundvierzigstel des gegenwärtigen Material- und Energieaufwandes erzeugt werden. Nur solche Steigerungen der Effizienz beim Umgang mit Naturressourcen würden es am Ende erlauben, steigen-

den Verbrauch von Naturressourcen in den Ländern des Südens durch radikal sinkenden Verbrauch im Norden zu kompensieren.

Selbst die optimistischsten Annahmen über die Möglichkeiten einer künftigen Effizienzrevolution schließen aber einen derartigen Effizienzsprung um den Faktor 44 aus. „Faktor vier“ – so lautet der Titel eines Buches von Ernst Ullrich von Weizsäcker und dem Ehepaar Lovins zu dieser Problematik (v. Weizsäcker, 1995).

Die Quintessenz: Herkömmliches Wachstum zerstört die Umwelt und ist kein Hoffnungsträger für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Der Wandel der Arbeitswelt wird mit einschneidendem Wandel der Lebensweisen und der kulturellen Werte, mit veränderten Wachstumsstrategien und mit der Konzentration technologischer Innovationen auf eine radikale Steigerung der Ressourceneffizienz zu verbinden sein. Im 3. Kapitel werden wir diesen Gedanken wieder aufnehmen.

Tabelle 11:

Wirtschaftswachstum und Dematerialisierung			
Wirtschaftswachstum jährlich in %	Sozialprodukt in 50 Jahren auf %	Notwendige Material-Produktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 20 % des heutigen Verbrauchs (Faktor)	Notwendige Material-Produktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 10 % des heutigen Verbrauchs (Faktor)
-1,0	60	3	6
0,0	100	5	10
1,0	164	8	16
1,5	211	11	22
2,0	269	13	27
2,5	344	17	34
3,0	438	22	44

QUELLEN: SPANGENBERG, H. JOACHIM, TOWARDS SUSTAINABLE EUROPA; WUPPERTAL-INSTITUT, SEPTEMBER 1995. WITT, UWE, 1999: WACHSTUM, EINKOMMEN UND KONSUM. THESEN ZUR PDS-UMWELTKONFERENZ „FÜR EINE ÖKOLOGISCH-SOZIALE ZEITENWENDE. BERLIN

Krise der Erwerbsgesellschaft und soziale Polarisierung

Die Auflösung der Bedingungen des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus führte in eine Krise des für diese Phase charakteristi-

schen Normalarbeitsverhältnisses des männlichen Familienernähers. Nicht das Wachstum, nicht der vorherrschende technologische Innovationstyp, nicht traditionelle geschlechtshierarchische Rollen- teilung und nicht ein sozialstaatlicher Ausgleich der Defizite des Marktmechanismus sind mehr in der Lage, die zeitweilige tenden- zielle Vollbeschäftigung in der westlichen Welt aufrechtzuerhalten. Die fordistische Spirale – Steigerung der Produktivität, Steigerung der Lohneinkommen, Steigerung der Konsumnachfrage – funktio- niert nicht mehr. Die Bindung der Kapitalverwertung an den sozia- len Aufstieg der Lohnabhängigen wurde partiell aufgelöst. Dafür wurden zeitgleich die internationalen Finanzmärkte als Felder der Verwertung erschlossen, auf denen für die Gewinner die Rendite deutlich über der in der realen Produktion liegt. Der Versuch, in der Produktion und in Dienstleistungsbereichen vergleichbare Profit- margen zu erreichen, verstärkte mit negativem Beschäftigungseffekt die Durchrationalisierung dieser Sphären. Die Bedingungen einer neuen Art der Vollbeschäftigung und die Beschaffenheit eines neuen Normalarbeitsverhältnisses müssen herausgefunden und gegen alle Widerstände durchgesetzt werden. Dies wird der Gegenstand des 3. Kapitels sein.

Mit der fordistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft ist auch die von der tendenziellen Vollbeschäftigung und von der sozialstaatlichen Ent- wicklung ausgehende Milderung der sozialen Klüfte des Kapitalis- mus einer neuerlichen ausgeprägten sozialen Polarisierung gewichen. Henry Ford ging noch davon aus, dass jeder gesunde Mann auch oh- ne besondere Qualifikation nach wenigen Wochen in der Lage ist, die notwendigen Arbeitsoperationen bei der Montage der Autos zu erfüllen. Und die eigene Nachfrage der Arbeiter, so nahm er an, würde ihnen ihren Arbeitsplatz sichern. Die anschwellende Arbeits- losigkeit und deren Druck auf die Löhne haben diese Erwartung wi- derlegt. Nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch inner- halb der lohnabhängigen Klasse vollziehen sich trennende Differen- zierungsprozesse. Die technologischen Revolutionen der letzten zwanzig Jahre haben hohe fachliche Qualifikation und soziale Kom- petenz von Beschäftigten aufgewertet und geben unqualifizierten bzw. niedrigqualifizierten Personen immer weniger Chancen auf ei- ne sicheren Arbeitsplatz mit einer Entlohnung, die ein Leben in der *Mittelstandsgesellschaft* ermöglichen würde. Ihre Arbeitskraft ist deutlich entwertet. Sie verlieren an Einkommen, Ansehen und sozia- lem Halt. Die Gesellschaft spaltet sich auf vielfältige Weise.

Krise des „Südens“

Gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren haben sich die Bedingungen des Handels (die *terms of trade*) zwischen dem „Norden“ und „Süden“ immer weiter verschlechtert. Daran änderte langfristig auch die Steigerung der Erdölpreise nichts. Die Übermacht der westlichen Industrieländer auf den internationalen Märkten, die gleichzeitige Abschottung eigener Märkte gegenüber dem so genannten Süden (insbesondere in den Bereichen von Agrargütern und in der Textilindustrie) und die Durchsetzung eines Freihandels in jenen Bereichen, in denen die westlichen Länder überlegen waren, führte dazu, dass das Preisungleichgewicht immer weiter stieg. Als Ausweg wurde eine kreditfinanzierte Industrialisierung empfohlen, die einerseits viele Länder des Südens in eine Schuldenfalle manövrierte und zugleich auf längere Zeit den Export nördlicher Länder in den Süden mit staatlichen Garantien finanzierte. Was als Kreditierung des Südens durch den Norden begann und sich als Exportmotor in den schweren Zeiten der Krise der Binnennachfrage erwies, endete letztlich als gigantischer Ressourcentransfer von Süd nach Nord.

In vielen Ländern des Südens, die diesen Weg einer importabhängigen Entwicklung einschlugen, sich den internationalen Märkten rückhaltlos öffneten, die eigene Binnennachfrage vernachlässigten und die Investitionen in ein funktionsfähiges Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem dem Schuldendienst opferten, kam es zu einer Spirale von Verschuldung, sozialer Desintegration und Unterentwicklung. Mit dem Ende des Kalten Krieges sank zugleich das sicherheitspolitische und politische Interesse der westlichen Staaten an der früheren „Dritten Welt“. Hatte die so genannte Entwicklungshilfe in den achtziger Jahren noch rund 0,33 Prozent betragen, so sank sie auf höchstens 0,25 Prozent Mitte der neunziger Jahre. In vielen Ländern Afrikas ist der Zerfallsprozess sozialer Strukturen so

Die Welt entdeckte die Grenzen des Wachstums, die Leere der industriellen Zivilisation und die Risiken der Wissenschaft und Technologie. Die Ungleichheit zwischen Reichen und Armen nahm zu, egal in welchem Land... In Brasilien erleben wir eine soziale Apartheid, die 60 Millionen Menschen eines normalen Lebens beraubt, sie aus den ökonomischen Verhältnissen, ja sogar als Staatsbürger, ausschließt.

CHRISTOVAN BUARQUE
(BRASILIEN)

Jeden Tag sterben in Afrika mindestens 5000 Menschen an Aids. Im Jahr 2005 wird diese Krankheit dort mehr Todesopfer gefordert haben, als der 1. und 2. Weltkrieg zusammen.

KLAUS, WERNER/ WEISS, HANS
2001: 106

weit fortgeschritten, dass von einer wirksamen Bekämpfung der neuen Seuche Aids kaum die Rede sein kann.

Krise der internationalen Sicherheit

Die Durchsetzung eines weitgehend unilateralen Sicherheitssystems auf der Basis der globalen militärischen Vormacht der USA, das Streben nach Absicherung der wichtigsten Rohstoffressourcen der Zukunft, die extreme Ungleichgewichtigkeit der globalen Entwicklung, die soziale Desintegration vieler Gesellschaften, die Auflösung von Staaten, zunehmende Knappheit solcher Ressourcen wie Wasser und bebaubares Land sind einige der Ursachen, die dazu geführt haben, dass viele Konflikte nach 1990 eine militärische Form angenommen haben.

Seit Ende der neunziger Jahre steigen die globalen Militärausgaben wieder an. (Siehe Abschnitt 1.6.4.) Von 1945 bis 1988 fanden 202 Kriege statt. In den neunziger Jahren kamen 42 neue Kriege hinzu. 90 Prozent der Ausgaben für militärische Forschung entfallen auf die USA und ihre Verbündeten. Aber auch die großen Regionalmächte China, Indien, Pakistan, Brasilien erhöhen ihre Ausgaben für Rüstung deutlich. Viele der mittleren Mächte hoffen, sich durch den Aufbau eigener Nuklearstreitkräfte unangreifbar zu machen. Massenvernichtungsmittel breiten sich aus und sind auch in die Hände nichtsstaatlicher Gruppen geraten.

In der gleichen Zeit sind die internationalen Formen der Prävention von Konflikten, der friedlichen Regelung und der Absicherung von Friedensabkommen geschwächt worden. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat nicht etwa die UNO die ihr völkerrechtlich zustehende zentrale Rolle bei der Konfliktvorbeugung und -regelung eingenommen, sondern die USA sind zum unilateralen Weltschiedsrichter und Weltpolizisten aufgestiegen. Die Herausbildung eines kollektiven Systems gemeinsamer Sicherheit aller europäischer Staaten wurde nie auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dies untergräbt die Legitimation jeder Regelung, führt zur gefährlichen Vermischung imperialer Interessen der USA mit globalen Sicherheitsinteressen und zieht eine Militarisierung zwangsläufig nach sich.

Die USA haben die Antwort auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 vorbei an der NATO vor allem auf militärischem Feld gesucht – gegen den Terror und zugleich zur Niederhaltung jener Gewalt, die aus den sich zuspitzenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ethnischen sowie kulturellen Problemen in vielen Län-

dem der Welt erwachsen. Es wurde ein Großer Krieg unter Führung der USA verkündet, in dem auf gefährlichste Weise gemeinsame Sicherheitsinteressen aller Völker und unilaterale Vormachtinteressen der USA verschmolzen sind.

Sinnkrise

Die Lebenswelt der Menschen in der Blütezeit des Fordismus war durch die disziplinierte, lebenslang ununterbrochene Erwerbsarbeit der Männer und eine ebenso disziplinierte, ununterbrochene Hausarbeit der Frauen geprägt. Der gesellschaftlichen Anerkennung der Erwerbsarbeit stand die nur private Anerkennung von Hausarbeit gegenüber. Für Frauen wurde dies zu einer doppelten Hörigkeit – zum einen waren sie abhängig von der Erwerbsarbeit der Männer, die den Rhythmus des Lebens bestimmte; zum anderen mussten sie sich den Zwängen einer privaten Häuslichkeit unterwerfen.

Der Ausbruch heranwachsender Generationen von Frauen aus dieser doppelten Hörigkeit und die Suche nach einem selbstbestimmten Leben durch junge Menschen beiderlei Geschlechts führte zu einer tiefen Wandlung der gesamten Kultur, der Einstellungen gegenüber Arbeit, partnerschaftlichem Leben, Konsum und Genuss, Freizeit und Politik. Die Verhältnisse des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus wurden als Fesseln empfunden, die den neuen Bedürfnissen nach Individualität, Selbstbestimmung, Gleichstellung der Geschlechter, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Bewahrung der Natur entgegenstanden.

Die Bedeutung des Wandels der Werte und der Suche nach einem neuen Sinn wird oft unterschätzt. Es sind aber die vielen alltäglichen Entscheidungen von Hunderten von Millionen Menschen – welche Arbeit sie annehmen, wie sie diese Arbeit ausführen, welche Formen von Zusammenarbeit sie bevorzugen, wie sie ihre freie Zeit ausfüllen, welche Waren und Dienstleistungen sie kaufen, wie sie Partnerschaften einrichten, ob sie Kinder haben und wie sie mit ihnen umgehen, welcher Art von Politik sie ihre Unterstützung geben – es sind diese Milliarden und Milliarden von Entscheidungen, die das Feld der Großen Wirtschaft und Großen Politik völlig verändern können. Das Verhalten der Millionen verändert die Verhältnisse der Gesellschaft.

Nach Henry Ford – so haben wir oben zitiert – stellt Freiheit das Recht dar, „eine angemessene Zeit zu arbeiten, dafür einen angemessenen Lebensunterhalt zu erhalten und sich die persönlichen

Kleinigkeit des Lebens nach Belieben einrichten zu können“. Es ist dies die Freiheit jener, die im Betrieb und der Verwaltung bürokratisierter Arbeitsdisziplin unterworfen sind und in der Freizeit dann zwischen standardisierten Angeboten des Konsums „frei“ wählen können. Für viele Menschen ist dies heute aber nicht nur nicht genug, sondern stellt im Gegenteil eine Form von Unfreiheit dar.

1.5. Hochtechnologien und Globalisierung – Katalysatoren von Krisen und Chancen zugleich

Die zu einem tiefen Bruch in der Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaften verflochtenen fünf Krisenprozesse erhalten eine besondere Dynamik auf dem Hintergrund von zwei weiteren einschneidenden Umwälzungen in der Geschichte der Menschheit: der jüngsten hochtechnologischen Revolution der Produktivkräfte und der Globalisierung. Beide Prozesse haben weitreichende Wirkungen auf die skizzierten Krisen.

Hochtechnologische Umwälzungen *Die hochtechnologischen Umwälzungen der gesellschaftlichen Produktivkräfte, in deren Zentrum eine Bildungs- und Wissensrevolution, die Informationstechnologien und die Biotechnologien einschließlich der Gentechnik stehen, sind selbst ein gravierender Bruch der Gegenwart. Dieser Bruch verändert die modernen bürgerlichen Gesellschaften und ihre ökonomische Grundstruktur. Dies wird im öffentlichen Diskurs mit den Begriffen Wissensgesellschaft, Informationskapitalismus, Dienstleistungsgesellschaft und kultureller Kapitalismus umschrieben.*

Die Ökonomie der stofflichen Produktion wird durch eine zunehmend von Wissen, Information und Kommunikation bestimmte Ökonomie umgewälzt. Der hierarchisch geführte kapitalistische Großbetrieb wird weitgehend von dezentralen und vernetzten Strukturen abgelöst. Zentralisiert bleiben in den Spitzen der Großunternehmen strategische Entscheidungen und das sie betreffende Finanzmanagement. Viele Funktionen außerhalb der Kernkompetenzen werden ausgelagert.

Die modernen Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien werden zu materiellen Voraussetzungen für die neue Qualität der Globalisierungsprozesse und für die Ländergrenzen überschreitende Struktur der transnationalen Unternehmen, die den Globalisierungsverlauf dominieren.

Die jüngste Revolutionierung der Produktivkräfte ist eng mit den fünf umrissenen Krisenprozessen verbunden:

„An sich“ bietet sie, beispielsweise mit alternativen Technologien zur Ablösung der fordistischen und atomaren Energiewirtschaft durch eine solare Energierevolution, große Chancen zur Überwindung der ökologischen Krise. Aber die Wachstumsimpulse neuer Technologien gehen mit neuen Gefahren für die Umwelt einher. Selbst die Informationstechnologien, die beispielsweise in Gestalt von Miniaturisierung und Ersetzung eines Teils des Personen- und Güterverkehrs durch elektronische Kommunikation umweltfreundliche Effekte haben, überlagern solche Wirkung durch eigene Folgen, die die Umwelt belasten. Nach Schätzungen von IBM werden in wenigen Jahren rund 1 Milliarde Menschen Internetzugang haben. Dies würde einem Energieverbrauch entsprechen, der der gesamten heutigen Stromproduktion der USA gleichkommt. Bereits 1998 verursachte der Betrieb der in den USA installierten Computer 13 Prozent des US-Energieverbrauchs. Nach Schätzungen des Wuppertal-Instituts werden für die Herstellung eines einzigen Computers über 14 Tonnen Rohstoffe verbraucht (GROTE 2000: 110/111).

Hightech und Ökokrise

Die mit den Informationstechnologien verbundenen Wandlungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft tragen zur Vertiefung auch des zweiten oben genannten Krisenprozesses bei, zur Krise der Erwerbsgesellschaft und zu sozialer Polarisierung. Sie haben weitreichende und ambivalente Folgen für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Die große Dynamik des gegenwärtigen Kapitalismus, seine dezentralen, hoch beweglichen Netzwerkstrukturen, die auf den Märkten geforderte Flexibilität der Angebote, die schnelle Erneuerung des Wissens und der wachsende Anteil selbständiger oder quasi selbständiger Tätigkeiten haben dazu geführt, dass großen Teilen der Arbeitenden Kreativität, Eigenmotivation, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Selbstkontrolle und eigene Verantwortung abgefordert werden. „An sich“ sind dies wichtige Komponenten für stärkere Selbstbestimmtheit des Lebens. Sie sind Möglichkeiten, die in alternative Reformansätze aufgenommen werden können und müssen, die zur freien Entfaltung der Persönlichkeit einer jeden und eines jeden beitragen können. Der mit den neuen Technologien an-

Hightech und soziale Spaltung

„Wo bist du? In Honolulu? Du hast's gut; ich sitze in Frankfurt fest. Aber hör zu, wir können den Vertrag kriegen ...“ So charakterisiert Ralf Dahrendorf die Handlungssphäre der neuen „globalen Klasse“.

DAHRENDORF 2000: 1058

wachsende Reichtum ermöglicht zudem „an sich“ eine Neuverteilung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten. Das Produktivitätswachstum der materiellen Produktion erlaubt eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten und deren selbstbestimmte neue Kombination mit unbezahlter Arbeit zu neuen Lebensweisen. Das erreichte Produktivitätsniveau erlaubt „an sich“ eine erhebliche Ausweitung von Tätigkeiten in qualifizierten personenbezogenen Dienstleistungen, die mehr Sicherheit beispielsweise durch Zugang für alle zu Bildung, Kultur, Gesundheitsleistungen und Pflege bieten könnten.

Doch die Möglichkeiten für Selbstbestimmung sind eingefangen in die Unterordnung von Individualisierungsprozessen unter die Kapitalrentabilität. Selbstbestimmung in sozialer Sicherheit findet Grenzen, wenn nach diesem Maßstab steigende Produktivität Millionen Arbeitsplätze überflüssig macht. Wichtige soziale Dienste werden ihrer Nichtrentabilität wegen Sparprogrammen geopfert. Extremanforderungen an Flexibilität, Mobilität und Bindungslosigkeit der Menschen machen persönliche Bindungen zu Hemmnissen auf dem Arbeitsmarkt. Das Leben der Einzelnen wird mehr und mehr nach ihrem Beitrag zu kurzfristigen Kapitalrenditen bewertet und ausgerichtet. Ins Abseits geraten jene, die nach diesem Kriterium überflüssig sind. Die soziale Polarisierung wird vertieft.

Die Sozialstruktur verändert sich – ihr Wandel ist allerdings nicht Gegenstand dieser Schrift. Auf der einen Seite entsteht im Globalisierungsprozess und auf der Grundlage erdumspannender, in Echtzeit arbeitender Informations- und Mobilfunknetze sowie des Flugverkehrs eine neue „globale Klasse“ oder transnationale Oberschicht der kapitalistischen Klasse. Sie umfasst in erster Linie die Männer – tatsächlich fast ausschließlich Männer – an der Spitze internationaler Investmentfonds, Monopolbanken und transnationaler Unternehmen. Sie sind die Herren über exklusive Information und globale Kapitalströme. Ihre Entscheidungen haben Einfluss auf Aufstieg und Niedergang von Staaten, auf die Teilung der Welt in arm und reich, auf Krieg und Frieden.

Auf dem Gegenpol ist ein beachtlicher Teil der Gesellschaft von der Teilhabe an existenzsichernder Arbeit, guter Bildung, Kultur und Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen: die auf Sozialhilfe Angewiesenen, Langzeitarbeitslose, nicht selten Familien mit mehreren Kindern, mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden, Millionen in unsicheren und sozial nicht oder nicht genügend abgesicherten prekären Beschäftigungsverhältnissen, Scheinselbständige und viele

Frauen in Abhängigkeit vom Verdienst ihrer Männer – ganz zu schweigen von der besonderen Diskriminierung Zugewanderter.

Das neue erstrangige Gewicht von Bildung und Wissen vertieft die soziale Differenzierung – zum Teil entlang der neuen Scheidungslinie des Zugangs zu Computer und Internet, hält die einen am Rand der Gesellschaft und hat andererseits eine neue große soziale Gruppe hervorgebracht, die einen wichtigen Platz in der breiten und stark differenzierten Mitte der Gesellschaft einnimmt. Dies ist die Gruppe der besonders qualifizierten Informations- und Wissensarbeiterinnen und -arbeiter. Sie stoßen dort zu anderen qualifizierten Teilen der Lohnabhängigen, die ein eigenes Milieu in der gesellschaftlichen Mitte bilden (VESTER 1999). Das Lohnarbeitsverhältnis wird verstärkt mit Verhältnissen selbständiger oder scheinselfständiger Tätigkeit kombiniert. Der „Arbeitskraftunternehmer“ tritt als neue soziale Figur in die Sozialstruktur der Gesellschaft.

Auf die Krise des „Südens“ wirken die jüngsten wissenschaftlich-technischen Umwälzungen in ebenfalls ambivalenten, jedoch überwiegend problemverschärfender Weise ein. Einerseits entstehen beispielsweise mit der Entwicklung neuer Technologien zur Erzeugung von Energie aus regenerierbaren Energiequellen technische Möglichkeiten dezentraler, kleinräumiger Energieerzeugung, die den Bedingungen vieler Länder des Südens weit angemessener als die Großstrukturen der herkömmlichen Energiewirtschaft sind. Per Saldo jedoch wird der Abstand zwischen der westlichen Welt und den meisten Ländern des „Südens“ durch die kapitalintensive hochtechnologische Konkurrenz vergrößert. Die Abhängigkeit der kapitalschwachen Länder von den Metropolen nimmt zu. Das Verhältnis der Exportpreise, die die so genannten Entwicklungsländer für ihre Rohstoffe und Nahrungsgüter erzielen, und der Preise für Industriegüter, die sie von westlichen Industrieländern importieren müssen, entwickelt sich zu Lasten des „Südens“. Auch sektorale Negativwirkungen hochtechnologischen Wandels auf viele arme Länder sind verheerend. Die gentechnologische Entwicklung beispielsweise bedroht die Existenzgrundlagen von Hunderten Millionen Bauern (KENNEDY 1993: 91ff.).

Etwa seit einem halben Jahrhundert hat die Menschheit mit atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen die Fähigkeit weitgehender Selbstausrottung erlangt. Die zeitweilige Überlagerung dieser existenziellen Sicherheitskrise durch ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen USA und Sowjetunion ist mit dem Ende der Blockkonfrontation ver-

Hightech und Krise des „Südens“

Hightech und Sicherheitskrise

schwunden. Die Miniaturisierung von Atomwaffen, ihre Weiterentwicklung für „selektive“, angeblich begrenzbare Einsätze setzt auf unheilvolle Weise die Hemmschwelle gegen den Einsatz atomarer Waffen herab. Auch die Arbeit an anderen Massenvernichtungssystemen und der Einsatz von Landminen, Vakuum- und Splitterbomben fallen zusammen mit der Wiederbelebung der Doktrin vom Krieg als angeblich tauglichem Mittel zur Lösung politischer und sozialer Probleme.

Hightech und Sinnkrise

Auf die Sinnkrise – oben zunächst als Ausbruch aus fordistischen Lebensmustern beschrieben – wirken vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien ein. Dies geschieht in ambivalenter Weise. Das Fremde rückt durch erdumspannende Information näher und muss nicht fremd bleiben. Unterschiedliche Kulturen begegnen sich. Das Internet bietet nie gekannten Zugang zu Information und Wissen aller Kontinente. Die Wahlmöglichkeiten für einen selbstbestimmten Sinn des Lebens nehmen „an sich“ mit hohem Tempo zu.

Doch die Allpräsenz der Medien verbreitet zugleich mit Information nach dem Maß von höchsten Einschaltquoten und Marktanteilen seichten Geschmack, Gewöhnung an Gewalt, kulturellen Niedergang und vielfach Zerstörung kritischen Denkens in größeren Zusammenhängen. Ein neuer „kultureller Kapitalismus“ (JEREMY RIFKIN: 2000) kombiniert kapitalistische Marktallmacht und umfassende elektronische Vernetzung im Cyberspace. Zentralisierte Verfügung über immaterielles Kapital – über Wissen, Information, Software, Dienstleistungen und Geschäftskonzepte – mündet in den Zugriff auf den lifetime value (LTV), d. h. auf das Gesamtkaufpotenzial von Kundinnen und Kunden, die lebenslang über TV-Shopping, E-Commerce und Beziehungstechniken an Großversand und Handelsketten gebunden werden. Fragen nach dem Sinn des Lebens sollen im Konsum erstickt werden – bei Sozialhilfeempfängern, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen allerdings wird dies nicht recht gelingen. Aber es provoziert auf neue Weise Sinnfragen, wenn eine nahezu totale Kommerzialisierung der Kultur große Teile des Lebens Warengestalt annehmen lässt. Sie müssen zumindest teilweise bezahlt werden: Gesundheit, Bildung, Ausbildung, zwischenmenschliche Beziehungen als Kommunikation im Chatroom, alltägliche Unterhaltung am Fernseher, „Events“ aller Art, Erlebnisreisen und Dienstleistungswohnen. Aber viele können nicht zahlen, nicht Theaterkarten, nicht Zuzahlungen im Gesundheitswesen und nicht Meisterkurse beispielsweise. Und Zugang oder Nichtzugang zu

moderner Informationselektronik führt zu neuen Spaltungen in der Gesellschaft und zwischen „Nord“ und „Süd“. Der neue „kulturelle Kapitalismus“ läuft einer solidarischen Kultur der Nachhaltigkeit entgegen. Und sozial gleicher Zugang für alle zu den kulturellen Bedingungen selbstbestimmten Lebens ist schon gar nicht in Sicht. Eng mit den Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Umwälzungen ist der Globalisierungsprozess verbunden und wirkt ebenso wie die technologischen Umbrüche auf die fünf oben behandelten Krisenprozesse ein.

Globalisierung – das ist jener Umbruchprozess, den die international operierenden Unternehmen mit dem Ruf nach Liberalisierung der Weltwirtschaft als Ausweg aus der Krise des Nachkriegskapitalismus betrachten und vorantreiben. Verkleidet als tui-Reiseangebot in aller Herren Länder, in Gestalt von Jahrhundertfluten und Wirbelstürmen oder von Känguru- und Straußenfleischmenüs auf deutschen Speisekarten begegnet uns die Globalisierung. Giftspuren aus Europa in den Körpern der Pinguine im Polareis; das Internet natürlich, Finanztransaktionen und -spekulationen rund um die Erde und rund um die Uhr mit seiner Hilfe, Menschenströme über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg – die Globalisierung ist allgegenwärtig. Die grenzüberschreitenden Handelsströme schwellen beachtlich an, was aber sind die entscheidenden Qualitäten, die die gegenwärtige Globalisierung von der früheren Internationalisierung des Kapitals unterscheiden?

Globalisierung – der große Umbruch

Zunächst, die ökonomische Macht wird in nie gekanntem Maß bei den international operierenden Großbanken, institutionellen Anlegern und Konzernen zentralisiert, die die Weltwirtschaft und die wichtigsten internationalen Institutionen dominieren. Gestützt auf transnationale Unternehmensstrukturen und Wertschöpfungsketten und auf eine gigantische Fusionswelle sollen nach neoliberaler Verheißung die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zum Wohle aller ausgenutzt werden. Die Eroberung weltwirtschaftlicher Monopolmacht führt aber nur die Gewinner der erdumspannenden Verdrängungskonkurrenz aus der Krise des Fordismus heraus.

1. Herrschaft der Transnationalen

Neu ist nicht allein die exklusive Herrschaft transnationaler Unternehmen, *besonders explosiv geht der Bedeutungszuwachs der internationalen Finanzmärkte und ihrer Hauptakteure vor sich.* Die auf den Finanzmärkten erreichbaren Profitmargen und die Gewinne aus der Bewegung des Aktienwertes – des

2. Explosion der Finanzmärkte

shareholder value – werden zunehmend zum Maßstab ökonomischer Entscheidungen. Nach diesem Maßstab erfolgen Großfusionen, werden wenig rentable Unternehmensteile abgestoßen, bleiben Investitionen in die soziale Infrastruktur unterentwickelt, wird durch Rationalisierung und verlieren Hunderttausende ihre Arbeitsplätze: „Globalisierung ist, wenn deine Firma ihren Gewinn verdoppelt und du deinen Arbeitsplatz verlierst.“ Der stark spekulative Charakter der Kapitalbewegung auf den Geld-, Kapital-, Wertpapier- und Devisenmärkten gefährdet – wie die Finanzkrisen in Südostasien und Lateinamerika gezeigt haben – die Stabilität des Weltfinanzsystems und führt zu tiefen sozialen Einbrüchen für die Bevölkerungsmehrheit in den betroffenen Ländern.

3. Umbruch der Regulationsweise

Das vielleicht einschneidendste Phänomen der durch die neoliberale Politik beschleunigten Globalisierung ist ein *bruchhafter Wandel* der Regulationsweise. Im Vergleich zum Kapitalismus der Nachkriegs-

„Eine andere Welt ist möglich!“ – doch die Mächtigen der Erde sind auf machtvoller Weise dagegen organisiert: „Das ‚World Economic Forum‘ gibt auf seinen Konferenzen den Vertretern der wichtigsten Konzerne die Möglichkeit, Spitzenpolitiker, Medienleute und die Leiter von Organisationen wie der World Trade Organization, der Weltbank und der OECD zu treffen. Der ‚Bilderberg Club‘, gegründet 1954, gilt als eine der mächtigsten informellen Gruppierungen in Wirtschaft und Politik. Die ‚Trilateral Commission‘ ging aus dem Bilderberg Club hervor, um das Establishment Japans in die globale Allianz der Wirtschaftseliten einzubeziehen. Tausende von Unternehmen gehören zur ‚International Chamber of Commerce‘ (ICC). Andere Organisationen dieser Art sind das ‚Business Industry Advisory Committee‘ der OECD; das ‚World Business Council on Sustainable Development‘; die ‚Global Climate Coalition‘ der Öl- und Autoproduzenten; die ‚International Federation of Employers‘; das ‚US Council on International Business‘ (USCIB); der ‚Business Roundtable‘ der CEOs der größten US-Konzerne; der ‚European Roundtable of Industrialists‘ (ERT) und das ‚Global Business Network‘.“ (KRYSMANSKI 2000:3). Ein erdumspannendes Netzwerk neoliberaler Theoriebildung und Ideologieverbreitung ist die Mont Pèlerin Society (PLEHWE; WALPEN 1999).

jahrzehnte hat die vor allem von transnationalen Unternehmen bestimmte Konkurrenz auf den Weltmärkten zu Lasten sozialstaatlicher Regulierung erheblich an Gewicht gewonnen und untergräbt die nationalstaatlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Alle Macht den Märkten – und von gestern sind all die, die dem Sozialstaat noch Gewicht geben wollen. Das ist das Credo der neoliberalen Globalisierer. Innerhalb der Weltmarktmechanismen hat das Geschehen auf den Finanzmärkten eine Bedeutung wie nie zuvor. Selbstverantwortung, die von den Individuen wahrgenommen werden soll, gerät in ein anonymes, weitgehend

unkontrollierbares Bedingungsgefüge, zumal auch die internationalen zwischenstaatlichen Institutionen außerhalb jeder demokratischen öffentlichen Kontrolle operieren. Der Druck auf die Menschen, für sich selbst zu sorgen und vorzusorgen, wächst. Aber die Bedingungen dafür entziehen sich ihrem Zugriff immer mehr.

Wie die technologischen Umwälzungen, so wirkt im Verein mit ihnen auch die Globalisierung vertiefend auf die fünf beschriebenen Krisenprozesse – jedoch durchaus nicht, ohne auch für Gegenbewegungen Chancen hervorzubringen.

Ambivalenzen der Globalisierung

So gehören zum Globalisierungsprozess der Weltgipfel von Rio für Umwelt und Entwicklung vom Jahre 1992, der Nachfolgegipfel von Johannesburg im Jahre 2002, die Weltklimakonferenzen, die Weltkonferenzen zur Bekämpfung von Armut, zu den Rechten von Kindern, zu den Rechten von Frauen, die Weltgesundheitskonferenzen und die zur Entwicklung von Städten und Wohnen – die Tagungen auf Regierungsebene stets begleitet von Gegentagungen der Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen. Ein globales Bewusstsein für globale Menschheitsprobleme und für die eklatante Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse, aber auch das Heranreifen von Alternativen sind die Folgen. Das Weltsozialforum Porto Alegre und das Europäische Sozialforum beispielsweise werden zu Formen demokratischen Widerstandes und zu Trägern der mutigen Aussage: „Eine andere Welt ist möglich.“

Zweifellos bieten der Reichtumszuwachs durch internationale Arbeitsteilung, internationalen Wissenstransfer, die Begegnung unterschiedlicher Kulturen mit der Potenz wechselseitiger Bereicherung und die Vernetzung alternativer Akteure per Internet Bedingungen für Wege in eine andere Welt. Aber sie sind mit Ambivalenzen gepflastert. So führt die globale Arbeitsteilung beispielsweise zu einer internationalen Feminisierung der Arbeit, sie reißt im so genannten Süden Dutzende Millionen Frauen in den kapitalistischen Arbeitsprozess hinein. Zum ersten Mal in ihrem Leben verdienen sie eigenes Geld. Emanzipationsmöglichkeiten öffnen sich ihnen. Aber zugleich werden diese Mädchen und Frauen in der Regel unter menschenunwürdigen Bedingungen beschäftigt. Sie werden zu Wegbereiterinnen diskriminierter, prekärer Beschäftigung für weitere Millionen Frauen und Männer rund um die Erde. Doch auch ihr Widerstand wächst, die Globalisierung hat eine internationale Vernetzung von Frauenbewegungen hervorgebracht.

Globalisierung und die 5 postfordistischen Krisen

Aller beginnender Widerstand wendet bisher jedoch nicht ab, dass die Globalisierung zu einem Katalysator unterschiedlichster Krisen wird. Große Teile der Weltbevölkerung sind von demokratischen politischen Rechten, vom Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung weitgehend ausgeschlossen. Längst ist die globale Konkurrenz in den Industrieländern zum Wettbewerb um Kostensenkung durch Entlassungen geworden. In den so genannten Entwicklungsländern sind soziale Sicherheit und Selbstbestimmung für die Mehrheit der Menschen Begriffe aus der Welt der Reichen, zu der sie nie gehören werden. Totaler Ausschluss und Ausgrenzung aus der Weltwirtschaft – das ist das Schicksal von rund einer Milliarde Menschen, die nicht einmal als Ausbeutungsobjekte gebraucht werden. Ihre Armut vertieft zwangsläufig die globale Krise der Umwelt, die untrennbar mit dem profitbestimmten Typ der Globalisierung zusammenhängt. Kriege verschlingen in vielen armen Ländern mehr Mittel als für Bildung, Gesundheit und andere soziale Leistungen ausgegeben werden. Vertiefung der ökologischen Krise, erdumspannende Krise der Beschäftigung, Krise des „Südens“ und Krise der internationalen Sicherheit erfahren durch die neoliberal geprägte Globalisierung spezifische Anstöße und Verflechtung miteinander. Die soziale Polarisierung selbst in den reichsten Ländern und zwischen diesen und dem überwiegenden Teil der Menschheit im „Süden“ untergraben und zerstören den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften, stellen ihre zivilisatorischen Fortschritte infrage und begünstigen so die Ausbreitung von Perspektivlosigkeit, Gewalt, Fundamentalismus, Terrorismus, Rechtsextremismus und Neonazismus. Die Sinnkrise zeigt ihre erschreckenden Gesichter.

Zwischenfazit

Ein Zwischenfazit lautet: Der fordistische Kapitalismus mündete in ein Bündel von Krisen. Wissenschaftlich-technische Umwälzungen und Globalisierungen haben Möglichkeiten hervorgebracht, die zur Lösung dieser Krisen eingesetzt werden könnten. Transnationale Unternehmen, institutionelle Anleger und Großbanken haben sie in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in ihrem Herrschafts- und Expansionsinteresse ausgeschöpft. Nach dem Maßstab dieser Interessen mag die Krise des Fordismus auf einem vorwiegend neoliberal geprägten Weg überwunden sein. Doch die vorherrschende Wirkung

der technologischen Umwälzungen und der Globalisierung ist ein Andauern und sogar eine Vertiefung der fünf von uns skizzierten Krisenprozesse. Die sozialen, ökologischen, kulturellen und Sicherheitsprobleme, die in diesen Krisen zutage treten, sind nicht gelöst. Daher sind rund um die Erde die Menschen abermals gezwungen, über ihre Wege in die Zukunft neu zu entscheiden.

1.6. Gegensätzliche Strategien für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts

Die Welt ist abermals an eine Wegscheide der Geschichte geraten. Der Terrorschlag gegen die USA vom 11. September 2001, der die Zwillingstürme von Manhattan, das *World Trade Center*, zum Einsturz brachte, ist ein Zeichen größter Gefährdung. Jene Entscheidungen, die zum Ersten und Zweiten Weltkrieg geführt haben, die zum Entstehen und Vergehen alternativer Entwicklungspfade – des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus, des Nationalsozialismus und des sowjetischen Staatssozialismus – geführt hatten, liegen weit zurück. Die heutigen Entscheidungen haben nicht weniger Gewicht. Wiederum ist die Geschichte offen. Langjährige Trends verlieren ihre Gültigkeit.

Der fordistisch-sozialstaatliche Entwicklungspfad des Kapitalismus hat seine Potenziale erschöpft. In fünffacher Weise ist, wie gezeigt wurde, die Gesellschaft in die Krise geraten:

- Ihr Verhältnis zur Natur mündete in die ökologische Krise.
- Ihre Fähigkeit zur sozialen Integration schlug um in die Krise der Erwerbsgesellschaft und in soziale Polarisierung.
- Die beschworene nachholende Entwicklung geriet zur Krise des „Südens“.
- Alle Hoffnungen auf Frieden verfangen sich in der Krise des Systems internationaler Sicherheit, genauer: in dem Fehlen eines Frieden stiftenden kollektiven Sicherheitssystems.
- Die Gesellschaft befindet sich in einer Sinnkrise.

**Die Jahrhundertwende
2000: Türme stürzen ein**

„Wer sich auf Trends verlässt, übersieht leicht die Bedeutung von Diskontinuitäten (Trendbrüchen) für die eigenen Entwicklungsoptionen wie auch das Setzen auf Trends, das die Frage nach der Zukunft, die wir wollen, ausblendet.“

PROF. ECKARD MINX, LEITER DER FORSCHUNGSGRUPPE „GESELLSCHAFT UND TECHNIK“, DAIMLER BENZ AG

„Im Zeichen der Technologie aber hat es die Ethik mit Handlungen zu tun ..., die eine beispiellose Reichweite in die Zukunft haben ... Dazu die schiere Größenordnung der Fernwirkungen und oft auch ihre Unumkehrbarkeit. All dies rückt Verantwortung ins Zentrum der Ethik“.

JONAS 1984: 8/9

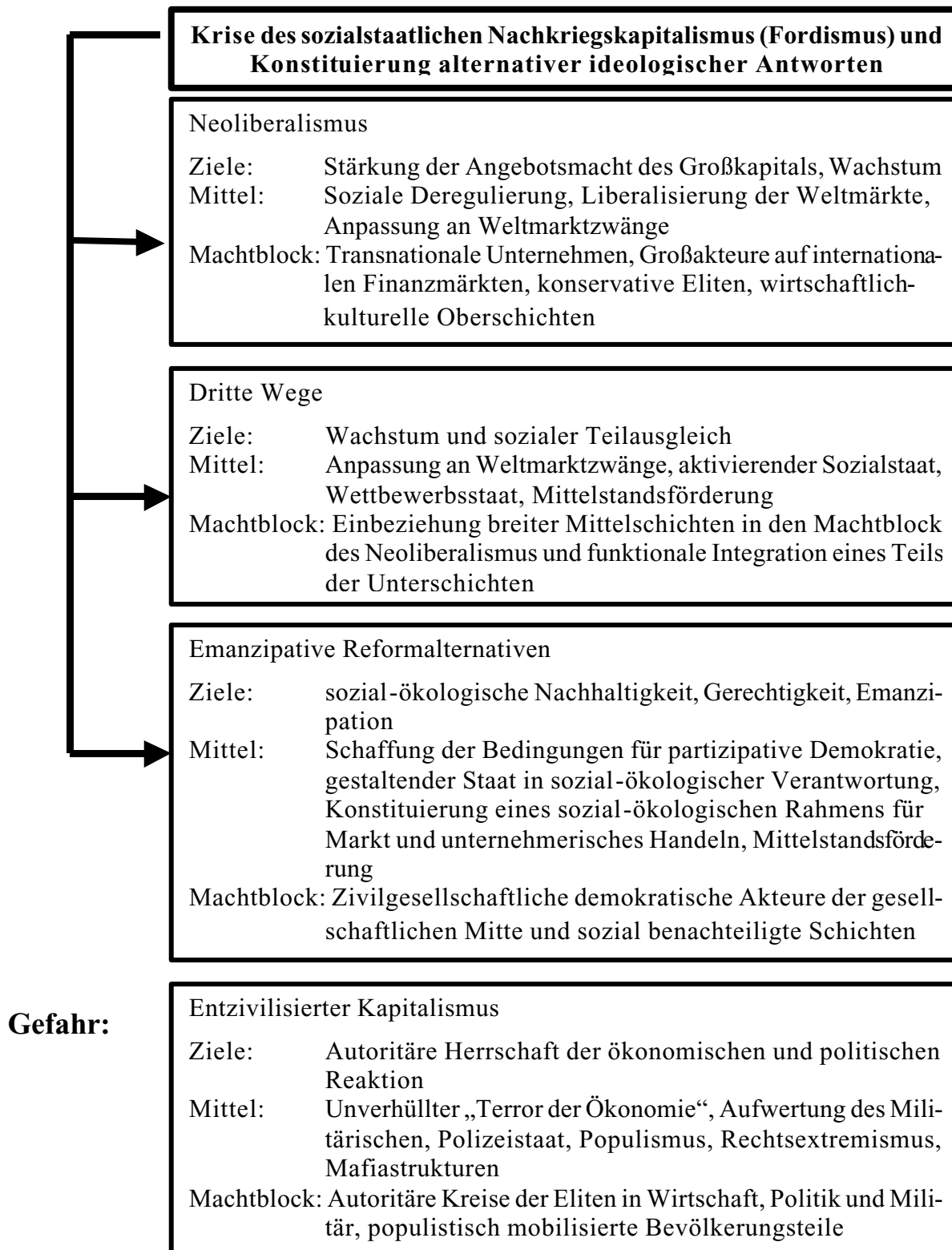
Zukunftsberichte müssen Auswege aus diesen Krisen zeigen. Sie müssen Vorschläge für Reformen enthalten, durch die die Grundprobleme der Gegenwart sozial, ökologisch, demokratisch und zivil bearbeitet werden können. Dies verlangt ein Höchstmaß an Verantwortung. Die Entscheidungen der „Achsenmächte“ (Deutschland, Italien und Japan) während der letzten

großen Weggabelung der dreißiger Jahre hatte zu Faschismus und Militarismus geführt und die Welt in den Zweiten Weltkrieg hineingerissen. Das ist eine Mahnung zur Bestimmung von Wegen der Absage gegen Krieg, Neofaschismus, Diktaturen, Fundamentalismus und Terrorismus. Mahnung zum Frieden, zur Bewältigung der globalen Umweltkrise, zur Überwindung der ökonomischen Unterentwicklung, des Elends und des Hungers in den so genannten Entwicklungsländern und in östlichen Transformationsstaaten, zur Lösung des Problems der gefährdeten sozialen Integration und zu Emanzipation. Dieser Zukunftsbericht fordert deshalb die Durchsetzung von gesellschaftlichen Strategien, die zu mehr Selbstbestimmung und höherer sozialer Sicherheit führen.

Unterschiedliche Ideologien und Entwicklungspfade

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte im Westen die *Ideologie des Sozialreformismus* vor, deren Grundelemente die „Versöhnung“ von kapitalistischer Marktwirtschaft und Sozialstaat waren. Die theoretische Grundlage bildete der Keynesianismus, insbesondere die Keynesische Grundthese, dass der Staat die sozialen Defizite des Marktes durch öffentliche Sorge für ausreichende, Beschäftigung sichernde Massennachfrage zu kompensieren habe. Internationale und nationale Regulierung sollten sichern, dass die Ergebnisse der Marktwirtschaft sozial „verträglich“ sind, zur Integration beitragen, Vollbeschäftigung und steigendes Lebensniveau sichern. Zugleich wurde der Sozialstaat so ausgerichtet, dass er gegenüber dieser Marktwirtschaft funktional blieb und ihr ein Arbeitskräftepotenzial und eine Käuferschaft schuf, die dem Kapitalismus Produktivität und Absatz sicherten.

Entwicklungswege im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert²



² Die für die Mehrheit der Menschen entscheidende Frage nach ihren Auswegen aus ökonomischer Unterentwicklung, aus sozialer Not und Abhängigkeit von der westlichen Welt gehört nicht zu unserem Untersuchungsgegenstand. Allerdings sind die Chancen der so genannten Entwicklungsländer hochgradig von den Wegen abhängig, die in den Industrieländern eingeschlagen werden.

Die sozialökonomische Basis für diese Ideologie des Sozialreformismus war der Fordismus. Seine sozio-politische Grundlage bildete der Machtblock aus organisiertem Unternehmertum, Gewerkschaften und Parteien, die sich der „sozialen Marktwirtschaft“ verpflichteten. Sie hatten die Unterstützung großer Teile der lohnabhängigen Mittelschichten und qualifizierten Arbeiterschaft gewonnen. In die hegemoniale Struktur waren damit fast alle einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten eingebunden.

In den siebziger Jahren löste sich die Vorherrschaft des Sozialreformismus schrittweise auf. Die schon dargestellten Auflösungstendenzen des Fordismus führten dazu, dass Arbeitslosigkeit, Inflation, sinkendes Wachstum und steigende Staatsverschuldung sowie andere Krisenphänomene den hegemonialen Machtblock zerbrechen ließen. In Deutschland wurde dies am Zerfall der „konzertierten Aktion“ zwischen den Tarifpartnern zur Erreichung gesamtwirtschaftlicher Ziele 1977 deutlich. Die Gewerkschaften nahmen die Verfassungsklage der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz zum Anlass, um diese Aktion zu verlassen. Die Vorherrschaft des Sozialreformismus wurde durch eine Periode abgelöst, in der drei verschiedene Entwicklungswege und die ihnen zugrunde liegenden Ideologien konkurrieren. Diese drei Richtungen sind der Weg des Neoliberalismus, die Dritten Wege der Sozialdemokratie und der Weg emanzipativer Reformalternativen. Nicht auszuschließen ist eine vierte mögliche Entwicklung zu einem weitgehend entzivilisierten Kapitalismus. Jede der gegensätzlichen Ideologien, deren Repräsentanten miteinander um Deutungshoheit und Ausrichtung der Politik ringen, zielt auf die Hegemonie eines jeweils anderen Machtblocks.

1.6.1. Der neoliberale Weg

Marktradikalismus Der Neoliberalismus ist vor allem durch Marktradikalismus gekennzeichnet. Seine Wurzeln reichen bis in die liberale Klassik, besonders zu Adam Smith und seiner zentralen These vom Markt als der Wohlstand sichernden „invisible hand“, der unsichtbar lenkenden Hand, zurück. Neben der Fiktion des „freien Marktes“, der in Wirklichkeit hochgradig vermachtet ist, sind die Liberalisierung der Weltmärkte, das heißt das Niederreißen aller die Kapitalexpansion behindernden Schranken, die soziale Deregulierung und last but not least die Untastbarkeit des privaten Kapitaleigentums die zentralen neoliberalen Glaubenssätze. Längst vergessen ist der Moralphilosoph Adam

Smith, der in seinem Werk über die „Theorie der ethischen Gefühle“ vier bemerkenswerte Korrektive des Eigeninteresses von Marktakteuren hervorhob: deren Mitfühlen (sympathy) mit anderen, natürliche, von den Konkurrenten verinnerlichte Regeln der Ethik, „unparteiische Beobachter“, das heißt Institutionen, die zur Entwicklung und Beachtung von Moralnormen beitragen, und Gesetze, die der Staat mit Zwang durchsetzt, wo moralische Korrektive des Marktes nicht ausreichen. Längst ist der Gesinnungsliberalismus, der der Freiheit jedes Individuums verpflichtet ist, dem Wirtschaftsliberalismus geopfert worden, in dessen Zentrum der Profit der global operierenden Unternehmen steht. In ihrem Interesse wird der Sozialstaat demontiert und in den Wettbewerbsstaat verwandelt, der für die Angebotsstärke vor allem der global players zu sorgen hat (HIRSCH 1996).

Der Neoliberalismus zielt in unterschiedlichen Varianten auf eine Vorherrschaft von Finanzkapital, autoritären politischen und militärischen Eliten sowie der ökonomisch-kulturellen Oberschichten. Er begann schon in den siebziger Jahren in aggressiver Weise seinen Angriff auf den Sozialreformismus und konnte sich zumindest in den Machteliten in vielen Ländern als lukrative Leitideologie durchsetzen.

Für die Einbrüche bei Wachstums- und Beschäftigungsraten seit Anfang der siebziger Jahre wurde genau das verantwortlich gemacht, was während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zur Lösung hatte beitragen sollen: Aus der damals rettenden Staatstätigkeit war im öffentlichen Sprachgebrauch nun Staatsversagen geworden, dem nur mit einer Revitalisierung von Marktkräften begegnet werden könne. Der Vor-Keynesche ökonomische Liberalismus, dessen Versagen als Orientierung für die Wirtschaftspolitik in der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise 1929/32 schlagend zutage getreten war, gewann wieder die Oberhand, inzwischen modernisiert und als Neoliberalismus präsentiert (PLEHWE/WALPEN 1999). Wie oben dargestellt, vollzog sich eine weitreichende Veränderung der Regulationsweise. Die sozialstaatliche Regulation wird zurückgedrängt, die soziale Bändigung des Marktes erheblich zurückgenommen. Die Regulationsmacht der Weltmarktmechanismen nimmt im Verhältnis zu sozialstaatlicher und zwischenstaatlicher Wirtschaftsregulierung entschieden zu – aber in hohem Maße durch die vom Neoliberalismus geprägte Politik selbst gefördert.

Auferstehung eines gescheiterten Konzepts

Rückbau des Sozialstaates

Entsprechend vollzog sich seit der Wende zu den achtziger Jahren ein weitreichender Wandel der modernen bürgerlichen Gesellschaften als Reaktion auf die Krise des Nachkriegskapitalismus. Ein neuer Entwicklungstyp des Kapitalismus bildete sich heraus, weitgehend von neoliberaler Ideologie und Politik geprägt: Die ökonomisch Mächtigen und die bestimmenden konservativen Kräfte nutz-

„In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muss auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.“

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997:23

ten die Krise des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus für eine konservative Offensive zum Rückbau des Sozialstaats, zu sozialer Deregulierung und zur Unterordnung der Politik unter das Diktat der von den transnationalen Konzernen, institutionellen Anlegern und Großbanken beherrschten Weltmärkte. Sie halten dies für unumgebar, um ein Wachstum zurückzugewinnen, das auch die erfolgreiche Bearbeitung sozialer Probleme ermöglichen soll. Dabei werden anwachsende

soziale und politische Konflikte in Kauf genommen. Dies geschah zwar bisher in durchaus unterschiedlichem Maße. Die Regierung Kohl trug einer sozialstaatlichen Tradition in Deutschland trotz neoliberaler Grundorientierung Rechnung – ganz anders als die Reagan-Administration oder die Regierung Thatcher. Aber:

Das Resultat ist insgesamt, dass seit drei Jahrzehnten der Sozialstaat systematisch zurückgedrängt und die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit zu Lasten der Lohnabhängigen korrigiert wird. Der Übergang von einem sozialstaatlich in gewissem Maße gebändigten Kapitalismus zu einem tendenziell entfesselten, neoliberal bestimmten Kapitalismus ist ein gravierender Bruch von weitreichender Bedeutung für die Chancen von Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit.

Die Verheißung, auf diesem Wege durch Opfer zu neuem Wohlstand zu gelangen, mündete in immer neue Opfer. Die Folge dieses Kurses ist eine dramatische Nachfrageschwäche, die das angestrebte Wachstum blockiert und auf die mit neuen Runden des Drucks auf Löhne und Lohnnebenkosten und mit neuen Entlassungswellen reagiert wird.

Der Verteilungskompromiss der Nachkriegsjahrzehnte ist auseinandergebrochen und hat sich in skandalöse soziale Polarisierung verwandelt.

In den Vordergrund treten die Senkung der Lohnkosten und der sozialen Standards, die Entlastung der Unternehmen von Steuern und Umweltkosten, die Privatisierung von staatlichem Eigentum und die Privatisierung von Lebensrisiken anstelle solidarischer Sicherungssysteme. Maßstab dabei ist, vor allem die großen Unternehmen durch Förderung ihrer Angebotsstärke auf Gewinnerkurs an den Weltmärkten zu bringen.

Idealtypisches Leitbild des Neoliberalismus für die Bevölkerungsmehrheit ist der vermarktete Mensch, Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge, hochflexibel und im Idealfall bindungslos, um sich dem ständigen Wechsel profitbestimmter Anforderungen ungehindert anpassen zu können.

Die praktische Umsetzung dieses Leitbildes erfolgt im Namen unternehmerischer Freiheit und Selbstverantwortung. Doch gerät dies zum Zerrbild individueller Freiheit, wenn jede und jeder zurückgeworfen auf sich selbst bei extrem ausgedünnten Sozialnetzen für sich selbst zu sorgen und sich den Zwängen der Weltmärkte zu unterwerfen hat. Die Gewinner in den Prozessen sozialer Differenzierung und jene, die begründet oder auch unbegründet darauf hoffen, künftig zu den Gewinnern zu gehören, öffnen sich jedoch dem Gedanken der Selbstverantwortung, beispielsweise durch Zustimmung zu privater Kranken- und Rentenvorsorge.

Gleichwohl besitzt die moderne bürgerliche Gesellschaft auch unter den Bedingungen des neoliberal geprägten globalen Kapitalismus unverzichtbare Entwicklungspotenziale, die allerdings herrschaftlich instrumentalisiert und dadurch einengt werden. Doch sie sind Möglichkeiten, die bei gewandelten Kräfteverhältnissen alternativ gewendet werden können. Dazu gehören Gestaltungsspielräume durch Reichtumszuwachs, freie Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen durch Produktivitätszuwachs, Wissen und Information für gestaltende Politik, Individualisierung, libertäres Denken und emanzipatorische Ansprüche für den Ausbruch aus der Vermarktung des Menschen, Regionalisierung als Chance für Demokratisierung von unten und erdumspannende Vernetzung alternativer Akteure über das Internet. Die internationale

**Unverzichtbare
Potenziale**

Feminisierung der Arbeit ergreift auch den Süden, eröffnet Emanzipationsmöglichkeiten für Millionen Frauen, bringt die internationale Vernetzung von Frauenbewegungen hervor, degradiert Frauen aber zugleich zu globalen Wegbereiterinnen diskriminierter, prekärer Beschäftigung von Frauen und Männern. Neue wissenschaftliche Einsichten und Technologien eröffnen der Medizin wunderbare Präventions- und Heilungschancen und bieten Voraussetzungen für eine Effizienzrevolution als Bestandteil erfolgreicher Umweltpolitik. Doch auch die hochtechnologischen Entwicklungen werden eher von profitbestimmter Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten als von der Suche nach der Lösung der sozialen Großprobleme unserer Zeit bestimmt.

Das Wahlvolk wendet sich ab In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts begann sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach rund zwei Jahrzehnten Erfahrung mit neoliberalen Entwicklungen von diesem Entwicklungsweg des Kapitalismus abzuwenden. Zu groß waren die sozialen Verluste, zu deutlich die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut, zu düster die Aussichten für die Zukunft.

Als Reaktion der Wählerinnen und Wähler wurden die politischen Repräsentanten dieses Entwicklungstyps der modernen bürgerlichen Gesellschaft seit Mitte der neunziger Jahre in den meisten Staaten West- und Nordeuropas und in den USA für die Zeit der Clinton-Administration abgewählt. Das Wahlvolk wandte sich den neuen Verheißungen der Dritten Wege der Sozialdemokratie zu, in Deutschland auch als „Politik der Neuen Mitte“ bezeichnet.

1.6.2. Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie

Als Reaktion auf die wachsenden sozialen Spannungen im Gefolge des Neoliberalismus und auf seine mangelnde Integrationskraft hatte die Sozialdemokratie in den neunziger Jahren eine „neue“ Ideologie der *Dritten Wege* herausgebildet – so bezeichnet in dem einflussreichen Werk ihres geistigen Hauptrepräsentanten Anthony Giddens mit dem Titel „Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie“ (GIDDENS 1999; SPD-GRUNDWERTEKOMMISSION 1999).

Spagatversuch Einerseits hatte der Neoliberalismus eine derart starke hegemoniale Stellung erreicht, dass er Aufnahme auch in sozialdemokratische Ideologie, Theorie und Politik fand. Andererseits forderten seine Grenzen zumindest in der Programmatik der Sozialdemokratie das Festhalten an sozialdemokratischen

Werten und eine Erneuerung sozialdemokratischer Politik als Mischung zwischen beiden Komponenten heraus.

Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie sind der Versuch eines Spagats zwischen der Fortführung neoliberaler Tendenzen, vor allem der Anpassung an die Weltmarktzwänge, und der Bewahrung bestimmter sozialer Standards auf überwiegend abgesenktem Niveau unter Berufung auf sozialdemokratische Werte.

Eine Mischung von Deregulierung und „aktivierendem Staat“ soll die Absenkung sozialer Standards, die Privatisierung sozialer Risiken und die Ausweitung prekärer Beschäftigung in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens, der auch die Gewerkschaften einschließt, erträglich und durch Teilverbesserungen akzeptanzfähig machen.

Der Niedriglohnbereich wird ausgeweitet – jedoch mit staatlichen Zuschüssen erträglicher gemacht. „Arbeit, auch gering bezahlte, wenig qualifizierte, ist der Würde zuträglicher als jeder noch so üppige Sozialtransfer.“ (HOMBACH 1998: 18) Es bleibt bei verstärkter Privatisierung der Risikovorsorge – aber der Staat soll als „Sozialinvestor“ in bessere Berufsbildung die Wettbewerbsfähigkeit der Individuen auf den Arbeitsmärkten erhöhen. Der Teilrückzug der Unternehmen aus der Rentenvorsorge zu Lasten privater Rentenversicherung wird durchgesetzt – aber versüßt durch steuerliche Erleichterungen. Die größten Unternehmen und Vermögen werden steuerlich am meisten entlastet – doch begleitet von Steuersenkungen für alle Steuerpflichtigen und von einer Anhebung der Steuerfreigrenze für die unteren Einkommensschichten. **Versüßte Härte**

Partielle Verbesserungen werden mit ausdrücklichem Verweis auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als sozialdemokratische Grundwerte vorgenommen (GRUNDWERTEKOMMISSION 1999). Deren gleichzeitiges Zurechtstutzen zu gehobenen Vehikeln fortgesetzter Begrenzung von Sozialleistungen wird nicht ohne Erfolg mit Globalisierungszwängen begründet. Umgekehrt dienen jedoch lautstarke Bekenntnisse zu liberaler Weltwirtschaft und Entstaatlichung als ideologischer Schirm, der staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft Rückhalt gegen extremen Marktradikalismus verleihen soll. Das galt beispielsweise auch für die durchaus auch beschäftigungsorientierte Geld- und Finanzpolitik der Clinton-Administration (AMERIKANISCHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLERINNEN 1999). Janusköpfig kommt dieser „Neoliberalismus plus“ einher. Verstärkte Ambivalenz ist sein Markenzeichen. Die neoliberale Komponente

dieser Ambivalenz soll die Dritten Wege insgesamt geschäftsfähig im Verhältnis zu den Spitzen der Unternehmerschaft machen. Die restsoziale Komponente zielt auf die Integration der Gewerkschaften und auf Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft. Die Interessen breiter Mittelschichten sollen stärker berücksichtigt werden. Der „aktivierende Staat“ soll die Gesamtheit zu lösender Aufgaben wieder in den Blick fassen, die durch den Marktradikalismus „vergesen“ wurden.

Diese Konstellation erklärt, dass die Regierung nach den Bundestagswahlen 1998 Veränderungen und Brüche durchsetzen konnte, die nicht einmal die CDU/CSU erreichte. Das gilt beispielsweise für den Ausstieg der Unternehmen aus der paritätischen Rentenversicherung und für die Beteiligung der Bundeswehr an zwei Interventionskriegen unter Verletzung des Völkerrechts.

Das theoretisch proklamierte sozialdemokratische Leitbild ist der selbstbestimmte Mensch in einer startchancengleichen, freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Das in der realen Politik der Dritten Wege sich abzeichnende Leitbild ist das leistungsorientierte Individuum, dessen Freiheit durch eine Art Gerechtigkeit begrenzt ist, die die Akzeptanz von mehr Ungleichheit verlangt. Leitbild ist der selbstbestimmte Mensch, dem jedoch durch die Ungleichheit der Machtverteilung die Bedingungen seiner Selbstverwirklichung weitgehend entzogen sind.

Das Wahlvolk wendet sich von seiner Wende ab

Die Perspektiven der Dritten Wege sind unklar. Zeitweilig schien es, das Nachfolgeszenario zum konfliktären Neoliberalismus könnte sich für einen nicht näher bestimmbaren Zeitraum als *funktional* für den „Standort Deutschland“ im Interesse der weltmarktorientierten Unternehmen, für mäßige Erhöhung der Beschäftigungsquote um den Preis eines größeren Anteils prekärer Beschäftigungsverhältnisse, für die Verankerung des etablierten Machtblocks in breiteren Kreisen der Bevölkerung, für Zustimmung von Teilen der gesellschaftlichen Mitte, für die notdürftige Integration auch der unteren Einkommensschichten und für ihre vorläufige Ruhigstellung erweisen. Aber innerhalb weniger Jahre sind die durch innere Zwiespältigkeit der Dritten Wege bedingten Defizite hervorgetreten. Die begrenzten Vorteile für die Lohnabhängigen, für Mittelschichten und die sozial Schwachen werden nach mehrheitlichem

Empfinden von Belastung und Zukunftsängsten überlagert. Die ökonomisch Herrschenden wiederum sind unzufrieden mit sozialdemokratischen Abstrichen vom puren Neoliberalismus. Die Folge ist, dass zu Beginn des neuen Jahrhunderts die bisher sozialdemokratisch geführten Regierungen in West- und Nordeuropa überwiegend wieder abgewählt wurden und dass die Republikaner in den USA einen – wenn auch zweifelhaften – Sieg über die Demokraten erreichten.

Ob die sozialdemokratischen Dritten Wege in absehbarer Zeit nun eher einen weiteren Abstieg erleben oder auch wieder in zeitweiligen Aufwind geraten werden: Der durch sie bestimmte Entwicklungstyp des modernen Kapitalismus wird sich als untauglich für die Umkehr der Gesellschaft zu sozialer Gerechtigkeit und zum Erhalt der ökologischen Gleichgewichte herausstellen. Er wird die Überwindung von Umweltkrise und Armut, Hunger und Unterbeschäftigung im Süden nicht leisten können und nicht eine emanzipatorische Gestaltung der Geschlechterverhältnisse bewirken. Selbstermächtigung zu Kriegen wird auch auf diesem Weg in den Rang eines angeblich tauglichen Mittels zur Lösung von Problemen gehoben. Diese Entwicklung kennt keine Würde ausnahmslos aller Menschen. Sie ist *disfunktional* für die Bewältigung der zukunftsentscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts.

Der in der Konzeption der Dritten Wege erhobene ausdrückliche Anspruch auf Selbstbestimmung der Einzelnen, auf „Gewährleistung der sozialen und kulturellen Voraussetzungen für die individuelle Entfaltung der Persönlichkeit“, auf „Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur“ (GRUNDWERTEKOMMISSION 1999: 30) wird von ihr in der politischen Realität nicht eingelöst.

Die entscheidende Schranke der Politik der Dritten Wege besteht darin, dass der sozial gleiche Zugang ausnahmslos aller zu den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit zwar verbal proklamiert wird, der Kampf darum aber durch die Eckpunkte eben dieser Konzeption blockiert wird. Denn wer sich den Zwängen der Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten unterordnet, wer einseitig den Konsens mit den Unternehmerverbänden sucht und die ökonomische Übermacht der größten Kapitalgruppen kaum antastet, kann diesen gleichen Zugang nicht sichern.

Das könnte dazu führen, dass der neoliberal geprägte Kapitalismus nach seiner zeitweiligen Schwächung durch die Dritten Wege wieder für einige Zeit eine Stärkung erfährt, entweder in harten Varianten oder mit Hilfe von Anleihen bei den Dritten Wegen mit Zügen eines „Konservatismus mit Herz“. Aber auch eine Umkehr im Ergebnis neuerlicher Erfahrungen der Wählerinnen und Wähler mit dem Neoliberalismus oder eine Phase wechselseitiger Ablösung und gleichzeitiger Annäherung sind nicht ausgeschlossen.

1.6.3. Entzivilisierter Kapitalismus

Nicht auszuschließen ist in solcher Situation in manchen Ländern auch eine extreme Rechtsentwicklung. Die Enttäuschung von Teilen der Wählerschaft über beide Wege moderner bürgerlicher Gesellschaften über den neoliberalen Kapitalismus und über die sozialdemokratische Konzeption des Dritten Weges, das Gefühl der Perspektivlosigkeit und die Sehnsucht nach einfachen Antworten auf die für viele undurchschaubaren Problemlagen könnte einen weiteren Entwicklungstyp hervorbringen, den eines weitgehend entzivilisierten Kapitalismus oder zumindest verstärkte Rechtstendenzen, die in diese neoliberale Entwicklung Eingang finden könnten. Der „Terror der Ökonomie“ (VIVIANE FORRESTER) könnte noch unverhüllter hervortreten. Die transnationalen Kapitalimperien haben die Macht, ihn zu verstärken. Der Welt droht ein neuer verhängnisvoller Schub der Militarisierung. Seit dem zehnten Jahr nach dem Ende der Blockkonfrontation, seit 1999, steigen die Rüstungsausgaben wieder an.

Tabelle 12:

Veränderungen der Weltmilitärausgaben		
	Mrd. US-Dollar	Veränderungen i. v. H.
1989	995,4	
1994	714,0	
1999	686,5	- 31 im Vergleich zu 1989
2002	900,0	+ 31 im Vergleich zu 1999

QUELLE: CONVERSION SURVEY 2002 DES INTERNATIONALEN KONVERSIONSZENTRUMS BONN (BICC)

Innerhalb von vier Jahren stiegen die Rüstungsausgaben um denselben Prozentsatz an, um den sie in dem Jahrzehnt zuvor gesunken waren. Der Knick lag zwei Jahre vor dem Terrorangriff auf die

Twin-Towers in New York. Das Ende des Kalten Krieges hatte mit einem Krieg begonnen, der zuvor nicht führbar gewesen wäre, mit dem Golf-Krieg gegen den Irak. Eine halbe Million Menschen sind diesem Krieg bisher zum Opfer gefallen. Die NATO flog 72 Tage Bombenangriffe gegen Jugoslawien. Die internationale Staatengemeinschaft ist bisher unfähig, Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und der arabischen Welt durchzusetzen.

Selbst mandatierte Kriege gelten den USA und der NATO nach dem Ende des Staatssozialismus erneut als Mittel zur Lösung von Problemen, die durch Krieg nicht lösbar sind. Der gefährlichste Hochrüstungsschub findet in den USA statt.

Für die Jahre 2003 bis 2007 sind nach der Planung der Bush-Administration insgesamt Militärausgaben von 2,1 Bio Dollar vorgesehen. In Washington wird versucht, das Recht auf Selbstverteidigung in ein Recht auf Präventivkriege umzu-deuten. Gefördert durch solches Verhalten, erwächst aus globaler Ungerechtigkeit und westlicher Arroganz, aus ökonomischer Unterentwicklung und Hunger, aus Staatenzerfall und nicht endenden Bürgerkriegen erdumgreifend eine Zunahme von Gewalt. Sie paart sich teils mit Rechtsextremismus, teils trägt sie fundamentalistische Züge und eskaliert bis zu internationalem Terrorismus.

Der verbrecherische Terrorangriff am 11. September 2001 auf das World Trade Center und auf das Pentagon offenbarte eine zivilisationsbedrohende Tendenz. Zu lange wurde unterschätzt, dass der Terrorismus eine globale Gefahr ist. Es gibt für ihn keinerlei Legitimation, auch nicht unter Berufung auf das Elend vieler Völker und die Mitschuld der westlichen Welt daran. Wohl aber wächst auf dem Nährboden menschenverachtender Ungerechtigkeit einer Weltordnung, als deren militärische Repräsentanten in großen Teilen der Erde die USA und die NATO angesehen werden, die Gefahr eines Rückfalls in paranoide Denk- und Verhaltensmuster. Die Verkehrung von religiösem Glauben in ein selbst beschworenes Recht auf die Vernichtung des Lebens Unschuldiger droht eine Eskalation von

Tabelle 13

US-Militärausgaben in Mrd. Dollar	
1989	361,5
1994	285,2
1999	254,6
2001	310,0
2002	343,0
2003	369,0 ¹
2004	469,0 ¹
¹ Planung der US-Regierung	

QUELLE: INTERNATIONALES

KONVERSIONSZENTRUM BONN (BICC):

CONVERSION SURVEY 2001 UND 2002

blutiger Gewalt, verblendeten Fehlwahrnehmungen und Feindbildern einzumünden. Die Welt erscheint wie in Zeiten des Kalten Krieges als zweigeteilt zwischen Ungläubigen und Erleuchteten, zwischen dem schlechthin Bösen und den makellos Guten, zwischen Schurken und Lichtgestalten.

Terroristische Akte sind unentschuld bare Verbrechen. Dass sie aber in breiten Bevölkerungsschichten vieler Länder offen oder versteckt Verständnis oder Zustimmung erfahren, hat Ursachen, die weit vor dem 11. September wurzeln. Zu ihnen gehört, dass die durch den Westen dominierte Globalisierung mit einer Geringschätzung der Kulturen in anderen Teilen der Erde und nicht selten mit der Zerstörung von einheimischen Kulturen verbunden ist. Solche Demütigungen und Verletzungen rufen Hass, Nationalismus und Fundamentalismus hervor, deren Erstarren sich mit autoritären Herrschaftsformen und zunehmender militärischer Gewalt verbinden kann.

Die Möglichkeit einer härteren Rechtsentwicklung zeichnet sich in der Wahl des wegen Korruption rechtskräftig verurteilten Medienzaren Silvio Berlusconi zum Regierungschef Italiens ab, der sich auf seine Forza Italia, auf die Lega Nord und die Alleanza Nazionale stützt. In Österreich ist die rechtspopulistische FPÖ Jörg Haiders an der Regierung beteiligt. Ein Erstarren rechtspopulistischer Strömungen wird in der Regierungsbeteiligung der Dänischen Volkspartei in Dänemark, der Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden, der Christdemokratischen Zentrum/Volkspartei in Portugal und in den Wahlergebnissen von Le Pens Front Nationale in Frankreich sichtbar (SOZIALISMUS: JUNI 2002).

In der Bundesrepublik sind über 100 Todesfälle durch rechtsextreme und neonazistische Gewalt zu beklagen. CDU-Politiker scheuen sich nicht, mit Parolen wie der von der „deutschen Leitkultur“ und der Polarisierung „Kinder statt Inder“ Politik zu machen. Wie immer von ihm gemeint: Martin Walsers Friedenspreisrede 1998, in der er die „Instrumentalisierung von Auschwitz“ beklagte, wurde am rechten Rand der Gesellschaft dem Arsenal antisemitischer Geisteshaltungen einverleibt. Als Jürgen Möllemann ihm unsympathische Charakterzüge Michel Friedmanns, des stellvertretenden Vorsitzenden des Generalrats der Juden in Deutschland, damit in Zusammenhang brachte, dass er ein Jude sei, stieß er auf strikte Abweisung in der Öffentlichkeit, aber bei Teilen der Wählerschaft eben auch auf alarmierende Zustimmung. Nach einer Studie vom April 2002 fanden 37 Prozent der Westdeutschen (1999 21 Prozent) und 31 Prozent der Ostdeutschen (1999 18 Prozent) die Aussage „Ich kann es gut ver-

stehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ verständlich. 28 Prozent der Deutschen war 1994 die Losung „Deutschland den Deutschen“ sympathisch. Im Jahr 2002 stimmten ihr bereits 38 Prozent der Befragten zu (BRÄHLER; RICHTER 2002: 6).

Die Korruption entwickelt sich zu einem globalen Sumpf, der seit Jahren von der unabhängigen Organisation Transparency International (TI) sogar mit einem Korruptionsindex erfasst wird. Staaten wie Italien, Japan, Russland... stecken bis in die Regierungsspitzen in Korruptionsskandalen und in mafiosen Verstrickungen. Der Weltumsatz des organisierten Verbrechens wird in einem UN-Report auf rund 1 Billion Dollar geschätzt (PETERS, 2000: 77).

Ein Rückfall in einen sozial noch stärker entbändigten Kapitalismus mit Zügen autoritärer Herrschaft, mafiosen Tendenzen, stärkerer Militarisierung und rechtsextremer Entwicklung ist nicht auszuschließen.

Die Begrenztheit des Neoliberalismus und die der Dritten Wege im Umgang mit den großen globalen und innergesellschaftlichen Problemen, die aus ihnen folgenden Spannungen und die Gefahr, dass daraus ein weitgehend entzivilisierter Kapitalismus erwachsen könnte, fordern Alternativen heraus.

In vielen Ländern zeichnen sich in der Abkehr von diesen drei Entwicklungen Elemente einer Alternative in Bewegungen ab, die sich gegen den Neoliberalismus und auch gegen die Politik Dritter Wege wenden. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung und die Artikulation der Probleme vom Standpunkt der unteren Klassen der Weltgesellschaft. Im Maße der Formierung dieser Bewegungen bilden sie ihre eigene Ideologie heraus, eine Ideologie, die im Folgenden als *Ideologie der partizipativen Demokratie* bezeichnet werden soll. Linkssozialistischen demokratischen Parteien kommt es zu, sich mit ihren Möglichkeiten an diesen Bewegungen zu beteiligen, von ihnen zu lernen und zugleich ihre eigene Identität in die *Entwicklung von emanzipativen Reformalternativen mit den Qualitäten eines transformatorischen Projekts* einzubringen.

2. Kapitel

Eine andere Welt ist möglich!

Reformalternativen

Der Neoliberalismus und die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie sind Reaktionen auf die Krise des Fordismus seit den siebziger Jahren. Es sind politisch-soziale Strategien, die für elementare Probleme der Gegenwart keine Lösungen bieten oder Lösungen meist zu Lasten der sozial Schwächeren in der Gesellschaft durchsetzen. Die Autoren dieses Zukunftsberichts vertreten demgegenüber ein alternatives politisches und gesellschaftliches Projekt, das sie als *emanzipativ-solidarische Reformalternative* bezeichnen. Gemeinsam mit vielen anderen fragen wir danach, wie in der gegenwärtigen Krise auf demokratische Weise der Einstieg in einen sozialen, ökologischen und gerechten Entwicklungspfad gefunden werden kann.

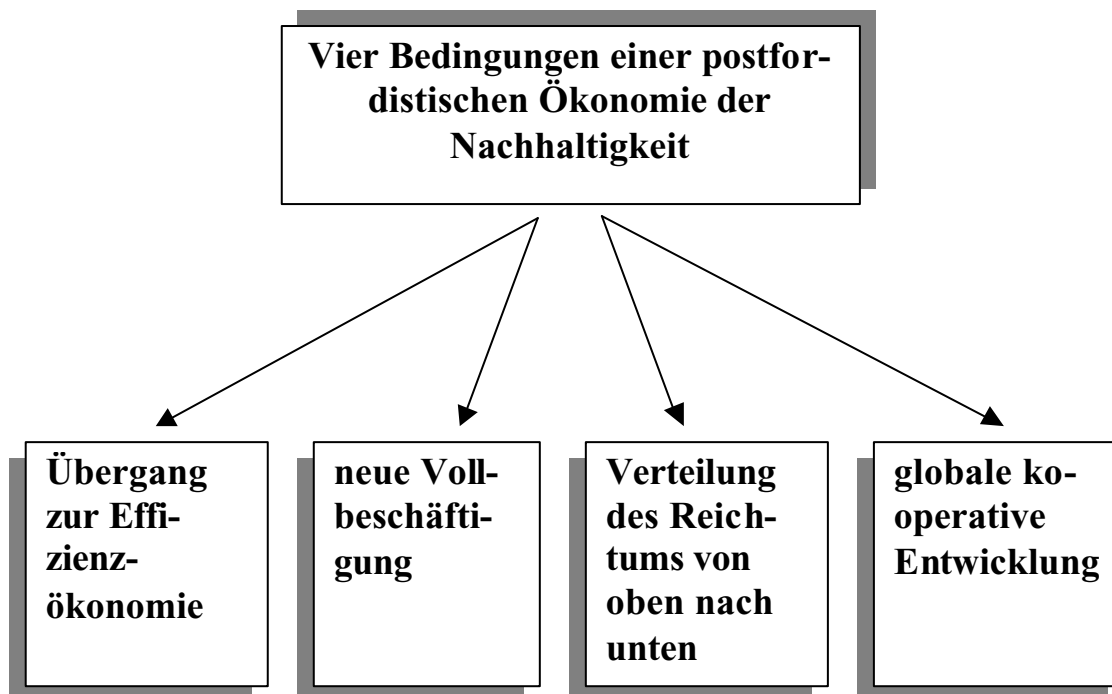
Wer will
dass die Welt
so bleibt
wie sie ist
der will nicht
dass sie bleibt.

AUS: ERICH FRIED
„LEBENSCHATTEN“

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit sowie Verarmung im unteren Teil der Gesellschaft und Bereicherung von Oberschichten, vor dem Hintergrund fortschreitender ökologischer Degradation und der erschreckenden Tatsache, dass 1,2 Mrd. Menschen auf dieser Erde in völliger Armut leben, ist die Suche nach einer Alternative für sehr viele Menschen kein Problem akademischer Gelehrsamkeit, sondern von physischem und psychischem Überleben geworden. Für diese Menschen ist nicht die Frage, in welcher Gesellschaft sie leben *wollen*, sondern in welcher Gesellschaft sie leben *können*. Eine solche Alternative ist heute nicht nur wünschenswert, sondern überlebensnotwendig geworden. Für sehr viele andere aber steht die quälende Frage, ob sie hinter neuen Mauern, hochgerüstet und mit Ängsten leben wollen, die Armut und Entwürdigung der anderen als Bedrohung vor Augen, eine Bedrohung, die sie dem permanenten Zwang ausliefert, sich bestens zu verkaufen und zu vermarkten.

Die hier in Umrissen und auf ausgewählten Feldern präsentierten Alternativen stellen Verhältnisse in Frage, unter denen Menschen dadurch leben, dass sie sich als Ware verkaufen, dass sie sich anpassen und unterwerfen, dass sie in harter Konkurrenz zu anderen stehen müssen, dass viele deshalb auf ein Leben mit Kindern verzichten, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit und Kriminalität bleibt, die Angst vor Zuwanderern die Gesellschaft vergiftet und die soziale Kälte zunimmt.

Im ersten Kapitel wurde deutlich, dass der fordistische Entwicklungspfad des Kapitalismus auf ganz bestimmten Voraussetzungen beruhte und dass das Wegbrechen dieser Bedingungen und Gleichgewichte in seine Krise führte. Die Zukunft ist offen. Es ist nicht entschieden, wessen Hegemonie und welche Kompromisse den Umbau der globalen Wirtschaft, der Sozialsysteme und der Lebenswelten bestimmen werden. Sie ist auch deshalb offen, weil noch nicht hinreichend absehbar ist, welche funktionsfähigen Entwicklungspfade in eine postfordistische Ökonomie führen und welche Möglichkeiten und Grenzen für die Entwicklung der Individuen damit verbunden sein werden. Aber es gibt zunächst einige fundamentale Prämissen: Jede Ökonomie nach dem fordistischen Kapitalismus kann dessen historische Krise nur lösen *und* zugleich Großgefahren dauerhaft abwehren, wenn sie (1) mit dem Ökosystem der Natur vereinbar ist, indem von einer Ressourcen vernichtenden Wachstumsökonomie zu einer Effizienzökonomie übergegangen wird, (2) eine neue Art von Vollbeschäftigung sichert, (3) Reichtum von oben nach unten verteilt und (4) durch globale kooperative Entwicklung ein neues weltwirtschaftliches Gleichgewicht die Entwicklung aller Teile der Weltgesellschaft ermöglicht.



Übergang zu einer Effizienzökonomie

Erstens: Jede überlebensfähige Ökonomie nach dem Fordismus muss eine mit den Ökosystemen der Erde vereinbare Art und Weise der Nutzung von Naturressourcen erreichen. Der Fordismus vermochte dies nicht. Der Neoliberalismus und die Dritten Wege setzen die Zerstörung der Umwelt trotz beschränkter Teilverbesserungen fort. Ein ökologischer Umbau der Produktionsweise im Rahmen alternativer Reformen bedeutet für das Wirtschaftssystem, *dass die Ressourceneffizienz (Produkt pro verbrauchte Ressourcen) deutlich schneller steigen muss als die Produktion und das Bruttoinlandsprodukt*. Das bedeutet zugleich einen enormen qualitativen Wandel der Produktions- und Investitionsprozesse, weil viele Verfahren, Produktionsmittel, Rohstoffe, Infrastrukturen und Abprodukte infrage gestellt und erneuert, teilweise ganz aus den Kreisläufen verschwinden und durch andere ersetzt werden müssen.

Postfordistische Alternativen bedürfen enormer Innovationskraft und Kreativität, um die Ressourceneffizienz im notwendigen Maße zu steigern. Sie sind eine produktive Herausforderungen ersten Ranges. Für die Lebensweisen der Menschen bedeutet eine solche ökologisch nachhaltige Entwicklung, *dass die Nutzung von Naturressourcen durch stoffliche Konsumtion in der westlichen Welt in absoluten Werten sehr deutlich abnehmen muss, gerade weil die Weltbevölkerung und die Konsumtion pro Kopf der Weltbevölkerung wachsen werden*. Ein mit dem ökologischen Umbau verbundener postfordistischer Entwicklungspfad wird in den Industrieländern zu veränderten Proportionen zwischen Wachstum der umweltbewahrenden Investitionsgüter und Zuwachs der Konsumgüterproduktion führen. *Das Wachstum derjenigen Produktion von Produktionsmitteln, Techniken und Infrastrukturen, die den ökologischen Umbau betreffen, wird den Zuwachs der Produktion von stofflichen Konsumgütern deutlich übersteigen*.

Nur unter den genannten Voraussetzungen kann der globale Naturverbrauch stabilisiert und schrittweise zurückgeführt werden. Im 3. Kapitel wird begründet werden, dass dies nicht zur Verschlechterung der Lebensqualität führen muss, sondern im Gegenteil deren Verbesserung ermöglichen kann. Die Bedingung dafür ist allerdings, dass demokratische Partizipation den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, selbst zu entscheiden, wie die Verhältnisse zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und eigenen Lebensmustern gestaltet werden sollen.

Auf einen Nenner gebracht: Eine postfordistische Ökonomie wird aus der Transformation der fordistischen Wachstumsökonomie in eine Effizienzökonomie entstehen müssen.

Zweitens: Jede zukunftsfähige Gesellschaft nach dem Fordismus muss Lösungen für die globalen und innergesellschaftlichen Großprobleme entwickeln, die nicht mehr in erster Linie auf dem Wirtschaftswachstum beruhen und die die Qualität und Richtung des erforderlichen Wachstums verändern. Dies gilt auch für die Probleme von sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Der Fordismus und mit ihm das fordistische System der Erwerbsarbeit und die auf tendenzieller Vollbeschäftigung beruhenden sozialen Sicherungssysteme gerieten in die Krise, als sich das Wirtschaftswachstum verlangsamte. Die neoliberalen und die sozialdemokratischen Versuche, das Wachstum auf gewohnten Pfaden weiter zu beschleunigen, blieben aus strukturellen Gründen erfolglos (siehe Abschnitt 1.4.). Hätten sie jedoch Erfolg, wäre dies für die Umwelt katastrophal (siehe Abschnitt 3.4.1.).

Da auch künftig in den hochentwickelten Ländern das Wirtschaftswachstum das Produktivitätswachstum nicht übertreffen wird und aus ökologischen Gründen auch deutlich geringer als dieses sein sollte, sind im Unterschied zu fordistischen Zeiten und im Widerspruch zu neoliberalen und sozialdemokratischen Grundannahmen die Lösung des Beschäftigungsproblems und die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme nicht vorwiegend als Resultat des wirtschaftlichen Wachstums zu erwarten. Eine neue Art der Vollbeschäftigung, ein neues Normalarbeitsverhältnis, neue Arbeitszeitstandards und eine erneuerte Verfassung der Sozialsysteme sind deshalb nur auf alternativen Wegen zu erreichen. Sie sind der Gegenstand des 3. Kapitels.

Der Strategie der Verwandlung der Gesellschaft in eine Marktgesellschaft stellen wir eine emanzipative und solidarische Reformstrategie entgegen.

Drittens: Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss die extremen sozialen Klüfte überwinden, die ihren Zusammenhalt bedrohen und Gewalt hervortreiben. Die fordistische Produktionsweise geriet in die Krise, als der Verteilungskompromiss zwischen gleichzeitigem Wachstum des Profits

Umverteilung von oben nach unten

und Wachstum der Masseneinkommen zerbrach. Neoliberalismus und die Dritten Wege der Sozialdemokratie setzen – wenn auch in unterschiedlichen Maße – die soziale Polarisierung als Umverteilung von unten nach oben und als schrittweise Entlassung der Reichen und Mächtigen aus der Finanzierung des unumgehbaren Umbaus der Gesellschaft fort. Diese profitieren von den sozialen Leistungen der Gesellschaft, ohne in entsprechendem Maße an ihrer Bereitstellung mitzuwirken.

Alternativen beruhen nicht in erster Linie und nicht ausschließlich auf einem neuen Verteilungsmodus, aber sie schließen eine Umverteilung zu Lasten der Kapitalimpe-rien und Großvermögen zugunsten der Finanzierung eines neuen Systems der Arbeit, des ökologischen Umbaus der Gesellschaft, der Erneuerung der Sozialsysteme und für die Hungernden in großen Teilen der Erde ein.

Globale koopera- tive Entwicklung

Viertens: Die Krise des Fordismus war Ausgangspunkt verstärkter Weltmarktexpansion im Rahmen neoliberaler und neosozialdemokratischer Strategien. Ein alternativer Entwicklungsweg dagegen schließt ein, auf eine *Weltwirtschaft ausgeglichener Handelsbilanzen* und kooperativer Entwicklung aller Regionen der Weltwirtschaft hinzuarbeiten und eine diesem Ziel entsprechende Regulation des globalen Finanzsystems aufzubauen. Auch und gerade im Handel mit den Entwicklungsländern müssen ausgeglichene Handelsbilanzen bei gleichzeitigem solidarischem Ressourcentransfer, der nicht in die Verschuldungsfalle führt, erreicht werden. Dies schließt „gerechte“ Preise, die die Reproduktion und Entwicklung aller Teile der Weltökonomie ermöglichen, ein. Abweichungen in der wechselseitigen Verschuldung dürfen nur temporärer Art sein und müssen mittelfristig ausgeglichen werden. Der nationale Wettbewerbsstaat ist kein tragfähiger Weg in eine neue Weltökonomie.

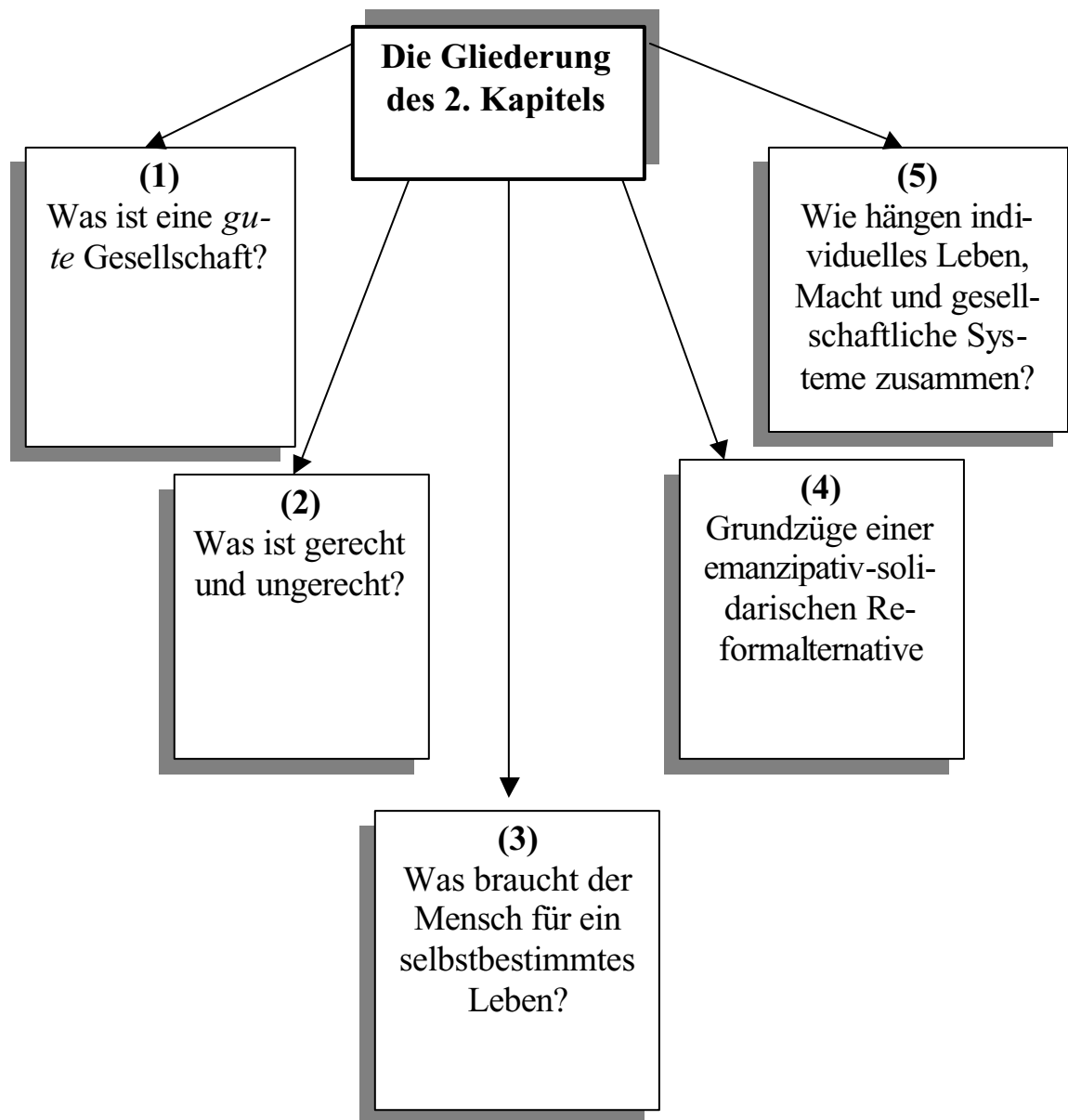
Eine neue Regulationsweise, die diesen Voraussetzungen genügt, müsste global, national und regional einander ergänzende Entwicklungspfade öffnen, deren gemeinsamer Nenner die Orientierung auf eine anhaltende Steigerung der Effizienz der in der Produktion eingesetzten Ressourcen und auf menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen der Erde sein müsste.

Offene Fragen sind damit entstanden: Wie kann eine aus ökologischen Gründen erforderliche Effizienzökonomie, die Vollbeschäftigung nicht mehr durch Wirtschaftswachstum sichert, mit sozialer Integration und Stärkung der Demokratie verbunden werden? Wie müssen Wirtschaft und Lebenswelt der Individuen so miteinander verbunden werden, dass die soziale Integration gesichert wird, auch wenn es keine herkömmliche wachstumsgetragene Vollbeschäftigung mehr gibt und die Sicherungssysteme nicht mehr nur direkt an die Erwerbsarbeit angekoppelt werden können? Welche neuen „institutionalisierten Kompromisse“ können einen nachfordistischen, alternativen Entwicklungstyp tragen? Und vor allem: Wird sich eine Mehrheit aktiver Bürgerinnen und Bürger überhaupt darauf einlassen, die gegenwärtig bestimmenden Entwicklungspfade zu verlassen und Neuland zu betreten? Macht es für sie überhaupt „Sinn“? Ist es möglich, den Widerstand von wesentlichen Teilen der herrschenden ökonomischen und politischen Klassen zu überwinden?

Bei der Auseinandersetzung um die sehr praktischen Fragen des Übergangs zu einer Effizienzökonomie, neuer Vollbeschäftigung, Umverteilung von oben nach unten und globaler kooperativer Entwicklung werden ständig zugleich Grundfragen menschlicher Entwicklung überhaupt berührt. In jeder politischen Talkshow, jeder Quizsendung, jedem Film, aber auch bei jedem Arbeitsstreit, bei jedem Gang zu einem öffentlichen Amt, bei der Diskussion um Kinder, Bildung oder auch nur um die Verteilung der Hausarbeit spielen solche Grundfragen – zumeist ungenannt – eine Rolle. Es sind vor allem vier Fragen: (1) Was ist eine *gute Gesellschaft*? Von welchem Leitbild lassen wir uns in unseren Entscheidungen leiten? Für uns ist es das Leitbild einer Gesellschaft, in der die Menschen selbstbestimmt und solidarisch leben können. In diesem Zusammenhang entwickeln wir Grundzüge einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative. (2) Was ist gerecht und was ungerecht? Wie viel Gleichheit wollen und wie viel Gleichheit brauchen wir? Dabei werden wir uns mit neoliberalen und neosozialdemokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen auseinandersetzen. (3) Was brauchen Menschen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Solidarität mit anderen? Welches sind die dafür unabdingbaren *Lebensbedingungen oder Freiheitsgüter, die jeder und jedem zustehen*, weil sie Menschen sind? Wir sehen in der Schaffung solcher Bedingungen die Voraussetzung, damit die Vision des Lebens freier Individuen in einer gerechten Gesellschaft für die Einzelnen irdische

Fünf Fragen für das 2. Kapitel

Gestalt annimmt und deshalb handlungsleitend werden könnte. (4) Wenn man weiß, was Menschen brauchen, um frei und selbstbestimmt leben zu können, dann ist es auch möglich, wesentliche Grundmerkmale einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative zu entwickeln, die darauf abzielt, Emanzipation und Partizipation anstelle Unterwerfung unter die Zwänge von Kapitalverwertung und Souveränität an die Stelle von Abhängigkeit zu setzen. Diesen vier Fragen ist je einer der Abschnitte in diesem Kapitel zu geordnet.



Abschließend werden (5) in diesem Kapitel einige Fragen der sozialwissenschaftlichen Methodologie dargestellt, die diesem Zukunftsbericht zugrunde liegen: Die Menschen mögen Wünsche und

Vorstellungen über ihre ganz eigene Lebenswelt haben; aber die Welten der Wirtschaft, der Politik, des Rechts funktionieren wie jedes eigenständige System nach eigenen Gesetzen; und die Machtverhältnisse sind nicht so, dass Lebenswelt und Systemwelt selbstläufig nach dem Maß der Freiheit und Gleichheit aller zusammenpassen. Wenn emanzipative Reformalternativen nicht bloße Wunschvorstellungen bleiben sollen, dann müssen sie den *Zusammenhang von Lebenswelt, Machtstrukturen und Systemwelten* durchdringen. Wir setzen uns mit jenen auseinander, die mit Verweis auf Systemzwänge jeden grundsätzlichen Wandel schlechthin für unmöglich erklären und Machtfragen ignorieren wie mit jenen, die in der bloßen Veränderung von Machtstrukturen eine hinreichende Garantie für eine emanzipativ-solidarische Entwicklung sehen.

Solche Grundfragen können für manche Leserin und manchen Leser beschwerlich geraten. Weil das Ungewohnte derartiger fundamentaler Fragestellung uns Denkanstrengungen abverlangt, weil theoretische Grundlagen dafür bedacht werden müssen, weil pragmatisches Vorantasten nicht mehr ausreicht. Es kann deshalb auch sinnvoll sein, sich zunächst dem 3. Kapitel zuzuwenden, wo wir von der allgemeinen Ebene des 2. Kapitels zu der irdischen Gestalt wechseln, die die großen Probleme einer strategischen Neuorientierung im Leben der Einzelnen annehmen. Das 3. Kapitel wird zu beantworten haben, was die Überlegungen im 2. Kapitel für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, für ein neues Normalarbeitsverhältnis, für den Zusammenhang von Bildung und Beschäftigung, von Beschäftigung und ökologischem Umbau, für die Gleichstellung der Geschlechter und für mehr soziale Sicherheit durch Einführung eines bedarfsorientierten Grundeinkommens als Bürgerrecht bedeuten. Gerechtigkeit und Freiheit und Gleichheit werden dann als praktische Fragen heutiger Politik erkennbar, als Fragen der Teilhabe aller an existenzsichernder Arbeit, als Fragen nach der Länge ihres Arbeitstages, nach selbstbestimmter Flexibilität in der Arbeit, nach gleicher Vereinbarkeit von Familie und Arbeit für Frauen und Männer, nach der Bildung, die gebraucht wird, um das eigene Leben in die eigene Hand nehmen zu können.

2.1. Unser Leitbild: Der selbstbestimmt und solidarisch handelnde Mensch

Cui bono? Es verweist auf eine fast unumschränkte Herrschaft des Neoliberalismus, dass die gute alte Frage der Römer „cui bono“ – „Wem zum Nutzen“ – weitgehend durch die Vorstellung verdrängt wurde, es gäbe nur neutrale Sachzwänge und keine Alternative dazu, diesen Zwängen mehr oder minder schnell und effizient nachzukommen. Utopien sind diskreditiert und TINA (There Is No Alternative) ist zur Siegesgöttin gekürt worden. Diskurse, die ihren sozialen Bezugspunkt verschweigen, sind entweder Heuchelei oder gefährlich naiv.

Soziale Hellsichtigkeit – soziale Blindheit Was wir sehen und sehen wollen, hängt auf das Engste damit zusammen, was uns gefällt oder missfällt in einer Gesellschaft. Wofür wir sind, wird durch unsere soziale Lage und das soziale Umfeld mitbestimmt. So genannte Sachzwänge, die wir nicht wahrnehmen (wollen), sind mit hoher Sicherheit Resultate von Herrschaftsstrukturen, die uns privilegieren. Die Schäden, die diese Zwänge bei anderen anrichten, legitimieren wir mit dem schönen Wort von den Nebenfolgen – offensichtlich deshalb, weil sie schmerzhaft nur den Nebenmann oder die Nebenfrau traf, dann aber an Haupt und Gliedern. Wenn einer der „unseren“ im globalen Bürgerkrieg ermordet wird, ist es „Terrorismus“, treffen „wir“ friedliche andere, dann war es ein „Kollateralschaden“.

„Erstens: Menschen werden in dem Maße wie sie in ein politisches System integriert sind, sehen, was ihnen gefällt. In dem Maße, wie sie einem politischen System entfremdet sind, werden sie sehen, was ihnen missfällt...

Zweitens: Menschen wird, in dem Maße wie sie in ein politisches System integriert sind, gefallen, was sie sehen. In dem Maße wie sie einem politischen System entfremdet sind, wird ihnen missfallen, was sie sehen...

Drittens: Menschen wird, in dem Maße, wie sie jenen vertrauen, zu denen sie Kontakt haben, das gefallen was den anderen gefällt. In dem Maße, wie sie jenen misstrauen, zu denen sie Kontakt haben, wird ihnen missfallen, was diesen gefällt....

Viertens: Menschen wird, in dem Maße, wie sie jenen vertrauen, zu denen sie Kontakt haben, sehen, was die anderen sehen. In dem Maße, wie sie jenen misstrauen, zu denen sie Kontakt haben, werden sie nicht sehen, was die anderen sehen...

MARCH/OLSEN 1989: 44

Die herrschenden Diskurse sind tatsächlich Diskurse der Privilegierten. Sie erwachsen aus deren selektiver Wahrnehmungsweise, selektieren Täter und Opfer, Ursache und Wirkung, Haupt- und Nebenfolgen, das Reich des Guten und des Bösen. Unsere wichtigsten Sin-

nesorgane, die Fernsehkameras, klassifizieren, kategorisieren, selektieren schon die Bilder, bevor wir überhaupt uns eine Meinung bilden können.

2.1.1. „Und die im Dunkeln sieht man nicht.“

Die Probleme einer Gesellschaft enthüllen ihren wahren Kern nur dann, wenn die Gesellschaft von unten betrachtet wird. Selbst in der schlimmsten Despotie war immerhin einer satt und frei – der Despot. Die Unfreiheit aller anderen war die Bedingung seiner unumschränkten Freiheit, die oft nichts anderes als brutale Willkür war, mit der er die Angst bekämpfte, von den anderen gemeuchelt zu werden. Und auch jene, die sich heute mit mehr oder minder großer Mühe in der so genannten Mitte der Gesellschaft einrichten konnten, wissen, dass es ein „Unten“ gibt. Dieses „Unten“ ist eine ständige Bedrohung – nicht in dem Sinne, dass „die da unten“ physisch andere bedrohen würden, sondern dass man/frau nach unten gedrückt werden könnte. Und mit dieser Bedrohung wird die „Mitte“ gefügig gemacht, alternativlos mitzumachen. Dies ist die wohl älteste Herrschaftstechnik überhaupt.

Die Angst vor dem „Unten“

Das gut gehütete Geheimnis jeder Gesellschaft ist ihr „Unten“.

Herrschaftsdiskurse sind im hohen Maße Angstdiskurse. Hörigkeit gegenüber den Macht- und Sachzwängen wird herbeigeführt, indem auf die Gefahr verwiesen wird, auf neuen ungewohnten Pfaden abzustürzen in dieses „Unten“ der Gesellschaft – der nationalen Gesellschaft oder der Weltgesellschaft. Diese Horrorvision aller Mittelschichten wird beschworen, um sie dafür zu gewinnen, gegen die „da unten“ den Kampf um einen Platz über anderen, näher zur Sonne von Eigentum und Macht zu führen. Die Mitte wird zu Mitläufern gemacht, indem ihre Angst vor der Verdrängung aus der Mitte der Gesellschaft gezüchtet und Solidarität mit sozialer Ausgrenzung bestraft wird.

Das Spiel mit der Angst, abzustürzen aus der Mitte einer Gesellschaft in ihren sozialen Keller – in die soziale Kälte, Überflüssigkeit und Einsamkeit – ist prägend für jeden Herrschaftsdiskurs. Wer sich auf solche Diskussionen einlässt, verbaut jeder Alternative schon im Beginn den Weg. Ein solcher Diskurs kann nur darauf zielen, die vorhandene Ungleichheit an Macht und Eigentum, an Lebensmöglichkeiten und Lebenschan-

Herrschaftsdiskurse

cen zu zementieren in alle Ewigkeit. Er ist ein antiemanzipativer Diskurs. Die Armut an Visionen in den Zukunftsdiskussionen Deutschlands ist das zwangsläufige Resultat dessen, dass die öffentlichen Debatten von Herrschafts- und damit von Angstdiskursen dominiert werden.

„Die Leute an der Spitze kommen gut zurecht, weil sie sich gegenüber fast jedem als Herr aufspielen können. Umgekehrt schneiden die am unteren Ende schlecht ab, weil sie gegenüber fast jedem unterwürfig sind. Man sieht leicht, dass jemand an der Spitze mit der Sozialstruktur zufrieden ist, aber kann jemand von unten allein etwas gegen sie unternehmen? Das kann er nicht... Eine Person am Ende der Hierarchie befindet sich ... in der Falle. Sie schneidet schlecht ab, würde aber durch Auflehnung gegen das System noch schlechter gestellt.“

AXELROD 2000: 135

demokratischen Kontrolle entzieht. WTO, IWF oder auch das Zusammenspiel von Rat der Regierungschefs der EU und Brüsseler Kommission stehen dafür. Die in der Mitte sollen sich stärker an den Zwängen der Märkte ausrichten.

Vermarktung der eigenen Arbeitskraft und des eigenen Lebens und die Verwandlung der Lebensorte von Menschen in Standorte für den Weltmarkt sind die Rezepte des Neoliberalismus und mit Abstrichen auch die der Dritten Wege für die alte und neue Mitte. Und für die unten bleibt der Niedriglohnsektor, das Dasein von Ausgegrenzten am Rand der Gesellschaft auf Sozialhilfeniveau oder die Arbeit als Dienstboten der über ihnen stehenden Klassen und Schichten, Arbeit, durch die deren Funktionsfähigkeit zu niedrigen Kosten abgesichert wird.

Der wirksame Mythos vom freien Wettbewerb und die Verdrängung des Gegensatzes von Oben und Unten

Indem der neoliberale Diskurs die Differenz von Oben und Unten als sozialstrukturelle Differenz verschweigt und auf eine Differenz von Fähigkeiten und Leistung reduziert, heuchelt er. Sein

Bild von der Gesellschaft ist das von Läufern in einem Stadion, die beim Startschuss auf gleicher Höhe in sauber getrennten Bahnen loszustürmen vermögen. Die unterschiedliche Zeit des Ankommens am Ziel ist dieser Vorstellung nach dann ausschließlich der Muskelkraft, Energie und dem Willen der Einzelnen zuzurechnen.

In der Realität sind die Lebenschancen auch heute in beträchtlichem und in vielen Ländern auch zunehmendem Maße hierarchisch verteilt. Die Läufer rennen auf verschiedenen Stockwerken und erhalten bei gleicher Energie und Willenskraft ganz unterschiedliche Preise. Wenn ein Unternehmen zugrunde geht, dann bekommen die Spitzenmanager großzügige Abfindungen, während den anderen nur der Weg zum Arbeits- oder Sozialamt bleibt. Das Aufbegehren dagegen scheint noch schwerer als die Anpassung an die Lage.

Die herrschenden Diskurse produzieren ein Bild einer Gesellschaft, in der alle – scheinbar ganz freiwillig, real aber durch Märkte, Sachzwänge und repressive Maßnahmen des Sozialstaats dazu getrieben – in eine ganz bestimmte Richtung rennen, ohne dabei über den Sinn dieses Rennens nachzudenken. Selbstbestimmung und vor allem Selbstverantwortung der Einzelnen werden allenthalben propagiert – mit starker Anziehungskraft auf viele Menschen. Doch die Selbstbestimmung betrifft vor allem die Frage, wie schnell gerannt wird. Das Ob und das Wohin und mit Wem zu welchem Preis bleiben dabei buchstäblich auf der Rennstrecke eines entfesselten Wettbewerbs, dessen Ziele als „Sachzwänge“ vorgegeben scheinen.

Herrschaftsdiskurse machen das Unten einer Gesellschaft *sozial* unsichtbar, indem das soziale Problem *individualisiert* oder *ethnisiert* wird – unten sind die Faulpelze, die Drückeberger, sind diejenigen, die sich Sozialleistungen erschwindeln, sind die „Armutsfüchtlinge“. Es sind jene, die nicht „unsere“ Arbeitsethik besitzen, nicht so tüchtig sind wie „wir“. In dieser Unsichtbarkeit ist aber das Unten allgegenwärtig, kann nicht mehr als soziale Frage thematisiert und gelöst werden, sondern wird der Repression und der Therapie überlassen, um dem Unten dann gleichgültig gegenüberstehen zu können.

Solche Herrschaftsdiskurse erzeugen ein „Wir“. Es ist eine Gemeinschaft derer, die in der Gesellschaft um einen Platz in der Mitte kämpft, indem sie sich den herrschenden Verhältnissen anpasst. Es ist die Gemeinschaft von Verschwörern gegen alle, die ausgegrenzt sind. Und es ist eine Gemeinschaft, in der die gegebenen Herr-

Die Schluss-Strophen der Dreigroschenoper

Und so kommt zum guten Ende
Alles unter einen Hut.
Ist das nötige Geld vorhanden,
Ist das Ende meistens gut.

Dass er nur im Trüben fische
hat der Hinz den Kunz bedroht.
doch zum Schluss
vereint am Tische
Essen sie des Armen Brot.

Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.

BERTOLT BRECHT

schaftsstrukturen fraglos anerkannt sind. Bertolt Brecht hat in seiner „Dreigroschenoper“ die gute bürgerliche Gesellschaft treffsicher als die legale Form der kriminellen Unterwelt entlarvt. Es ist eine Gesellschaft, die das Unten braucht, um die Alternativlosigkeit der herrschaftlichen Sachzwänge zu legitimieren.

Der Blick von unten Die Herrschaftsdiskurse der Gegenwart zielen auf ein Bündnis zwischen den Oberschichten einer Gesellschaft und den Mittelschichten. Ihr Ziel ist es, einen *Grundkonsens* zu erzeugen, um die Herrschaftsstrukturen unter veränderten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Emanzipative Diskurse haben eine prinzipiell andere Ausrichtung. Ihr soziales Wesen besteht in der Schaffung eines Bündnisses zwischen den mittleren und unteren Schichten. Ihr Zweck ist zum einen die Zurückdrängung und Beseitigung jener Strukturen, auf denen Unterdrückung, Ausgrenzung und soziale Polarisierung beruhen. Zum anderen geht es um die Schaffung von Bedingungen höherer Freiheit und Selbstbestimmung vornehmlich der unteren sozialen Gruppen der Gesellschaft. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Der Blick von unten verändert die Perspektive auch der Mittelschichten einer Gesellschaft grundlegend. Nur dann, wenn die Gefahr des Absturzes in Armut, Abhängigkeit und völlige Unsicherheit gebannt wird, wenn man nicht mehr mit dieser Bedrohung erpresst werden kann, ist ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit für die große Mehrheit der Bevölkerung möglich.

Es ist leicht, vor den Problemen der so genannten Unterschichten der westlichen Gesellschaften und der Weltgesellschaft insgesamt die Augen zu verschließen, weil wir selbst und die Leserinnen und Leser dieses Berichts in der Mehrheit wahrscheinlich nicht zu ihnen gehören, weil wir selbst an der Verschwörung gegen die „unten“ und damit gegen uns selbst teilnehmen, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Die Versuchung ist groß, diese Probleme als Probleme von „sozial schwachen“ Minderheiten abzutun.

Aber man stelle sich vor, wie sich das eigene soziale Lebensgefühl verändern würde, wenn es diese Bedrohung nicht gäbe. Die eigene Lebensperspektive wäre dann nicht mehr dadurch vorgegeben, dass man alles tun muss, um den Abstieg nach unten zu vermeiden, dass man sich marktförmig und karriereorientiert bewegen muss, um den drohenden Übeln nicht ausgeliefert zu sein. Der Zwang zu Anpassung, die Unterordnung unter fremdbestimmte Verhältnisse, der alltägliche Opportunismus gegenüber fremder Macht würde ver-

schwinden können, wenn Menschen frei von der Angst, in die sozialen Unterschichten abzustürzen, entscheiden dürften.

Im vereinten Deutschland kann man es kaum offen sagen, und doch stimmt es: Das politische Mitläufertum in der DDR wurde nicht zuletzt durch die Drohung mit politischer Repression erkaufte. Das soziale Mitläufertum in der Bundesrepublik wird durch die Drohung mit sozialer Repression erzwungen. Waren es in der DDR personifizierte Apparate des Ministeriums für Staatssicherheit und aller anderen staatlich-ideologisch-polizeilichen Organisationen, so sind es heute die unpersönlichen Mächte von Märkten und sozialen Hierarchien. Die bössartigen Reaktionen auf das Wort vom „Finanzstalinismus“ der heutigen Welt zeigen, wie hart jedes Nachdenken über Analogien zwischen den so unterschiedlichen Zwängen der staatssozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaften bekämpft wird. Die Herrschaftstechniken sollen unerkant bleiben.

Die Frage nach der Überwindung des „Unten“ einer Gesellschaft ist die Kernfrage jeder emanzipativen Bewegung. Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit sind nur zu gewinnen, wenn sie für alle gewonnen werden. Solange sie ein Privileg sind, und sei es das Privileg einer größeren Mehrheit – der so genannten Mitte –, sind sie erkaufte durch Unterordnung, Fremdbestimmung und ständige Unsicherheit. Eine emanzipative Bewegung wird nur erfolgreich sein, wenn sie bessere Perspektiven für die unteren Gruppen der Gesellschaft eröffnet. Wirkliche Freiheit spricht wie der verfolgte Prophet aus Nazareth: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (MATTHÄUS 25, 40). Freiheit muss solidarisch sein oder sie befördert Ausbeutung. Eine Politik der Freiheit begann immer und beginnt auch heute mit der gemeinsamen Ermächtigung, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MARX, Bd. 1: 385).

2.1.2. Unternehmer der eigenen Arbeitskraft oder Menschen, die ihr Leben selbst bestimmen?

Der Neoliberalismus hat die Unzufriedenheit vieler Menschen in den hochentwickelten Ländern mit den vorgeformten Verhältnissen eines fordistischen Kapitalismus oder Sozialismus aufgegriffen. Ausgestattet mit hohen kulturellen und sozialen Ressourcen waren neue Generationen aufgebrochen, um die Chancen veränderter produktiver Kräfte der Gesellschaft in eigene Lebenschancen zu

**Der Neoliberalismus –
Emanzipationsver-
sprechen und Herr-
schaftssicherung**

verwandeln. Der Neoliberalismus bot ihnen ein Bündnis für ein Projekt an, das einerseits die Chancen eines flexiblen Aufstiegs für hochqualifizierte Arbeitskräfte deutlich erhöhte und zugleich die Interessen von Eigentümern an Kapital an die erste Stelle setzte. Der *shareholder value*, der Kurswert der Aktien, und die kurzfristige Rendite von Kapitalanlagen, wurden zum Kriterium des Erfolges von Unternehmen wie von Gesellschaften.

Das neoliberale Leit- bild: Die Ich-AG

Dem Neoliberalismus ist es über eine längere Zeit gelungen, die emanzipativen Potenziale einer neuen technologischen Revolution mit der Durchsetzung der Vorherrschaft des globalisierten Finanzkapitals zu verbinden. Es kam zur Durchsetzung einer computerisierten Produktionsweise und des Übergangs zu flexiblen Organisations- und Managementformen. Informations- und Kommunikationsarbeiterinnen und -arbeiter rückten in strategische Positionen des Produktions- und Reproduktionsprozesses vor. Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung an einem Teil der Arbeitsplätze, zu kollektiver Selbstorganisation, zu flexiblem Handeln und Selbstentwicklung wurden zu zentralen Produktivkräften der neuen Ära.

Diese neuen Potenziale menschlicher Produktivität stellte der Neoliberalismus unter das Primat der Verwertung und ordnete es einem kapitalistischen Unternehmertum unter. Zum Leitbild wurde der einzelne als „Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ erhoben. Das Individuum wird zur „Ich-AG“, die Familie zur „Familien-AG“. Die Verwendung dieser Begriffe hat sich der Hartz-Kommission nicht zufällig aufgedrängt.

Ein solches Leitbild lebt von der Parallelität der Aufwertung eigener Initiative *und* der Reduktion menschlichen Schöpfertums auf profitorientiertes Unternehmertum. Es gewinnt seine Ausstrahlungskraft aus der Orientierung auf menschliche Kreativität *und* auf den Aufstieg innerhalb der Geldgesellschaft, weg von dem drohenden Abstieg in verarmende Unterklassen.

Als Ideal erscheinen dann nicht die Lehrerinnen und Lehrer, die mit neuen Methoden Kreativität, soziales Verantwortungsbewusstsein, Selbstwertgefühl bei ihren Schülerinnen und Schülern entwickeln, sondern zum Ideal wird der, der diese neuen pädagogischen Wege in Privatschulen vermarktet. Vorbild sind nicht Ärzte, die mit neuen Heilmethoden Aids bekämpfen und die Säuglingssterblichkeit reduzieren, sondern jene, die Krankenhäuser durch Rationalisierung und *Outsourcing* in profitable Anstalten verwandeln und Aids-Medikamente sich so hoch bezahlen lassen, dass Millionen von

Menschen keinen Zugang zu ihnen haben können. Der kapitalistische und sozialistische Fordismus reduzierten die Arbeiter und Angestellten, Frauen wie Männer, auf *Schräubchen* im großen Getriebe der Unternehmen und Verwaltungen.

Die Neoliberalen haben erkannt, dass die neue technologische Produktionsweise Kreativität und Selbstorganisation zu wichtigsten Bedingungen von Produktivität gemacht hat. Zugleich will das neoliberale Denken diese Fähigkeiten auf verwertungsfähige Funktionalität reduzieren und herrschaftlich kontrollieren. Es braucht sie und ordnet sie zugleich monetären Kriterien unter. Deshalb wird vom Menschen als selbstbestimmtem Unternehmer gesprochen. Die Zwänge dieses Unternehmertums sollen durch einen entfesselten Kapitalismus unter Kontrolle der großen Konzerne definiert und mit Hilfe eines „aktivierenden Wettbewerbsstaates“ durchgesetzt werden. Dies stellt einen der großen inneren Widersprüche des Neoliberalismus dar.

Die vielen Lebensbereiche, die unsere Existenz erst lebenswert machen, mit Kinder und Partnern zu leben, sich anderen in Ruhe zuzuwenden, wenn sie Hilfe brauchen, die Muße, bei der man zu sich selbst findet, diese Lebensbereiche werden in einem solchen Ideal nur dann interessant, wenn sie vermarktet werden können. Damit werden sie aber vergewaltigt, zerstört oder zurückgedrängt. Dem wachsenden materiellen Reichtum der neuen Mittelschichten steht dann eine Armut menschlicher Lebensmöglichkeiten gegenüber.

Der Staatssozialismus ist auch an der Unterdrückung kreativen Unternehmertums untergegangen. Unternehmerisches Handeln ist eine wichtige Form selbstbestimmter Gestaltung des Lebens neben anderen. Aber die Versuche zur Verwandlung der ganzen Gesellschaft und jedes Lebensbereichs in ein Marktgebilde und der damit verbundene Zwang, Selbstbestimmung vornehmlich als Selbstvermarktung der „Ich-AG“ zu praktizieren, führen den heutigen Kapitalismus in eine noch desaströsere soziale, ökologische und menschliche Sackgasse als die, in der der Staatssozialismus endete

Unser Zukunftsbericht geht von einem anderen Gesellschafts- und Menschenbild aus. Für uns sind Menschen nicht deshalb wertvoll, weil sie sich kapitalistisch verwerten können und verwertet werden. Wir insistieren darauf, dass Menschen zunächst einmal unverwechselbare einmalige Individuen sind, denen alle Grundbedingungen ihrer Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung zustehen, einfach, weil sie Menschen sind. Unser Maßstab ist solidarische Individualität und nicht auf Verdrän-

**Das Leitbild dieses
Berichts**

gungswettbewerb orientierte Funktionalität. Solidarität und nicht Verwertbarkeit macht für uns den Grundzusammenhang von Gesellschaft aus. Dies stellt einen Bruch mit den herrschenden Maßstäben der Gesellschaft dar.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der die Menschen über die sozialen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit verfügen und solidarisch die sozialen Verhältnisse ihrer Gemeinwesen gestalten.

Ein solches Leitbild erscheint im Lichte des Zeitgeistes als geradezu „abartig“. Es ist ein Leitbild, nach dem die Arbeits- und Sozialpolitik nicht an der Senkung der Arbeitskosten zu messen ist, Wirtschaftspolitik nicht an den Gewinnmargen der Multis, Steuerpolitik nicht an der Entlastung der Spitzenverdiener und Medien nicht an Werbeeinnahmen. Alle Politik und alle Ökonomie haben für uns ihr Maß in ihrem Beitrag dazu, dass jeder und jede Einzelne über die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit verfügen kann und ausgehend davon die Gesellschaft mitzugestalten vermag.

2.1.3. Vor uns eine fundamentale Transformation – drei Dimensionen einer neuen globalen Revolution

Die Transformation hin zum Kapitalismus

Ein solches Leitbild selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität erscheint sonderbar in einer Welt, in der der monetäre Nutzen im Vordergrund steht, in der Menschen nicht arbeiten, um zu leben, sondern leben, um erfolgreich arbeiten zu können, in der nicht der Mensch Maß aller Dinge ist, sondern die Verwertbarkeit von Mensch, Natur und Gesellschaften. Die Abkehr von diesen Verhältnissen erscheint genauso sonderbar und weltenfern wie der zur Geburtszeit des Kapitalismus damals umsichgreifende Gedanke, dass der Mensch künftig nicht arbeiten solle, um zu leben, sondern leben solle, um zu arbeiten.

Max Weber schilderte in eindringlichen Worten die Tiefe des damaligen Umbruchs aller gewohnten Werte als geistige Voraussetzung der Kapitalakkumulation und der Disziplinierung der ersten proletarischen Generationen. Aus einem Mittel zum guten Leben wird der Gelderwerb zum Zweck des Lebens selbst: Dieser „kapitalistische Geist“, so Weber, „hat sich in schwerem Kampf gegen eine Welt feindlicher Mächte durchzusetzen gehabt. Eine Gesinnung (wie diese) wäre im Altertum wie im Mittelalter ebenso als Ausdruck des

schmutzigsten Geizes und einer schlechthin würdelosen Denkart proskribiert worden, wie dies noch heute von allen denjenigen sozialen Gruppen regelmäßig geschieht, welche in die spezifisch moderne kapitalistische Wirtschaft am wenigsten verflochten oder ihr am wenigsten angepasst sind“ (WEBER, 1991: 46/47).

Die Durchsetzung dieses kapitalistischen Geistes ist Teil eines Prozesses, den Marx als „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ bezeichnete, als qualvolle Umwälzung der feudalen Verhältnisse, der Freisetzung von Kapital und Lohnarbeit als den beiden Grundpolen der gesellschaftlichen Reproduktion. Er fand für diese Geschichte von dreihundert Jahren der Enteignung, Vertreibung, Blut- und Armutsgesetzgebung und Kolonialisierung die drastischen Worte: „... die ‚ewigen Naturgesetze‘ der kapitalistischen Produktionsweise zu entbinden, den Scheidungsprozess zwischen Arbeitern und Arbeitsbedingungen zu

vollziehn, auf dem einen Pol die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensmittel in Kapital zu verwandeln, auf dem Gegenpol die Volksmasse in Lohnarbeiter, in freie ‚arbeitende Arme‘, dies Kunstprodukt der modernen Geschichte. Wenn das Geld, nach Augier, ‚mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zu Welt kommt‘, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ (MARX, Bd. 23: 787 f.).

Der Übergang von der vorkapitalistischen Arbeits- und Lebensweise bedurfte vieler Generationen und dauerte selbst in England drei Jahrhunderte. Es war ein Umbruch aller gesellschaftlichen Bereiche, aller Denkformen, aller Lebensweisen. Trotz der Beschleunigung vieler Prozesse in der Gegenwart wird die abermalige Umwälzung der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise womöglich ver-

„Die Transformation der vorangegangenen Wirtschaftsform in das neue System (der kapitalistischen Marktwirtschaft – d. Verf.) ist so total, dass sie eher der Verwandlung der Raupe in einen Schmetterling gleicht, als jeglicher anderen Veränderung, die sich in stetem Wachstum und Entwicklung äußert. Man vergleiche beispielsweise die *Verkaufstätigkeit* des produzierenden Kaufmanns (des Kapitalisten – d. Verf.) mit seiner *Einkaufstätigkeit*. Sein *Verkauf* umfasst nur Erzeugnisse; unabhängig davon, ob er Käufer findet oder nicht. Aber sein *Einkauf* umfasst Rohstoffe und Arbeitskraft, also die Natur und den Menschen. Die maschinelle Produktion in einer kommerziellen Gesellschaft bedeutet letztlich nichts Geringeres als die Transformation der natürlichen und der menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren. Die Schlussfolgerung ist zwar unheimlich, aber für die völlige Klarstellung unvermeidlich: Die von solchen Einrichtungen verursachten Verschiebungen müssen zwangsläufig die zwischenmenschlichen Beziehungen zerreißen und den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung bedrohen.“

POLANYI 1978: 70

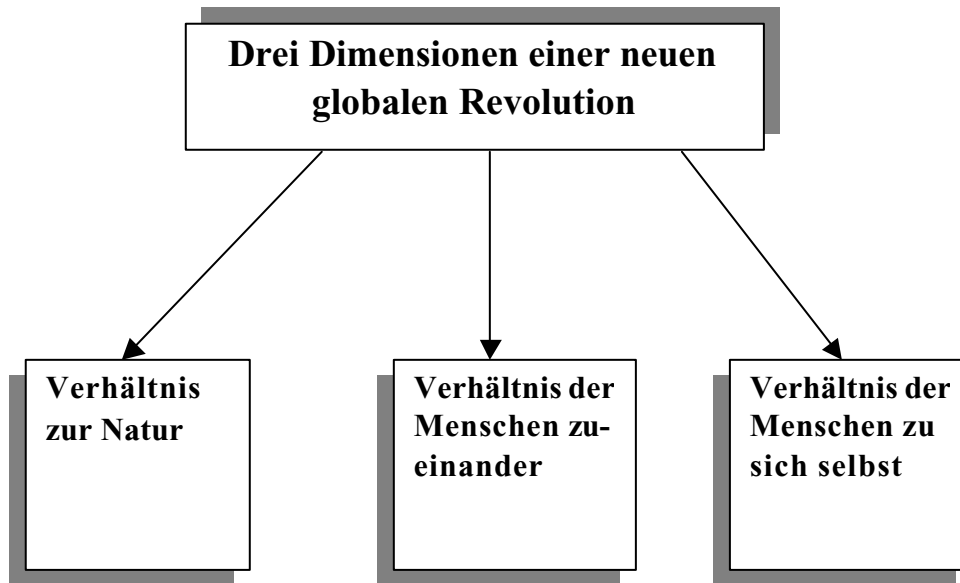
gleichbar lange dauern. Denn die umstürzenden Prozesse und die Größe der ungelösten Probleme in der Gegenwart stellen geltende Handlungsmuster und Entscheidungsmaßstäbe ähnlich radikal infrage wie im Übergang zum Frühkapitalismus und verlangen den Menschen schwierigste Umstellungsprozesse ab. Die Tiefe der vor uns liegenden Brüche des 21. Jahrhunderts wird die Größe der von Marx, Weber und Polanyi geschilderten Umwälzung wohl noch übertreffen.

Transformation als Überwindung des Kapitalismus

Die kapitalistische Moderne stellte eine Revolution in der Entwicklungsweise von Gesellschaften dar. Sie setzte den Mechanismus der ständigen schrankenlosen Selbstverwertung von Wert als Selektionskriterium sozialer Evolution in Gang gesetzt. Jetzt bedarf es einer neuen Revolution der Entwicklungsweise, die die Evolution menschlichen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft. Diese Revolution ist zugleich die Fortsetzung der früheren Revolution, vollendet sie in gewisser Hinsicht und stellt ihre Überwindung dar. Wir erwarten sie als einen *transformatorischen Prozess*. Die von uns vertretenen emanzipativ-solidarischen Reformalternativen betrachten wir als Transformationsprojekt hin zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft.

Leben, statt gelebt zu werden

Es geht um eine Umkehr der damaligen Umkehr, um eine erneute „ursprüngliche Akkumulation“ eines neuen sozialen Grundverhältnisses, einen neuen „Geist“, um eine „große Transformation“: Nicht Geld um des Geldes willen akkumulieren, sondern die sozial und ökologisch nachhaltige Reproduktion als Ziel von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, weniger arbeiten, um selbstbestimmt und besser zu leben und demokratisch mitzugestalten. Keine Transformation, die menschliche Beziehungen zerreißt und die Natur zerstört, sondern humanes solidarisches Miteinander möglich macht und den natürlichen Lebensraum erhält.



Diese Transformation zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft muss eine Revolution *im Verhältnis zur Natur* sein:

- anstelle der Verwandlung der Natur in eine Müllhalde durch expansiven Ressourcenverbrauch bedarf es der Umwelterhaltung durch eine nachhaltige Entwicklung bei radikal sinkendem Ressourcenverbrauch;

Diese Transformation muss eine Revolution *im Verhältnis der Menschen zueinander* sein:

- anstelle der Verwandlung der Gesellschaft in einen einzigen Markt und der Privatisierung aller Güter bedarf es der Gestaltung von Gesellschaften als Lebensraum, in denen Märkte, freiwillige Gemeinschaften, staatliche Regulationsformen Platz haben, die Grundgüter des Lebens allen unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich sind und alle an der Entscheidung über die Grundverhältnisse des gesellschaftlichen Lebens real teilnehmen können;

„Eines ist jedoch unbestreitbar: Die wirtschaftlichen Unterschiede auf der Welt, die schreienden Ungerechtigkeiten und die ungeheure, extreme Armut, der ein ebenso extremer Reichtum gegenübersteht, verursachen vielfältige Spannungen und Konflikte, die in den verschiedensten Teilen der Welt aufbrechen. Sie stellen Anzeichen dieser ersten globalen Revolution dar und machen die Unsicherheit deutlich, die über der Zukunft unseres Planeten liegt.“

CLUB OF ROME 1992: 16

Rudolf Bahro schrieb, dass „es nur soviel Umkehr geben wird, wie Individuen umkehren“, und dass „unsere hauptsächliche Aktivität ... auf unseren inneren Umbau, auf die Selbstwahrnehmung, Selbsterkenntnis und Selbsttransformation verlagert werden muss.“

BAHRO 1989: 464; BAHRO 1990: 53

diese Transformation muss eine Revolution *im Verhältnis der Menschen zu sich selbst* sein:

- anstelle der Verwandlung der Menschen in jene, die ihr Leben, ihre Arbeitskraft und ihre Zukunft vermarkten, bedarf es der Möglichkeit, selbst das Sagen über das eigene Leben zu haben, und des Willens, die eigenen inneren Kräfte und Fähigkeiten auszuschöpfen.

**Eine neue
Welt erfinden**

Eine solche Revolution des Verhältnisses von Menschen zur Natur, zueinander und zu sich selbst ist nur als langfristige Transformation möglich. Und für sie gilt der Leitspruch der Zapatistas aus dem Mexikanischen Chiapas:

„Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern; es genügt, dass wir sie neu erfinden.“

Es gibt sehr viele und sehr konkrete Probleme, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben. Auf einige der wichtigsten – vor allem auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit, auf die Bildung als Voraussetzung selbstbestimmten Lebens und auf die Einführung eines bedarfsorientierten Grundeinkommens als soziales Bürgerrecht – werden wir im dritten Kapitel dieses Berichts eingehen. Ihre Lösung ist aber unmöglich, wenn sie nicht mit der schrittweisen Lösung der ihnen zugrunde liegenden Großprobleme moderner kapitalistischer Gesellschaften verbunden wird. Jeder praktische Schritt wird nur dann dauerhaften Erfolg haben, wenn er zugleich ein Schritt in Richtung der Einleitung eines transformatorischen Wandels, einer dreifachen globalen Revolution ist.

Die Einleitung eines solchen Wandels steht aus. Die Regierungen der Dritten Wege und der Neuen Mitte haben die auch von ihnen formulierten Fragen einer ökologischen und sozialen Wende einer weltmarktorientierten Politik des Wettbewerbsstaates untergeordnet. Die Folge waren die weitere Umverteilung von Eigentum, Macht und Reichtum von unten nach oben und der Ausbau einer elitären „Sachzwangpolitik“. Die Politik der Dritten Wege oder der Neuen Mitte hat sich als Spagat zwischen gemäßigter Fortsetzung des Neoliberalismus mit modifizierten Mitteln und auf breiterer Basis und der Bewahrung und Erneuerung erreichter sozialer Standards auf sinkendem Niveau erwiesen.

Das nächste Jahrzehnt wird durch die Auseinandersetzung geprägt sein zwischen einem erneuerten autoritären Neoliberalismus, einer Politik Dritter Wege und einem sich formierenden Block partizipa-

tiv-demokratischer Bewegungen. Es kann sein, dass letzterer nur zu begrenzten defensiven Aktionen fähig sein wird. Es kann aber auch sein, dass solche Bewegungen zu einer umfassenden gesellschaftlichen Kraft werden, die die Tagesordnung der Politik nachhaltig zu verändern in der Lage sind und einen partizipativ-demokratischen Transformationsprozess einleiten.

Ein emanzipativ-solidarisches Reformprojekt als Alternative zu Neoliberalismus und Dritten Wegen wird auf neuen Gleichgewichtsverhältnissen in der Wirtschaft beruhen: auf dem Vorrang der Ressourceneffizienz für die Bewahrung der Umwelt, auf gerechter Neuverteilung der Erwerbs- und Eigenarbeit, auf einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten statt wie bisher in umgekehrter Richtung und auf einer neuen kooperativen Weltwirtschaftsordnung, die dem „Süden“ reale Chancen zur Überwindung von Armut und Hunger eröffnet.

Vier Grundzüge einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative

Ein solches Projekt ist am Leitbild freier Selbstbestimmung solidarisch handelnder Individuen in einer Gesellschaft sozialer Sicherheit orientiert. Dem Mythos unausweichlicher Sachzwänge der Weltmarktkonkurrenz wird die Individualität jeder und jedes Einzelnen als Maß partizipativer Transformation der Gesellschaft entgegengestellt.

Ein solches Projekt ist nur als einschneidender Wandel im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur, in den Verhältnissen der Menschen zueinander und im Verhältnis der Menschen zu sich selbst vorstellbar, der einer neuen „globalen Revolution“ (Club of Rome) gleichkommt.

Ein solches Transformationsprojekt beruht auf einer Gestaltung der Gesellschaft aus dem Blickwinkel von „Unten“ und zielt auf eine Allianz der Gerechtigkeit zwischen den mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft.

Die Autoren dieses Berichts sind sich dessen bewusst, dass die Ziele der skizzierten emanzipativ-solidarischen Reformalternative nur er-

reicht werden können, wenn die Dominanz des Profits über Wirtschaft und Gesellschaft gebrochen wird. Die Unterordnung der Gesellschaft und unseres Lebens unter die „Sachzwänge“ der Kapitalverwertung ist mit diesen Zielen unvereinbar. Der Kapitalismus kann die Freiheit für jeden und jeden und das ökologische Überleben der Menschheit genauso wenig lösen wie er einer solidarische Entwicklung ermöglichen kann. Eine soziale Ökonomie und partizipative Demokratie sowie solidarisch-friedliche Weltordnung sind nur möglich, wenn Schritte zu einer neuen großen Transformation eingeschlagen, wenn die Strategie einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative umgesetzt wird.

Die wesentlichen gesellschaftlichen Ziele einer solchen emanzipativ-solidarischen Reformalternative können über drei Begriffszusammenhänge näher bestimmt werden: Gerechtigkeit, gleicher Zugang zu den Freiheitsgütern moderner Gesellschaften sowie Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Ihre Inhalte sollen im Folgenden näher betrachtet werden.



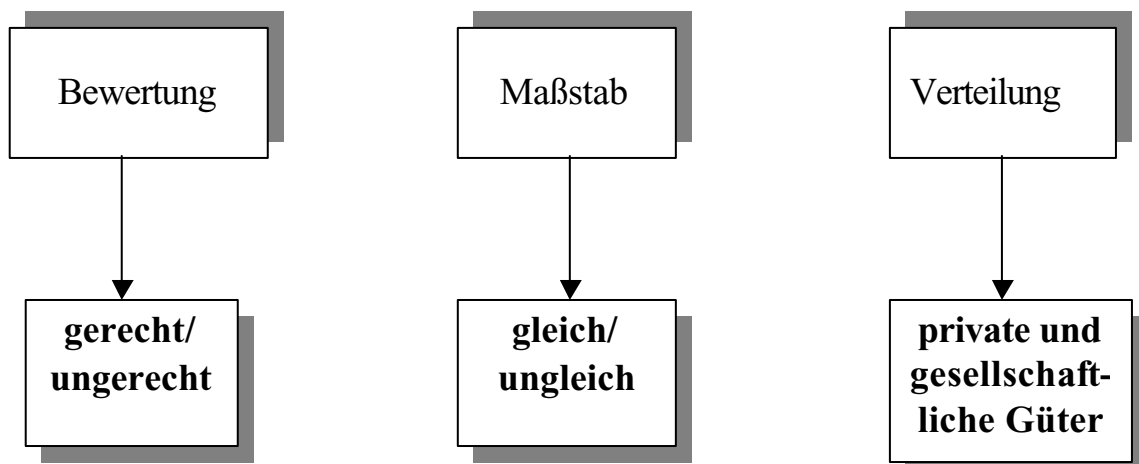
2.2. Für eine gerechtere Gesellschaft

2.2.1. Theoretische Fundierung einer Politik der Gerechtigkeit

Die Waage der Gerechtigkeit Es gibt keine Politik, die durch ihre Vertreter nicht als *gerecht* bezeichnet werden würde. Anstelle aber deshalb auf diesen Begriff zu verzichten, ist es notwendig, ihn zu bestimmen. Im neoliberalen Denken gilt es als gerecht, zunächst den Reichtum oben zu konzentrieren, damit seine Früchte dann über Jahrzehnte immer weiter nach unten „sickern“. Ein solches Zusam-

menfallen des Verständnisses von Gerechtigkeit mit den Interessen der Herrschenden ist nicht zufällig und sollte genau deshalb der härtesten Prüfung unterzogen werden.

Die Begriffe Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sind Begriffe, mit denen soziale Wertungen vorgenommen werden. Sie messen Gesellschaften und ihre Entwicklung. Nicht umsonst ist die Waage das Symbol der Gerechtigkeit. Jede soziale Gruppe erfindet ihre eigene Waage der Gerechtigkeit. Der Maßstab sind Gleichheit bzw. Ungleichheit beim Austausch von privaten oder gesellschaftlichen Gütern. Gerechtigkeitsdiskurse fragen danach, welches Maß an Gleichheit oder Ungleichheit bei der Verteilung privater und gesellschaftlicher Güter gerecht ist. Darüber ist zu allen Zeiten gestritten worden.



Jede Herrschaftsordnung versuchte von sich zu behaupten, sie sei gerecht. Im Gegenzug entwickelte jede Emanzipationsbewegung eigene Gerechtigkeitsvorstellungen, um der gegebenen Ordnung ihre Legitimität, ihre Berechtigung zu nehmen. Jede Gerechtigkeitsvorstellung zielt auf eine andere Art von Austausch und Verteilung der Güter einer Gesellschaft. Der vorhergehende Sieg in den Köpfen und Herzen hat zumeist die realen Kämpfe vorentschieden. Wenn eine bestimmte Ordnung selbst in den Vorstellungen der herrschenden Klassen nicht mehr als gerecht verteidigt werden kann, ist sie zum Untergang verurteilt.

Gesellschaften basieren zum einen auf Austauschbeziehungen und zum anderen auf Verpflichtungen, die nur im weitesten Sinne als Tausch verstanden werden können. Ohne Wechselseitigkeit sind es bloße Raub-, Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen. Diebstahl, Sklaverei oder Vergewaltigung können ihrem Wesen nach nicht gerecht sein. Das Problem jedes Herrschaftsdiskurses ist es, Ungleichheiten als gerechte Unterschiede begründen zu müssen. Nicht die Gleichheit, sondern die Ungleichheit ist begründungsbedürftig.

Die Gleichheit der Verschiedenen

Der erste Einwand, der gegen die Gleichheit gemacht werden kann, ist der Verweis auf die Verschiedenheit.

Aber wären Menschen nicht voneinander verschiedene Wesen, dann bedürfte es auch keiner Austausch- und Verpflichtungsverhältnisse. Wir hätten einander nichts zu geben, was der andere nicht ohnehin hätte. Die Frage nach der Gleichheit oder Ungleichheit in sozialen Verhältnissen und damit nach deren Gerechtigkeit ist die Frage danach, ob Verschiedenheit wirklich Ungleichheit in den Rechten und Pflichten sowie im Austausch legitimiert und welche Verschiedenheit das sein könnte.

Aristoteles begründete die Sklaverei damit, dass Sklaven (Nichtgriechen) eine andere, eine sklavische Natur hätten. Frauen wurde der Zugang zu Beruf und Wahlrecht lange mit der Begründung verwehrt, sie seien von Natur häusliche Wesen und in allen öffentlichen Dingen deshalb „dem Manne untertan“. Die Apartheid argumentierte rassistisch. Heute ist allgemein akzeptiert, dass keine der genannten Verschiedenheiten eine legitime Grundlage sozialer Ungleichheit ist.

Leistungs- gerechtigkeit

Der zweite Einwand, der gegen Gleichheit gemacht wird, ist der Verweis auf individuelle Leistung. In der aktuellen

Diskussion erweckt dies den Eindruck, als ob Leistungsgerechtigkeit das Hauptübel der Berliner Republik sei, als ob jene, die Spitzenverdiener sind, immer noch nicht genug bekämen und man denen, die von Arbeitslosigkeit und Kinderarmut bedroht sind, weniger geben solle. Und es fragt sich natürlich auch, ob eine allein erziehende Mutter oder ein allein erziehender Vater mit der Doppelherausforderung von Berufstätigkeit und Erziehung wirklich 20fach, 50fach oder 100fach weniger leistet als ein Unternehmensmanager. Offensichtlich halten die Herrschenden ihre Tätigkeit im entsprechenden Maße für gewichtiger als die anderer. Auch die Maße der Gerechtigkeitswaage sind eben interessengeleitet definiert.

Der Verweis auf die Unterschiedlichkeit von individueller Leistung vernebelt aber oft auch die Tatsache, dass sich Gerechtigkeit und Gleichheit auf jene sozialen Strukturen beziehen, durch die Lebenschancen, Eigentum und Macht verteilt werden. Eine Ungleichheit, die dadurch entsteht, dass es durch unterschiedliche und rein individuelle Leistung zu einem unterschiedlichen Anteil an Eigentum und Einfluss kommt, wird erst dann eine *soziale* Ungleichheit, wenn (1) das Maß der Leistung durch die Herrschenden in ihrem Interesse manipuliert ist, (2) aus solcher Leistung Privilegien und Herrschaft über andere abgeleitet werden bzw. (3) Menschen aufgrund zu „niedriger“ Leistung um die Grundgüter ihres Lebens gebracht wer-

den. Es handelt sich dann um die dauerhafte strukturelle Entkopplung der Eigentums- und Machtverhältnisse von der individuellen Leistung.

Strukturen sozialer Ungleichheit sind jene, durch die Menschen *unabhängig* von ihrer aktuellen individuellen Leistung einen ungleichen Zugang zu Lebenschancen erhalten. Solange es nur individuelle Verschiedenheit ist, die Ungleichheit hervorbringt, diese Ungleichheit in einem angemessenen Verhältnis zu den Leistungsunterschieden steht und diese Ungleichheit nicht die Grundgüter menschlichen Lebens berührt, solange sind ganz offensichtlich die *sozialen Strukturen* egalitär.

Es gibt zwei Möglichkeiten, über Gerechtigkeit nachzudenken. Zum einen kann eine „ideale Ordnung“ konstruiert werden, die durch vollständige Gerechtigkeit geprägt wäre und den jetzigen Gesellschaften gegenübergestellt werden kann. Die großen Utopien der Vergangenheit seit Thomas Morus waren Beschreibungen solcher Idealzustände. Die andere Möglichkeit ist es, einen einheitlichen Maßstab zu entwickeln, der es erlaubt, Tendenzen zu mehr Gerechtigkeit bzw. zu mehr Ungerechtigkeit in den gegebenen Gesellschaften zu unterscheiden. Dies scheint pragmatischer und auch realistischer. Denn ein Mehr an Gerechtigkeit kann nur durch den Abbau vorhandener Ungerechtigkeit herbeigeführt werden.

Ein Mehr an Gerechtigkeit

Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen ist die Behauptung, dass jede uns bisher bekannte Gesellschaft dadurch gekennzeichnet ist, dass bestimmte Menschengruppen durch die existierende soziale Ordnung privilegiert werden – unabhängig von der Frage, wie es zu dieser Privilegierung gekommen ist. In jeder Gesellschaft sind Eigentum, Macht und Reichtum so verteilt, dass die einen mehr und die anderen weniger davon haben. Damit ist die Frage offen, ob diese Ungleichheit gerecht oder ungerecht ist und deshalb weiter bestehen soll oder zu verändern ist.

Die Autoren dieses Zukunftsberichts gehen von einem universalistischen Menschenrechtsverständnis aus. Es ist entscheidend von Jean-Jacques Rousseau geprägt worden, der das erste Kapitel seines „Gesellschaftsvertrags“, eine theoretischen Grundlage aller weiteren menschenrechtsorientierten Verfassungen, mit dem Satz begann: „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten“ (ROUSSEAU 1978: 39).

Menschenrechte wurden mit dem Art. 1 der „Bill of Rights“ des nordamerikanischen Staates Virginia vom 12. Juni 1776 erstmalig zu

gesetzlich verbürgten Grundrechten erklärt: „Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte, ... und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu besitzen und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen“ (zit.: in KLENNER 1982: 219). Die Menschenrechte wurden zur internationalen Verpflichtung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 und den Internationalen Konventionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über politische und Bürgerrechte von 1966.

Menschenrechte und Gerechtig- keit

Wenn man ein universalistisches Menschenrechtsverständnis teilt, dann folgen daraus zwei fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien:

Jede soziale Ungleichheit zwischen Menschen, die ihre Grundrechte betrifft, ist zu beseitigen.

Nur jene sozialen Ungleichheiten sind gerecht, die den gemeinsamen Nutzen aller Gesellschaftsmitglieder erhöhen und zugleich jene besser stellen, die durch die bisherige soziale Ordnung diskriminiert wurden.

Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie *ad hominem* demonstriert, und sie demonstriert *ad hominem*, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie ... ist ihr Ausgang von der entschiedenen *positiven* Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der *Mensch das höchste Wesen für den Menschen* sei, also mit dem *kategorischen Imperativ*, *alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

MARX, Bd. 1: 385

Diese Gerechtigkeitsprinzipien gehen auf John Rawls zurück, der als Denkmodell einen Urzustand konstruiert, in dem Menschen nichts über ihre zukünftige Lage in der Gesellschaft wissen. Sie müssen deshalb Entscheidungen über eine Gesellschaft treffen, in der sie, ganz gleich, an welcher Stelle der sozialen Struktur dieser Gesellschaft sie landen, nicht ungerecht behandelt werden. Rawls schreibt: „Ich behaupte, dass die Menschen im [gedachten] Urzustand zwei ... Grundsätze wählen würden: einmal die Gleichheit

der Grundrechte und -pflichten; zum anderen den Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn

sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft.“ (RAWLS 1998: 31 f.)

Das erste Prinzip folgt unmittelbar aus einem universalistischen Menschenrechtsverständnis. Keine Ordnung kann gerecht sein, die Menschen ungleich stellt, bezogen auf die Möglichkeit zu leben, frei zu entscheiden über das eigene Leben und mitzubestimmen über gesellschaftliche Prozesse. Die Weiterentwicklung der Menschenrechte nach diesem Prinzip betrifft vor allem die praktische Wirkung. Menschenrechte in allen sozialen Beziehungen (so genannte Drittwirkung von Menschenrechten), also die Souveränität und Würde des Einzelnen auch in den Beziehungen zum Arbeitgeber oder Geschäftspartner, in den Beziehungen des Konsumenten zu den Anbietern auf den Märkten, im Verhältnis von Mietern und Vermietern zueinander, zwischen den Geschlechtern und Generationen, Nord und Süd usw. Im Gefolge der Durchsetzung von Grundrechten müssen jeder und jedem die Bedingungen individueller Souveränität gegeben sein – Arbeit, existenzsicherndes Einkommen, Bildung, Kultur und soziale Sicherheit.

Das zweite Prinzip der Gerechtigkeitsphilosophie John Rawls ist erklärungsbedürftig. Es geht davon aus, dass soziale Ungleichheit dann durch alle Mitglieder einer Gesellschaft akzeptiert werden kann

und damit auch durch jene, die dadurch schlechter als andere gestellt werden –, wenn jeder von ihnen davon einen Nutzen hat. Dies aber ist nur möglich, wenn zum einen im Gefolge einer solchen Ungleichheit der Nutzen für alle zusammen steigt. Eine Arbeitsteilung, die die Produktivität einer Gesellschaft erhöht, eine zeitlich begrenzte Vollmacht an bestimmte Personen, leitende Funktionen auszuüben, schaffen soziale Ungleichheit und können zugleich die Effizienz gesellschaftlichen Handelns erhöhen. Dinge werden möglich, die ohne diese Ungleichheit nicht möglich wären. Wie sollte man zum Beispiel ein Hochwasser bekämpfen, wenn es nicht Einige gäbe, die das Handeln aller koordinieren?! Oft ist ausschließlich spontane Kooperation nicht ausreichend.

Eine soziale Ungleichheit, die wirklich allen nützt, und nur eine derartige Ungleichheit kann überhaupt irgendeinen Anspruch auf Legitimität erheben. Jede Struktur, die gesellschaftliche Ressourcen ungleich verteilt und zugleich nicht sozial produktiver ist als eine mit mehr Gleichheit, eine soziale Ungleichheit, die nicht den Nutzen für

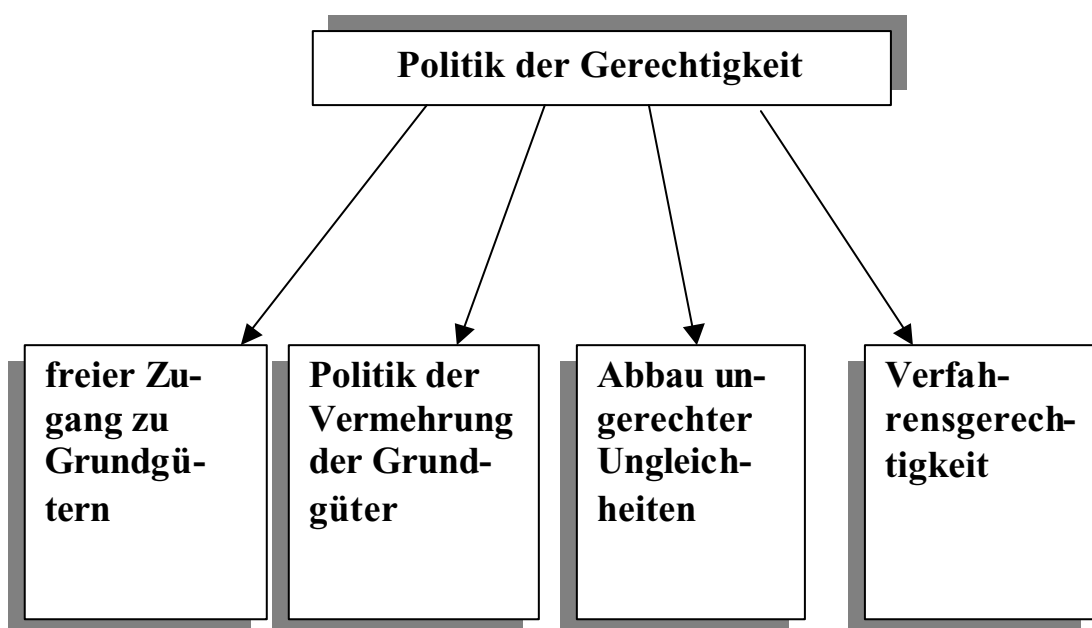
1. Prinzip: freier Zugang zu den Grundgütern menschlichen Lebens

2. Prinzip: Das Maß und die Grenzen einer gerechten Ungleichheit

alle und die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt erhöht, ist zwangsläufig ungerecht.

Aber die Produktivität von Ungleichheit allein reicht nicht aus, um eine solche soziale Ungleichheit zu einer gerechten Ungleichheit werden zu lassen. Allzu oft wird der gesteigerte Nutzen durch die sozialen Oberschichten okkupiert, und die Lage der anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten verschlechtert sich. Eine solche Ungleichheit wäre ungerecht. Denn mit dem Nutzen für alle ist es so eine Sache: Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sind von 1993 bis 2000 um 6,4 Prozent gesunken. Die Nettogewinne der Kapitalgesellschaften sind im gleichen Zeitraum um 85 Prozent gestiegen (VER.DI, 2002: 14). Besonders dramatisch hat sich die Lage allein erziehender Frauen verschlechtert. Wenn die sozialen Strukturen so sind, dass der Reichtum der Gesellschaft zwar insgesamt wächst, aber zugleich die Zuwächse wenigen in die Hände fallen, dann sind diese Strukturen ungerecht.

Hinter dem Nutzen für alle zusammengenommen (dem so genannten aggregierten Nutzen) steht also nicht unbedingt, dass die ihm zugrunde liegende Ungleichheit auch jeder und jedem nützt. Was bringt es, wenn die einen sich immer größere Autos und Villen kaufen können und gleichzeitig das öffentliche Bildungssystem degeneriert? Wenn die, die sozialstrukturell diskriminiert sind, durch wachsenden Reichtum nicht besser gestellt werden, sondern nur noch mehr von diesem Reichtum ausgeschlossen werden, so ist die Ungleichheit ungerecht und zu überwinden.



Man könnte das zweite Kriterium auch noch schärfen: Bei gleichem gesellschaftlichen Gesamtnutzen sind unter dem Gerechtigkeitsaspekt jene sozialen Zustände zu bevorzugen, die durch möglichst geringe soziale Ungleichheit ausgezeichnet sind. Wenn eine Umverteilung von oben nach unten erfolgt, ohne dass dabei der Gesamtnutzen sinkt, dann ist sie gerecht.

Die Gerechtigkeit blickt von unten auf die Gesellschaft

Selbst ein geringeres Wirtschaftswachstum (indem z. B. weniger Luxus- und Rüstungsgüter hergestellt werden), bei dem aber die unteren Schichten deutlich besser gestellt wären, ist unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit geboten. Eine solche Umverteilung wäre nur dann kontraproduktiv, wenn sie die produktive Entwicklung der Gesellschaft im Vergleich zu der anderer Gesellschaften und die individuelle Freiheit prinzipiell untergraben würde, wie es im Staatssozialismus geschah.

Eine Politik der Gerechtigkeit muss *erstens* sichern, dass jede und jeder Einzelne über jene politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Güter verfügt, die ihm die Wahrnehmung der durch die Völkergemeinschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verkündeten Grundrechte erlaubt. Die Sicherung der *Partizipation* aller Menschen unabhängig von Wohnort, Herkunft, Geschlecht, Ethnie usw. an diesen Gütern ist das primäre Ziel einer Politik der Gerechtigkeit.

Eine Politik der Gerechtigkeit muss *zweitens* vor allem eine Politik der Vermehrung dieser Grundgüter menschlichen Lebens sein. Solange nicht alle auf dieser Erde über diese Grundgüter verfügen, kann die Produktion anderer Güter und damit ein privilegierter Reichtum überhaupt nur gerechtfertigt werden, wenn sie in den Dienst einer verstärkten Produktion solcher Grundgüter gestellt wird. Steigerung des Bruttosozialprodukts um jeden Preis ist oftmals kontraproduktiv. Das Brot für die vielen ist auch heute in vielen Ländern noch wichtiger als der Kuchen für die wenigen. Allgemeine unentgeltliche Schulbildung und Gesundheitsfürsorge müssen eine höhere Priorität bekommen als private Swimmingpools und Luxusautos. Die Vorstellung, dass mit dem Bau dieser Swimmingpools und Autos dann auch die Wasserleitung in die Slums kommt, hat sich zumeist als frommer

„Gerechtigkeit erfordert Gleichheit in der Verteilung der Macht und im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur... Ungleichheiten in Einkommen und Eigentum sind nur in dem Maße gerecht, wie sie auf persönlichen Leistungen beruhen, der gesamten Gesellschaft zugute kommen und daher von ihr gewollt sind. Gerechtigkeit erfordert darum heute in unserer Gesellschaft und in der Welt im Ganzen mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Eigentum.“

MEYER 2002: 79

serleitung in die Slums kommt, hat sich zumeist als frommer Wunsch oder böse Verhöhnung erwiesen. Bestenfalls war es ein schlechter Umweg.

Eine Politik der Gerechtigkeit muss *drittens* darauf abzielen, alle jene sozialen Ungleichheiten abzubauen, die weder zu einer Erhöhung des Gesamtnutzens für alle Menschen noch zu einer Erhöhung der Lebensqualität jener beitragen, die strukturell gegenwärtig benachteiligt sind. Eine solche Politik richtet sich also nicht gegen alle sozialen Ungleichheiten, sondern nur gegen jene, die der Produktion der sozialen Grundgüter im Wege stehen oder die breite Verteilung derselben einschränken. Dies aber macht die wesentlichen sozialen Ungleichheiten in der heutigen Welt aus.

Viertens: Gesellschaften, in denen für die Menschen und nicht durch die Menschen selbst über Fragen der Gerechtigkeit und damit über alle Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens entschieden wird, können nicht für sich in Anspruch nehmen, gerecht zu sein. Die Verfahren, nach denen entschieden wird, unterliegen selbst dem Prinzip der Gerechtigkeit. Partizipation, Transparenz und Kontrolle durch und für jene, die von den Entscheidungen betroffen sind, sind Grundbedingungen gerechter Verfahren. Und auch hier gilt: Diejenigen, die diskriminiert und benachteiligt sind, deren Gewicht in der Gesellschaft besonders gering ist, müssen durch die öffentlichen Entscheidungsformen begünstigt werden, um ein bestimmtes Machtgleichgewicht herzustellen. Die multinationalen Konzerne haben auch ohne ein eigenes formales Stimmrecht gegenwärtig einen sehr hohen Einfluss, ganz anders als viele Völker, und doch werden eher erstere auch im besonderen Maße an Entscheidungsgremien beteiligt.

2.2.2. Der Gerechtigkeitsdiskurs des Neoliberalismus und die Realität: Die „Wohltaten“ einer Umverteilung von Macht und Eigentum von unten nach oben

Der so genannte Sickereffekt

Der neoliberale Gerechtigkeitsdiskurs unterstellt den „entfesselten“ Marktmechanismen die wundersame Eigenschaft, Gerechtigkeit zu fördern. Wettbewerb und Konkurrenz würden alle ungerechtfertigten Privilegien überwinden und damit letztlich auch zu mehr Gleichheit führen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Wirkungsfähigkeit von Markt und härtester Konkurrenz erhöht werden, was zunächst einmal zwangsläufig zu einer Bereicherung der Reichen und einer Verschlechterung der Lage vieler erwerbsabhängiger Gruppen und natürlich vor allem des sozial

schon vorher schwachen Teils der Gesellschaft führe. In der Folge dann würde der gewachsene Reichtum der wenigen schrittweise nach unten „sickern“, da sich die Investitionen erhöhen, neue Arbeitsplätze geschaffen werden würden, die Nachfrage nach Arbeit und damit die Löhne steigen würden. Aber selbst George Gilder, Ronald Reagans Leibökonom, der diese Argumentation vehement vertritt, kam schließlich zu dem Ergebnis: „Wir müssen uns damit abfinden, dass wir trotz des Überflusses, den uns die kapitalistische Wirtschaft beschert, immer in einer Welt voller armer Menschen leben werden.“ (GILDER 1981: 87)

Die neoliberale Konzeption begünstigt eindeutig die einen und benachteiligt die anderen: Steuersenkungen für das Kapital, Gewinnerhöhung durch Lohnzurückhaltung, Senkung der Lohnnebenkosten durch Rücknahme sozialer und ökologischer Standards und Begrenzung von Sozialtransfers als Instrument der „Leistungsförderung“. Gerecht sei dies, da Gewinne zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen, deregulierte Arbeit zu mehr Einstellungen, wachsende Ungleichheit über derartige Umwege zu mehr Wohlstand führen würden.

Ignoriert wird, dass besonders die Großunternehmen steigende Profite zunehmend auf den internationalen Finanz- und Devisenmärkten anlegen statt in arbeitschaffenden Investitionen, dass bei den produktiven Kapitalanlagen die Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichten statt neue bereitzustellen. Missachtet wird, dass die im „Jahresbericht über Einkommen und Armut in den USA“ für 2001 offiziell ausgewiesene Armut von 32,9 Millionen, das heißt von 11,7 Prozent der Bevölkerung in den USA und von 10,5 Prozent der Deutschen („Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ 2001) bzw. von 12 Prozent der deutschen Bevölkerung (Angaben in „Human poverty index“ für die OECD-Länder) die wirtschaftsliberale Argumentation Lügen straft. Nach zwei Jahrzehnten einer derartigen Politik haben sich die theoretischen Annahmen bestenfalls als fromme Wünsche erwiesen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung räumte in seinem Jahresfazit für 2001 ein: „Das permanente Erreichen überdurchschnittlicher Einkommenspositionen hat in der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre ebenso wieder zugenommen wie das Risiko eines dauerhaften Abstiegs in unterdurchschnittliche Vermögensklassen.“ Der Machtzuwachs der Mächtigen macht die Armen abhängiger, der Reichtumszuwachs der wenigen macht sie ärmer. Die theoretische Erwägung, dass Kapitalkonzentration wohlstandssteigernde Investi-

tionen ermöglicht, widerspricht der Realität deshalb, weil über die Kapitalanlagen in der Konkurrenz um Profitmaximierung nicht nach dem Maßstab des Gemeinwohls entschieden wird.

2.2.3. Der Gerechtigkeitsdiskurs der neuen Sozialdemokratie in Deutschland: Mehr „gerechte Ungleichheit“

In der deutschen Sozialdemokratie wurde Ende der neunziger Jahre eine programmatische Wende im Gerechtigkeitsdiskurs eingeleitet. Der Hintergrund ist eine reale neoliberale Umverteilung von Macht, Eigentum und Einkommen von unten nach oben, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Unsicherheit, Privatisierung vieler Risiken der neuen Entwicklung auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Die Bereicherung weniger privater Hände geht mit der Verarmung der öffentlichen Hände einher. Die Gefahr wächst, dass wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr oder nur noch auf einem niedrigen Niveau gesichert werden können, so vor allem bei Bildung zu beobachten. Das neue Schlagwort der programmatischen Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie ist „gerechte Ungleichheit“. Mehr Gerechtigkeit müsse durch zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit erreicht werden.

„Das Gerechtigkeitsverständnis des Berliner Programms (der SPD von 1989 – d. Verf.) beruht auf der Auffassung, dass eine Reihe von Gleichheiten politisch realisiert werden müssen, um Gerechtigkeit zu verwirklichen. Was hat sich daran geändert, und wieso stellt sich heute die Frage, dass ein zeitgemäßer Gerechtigkeitsbegriff die Akzeptanz von mehr Ungleichheit verlangt?“

THIERSE 2000

Die Legitimation wachsender Ungleichheit

zur Wohlfahrtssteigerung der ganzen Gesellschaft und vor allem der am schlechtesten Gestellten beitragen, dass sie auch um den Preis wachsender Ungleichheit hoch honoriert werden sollten – um den Preis einer Ungleichheit, die bei solchem Resultat tatsächlich gerechte Ungleichheit zu nennen wäre. In der Realität aber erhöht die gegenwärtige Politik nicht die *individuelle* Leistungsgerechtigkeit, sondern vertieft die Strukturen *sozialer* Ungleichheit. Sie hat deshalb kaum etwas oder gar nicht mit individueller Leistungsgerechtigkeit zu tun.

Man mag schon Zweifel anmelden, ob die Millioneneinkünfte von Fußball- und Popstars tatsächlich ihrer eigenen unvergleichlichen Leistungsfähigkeit geschuldet sind – welche individuelle Leistung soll es aber rechtfertigen, dass der normale Steuerzahler zwar kleinste Einkünfte exakt zu versteuern hat, die Gewinne von Kapitalgesellschaften beim Verkauf von Beteiligungen jedoch steuerfrei bleiben? Mit dem Resultat, dass beispielsweise Daimler-Chrysler im Jahr 2000 einen Gewinn von 8,8 Mrd. DM einfuhr und, statt Steuern zu zahlen, 88 Mio. DM als Steuerrückerstattung einstrich. Die Dresdner Bank verbuchte einen Gewinn von 3,2 Mrd. DM. und gleichzeitig wurden ihr Steuern in Höhe von 254 Mio. DM zurückerstattet (FOCUS, 2. April 2001). Mehr noch: Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind weltweit über 5 Billionen Dollar in Steueroasen geparkt und damit der Beteiligung der Superreichen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben entzogen (DER SPIEGEL NR. 30, 2001: 32).

Der Richtungswechsel in der sozialdemokratischen Diskussion über Gerechtigkeit und Gleichheit zielt nicht wirklich auf eine individuelle Leistungsgerechtigkeit, durch die zugleich die Wohlfahrt aller erhöht wird. Unter der Hand wird die Debatte über gerechte Ungleichheit von *individuellen Leistungen* für die Gesellschaft und ihre Schwächsten abgekoppelt und stattdessen ein *vorrangiger Zuwachs von Gewinnen und Macht auf der Kapitaleseite* als mehr „gerechte Ungleichheit“ bezeichnet.

Die soziale Polarisierung ist es, der absurderweise das Prädikat der „gerechten Ungleichheit“ verliehen werden soll. Wolfgang Clement bezeichnete in einer Grundsatzrede auf dem „Forum Grundwerte: Gerechtigkeit“ das Ziel, „die vertretbaren Ungleichheiten und die wünschenswerten Gleichheiten in ein produktives und ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen“, als den archimedischen Punkt in der europäischen sozialdemokratischen Programmdebatte (CLEMENT 2000).

Die Kehrseite der Steuermindereinnahmen sind immer neue Sparrunden bei den Haushaltsausgaben. Selbst das ursprüngliche, inzwischen immer wieder erweiterte Sparpaket der Bundesregierung für die Jahre 2000 bis 2003 in Höhe von 160 Mrd. DM sah allein im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung eine Kürzung der Ausgaben um 68 Mrd. vor, u. a. zu Lasten von Langzeitarbeitslosen sowie Rentnerinnen und Rentnern, durch Verringerung der Bundeszuschüsse an die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen und durch Senkung der Strukturanpassungshilfen für Ostunternehmen.

Als gutes Beispiel solcher „Ausgewogenheit“ nannte Wolfgang Clement die Steuerreform der Regierung Schröder, weil die Minderbesteuerung für Unternehmen – vorrangig für die großen Kapitale, so sei ergänzt – zu neuem Wachstum, zu mehr Arbeitsplätzen und damit zu gerechten Lebensverhältnissen führe. Tatsächlich erfuhr das Wirtschaftswachstum im Jahre 2001, dem Jahr des Inkrafttretens der Großen Steuerreform, einen deutlichen Einbruch, der in den Jahren 2002 und 2003 andauert. Besonders der Steuerausfall durch die Senkung des Spitzensteuersatzes von 51 Prozent im Jahre 2000 auf 48,5 Prozent 2001 und geplante 43 Prozent im Jahre 2005 und des Körperschaftssteuersatzes von 40 Prozent auf 25 Prozent ab 2001 wird zu neuen Sparmaßnahmen vor allem bei sozialen Haushaltsausgaben führen und in erster Linie die sozial Schwachen treffen. Nicht mehr gerechte, sondern mehr ungerechte Ungleichheit ist die Folge der Entlastung der Kapitalgesellschaften von der Finanzierung sozialer Aufgaben.

Als weiteres Beispiel für die Durchsetzung „gerechter Ungleichheit“ nannte Clement „große Schritte der Flexibilisierung und Differenzierung“ auf dem Arbeitsmarkt. Tatsächlich läuft dies unter den gegebenen Bedingungen in der Regel auf stärkere Unterwerfung der Erwerbsabhängigen unter die wechselnden Bedürfnisse der Kapitalrentabilität, auf die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnssektors hinaus – statt auf mehr Flexibilität durch Zeitsouveränität der Arbeitenden selbst.

Wachsende Ungleichheit

Das sozialdemokratische Plädoyer für „gerechte Ungleichheit“ ist zwar beispielsweise bei Thomas Meyer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Grundwertekommission der SPD, mit der Grundaussage verknüpft, dass Gerechtigkeit mehr Gleichheit verlangt als gegenwärtig gesichert ist, dass sie Monopolgewinne und Shareholder-Value-Selbstbedienungsstrategien ausschließen solle (MEYER 2001: 27ff.). Doch in der Regierungspolitik gerät das Nachdenken über „gerechte Ungleichheit“ zur Rechtfertigung von mehr ungerechter Ungleichheit, die auch die globalen Verhältnisse bestimmt. Seit 1973 hat sich in den alten Bundesländern die Zahl der Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher vervierfacht. In den neuen Ländern hat sie sich 1991 verdoppelt (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG). Das Durchschnittseinkommen der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank stieg dagegen allein von 1997 bis 1999 von 2,4 auf 8,4 Mio. DM jährlich (DIE ZEIT, 29.6.2000).

Aber auch international haben die Gegensätze zugenommen. 1970 verhielt sich das Einkommen des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung zu dem des reichsten Fünftels wie 1 : 30, im Jahre 2000 dagegen wie 1 : 78. Es ist die empörende, skandalöse Ungerechtigkeit und Ungleichheit im Nord-Süd-Verhältnis und selbst in den reichsten Ländern Europas, ganz zu schweigen von den USA, die uns dazu führt, nach Freiheit durch mehr soziale Gleichheit und nicht nach wachsender „gerechter Ungleichheit“ zu suchen.

Die Verarmung der öffentlichen Hand und die stagnierenden oder teilweise sogar sinkenden Reallöhne der Erwerbsabhängigen im Gefolge einer neoliberalen Umverteilungspolitik sind die Indikatoren dafür, dass die sozialdemokratische Politik wichtige ihrer Ziele nicht erreicht hat. Eine sinkende Binnennachfrage führte zu stagnierendem Wachstum. Die Finanzierung von wichtigen sozialen und ökologischen Projekten (Förderung des Lebens mit Kindern, der ökologische Umbau, Veränderungen in der Transportpolitik, die Sicherung der Bildungsstandards usw.) war nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Im deutlichen Unterschied zu den in der heutigen deutschen Sozialdemokratie herrschenden Auffassungen und im völligen Gegensatz zum Neoliberalismus halten die Autoren dieses Zukunftsberichts die Forderung nach mehr sozialer Gleichheit der Teilhabe jeder und jedes Einzelnen an den entscheidenden Lebensbedingungen, ein damit verbundenes höheres Maß an Gleichheit bei Einkommen, eine Demokratisierung von Macht und die Durchsetzung von Sozialpflichtigkeit des Eigentums für die Grundvoraussetzungen einer Politik der Gerechtigkeit. Dies wäre auch eine Politik, die sozial und ökologisch verträgliches Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglichen würde. Vor allem aber wäre es eine Politik, die die Lebensqualität deutlich erhöhen würde. Anders arbeiten, sozial gleicher gestellt werden, besser leben und mehr mitentscheiden können das gehört zusammen.

Stärker selbstbestimmt und in mehr sozialer Sicherheit zu leben, ist nur bei mehr Gerechtigkeit möglich. Gerechtigkeit erfordert die Überwindung sozialer Ungleichheit zwischen den Menschen, damit ihre Verschiedenheit sich voll entfalten kann. Ungleiche Einkommen für ungleiche individuelle Leistungen sind gerecht, wenn diese den Nutzen für die ganze Gesellschaft vergrößern und die Lebensbedingungen der unteren Schichten einer Gesellschaft verbes-

„Die Forderung nach „mehr gerechter Ungleichheit“ entpuppt sich jedoch meist als Versuch, dem vielfach skandalösen sozialen Polarisierungsprozess fälschlich den Anschein von Gerechtigkeit zu verleihen.“

2.3. Die Gleichheit der Freien: Freiheitsgüter als Bedingung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit

2.3.1. Die Gleichheit der Freien

Eine gerechte Gesellschaft – so die Quintessenz der hier vertretenen Vorstellungen über Gerechtigkeit – sichert jeder und jedem Einzelnen die Bedingungen individueller Freiheit. Gerechte Verteilung von Freiheitschancen ist gleiche Verteilung dieser Bedingungen. Die verbreitete Vorstellung, dass die Gleichheit nachrangig gegenüber der Freiheit sei, basiert auf der Unterstellung, dass Gleichheit nur die Gleichheit der Unfreien sein könne. Es wird behauptet, dass jede Politik der Gleichheit eigentlich nichts anderes sei als eine Umverteilung von Unfreiheit und Mangel. In der Realität legitimiert eine solche Vorstellung von Gleichheit oft eine Politik, die Freiheit als Privileg entwickelt – auf Kosten und durch Ausgrenzung und Ausbeutung vieler.

Ein Egalitarismus der Unfreiheit mag für manche soziale Bewegungen der frühen Neuzeit durchaus zutreffend gewesen sein. In traditionellen agrarischen Gesellschaften konnte die Gleichheit nur die von Bauern sein, die an die Scholle gefesselt waren, deren Leben nach vorgegebenen Rhythmen verlief. Der Kampf gegen die Ungerechtigkeit war deshalb zwangsläufig ein Kampf dagegen, dass sich wenige auf Kosten der vielen freier entwickeln können. Er geriet manchmal zum Kampf gegen Freiheit überhaupt.

„Ziel des politischen Egalitarismus ist eine Gesellschaft, die frei ist von Herrschaft. Es ist diese intensive Hoffnung, die in dem Wort *Gleichheit* Ausdruck findet: keine Kratzfüße, kein Katzbu-ckeln und kein Speichellecken mehr, kein angstvolles Zittern, keine Hoheit und kein Ihre Gnaden, keine Herren und keine Sklaven mehr.“

WALZER 1992: 18

Aber die industriellen Revolutionen der letzten beiden Jahrhunderte und vor allem die postindustriellen Revolutionen der letzten Jahrzehnte haben die Bedingungen für die Verbindung von Freiheit und Gleichheit grundlegend verändert. Schon Marx hat in einer zukünftigen technologischen Revolution, in deren Folge durch Automatisierung die Menschen aus den unmittelbaren Fertigungsprozessen he-

raustreten und aufhören, unmittelbar durch ihre physischen Kräfte produktiv zu sein, eine große Chance gesehen: Der Gegensatz zwischen der Unfreiheit und Entwicklungslosigkeit der vielen und der Freiheit und Entwicklung der wenigen werde endgültig unproduktiv. Die Voraussetzungen für ein neues gesellschaftliches Projekt entstünden mit der Reduktion der notwendigen Arbeit zugunsten freier Zeit für selbstbestimmte individuelle Entwicklung.

Eine Politik der Gleichheit kann und muss am Beginn des 21. Jahrhunderts eine Politik sein, die die Gleichheit *in der* Freiheit herstellen will. Umgekehrt kann und muss eine Politik der Freiheit sich endgültig davon verabschieden, Freiheit als Privileg der wenigen zu propagieren und stattdessen auf die Freiheit als allgemein zugänglichem Gut aller und jeder und jedes Einzelnen zielen. Heute sind tatsächlich die Bedingungen herangereift oder können doch zumindest dafür geschaffen werden, dass die Politik der Gleichheit und die Politik der Freiheit das gleiche Ziel haben – die Gleichheit der Freien.

Eine solche Politik zielt nicht auf eine Uniformität der Gleichen ab, sondern auf sozial gleiche Möglichkeiten von Menschen, verschieden sein und verschieden werden zu können. Die Gesamtheit von Talenten, Neigungen, Bedürfnissen und Wünschen, die bei Menschen so unterschiedlich ist, kann sich doch nur dann frei ausprägen, wenn jede und jeder dafür die prinzipiell gleichen Bedingungen hat. Solange diese Bedingungen ungleich sind, wird die Verschiedenheit eben nicht frei durch die Einzelnen, sondern unfrei durch ungleiche gesellschaftliche Chancen bedingt. Wer die höchstmögliche Vielfalt menschlicher Entfaltung wirklich will, muss auch die höchstmögliche soziale Gleichheit freier Entwicklungschancen anstreben.

Was aber meint nun „soziale Gleichheit freier Entwicklungschancen“? Woran ist diese Gleichheit zu messen? Wie kann sie garantiert werden? Was muss in der Politik getan werden, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen herbeizuführen? Was bedeutet eine Gerechtigkeit, die jeder und jedem die Möglichkeit zu freier Entwicklung gibt?

Frühe Utopien wollten den Menschen die *Ziele* ihres Handelns vorschreiben. Die damit verbundene Gefahr war die einer aufgeklärten Diktatur. Solche Utopien konnten mit dem Versprechen höherer Gleichheit neue Unfreiheit vorbereiten. Andere Utopien wollten die *Mittel* festlegen, die legitim sind in einer befreiten Gesellschaft. Staatssozialistische Modelle sahen nur staatliches Eigentum und zentralstaatliche Planung als die gerechtfertigten Formen von Verfügung und sozialer Koordination an. Solche Vorgaben erwiesen sich

als soziale Fesseln und wurden gesprengt. Liberale Utopien „freier Märkte“ haben sich historisch ebenfalls als Sackgassen erwiesen. Was aber kann eine Vision dann „vorgeben“, wenn es weder die konkreten Ziele noch Mittel sein können? Wo ist der Schlüssel, um sich nicht völlig im Vagen zu verlieren und jeden Maßstab aufzugeben? Gibt es in den heutigen Gesellschaften überhaupt noch die Möglichkeit zu einer konkreten Vision? Kann die Vorstellung einer Gesellschaft der Gleichheit der Freien sinnvoll präzisiert werden? Wenn jeder Mensch die sozial gleiche Möglichkeit haben soll, frei und selbstbestimmt zu leben, dann können weder Ziele noch Mittel konkret vorgegeben werden. Nur negativ kann gesagt werden, dass keine Ziele verfolgt und keine Mittel angewandt werden dürfen, die die Freiheit der anderen einschränken. Freiheit, so wusste Rosa Luxemburg, ist zunächst einmal die Freiheit der anderen. Nur wer so handelt, dass andere frei sein können, schafft Verhältnisse, unter denen jeder und jede, und damit auch er oder sie selbst, frei sein kann, ohne andere zu unterdrücken. *Ohne Solidarität ist Freiheit deshalb unmöglich.*

2.3.2. Was braucht der Mensch? Die Freiheitsgüter moderner Gesellschaften

So unbestimmt also die Vision einer Gesellschaft der Gleichheit der Freien sein muss, so konkret ist doch zumindest ein Bezugspunkt: Freie Entfaltung der Individualität eines jeden Menschen bleibt Illusion ohne handfeste Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben. Niemandem darf die freie Verfügung über diese Bedingungen geraubt werden. Keiner darf über diese Bedingungen der freien Entwicklung anderer verfügen. Keine Macht und keine Herrschaft darf andere um diese Bedingungen bringen. Wir nennen diese Bedingungen freier Entwicklung *Freiheitsgüter*.

Ziel einer Politik, die Freiheit und Gleichheit verbindet, sind gesellschaftliche Zustände, in denen jede und jeder sozial gleichen Zugang zu den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens, den Freiheitsgütern, hat.

Ohne den sozial gleichen Zugang jeder und jedes Einzelnen zu den Freiheitsgütern bleibt Freiheit ein Privileg und beruht auf Ausbeutung anderer, die um ihre Freiheit gebracht werden. Freiheit wird erst dann zum Allgemeingut, wenn diejenigen Güter, auf denen die Freiheit beruht, für jede und jeden zur Verfügung stehen. Die Ver-

weigerung des Zugangs zu Freiheitsgütern ist identisch mit Herrschaft, ist eine krasse Form der Fremdbestimmung. Erst dann, wenn wirklich alle über die Güter freien Lebens auch frei verfügen können, können sie auch selbstbestimmt und herrschaftsfrei leben.

Versteht man Freiheit vor allem als selbstbestimmte Verfügung über Freiheitsgüter, dann eröffnet eine solche Freiheit zugleich ein Leben in sozialer Sicherheit. Solange jeder über diese Güter verfügt, kann er auch zu jedem Zeitpunkt ein selbstbestimmtes Leben führen, soweit er nicht durch Krankheit daran gehindert wird. Freiheit, individuelle Selbstbestimmung, ein Leben in sozialer Sicherheit und demokratische Partizipation, so unsere Auffassung, bilden eine Einheit. Wer keinen sicheren Zugang zu einer existenzsichernden und sinnvollen Erwerbsarbeit hat, wer Angst haben muss, dass er seinen Arbeitsplatz verliert und keine neue Arbeit finden kann, dessen Freiheit, dessen Selbstbestimmung sind eingeschränkt. Über ihn wird geherrscht. Er kann unter unzulässigen Druck gesetzt werden, muss sich an seinen Arbeitsplatz fast unter allen Umständen klammern.

Wenn von sozial gleichem Zugang zu den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens die Rede ist, sind stets solche Güter gemeint, die Resultate sozialen Handelns sind. Nicht gemeint sind die bei Geburt unterschiedlich verteilten physischen und psychischen Konstitutionen der Menschen. Wohl aber schließt sozial gleicher Zugang zu entscheidenden Lebensbedingungen die besondere Förderung und Begünstigung auf solche Weise oder durch soziale Verhältnisse Benachteiligter ein – die so genannte positive Diskriminierung.

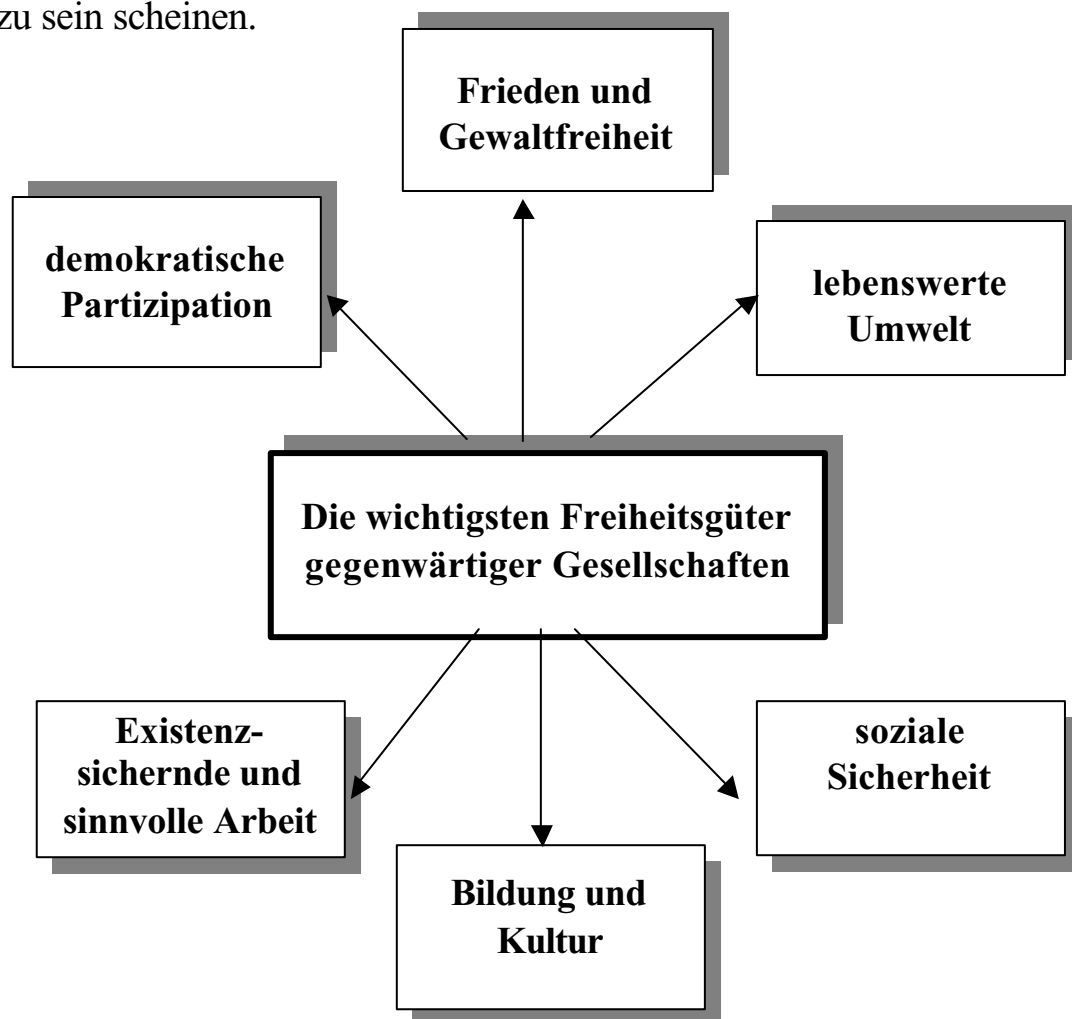
Die Betonung des sozial gleichen Zugangs zu den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens, zu den Freiheitsgütern, meint nicht, dass Menschen unter ein und denselben Bedingungen leben sollten oder müssten. Die Verschiedenheit von Anlagen, von Interessen, Bedürfnissen, Neigungen, die jeweils getroffenen Entscheidungen, die im Laufe des Lebens akkumulierten Kenntnisse und Fähigkeiten usw. usf. führen natürlich dazu, dass die Einzelnen auch bei Gleichheit des Zugangs zu den Freiheitsgütern diese unterschiedlich nutzen und sich einen sehr verschiedenen Zugang zu weiteren Gütern von Entwicklung schaffen. Die Gleichheit ist kein Hindernis für eine selbstbestimmte Entfaltung der Menschen, sondern ihr Ausgangspunkt.

Die Verschiedenheit baut in einer freien Gesellschaft auf der Gleichheit auf und zerstört sie auch nicht. Es geht nicht nur um die Gleichheit im Ausgangspunkt, nicht allein um Startchancen. Welche

Entscheidungen Menschen auch immer treffen, sozial darf ihnen der Zugang zu den Grundbedingungen eines freien Lebens auch zu keinem späteren Zeitpunkt verwehrt werden. Nur Verbrechen dürfen Menschen für eine bestimmte Zeit um den Zugang zu den Freiheitsgütern (aber nicht um ihre Gesundheit und ihr Leben) bringen.

Der von uns gewählte Ansatz, eine Politik der Gerechtigkeit als Kampf für einen sozial gleichen Zugang aller zu den Grundbedingungen eines erfüllten Lebens zu verstehen, bindet Freiheit und Gleichheit auf eine sehr elementare Art zusammen. Er geht von einer ganz einfachen Frage aus: „Was brauchen die Menschen für ein von ihnen selbst frei bestimmtes eigenes Leben?“ Und er führt zu einfachen Antworten, auf die allerdings Bert Brechts Sentenz über das „Einfache, das schwer zu machen ist“, zutrifft.

Die Antworten darauf, was der Mensch braucht, um selbstbestimmt und sicher leben zu können, verändern sich unter verschiedenen Bedingungen. Wir möchten im Folgenden kurz sechs Typen solcher freiheitsverbürgenden Güter betonen, die uns heute die wichtigsten zu sein scheinen.



Menschen brauchen die Möglichkeit gleicher Teilhabe an den grundlegenden Entscheidungen in den Gemeinschaften, in denen sie leben, weil sonst alle Selbstbestimmung Illusion bleibt. Den einen muss ihre ökonomische Alleinherrschaft und ihr exklusiver, der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogener politischer Einfluss genommen werden, damit gleiche demokratische Teilhabe erreicht wird. Für die große Mehrheit muss eine Erneuerung der Demokratie in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft erst zu wirksamer Beteiligung an den Entscheidungs- und Kontrollprozessen führen. Die Prozeduren, die zu Entscheidungen führen, müssen durchschaubar und partizipatorisch für alle gestaltet sein. Davon ist die Gesellschaft der Bundesrepublik weit entfernt.

Eine emanzipativ-solidarische Reformalternative ist ein Projekt der Erneuerung der Demokratie gegen deren Aushöhlung, gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Sie kann nur aus der demokratischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, nur von ihnen selbst getragen erwachsen – wie im folgenden Abschnitt skizziert wird. Eine ausführlichere Behandlung der Demokratisierung der Demokratie als Eckpunkt alternativer Reformen und als ihre Bedingung zugleich erfolgte in den „ReformAlternativen“. (ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, [HRSG.] 2000: 80 ff., 297 ff.).

Demokratische Partizipation

Menschen brauchen Unantastbarkeit ihres Lebens. Bedrohung der persönlichen Unversehrtheit ist die elementarste Verletzung von Gerechtigkeit. Eine Grundforderung ist daher die nach Freiheit von jeder Gewalt gegen das Leben im Innern und in den internationalen Beziehungen. Dies ist nicht Gegenstand dieses Zukunftsberichts. Doch Friede, Abrüstung, Verbot von Rüstungsexporten, die Abkehr von Krieg als angeblich tauglichem Mittel zur Lösung von Problemen, die Ersetzung der NATO durch ein gesamteuropäisches und internationales kollektives Sicherheitssystem oder ihre Umwandlung in ein solches sind elementare Bedingungen des Lebens. Krieg ist eine schreckliche Gestalt der Ungleichheit. Die einen gewinnen Macht und andere Ressourcen, die anderen verlieren Leben oder Gesundheit, Angehörige, Hab und Gut und oft ihre Heimat.

Frieden und Gewalt- freiheit

Im Innern der Gesellschaften gilt, dass sozialer Friede dazu beitragen muss, Gewalt gegen Leben und Gesundheit von Menschen zu ächten. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht in Sicherheit ihr Leben bestimmen können, wenn Gewalt, Fremdenhass, Rassismus,

Antisemitismus und Rechtsextremismus nicht weitgehend überwunden werden.

Eine emanzipativ-solidarische Reformalternative ist ein Friedensprojekt – ein Projekt, das auf gemeinsame kollektive Sicherheit zielt, auf die Herausbildung regionaler kollektiver Sicherheitssysteme, auf Abrüstung, auf präventive Konfliktlösung, auf zivile Konfliktbearbeitung. Es ist ein Projekt der Demokratisierung und Stärkung der Vereinten Nationen, ein Projekt der Ablehnung globaler geostrategischer Interessen der USA mit dem Primat militärischer Mittel, ein Projekt der Entwicklung der Bundesrepublik als Zivilmacht bei der Bearbeitung globaler Probleme, der Entwicklung der Europäischen Union als zivile Basis gemeinsamer europäischer Sicherheit unter Beteiligung Nordamerikas. (Friedens- und Sicherheitspolitik sind nicht der Gegenstand dieses Berichts. Vgl. dazu: ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, HRSG. 2000: 335 ff.)

**Lebenswerte
Umwelt**

Menschen brauchen die Stabilisierung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Selbstbestimmung über das eigene Leben in Sicherheit kann nur Realität werden, wenn die Zerstörung der lebensnotwendigen Naturressourcen und -kreisläufe und der natürlichen Bedingungen für Gesundheit aufhört. Das erfordert eine Abkehr von profitbestimmtem Wachstumswahn und verlangt Solidarität mit den Menschen im Süden, wo sich die Armut zwangsläufig gegen die Natur kehrt. Auch auf diesem Feld geht es um die Überwindung von Ungleichheit. Die Länder des „Südens“, unterstützt von der Ökobewegung im „Norden“ und von Dritte-Welt-Initiativen, fordern, dass die Menschen in den hoch entwickelten Ländern ihren Verbrauch von Umweltressourcen pro Kopf der Bevölkerung (der so genannte *Umweltraum*) auf jenes Niveau einschränken, dass mit der Erhaltung der Ökosphäre vereinbar ist und den Bevölkerungen weniger entwickelter Länder vergleichbare Rechte zum Ressourcenverbrauch sichert. Frauen und Kinder sind vor allem in den armen Ländern von der Umweltzerstörung besonders betroffen.³

Eine emanzipativ-solidarische Reformalternative bedeutet sozial-ökologischen Umbau der Bundesrepublik und deutsche Unterstützung für den „Süden“ bei der Überwindung von Armut, Hunger, Unterbeschäftigung und armutsbedingter Umweltzerstörung. Generationengerechtigkeit ist nur erreichbar, wenn eine Umkehr von unkon-

³ Soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist der Gegenstand eines eigenständigen Arbeitszusammenhangs in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und davon getragener Veröffentlichungen.

trollierter Wachstumsbesessenheit zu nachhaltiger Entwicklung, eine Effizienzrevolution und tiefgreifender Wandel der Lebensweisen dazu führen, dass eine ökologische Wende in der Bundesrepublik mit einem neuen Typ der Vollbeschäftigung in sozialer Sicherheit verbunden wird (siehe Kapitel 3.4.1.).

Menschen brauchen Teilhabe an existenzsichernder Arbeit. Dies ist ein wesentliches Freiheitsgut und Grundelement einer gerechten modernen Gesellschaft.

Existenzsichernde Arbeit

Dreierlei gehört auf diesem Feld zu Selbstbestimmtheit und sozialer Sicherheit. (1) Jede und jeder müssen Zugang zu existenzsichernder und ökologisch verantwortbaren Arbeit erhalten. (2) Arbeitszeitverkürzung und Produktivitätszuwachs erlauben zugleich, dass der Anteil der unbezahlten Eigenarbeit, Familienarbeit und gemeinnützigen Arbeit am gesamten Arbeitsvolumen ansteigt, in geeigneter Weise sozial abgesichert wird und in Kombination mit der bezahlten Arbeit selbstbestimmte veränderte Lebensweisen ermöglicht. (3) Existenzsichernde Erwerbsarbeit und unbezahlte nützliche Arbeit soll gerecht unter Männern und Frauen verteilt werden.

Was für eine Ungerechtigkeit und Ungleichheit, wenn von den einen, den „Arbeitgebern“, abhängt, ob die anderen in Lohn und Brot stehen dürfen, und wenn die Klasse der Lohnabhängigen geteilt wird in die, die arbeiten dürfen, und in die, die selbst davon ausgeschlossen sind! Nach einiger Zeit werden viele von ihnen zu Ausgegrenzten. Sie haben dann nicht einmal mehr die Chance, Verlierer zu sein. Denn Verlierer sind Teilnehmer an dem „Spiel“, in dem es um Arbeit oder Verlust des Arbeitsplatzes geht. Die Ausgeschlossenen sind nicht einmal mehr als Teilnehmer zu diesem Spiel zugelassen oder nach und nach der Fähigkeit zum Mitspielen beraubt werden.

Eine emanzipativ-solidarische Reformalternative ist ein Projekt existenzsichernder, sinnvoller Arbeit für alle Arbeitswilligen, gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Erwerbs- und Eigenarbeit in selbstbestimmten Kombinationen und sozialer Sicherung im Falle zeitweiliger Unterbrechung der Erwerbsarbeit für Kindererziehung, Pflege, Weiterbildung oder andere selbst gewählte nicht bezahlte Tätigkeiten. Dies ist der praktische Gegenstand dieses Berichts im 3. Kapitel.

Menschen brauchen in einer zunehmend auf Wissen basierten Gesellschaft mehr denn je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur. Verfügung über diese Freiheitsgüter entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in so-

Bildung und Kultur

zialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten permanenten Wandels und über die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Doch ökonomische Ungleichheit führt auch zu Ungleichheit in Bildung und Kultur. Kinder aus Familien, in denen Studium, Auslandsreisen und Beherrschung mehrerer Sprachen, Internet und Theaterbesuche, ausgebildete Sinne für Malerei und Musik zur Normalität gehören, und Kinder aus so genannten bildungsfernen sozialen Schichten oder mit einer Herkunft aus anderen Ländern und dadurch bedingten Sprachproblemen haben ganz unterschiedliche Bildungschancen, die durch „positive Diskriminierung“ ausgeglichen werden müssen. Die PISA-Studie hat gezeigt, wie dies in Finnland durch eine gemeinsame Schulbildung bis zur 10. Klasse besonders erfolgreich gesichert wird.

Eine emanzipativ-solidarische Reformalternative umfasst ferner sozial gleiche Teilhabe an Bildung und Kultur als unerlässliche Bedingung für befriedigende Arbeit, für selbstbestimmtes Leben und für den Zugang zur Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen (siehe Abschnitt 3.3.1.).

Soziale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge

Menschen brauchen für ein selbstbestimmtes Leben die Freiheit von sozialen Existenzängsten. Sie brauchen Sicherheit auch in dem engeren Sinne der Erneuerung und Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme, die sie auf solidarischer Grundlage gegen Lebensrisiken schützen. Der Trend dagegen geht zu privater Altersvorsorge und zur Zwei-Klassen-Medizin, was für die wohlhabende Minderheit Selbstentlassung aus Solidarverpflichtungen und für die Mehrheit wachsende Risiken bei abnehmender Sicherung bedeutet.

Eine partizipative Demokratie (emanzipative Alternative) muss jene soziale Sicherheit ermöglichen, die dem Widerstand gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung Rückhalt gibt, die Teil einer Lebensqualität ohne Existenzangst ist und Kreativität fördert, anstatt sie durch existentiellen Leistungsdruck zu erpressen. Unter diesem Aspekt des Eigenwerts für die Individualität und Selbstbestimmung wird Sozialpolitik im Folgenden behandelt und erfolgt im 3. Kapitel ein Plädoyer für eine schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung. Die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme – insbesondere der Krankenversicherung und der Alterssicherung – ist dagegen der Gegenstand gesonderter Publikationen der Zukunftskommission. (VGL. AUßERDEM ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG [HRSG.] 2000: 209 ff.)

Das dritte Kapitel des hier vorliegenden Zukunftsberichts wird sich vor allem dem Freiheitsgut *existenzsichernde, sinnvolle Arbeit* und deren Zusammenhang mit sozialer Sicherheit und sozial gleicher Teilhabe an Bildung zuwenden. Selbst wenn dies nur einen Teil der notwendigen Güter einer freien Gesellschaft ausmacht, so hat doch die Krise des fordistischen Kapitalismus dazu geführt, dass immer größeren Teilen der Gesellschaft diese Güter vorenthalten werden bzw. der Zugang zu ihnen immer schwieriger wird und oftmals nur zu entwürdigenden Bedingungen zu haben ist.

Die Vision einer Gesellschaft, in der soziale Gleichheit beim Zugang aller zu den wichtigsten Freiheitsgütern einer Gesellschaft hergestellt wird, knüpft an die großen I-

Tradition emanzipativ-solidarischer Bewegungen

deale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität) der revolutionären Emanzipations- und Revolutionsbewegungen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert an. Die Kritik von unten an diesen Idealen galt nie ihnen selbst, sondern immer

„Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.“

JACQUES ROUX, IN: HÖPPNER/HÖPPNER 1975: 8

nur ihrer unzureichenden, ihrer unvollendeten Einlösung und ihrem Missbrauch zur Legitimation von neuen Formen von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung.

Eine solche Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen ist keine intellektuelle Erfindung, keine Schreibtischidee. Sie erwuchs und erwächst immer wieder aus den sozialen Kämpfen jener, denen der gleichberechtigte Zugang zu den Freiheitsgütern heutiger Gesellschaften versperrt ist. Sie hat sich in der Arbeiterbewegung, in Frauenbewegungen, antikolonialen und antirassistischen sowie antifaschistischen Bewegungen Bahn gebrochen und ist dort ständig neu im Entstehen. Sie ist als Bewegung von Landlosen, von indigenen Völkern, von Arbeitslosen, von Opfern repressiver neoliberaler Modernisierungsprojekt präsent. Ihr gegenwärtig wohl wichtigster Knotenpunkt ist das Weltsozialforum von Porto Alegre. Als Bewegung von Bewegungen fordert sie das neoliberale Monopol auf Legitimität, Organisation und Formierung von Alternativen heraus.

Attac – eine neue globale Bewegung

Zu den wichtigsten Organisatoren der weltweiten anti-neoliberalen Bewegung gehört *Attac*. Es wurde von Journalisten der linken französischen Monatszeitung „Le Monde diplomatique“ gemeinsam mit anderen linken Blättern und Gewerkschaftern als Netzwerk gegründet. Ihm haben sich vor allem Studierende, Intellektuelle und Angehörige von Mittelschichten angeschlossen. Es zählte Mitte 2001 in Frankreich 31.000 und weltweit 55.000 Einzelpersonen und Organisationen als Mitglieder, im November 2002 international bereits 80.000.

Attac verdankt seinen Namen der Mobilisierung für eine nach ihrem geistigen Vater, dem Nobelpreisträger James Tobin, benannte Devisenumsatzsteuer gegen internationale Finanzspekulationen. „Attac“ ist die Abkürzung für „Action pour une Taxe Tobin d’aide aux Citoyens“, zu deutsch: „Aktion für die Einführung der Tobinsteuer zum Wohle der Bürger“. Bernhard Cassen, Mitbegründer von *Attac*, schrieb dazu: „Die Tobinsteuer ist für uns ein Symbol. Ihre Einführung würde dokumentieren, dass die Bürger und Regierungen einen Teil des Territoriums zurückerobern, das sie an die Finanzmärkte verloren haben.“ (DER SPIEGEL 2001: 90) Weitere Forderungen von *Attac* sind Schuldenerlass für die armen Länder des Südens, Maßnahmen gegen die Steuerflucht der Superreichen in Steueroasen, Klimaschutz und Widerstand gegen neoliberale Regelungen des Wettbewerbs und gegen den Rückbau der Sozialsysteme in Europa.

Freiheit schließt soziale Gleichheit nicht aus, wie oft behauptet wird, sondern soziale Gleichheit der Teilhabe an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens ist die Voraussetzung einer Freiheit, die allen und nicht nur den Reichen und Mächtigen zukommt. Freiheit als selbstbestimmte Verfügung über Freiheitsgüter ermöglicht ein Leben in sozialer Sicherheit. Eine solche Freiheit kann nur in den politischen und sozialen Kämpfen unserer Zeit erungen werden und erfordert Solidarität.

Vereinbarkeit von Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit

Die Betrachtung des Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit bedarf ergänzender Aussagen zu dem Verhältnis zwischen Freiheit bzw. Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit. Mehrheiten in der Bundesrepublik wünschen sich ein Mehr an Gerechtigkeit und Selbstbestimmung sowie sozialer Sicherheit. Dem stehen aber wesentliche gesellschaftliche Strukturen entgegen, wie gezeigt wurde.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen, Schutz vor Kriminalität und ausreichendes Einkommen stehen in der Rangfolge ungelöster gesellschaftlicher Probleme in Deutschland in den Augen der Bevölkerung ganz oben, verbunden mit dem Verlangen nach Gerechtigkeit und dem Schutz der Umwelt und mit der Ablehnung von Rechtsextremismus. Aber auch die politische Mitbestimmung, mitmenschliche Solidarität und das Zusammenleben mit Ausländern sind für die Hälfte der Bevölkerung ernste ungelöste Fragen (vgl. 4. Kapitel). Bedingungen zu schaffen, in denen jeder und jede sozial gleichen Zugang zu den Freiheitsgütern hat, ist zugleich eine Politik, die Selbstbestimmung und soziale Sicherheit fördert. Freiheit und Sicherheit verbindet. Freiheit und Sicherheit schließen sich nur in den Diskursen des Neoliberalismus aus, nicht aber in den Überzeugungen der Mehrheit der Bevölkerung.

Selbstbestimmung und soziale Sicherheit statt Selbstvermarktung und Angst als Perspektive der Entwicklung zu wählen – das entspricht der Neigung der Bevölkerungsmehrheit und wirft Fragen nach einer anderen Gesellschaft auf.

Freiheitsgüter als Güter sozialer Gerechtigkeit für jede und jeden zu erstreben – das markiert, was für diesen Perspektivwechsel praktisch zu tun ist.

Unser Ausgangspunkt war, dass sich Mehrheiten in der Bundesrepublik mehr Selbstbestimmtheit ihres Lebens und mehr Gerechtigkeit wünschen. Unser Befund ist, dass die globalen Verhältnisse und die in der Bundesrepublik freie Selbstentfaltung der Einzelnen in hohem Maße entgegenstehen. Unsere Schlussfolgerung ist, für Bedingungen zu wirken, die die *Emanzipation der Individuen aus Abhängigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung* sowie die *Partizipation aller Individuen am Reichtum der Gesellschaft ermöglichen*: am Reichtum der sozialen Beziehungen und Tätigkeiten, an Kultur und Natur, an Politik und Bildung und am materiellen Reichtum produzierter Produkte und Dienstleistungen. Dabei geht es um eine Partizipation, die die *Mitgestaltung des gesellschaftlichen Umfeldes* einschließt und deren Voraussetzung die *selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens*, der eigenen Biographie ist.

Der folgende Abschnitt führt in das Verständnis der Schwierigkeiten dabei ein, indem ein widersprüchlicher Zusammenhang behandelt wird, der durch drei Begriffe umschrieben werden kann: Lebenswelt, soziale Systeme und Machtstrukturen. Das erfordert eine Weiterführung jener theoretischen Überlegungen, die diesem Zukunftsbericht und seiner Vision von Selbstbestimmung und demokratischer Partizipation zugrunde liegen. Es wird ein anderes Bild von Gesellschaft gezeichnet als das des orthodoxen Marxismus mit seiner Reduktion von bürgerlichen Gesellschaften auf ein kapitalistisches Herrschaftssystem oder des Neoliberalismus mit seiner Reduktion von Gesellschaft auf Märkte.⁴ Es wird eine Zukunftsvorstellung entwickelt, die eine Politik der Emanzipation, Partizipation und Demokratisierung theoretisch schlüssig fundieren soll. Wer weniger daran interessiert ist, mit welchen innerwissenschaftlichen „Instrumenten“ die Autoren arbeiten, kann diesen Abschnitt durchaus überfliegen oder auch überspringen. Wen nur das Produkt, nicht aber das Handwerkszeug interessiert, mit dem das Produkt gefertigt wurde, sollte unmittelbar zum 3. Kapitel weitergehen.

2.4. Grundzüge einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative

Das alternative Reformkonzept, das wir vertreten, zielt darauf ab, zu einer Gesellschaft zu gelangen, „in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ (MARX) wird. Es wäre dies eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Ausgangs- und Endpunkt eines solchen Reformkonzepts ist die Schaffung von Bedingungen, in der jede und jeder frei und selbstbestimmt seine eigene Lebenswelt gestalten kann und zugleich dazu beiträgt, dass dies jeder und jede andere auch kann. Es wäre dies *solidarische Emanzipation als die Überwindung von Fremdbestimmung*. Es wäre ein Widerspruch in sich, solche Emanzipation anzuordnen. Sie muss individuell und gemeinschaftlich gewollt und geleistet werden. Alternative Reformpolitik zielt auf die sozialen Bedingungen dafür.

Das Leitbild einer solchen Reformalternative sind selbstbestimmt und solidarisch handelnde Menschen (Abschnitt 2.1.). Der entscheidende Wesenszug ist ein Mehr an Gerechtigkeit (Abschnitt 2.2.). Ziel einer solchen Reformalternative ist die Schaffung von Bedingungen, die jeder und jedem Zugang zu den fundamentalen Freiheitsgütern moderner Gesellschaften sichern (Abschnitt 2.3).

⁴ Vgl. dazu: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) 1997

Daraus ergeben sich wichtigste Merkmale eines emanzipativ-solidarischen Reformkonzepts, die in diesem Abschnitt entwickelt werden sollen. Es geht um die Durchsetzung von Emanzipation und Partizipation statt marktgerechter Unterwerfung und um soziale Souveränität statt erzwungener Abhängigkeit.

2.4.1. Emanzipation und Partizipation statt marktgerechte Unterwerfung

Gesellschaft aus einer emanzipatorischen Perspektive zu analysieren und gestalten zu wollen bedeutet, den einzelnen Menschen nicht einfach als Schnittpunkt oder Personifikation gesellschaftlicher Verhältnisse und Rollen zu sehen. Menschen sind eigenständige Subjekte, die in vielfältigen gesellschaftlichen Bindungen und sozialen Beziehungen und in Auseinandersetzung mit diesen Verhältnissen ein *eigenes Leben* führen müssen und können. Jede und jeder muss sich auf eine eigene Art mit den unterschiedlichen und widersprüchlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten und Abhängigkeiten, mit gesellschaftlichen Zwängen und Optionen, mit der Knappheit von Ressourcen auseinander setzen und dabei für das eigene Handeln in der Gesellschaft nach Sinn und Unsinn unterscheiden. Auf solche Weise entsteht die jeweils einmalige Lebenskonstruktion und Biographie des menschlichen Individuums.

| *Die Perspektive einer emanzipativen Politik ist die freie Selbstbestimmung der Individuen.*

Aber Politik hat nicht von außen das Leben der Individuen zu gestalten, es geht vielmehr um die *Bedingungen*, unter denen die Menschen in der Lage sind, ihr Leben *selbst* zu bestimmen. Daher sind auch keine Vorgaben darüber zu machen, wie ein sinnvolles Leben auszusehen hat, welche Inhalte es haben oder nicht haben soll, worin Sinn bestehen kann oder soll. Es geht um die gesellschaftlich zu schaffenden Institutionen und die Bedingungen freier und selbstbestimmter Entwicklung aller – und zwar unter den historischen Bedingungen des jetzt und hier (siehe 3. Kapitel).

Das eigene Leben kann nicht in Isolation von Gesellschaft und nicht als Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen und Verantwortungen gestaltet werden, aber auch nicht egoistisch auf Kosten anderer. In einer solidarischen Gesellschaft zu leben bedeutet, Bedingungen zu schaffen, unter denen der Einzelne die eigene Entwicklung nicht zu

Lasten anderer, sondern auch durch die Entwicklung anderer und mittels der Entwicklung anderer gestalten kann.

Freiheit als anspruchsvolle Aufgabe

„Wenn wir die uns bedrängenden Probleme lösen wollen, müssen wir in der Freiheit des Einzelnen ein soziales Gebot sehen. Das ist der grundlegende Ansatz, den dieses Buch ausloten und prüfen wird. Die Erweiterung von Freiheit wird daher sowohl als Zweck an sich wie auch als oberstes Mittel für die Entwicklung betrachtet... Entwicklung lässt sich, so meine These, als Prozess der Entwicklung realer Freiheiten verstehen.“

AMARTYA SEN, NOBELPREISTRÄGER,
2000: 10 U. 13

sich die Einzelnen nach ihren spezifischen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnissen in gesellschaftliche Handlungsfelder einbringen, in starkem Maße von ihnen selbst bestimmt werden.

Das Handeln von Menschen in verschiedenen sozialen Teilsystemen wie Wirtschaft, Bildung, Kultur, Politik usw. bedeutet immer, dass sich die oder der Einzelne mit der vorgefundenen Verfasstheit dieser Handlungsfelder auseinander setzen muss, mit den gegebenen Insti-

„Ein radikaler Begriff von Freiheit kann daher nur einer sein, der von Freiheit in der Kooperation handelt: *frei* bin ich, wenn ich in meiner Verhandlung mit anderen frei bin, d. h. von keiner Instanz behindert und von niemand durch Zwang beschränkt. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass ich anderen in der Kooperation *gleich* bin: dass meine Kooperation keine erzwungene ist, sondern dass ich darüber mit anderen auf gleicher Ebene verhandeln kann, und dass dabei auch niemand über mir ist, dessen Regeln und Kontrolle ich unterworfen bin. Ein radikaler Begriff von Freiheit und Gleichheit fallen zusammen.“

SPEHR 2000: 22.

Ein eigenes sinnvolles Leben ist nicht der Nachvollzug vorgegebener gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern das Ergebnis des jeweils individuellen konstruktiven Umgangs mit ihnen. Dies gilt in dem Maße, in dem die Einzelnen über elementare Lebensbedingungen verfügen, die ihnen eigenständige Entscheidungen ohne existenzbedrohende Folgen gestatten. Und dies wird um so eher erreicht werden, je stärker Gegenmächte ihnen erleichtern, sich vorherrschenden Zwängen zu verweigern. Unter diesen Voraussetzungen sind sie einerseits zwar in die Logik der herrschenden Verhältnisse eingebunden. Aber andererseits kann die Art und Weise, in der

tutionen (Regeln), mit den gegebenen Ressourcen, mit anderen Personen. Selbstbestimmte Integration in gesellschaftliche Handlungsfelder kann daher nicht heißen, frei von diesen Gegebenheiten und Sachzwängen zu agieren. Es soll aber ebenso wenig bedeuten, sich diesen einfach unterordnen zu müssen.

Es geht nicht um die Funktionalisierung der Individuen, nicht um die Optimierung ihrer Funktion als Arbeitende, als

Konsumierende, als Wahlbürger usw., sondern um solche Gestaltung sozialer Funktionen, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Einbindungen stets auch die Realisierung der eigenen Lebenssinns ermöglichen und der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und individueller Entwicklung nicht die Unterwerfung der Einzelnen unter ihre Funktionen zur Konsequenz hat. Es geht also nicht primär darum, die Funktionalität der Wirtschaft oder der Erwerbstätigkeit, das Funktionieren der Wahlbürger oder des Bildungssystems als solcher sicherzustellen. Aus der Perspektive der Individuen sind dies notwendige Bedingungen, die sich aber nur dann auch als Mittel individueller Entwicklung bewähren, wenn die einzelnen Menschen mit ihren sozialen Funktionen souverän, und zwar souverän im Sinne ihres individuellen Eigensinns, umgehen können. Eine Sozialpolitik, die die Einzelnen primär als Funktionsglied sieht, also Aktivität, Flexibilität, Mobilität, Anpassungsfähigkeit, Bildung, Wissen usw. deshalb fordert, weil dies für das Funktionieren der Wirtschaft, der Politik erforderlich ist, verfehlt eine menschliche, eine emanzipative Perspektive.

Freier und selbstbestimmter Umgang mit der gesellschaftlichen Umgebung setzt zunächst voraus, wirklich *zwischen Alternativen entscheiden zu können*, in jedem Handlungsfeld auch *Gestaltungsoptionen zu haben*, im Zweifelsfall aus einer bestimmten sozialen Bindung, einer bestimmten „Kooperation“ auch *aussteigen zu können*, ohne die eigene Existenz aufs Spiel zu setzen. Es bedeutet, sich mit Gegebenheiten auseinander setzen zu können und Möglichkeiten zu haben, auf ihre Entwicklung Einfluss zu nehmen – ob in der Arbeit, in der Schule der Kinder oder bei kommunalen oder gesellschaftlichen Entscheidungen. Im Zentrum einer sozialistischen Strategie sozialer Entwicklung steht die Schaffung von Bedingungen der Emanzipation und Partizipation der Individuen im Verhältnis zur Gesellschaft und zu ihren Teilsystemen wie Wirtschaft, Politik und Kultur, in denen sie aktuell und im Laufe ihres Lebens agieren.

Emanzipative Politik, die die Möglichkeiten freier Selbstbestimmung von Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt erhöhen soll, zielt also – wie bereits dargestellt – *erstens* darauf, dass jeder und jede sozial gleichen Zugang zu den grundlegenden Freiheitsgütern moderner Gesellschaften hat. Es sind dies jene Güter, die die Bedingung freier Entscheidung sind. *Zweitens* zielt sie auf die Überwindung von Machtstrukturen, in denen die eine soziale Gruppe, Klasse oder Schicht Herrschaft über andere ausübt und deren Entwicklung

Freiheit als gesellschaftspolitisches Programm

den eigenen Interessen unterwirft. Ohne die Macht, sich den Zwängen fremder Herrschaft zu verweigern, gibt es keine Freiheit. Ohne Partizipation an den Entscheidungen über die Grundbedingungen des sozialen Lebens bleibt es bei Fremdbestimmung. *Drittens* zielt eine emanzipativ-solidarische Politik auf eine Gesellschaft, die reich an Lebensmöglichkeiten ist, zwischen denen gewählt werden kann, Lebensmöglichkeiten, die nicht auf Kosten anderer wahrgenommen werden. Die Produktivität von Gesellschaften zu erhalten und auszubauen – sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet – ist untrennbarer Teil von emanzipativer Reformpolitik.

Alternative Politik schafft Bedingungen freier Selbstbestimmung durch Zugang jeder und jedes Einzelnen zu den Freiheitsgütern. Dadurch ist sie emanzipativ und solidarisch. Sie baut Herrschaftsstrukturen ab und erweitert die Möglichkeiten von demokratischer Teilhabe. Dadurch ist sie partizipativ. Sie trägt zur Steigerung des Reichtums an Lebensmöglichkeiten einer Gesellschaft bei. Dadurch ist sie nachhaltig produktivitätsorientiert.

Der Preis der Marktfreiheit

Die Politik des Neoliberalismus reduziert Gesellschaft in letzter Instanz auf Märkte und Menschen auf Personen, die sich durch optimale Selbstvermarktung möglichst günstig verkaufen. Der Mensch wird dabei selbst zur Ware, wenn auch zu einer Ware besonderer Art: Er stellt sich selbst als Ware her und definiert sich auch als solche. Er gibt sich selbst ein Preisschild und tritt in Verhandlungen. Und er kann nicht lange ungekauft im Warenregal liegen bleiben. Er ist eine schnell „verderbliche“ Ware. Im Unterschied zu anderen Waren aber kann er oder sie, wenn es die Marktbedingungen erlauben und er oder sie nachgefragt ist, zwischen verschiedenen Nutzungsformen wählen.

Eine solche Freiheit, sich überall und jederzeit vermarkten zu können und zu müssen, wird teuer bezahlt. Sie verlangt, den anderen als konkurrierende Ware aus dem Felde zu schlagen. Die Gesellschaft wird zum Schlachtfeld. Der eigene Sieg ist Niederlage der anderen. Der Selbstwert wird abhängig vom Konto und den Gütern, die man zur Schau tragen kann. Die Kultur ist Teil der Marktstrategie. Wie man spricht, sich kleidet, isst, in welche Konzerte man geht oder auch nicht, alles muss strategisch bedacht sein.

Aber ist dies wirklich Freiheit? Ist dies identisch mit menschlicher Selbstbestimmung? Sollte es uns wirklich reichen, nur in dem Maße frei zu sein, wie wir in der Lage sind, uns „frei“ zu verkaufen. Schon Marx beschrieb mit aller Schärfe die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, der diesen Markt von der einfachen Zirkulation „normaler“ Waren unterscheidet und setzte sich dabei mit den Marktliberalen seiner Zeit, den „Freihändlern“ auseinander: „Beim Scheiden von dieser Sphäre ... des einfachen Warenaustauschs, woraus der Freihändler vulgare Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt, verwandelt sich ... die Physiognomie unserer dramatis personae. Der ... Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebend, wie jemand, der seine eigenen Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Gerberei“ (MARX, Bd. 23: 190 f). 150 Jahre später hat der Neoliberalismus eine neue Runde beim Kampf um die Verwandlung der Arbeitskraft in eine reine Ware eingeleitet.

Eine solche Freiheit, sich zu verkaufen, sich zu vermarkten, sich möglichst günstig feilzubieten, stellt in vielen Fällen einen Schritt in Richtung Emanzipation gegenüber Sklaverei und Leibeigenschaft in früheren Gesellschaften dar. Aber es ist eine Emanzipation, die durch Unterwerfung bezahlt wird. In diesem Falle weniger unter konkrete Personen, als unter sachliche, unter marktwirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse. So tritt Selbstbestimmung als Vermarktung, Freiheit als Abhängigkeit, Emanzipation als Subsumtion, als Unterordnung auf.

Die Folgen sind gravierend. Die Lebensplanung ist in vielen Fällen die einer denkenden und fühlenden Ware. Mann und Frau stylen sich als Produkt, entwickeln Mar-

Der in New York lebende Soziologe Richard Sennett beschreibt in seinem Buch „The Corrosion of Character“, im Deutschen unter dem eher irreführenden Titel „Der flexible Mensch“ erschienen, wie die dem Erwerbsabhängigen abverlangte Anpassung an die wechselnden Unternehmensbedürfnisse alle Bindungen an Orte, Berufe, Freunde und Familie, kurz jede feste Bindung im Namen der Flexibilisierung aufzulösen droht. „Das Besondere an der heutigen Ungewissheit ist die Tatsache, dass sie nicht in Verbindung mit einer drohenden historischen Katastrophe steht, sondern vielmehr mit den alltäglichen Praktiken eines vitalen Kapitalismus verwoben ist. Instabilität ist normal... Vielleicht ist die Zerstörung des Charakters eine unvermeidliche Folge. ‚Nichts langfristiges‘ desorientiert auf lange Sicht jedes Handeln, löst die Bindungen von Vertrauen und Verpflichtung und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung.“

SENNETT 1998: 38

ketingstrategien für sich selbst, gehen persönliche Beziehungen zu anderen mit Blick auf die Steigerung des eigenen Marktwerts ein. Und da vielen Männern mittlerweile die „liebende Hausfrau“ abhanden kommt, Partnerschaften mehr und mehr Bündnisse zur Erhaltung der Marktkraft sind, wird Elternschaft ein Luxus, erhält zweckfreie Freundschaft Seltenheitswert. Der Mensch wird flexibel, bindungsarm und leistet sich Gefühle nur unter dem Vorbehalt, dass die Verhältnisse es gerade erlauben.

Freiheit und demokratische Veränderung von Machtverhältnissen

Dies umzukehren bedarf es einer Erneuerung der Demokratie und der Partizipation der Betroffenen an jenen Entscheidungen, die die gesellschaftliche Entwicklung und das eigene Leben betreffen. Solche Umkehr ist nicht als Geschenk der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Klasse zu erwarten, da sie deren Vormacht in Frage stellt. Diese Vormacht beruht ja gerade auf der Abhängigkeit der Mehrheit der Bevölkerung von denen, die Rechte „anerkennen“, Sozialleistungen „zugestehen“ und Arbeit „geben“. Ohne Schritte der Entmachtung dieser Klasse wird es keinen wirklichen Veränderungsprozess geben.

Die Vormacht großer Konzerne und Finanzorganisationen sowie eine globale Regulierung, die den Interessen der großen Kapitaleigentümer unterworfen ist und einseitig auf Vermarktung und Privatisierung gerichtet ist, sind zu einer Gefährdung für Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte geworden. In elitären Klubs wird heute über die reale Verfassung der globalen Gesellschaft entschieden.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger über die Bedingungen ihres eigenen Lebens selbst entscheiden wollen, sind sie gezwungen, die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Wichtige Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung müssen öffentlich diskutiert werden, nicht in exklusiven informellen Machtzirkeln. Betroffene müssen ihre Interessen selbst zur Geltung bringen können. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen gegenüber dem Staat müssen besser geschützt und ausgebaut werden. Frauen müssen wie in allen anderen Sphären der Gesellschaft auch in politischen Entscheidungsprozessen Gleichstellung erlangen. Die repräsentative Demokratie bedarf starker direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen und der Einführung von Volksentscheiden auch auf Bundes- und EU-Ebene. Nicht zuletzt in der Wirtschaft können soziale und ökologische Interessen gegenüber Profitinteressen nur auf dem Weg der Stärkung der Gewerkschaften,

Verbraucherverbände, Umweltinitiativen und Kommunalvertretungen als Gegenmächte ausreichend zur Geltung gebracht werden (umfassender dazu: ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, HRSG. 2000: 297 ff.).

Eine emanzipative Reformalternative schließt eine Politik der Demokratisierung der Gesellschaft auf kommunaler, regionaler, staatlicher und suprastaatlicher sowie auf globaler Ebene ein, ein Zurückdrängen und schließlich die Überwindung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft.

2.4.2. Soziale Souveränität statt sozial erzwungene Abhängigkeit

Politische Rechte bleiben oft bloße Deklaration, wenn die soziale Lage der Einzelnen ihnen nicht gestattet, ihre Rechte auszuschöpfen. Sozialpolitik gilt uns deshalb als ein Hauptelement emanzipativer Alternativen, soziale Sicherheit als ein entscheidender Zivilisationsgewinn. Doch dieser Gewinn ist akut gefährdet. Dazu werden sachliche unhaltbare Behauptungen aufgestellt und es wird versucht, sie als selbstverständliche Tatsachen darzustellen. Dieter Zahn, Mitglied der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat dies in einem Material der Kommission über „Mythen gegen den Sozialstaat“ deutlich gemacht (ZAHN, 2001).

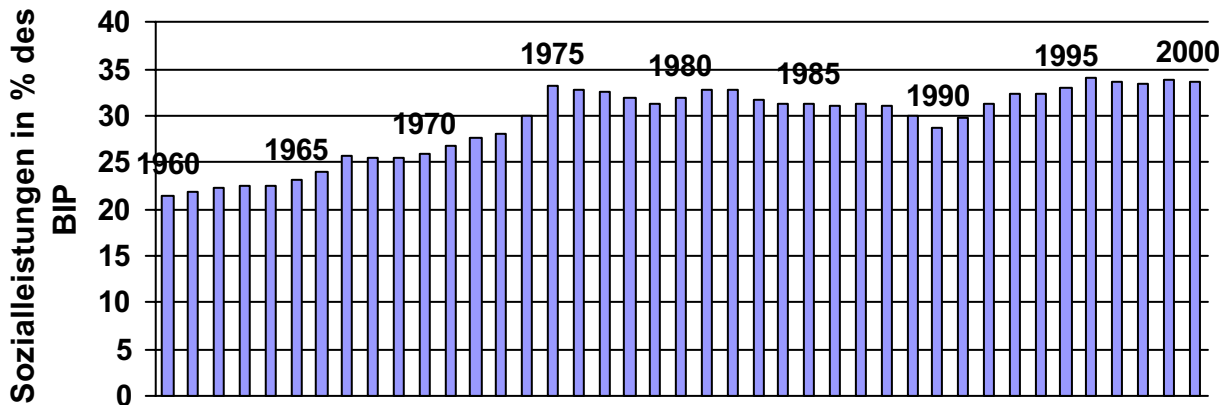
So wird die These aufgestellt, in den letzten Jahren seien die Sozialausgaben explodiert. Sie würden den Standort Deutschland gefährden und müssten zurückgefahren werden, so wird behauptet. Aber die Sozialleistungsquote – der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt – lag in Westdeutschland im Jahr 2000 mit 29,6 Prozent noch deutlich unter der Höchstquote von 1975 und nur durch die großen sozialen Probleme in Ostdeutschland bedingt im Bundesdurchschnitt auf einem mit 1975 vergleichbaren Niveau von 31,8 Prozent.⁵ Von einer Explosion der Sozialausgaben pro Kopf kann überhaupt keine Rede sein. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik pro Kopf gerechnet Exportweltmeister

Mythen neo-liberaler Politik

⁵ Indem die Finanzierung einer Aufgabe, die kein Teil der Sozialversicherungssysteme war, nämlich die soziale Abfederung der Transformation Ostdeutschlands, in hohem Maße diesen Systemen überantwortet wurde, kam es zwangsläufig zu einer beträchtlichen Beitragssteigerung. Dies bedeutete zugleich, dass jene, die nicht pflichtversichert sind, die sozial Privilegierten zumeist, aus der solidarischen Finanzierung der Einheit entlassen wurden.

ist, straft die Behauptung von der Standortgefährdung Deutschlands durch überhöhte Sozialleistungen Lügen.

Sozialleistungsquote in Deutschland



Quelle: www.bma.de/download/broschueren/a230.pdf

Soziale Sicherheit sei leistungshemmend und fördere Missbrauch, so heißt es von Seiten der Unternehmerverbände und in den Meinung produzierenden Medien. Es müsse Schluss sein mit einem Recht auf Faulheit, so Gerhard Schröder im Interview mit „Bild“ vom 6. April 2001. Leichtfertig wird darüber hinweggegangen, dass seriöse Angaben zum Missbrauch von Sozialleistungen schon deshalb schwierig sind, weil dieser Begriff rechtlich überhaupt keine Bestimmung erfahren hat (LÖFFLER, BERTHOLD 2001: 387 ff.). Die wenigen vorliegenden empirischen Untersuchungen verweisen auf einen eher sehr geringen Anteil von Missbrauch bei Empfängern von Sozialleistungen. Gar nicht zu reden davon, dass der Umfang der festgestellten missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen in keinem Verhältnis zum Ausmaß des jährlichen Schadens steht, der beispielsweise durch Steuerflucht der Reichen in Steueroasen und durch groß angelegte Steuerhinterziehungen entsteht (KÜNKLER, MARTIN 2001: 50). Die überwältigende Mehrheit der Arbeitslosen und nicht wenige in der so genannten stillen Reserve wünschen sich Arbeit, um ihr Leben aus eigener Kraft gestalten zu können.

Die Diffamierung der sozial Schwachen Ein Skandal ist allerdings das durch den öffentlichen Druck solcher Missbrauchdebatten zumindest mit verursachte Ausmaß der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen. Nach jüngeren Untersuchungen kann davon ausgegangen werden, „dass auf jeden Hilfeempfänger mehr als eine Person kommt, die von ihrer Leistungsberechtigung keinen

Gebrauch macht.“ (HANESCH; KRAUSE; BÄCKER, 2000: 143). Die öffentlichen Kassen „sparen“ auf solche Weise Milliarden ausgerechnet an den Bedürftigen.

Auf die „wirklich Bedürftigen“ sollen die Sozialleistungen künftig weit stärker als bisher konzentriert werden. Das klingt zunächst einleuchtend, setzt jedoch einen Teufelskreis der Beschädigung von sozialer Sicherheit verstärkt in Gang. Wenn nämlich zunächst die Leistungsfähigen – durch private Krankenversicherung und private Altersvorsorge etwa – aus dem Solidarausgleich herausgenommen sind, wird man im Ergebnis schnell feststellen, dass ein gesetzliches soziales Sicherungssystem, das zunehmend nur noch die umfasst, die der Solidarität bedürfen, jedoch schwache Beitragszahlerinnen und -zahler sind, zu teuer ist. Die übrig bleibende diskriminierende Grundversorgung in bedürftigkeitsgeprüften Systemen trifft dann zunehmend auf den Argwohn der in die Privatisierung entlassenen und setzt ihre Akzeptanz für öffentliche Daseinsvorsorge herab. Dies wird zum Nährboden für eine neue Runde in der Missbrauchdebatte, die darauf zielt, dass jede und jeder sich als Unternehmer nicht nur der eigenen Arbeitskraft, sondern auch der eigenen Daseinsvorsorge verhalten möge.

Die Entlassung der Unternehmer aus der paritätischen Finanzierung der Pflegeversicherung stellte einen weiteren Schritt in Richtung der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme dar. Die Aufkündigung der hälftigen Beteiligung der Unternehmenseite an den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Lasten teilprivatisierter Altersvorsorge der Versicherten war eine prinzipielle Weichenstellung zum Abbau des Solidarcharakters sozialer Sicherungssysteme. Die Debatte um die Teilung der Leistungen des Gesundheitswesens in eine Grundversorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung und in zusätzliche Leistungen, die der Privatversicherung bedürfen, läuft auf die Etablierung eines Zwei-Klassen-Systems der Gesundheitsversorgung hinaus.

Die Vorstellung, dass soziale Leistungen vorwiegend als kostentreibende Belastung der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland betrachtet wird, entspringt zum einen kapitaldominierten Interessen und zum anderen theoretischen Konstruktionen, nach denen das Soziale nichts anders ist als eine abhängige Variable der profitdominierten Wirtschaft. Der Rückbau sozialer Leistungen erscheint dann als logische Konsequenz der Markt- und Kapitallogik unter den Bedingungen eines Wettbewerbsstaates.

Alternative Sozialpolitik: Schaffung der Bedingun- gen von Emanzipation und Partizipation

Im Rahmen einer emanzipativ-solidarischen Reformalternative dagegen geht es nicht vorrangig um eine Sozialpolitik, die Individuen für Wirtschaft, Politik oder Kultur funktionsfähig hält und sich weitgehend darauf zu beschränken

sucht, Dysfunktionalitäten (z. B. des Arbeitsmarktes) kompensiert, Risiken (z. B. für die Gesundheit) und Benachteiligungen (z. B. für Zugewanderte) auszugleichen. Eine Reduktion auf diese Funktionen von Sozialpolitik, hat die Ausgrenzung derjenigen zur Folge, die aus Sicht dieser Funktionen überflüssig erscheinen. Die Wirkungen sind für Millionen katastrophal: für gering Qualifizierte, für Behinderte, für Unangepasste und für die Bevölkerung ganzer Erdregionen, z. B. in Afrika. Zugleich reduziert sie die Mehrheit auf ihre Nützlichkeit für das Funktionieren der sozialen Systeme, unterwirft menschliches Leben den so genannten Sachzwängen „idealer“ Märkte.

Eine alternative Sozialpolitik ist im Unterschied dazu *zuerst Politik zur Sicherung der Bedingungen der Emanzipation und Partizipation der Individuen, und zwar aller Individuen*. Sie behandelt den einzelnen Menschen unabhängig von seiner jeweiligen Integration in bestimmte gesellschaftliche Handlungsfelder und von seiner sozialen Position. Sie hat die Partizipation der Individuen an der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ziel, und zwar *den freien und sozial gleichen Zugang aller zu den gesellschaftlich produzierten Entwicklungsmöglichkeiten*.

Sie ist Emanzipationspolitik, insofern sie die Eigenständigkeit und in gewisser Weise auch die Unabhängigkeit und Freiheit der Individuen gegenüber den gesellschaftlichen Mächten sicherstellen und gestalten muss. Gerade solche Emanzipation versetzt Bürgerinnen und Bürger auf neue Weise in die Lage, sich für eine erneuerte Demokratie und Kultur, für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung und eine auch nach diesen Maßstäben effiziente Wirtschaft zu engagieren. Auch in der Sozialpolitik sollte nach unserer Überzeugung die Würde der Individuen Ausgangspunkt sein. Sozialpolitik vermag *reale Möglichkeiten* bereitzustellen, um in den verschiedenen sozialen Zusammenhängen die eigene individuelle Entwicklung, den eigenen Lebenssinn verwirklichen zu können. Wir wollen eine Sozialpolitik, die die Souveränität des Individuums gegenüber der Wirtschaft und dem Staat, den gesellschaftlichen Organisationen und den anderen Individuen materiell gewährleistet.

Ein souveräner Umgang mit gesellschaftlichen Zwängen und Möglichkeiten ist nur möglich, wenn die Individuen real über *alternative Handlungsmöglichkeiten* verfügen. Die Vielfalt sozialer Inklusionsmöglichkeiten, der Teilhabe für die Einzelnen an Erwerbstätigkeit, politischer Mitwirkung, Bildung und kultureller Betätigung, wirkt nur dann nicht als Zwang, wenn Menschen frei entscheiden können, wo sie mitwirken und sich damit auch geltenden gesellschaftlichen Regeln unterwerfen wollen und auf welche Optionen sie verzichten, ohne dadurch jedoch andere oder gar alle Optionen ausschlagen zu müssen.

**Ohne Alternativen
keine Freiheit**

Die Individuen müssen in der Vielfalt sozialer Bindungsmöglichkeiten ihr eigenes Leben verwirklichen können. Sie müssen die Möglichkeit haben, es zu verändern und zu entwickeln, indem sie souverän mit der Vielfalt sozialer Bindungsmöglichkeiten und den damit jeweils verbundenen, durch die Organisation der Gesellschaft gegebenen Zwängen umgehen. Eine auf die Emanzipation der Individuen gerichtete Sozialpolitik muss den Eigensinn und im Zweifelsfall auch die Renitenz der Individuen gegenüber dem Staat, der Gesellschaft, ihren Subsystemen und Organisationen akzeptieren und ermöglichen.

Handlungsalternativen aber bestehen nur, wenn die oder der Einzelne auch über *Ressourcen* verfügt und über sie selbst entscheiden kann. Das bedeutet, dass neben den Ressourcen, die durch bestimmte gesellschaftliche Tätigkeiten oder Leistungen erworben werden (Erwerbseinkommen, Vermögen, an erworbene Ansprüche oder festgestellten Bedarf gebundene Transfereinkommen), auch bestimmte davon unabhängige Ressourcen vorhanden sein müssen, die dem Einzelnen zustehen, weil sie Menschen sind.

Es ist aus emanzipativer Sicht eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik, genau dafür zu sorgen und im Bedarfsfall ein an keine Gegenleistungen gebundenes Einkommen zu sichern. Aus dieser Sicht hat die Sozialpolitik nach Kräften dazu beizutragen, dass die Selbstbestimmung der Individuen nicht von allen möglichen Ängsten gefesselt wird. Sie vermag dies durch bestmögliche Leistungen des Gesundheitswesens und durch eine menschenwürdige Alterssicherung. Voraussetzung souveränen Umgangs mit sozialen Möglichkeiten, Zumutungen und Zwängen ist stets die Wahrung des Eigensinns individueller Entwicklung gegenüber der Gesellschaft.

Eine partizipativ-demokratische Sozialpolitik misst sich praktisch an den realen Fortschritten, jeder und jedem die Grundbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zu garantieren.

Sozialpolitik darf keine Repressionspolitik sein

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört vor allem existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden, um aufgrund der eigenen Leistungen das eigene Leben selbst einrichten zu können. Dazu gehört, Unzumutbarem in der Arbeitswelt eigene Interessen entgegenzusetzen und im Zweifelsfall auch ohne Existenznot und ohne Angst vor gravierendem sozialem Abstieg eine Arbeit aufgeben zu können, in der sich Menschen unterdrückt, in ihrer Würde verletzt, in ihren Interessen nicht hinreichend akzeptiert, in ihrer Qualifikation unterfordert oder in ihrer persönlichen Entwicklung behindert empfinden. Eine Sozialpolitik nach dem Muster, entweder diese zugewiesene Arbeit annehmen zu müssen oder Kürzung des Arbeitslosengeldes in Kauf nehmen zu müssen, entweder diese gemeinnützige Tätigkeit zu akzeptieren oder Kürzung der Sozialhilfe zu erfahren, ist nicht emanzipatorisch, sondern zementiert Abhängigkeit.

Sie führt zur Unmündigkeit nicht nur der jeweils Betroffenen, sondern auch derjenigen, die eine ungeliebte Arbeit nicht aufgeben oder aus einer sie bedrückenden Bindung nicht aussteigen können oder wollen, weil sie dadurch Ansprüche verlieren, gesellschaftliche Akzeptanz aufs Spiel setzen und in Existenznot geraten würden. Die Möglichkeit, aus Kooperationen aussteigen zu können, hat Spehr völlig zu Recht als Bedingung *freier und gleicher* Kooperation dargestellt. Aber aussteigen kann nur, wer zuvor eingestiegen war und wieder einsteigen kann.

Gegenstand des folgenden 3. Kapitels ist deshalb die Suche nach einer neuen Art der Vollbeschäftigung, nach einem neuen Normalarbeitsverhältnis unter Bedingungen notwendiger Flexibilität, nach sozialen Sicherungen in der Arbeitswelt, nach gleicher Gerechtigkeit in der Arbeit für Männer und Frauen, nach den sozialen Bedingungen, nach den Voraussetzungen in der Bildung dafür und nach solchen Feldern sinnvoller Arbeit, die den ökologischen Umbau der Gesellschaft und dem dafür notwendigen Wandel der Lebensweisen entsprechen. Auf diesem einen Politikfeld soll die Bedeutung des Grundgedankens im Gesamtbericht – Sicherung der freien Entwicklung einer und eines jeden, das Primat der Individualität vor bloßer

Funktionalität – für die praktische Politik und für das reale Leben der Einzelnen anschaulich gemacht werden.

2.5. Ein theoretischer Exkurs: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit im Spannungsfeld zwischen individueller Lebenswelt, sozialen Systemen und Machtstrukturen

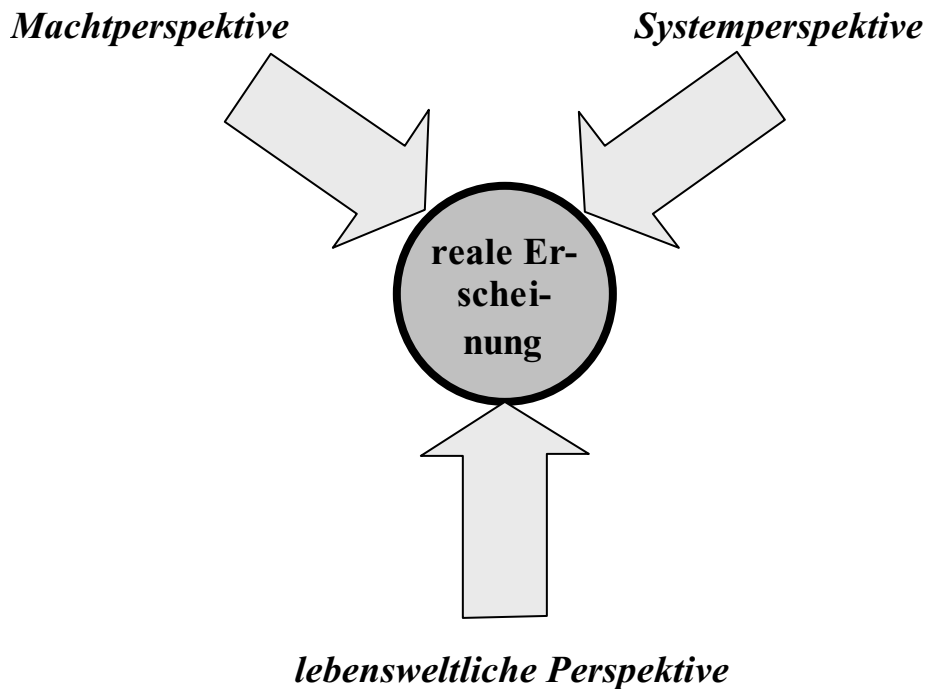
Gesellschaften können in theoretisch sehr unterschiedlicher Weise gedacht werden. Unser Ansatz basiert auf drei Strukturbegriffen: soziale Systeme, Machtstrukturen und Lebenswelten. Menschen leben in *sozialen Systemen*, in denen sie – anders als Robinson – arbeitsteilig gesellschaftlichen Reichtum hervorbringen. Dabei werden in heftigen Kämpfen *Machtstrukturen* durchgesetzt, infrage gestellt und neu aufgebaut. Diese Strukturen prägen einerseits die Ziele, denen die sozialen Systeme unterworfen sind. Andererseits bestimmen sie die Möglichkeiten und Grenzen, die Menschen haben, um ihre *Lebenswelt* zu gestalten. Der Wunsch nach einem selbstbestimmten und sicheren Leben in einer Gesellschaft verlangt, einen fundamentalen sozialen Widerspruch zu bearbeiten – den Widerspruch zwischen individueller Lebenswelt, den komplexen sozialen Systemen und den Machtstrukturen einer Gesellschaft.

Die Grundbegriffe

Bevor auf diesen Widerspruch näher eingegangen werden kann, sollen zunächst die drei Begriffe präziser analysiert werden: soziale Systeme, Machtstrukturen, Lebenswelt. Sie erlauben es, den Unterschied zwischen Neoliberalismus, Dritten Wegen und unserem Ansatz einer partizipativen Demokratie besser zu verstehen.

Robinson auf seiner Insel, und bevor er Freitag in seinen Diensten hatte, konnte frei über sein Leben verfügen, nur war dieses Leben arm, unsicher, einsam und jederzeit größten Gefahren ausgesetzt. Er musste sich zum Knecht der Sicherung seiner eigensten elementaren Bedürfnisse machen. Diese diktierten ihm Tages-, Wochen- und Jahresablauf. Sein Überleben verdankte er seiner großen Selbstdisziplin. Für ihn gab es kein soziales System, keine Herrschaft und auch keine Lebenswelt, die in die Lebenswelt anderer Menschen eingriff.

Drei Perspektiven sozialwissenschaftlicher Analyse



Die Systemperspektive

Moderne Menschen leben anders als Robinson und anders auch als Menschen in früheren traditionellen bäuerlichen Gemeinschaften in einer hochkomplexen, ausdifferenzierten Gesellschaft. Diese umfasst unterschiedliche soziale Teilsysteme mit eigenen spezifischen Entscheidungsmaßstäben.

Im Wirtschaftssystem werden die Güter und Dienstleistungen erzeugt. Privatwirtschaftliche Betriebe können aber nur dann über längere Zeit solche Güter und Dienstleistungen bereitstellen, wenn sie mit Gewinn arbeiten und Kredite zurückzahlen können. Für sie ist das Maß, mit dem sie Erfolg bestimmen, nicht die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger selbst, sondern Profit oder Pleite, Kapitalverwertung oder Kapitalentwertung, Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsunfähigkeit. Im politischen System werden Entscheidungen vorbereitet und getroffen, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen. Der Erfolg von Parteien misst sich wiederum zunächst an eigenem Machtgewinn und dem Machtverlust der politischen Konkurrenten, bestimmbar durch die Zahl der Wählerstimmen. Legal oder illegal, danach wird im Rechtssystem entschieden. Doch es hängt sehr von den Gesetzen ab, ob das Legale auch das Gerechte ist.

Die Institutionen der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme haben ihre Eigenlogik. Während der Lohn vom Standpunkt der Einzelnen Grundbedingung des individuellen und familiären Lebens ist, ist er vom Standpunkt der Betriebswirtschaft ein Kostenfaktor, dessen

Höhe direkt den Gewinn beeinflusst. Dazwischen kann auch keine Identität hergestellt werden, wie sie zum Beispiel in einer patriarchalen Hauswirtschaft des Mittelalters gegeben sein mochte. Diese Eigenlogik kann mit der Umgestaltung von Institutionen verändert werden. Über Tarifabkommen und die gesetzliche Regelung von Mindesteinkommen kann der Lohn in einem beträchtlichen Maße beeinflusst werden.

Die „Systemwelt“ ist also erheblich verschieden von der Lebenswelt der Einzelnen, in der diese nach ihrer eigenen Façon selig werden und selbst bestimmen wollen, wie ihr Leben aussehen soll. Jedes soziale Teilsystem hat eine eigene Rationalität, die oft in Widerspruch zu dem steht, was die Individuen für sich als vernünftig ansehen. Die spezifische Logik der gesellschaftlichen Teilsysteme entspricht ihren unterschiedlichen Funktionen für die Gesellschaft: wirtschaftliche Effizienz hervorzubringen, politische Weichen durch Machtverschiebungen zu stellen, das Zusammenleben durch rechtliche Normen zu regeln, im Wissenschaftssystem Einsicht in soziale und Naturzusammenhänge zu gewinnen und im Bildungssystem solche Einsichten, Werte und Normen zu vermitteln. Diese arbeitsteilige Ausdifferenzierung erhöht die Produktivität und Effizienz im Vergleich zu traditionellen, wenig arbeitsteiligen Systemen. Sie kann deshalb auch historisch nicht zurückgenommen werden, wenn nicht auf die damit verbundenen Leistungsgewinne von Gesellschaften verzichtet werden soll.

Obwohl das unmittelbare Interesse der Einzelnen vielfach im Widerspruch zu den Logiken der gesellschaftlichen Teilsysteme steht, obwohl der gesunde Menschenverstand oft am liebsten Gesellschaft wie die eigene private Hauswirtschaft regeln möchte (und war nicht die zentralistische Planwirtschaft so etwas wie eine gigantische Hauswirtschaft einer ganzen Gesellschaft?), sind die Menschen doch auf das Funktionieren der „Systemwelt“ angewiesen, um nicht auf das Produktivitätsniveau früherer Jahrhunderte zurückgeworfen zu werden. Wir brauchen diese Systeme, und wir sind von ihnen abhängig. Und diese Systeme brauchen die Mitwirkung der Mehrheit der Bevölkerung und sind nur dann effizient, wenn diese Mehrheit sich „systemkonform“ verhält. Zugleich aber sind diese Systeme gestaltbar, können ihre Sachzwänge modifiziert werden – auch grundlegend.

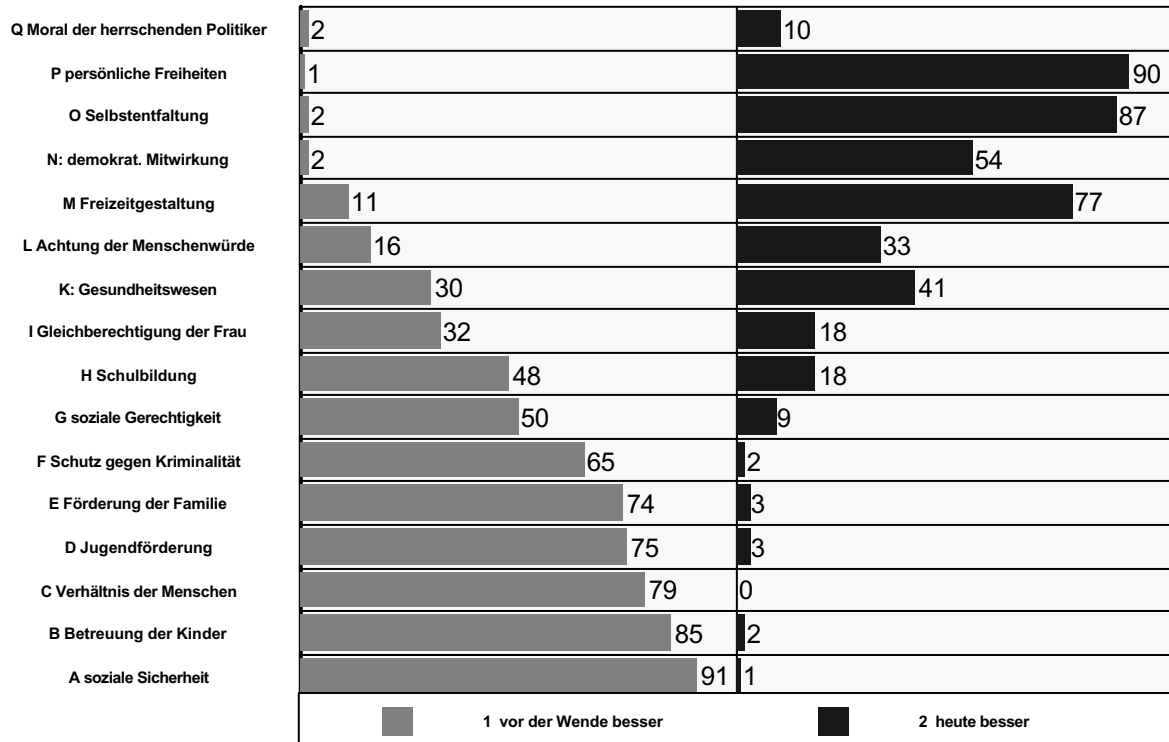
Der Staatssozialismus ist dadurch zusammengebrochen, dass er über die Jahrzehnte in immer geringerem Maße in der Lage war, solches systemkonformes Verhalten zu stimulieren bzw. zu erzwingen. We-

der war die Mehrheit der Bevölkerung daran interessiert, zur Effizienz der gesellschaftlichen Systeme beizutragen (ihre Energie floss aus den Systemen weg in den Ausbau der privaten Nischen), noch boten die Systeme hinreichende Möglichkeiten demokratischer Partizipation und der Wahrnehmung individueller Freiheitsrechte. Die wesentlich geringere Innovationskraft und Produktivität des Staatssozialismus der DDR gegenüber dem Kapitalismus der BRD schuf eine Situation, in der sich am Ende die Mehrheit der Bevölkerung schlechter gestellt sah als im Westen Deutschland.

Der Widerspruch zwischen individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Systemen ist Bedingung jeder Gesellschaft, in der Menschen auf ihre freie Entwicklung drängen. Seine „Lösung“ kann nur in seiner sozial gerechten und gesellschaftlich entwicklungsfähigen „Bearbeitung“ bestehen, nicht aber in der Beseitigung eines solchen Widerspruchs. Während der Staatssozialismus an der Unfähigkeit zugrunde ging, produktive Formen der Bearbeitung zu finden, während er durch repressive Beschränkung von individueller Freiheit gesellschaftliche Stabilität zu erreichen suchte und sich damit Stagnation einhandelte, vermochten es eine Reihe kapitaldominierter Gesellschaften, entwicklungsfähigere Formen dieses Widerspruchs zu finden. Sie schufen auch einen vorher nicht gekannten Raum individueller Freiheit für die Mehrheit der Bevölkerung. Der Preis, so empfinden es zumindest die meisten Ostdeutschen, die beide Systeme kennen gelernt haben, sind soziale Polarisierung, größere Unsicherheit und höhere Kriminalität.

Die Machtperspektive Die Formen, in denen sich der Widerspruch zwischen individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Systemen bewegt, sind nicht „herrschaftsfrei“. Es sind Formen, in denen Herrschaft ausgeübt wird, in denen die Möglichkeiten individueller Selbstbestimmung nach sozialen Kriterien an die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung verteilt werden – nach der Verfügung über Kapital oder nur über die eigenen Arbeitskraft, nach Geschlechtskriterien, nach ethnischen oder staatsbürgerlichen Kriterien, nach der Zugehörigkeit zu einem Staat der kapitalistischen Metropolen oder der Peripherie.

Befragung 29-jähriger Bürgerinnen und Bürger, die im Osten Deutschlands geboren wurden: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland“



PETER FÖRSTER, 2003: JUNGE OSTDEUTSCHE IM JAHR 12 NACH DER VEREINIGUNG: DIE GENERATION DER ZWEIFACH ENTTÄUSCHTEN. LEIPZIG, MS., S. 21

Herrschaft, auf Machtressourcen beruhend, bestimmt die Systemwelt, mit der die Individuen zurecht kommen müssen. Machtstrukturen richten die Entwicklung der gesellschaftlichen Systeme entsprechend aus – heute vor allem auf die Selbstverwertung des Kapitals (Profitdominanz), auf die Herrschaft der kapitalistischen Zentren über die Welt (einschließlich einer imperialen Vormacht der USA), auf die Dominanz patriarchaler Verhältnisse, auf die Unterdrückung vieler nichtweißer Ethnien und indigener Völker usw.

Wenn oben über soziale Systeme gesprochen wurde, dann geschah dies zunächst in Abstraktion von ihrer konkreten sozialen Ausrichtung. Dies kann aber den ideologischen Mythos von „Sachzwängen“ befördern, nach denen wir zur Herrschaft von Kapitalverwertung über unser Leben, zu elitärer Politik oder zu einer Rechtsprechung verdammt sind, die die Reichen bevorzugt.

Im öffentlichen Diskurs wird die herrschaftliche Formung von systemischen Zusammenhängen der Wirtschaft, Politik oder Kultur in

der Regel ausgeblendet. Über Macht und Herrschaft zu sprechen, gilt nahezu als unfein, zumindest als altlinks und überholt. Um Funktionalität und Effizienz ginge es, so wird erklärt, im ökonomischen System, im politischen System und überhaupt. Und funktionell hätten sich auch die Individuen zu bewegen, wettbewerbsgerecht beispielsweise.

Tatsächlich bestimmen jedoch die Machtverhältnisse der heutigen Gesellschaften einerseits, wer sich wie selbst verwirklichen kann, wer wie über sein eigenes Leben unter welchen Bedingungen bestimmen kann – die Möglichkeiten, die durch die gesellschaftlichen Systeme dafür gegeben sind, vorausgesetzt. Sie bestimmen andererseits, welche Möglichkeiten überhaupt hervorgebracht werden und welche nicht. Von den Herrschaftsstrukturen hängt ab, welches Maß an demokratischer Partizipation in einer Gesellschaft gegeben ist, welche Form der gesellschaftliche Reichtum annimmt (primär die Form von Waren oder auch den Reichtum öffentlicher Räume, von Zeit, zwischenmenschlicher Kommunikation, von Freiheitsgütern usw.), gegen welche Gewalten Menschen geschützt werden oder welche Bedrohungen (z. B. die von Krieg und Umweltzerstörung) hervorgebracht werden.

Die lebensweltliche Perspektive

Aber gesellschaftliche Systeme und Machtstrukturen sind nicht alles, was eine Gesellschaft ausmacht. Die Menschen sind nicht einfach Träger vorgefundener Rollen oder Erfüllungsgehilfen von Herrschaftszwängen. Jeder Mensch handelt in einem bestimmten Maße selbstbestimmt. Angesichts der hohen Komplexität moderner Gesellschaften, der Unsicherheit und ständigen Veränderung von Verhältnissen und Bedingungen, der Widersprüchlichkeit der eigenen Interessen, Neigungen und Bedürfnisse muss jeder, muss jede ständig Entscheidungen treffen. Gerade in den entwickelten Ländern sind die Chancen für Selbstbestimmung und ist der „Zwang“ zur Selbstbestimmung sehr hoch. Menschen müssen sich eine eigene *Lebenswelt* bauen.

Jeder von uns baut sich eine eigene Welt auf. Es ist die Welt des persönlichen Lebens jedes Einzelnen, eine Biographie, die sich über das ganze Leben erstreckt. Diese *Lebenswelt* umfasst die Gesamtheit der persönlichen Beziehungen, jene tägliche, wöchentliche, jährliche und über das ganze Leben sich erstreckende Abfolgen von Tätigkeiten, die räumliche, gegenständliche und zeitliche Welt der Einzelnen.

Die überschaubaren partnerschaftlichen, familiären, nachbarschaftlichen und Freundesbeziehungen in bestimmten Milieus, die direkte Wohnumwelt einerseits und andererseits die Einbindung der Einzelnen in die Arbeit, Bildung, Ausbildung und in politische Prozesse über die unmittelbaren persönlichen Lebensbedingungen hinaus bilden zusammen die Lebenswelt der Individuen. Eine lebensweltliche Perspektive einzunehmen heißt, danach zu fragen, wie die einzelnen Menschen die verschiedenen Elemente von Lebenswelt aktiv gestalten und zu ihrer unverwechselbaren individuellen, zu ihrer eigenen Lebenswelt kombinieren können.

Die Einzelnen müssen ihre ganz verschiedenen Rollen im privaten und beruflichen Leben zusammenfügen, in Partnerschaft und Elternschaft, im Engagement für diese oder jene persönlichen und gesellschaftlichen Ziele. Wir alle verfolgen derartige lebensweltliche Strategien. Jede und jeder von uns muss sich eine solche eigene Lebenswelt bauen, muss sie erhalten und pflegen.

Der Arbeitsplatz, in seiner Bedeutung für das individuelle oder partnerschaftliche Leben, der ihr oder ihm Halt und Sinn gibt, wo sie oder er sich persönliche Kontakte und Anerkennung verschafft, aber vielleicht auch Mobbing und Demütigung ausgesetzt ist, ist Teil einer solchen Lebenswelt. Auch Partnerschaft, Kindsein, Elternschaft gehören dazu. Die Erfahrung der eigenen Körperlichkeit, der Umgang mit Sexualität, mit Reifen und Altern, mit Gesundheit und Krankheit, das Erleben der biologischen Rhythmen gehören zur Lebenswelt. Der wöchentliche Einkauf mit der Frustration der einen, für vieles kein Geld zu haben, oder der Luxuskonsum der anderen in exklusiven Geschäften sind Teil der Lebenswelt. Auch das soziale oder politische Engagement, die eigenen Hobbys, die Art, Urlaub zu verbringen, alles dies ist Teil der so komplexen Lebenswelten.

Lebenswelten werden nicht fertig in der Gesellschaft vorgefunden, sondern werden von den Einzelnen geschaffen. Sie müssen durch eigene Anstrengungen und eigene Entscheidungen in der eigenen Lebenszeit hervorgebracht werden und vergehen mit uns. Die Bedingungen jedoch, unter denen wir unsere eigenen Lebenswelten schaffen können, die sind gesellschaftlich weitgehend vorgefunden und können individuell nur sehr eingeschränkt verändert werden.

Zumindest nach Überwindung seiner utopischen Formen geht emanzipatives Denken nicht davon aus, dass die Perspektiven und die Interessen der Gesellschaft und die der einzelnen Menschen unmittelbar zusammenfallen können, es sei denn

Der Zusammenhang von sozialen Systemen, Machtstrukturen und Lebenswelt

um den Preis des Verzichts auf die Entwicklung moderner Produktivkräfte und vielgestaltiger sozialer Handlungsfelder. Im Unterschied zum orthodoxen Marxismus wird Eigenlogik der Entwicklung sozialer Funktionssysteme erhebliches Gewicht beigemessen – etwa der Wirtschaft, Politik, Religion, Wissenschaft und dem Recht. Aber ein solcher emanzipativer Ansatz besteht im Unterschied zu Systemtheorien darauf, dass individuelle Entwicklung nicht auf das Funktionieren der Individuen in gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen reduziert werden kann, sondern einen eigenen Sinn hat. Er sieht Geschichte als einen sich entwickelnden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und individueller Entwicklung, in der die Machtverhältnisse in der Gesellschaft und die konkreten Formen sozialer Systeme durch soziale Auseinandersetzungen und Kämpfe verändert und umgestaltet werden.

Soziale Systeme, Machtstrukturen und Lebenswelten lassen sich durch bloße Beobachtung nicht trennen. Für den Einzelnen ist die Unterzeichnung eines Arbeitsvertrags Teil seiner Lebenswelt. Vielleicht versucht er oder sie in diesem Falle dadurch, sich Einkommen, eine ihm oder ihr entsprechende Arbeit zu bekommen, mit anderen zusammen zu arbeiten und dadurch Anerkennung zu erfahren. In anderen Fällen will man bloßer Not entkommen oder auch nur etwas „dazu“ verdienen. Zweitens ist der Arbeitsvertrag Teil des sozialen Systems Arbeitsmarkt – rechtlich mehr oder minder geregelt und geschützt. Die konkrete Form von Kooperation, Arbeitsteilung und Wettbewerb wird so bestimmt. Drittens werden durch den Arbeitsvertrag aber auch Machtstrukturen zwischen „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ fundiert, wird die Art der Abhängigkeit festgeschrieben, wird der Vorherrschaft des „Arbeitgebers“ eine bestimmte Grenze gesetzt.

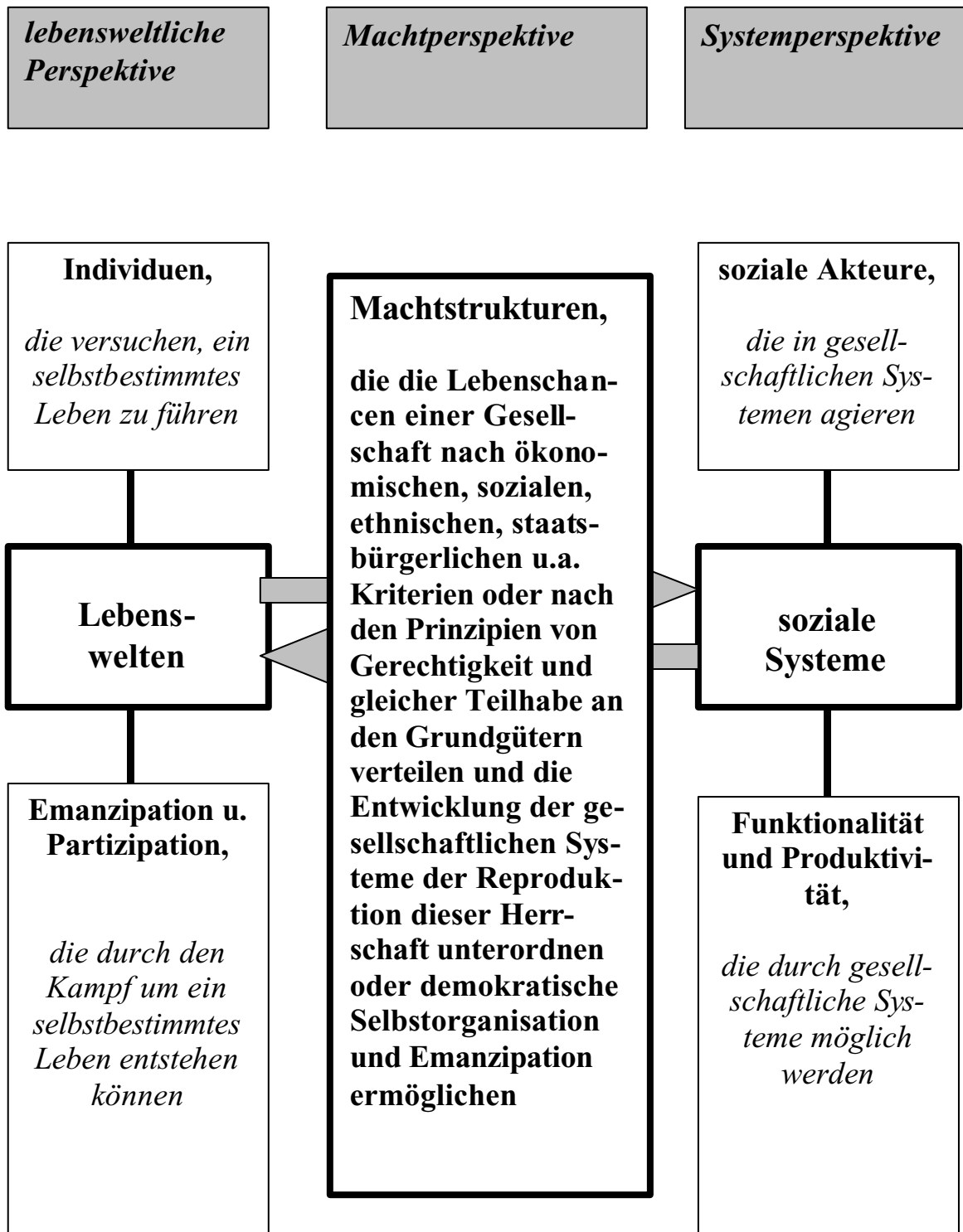
Ein und dieselbe soziale Handlung – das Unterschreiben eines Vertrages – ist so gleichzeitig Gestaltung von Lebenswelt, Reproduktion sozialer Systeme der Arbeit und der ihr eigenen Machtverhältnisse. Jeder der entwickelten Begriffe – soziale Systeme, Machtstrukturen und Lebenswelt – wirft also einen eigenständigen Lichtstrahl auf ganz konkrete reale Prozesse und lässt sie in jeweils anderem Licht erscheinen. Es sind ein und dieselben empirischen Phänomene (zum Beispiel ein Arbeitsvertrag) die jeweils unter einen anderen Aspekt erhellt werden. Erst diese begriffliche Unterscheidung ermöglicht die Untersuchung ihres inneren Zusammenhangs in der Wirklichkeit. Systemwelt, Lebenswelt und Machtverhältnisse gehen in der Realität ineinander über und durchdringen sich. Machtverhältnisse prägen

System- und Lebenswelt. Das Handeln der Individuen im Wirtschaftssystem und im politischen System, im Rechtssystem und kulturellen System ist Teil ihrer Lebenswelt. Und in dieser stecken die Imperative der Ökonomie und Politik drin. Die Unterscheidung dieser drei Sphären ist deshalb weniger eine Aussage über gesonderte Realitäten als die Hervorhebung einer jeweils ganz bestimmten Perspektive der Analyse und Betrachtung des Ganzen.

Marktliberale Theorien tendieren dazu, Machtverhältnisse und Herrschaft auszublenden und in Form von Sachzwängen unbenannt erscheinen zu lassen als Imperative des Handelns. Orthodox marxistische Theorien, aber auch viele Elitetheorien hatten die Neigung, Gesellschaft ausschließlich als Machtzusammenhänge zu dechiffrieren und Vergesellschaftung auf Vermachtung zu reduzieren. Sozialutopien konstruierten Gesellschaften, die nichts waren als ins Große gedachte Zusammenhänge von Freundschaft und Liebe. Sie sehen keinen Unterschied zwischen Kleingruppen und komplexen Gesellschaften. Es ist die theoretische Mühe wert, die genannten drei Aspekte der Analyse zu unterscheiden und auf dieser Basis ihre Zusammenhänge zu denken, um eine realistische wie grundsätzliche emanzipativ-solidarische Reformalternative entwickeln zu können.

Vom Standpunkt des Einzelnen und seiner lebensweltlichen Perspektive wird nach den *Bedingungen für ein erfülltes sinnvolles Leben* gefragt: Unter welchen sozialen Verhältnissen und Bedingungen können die Einzelnen ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben führen und ihre einmaligen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln? Aus der Perspektive sozialer Systeme wird nach den *Bedingungen für das Funktionieren von Gesellschaft* gefragt: Wie müssen sich Menschen verhalten, damit Wirtschaft, Politik, Staat, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, Wissenschaft und andere Teilsysteme der Gesellschaft funktionieren, sich reproduzieren und sich nach ihrer jeweils eigenen Dynamik entwickeln können? Beide Perspektiven sind prinzipiell aufeinander bezogen und doch nicht identisch. Die Entwicklung gesellschaftlicher Teil- oder Funktionssysteme ist die Voraussetzung individuellen Lebens, wie gesellschaftliches Handeln von Individuen die Bedingung für das Funktionieren von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik usw. darstellt. Das Rechtssystem ist eine der wichtigsten Formen der Vermittlung zwischen individuellen Rechten und den Erfordernissen sozialer Systeme. Und es gibt eine dritte Perspektive – die der Herrschaftsverhältnisse.

Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Gesellschaftsanalyse



Blickt man vom Standpunkt der sozialen Systeme auf die Gesellschaft, dann hat man eine Systemperspektive. Man fragt nach der Produktivität und Effizienz einer Gesellschaft. Blickt man vom Standpunkt der Einzelnen auf die Gesellschaft, so entwickelt man eine lebensweltliche Perspektive. Man fragt danach, welchen Sinn die Einzelnen ihrem Leben in der Gesellschaft geben können. Denn unter dem Sinn-Aspekt „bastelt“ sich jede und jeder sein Leben, seine Biographie, sein soziales Umwelt entsprechend ihrer und seiner Möglichkeiten, wie sie ihr oder ihm vorliegen, zusammen. Blickt man vom Standpunkt der Machtstrukturen auf eine Gesellschaft, dann fragt man danach, wer in dieser Gesellschaft herrscht bzw. unterworfen ist, wer in wessen Interesse welche Ziele in der Gesellschaft als vorherrschende Ziele setzt. Es ist eine Machtperspektive.

Im Zusammenhang zwischen sozialen Systemen, Machtstrukturen komplexer Gesellschaften und Lebenswelten der Individuen spielen die Machtstrukturen eine Art „Vermittlerrolle“. Sie determinieren zum einen, wer wie am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben kann, der durch die komplexen sozialen Systeme möglich wird. Sie legen die Kriterien fest, nach denen dieser Reichtum verteilt wird – nach Klassen, nach Hautfarbe oder Staatszugehörigkeit, nach Wissen oder militärischer Fähigkeit usw. Sie bestimmen zum anderen, wozu die Produktivität der sozialen Systeme vor allem genutzt wird – zur Produktion von Militärgütern und/oder von Luxuswaren, zur Herstellung von Grundgütern menschlichen Lebens⁶, in den Bau von Straßen oder Eisenbahnen, von Atomkraftwerken oder Windanlagen usw. Die Veränderung von Machtverhältnissen ist deshalb zwar nicht die einzige Bedingung einer Politik demokratischer Partizipation, aber ein sehr wesentlicher Teil derselben.

Erst durch die Veränderung von Machtstrukturen kann die Richtung der Produktion und Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum, die Art der Verfügung und Entscheidung über die Bedingungen des sozialen Zusammenlebens verändert werden. Erst durch die Veränderung von Machtstrukturen können Menschen die Art und Weise ih-

⁶ So gehörte es zum Herrschaftssystem des Alten Rom, dass neben den Luxusgütern für die Oberklasse zugleich vor allem aus Ägypten und anderen Provinzen des nördlichen Afrikas Getreide als Tribut eingefordert wurde, um die Plebejer mit Brot und Spielen bei Laune zu halten.

rer Teilnahme an diesen Entscheidungsprozessen und am gesellschaftlichen Reichtum und damit ihre Lebenswelt anders gestalten. Zentral die Rolle von Machtstrukturen ist, so sind sie doch nicht allein entscheidend. Die konkrete Gestaltung sozialer Systeme bestimmt weitgehend das Maß an Produktivität einer Gesellschaft (wirtschaftliches System), die Fähigkeit, zur richtigen Zeit sachgerechte Entscheidungen zu produzieren (politisches System), Fähigkeiten und Deutungen anzubieten, die Menschen erwerben können (kulturelles System), bestimmte Formen „abweichenden“ Verhaltens wie private Gewalt, Korruption usw. zu unterdrücken (repressives System). Jede emanzipativ-solidarische Reformpolitik muss deshalb neben dem Projekt der Veränderung von Machtstrukturen auch Projekte der Umgestaltung der sozialen Systeme vorlegen und dabei ihren Erfordernissen Rechnung tragen.

Die Bereitschaft und Fähigkeit von Menschen, ihre Lebenswelt emanzipativ und solidarisch zu gestalten und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu partizipieren, ist für eine Reformpolitik von größter Bedeutung. Das Projekt demokratischer Partizipation hat nur dann eine Chance, wenn es als Projekt sehr vieler Menschen, großer Teile der Bevölkerung, als Projekt der Veränderung der eigenen Lebenswelt durch die Einzelnen, ihre Familien und Partnerschaften, von Gruppen auf kommunaler Ebene oder in Betrieben, in vielen Initiativen und Bewegungen praktiziert wird. Es kann nicht diktiert und administriert werden. Der Geist eines solchen Projekts muss gerade auch in den Lebenswelten der Menschen und ihren Strategien zu deren Veränderung entstehen, oder er entsteht überhaupt nicht.

Dieser theoretische Exkurs sollte Begriffe klären, die Licht auf die Gesellschaft werfen. Denn die konkrete Perspektive, die Richtung, von der aus Licht geworfen wird, lässt die Gesellschaft je anders erscheinen. Die eigene Lebenswelt in sozialer Sicherheit selbst zu bestimmen, ist nur möglich, wenn sie von der Unterordnung unter die Zwänge von Märkten, unter die Herrschaftsinteressen der ökonomisch und politisch Mächtigen, unter die Dominanz des Profits in der Gesellschaft befreit wird. Eine solche Emanzipation ist nur möglich, wenn der neoliberal geprägten Entwicklung und den Dritten Wegen der Sozialdemokratie eine emanzipative Reformalternative entgegengesetzt und in einem voraussichtlich langen Transformationsprozess zur Geltung gebracht wird.

3. Kapitel

Der Arbeit ein menschliches Maß – sozial-ökologischer Umbau der Arbeitswelt

Endlich Wege aus der chronischen Massenarbeitslosigkeit zu finden, das gilt in den reichen Ländern der westlichen Welt allgemein als das Problem Nr. 1 – umschrieben als Suche nach Antworten auf die so genannte Krise der Arbeitsgesellschaft. Das ist auch der Gegenstand dieses dritten Kapitels unseres Berichts. Das Nach- und Vordenken über zentrale Fragen unserer Zeit steigt spätestens hier in irdische Gefilde hinab. „Leben statt gelebt zu werden“ – das heißt allemal und nicht zuletzt, das Verhältnis von Leben und Arbeit neu zu justieren. Herauszufinden ist, welche Schlüsse aus den in den ersten beiden Kapiteln behandelten großen Umwälzungen und Ansprüchen für die Neugestaltung der Arbeit gezogen werden können.

3.1. Ausgangsbedingungen alternativer Arbeitspolitik

Der Umbau der Arbeitsbeziehungen muss verarbeiten, dass insbesondere seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft zeitlich zusammenfallen und eine *historische Umbruchsituation* konstituieren. Die Menschheit ist abermals an einer Wegscheide der Geschichte angelangt. Globalisierung und globale Umweltkrise, hochtechnologische Revolution und eine neue Zentralität von Bildung, Wissen und Information, sozialstruktureller und demographischer Wandel, die Emanzipation von Frauen und ihr Drängen auf Gleichstellung auch in den Arbeitsbeziehungen und ein vielschichtiger Individualisierungsprozess verändern die Arbeits- und Lebenswelt. Die fordistischen Voraussetzungen für Vollbeschäftigung sind in diesen Umwälzungen zerbrochen. Was vorher ging, geht jetzt nicht mehr.

Drei Menschheitsfragen, die der Fordismus nicht zu lösen vermochte, müssen unter den neuen Bedingungen auf einem nachfordistischen Entwicklungsweg gelöst werden: der ökologische Umbau der Gesellschaft, die Überwindung von ökonomischer Unterentwicklung und Armut in der so genannten Dritten Welt und der Umbau der ins Wanken geratenen Arbeitsgesellschaft, auf der die sozialen Sicherungssysteme beruhen.

Welt im Umbruch

Niemand kommt an diesen Fragen vorbei: kranke Gewässer, ungesunde Luft, sterbende Bäume, Lebensmittelskandale, verstopfte Straßen und viele Tiere und Pflanzen nur noch Erinnerung. Die Verbindung von Demütigungen durch westliche Arroganz mit Ungerechtigkeit, Hunger und Armut in den so genannten Entwicklungsländern als Nährboden für Terrorismus und Deutsche als Soldaten in fremden Ländern, weil Konflikte nicht rechtzeitig mit friedlichen Mitteln bearbeitet wurden. In solchen und anderen Gestalten treten die Probleme der Welt in das ganz normale Alltagsleben der Deutschen.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft gar ist allgegenwärtig. Sie drängt die einen aus Arbeit und sozialem Zusammenhalt oder in prekäre Beschäftigung. Sie betrifft Frauen besonders, zumal die in Ostdeutschland, und befördert ihre Kinder nicht selten ins Abseits, weil sie mit den Klamotten der Kinder von Gutverdienenden nicht mithalten können. Frauen und Männer im mittleren Alter werden als zu alt ausgemustert. Viele Junge finden keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Und die anderen kommen nicht zum Leben, weil die Arbeit sie auffrisst. Nicht selten sind sie von der Angst getrieben, die Arbeit zu verlieren.

**Neue Arbeitswelt
– fremd- oder
selbstbestimmt?**

Die Gesamtheit der andauernden Umwälzungen führt dazu, dass es die tendenzielle Vollbeschäftigung als herkömmliches Normalarbeitsverhältnis des männlichen Familienernährers auf Lebenszeit nicht mehr geben wird. Ein neues Normalarbeitsverhältnis mit gleicher Geltung für Frauen und Männer muss herausgefunden werden. Die Erwerbsarbeit wird weiter unter externen und internen Schocks zu leisten sein (SCHMID, 1997: 29/30). Wir teilen daher die verbreitete Auffassung, *dass eine neue Art der Vollbeschäftigung diskontinuierliche Erwerbsverläufe in sich aufnehmen wird* – mit erheblichen Risiken für die soziale Sicherheit und mit Chancen für ein selbstbestimmtes Leben, die genutzt werden müssen. Im Leben vieler Menschen werden sich Erwerbsarbeit und Weiterbildung, abhängige und selbständige Erwerbsarbeit, Vollerwerbsarbeit und Teilzeitarbeit, Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit für Familie und Gemeinwohl abwechseln oder in wechselnden Kombinationen auftreten (ROGOWSKI; SCHMID 1997: 7; ANXO; O'REILLY 2000).

Die Gesamtheit der andauernden Umwälzungen führt dazu, dass in neuer Weise mehr denn je Marx' und Engels' Schilderung zutrifft: „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsi-

cherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen früheren aus. ... Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“ (MARX/ENGELS, BD. 4: 465) Ein solcher ständiger Umsturz aller gewohnten Verhältnisse betrifft heute die Arbeitswelt mit besonderer Intensität.

Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist, ob die Flexibilisierung der Arbeit – sei es für Lohnabhängige oder für neue „Arbeitskraftunternehmer“ – weiter als fremdbestimmter Prozess, unter Verlust sozialer Sicherheiten, als sozialer Aufstieg für die einen und als Abstieg für die anderen verlaufen wird. Oder ob der Umbau der Arbeitsverhältnisse in erheblichem Maße von den Betroffenen selbst bestimmt wird, ob er als Erweiterung von Freiräumen für ihre Individualität ausgeschöpft und solidarisch gestaltet wird, ob flexible Erwerbsverläufe um ein neues Normalarbeitsverhältnis gruppiert werden können, ob dabei erhebliche soziale Sicherheit auf dem Wege der Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme bewahrt bleibt und ob es gelingt, mitzubestimmen, welche Produkte und Leistungen das Ergebnis der Arbeit sind.

Das neoliberale Muster für den Umgang mit der Krise der Arbeitsgesellschaft – im 1. Kapitel skizziert – beantwortet diese Frage letzten Endes antiemanzipatorisch und antisozial: Wachstum um jeden Preis; Produktivitätssteigerung als Bedingung für ein Wachstum, das die Probleme nicht mehr löst, die Umwelt zerstört, aber die Profite und den Konsum der Gewinner steigert; Ausweitung des Niedriglohnsektors, Rückbau der Sozialleistungen und Überlegenheit in der globalen Verdrängungskonkurrenz; Privatisierung der Lebensrisiken; soziale Polarisierung: die einen reich oder wenigstens in Arbeit, die anderen arm und oft ohne Arbeit, die Mitte zwischen Aufstiegshoffnung und Abstiegängsten; für die Verlierer Sozialhilfe bei Arbeitsauflagen oder

Zwei Entwicklungspfade stoßen an Grenzen

Zum Vergleich:

Das fordistische Muster für die Arbeitsgesellschaft lautete: Wachstum als der Königsweg; Vollbeschäftigung und steigende Einkommen durch Binnenwachstum und Weltmarktexpansion; beachtliche Sozialversicherungsleistungen in Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen der männlichen Familienernährer; Produktivitätssteigerung als Bedingung für mehr Wachstum, für höhere Profite und mehr Konsum.

eine Dienstbotenperspektive. Und festzuhalten ist wiederum, dass die Gesamtheit dieser Prozesse Frauen in ganz besonderem Maße belastet.

Die Dritten Wege der Sozialdemokratie nehmen diese neoliberale Grundtendenz auf. Das ist ihr Grunddefizit. Sie sollen allerdings durch institutionalisierte Konsensfindung aller Beteiligten in Aushandlungsprozessen umgesetzt werden. Ein „aktivierender Sozialstaat“ soll durch bessere Bildung und Weiterbildung für alle die Chancen der Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Die Privatisierung der Lebensrisiken wird durch den Teilerhalt solidarischer Elemente in den Sicherungssystemen abgedeckt und gerade damit durchsetzbar gemacht.

Emanzipatorische Reformalternativen müssen auch auf dem Feld der Arbeitspolitik in der Auseinandersetzung mit Theorie und Realität dieser beiden Entwicklungspfade zur Geltung gebracht werden. Hier wird für die Wege zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung bewusst der Begriff Arbeitspolitik statt des Begriffs Beschäftigungspolitik benutzt. Damit wird betont, dass es nicht um irgendeine Beschäftigung um der Beschäftigung willen geht, sondern um sinnvolle Arbeit – sinnvoll für die Einzelnen und sinnvoll für die Gesellschaft.

3.2. Individualität statt Funktionalität – Vorzeichen alternativen Wandels der Arbeitswelt

Alternativen sind möglich

Unsere Auffassung ist, dass die neoliberalen Antworten auf die Krise der Erwerbsarbeit und die der Dritten Wege nicht alternativlos sind. Die im 2. Kapitel umrissenen Grundprämissen emanzipatorischer Reformalternativen sind kein reines Glaubensbekenntnis. Sie enthalten die entscheidenden Ansätze auch für die Erneuerung der Arbeitswelt.

Zu beantworten ist, was Gerechtigkeit für den Umbau der Arbeitsbeziehungen bedeutet. Herauszufinden ist, wie die Teilhabe für jede und jeden an Erwerbsarbeit als elementares Freiheitsgut erreicht werden kann. Zu suchen ist danach, was selbstbestimmtes und solidarisches Handeln in neu gestalteten Arbeitsbeziehungen bedeutet und wie die neuen Bedingungen der Arbeit statt zu Verlusten zu Gewinnen für die Individualität der Arbeitenden führen können. Leben statt gelebt zu werden – dieser Anspruch ist auch in den Arbeitsverhältnissen durchzusetzen.

Unsere Grundthese dazu lautet: Eine neue Art Vollbeschäftigung ist möglich und wird auf einem neuen Normalarbeitsverhältnis beruhen.

Es darf nicht dabei bleiben, dass Alternativen nicht einmal als denkmöglich gelten, obwohl sie dem gesunden Menschenverstand entsprechen: Ist es nicht widersinnig, dass die Steigerung der Produktivität mit der Überarbeit der einen den Millionen anderen die Arbeit nimmt und die sozialen Klüfte global vertieft, damit die Profite und der Konsum der Gewinner wachsen? Müssen wirklich die erreichten sozialen und kulturellen Standards sinken, wenn die Arbeitsproduktivität steigt? Unsere Überlegungen zu diesen Fragen liegen quer zur gegenwärtigen realen Entwicklung und zum vorherrschenden Denken unter so genannten unausweichlichen Sachzwängen. Sie sind kein Rezept, das kurzerhand zu verwirklichen wäre. Wir betrachten sie als längst überfälligen Versuch, das Aufbegehren von Gegnern globaler Ungerechtigkeit durch ein Aufbegehren in der Bundesrepublik gegen die üblichen Antworten auf die Krise der Arbeitsgesellschaft und die mit ihr verbundene Erosion der sozialen Sicherungssysteme zu ergänzen. *Eine Gesellschaft, die auf alternatives Denken verzichtet, verurteilt sich – zumal in Zeiten tiefer Brüche – zum Scheitern.* Dies ist eine elementare Erfahrung aus der Geschichte des Staatssozialismus. Warum sollte sie für moderne bürgerliche Gesellschaften nicht gelten? Manche unserer Antworten auf die ungelösten Probleme der Arbeitsgesellschaft mögen sich vielleicht als unzureichend erweisen. *Aber unsere Fragen und unser Infragestellen dessen, was ist, halten wir für unverzichtbar.*

Wäre es nicht eine Lösung vieler Probleme, wenn die Steigerung von Arbeitsproduktivität und Reichtum bei gerechterer Einkommensverteilung für eine erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit, für den Gewinn von freier selbstbestimmter Zeit und für eine gerechte Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, die arbeiten wollen und können, genutzt würde? Ist es wirklich unvorstellbar, dass im Lauf von Lernprozessen vielen Menschen der Zuwachs selbstbestimmter freier Zeit für zwischenmenschliche Bindungen, für die Sorge um andere, Bildung, Erholung und freiwillig gewähltes gesellschaftliches Engagement wichtiger als stofflicher Konsumzuwachs werden könnte? Liegt nicht in Zeiten wachsender Unsicherheit der Vorschlag nahe, ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen als Bürgerrecht einzuführen, das dem Einzelnen erlaubt, zu

unzumutbaren Arbeitsbedingungen Nein zu sagen, ohne einen tiefen sozialen Absturz zu riskieren? Ein Grundeinkommen, das in bestimmten Lebensabschnitten einen freiwilligen zeitweiligen Tausch von Erwerbsarbeit gegen sozial gesicherte Arbeit für sich selbst, Familienarbeit und gemeinnütziges Tun ermöglicht und damit Arbeitssuchenden den Einstieg in die Erwerbsarbeit freimacht?

Wir hören, solche Fragen würden der Logik der Ökonomie widersprechen, genauer gesagt, der Logik des Profits und der Kapitalverwertung. Das mag sein. Aber dann muss dieser Logik widersprochen werden. Dann muss sie in die Schranken einer anderen sozialen, ökologischen, emanzipatorischen Logik verwiesen und darin aufgehoben werden. Genau darum geht es den Autoren, die erlebt haben, dass Denken ohne Alternativen in historische Sackgassen führt. Wir streben nicht an, die gegebenen Verhältnisse schlagartig durch andere zu ersetzen.

In einer Erzählung Heinrich Bölls fragt ein Tourist einen einheimischen Fischer, der geruhsam auf das Meer schaut, warum er nicht draußen auf Fischfang sei. Er habe seine Fahrt schon hinter sich, gibt der Fischer Auskunft. Aber wenn er mehrmals auf Fang ginge, so der Tourist, könne er sich eines Tages ein weiteres Fangboot kaufen, und bei noch größeren Anstrengungen vielleicht mehrere sogar. Ja, bei Einsatz aller Energien schließlich könne er sich womöglich sogar zur Ruhe setzen und den Ausblick des Meeres genießen. Genau das täte er gerade jetzt und ohne diesen Umweg, antwortete der Fischer.

Wohl aber wollen wir, dass andere Fragen als die üblichen gestellt werden, dass Arbeits- und Sozialpolitik aus einer anderen Perspektive und mit einer alternativen Zielvorstellung betrachtet werden und dass dies Einfluss auf die Art nächster praktischer Schritte gewinnt.

„Allen die Möglichkeit von individueller existenzsichernder Erwerbsarbeit, die unabhängig von anderen macht, allen die eigene Entscheidung, weniger zu arbeiten, allen die Chance, selbstbestimmt zu leben.“

Dies ist die Vision des Ausstiegs aus einem Entwicklungstyp, der die Mehrheit von echten Partizipations- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ausschließt. Gerecht verteilte bezahlte und unbezahlte Arbeit, menschenwürdige Einkommen, Mitbestimmung und Partizipation für alle halten wir auf einem Entwicklungspfad für möglich, der zugleich Lösung der ökologischen Probleme, Überwindung der ökonomischen Unterentwicklung und der Armut in großen Teilen der Welt bedeutet.

Dieser Pfad ist nicht mit einfacher Weiterführung von Partizipationsvorstellungen der fordistischen Gesellschaft begehbar. Anders gesagt: Arbeit für alle, wachsende Einkommen und wachsende Teilhabe am Konsum, ergänzt durch mehr betriebliche Mitbestimmung und soziale Sicherheit gegen Armut, sind zwar nicht obsolet, aber sie sind allein keine hinreichenden Visionen für einen Entwicklungspfad nach dem Fordismus. Dies besagt nicht, dass Erwerbsarbeit, Einkommenszuwachs, Mitbestimmung und soziale Sicherheit keine wichtigen Ziele bleiben. Nur ergeben sie allein noch kein neues Paradigma, kein soziales Integrationsmodell, an dem sich das Ringen um eine neue Gestalt der Weltökonomie und der Lebenswelten der Menschen abarbeiten könnte. Diese Ziele reichten aus und waren realisierbar, als in einer funktionierenden fordistischen Ökonomie ein starkes Wachstum den Freisetzungseffekt der Produktivitätssteigerung weitgehend kompensierte und zu tendenzieller Vollbeschäftigung führte. Das Wachstum wurde von der Steigerung der Arbeitseinkommen, des Konsums und der Exportüberschüsse getragen. Aus der Sicht einer fordistischen Ökonomie sind Wachstum, die Erhöhung der Investitionen und der Weltmarktanteile daher die gebotenen Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Sie widersprechen aber den oben skizzierten Voraussetzungen eines postfordistischen Entwicklungspfades: Abkehr von einem Wachstum, das die Umwelt zerstört, Abkehr von einem Wachstum zu Lasten der Schwächeren in der internationalen Verdrängungskonkurrenz, Aufwertung von Erwerbs- und Eigenarbeit jenseits von Kapitalrentabilität und Öffnung für selbstbestimmte Lebens- und Arbeitsweisen. Auf solchem Entwicklungsweg wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Zugang zu verkürzter Arbeitszeit und zu gerechter Verteilung von Arbeit und Einkommen. Sie bietet aber zugleich die Möglichkeit, mehr disponible Zeit zu gewinnen und auch diesen Gewinn gerecht zu verteilen, nicht zuletzt zwischen Frauen und Männern.

Aus der Perspektive der vom Fordismus geprägten Werte, Normen und Gewohnheiten erscheint dies als Katastrophe. Die Perspektive, alle könnten weniger arbeiten und doch genauso gut und besser leben⁷, erscheint als pure Illusion. Hier dagegen wird danach gefragt,

**Alte Wege nicht
mehr möglich**

⁷ Dies gilt in dieser Form zunächst für die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten. Für die Entwicklungsländer ist über einen längeren Zeitraum ein hohes Wachstum und der Aufbau eines hinreichenden Volumens an Erwerbsarbeit erforderlich. Beides nebeneinander setzt voraus, dass die Wettbewerbsbedingungen – besonders

wie eine mögliche nachfordistische Ökonomie des ökologischen Umbaus und der steigenden Ressourceneffizienz mit emanzipatorischen Perspektiven verbunden werden kann. Ist eine Entwicklung vorstellbar, in der Produktivitätsgewinne, Gewinn an disponibler Zeit und freien Ressourcen in der Wirtschaft zugleich als Gewinn für die selbstbestimmte Entwicklung aller Individuen realisiert werden kann, als Zuwachs selbstbestimmter Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens? So dass ein Wechsel der Prioritäten möglich würde: nicht so sehr der Zuwachs an stofflichem Konsum für ohnehin Wohlhabende, sondern der Zuwachs an Ressourcen für die selbstbestimmte Gestaltung der disponiblen Zeit würden zum primären lebensweltlichen Sinn der Erwerbswirtschaft.

Zwei Seiten einer Medaille

Bei steigender Arbeitsproduktivität wäre eine *Ökonomie der Ressourceneffizienz* die eine Seite der Medaille, eine *Gesellschaft der Partizipation* die andere. Die entscheidende Vermittlung zwischen beiden wäre die gerechte Verteilung der Gewinne an disponibler Zeit und an disponiblen Ressourcen für die freie, selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens. Dass nicht selten Erwerbsarbeit und unbezahlte Tätigkeit ineinander übergehen, ist darin eingeschlossen.

Eine zentrales Moment unseres Ansatzes ist, die Produktivitätseffekte der Produktivkraftentwicklung, der Wissenschaft, der Bildung und des Engagements der Menschen für einen emanzipatorischen und ökologischen Umbau der Arbeitsgesellschaft zu nutzen. Eine neue Art der Vollbeschäftigung (vgl. zum Begriff der neuen Vollbeschäftigung S. 198/199) soll nicht gegen, sondern mit der Produktivitätssteigerung erreicht werden, aber nicht im Standortwettbewerb auf Kosten anderer, nicht nach Gerhard Schröders Aufforderung an die Deutschen: „Wir können selbst entscheiden, ob wir im Prozess der Globalisierung Hammer oder Amboss sind.“ (SCHRÖDER 1998) Eine alternative Transformation der fordistischen bzw. zunehmend neoliberal bestimmten Arbeitsgesellschaft müsste umfassen:

1. Erwerbsarbeit für alle Arbeit Suchenden und Neukombination des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit in den Industrieländern ohne ethnische Diskriminierungen.
2. Eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen.

bei der Gestaltung des Kapitalverkehrs und der Handelsbilanzen *ungleich* reguliert werden.

3. Eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit zwischen prosperierenden Regionen und Krisenregionen.
4. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, in der die internationale Arbeitsteilung die Länder des „Südens“ dabei unterstützt, die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von mehr einer Milliarde Menschen zu überwinden.

In drei Blöcken möglicher Schritte wird zu entwickeln sein, welche Wege in wechselseitiger Ergänzung zu einem progressiven Umbau der Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik führen könnten.

Der Gang unserer Überlegungen

Ein erster Block von Entwicklungen umfasst unter der Klammer *„Arbeit und Individualität“* solche Schritte, die unabhängig von der Eröffnung neuer Wachstums- und Beschäftigungsfelder auf die Teilhabe aller an Erwerbsarbeit zielen, jedoch in besonderem Maße auf solche Teilhabe, die den Einzelnen Räume für selbstbestimmte Entscheidungen eröffnet und ihrer Individualität Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Dazu gehören Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit, Übergangsmärkte, die Einführung eines bedarfsorientierten Grundeinkommens als Bürgerrecht, von Mindestlöhnen und -sozialstandards in der Europäischen Union und eine produktivitätsorientierte solidarische Lohnpolitik.

In einem zweiten Block wird im Rahmen von *„Arbeit und Strukturwandel“* danach gefragt, welche Veränderungen der Wirtschaftsstruktur zum Entstehen neuer Arbeitsplätze in Feldern sinnvoller, gesellschaftlich nützlicher Arbeit führen können. Dazu gehören der ökologische Umbau der Bundesrepublik, die Ausweitung professioneller humanorientierter Dienstleistungen, technologische Innovationen und ihre Konzentration auf den sozial-ökologischen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen und eine beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Wege in eine neue Art der Vollbeschäftigung

1. Arbeit und Individualität

Bildung als Chance im Arbeitsleben

Arbeitszeitverkürzung – gerechte Umverteilung der Arbeit

Grundeinkommen – Sicherheit im Wandel der Arbeitsverhältnisse

Lohneinkommen und Binnenmarktstabilisierung

2. Neue Arbeitsfelder – Arbeit und Strukturwandel

Ökologischer Umbau

Humanorientierte Dienstleistungen

Technologische Innovationen

Regionalentwicklung

3. Wirtschaftspolitik für neue Vollbeschäftigung

Geld- und Kreditpolitik

Finanzpolitik

Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung

Europäische Beschäftigungspolitik

Ein dritter Block von Wandlungen skizziert unter der Überschrift „*Arbeit und makroökonomische Politik*“, welche Anforderungen an Geldpolitik, Finanzpolitik und innovative Strukturpolitik zu stellen sind, um einen progressiven Wandel der Arbeitswelt zu fördern.

Ein solcher mehrdimensionaler Ansatz alternativer Reformen zum Umbau der Arbeitsgesellschaft unterscheidet sich erheblich von dem Grundmuster der gesellschaftlichen Debatten über die Krise der Arbeitswelt und von der vorherrschenden Politik. *Reformvorstöße, ob eher neoliberal getönt oder mehr arbeitnehmerorientiert, erfolgen meist auf singuläre Weise.* Einzelne Vorschläge werden wie der berühmte Hut in den Ring der Arbeitspolitik geworfen. Mal ist es ein Angriff auf Sozial- und Arbeitslosenhilfe, der den Leistungsdruck erhöhen soll, mal die Forderung nach Verringerung der Überstunden. Bildung und Ausbildung rücken in den Vordergrund, oder ein Kombilohnmodell wird aus der Tasche gezogen. Die einen setzen auf öffentliche Investitionsprogramme, die anderen auf effektivere und am besten private Arbeitsvermittlung. Mal hat ein Bürgergeld Konjunktur, mal die Propagierung der Dienstbotengesellschaft.

Hier dagegen wird ein komplexer Zugang zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung vertreten. Gewiss wird auch in der Verfolgung dieser Konzeption zu unterschiedlichen Zeiten einzelnen Schritten besondere Bedeutung zukommen. *Aber weitreichende Lösungen erwarten wir auf längere Sicht von einem Mehrebenenansatz. Dessen innerer Zusammenhang ist der Anspruch auf Selbstbestimmung der Individuen in der Erwerbs- und Lebenswelt und ein Zuwachs an sozialer Sicherheit als Bedingung dafür.* Wir werden darauf immer wieder zurückkommen, um die verbindende Grundidee unseres Diskussionsangebots bei der Behandlung aller seiner einzelnen Seiten nicht aus dem Auge zu lassen. Vielleicht werden manche Leserinnen und Leser unmutig werden – immer wieder das Gleiche: Individualität und soziale Sicherheit. Doch es ist dies eben die Leitidee des Ganzen.

3.3. Arbeit und Individualität

Nach der eben vorgestellten Gedankenführung geht es im folgenden Abschnitt um solche Schritte zu einer neuen Vollbeschäftigung, die unabhängig von der Eröffnung ganz neuer Felder der Erwerbsarbeit möglich und der Individualität und Selbstbestimmung der Arbeitenden und Arbeit Suchenden besonders förderlich sind:



3.3.1. Arbeit und Bildung

Bildung gehört zu den elementaren Voraussetzungen für chancenreiche Teilhabe an Erwerbsarbeit. Zunehmende Flexibilisierung der Arbeit nicht als fremdes Diktat hinnehmen zu müssen, sondern als Gewinn für eigene Zeitsouveränität und für selbstbestimmte Kombinationen zwischen Lebenswelt und Arbeitswelt zu bewältigen, erfordert Bildung, Information und Wissen. Wachsenden Ansprüchen in der Arbeit zu genügen, selbst Ansprüche an sinnvolle Arbeit zu stellen, sich gegen unzumutbare Arbeitsverhältnisse erfolgreich zu wehren, mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft durchzusetzen, setzt berufliche Qualifikation und Allgemeinbildung voraus. Bildung verleiht Selbstsicherheit.

Arbeit und Bildung gehören mehr denn je zusammen. Wenn die Brüche unserer Zeit die Gesellschaft ständig umkrepeln, wenn die Entwicklung der Wissenschaften ihre technologischen Grundlagen fortwährend umwälzt, wenn folglich die Anforderungen in der Arbeit ständigem Wandel unterworfen sind, gewinnen allgemeine und berufliche Bildung ein erstrangiges Gewicht. Die Chancen in der Arbeitswelt hängen in hohem Maße vom Erwerb zeitgemäßer Bildung ab. Wer Arbeit sucht und nur geringe Qualifikation vorweisen kann, hat häufig schon verloren und wird künftig noch schlechtere Karten haben. Gering Qualifizierte sind eher von Arbeitslosigkeit betroffen. 17 Prozent der Erwerbstätigen der Bundesrepublik haben nach Angaben des Mikrozensus keinen Berufsabschluss. Unter den Arbeitslosen sind jedoch 27 Prozent ohne Berufsabschluss. Von den Langzeitarbeitslosen sind rund 40 Prozent wenig qualifiziert. Nach den Ergebnissen einer Repräsentativbefragung der IG Metall erwarten 71 Prozent aller Befragten, dass eine gute berufliche Ausbildung immer wichtiger wird, und 70 Prozent gehen davon aus, dass beruf-

liche Weiterbildung künftig noch weit stärker an Bedeutung gewinnen wird (IG METALL–ZUKUNFTSREPORT 2001: 24). Hinzuzufügen ist allerdings, dass Bildung allein keine Garantie für Gerechtigkeit ist. Mehr Mädchen und Frauen als Männer erreichen mit besseren Abschlüssen das Abitur und studieren, haben aber trotzdem weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Es entspricht der Konzentration unseres Berichts auf die Bedingungen für die Entfaltung der Individualität einer und eines jeden, dass wir die Anforderungen an Bildung nicht auf ihre Funktion für den Wirtschaftsstandort Deutschland reduzieren. Uns gilt soziale Gleichheit der Teilhabe an Arbeit, Bildung und Kultur als unverzichtbar für ein selbstbestimmtes Leben der Individuen in sozialer Sicherheit. Gute allgemeine Bildung und berufliche Ausbildung sind Bedingungen sowohl für sinnerfüllte Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit wie für sinnvolles Ausschöpfen von freier Zeit und für ein solidarisches Verhalten in der Gesellschaft. Hubert Laitko schreibt deshalb über Bildungsprozesse, „ihre Identität und ihr Erfolg sind letztlich abhängig von dem Maß an menschlicher Zuwendung, das in sie investiert wird“. (LAITKO 2001: 1).

Menschliche Zuwendung findet jedoch kein Maß an der Dienlichkeit für Kapitalverwertung. Bildung bedarf langer Zeit erheblichen Aufwandes, ehe sie für die Gesellschaft und für die Lernenden und Studierenden selbst wirksam wird. Ein beachtlicher Teil an geeigneter Bildung und Kultur wird zu Momenten ihrer Individualität, ohne sich je wirtschaftlich in Cent und Euro niederzuschlagen. Deshalb gehören Bildung und Kultur in die letzte Verantwortung des Gemeinwesens, um dessen kollektive Zukunft es geht. Bildung darf nicht zum Marktobjekt verkommen. Die Steuerung von Bildungsprozessen nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien lehnen wir ab. Allerdings kann und soll der Staat nicht alle Aufgaben in Bildung und Kultur allein lösen. Wohl aber hat er den Rahmen für diese Bereiche und die Sicherung hochwertiger einheitlicher Bildungsstandards zu verantworten, damit sich Engagement und mehr Autonomie der Schulen in öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Formen entfalten kann. Der Skandal andauernder und sogar zunehmender sozialer Ungleichheit der Teilhabe an Bildung, Wissen und Kultur selbst in der reichen Bundesrepublik muss durch eine demokratische Bildungsreform überwunden werden.

Eine demokratische Bildungsreform muss alle Bildungsstufen bis zu den Universitäten umfassen. Sie sollte von einigen Grundprämissen ausgehen:

Bildung für offenen Wandel Bildung ist ein derart in die Zukunft reichender Prozess, dass die Bildungseinrichtungen junge Menschen mit Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen für technologische und soziale Existenzbedingungen ausrüsten müssen, die im Zeitraum der Bildungsvermittlung niemand vorausbestimmen kann. Bildung muss daher als Vorsorge für eine im Wesentlichen nicht vorhersehbare Zukunft gestaltet werden. Dazu gehören das Recht und die Einstellung auf ein lebenslanges Lernen, die Vermittlung von Methoden zur Aneignung von neuem, auch internationalem Wissen, das Lernen des Lernens, eine Offenheit dafür, dass der Lauf der Geschichte selbst offen ist, die Einstellung auf ein Leben unter Bedingungen ständigen Wandels, auf innovatives Verhalten und selbst gewollte Flexibilität.

Persönlichkeitsbildung Bildung als Vorbereitung auf einen derartigen offenen Wandel zielt aber nicht auf Unterwerfung unter so genannte Handlungszwänge in Gegenwart und Zukunft, sondern hat wesentlichen Anteil an der Aufgabe, souveräne und kritische Persönlichkeiten herauszubilden, die sich Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, sozialer Gleichheit, Solidarität und Toleranz verpflichtet fühlen und die entsprechend handeln – auch wenn dies Widerstand und zivilen Ungehorsam erfordert. In diesem Sinne werden Reformprozesse in Bildung und Kultur mit Erneuerungsprozessen der Demokratie im Bildungsbereich selbst und in der Gesellschaft zu verbinden sein. Sie haben die Fähigkeit zu selbstkritischem Verhalten und Kritikfähigkeit zu fördern. Bildung – politische Bildung eingeschlossen – und Kultur werden wissenschaftlichen und ethischen Vorlauf für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft aufzunehmen haben, wenn sie junge Menschen auf die Teilhabe an solcher Gestaltung vorbereiten und Älteren dabei hilft. Bildung wird zunehmend Herausforderung sozialer Kompetenzen und kommunikativer Fähigkeiten zum gemeinsamen Umgang mit Aufgaben und Herausforderungen sein. Aber diese Herausforderungen müssen im Bildungsprozess erkennbar gemacht werden:

Öffnung für die wirklichen Probleme Bildung auf der Höhe der Zeit erfordert, dass in Schulen, Universitäten und Hochschulen die wirklichen Probleme der Gesellschaft die Bildungsinhalte mitbestimmen – beginnend mit Forschung und Lehre an den Universitäten, nicht zuletzt in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Doch davon sind Schulen und Universitäten weit

entfernt. Da ist die Handy-, Disko- und Straßenwelt der Kinder und Jugendlichen in der kapitalistischen Konkurrenz- und Konsumgesellschaft. Wünsche werden geweckt und Leistungsbereitschaft. Aber bei vielen wächst das Gefühl, kaum eine Perspektive zu haben. Und da ist – oft von Schülerinnen und Schülern als eine davon ganz getrennte Welt empfunden – die Schule, die sich häufig mit dem wirklichen Leben schwer tut. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben, diese Kluft abzubauen, um die junge Generation zu erreichen und um ihr beim Umgang mit den Problemen ihres Lebens und der Gesellschaft zu helfen. Wenn dies nicht gelingt, wird der Riss zwischen den Alltagserfahrungen junger Menschen und dem Schulwissen und bei vielen die Ablehnung der Schule als eine Einrichtung andauern, die zu wenig bietet, um das wirkliche Leben zu begreifen. Frust und Aggressivität sind dann die Folge.

Die Befragungsergebnisse der Jugend-Shell-Studien und andere Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass Kinder und junge Menschen sich durchaus nicht sozialem Engagement verweigern und keineswegs allein auf „Fun“, „Action“ und eigenes egoistisches Wohl aus sind. Wenn sie gemeinsam mit ihren Freunden und selbst gewollt etwas Sinnvolles tun können, nicht durch Vorschriften gegängelt und mit Spaß verbunden zumal, sind sie dazu häufig bereit (SHELL 1997: 18). Dieser Neigung zu selbstbestimmtem Engagement alle Möglichkeiten zu öffnen, ist eine entscheidende Aufgabe, die mit der Vermittlung modernen Wissens verknüpft werden muss.

Bildung als Vermittlung von modernem Wissen und als kulturelles Kapital der Einzelnen für Arbeit und Leben muss die Bewältigung ständigen Wandels, nicht zuletzt in der beruflichen Tätigkeit, ermöglichen und erleichtern. Dazu gehören die Verknüpfung breiter Allgemeinbildung mit der Förderung spezieller Begabungen, Solidität naturwissenschaftlicher Bildung, Wissen als Zugang zum Verständnis sozialer Probleme, die Verbindung zwischen Wissensvermittlung und methodischen Fertigkeit zur selbständigen Aneignung neuen Wissens, die Vermittlung von Kompetenzen zur Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und eine Einführung in den Reichtum unterschiedlicher Kulturen mit gebotem Respekt vor Fremdem und daraus resultierender Toleranz.

Derart hohe Ansprüche erfordern zwar nicht die Hinwendung zu eisernem Drill und zu autoritär durchgesetztem Pauken, wohl aber eine entschiedene Aufwertung von Schuldisziplin und Leistungsver-

Modernes Wissen – kulturelles Kapital

halten. Aus DDR-Zeiten stehen reiche Erfahrungen mit einem engen Zusammenwirken von Schule und Eltern und Gesellschaft im Interesse eines guten Lernklimas zur Verfügung. Diese Erfahrungen schließen ein, dass die meisten Lehrerinnen und Lehrer in der DDR Elternbesuche und das Wissen um das soziale Umfeld ihrer Schülerinnen und Schüler als Regelbestandteil ihrer pädagogischen Arbeit ansahen.

Bei den Kleinsten beginnen

Im Berliner Stadtteil Wedding beispielsweise beherrschen drei von vier neu Eingeschulten die Unterrichtssprache nicht oder nicht ausreichend. Ein Schulabgang ohne Schulabschluss ist vorprogrammiert und führt in die Arbeitslosigkeit. 40 Prozent der türkischen im Verhältnis zu 8 Prozent der deutschen Schulabgänger sind ohne Ausbildungsplatz.

DER SPIEGEL, NR. 20 2002: 99/100

Eine demokratische Bildungsreform muss in den Vorschuleinrichtungen beginnen, weil im frühesten Kindesalter die Grundlagen für die Überwindung der Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten wie auch aus zugewanderten Familien mit Sprachschwierigkeiten im Deutschen durch frühe besondere Förderung am aussichtsreichsten gelegt werden können. Aber im Durchschnitt der Bundesrepublik stehen nur für 8 Prozent der Kinder unter 3 Jahren und nur für 13 Prozent im Vorschulalter Betreuungseinrichtungen zur Verfügung. Weder von einer flächen-

deckenden Betreuung noch gar von einem Auftrag für vorschulische Einrichtungen zur Sicherung eines ausreichenden Sprachniveaus für alle Kinder kann die Rede sein. Vor allem für Migrantenkinder bedeutet dies, dass die Chance, im Vorschulalter durch besondere Förderung in Kindertagesstätten ihre sprachlichen Nachteile zu überwinden, äußerst gering ist. Für Kinder und Jugendliche, die in Armut oder in prekären Lebenslagen aufwachsen, sind dauerhafte Bildungsdefizite vorprogrammiert. Allerdings würden selbst ausreichende Kita-Kapazitäten mit Bildungs- und Sprachbildungsauftrag allein noch keine Gewähr für eine befriedigende Förderung von Migrationskindern bieten. Sie gehören anderen Kulturkreisen an, in denen oft die Familie als der zentrale Ort der Erziehung angesehen wird, nicht der Besuch einer Kindertagesstätte. Zu den guten Erfahrungen bei der Überwindung solcher kulturellen Barrieren gehört das Angebot von Bildungskursen für Mütter in den Schulen ihrer Kinder.

Flächendeckende reale Sicherung des Rechts für jedes Kind auf ganztägige Betreuung im Kleinkind- und Vorschulalter und Qualifi-

zierung des Betreuungspersonals für einen anspruchsvollen Bildungsauftrag der Vorschuleinrichtungen sind elementare Aufgaben für die Erneuerung des Bildungswesens in der Bundesrepublik. Deutschland und Österreich sind die einzigen europäischen Länder, in denen die in der Vorschulerziehung Tätigen und die Lehrenden in den Grundschulklassen ohne Hochschulabschluss arbeiten.

In einer demokratischen Reform der Bildung muss die **Integrative Schule** frühzeitige Trennung von dem Anschein nach mehr Begabten oder weniger Leistungsfähigen durch eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit aller Kinder und Jugendlichen ersetzt werden. Dies ist nach den Ergebnissen der Pisa-Studie eine ganz entscheidende Lehre aus dem Vergleich zwischen frühzeitiger Trennung der Bildungswege in der Bundesrepublik mit den integrativen Schulformen in den skandinavischen Ländern.

Die Bundesrepublik hat mit nur vier Jahren die kürzeste Grundschulzeit unter allen OECD-Ländern. Hier werden Kinder mit Startschwierigkeiten am radikalsten in die besonders vernachlässigten Hauptschulen abgeschoben und am frühesten von Kindern mit stärkerer Lernmotivation und Beispielswirkung getrennt. In anderen Ländern dagegen werden schwächere Schülerinnen und Schüler von stärkeren mitgezogen, werden Leistungsstärkere zur Unterstützung für Schwächere angehalten und festigen ihr eigenes Wissen, indem sie anderen erklären, worum es geht.

Das gegliederte Schulsystem hat zur Folge, dass nach dem sechsten Schuljahr für viele die individuelle Schulkarriere, der spätere Berufsweg und das künftige Einkommen weitgehend vorentschieden sind. Zudem werden in Deutschland Grundschulen im Vergleich

Zu einer Entwicklung der Bildung, die der Gleichstellung der Geschlechter verpflichtet ist, gehört seit einigen Jahren die neue Herausforderung, dem Zurückbleiben der Bildung von Jungen und jungen Männern hinter den Bildungsstand von Mädchen und jungen Frauen entgegenzuwirken. In anderen Industrieländern wird dieses Problem weit stärker öffentlich diskutiert als in der Bundesrepublik. Je anspruchsvoller die Bildungsstufe, desto höher ist der Mädchenanteil. In den unteren Schultypen stellen die Jungen die Mehrheit. Aber schon seit 1992 machen mehr Mädchen als Jungen das Abitur, im Jahr 2000 27 Prozent der Schülerinnen im Vergleich zu 21 Prozent der Schüler. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre wanderten vorwiegend junge Männer von Ostdeutschland ab. Etwa seit Mitte der neunziger Jahre verlassen vor allem junge, selbstbewusste Frauen die neuen Bundesländer. Allerdings – trotz häufig besserer Ausbildung – werden Mädchen und Frauen in der Berufsentwicklung nach wie vor benachteiligt.

zu Gymnasien besonders dürftig finanziert: mit 3531 Dollar pro Kind im Verhältnis zu 9519 Dollar pro Kopf in der Oberstufe der Gymnasien. Die entsprechenden OECD-Mittelwerte betragen 3940 und 5916 Dollar.

Unserer Vorstellung von notwendigem Abbau sozialer Ungleichheit entspräche die bundesweite Einführung eines integrierten Bildungssystems mit möglichst langer gemeinsamer Schulzeit aller und mit einheitlichen bzw. vergleichbaren und kontrollierten Bildungsstandards. Seine Aufgabe sollte gemeinsame Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Bedürfnissen nach besonderer geschlechterspezifischer Förderung sein. Es muss die gemeinsame Bildung und Erziehung von jungen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und Lernvoraussetzungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung des besonderen Förderbedarfs von Bildungsbenachteiligten und besonders Begabten und der gemeinsamen Bildung und Erziehung von Menschen mit und ohne Behinderungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung von besonderer Förderung von Menschen mit Beeinträchtigungen verpflichtet sein. Sein Anliegen ist die gemeinsame Bildung und Erziehung von Einheimischen und Zugewanderten bei gezieltem Ausgleich ihrer unterschiedlichen ~~Voraussetzungen~~ **Voraussetzungen**. Die bundesweite Einrichtung von Ganztagschulen, in denen Bildung, Spiel, Sport, kulturelle Betätigung, soziales Engagement, wechselseitige Hilfe und besondere Förderung Einzelner vereint werden können, bietet für solche Entwicklung nach den Erfahrungen nordischer Länder die besten Voraussetzungen. Schulen sollen nach unseren Vorstellungen attraktive Orte des Lebens – nicht allein des Wissenserwerbs – junger Menschen werden, Orte öffentlicher Kultur, Bildung und Freizeit, in denen Kinder und Jugendliche sich selbst entfalten können. Orte einer Gegenkultur zu Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Das schließt ihre Ausstattung mit qualifizierten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und Jugendpsychologinnen und -psychologen ein.

In der beruflichen Ausbildung öffnet sich eine Schere zwischen dem schon heute auf vielen Gebieten nicht zu deckenden Bedarf an qualifiziert Ausgebildeten und den erheblichen Ausbildungsdefiziten der Bundesrepublik. Ein eklatanter Lehrstellenmangel, besonders in den neuen Bundesländern, ist bedingt durch die Abstinenz vieler Unternehmen in der betrieblichen Ausbildung. Der Staat finanziert häufig nur kurze und billige Ausbildungsgänge, solche für Berufe mit hoher

Hochwertige Berufsausbildung

Verwendungsbreite des Gelernten zur Vorbereitung auf Tätigkeiten mit hohem Wertschöpfungspotenzial sind in der Förderpalette unterrepräsentiert. Die außer- und überbetrieblichen Ausbildungsverbände tragen einen großen Teil der Berufsausbildung, jedoch oft bei mangelhafter personeller und materieller Ausstattung der Berufsschulen und mit zu geringem Anteil praktischer Ausbildung. Sie bieten den Auszubildenden oft nur geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft hat allen Jugendlichen das einlösbare Recht auf berufliche Ausbildung zu sichern. Um ein hochwertiges Ausbildungsangebot zu erreichen, müssen diejenigen zahlungsfähigen Unternehmen, die selbst nicht ausbilden, mit einer bundesweiten Ausbildungsumlage belegt werden.

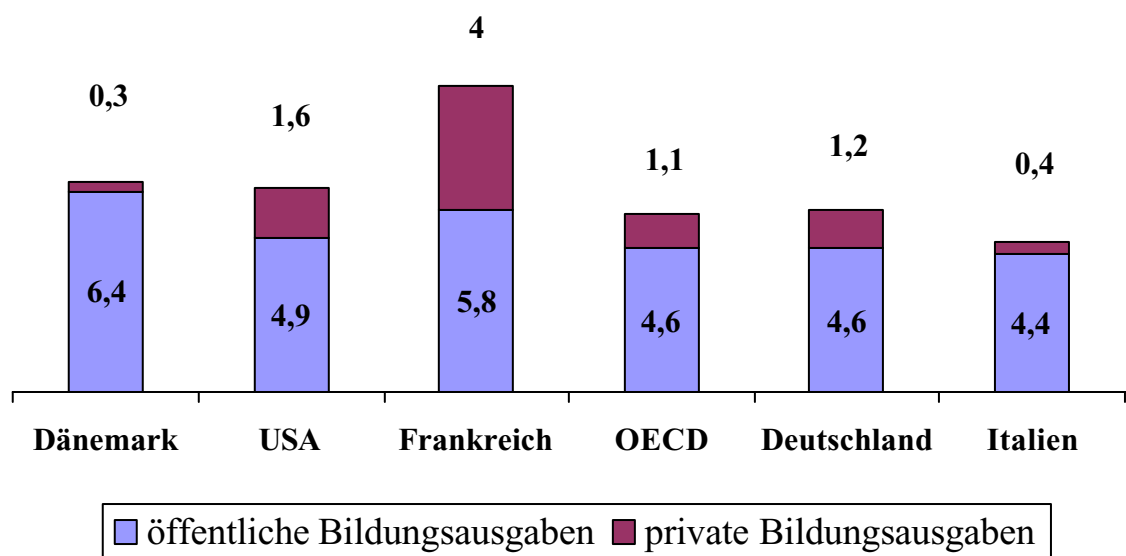
Die Ausbildungsgänge müssen an neue Qualifikationsanforderungen nach internationalen Maßstäben angepasst werden. Das erfordert, die Vielfalt der betrieblichen, überbetrieblichen, schulischen und Ersatz-Ausbildungsgänge zu systematisieren und konzeptionell anspruchsvoll weiterzuentwickeln.

Die notwendigen Anforderungen an eine kontinuierliche, flächendeckende und auch für sozial schwächere Gruppen ungehindert wahrzunehmende anspruchsvolle Weiterbildung und an eine demokratische Reform der Hochschulausbildung zu formulieren, würde den Rahmen unseres Berichts sprengen. Hier ist nur festzuhalten, dass Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen zu schaffen auch einschließt, berufliche Weiterbildung mit beruflichen Perspektiven zu verbinden, statt einer perspektivlosen Weiterbildungsmaßnahme die nächste folgen zu lassen.

Die sozial gleiche gerechte Teilhabe an Schulbildung, Weiterbildung und Hochschulbildung ohne Beschränkung für die Einzelnen aufgrund ihres sozialen Status ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausschöpfung der vorhandenen und der künftig zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten. Doch in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen sind in der Bundesrepublik 1,3 Millionen junge Menschen, das heißt 11,6 Prozent, ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sind in Gymnasien und Hochschulen unterrepräsentiert und beruflich meist benachteiligt. An Haupt- und Realschulen ist die Armutsquote dreimal so hoch wie an Gymnasien. Frauen sind in der beruflichen Bildung besonders benachteiligt. Viele Frauen sehen sich gezwungen, Berufe zu wählen, die einen leichten Wiedereinstieg in die Arbeit nach Auszeiten durch Geburt und

Kinderbetreuung ermöglichen und geringe Anforderungen an Weiterbildung stellen. Ihre Tätigkeiten sind überwiegend auf den unteren Ebenen in der Hierarchie der Berufe angesiedelt. Die Bildungswirklichkeit in der Bundesrepublik ist von sozial gleicher Teilhabe weit entfernt (HOSSBACH 2001; BULMAHN/CLEMENT 2000; DER SPIEGEL NR. 20, 2002: 118). Dies zu überwinden, ist eine Elementaranforderung an die notwendige Reform der Bildung.

**Bildungsausgaben im Internationalen Vergleich
Anteil am Bruttonsozialprodukt (in Prozent) (Quelle:
ver.di 2002 b: 29)**



Ambivalente Bedingungen

Der hier skizzierte, nach unserer Auffassung anzustrebende Wandel der Bildung im weitesten Sinne trifft auf höchst ambivalente gesellschaftliche Voraussetzungen.

Die Schranken für solchen Wandel treten in der unzureichenden Qualität der Bildung in der Bundesrepublik, in der unzureichenden personellen und materiellen Ausstattung des Bildungswesens und in der sozialen Ungleichheit der Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten zutage. Doch die weit bessere Bildungssituation in anderen Ländern verweist darauf, dass auch im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Grundverhältnisse durch eine andere Bildungs-, Wissenschafts- und Sozialpolitik durchaus erhebliche Verbesserungen möglich sind.

Einerseits sind Bildung und Wissenschaft mehr denn je elementare Voraussetzungen der Kapitalverwertung und werden an Bedeutung für sie noch weiter gewinnen. Sofern die Haushaltsmittel dafür auch

über Unternehmenssteuern aufgebracht werden, ist dies aber andererseits ein Abzug von privaten Gewinnen. Aufwendungen für Bildung, Wissenschaft und Kultur stoßen außerdem auf Zurückhaltung und Blockierungen seitens der Unternehmer, wo in diesen Sphären Tendenzen wirken, die den Horizont der Kapitalverwertung potenziell überschreiten. Was über die Funktionalität künftiger Arbeitskräfte für den gewohnten Lauf der Dinge hinaus geht, trifft auf Widerstand. Das betrifft beispielsweise gesellschaftskritische Bildungsinhalte und Forschungsprojekte, Pflege von Wissenschaftsdisziplinen ohne wirtschaftliche Verwertbarkeit, Stärkung von Werten wie Gleichheit und Solidarität, Ermutigung selbstbestimmten Verhaltens auch entgegen geltenden Normen, besondere Förderung Benachteiligter, Finanzierung von Jugendklubs und von materiellen Bedingungen für eigenständiges Engagement junger Leute.

Alternative Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik sind deshalb stets als Teil einer Politik für mehr Gerechtigkeit zu verfolgen und nur mit erheblichem Druck aller demokratischen und für Modernisierungsprozesse offenen Kräfte durchzusetzen.

Sozial gleiche Teilhabe an moderner Bildung – Förderung besonderer Begabungen und besondere Förderung Benachteiligter einschließend – gilt uns als optimale Bedingung für die Entfaltung individueller Verschiedenheit und individueller Begabungen. Ohne solche Teilhabe werden die Chancen der weniger Qualifizierten auf dem Arbeitsmarkt weiter sinken. Eine gute Allgemein- und Berufsausbildung ist das erste Tor des Eintritts in die Welt der Erwerbsarbeit und der Selbstbehauptung dort.

Doch es muss ein zweites Tor aufgestoßen werden. Auch Qualifikation führt nur dann zu Erwerbstätigkeit, wenn Arbeitsplätze da sind, für die die Qualifikation gebraucht wird.

**Durch viele Tore
musst du gehn**

3.3.2. Verkürzte Arbeitszeit – Erwerbs- und Eigenarbeit neu kombiniert

3.3.2.1. Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung der Arbeit

Woher sollen die Arbeitsplätze kommen für die, die nach Arbeit suchen? Tatsächlich kann eine bessere Ausbildung für viele dazu führen, Beschäftigung zu finden, weil nicht wenige Arbeitsplätze wegen unzureichender Qualifikation der Bewerber nicht besetzt werden. Doch selbst bei erheblich verbesserter Schul- und Berufsausbildung werden noch Millionen Arbeitsplätze fehlen. Woher sollen sie kommen? Es gibt nicht nur eine Antwort auf diese Frage. Aber ehe wir Umschau danach halten, auf welchen Feldern und mit welchen Mitteln sinnvolle neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenden wir uns den Problemen einer gerechten Neuverteilung der bereits vorhandenen Arbeit zu. Sie ist ein weiteres Tor zu mehr Beschäftigung.

Als einen der wichtigsten Ausgangspunkte für die Neuorganisation der Arbeit betrachten wir die mit steigender Arbeitsproduktivität mögliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit auf alle Arbeit Suchenden, auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Die Verkürzung der Arbeitszeit taucht in programmatischen und wirtschaftspolitischen Grundsatzpapieren aller Parteien im Bundestag auf, ebenso im Bericht der Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen und in dem Bericht von Orio Guarini und Patrick Liedtke an den Club of Rome „Wie wir arbeiten werden“. Aber eine Arbeitszeitverkürzung wird überwiegend nur noch als Teilaspekt der Flexibilisierung der Arbeitszeit erwogen und nicht an einen Lohnausgleich gebunden. Im SPD-Zwischenbericht „Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm“ vom November 2001 heißt es ausdrücklich: „Die Konzentration der Arbeitszeitdebatte auf die Tages- und Wochenarbeitszeit muss überwunden werden. Die Aussage des Berliner Programms ‚Daher streben wir den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an‘ ist revisionsbedürftig. Es sollte über flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeit und Lebensarbeitszeit diskutiert werden, ohne auf den Regulierungsanspruch in Bezug auf die Arbeitszeit zu verzichten.“ (GRUNDSATZPROGRAMMKOMMISSION DER SPD, 2001: 83) Die Grünen greifen in ihrem Parteiprogramm das Konzept der „Flexicurity“ auf, sie treten für Erhöhung der Flexibilität der Arbeitsbedingungen ein, wünschen jedoch ein bestimmtes Maß sozialer Sicherheit dafür.

Wir wollen die Diskussion über die Verankerung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und weiterer sozialer Rechte in einer modernen Verfassung wieder aufnehmen und auf die Diskussionsergebnisse verweisen, die es in der Bundesrepublik gibt und die 1990 im Zusammenhang mit dem Verfassungsentwurf des zentralen runden Tisches in der DDR erreicht worden sind. Uns ist wohl bewusst, dass Arbeitszeitverkürzung zur Zeit in der öffentlichen Diskussion nicht hoch im Kurs steht. Doch das muss nicht so bleiben.

Die Forderung nach einem in der Verfassung verankerten Bürgerrecht auf Erwerbsarbeit wird häufig mit dem Argument zurückgewiesen, dass ein solches Recht mit einer liberalen Verfasstheit der Gesellschaft unvereinbar sei. Freie Unternehmer könnten nicht zur Einstellung von Arbeitskräften gezwungen werden, wenn der Arbeitsmarkt dies nicht hergebe. Ein Recht auf Arbeit müsse leere Deklaration ohne praktische Durchsetzbarkeit bleiben. Dies läuft darauf hinaus, dass das Recht der Arbeitgeber gilt, nicht ein Recht derer, denen die Arbeit genommen ist. Die allerdings sollen bei Strafe von Leistungskürzungen gezwungen werden, zugewiesene Arbeiten anzunehmen, wenn sie als Arbeitslose Lohnersatzleistungen beziehen. Hier dagegen werden als Aufgabe in einem längeren Prozess eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und infrastrukturelle Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit eingefordert. Ein Recht auf Erwerbsarbeit soll dies unterstützen. In der Verfassung könnte verankert werden:

„Jede Bürgerin und jeder Bürger der Bundesrepublik und jede legal in der Bundesrepublik lebende Person hat das Recht auf Erwerbsarbeit und ein existenzsicherndes Einkommen. Sie haben zugleich das Recht auf Teilhabe an gesellschaftlichen Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit und auf ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen unter festzulegenden Voraussetzungen. Der Staat sichert dieses Recht, indem er Bedingungen für eine gerechte Verteilung der notwendigen Arbeit und des Zugangs zu Tätigkeiten außerhalb der Erwerbstätigkeit schafft. Die Regelungen sollen gemeinsam mit den Tarifparteien erfolgen. Zur Abwehr von Arbeitslosigkeit kann der Staat auch gesetzlich auf die Regulierung der Erwerbsarbeit Einfluss nehmen. Der Einzelne kann einen angemessenen Zugang zum Arbeitsmarkt verlangen und Arbeitslosengeld bzw. Grundeinkommen beanspruchen, so lange dieser Zugang nicht gegeben ist. Das Recht auf Arbeit schließt nicht das Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz ein. Das weitere wird durch Gesetz geregelt.“ Damit würden Staat und Tarif-

parteien durch das Grundgesetz in die Pflicht genommen, tatsächlich für eine neue Art der Vollbeschäftigung zu sorgen, statt dieses zentrale Problem weitgehend dem für seine Lösung offensichtlich untauglichen Marktmechanismus zu überlassen. Ein solcher Ansatz birgt mehrfachen Vorteil:

Vorteile verkürzter Arbeitszeit

Erstens würde in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik anerkannt, was ohnehin längst durch die Realität bewiesen ist: Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist nicht davon zu erwarten, dass die durch die Steigerung der Produktivität der lebendigen Arbeit überzählig werdenden Arbeitskräfte über den Markt reguliert und getragen vom Wirtschaftswachstum wieder Beschäftigung finden. Eine darüber hinausgehende Lösung muss gefunden werden. Wir sehen sie – zunächst – in einer spürbaren Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit der bisher Erwerbstätigen und in der gerechten Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle Arbeitswilligen. In Frankreich hat die Zahl der Arbeitsplätze nicht zuletzt durch die im Jahre 1997 gesetzlich geregelte Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden ab Februar 2000 erheblich zu einer günstigen Wirtschaftsentwicklung beigetragen. Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich

Die Arbeitszeiten in der Bundesrepublik sind seit 1994 von 39,4 Stunden pro Woche im Durchschnitt auf 37,7 Wochenstunden gesunken. „Sinkende Arbeitszeiten sind vor allem bei den gering Qualifizierten zu konstatieren, bei den gut oder sehr gut qualifizierten Beschäftigtengruppen (Meister, hoch qualifizierte Angestellte, Beamte im gehobenen und höheren Dienst) hat sich die Arbeitszeit auf mittlerweile fast 45 Stunden pro Woche hingegen ausgedehnt.“ Hinter dieser Durchschnittsentwicklung der Arbeitszeiten verbirgt sich die zunehmende Teilzeitarbeit von Frauen. An der Spitze der geringfügig Beschäftigten in Deutschland liegen westdeutsche Frauen. Ihnen folgen die ostdeutschen Frauen, die Männer in Ostdeutschland und schließlich die Männer in Westdeutschland.

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSZENTRUM BERLIN-BRANDENBURG E.V. 2000: 28; BLUM-GEENEN 2001

um 12,6 Prozent im Vergleich zu 7,7 Prozent in Deutschland. Die Arbeitslosenquote wurde um 4 Prozentpunkte gesenkt (DIW NR. 50 2001).

In der Bundesrepublik könnte eine Verkürzung der Arbeitszeit um etwa 20 Prozent – von durchschnittlich knapp 38 auf durchschnittlich 30 Stunden pro Woche – bei 34 Millionen abhängig Beschäftigten rein rechnerisch einen möglichen Zuwachs von etwa 7 Millionen Arbeitsplätzen erbringen. Nach empirischen Erfahrungen mit dem Beschäftigungseffekt früherer Arbeitszeitverkürzungen und Expertenerwartungen könnte ein solcher Schritt jedoch tatsächlich bis zu 3,5 Millionen neuer Arbeitsplätze zur Folge

haben (ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2001 b: 628). Der Arbeitsmarktexperte Günther Schmid vertritt eine ähnliche Auffassung: „Eine 30-Stunde-Woche für alle, für Männer und Frauen, wäre eine realistische Ziel- und Sollgröße. Dies kann angesichts der veränderten sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen jedoch nur ein Durchschnittswert in einer Erwerbsbiographie sein. Die tatsächliche Arbeitszeit würde stark um die 30 Stunden herum schwanken, je nach biographischer Lebenslage und nach wirtschaftlichen Bedürfnissen.“ (SCHMID 1996: 33)

Zweitens bietet eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit die emanzipatorische Chance, bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Hausarbeit zwischen Männern und Frauen gerecht zu verteilen, vor allem den durch Erwerbs- und Hausarbeit bisher am meisten belasteten Frauen die Verbindung zwischen beidem zu erleichtern

und die Ungleichheit dieser Doppelbelastung zum Vorteil beider Geschlechter zu überwinden. Diese Chance ist allerdings nicht mit ihrer selbstläufigen Verwirklichung gleichzusetzen. Empirische Untersuchungen des Verhaltens von VW-Arbeitern nach der Einführung der 28,8 Stundenwoche bei VW zeigen beispielsweise, dass sie in der Regel keinen größeren Anteil an der Familienarbeit übernommen haben.

Drittens wächst mit der Verkürzung der Arbeitszeit der Anteil der den Individuen frei und nach eigenem Ermessen verfügbaren Zeit, in der sie sich ihren Kindern zuwenden können, die ihnen für zwischenmenschliche Beziehungen zur Verfügung steht, für Liebe und Freundschaften, für Eigenarbeit, Bildung, Kultur und zivilgesellschaftliches ehrenamtliches Wirken. Zugänge zum Wandel der eigenen Lebensweisen in eigener Verantwortung werden erweitert. Ohne Konsumfeindlichkeit und Askese zu predigen das Leben kann auch anders reicher werden als durch bloße Steigerung der stofflichen Konsumtion im Wettlauf um die Verdrängung der neuesten Angebote für Outfit, Autos, Verbraucherelektronik, Einrichtungsdesign und Kosmetik durch die allerneuesten Symbole der Konsumgesellschaft.

Nach eigenem Willen gestaltbare disponible Zeit ist wachsender Reichtum! Sie ist dies nicht in erster Linie deshalb, weil etwa mehr

Frauen sind in der Bundesrepublik nur zu einem guten Drittel am Erwerbsarbeitsvolumen beteiligt. 1999 war das Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit nur für 32,4 Prozent der Frauen die Haupteinkommensquelle. 37 Prozent der Frauen waren vor allem vom Unterhalt durch Angehörige abhängig.

IG METALL, 2000: 29; WAGNER, 2000: 218

Zeit für Bildung bessere wirtschaftliche Verwertung der Arbeitskraft bedeutet, diese also in funktionellerer Qualität bereitgestellt wird. Zeit für Kultur ist auch, aber nicht deshalb vor allem zu schätzen, weil Kultur den Wirtschaftsstandort attraktiver macht, und vermehrte gemeinnützige ehrenamtliche Tätigkeit nicht, weil sie Kosteneinsparungen bei öffentlichen Sozialleistungen ermöglicht. Unsere Perspektive ist genau umgekehrt. Wir sehen in der disponiblen Zeit zum Leben und in ihrer selbstbestimmten Nutzung durch die Individuen in den verschiedensten Formen unbezahlter Arbeit einen *Selbstzweck*.

Viertens: Verkürzte Arbeitszeit durch steigende Arbeitsproduktivität statt mehr Arbeit durch mehr Wachstum, also Abschied von einem Ressourcen verschlingenden Wachstum, ist eine ökologische Überlebensfrage. Mehr Zeit für ein selbstbestimmtes Leben und Bewahrung dieses Lebens durch Abkehr von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ökologischer Umbau und Umbau der Arbeitswelt gehören zusammen.

Verkürzte Arbeitszeit, gerechte Verteilung der Arbeit, mehr Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit in Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, mehr Entscheidungsfreiheit über die eigene Lebensweise – darauf laufen diese vier Momente einer Neuordnung der Arbeitswelt hinaus. Auf einen Nenner gebracht: „Leben statt gelebt zu werden“.

Deutsche Blockierungen – französische Erfahrungen

Die für eine Neuverteilung der Arbeit dringliche Verkürzung der Arbeitszeit ist in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik durch Verhandlungen der Tarifpartner erreicht worden. Aber der Widerstand der Unternehmer dagegen ist gewachsen. Deshalb gibt es Forderungen nach einer Regelung durch ein Arbeitszeitgesetz. Doch die Arbeitszeitgesetzgebung in Deutschland hat stärker als in Frankreich die grundgesetzlich verankerte Tarifautonomie zu beachten. 1994 scheiterte schon der Versuch, die tariflich zulässige Regelarbeitszeit per Gesetz auf 40 Stunden zu begrenzen und einen Überstundenausgleich durch Freizeit innerhalb von 12 Wochen unter Einführung eines Freizeitzuschlages einzuführen (SPD-FRAKTION 1994; SITTE 2000: 256/257). Staatliche Schritte zur Arbeitszeitverkürzung müssten in der Bundesrepublik in Aushandlungsprozessen mit den Tarifpartnern und zwischen diesen erfolgen, um eine Verletzung ihrer Tarifhoheit zu vermeiden. (SITTE 2000: 263 ff.)

Das Gesetz über die 35-Stunden-Woche in Frankreich enthielt ein System finanzieller Anreize für Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Bei nachweisbarer Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch die Arbeitszeitverkürzung werden etwa 30 Prozent der dadurch entstehenden Kosten durch staatliche Zuschüsse kompensiert. Ein weiteres Drittel wird aus der durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelösten Produktivitätssteigerung finanziert. Die Löhne stiegen in über drei Viertel der Betriebe mit ausgehandelten Arbeitszeitverkürzungen in der Regel innerhalb von zwei Jahren nur geringfügig oder blieben gleich. Außer diesem Teillohnausgleich hatte für die Gewerkschaft das Aushandeln transparenter Regelungen der Arbeitszeitorganisation zentrale Bedeutung, um einen Einfluss der Beschäftigten auf die eigene Arbeitszeit zu behaupten und einer Steigerung der Arbeitshetze entgegen zu wirken. (LEHNDORFF 2001: 75ff.)

Trotz solcher Unterschiede zu Frankreich und auch wenn die Regierung Jospin in Frankreich inzwischen abgewählt wurde – die französischen Erfahrungen in Jospins Regierungszeit verweisen auf erhebliche staatliche Möglichkeiten zur Förderung von Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

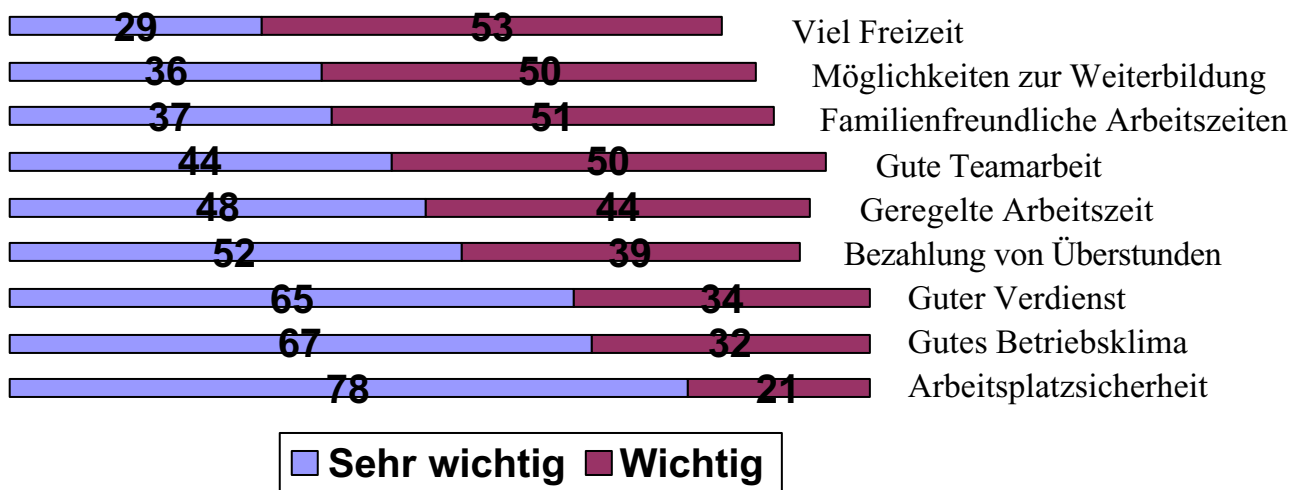
In der Bundesrepublik forderten die Gewerkschaften lange Zeit mit Nachdruck eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Von 1984 bis 1998 entstanden schätzungsweise 800.000 Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung (SEIFERT 1998: 581 ff.). Jedoch – in den Gewerkschaften selbst tritt ein Widerspruch auf, wenn es um die Arbeitszeitverkürzung geht. Kaum ein Zweifel: Ohne erhebliche Arbeitszeitverkürzung wird ein wesentlicher Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze – der Weg gerechter Umverteilung der vorhandenen Arbeit – versperrt bleiben. Arbeitszeitverkürzung muss also als Interesse der Erwerbsabhängigen gelten. Aber im Widerspruch dazu scheinen viele von ihnen die Arbeitszeitverkürzung trotzdem abzulehnen.

**Wird nicht gewollt,
was dringlich ist?**

„Was nutzt uns die Arbeitszeitverkürzung, wenn die Arbeitshetze dadurch noch größer wird?“ „Was soll ich mit der Zeit, wenn ich dafür weniger Geld in der Tasche habe?“ „Und ob der Arbeitgeber bei Arbeitszeitverkürzung wirklich Leute neu einstellt, das steht allemal in den Sternen.“ – So war es vielfach auf dem Zukunftskongress der IG Metall im Juni 2002 zu hören. In einer repräsentativen Befragung der IG Metall wurde „viel Freizeit“ an letzter Stelle unter den Erwartungen an das Berufsleben genannt. Aber geregelte Arbeitszeiten empfinden 48 Prozent der Befragten als sehr wichtig und 40 Prozent

als wichtig. Ebenfalls 37 Prozent bezeichnen familienfreundliche Arbeitszeiten als sehr wichtig, weitere 51 Prozent als wichtig. Die Ablehnung einer überwiegend markt- und unternehmensbestimmten Flexibilisierung, die der Vereinbarkeit von Leben und Arbeit entgegensteht, fällt damit sehr deutlich aus.

Erwartungen an das Berufsleben (in Prozent)
Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der IG Metall
(IG Metall-Zukunftsreport 2001: 22)



Als bei VW-Wolfsburg in den neunziger Jahren die Entlassung von 15.000 abhängig Beschäftigten drohte, wurde zwischen Konzernleitung und Betriebsrat ein Kompromiss ausgehandelt. Die Entlassungen fanden nicht statt. Die VW-Beschäftigten arbeiten seitdem in einer viertägigen 28,8-Stunden-Woche – 20 Prozent weniger als zuvor – und verdienen um 15 Prozent weniger. Dieses Modell „Gesenktes Einkommen gegen Arbeitsplätze und Freizeit“ hat jedoch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen und ist überdies nicht beliebig auf andere Unternehmen übertragbar, weil die Löhne bei VW überdurchschnittlich hoch lagen. In anderen Unternehmen mit geringeren Löhnen wäre eine vergleichbare Lohnverminderung angesichts der Höhe der Lebenshaltungskosten unzumutbar. Und bei VW nahm die Schwarzarbeit von Beziehern unterer Einkommen zu.

Angesichts der skeptischen Beurteilung der Folgen von Arbeitszeitverkürzungen und unter dem Druck, in erster Linie eine weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse abwehren zu müssen, wurde im IG Metall-Zukunftsreport vom Oktober 2001 vorsichtig formuliert: „Mittelfristig muss die IG Metall ein arbeitszeitpolitisches Konzept entwickeln, dass der Sicherung der jetzigen tariflichen Arbeitszeiten eindeutig Vorrang gibt vor weiterer genereller Arbeitszeitverkürzung. Dieses Konzept muss auch den Abbau der

Überstunden, die Planbarkeit von Arbeitszeiten, die Regelung von Arbeitszeitkonten, die Möglichkeit der Qualifizierung sowie größere

Zeitsouveränität mit der Reduzierung von Arbeitsstress und der Verringerung von Gesundheitsbelastungen verbinden. Der weitreichenden Flexibilisierung von Arbeitszeiten müssen Grenzen gesetzt werden. Arbeitszeitpolitik muss auch stärker in einen lebensweltlichen Zusammenhang gestellt werden und einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Partnerschaft leisten.“ (IG METALL-VORSTAND 2001: 84) Herunterstufung der Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung und Suche nach einem erneuerten arbeitszeitpolitischen Gesamtkonzept – das war der Vorschlag, der der Stimmung vieler Gewerkschaftsmitglieder entspricht.

Andererseits jedoch ist in der gewerkschaftlichen Diskussion der Gedanke wach, dass die Solidarität mit den Arbeitslosen nach Umverteilung von Arbeit auf dem Weg weiterer Arbeitszeitverkürzung verlangt. Verbreitet ist die Überzeugung, dass Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Beruf und Leben in Zeiten höchster Leistungsanforderungen und erst recht Verantwortung für die Kinder nicht ohne Arbeitszeitverkürzung vorankommen werden. Deshalb wurde die Zurückhaltung gegen Arbeitszeitverkürzung, die im „Zukunftsreport“ der IG Metall von 2001 deutlich zu spüren war, nach intensiven gewerkschaftlichen Debatten im Referat Klaus Zwickels auf dem Zukunftskongress der IG Metall im Juni 2002 erneut relativiert: „Arbeitszeitpolitik ist und bleibt ein Herzstück gewerkschaftlicher Tarifpolitik. ... Wir werden 2003 eine Arbeitszeitrunde führen. ... Wir wollen auf der Basis kollektiver Regelungen den Spielraum für betriebliche und individuelle Lösungen erweitern. ... Unser Ziel muss sein: Die IG Metall bleibt *Vorreiter in der Arbeitszeitpolitik*. Für kürzere Arbeitszeit, mehr Zeitsouveränität und Gleichstellung.“ (ZWICKEL 2002: 11) Allerdings bleibt damit noch offen, ob die kollektiven Regelungen auch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen oder nur die Spielregeln für individuelle Arrangements umfassen sollen. Weitgehende Übereinstimmung in den Gewerkschaften besteht darüber, dass die 35-Stunden-Woche tatsächlich flächendeckend durchgesetzt werden soll.

Unsere Auffassung in dieser Debatte ist:

Dem Trend zur Verlängerung der Arbeitszeit besonders von qualifizierten männlichen Arbeitskräften und zu einer kürzeren Teilarbeitszeit als viele Frauen für sich wünschen, zum Andauern von Überstundenarbeit und zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu Lasten der Zeitsouveränität der Arbeitenden muss der Kampf für ein neues Normal-

arbeitsverhältnis einschließlich eines neuen Arbeitszeitstandards entgegengesetzt werden.

Die Anforderung an einen solchen Standard sollte sein, dass eine Verkürzung der Normalarbeitszeit – nicht allein eine individuelle, sondern auch allgemeine Arbeitszeitverkürzung – mit einer solchen Flexibilisierung gekoppelt werden muss, die nicht vorwiegend von Marktrhythmen diktiert wird, sondern zugleich den Bedürfnissen der Beschäftigten nach geregelten, stressfreien Arbeitszeiten und nach Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeit entspricht.

Diese Zielsetzung entspricht Vorschlägen aus dem Institut für Arbeit und Technik:

Elemente eines neuen Arbeitszeitstandards

1. Schutz vor überlangen Arbeitszeiten: Begrenzung der Arbeitszeit nach oben
2. Allgemeine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (Senkung des Vollzeitstandards)
3. Wahlmöglichkeiten für Arbeitszeiten unterhalb des Vollzeitniveaus
4. Förderung substanzieller anstelle von marginaler Teilzeitarbeit: Begrenzung der Arbeitszeit nach unten

INSTITUT FÜR ARBEIT UND TECHNIK 2001: 48

Lohnausgleich Wenn auf mittel- oder längerfristige Sicht erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit doch wieder in den Vordergrund tritt, ist zumindest für die unteren und für einen großen Teil der mittleren Einkommen die Forderung nach Lohnausgleich als berechtigt zu betrachten. Die Lebenshaltungskosten sind so hoch, dass für die meisten dieser Einkommensbezieher eine Arbeitszeitverkürzung ohne solchen Ausgleich unzumutbare und ungerechte Einbußen der Lebensqualität zur Folge hätte. Wo die Einkommensgrenze liegt, jenseits derer Einkommenseinbußen bei Arbeitszeitverkürzung eher als gerecht anzusehen sind, muss in den Tarifkämpfen und Aushandlungsprozessen herausgefunden werden.

Diese Auffassung wird von Unternehmerseite mit der Behauptung zurückgewiesen, dass Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich die

Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft zerstöre. Tatsächlich wird die Leistungsfähigkeit „der Wirtschaft“ dann nicht verringert, wenn die aus Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich resultierende Erhöhung der Stundenlöhne durch Steigerung der Arbeitsproduktivität kompensiert wird und auf solche Weise die Lohnstückkosten gleich bleiben oder weiter so langsam steigen wie bisher. In der Bundesrepublik sind die Lohnkosten pro Stück im übrigen seit über zwanzig Jahren langsamer gestiegen als im Durchschnitt der Europäischen Union und als in den USA. Folglich kann keine Rede davon sein, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit aus Lohnkosten- und Wettbewerbsgründen nicht tragbar sei. Ausgedrückt in Landeswährungen, um die Veränderungen in den Wechselkursen aus dem Vergleich der Lohnstückkosten-Entwicklung auszuschließen, hat nur Japan einen niedrigeren Anstieg der Löhne pro Stück – und befindet sich in einer weit schlechteren wirtschaftlichen Situation als die Bundesrepublik.

Tabelle 14

Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

	in Landeswährung Zuwachs in v. H.	in DM Zuwachs in v. H.
Italien	227,2	55,6
Großbritannien	140,4	82,6
Frankreich	82,9	26,8
USA	76,2	105,5
Deutschland	45,2	45,2
Japan	8,5	166,3
Europa 15	105,5	59,2
DGB-Berechnungen nach Angaben der Kommission der EU		

QUELLE: DGB-BUNDESVORSTAND (HRSG.) 2001: 14

Überdies ist das alte Argument der Gewerkschaften noch immer richtig, dass Lohn nicht nur ein Kostenfaktor, sondern eben auch ein Nachfragefaktor ist und durch Stärkung der Binnenkaufkraft der Wirtschaft zugute kommt. So lange eine Wirtschaft ihr Wachstum allerdings primär durch Export sichert, kann Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich eine Verschlechterung der Standortbedingungen bedeuten. Eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik muss sich von einseitiger Exportfixierung lösen und ein anderes

Globalisierungskonzept entwickeln, in dessen Mittelpunkt ein auf Effizienz und Senkung des Ressourcenverbrauchs gerichteter Wachstumspfad steht. Ein solcher Pfad schließt Ausgewogenheit von gestärkten Binnenmärkten und internationalen Märkten ein. Hinzuzufügen ist, dass Löhne nicht allein Wirtschaftsdaten sind, sondern in erheblichem Maße über Lebenschancen entscheiden. Es entspricht unserem Konzept der Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft, das hervorzuheben.

Gleichwohl muss bedacht werden, dass viele kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in Ostdeutschland, im Unterschied zu den meisten Großunternehmen durch Arbeitszeitsenkung bei vollem Lohnausgleich in noch größere Schwierigkeiten als schon bisher kommen könnten. Durch Vereinbarungen mit den Gewerkschaften und durch besondere beschäftigungsorientierte Förderung müsste dem Rechnung getragen werden.

Teilzeitarbeit

Auch die *Ausweitung von Teilzeitarbeit* kann ein Schritt zu gerechterer Verteilung der Arbeit sein, wenn sie mehr Arbeit Suchenden den Zutritt zum Arbeitsmarkt öffnet.

Gleichwohl ist Teilzeitarbeit anstelle von Vollerwerbsarbeit dann keine befriedigende Lösung, wenn sie bei nur wenigen Arbeitsstunden nicht existenzsichernd und daher meist mit weiblicher Versorgungsabhängigkeit von Männern verknüpft ist. Teilzeitarbeit sollte eher eine freiwillige zeitweilige Unterbrechung von Vollerwerbsarbeit sein – auf der Grundlage einer uneingeschränkten Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und verbunden mit dem Erwerb von zumutbaren Rentenansprüchen. Die größere Zahl der Teilzeitjobs beruht gegenwärtig jedoch nicht auf freiwilligen Entscheidungen. Vor allem in Teilzeit beschäftigte ostdeutsche, aber auch viele westdeutsche Frauen suchen Vollzeitstellen, sind dabei jedoch erfolglos (HICKEL 2001: 456). Ein internationaler Vergleich zeigt, dass vollzeitnahe und deshalb existenzsichernde Teilzeitarbeitsverhältnisse mit 30 Wochenstunden und darüber für Frauen in Schweden, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Finnland deutlich überdurchschnittlich vertreten sind. In Deutschland liegen die Wochenstunden von teilzeitbeschäftigten Frauen leicht unter dem EU-Durchschnitt (KLAMMER U. A. 2000: 171).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung befürchtet, dass vermehrte Teilzeitarbeit die Segmentierung des Arbeitsmarktes und die geschlechtshierarchische Strukturierung verfestigen wird, da Teilzeitarbeit vor allem auf Frauen und auf einfache Tätigkeiten konzentriert ist (HOLST; SCHUPP 1994: 618 ff.).

Tabelle 15

Arbeitszeitwünsche von Teilzeitbeschäftigten				
Früheres Bundesgebiet und Neue Bundesländer				
[1995, 1999]				
	Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer	
	lieber Vollzeit	weiterhin Teilzeit	lieber Vollzeit	weiterhin Teilzeit
	in %			
1995	9	91	52	48
1999	13	87	39	61

QUELLEN: BUNDESMANN-JANSEN U. A. 2000, S. 107 WSI-FRAUENDATENREPORT 2000: 170

Kurzfristig leichter als eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichende Schritte in die gleiche Richtung haben die Gewerkschaften wiederholt gefordert: eine Senkung der Arbeitszeiten in Ostdeutschland auf die Länge in Westdeutschland und einen *Abbau der Überstunden*. Im Jahr 2000 wurden rund 2 Mrd. Überstunden geleistet. Das war mit 4 Prozent des Gesamtarbeitsvolumens das höchste Niveau seit 10 Jahren. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – mit Blick auf die von ihr jährlich herausgegebenen Memoranden zur Wirtschaftspolitik meist Memo-Gruppe genannt – schätzt, dass die Zahl der unbezahlten Überstunden noch über der der bezahlten liegt. Sie verweist darauf, dass vor allem in kleinen Betrieben ein vollständiger Abbau der Überstunden nicht möglich und nicht sinnvoll sein wird. Aber auf der Grundlage verschiedener Studien geht sie von einem möglichen Gewinn von 500.000 bis 600.000 Arbeitsplätzen durch Abbau von Überstunden aus (ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2001 b: 628/629).

Überstundenabbau

Der Abbau von Überstunden und die Verbesserung der sozialen Bedingungen für Teilzeitarbeit wird als Einstieg in eine Umverteilung von Arbeit nicht ausreichen. Weitere Schritte eines solchen Einstiegs sollten stärkeres Gewicht als gegenwärtig gewinnen. Das könnte beispielsweise die *Vertretung von Teilnehmern an längeren Weiterbildungsprogrammen durch geeignete Arbeitslose* sein. Die *Verkürzung der Arbeitszeit älterer Arbeitnehmer zugunsten einer Doppelbesetzung ihres Arbeitsplatzes* würde ebenfalls zur Einrichtung neuer Teilzeitarbeitsplätze zugunsten bisher Arbeitsloser führen. Der Verdienstauss-

Langzeitvertretung und Doppelbesetzung

fall nun verkürzt Arbeitender könnte zum Teil durch einen öffentlichen Zuschuss ausgeglichen werden, wenn die oder der Betreffende freiwillig eine gemeinnützige Eigenarbeit nach eigener Wahl aufnimmt, die unter Umständen auch in ein sinnvolles Engagement in der späteren Rentenzeit hinüberführt.

3.3.2.2. Familienarbeit und Ehrenamt – moralisch geadelte Ersatzbefriedigung oder wichtiger Zugang zu selbstbestimmter Erneuerung der Arbeitswelt?

In der öffentlichen Diskussion über die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit werden von den Befürwortern in der Regel vor allem die Vorteile für die Arbeitnehmer und für den Abbau der Arbeitslosigkeit hervorgehoben. Von uns wird außerdem eine andere Seite stärker als üblich betont: die *Aufwertung der selbstbestimmten unbezahlten Arbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit* und die *Veränderung des Arbeitsbegriffs* zunächst vor allem in feministischen Diskursen herausgearbeitet. Wir knüpfen daran und unter anderem an André Gorz und Ulrich Beck an (GORZ 2000; BECK 2000; BERGMANN 1998: 18 ff.) und unterscheiden verschiedene Arten von Arbeit, die nicht auf Erwerbsarbeit zu reduzieren sind. Der Markt vermag nur mit der Erwerbsarbeit umzugehen – und noch dazu unter großen sozialen Verlusten.

Die Grenzen des Marktmechanismus bestehen darin, dass er allein auf Preissignale – die überdies durch Machtungleichgewichte verzerrt sind – zu reagieren vermag. Das führt zu sozialer Kälte und ökologischer Blindheit des Marktes. Viele Seiten des menschlichen Lebens und wichtige Arten der Arbeit haben eben – noch? – keinen Preis.

Profitable Erwerbsarbeit, notwendige unprofitable Erwerbsarbeit

Welche Arbeit und wie viel davon als gesellschaftlich nützlich und für ein Leben aller in Würde als notwendig anerkannt wird, wird in modernen Gesellschaften daher nicht allein auf

dem Markt, sondern auf verschiedene Weisen entschieden und reguliert:

- Welche Arbeit *wirtschaftlich wertschöpfend und damit verwertbar* und in diesem speziellen Sinne gesellschaftlich nützliche, produktive Arbeit *für andere* ist, das heißt Güter und Leistungen hervorbringt, die mit Gewinn verkauft werden, wird auf Märkten entschieden. Aber selbst deren Funktionsfähigkeit ist von politischen Rahmensetzungen auf internationaler, nationaler und regionaler

Ebene abhängig. Eine nachhaltig wirkende Regulation der Wirtschaft muss Rahmenbedingungen schaffen, die sicherstellen, dass Kapitalverwertung durch Innovationen und Investitionen erfolgt, nicht durch Rentseeking, nicht durch Finanzspekulationen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit. Eine vernünftige Regulation der Kapitalverwertung muss zweitens sicherstellen, dass betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Effekte ebenso wenig auseinanderlaufen wie nationale und globale Wirtschaftsentwicklungen. Anders gesagt: Politik hat die Aufgabe, solche wirtschaftlichen Verwertungsbedingungen zu gestalten, die verhindern, dass betriebswirtschaftliche Effekte zu Lasten der Volkswirtschaften erreicht werden. Auf internationaler Ebene bedeutet dies, dass Wettbewerb dann funktional ist, wenn im Prinzip alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei gewinnen können. Ein Wettbewerb von Unternehmen auf Kosten der Volkswirtschaft, bei dem die gesamtwirtschaftlichen Effekte per saldo negativ sind, ist ebenso irrational wie der Kampf nationaler Wettbewerbsstaaten um Exportmärkte, Umsätze, Gewinne und Arbeitsplätze in einem Negativsummenspiel. Hier sind die Gewinne der einen immer die Verluste der anderen, und alle zusammen verlieren. Diese Art von Wettbewerb zerstört die Erde, die Existenzbedingungen der Menschen und die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker.

- Welche Arbeit als *notwendig betrachtet wird und als nützlich gilt, um öffentliche Güter und Dienstleistungen* zu erzeugen, wird politisch entschieden, vor allem durch die Gestaltung der Haushalte der Kommunen, der Länder, Staaten und internationaler Institutionen. Sie werden entweder im öffentlichen Dienst oder in der Verantwortung autonomer Wirtschaftsakteure im Non-Profit-Bereich eines Dritten Sektors hervorgebracht. Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind solche, die ihre laufenden und ihre Investitionskosten nicht durch Verkauf reproduzieren können oder sollen, weil Kosten oder Wirkungen den einzelnen Gütern nicht zurechenbar sind oder weil ihre wirtschaftliche Verwertung ethisch begründeten und rechtlich definierten Normen widerspricht. Sie können also nicht durch eine Kapitalverwertungswirtschaft erbracht und nicht auf Märkten gehandelt werden, auch wenn wirtschaftliche Vorleistungen in ihre Produktion eingehen. Die Differenz zwischen den Bereichen der kapitalverwertenden Wirtschaft und der Sphäre der öffentlichen Güter ist grundsätzlicher Art, das heißt nicht aufhebbar. Im Einzelnen aber verschiebt sie sich aufgrund technischer, sozialer und politischer

Veränderungen. Es gibt Güter, die im vorigen Jahrhundert nur privat angeboten wurden und die heute zumindest in einigen Ländern öffentliche Güter geworden sind – z. B. Gesundheitsdienstleistungen. Das Umgekehrte gilt z. B. für Telefon und Post. Auch zwischen den verschiedenen nationalen Volkswirtschaften gibt es beträchtliche Unterschiede bei der Gestaltung der Schnittstelle zwischen Kapitalverwertungs- und öffentlicher Wirtschaft.

Nach Ergebnissen der ersten Zeitbudgetuntersuchung wurden 1991/92 77 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit im Verhältnis zu 47 Mrd. Stunden bezahlter Erwerbsarbeit geleistet. 76 Prozent der unbezahlten Tätigkeiten entfielen auf Hausarbeiten, 11 Prozent auf die Betreuung und Pflege von Kindern, Kranken und Alten, 9 Prozent auf handwerkliche Tätigkeiten und 4 Prozent auf Ehrenamt und soziale Dienstleistungen. Bei Männern entfielen auf Erwerbsarbeit 61 und auf Eigenarbeit 39 Prozent der Arbeitszeit, bei Frauen auf die Erwerbsarbeit 30 und auf die Eigenarbeit 70 Prozent der aufgewendeten Gesamtarbeitszeit.

BLANKE, K.; EHLING, M.; SCHWARZ, N.: 1996;
LEHNDORFF 2001: 14

SUSI, die Selbstorganisierte Unabhängige Siedlungs-Initiative, entstand in Freiberg aus der Initiative junger Leute gegen die Ablehnung eines von ihnen vertretenen Projekts durch den Oberbürgermeister. Fünf Jahre lang wurden ehemalige Mannschaftsgebäude auf frei gewordenem Militärgelände zu sozial verträglichem Wohnraum mit lebendigem Umfeld umgebaut, gefördert durch den Bund und ohne Kosten für die Stadt. Das Bauen war unter Verwendung kostengünstiger Materialien an ökologischen Maßstäben orientiert. In und um SUSI entstanden eine ausgedehnte Infrastruktur und unterschiedliche Selbsthilfeprojekte: multifunktionale Gemeinschaftsräume – u. a. als BewohnerInnen-Café und -Bibliothek, Kita und Krabbelgruppe, Nachbarschaftsküche, Food-Coop, Fahrradwerkstatt, Töpferei, Siebdruckwerkstatt, Fotolabor, Computerkeller, Magazin, Werkzeugverleih, Schreinerei, Metallwerkstatt, Schlosserei und Elektrowerkstatt. 250 Menschen fanden eine Wohnung.

Gemeinschaft und ideelle Bindungen der Einzelnen an vielfältige

• Neben der Privatwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft gibt es einen oft gering geschätzten, aber *ebenso wichtigen Bereich nützlicher und notwendiger, jedoch unbezahlter Arbeit*. Hier handelt es sich nicht um Erwerbsarbeit und im ökonomischen Sinne auch nicht um austauschbare Arbeit für andere, sondern um Arbeit für die eigenen Bedürfnisse der Individuen. Damit ist aber nicht nur die Arbeit des Einzelnen für sich selbst gemeint, sondern Arbeit für eigene Bedürfnisse. Dies schließt die Arbeit für andere Menschen ein, sofern diese nicht gesellschaftlich, sondern durch Gemeinschaft vermittelt ist. Arbeit für die Kinder, den Partner, die Familie, die Haus- oder Dorfgemeinschaft ist in diesem Sinne Eigenarbeit, auch die aus eigenem Bedürfnis und nicht zum Zwecke der Erwerbstätigkeit geleistete Arbeit für einen Verein, eine Gruppe, eine Partei, eine Kirche oder im Rahmen internationaler Solidarität. Soziale Verbundenheit mit anderen,

und unterschiedliche Gemeinschaftsideale gehören selbst zu den Bedürfnissen der Individuen. Arbeit, deren Sinn in ihr selbst liegt, die sich Selbstzweck ist, kann aber weder durch wirtschaftliche Effizienzkriterien reguliert werden noch durch den Staat verordnet werden.

Erwerbsarbeit und nicht bezahlte Arbeit sind als Gegenpole zugleich aufeinander bezogen, ihre jeweilige Gestalt hängt von den Schnittstellen zwischen privater Kapitalverwertungswirtschaft, öffentlicher Wirtschaft und den Lebensweisen der Menschen ab. Sie wird nicht zuletzt von politischen Rahmenbedingungen und von den geltenden Lebenskonstruktionen der Individuen bestimmt, die sich in den Kulturen und Subkulturen unterscheiden und sich von Generation zu Generation verändern.

Welche Arbeiten nicht bezahlt verrichtet werden und in welchen Gemeinschaftsformen sie organisiert werden, ist historischem Wandel unterworfen. Dabei kann à priori weder behauptet werden, die Familienarbeit und ehrenamtliche Arbeit sei automatisch emanzipatorisch, noch sie sei borniert. Die mit der Kleinfamilie entstandene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bedeutete im Übergang von 19. zum 20. Jahrhundert zunächst die Emanzipation der jüngeren Erwachsenen von der generationsübergreifenden Großfamilie. Heute aber ist diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung eine Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen, gegen die viele kämpfen, indem sie gerechten Zugang zur Erwerbsarbeit und Aufteilung der Lasten der Hausarbeit innerhalb der Kleinfamilie fordern.

Heute wird ein großer Teil der lange Zeit in Familien und dort zum großen Teil von Frauen geleisteten Arbeit durch kommerzielle Dienstleistungen abgelöst. Diese Kommerzialisierung hat emanzipatorische Wirkungen, aber diese verkehren sich dann, wenn die Minimierung der Reproduktionsarbeit in der Familie zum Mittel der Maximierung der Erwerbsarbeit des besser verdienenden qualifizierten Teils der Bevölkerung wird, dem Arbeitslose oder in prekären Verhältnissen beschäftigte Dienstboten gegenüberstehen. Zu diesem besser verdienenden Teil gehören in wachsender Zahl auch gut ausgebildete Frauen, die für die Hausarbeit andere Frauen als Dienstpersonal anstellen, nicht selten auch akademisch gebildete Migrantinnen, die das Pech haben, nicht mit einem deutschen Pass oder dem eines anderen westlichen Industriestaates geboren zu sein.

Heute gewinnen neue Formen der ehrenamtlichen Arbeit an Bedeutung: Mitarbeit in kulturellen, politischen, ökologischen oder pädagogischen Projekten, Teilnahme an oder Vermittlung von Bildung,

politische Selbstorganisation, so genannte öffentliche Eigenarbeit (KÜHNLEIN 2000: 4) oder Bürgerarbeit (BECK 2000). Solche Formen sind wichtige Felder individueller Entwicklung und Bedürfnisbefriedigung, weil sie selbstbestimmbare Handlungsräume eröffnen. Solche Formen des Ehrenamts sind aber auch ein großes Reservoir des Experimentierens und der Innovation im Handeln der Menschen, gerade weil sie nicht strikt funktional auf berufsbezogene Bildung, kommerzielle Nutzung, effiziente Verwertung orientiert sind. Ein neuer ökologischer und sozialer Entwicklungspfad der Arbeitsgesellschaft wird daher auch neue Entwicklungen der Eigenarbeit zur Folge haben.

Die Zukunft der Arbeit wird in beträchtlichem Maße davon abhängen, ob es gelingt, im Rahmen der oben beschriebenen Gleichgewichtsbedingungen nachfordistischer Entwicklung eine neue, funktionsfähige Kombination zwischen diesen drei Bereichen der Ökonomie und Arbeit herauszubilden:

der Produktion und Reproduktion von Gütern und Dienstleistungen nach Kriterien der Kapitalverwertung und eines verwertungsbezogenen Einsatzes von Erwerbsarbeit;

der Produktion und Reproduktion nicht handelbarer öffentlicher Güter und Dienstleistungen, hervorgebracht durch Arbeit zur Sicherung der allgemeinen politischen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Voraussetzungen des gesellschaftlichen Lebens;

der unbezahlten Arbeit von Individuen bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen in selbstbestimmten Gemeinschaftsformen.

Die Differenz zwischen diesen drei Sphären ist als solche unaufhebbar, auch wenn sich die Grenzen verschieben und die Schnittstellen zwischen den drei Feldern nützlicher Arbeit jeweils neu geregelt werden müssen. Die Arbeit für die eigenen Bedürfnisse wird auch in der Zukunft einen großen Teil unserer eigenen Lebenszeit füllen. Es wird trotz Privatisierung weiter öffentliche Güter und Dienstleistungen geben, ja es werden durch sozialen und ökologischen Umbau neue große öffentliche Bereiche entstehen. Zugleich aber hat die

Entwicklung im 20. Jahrhundert gezeigt, dass die Bereitstellung der meisten Investitions- und Konsumgütern durch private Unternehmen betriebswirtschaftlich effizient und zweckmäßig organisiert werden kann. Volkswirtschaftliche Effizienz und sozial-ökologische Nachhaltigkeit setzen die Einbettung privatwirtschaftlicher Sektoren in eine gesellschaftliche Rahmgebung und Regulation voraus.

Wenn wir diese drei verschiedenen Arten der nützlichen Arbeit zu unterscheiden haben, dann geht es auch beim Umbau der Arbeitsgesellschaft um deren Verhältnis zueinander und um die Veränderung jedes Bereichs im Verhältnis zu den anderen. Die Entwicklungsgeschichte des Fordismus hatte eine Verschiebung der unbezahlten Arbeit in den Bereich der Erwerbsarbeit zur Folge, wobei sowohl die private Kapitalverwertungswirtschaft als auch die öffentliche Wirtschaft stark wuchsen. Der Bereich der Eigenarbeit nahm dagegen relativ ab, auch wenn er nach wie vor ein Zeitvolumen umfasst, das dem der Erwerbsarbeit durchaus vergleichbar ist.

Unsere Vision ist: Orientiert an sozialen und ökologischen Erfordernissen werden die Beziehungen und Gewichte zwischen privater Wirtschaft, öffentlicher Wirtschaft und individueller Eigenarbeit so organisiert, dass alle an gesellschaftlich nützlicher abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit teilhaben können und die Einzelnen zugleich über Ressourcen verfügen, die es erlauben, auch durch selbstbestimmte Eigenarbeit ihr Leben in der Gesellschaft gemeinsam mit anderen zu organisieren. Ein Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht, und soziale Sicherheit sind jeder und jedem garantiert. Bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten verschiedener Kompliziertheitsgrade würden gleichermaßen durch Frauen und Männer verrichtet. Dadurch schwindet die Verteilung von Arbeit nach dem Geschlecht und auch nach sozialer Herkunft und Ethnie.

Die Vision

Die regionale, interregionale und internationale Arbeitsteilung würde auf demokratische Weise so organisiert, dass bei hocheffizientem Umgang mit den Ressourcen die Lebensqualität der Menschen vor Ort und weltweit gehoben würde. Stoffumsätze und Verkehrsströme würden reduziert, die soziale Infrastruktur, insbesondere der Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich, wesentlich erweitert und ständig modernisiert.

Neue Vollbeschäftigung oder „Brasilianisierung“?

In Brasilien und Mexiko gehört etwa die Hälfte der Bevölkerung zu einer Unterklasse der Ausgeschlossenen. Nach Angaben der Internationalen Labour Organization (ILO) in Genf existieren in Brasilien 65 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung ohne jede Art sozialer Sicherheit.

„Beispielsweise haben die Afro-Amerikaner in den Vereinigten Staaten als Gruppe keine größere Chance – sie ist in der Tat niedriger –, das Erwachsenenalter zu erreichen, als Menschen, die in ökonomisch so enorm schlechter gestellten Ländern wie China oder dem indischen Bundesstaat Kerala geboren wurden (oder auch in Sri Lanka, Jamaika oder Costa Rica).“

AMARTYA SEN,
NOBELPREISTRÄGER, 1999: 34

In Deutschland verhielt sich die Anzahl der Nicht-Normbeschäftigten zu den Normbeschäftigten Anfang der siebziger Jahre noch wie 1 : 5. Anfang der neunziger Jahre lag dieses Verhältnis bei 1 : 4, Mitte der neunziger Jahre bereits bei 1 : 3. Der Trend deutet auf ein Verhältnis von 1 : 1 in etwa 15 Jahren hin. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist in einem Jahrzehnt von 2,8 auf 5,6 Millionen angestiegen.

BECK 2000: 86, 88

Aus neoliberaler Sicht – beispielsweise im Bericht der Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen dargestellt – gilt schon der Gedanke einer Möglichkeit der Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit für jede und jeden als hoffnungslos gestrige Illusion. Ulrich Beck beschreibt einen der Vollbeschäftigung genau entgegengesetzten Grundtrend der Gegenwart, den er „Brasilianisierung des Westens“ nennt (BECK 2000: 7 ff., 93 ff.). Die totale Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse, deren Informalisierung in Gestalt von Niedriglohnarbeit, von prekärer und ungeschützter Beschäftigung und Schwarzarbeit, Selbständigkeit in Armut, Dauerdrift zwischen Armut und einem oder mehreren Gelegenheitsjobs ist in den so genannten Entwicklungsländern längst Realität. Große Bevölkerungsteile oder Mehrheiten sogar bilden eine Unterklasse der Ausgeschlossenen.

In den USA ist diese Brasilianisierung, von anderen als „Tertiärisierung der Ersten Welt“ bezeichnet, längst vorangeschritten. Und sie breitet sich auch in Westeuropa aus, ganz zu schweigen von Transformationsländern im Osten wie Russland und anderen GUS-Staaten. Galten einst in der Modernisierungstheorie die westlichen Industrieländer als die Spurbereiter für den großen Rest der Welt, erschien der westliche Sozialstaat den nächsten Staffeln von „Entwicklungsländern“ als sichere Verheißung auch für sie, so ist jetzt ein Richtungschaos ausgebrochen. Einige wenige Länder des Südens haben den Aufstieg in den Kreis der OECD-Staaten geschafft, aber in allen westlichen Staaten mischt sich der Reichtumszuwachs bei Minderheiten und der Noch-Wohlstand von vielen mit dem Abstieg großer

Bevölkerungsteile in den Dschungel unsicherer, ausgrenzender Arbeitsverhältnisse. Ralf Dahrendorf schätzt den Anteil dieser Unterklasse in der OECD-Welt auf etwa 10 Prozent der Bevölkerung (DAHRENDORF 2000).

Ist also eine neue Art der Vollbeschäftigung angesichts der weit fortgeschrittenen Erosion von Normalarbeitsverhältnissen und der zunehmenden Fähigkeit, bei steigender Arbeitsproduktivität wachsenden Reichtum mit sinkendem Arbeitsvolumen zu produzieren, eine realitätsferne Wunschvorstellung? André Gorz vertritt genau diese Einschätzung: „Jede Politik, auf welche Ideologie sie sich sonst auch berufen mag, ist verlogen, wenn sie die Tatsache nicht anerkennt, dass es keine Vollbeschäftigung für alle mehr geben kann und dass die Lohnarbeit nicht länger der Schwerpunkt des Lebens, ja nicht einmal die hauptsächliche Tätigkeit eines jeden bleiben kann.“ (GORZ 1992)

Was für eine eigenartige Verkehrung einstiger Standpunkte! Der linke französische Soziologe André Gorz hält Vollbeschäftigung in der Erwerbsarbeit für eine Illusion, und die eher dem neoliberalen Trend, wenn auch mit Abstrichen, folgende EU-Kommission verkündete auf dem EU-Gipfel von Lissabon die frohe Botschaft, die Europäische Union könne Vollbeschäftigung erreichen, wenn sie „zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt“ werde und bis zum Jahre 2010 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 3 Prozent erreiche. Selbst wenn nach 2008 oder 2010 die Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch eine merkliche Verringerung der Zahl nachwachsender arbeitsfähiger junger Menschen schrumpfen und dies nicht durch Zuwanderung und weibliche Mehrbeschäftigung ausgeglichen werden sollte – das für Vollbeschäftigung vorausgesetzte Durchschnittswachstum ist nach allen Erfahrungen nicht erreichbar. Die Methoden zur Verfolgung des illusionären Wachstumsziels – darunter gezielte Niedriglohnstrategie, Senkung der Sozialstandards, Privatisierung der Risikoversicherung – werden eher den europäischen Binnenmarkt schwächen und damit das Wachstum dämpfen. Kann aber Vollbeschäftigung auf anderen als wachstumsfixierten Pfaden erreicht werden?

Ulrich Becks Haltung zu dieser Frage ist charakteristisch für die Ambivalenzen und Widersprüche in der Debatte um eine neue Vollbeschäftigung. Beck hält – stellvertretend für eine der Hauptauffassungen im Beschäftigungsdiskurs – Vollbeschäftigung unter der Voraussetzung für möglich, dass ein beachtlicher Teil der Erwerbsfähigen Bürgerarbeit nicht zu Tarifeinkommen, sondern un-

entgeltlich und bei Bedürftigkeit gegen Zahlung auf dem Niveau des Arbeitslosengeldes oder der Sozialhilfe übernimmt: „Der Empfänger von Bürgergeld leistet ... Bürgerarbeit, ist insofern nicht arbeitslos.“ (BECK 1999: 128) An anderer Stelle gilt ihm Bürgerarbeit jedoch nicht als Beleg für Vollbeschäftigung: „Bürgergeld soll die Voraussetzung schaffen, um die Demokratie jenseits der Vollbeschäftigung beleben und leben zu können.“ (BECK 1999: 146)

Unschärfe und Ambivalenz in Ulrich Becks Konzept des Bürgergeldes machen eine wichtige Frage deutlich: Soll Vollbeschäftigung künftig allenfalls dadurch herbeidefiniert werden, dass sie einen Zustand beschreibt, in dem die einen Erwerbsarbeit leisten und die anderen für gemeinnützige Arbeit mit Zahlungen auf Sozialhilfeniveau entgolten werden? Dies könnte nach unserer Auffassung kaum als Vollbeschäftigung gelten. André Brie urteilt über das von Beck inspirierte Bürgerarbeitskonzept der Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen daher: „Letztlich geht es ihr auch darum, mit von ‚Gemeinwohlunternehmern‘ organisierter Bürgerarbeit bisher vom Sozialstaat und von Wohlfahrtsverbänden erbrachte Leistungen billiger zu machen. Damit mutiert die ‚Aufwertung von Bürgerarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement‘ zu einem Programm, den Sozialstaat abzubauen und in diesem Bereich bestehende Erwerbsarbeit überflüssig zu machen.“ (BRIE 2000: 210) Die moralische Aufwertung und Gleichbewertung von niedrig oder gar nicht bezahlter Eigenarbeit ist kein Weg zur Vollbeschäftigung. Diese lässt sich nicht durch eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs unter Einschluss massenhafter Lebenslagen auf Sozialhilfeniveau herbeiführen.

Doch die Umkehr dieser Auffassung zu dem Standpunkt, dass eine künftige Vollbeschäftigung ohne ein neues Verhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit zu denken sei, ist ebenfalls nicht annehmbar und nicht realistisch.

Neue Vollbeschäftigung –

Eine neue Art der Vollbeschäftigung wäre gewonnen, wenn schrittweise Folgendes erreicht sein wird:

- *Jede und jeder hat die reale Möglichkeit zu sinnvoller, umweltgerechter und existenzsichernder Erwerbsarbeit. Erst und nur unter dieser Voraussetzung kann die Aufwertung von freiwilliger Eigenarbeit – als Arbeit für sich selbst, für die Familie oder als gemeinnützige (Bürger)Arbeit – im Verhältnis zur Erwerbsarbeit zu*

einer wichtigen Dimension eines neuen Normalarbeitsverhältnisses werden.

- *Auf der Grundlage gesicherter Teilhabe an Erwerbsarbeit werden für Frauen und Männer der freiwillige Wechsel zwischen oder die Kombination von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, abhängiger und selbständiger Arbeit, Erwerbsarbeit und Bildung bzw. Weiterbildung ein wachsendes Gewicht im Verlauf des Erwerbslebens gewinnen und den Arbeitsmarkt entlasten. Günther Schmid bezeichnet dies als Entwicklung von Übergangsmärkten (SCHMID, 1996). Voraussetzung eines solchen Wechsels sind sozialstaatliche Leistung wie die Verfügbarkeit von Kindertagesstätten.*
- *Die schrittweise Einführung des Bürgerrechts auf ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen – erworben durch Bedürftigkeit oder eine festzulegende Zahl von Erwerbsarbeitsjahren (vgl. S. 205) – wird auf mittel- oder längerfristige Sicht die freiwillige Wahl erwerbsarbeitsfreier Zeiten erleichtern.*
- *Auch unbezahlte Arbeit wird sozial vollwertig abgesichert, für den Krankheitsfall, für Ausnahmeszeiten der Arbeitslosigkeit und für das Alter. Eine sinnvolle Nutzung von Nichterwerbszeiten wird durch entschiedenen Ausbau der kulturellen Infrastruktur und der infrastrukturellen Ressourcen für Freizeit, Haushalts- und gemeinnützige Arbeit ermöglicht. Hochwertige flächendeckende Dienstleistungen der Kinderbetreuung sind eine besonders wichtige Bedingung von Geschlechtergerechtigkeit und der selbstbestimmten Wahl von Arbeits- und Lebensweisen.*
- *Nicht die bloße moralische Anerkennung und Aufwertung von Hausarbeit, wohl aber das gesicherte Recht auf Erwerbsarbeit und die erhebliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, sozial gesicherte Möglichkeiten freiwilliger zeitweiliger Auszeiten von Erwerbstätigkeit und entwickelte Infrastrukturen für Kinderbetreuung und für sinnvolle Eigenarbeit sichern Frauen wie*

Männern gleiche Chancen und werden erheblich zur Überwindung patriarchaler Verhältnisse beitragen. Ein neues Normalarbeitsverhältnis wird die Überwindung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung einschließen.

Im Rahmen einer solchen neuen Vollbeschäftigung würde sich auch ein neues Normalarbeitsverhältnis herausbilden.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis

Merkmale eines neuen Normalarbeitsverhältnisses wären eine verkürzte Normalarbeitszeit, tariflich vereinbarte Ausgleichszeiträume für Abweichungen von Tages- und Wochenarbeitszeiten von der Norm, existenzsichernde Erwerbseinkommen und sozial abgesicherte Möglichkeiten freiwilliger zeitweiliger Unterbrechung der Erwerbsarbeit zugunsten von Weiterbildung, Familienarbeit oder gemeinnützigen Tätigkeiten und Geschlechtergleichstellung.

Vertrauensmann, kandidierte zur Zeit des Interviews für den Betriebsrat, Bremen: „Es wurden diverse Modelle eingeführt, ... die eigentlich immer nur bezweckt haben, uns vor den Karren zu spannen. Und uns in Aufgaben mit einzubeziehen, um an das Gold in unseren Köpfen zu kommen. Der Arbeitgeber macht nie so etwas, weil er uns damit einen Gefallen tun will. NIE!“

AUS: IG METALL-ZUKUNFTSDEBATTE. ERGEBNISSE DER BIOGRAPHISCHEN INTERVIEWS. 2001: 17

Das Bekenntnis zu einer neuen Vollbeschäftigung unter dem Vorzeichen von Variabilität, ständigem Wandel und hoher Anpassungsfähigkeit wird nur bei andauernder Abwehr der mit der Flexibilisierung verbundenen Gefahren erfolgreich auch im Sinne selbstbestimmter Gestaltung von Arbeit und Leben sein. Die Brücken zwischen Erwerbs-, Haus- und gemein-

nütziger Arbeit, zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit, zwischen Arbeit und Bildung, zwischen Ausbildungszeit und Berufsbeginn und zwischen Arbeit und Rente können leicht in sozialen Abstieg, in unzumutbare Einkommensverluste und in den Verlust sozialer Bindungen umschlagen. Organisiertheit und Mitbestimmung der Betroffenen, institutionalisierte soziale und arbeitsrechtliche Sicherungen und Solidarität müssen solchen Gefahren entgegengesetzt werden.

Wenn dies gelänge, würden zwei gegensätzliche Entwicklungen in ein produktives Verhältnis zueinander gebracht werden: die Suche nach existenzsichernder Arbeit für alle Arbeitswilligen und wech-

selnde Kombinationen zwischen unterschiedlichen Arten der Arbeit und Bildung. Erneuerte Teilhabemöglichkeit für alle an Erwerbsarbeit – selbständige Arbeit eingeschlossen – und zugleich ein wachsendes relatives Gewicht nicht bezahlter Arbeit der Einzelnen für sich selbst, für andere und für die Gemeinschaft im Verhältnis zur Erwerbsarbeit würden miteinander verknüpft sein. Ein neues Normalarbeitsverhältnis würde beides zusammenbinden.

Zwei große Tendenzen im Lebensgefühl der Menschen würden auf solche Weise sinnvoll verflochten: Auf der einen Seite der Wunsch der übergroßen Mehrheit, mit eigener Arbeit das Geld für ein selbstgestaltetes Leben zu verdienen, auf der anderen Seite der ständige Wandel in modernen Gesellschaften, der Individualisierungsprozess, die Öffnung der Individuen für wechselnde Lebensformen und für den Ausstieg aus lebenslanger Vorbestimmtheit.

Der Widerspruch zwischen Sicherheit und Wandel und der Widerspruch zwischen einer zentralen Stellung der Erwerbsarbeit im Wertgefüge moderner Gesellschaften und ihrer abnehmenden Bedeutung im Verhältnis zu anderen Lebensinhalten erhielten eine den Brüchen unserer Zeit angemessene Bewegungsform. Aber sie stünde in einem prinzipiellen Gegensatz zu neoliberalen Lösungen. Die Menschen würden sich nämlich nicht mehr mit Gelegenheitsjobs, mit erzwungener Teilzeitarbeit unter Verlust sozialer Sicherheiten, mit Arbeitsauflagen als Zutrittsbedingung zu Sozialhilfe, mit Scheinselbständigkeit, im Niedriglohnsektor oder in „Maßnahmen“ der Weiterbildung durchschlagen müssen, weil sie keinen existenzsichernden Erwerbsarbeitsplatz finden. Sondern Erwerbsarbeit stünde ihnen offen, aber eine sozial abgesicherte Wahl zwischen vielen Varianten des Verlaufs von Erwerbsarbeit in selbstgewählter Kombination mit anderer Tätigkeit ebenfalls.

Eine neue Säule künftiger sozialer Sicherheit als Voraussetzung selbstbestimmter Arbeit ist nach unserer Vorstellung eine bedarfsorientierte Grundsicherung.

3.3.3. Bedarfsorientierte Grundsicherung und selbstbestimmter Wandel der Arbeitswelt

Der Grundgedanke des hier vorliegenden Berichts, „zu leben statt gelebt zu werden“, über das eigene Leben in sozialer Sicherheit selbst zu entscheiden, bestimmt uns, den Zugang zu einer gerechten

Neuverteilung der Arbeit nicht allein in der Verkürzung der Arbeitszeit und auf anderen noch zu behandelnden Wegen zu suchen. Wir suchen nach weiteren Möglichkeiten, um Erwerbsarbeit für alle durch freie individuelle Entscheidungen der Einzelnen zu erreichen. Eine solche Möglichkeit kann die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung bieten.

Bedarfsorientiertheit klingt vielleicht nach Bedürftigkeit der Ausgrenzten, nach letzter Auffanglinie, gleichzusetzen mit der – womöglich noch abzusenkenden – Sozialhilfe. Genau dies ist nicht gemeint. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung ist ein solches Einkommen, das den Empfängerinnen und Empfängern – den an den Rand der Gesellschaft Gedrängten wie denen, die es aus anderen Gründen in Anspruch nehmen – durchaus eine Teilhabe an den wichtigsten Seiten des gesellschaftlichen Lebens noch sichert. Und mehr noch:

„Man muss sich schon eine reichlich verdrehte und ärmliche Vorstellung vom Menschen und seinen Möglichkeiten machen, um glauben zu können, dass jenseits der Arbeitsgesellschaft nur Leere herrscht, dass die einzigen Gegenspieler der (post)industriellen Geschäftigkeit Schmarrotzertum und Faulheit sind.“

ENGLER 2002

Es würde in der von uns vorgeschlagenen Ausgestaltung den in Arbeit Stehenden entschieden erleichtern, freiwillig für bestimmte Zeitabschnitte ihres Arbeitslebens aus der Erwerbsarbeit auszusteigen und abgesichert durch ein Grundeinkommen etwas anderes zu tun. Das mag die Betreuung von Kindern sein, eine intensive Bildungsphase, die Beteiligung an einem gemeinnützigen Projekt besonderen eigenen Interesses, die Vorbereitung auf eine neue

berufliche Orientierung, kurz Eigenarbeit unterschiedlichster Art. Die Einführung einer solchen neuen Säule sozialer Sicherung wird ein längerer Prozess sein, der sich schrittweise vollziehen ließe. Seine längerfristige Wirkung wäre eine mehrfache.

Wirkungen eines Grundeinkommens

Erstens: In dem Maße, in dem eine solche Grundsicherung für eine bestimmte Zeit von Erwerbstätigen aufgrund eigener Entscheidung in Anspruch genommen würde, könnten andere die frei werdenden Arbeitsplätze einnehmen. Dies könnte ein wichtiger Weg zu einer neuen Art Vollbeschäftigung werden. Ein großer Vorzug dieses Weges wäre, dass er auf freiwilliger Neuverteilung der notwendigen Arbeit vonseiten der Beschäftigten beruht.

Zweitens könnte eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die im Gegensatz zu der von Meinhard Miegel – dem Leiter der Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen – und

Stephanie Wahl vertretenen Reduzierung von sozialer Sicherung auf eine Minimalsicherung (MIEGEL, WAHL 1997, 1999) oberhalb der relativen Armutsgrenze liegt, den abhängig Erwerbstätigen ein Nein zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen und Löhnen erleichtern, weil es wirksamer als die Sozialhilfe vor sozialem Absturz sichert. Die Kämpfe um eine gerechtere Einkommensverteilung würde eine Stärkung erfahren.

Drittens entspräche die Einführung einer Grundsicherung einem Trend, der in der langfristig zunehmenden Bedeutung von Sozialtransfers zum Ausdruck kommt: der Entkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen. Dieser Trend hat unterschiedliche Ursachen, die über die Arbeitslosigkeit hinausgehen. Der Anteil der Lebenszeit, der für Bildung, Ausbildung und Fortbildung einzusetzen ist, wächst seit langem an und erfordert Einkommen, die nicht an Erwerbsarbeit gebunden sind. Der demographische Wandel im Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Älteren wirkt in die gleiche Richtung. Eine nach Alter differenzierte Grundsicherung für Jugendliche in Ausbildung würde deren Selbstverantwortung begünstigen und Einkommensbenachteiligungen von Familien mit Kindern im Vergleich zu Kinderlosen korrigieren.

Viertes würde die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung durch deren Wirkung als soziale Sicherung die oben behandelte Veränderung im Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, zwischen Arbeit und Freizeit erleichtern und fördern. Eigenarbeit unterschiedlichster Art, ob für die Familie oder in gemeinnützigen Projekten, könnte in bestimmten Lebensphasen gestützt auf eine Grundsicherung in den Vordergrund treten. Praktische Solidarität und soziale Zusammenarbeit würden gefördert. Plebiszitäre Demokratie könnte dadurch gewinnen.

Fünftens wäre ein Bürgerrecht auf Grundsicherung damit zu verbinden, dass gleichermaßen für Frauen und Männer der Wechsel zwischen Erwerbs- und unbezahlter Arbeit erleichtert und damit die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird. Die Grundsicherung darf allerdings nicht dazu missbraucht werden, dass durch seine einseitige Nutzung Frauen noch stärker auf Familienarbeit und Männer weiter vorwiegend auf Erwerbsarbeit festgelegt werden.

Sechstens wird die Einführung einer Grundsicherung als Schritt diskutiert, die dem starken neoliberalen Trend zur Kommerzialisierung des Lebens und zur Verwandlung nahezu aller Dinge und Beziehungen in käufliche Waren entgegensteht. Denn eine bedarfsorientiertes Grundsicherung als Bürgerrecht würde den Individuen nicht als

Träger der Ware Arbeitskraft zukommen, sondern ausschließlich deshalb, weil sie Menschen sind. Und es würde ihnen ermöglichen, sich nach eigener Entscheidung zeitweilig aus der Produktion und Zirkulation von Waren zu verabschieden.

Mögliche Regelungen Für den Staat und die Tarifparteien bedeuten die Potenzen einer Grundeinkommens nach dem von uns vertretenen Muster, dass sie folgende Fragen zu regeln hätten, die sich in Gesetzesregelungen über Erwerbsarbeit und Grundsicherung niederschlagen würden:

- Ausgehend von der jeweils geltenden Normalarbeitszeit (Wochen- und Lebensarbeitszeit) wird ein Anteil erwerbsarbeitsfreier Zeit festgelegt, beispielsweise 10 Prozent, 15 Prozent oder 20 Prozent, der durch Grundsicherung finanziert wird, wenn die Einzelnen diese Möglichkeit nutzen wollen und in erwerbsarbeitsfreien Jahren oder neben einer entsprechend verkürzten Wochenarbeitszeit anderen, nicht bezahlten Tätigkeiten nachgehen. Das Recht auf Grundsicherung kann in einem gesellschaftlich gerechten Maß für Tätigkeiten in der eigenen Familie, im Bereich der Bildung, der Kindererziehung, sozialer Dienste, Bildung, Kultur, Politik u. ä. in Anspruch genommen werden, sofern mit diesen Tätigkeiten kein Erwerbseinkommen erzielt wird. Die Entscheidung liegt bei den Einzelnen. Wird das Recht auf erwerbsarbeitsfreie Tätigkeit nicht in Anspruch genommen, verfällt der Anspruch auf Grundsicherung nach einer gewissen Zeit. Der anzubietende Umfang der durch eine Grundsicherung sozial gesicherten und geförderten Eigenarbeit wird an der Nachfrage von Arbeit Suchenden orientiert, für die die Inanspruchnahme der Grundsicherung durch bisher Beschäftigte der Arbeitsmarkt geöffnet werden soll.
- Staat und Tarifparteien vereinbaren Regelungen, die Erwerbstätigen den zeitweiligen Ausstieg und den gesicherten Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit ermöglichen, so dass sie ihr Recht auf erwerbsarbeitsfreie Zeiten auch tatsächlich in Anspruch nehmen können. Dies schließt auch die alternative Möglichkeit für verkürzte Arbeitszeit bei parallelem Einkommen durch Grundsicherung ein. Gleichzeitig müssten infrastrukturelle Voraussetzungen für sinnvolle Betätigung außerhalb der Erwerbsarbeit, insbesondere im Bereich der Bildung, des Sozialen, der Kinderbetreuung, der Kultur und der Politik geschaffen werden.

- Die Höhe der Grundsicherung sollte als Anteil am Durchschnittseinkommen, beispielsweise bei 70 Prozent davon, festgelegt werden, und es sollte steuerfinanziert werden.

Rainer Land hat in die Diskussion den Vorschlag einer Grundeinkommensabgabe eingebracht. Sie soll die Finanzierung von Grundeinkommen als soziale Sicherung in Phasen freiwilliger zeitweiliger Unterbrechung von Erwerbsarbeit und bei Arbeitslosigkeit sichern – also nicht die Finanzierung von Grundeinkommen für Kinder, Jugendliche und Menschen in Rente. Diese Abgabe soll je zur Hälfte durch eine Abgabe auf alle Haushaltseinkommen und durch eine Sozialabgabe auf die Unternehmensumsätze, die nach der Wertschöpfung bemessen wird, finanziert werden. Eine Querfinanzierung mit anderen Teilen der öffentlichen Haushalte ist auszuschließen. Je nach dem gesellschaftlich geregelten Verhältnis der insgesamt eingeräumten Grundeinkommenszeit zur Erwerbsarbeitszeit (10, 15 oder 20 Prozent beispielsweise) käme eine Höhe der Gesamt-abgabe zustande, die beispielsweise 70 Prozent von 10, 15 oder 20 Prozent der gesamten Erwerbseinkommen ausmacht. Da sie auf alle Einkommen einschließlich der Vermögenseinkommen erhoben würde, ist nach Lands Überlegung mit einer Höhe von deutlich unter 6, 8 oder 12 Prozent der Einkommen (bzw. der Personalkosten für die Unternehmen) zu rechnen. Die Grundeinkommensabgabe für die Finanzierung erwerbsarbeitsfreier Zeiten läge damit nicht höher als die derzeitigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Wenn es gelänge, durch die Einführung des Grundeinkommensmodells und anderer Reformen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erfolgreich zu sein, würden künftig Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu einem großen Teil entfallen. Arbeitslose, für die ein Grundeinkommen anstelle des Arbeitslosengeldes starke Einbußen im Verhältnis zum früheren Anrecht auf Arbeitslosengeld – erworben durch Beitragszahlung – bedeuten würde, könnten diese Differenz durch eine freiwillige private oder durch Gesetz geregelte Zusatzversicherung ausgleichen.

Die Einführung eine Grundsicherung kann an **Gegensätzliche Grund-** gewerkschaftlichen Vorschlägen, an Forderungen der **einkommenskonzepte** Sozialverbände und an breiten Diskursen in den Sozialwissenschaften anknüpfen. Sie erfordert zugleich eine Abgrenzung von Grundeinkommensvorstellungen anderer gesellschaftlicher Kräfte. Ein Grundeinkommen kann Emanzipation in Arbeits- und Lebenswelt fördern. Es kann aber durch kümmerliche Höhe und repressive Vergabebedingungen auch zum letzten Feigenblatt des Sozialabbaus und zum Förderinstrument prekärer Niedriglohnarbeit geraten. Michael Opielka beispielsweise verweist auf die „zwei zunächst ganz unterschiedlichen Perspektiven“ der Grundeinkommensdebatte. Aus der einen Perspektive wird die Diskussion „mit dem Ziel der Effektivitätssteigerung der sozialen Ordnung und ihrer sozialpolitischen Institutionen geführt. ... Die andere Perspektive blickt auf die Menschen und ihren Gestaltungswillen ... Die Diskussion wird aus dieser Perspektive mit dem Ziel der Humanisierung

der Gesellschaft geführt. Sozialpolitische Systeme sollen besser dem Menschen und seiner Entfaltung dienen, vor allem den Menschen, die sozial benachteiligt sind.“ (OPIELKA 2000: 1)

Bürgergeld und Niedriglohnsektor Prototypisch für die erste Perspektive ist der Standpunkt der Kommission für Zukunftsforschung der Staaten Bayern und Sachsen. Diese sieht vor, dass Bürgerarbeit entschieden ausgeweitet, jedoch grundsätzlich nicht entlohnt wird, dass der Bürger aber, „wenn er nachweist, dass er ohne Geld nicht leben kann“(!), ein Bürgergeld in Höhe der Sozialhilfe erhält, das „als existenzsichernde Grundlage für ein Engagement in der Bürgerarbeit dienlich sein kann“. (KOMMISSION FÜR ZUKUNFTSFORSCHUNG, 1997: 163/164) Doch dieser Grundsicherungsverschnitt soll funktionell für die Stärkung des Marktmechanismus sein, kostensparend für Unternehmen und Haushalte wirken und die unternehmerischen Kräfte derer in Erwerbs- und Bürgerarbeit wecken. Dies werde unter anderem durch eine Niedriglohnstrategie erreicht. Wenn allerdings Löhne unterhalb des Sozialhilfeniveaus durch Sozialhilfe ergänzt werden müssten, dann würde dies die Staatshaushalte zu sehr belasten. „Diese Frage kann im Rahmen einer Niedriglohnstrategie nur vermieden werden, wenn auch das Sozialhilfeniveau für Erwerbsfähige gesenkt wird“ – bei Arbeitsauflagen für Sozialhilfeempfänger, versteht sich. „Durch eine Senkung des Sozialhilfeniveaus können ferner Leistungsanreize geschaffen und der Einfallsreichtum der Bevölkerung erhöht werden.“ (KOMMISSION FÜR ZUKUNFTSFORSCHUNG, 22 ff.) „Grundsicherung“ gerät bei der CDU/CSU zum Element einer sozialen Abwärtsspirale. Tatsächliche Sicherung gegen Lebensrisiken soll den Individuen und ihrer privaten Eigenvorsorge überantwortet werden. Wie die allerdings bei Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und jenen aussehen soll, die im wachsenden Niedriglohnsektor tätig sind, beantwortet das neoliberale Konzept nicht. Bis zu Ende gedacht, lautet seine Quintessenz: „Je ärmer desto kreativer.“ Wie Unternehmensführungen und Regierungen erst funktionieren würden, wenn dieses Prinzip auch dort zur Geltung gebracht würde!

In der SPD rückt in den letzten Jahren die Debatte um eine Grundsicherung in den Hintergrund (GRUNDSATZPROGRAMMKOMMISSION, 2001: 58 ff.; FRIEDRICH EBERT STIFTUNG 2001: 47 ff.). In dem 93 Seiten umfassenden Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission „Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm“ vom November 2001 heißt es dazu nur „Soziale Grundsicherungen leisten dauerhafte Hilfe für diejenigen, denen Selbsthilfe nicht möglich ist“,

und es wird darauf verwiesen, dass ein Einstieg in die Grundsicherung im Falle von Alter und Erwerbsminderung erfolge (GRUNDSATZPROGRAMMKOMMISSION 2001: 65). Die gesamte soziale Sicherung werde durch einen neuen Mix zwischen Staat als „aktivierendem Staat“, Markt und Selbsthilfe umgebaut. In einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Bedeutung der Grundwerte für politische Reformprojekte in der Wissensgesellschaft“ aus dem Jahr 2001 wird der Vermeidung von Armut erste Priorität zugesprochen, ein Projekt Grundeinkommen taucht aber nicht auf. Im Programm von Bündnis 90/Die Grünen zu den Bundestagswahlen 2002 allerdings wurde die Einführung einer sozialen Grundsicherung als ein zentrales Reformprojekt der neuen Legislaturperiode bezeichnet. Die Haupttendenz zum Abrücken von ursprünglich stärkeren Forderungen nach einer *bedingungslosen* Grundsicherung entspricht der Richtung des gesellschaftlichen Diskurses, die Ostner, Leitner und Lessenich zusammenfassend kennzeichnen. Sie sprechen von einer umfassenden Tendenz zur *Delegitimierung* „dekommodifizierender“ – das heißt: Marktzwänge begrenzender, arbeitsmarktexterne Lebenschancen garantierender – Sozialpolitik. „... Passend hierzu wird Armut im herrschenden rot-grünen Diskurs nicht mehr als Verteilungsproblem, sondern als arbeitsmarkt- und bildungspolitische Frage diskutiert, und die Frage sozialer Gerechtigkeit nicht länger im Sinne der Möglichkeiten einer politischen Garantie von Teilhabeberechten gestellt, sondern im Sinne einer Politik der Teilhabe- bzw. Zugangsgerechtigkeit reformuliert. Die Institution der Sozialhilfe droht in diesem Prozess zu einem im Wortsinne allerletzten Auffangbecken für jene „undeserving poor“ zu verkommen, bei denen alle „Aktivierungs“-Versuche gescheitert sind und deren öffentliche Alimentierung als „Bürgerrecht“ einzuklagen und zu legitimieren immer schwerer fallen dürfte. In dieser Situation erscheint die sozialpolitische Forderung nach einer bedingungslosen Grundsicherung, nach einem „Basic Income“ als universelles Bürgerrecht, zugleich angemessener, dringlicher – und anachronistischer denn je.“ (OSTNER, LEITNER, LESSENICH 2001: 39).

Im Bericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg“ aus dem Jahr 1998 wurde dem Vorschlag eines „Bürgergeldes“ von Joachim Mitschke noch erheblicher Raum gegeben – jedoch als *Instrument zur Ausweitung des Niedriglohnsektors*. (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 1998: 250 ff.) Danach soll das

**Pro und Contra
Kombilohn**

Bürgergeld ebenso wie gegenwärtig die Sozialhilfe das Existenzminimum garantieren. Anders als die Sozialhilfe würde das Bürgergeld aber ein zusätzliches Erwerbseinkommen nicht ausschließen, sondern das Erwerbseinkommen sollte in der Regel zu 50 Prozent bei dem Empfänger oder der Empfängerin des Bürgergeldes verbleiben, so lange das Gesamteinkommen (Bürgergeld + Erwerbseinkommen) das Doppelte des Existenzminimums nicht überschreitet. Für die Arbeitgeber hätte dies den Vorteil, dass Arbeitsplätze auch zu Niedriglohnbedingungen nachgefragt werden, weil sich zusammen mit dem Bürgergeld ein Kombilohn als Anreiz für Arbeit im Niedriglohnbereich ergibt.

Die Vorteile einer solchen *Bürgergeld-Konzeption* als Vehikel zur Ausweitung des Niedriglohnssektors sind nach Auffassung ihrer Befürworter

- für die Unternehmenseite eine staatliche Subventionshilfe zum Ausbau des Niedriglohnssektors,
- für wenig qualifizierte Erwerbsabhängige eine Erhöhung ihres Gesamteinkommens, wenn sie ohne das Bürgergeld nur von Niedriglohn oder nur von der Sozialhilfe und anderen Lohnersatzleistungen existieren müssten,
- für den Arbeitsmarkt eine Entlastung durch den Anreiz zur Aufnahme von Niedriglohnbeschäftigung,
- für den öffentlichen Haushalt keine zusätzliche Belastung, weil das Bürgergeld bisher gesonderte steuerfinanzierte Sozialleistungen – Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderungsleistungen – und die Arbeitslosenhilfe zusammenfassen würde und deren Höhe nicht überschreiten soll.

Daraus resultiert die zusammenfassende Wertung der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Die Kommission ist überzeugt, dass ... Bedenken bei genauer und fairer Prüfung ausgeräumt werden können; sie sieht deshalb im ‚Bürgergeld‘ den sachlich besten Vorschlag zur Überwindung der negativen Auswirkungen des deutschen Sozialstaats auf die Beschäftigung.“ (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 1998: 262)

Zwei der von der Kommission erwarteten Vorteile, die Einkommenserhöhung für Bezieher von Niedrigeinkommen und der erhoffte Anstieg der Beschäftigungsquote, verbieten, diesen Vorschlag einfach abzulehnen. Wohl aber sind Einwände dagegen gründlich zu

bedenken, um weiter nach besseren Lösungen ohne gravierende Nachteile zu suchen.

Die Gewerkschaften wenden sich gegen die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch Kombilöhne, die sie als massiven Eingriff in die bruttolohnbezogene Tarif- und Soziallandschaft ansehen (SCHÄFER 2000: 9). Sie erwarten, dass die Unternehmer wie schon bei den 630-Mark-Jobs nach und nach dazu übergehen werden, Arbeitsverhältnisse oberhalb der Subventionsgrenze in solche unterhalb dieser Grenze zu verwandeln. Lohnsubventionen würden auf solche Weise das gesamte Lohngefüge nach unten ziehen. Wolfgang Streeck und Rolf Heinze versuchen in ihrem prominenten Lohnsubventionsmodell, solchen Einwänden zu begegnen (STREECK; HEINZE 1999). Sie schlagen vor, anstelle der Zahlung von Lohnsubventionen die Sozialversicherungsbeiträge bei Arbeitseinkommen bis zu 1.500,00 DM vollständig zu subventionieren. Auf diese Weise würden die Lohnnebenkosten gesenkt bzw. die realen Lohneinkommen erhöht werden, ohne staatlich in die Höhe der Bruttotariflöhne einzugreifen. Der Bewegung des gesamten Lohngefüges nach unten wollen sie dadurch Grenzen setzen, dass staatlich Mindestbruttolöhne festgelegt werden.

Von Gewerkschaftsseite wird dagegen argumentiert, dies ergebe nur eine schlechte unterste Auffanglinie. Überdies befürchten GewerkschafterInnen ebenso wie viele SozialpolitikerInnen mit Verweis auf reale Tendenzen, ein großzügigerer Verbleib von zusätzlichen Erwerbseinkommen bei EmpfängerInnen von Bürgergeld oder anderen Typen von Kombilöhnen würde zur Kollision mit dem Lohnabstandsgebot führen, mit der Regelung nämlich, dass zwischen den Realeinkommen von Erwerbs- oder Teilerwerbstätigen und der Sozialhilfe ein ausreichender Abstand als Arbeitsanreiz gewahrt sein muss. Wenn nun durch den Verbleib von Zusatzeinkommen bei Sozialhilfeempfängern deren Gesamteinkommen erhöht würde, verringere sich der Abstand zu reinen Niedrigerwerbseinkommen. Dies, so die Befürchtung, werde dann Anstoß für die Absenkung des Sozialhilfeniveaus für alle sein. (SCHÄFER 2000: 13).

Dazu kommt, dass ein großer Teil der auszuweitenden Niedriglohnverhältnisse im Bereich der Dienstbotenarbeit in Haushalten Wohlhabender angesiedelt werden soll und die Teilung der Gesellschaft zwischen Oberklasse und Dienstbotenklasse und zudem eine ethnische Teilung (Ausländerinnen als Haushaltshilfen) weiter ausprägen würde.

Ein Argument für das Konzept des Bürgergeldes ist, dass es zur Armutsvermeidung beizutragen verspricht. Skeptisch stimmt dagegen, dass seine emanzipatorischen Wirkungen gering sein dürften und dass es eher dazu beiträgt, die Unternehmenseite als die Gewerkschaften zu stärken. Dies könnte mittel- und langfristig sogar zu vermehrter Armut beitragen. Ganz anders wäre die Wirkung, wenn nach der von uns vertretenen Konzeption das Bürgerrecht auf eine bedarfsorientierte Grundsicherung oberhalb des Sozialhilfeniveaus *mit der real möglichen Teilhabe aller an existenzsichernder Erwerbsarbeit verknüpft* wird. Unter dieser Voraussetzung kommt solcher Grundsicherung erhebliche Bedeutung für eine emanzipatorische Entwicklung von Arbeit und Leben zu.

Seine Einführung wird allerdings nur schrittweise erfolgen können. Denn: „Stellt sich ein Grundeinkommensvorschlag als finanzierbar heraus, dann ist seine Höhe gering, der Berechtigtenkreis restriktiv definiert und die Finanzierung erfolgt auf Kosten des existierenden Systems sozialer Sicherung. Wird ein höherer Grundeinkommensbetrag vorgeschlagen, der Berechtigtenkreis großzügig definiert und soll das Grundeinkommen in das bestehende System sozialer Sicherung eingepasst werden, dann ist der Vorschlag nicht finanzierbar.“ (VOBRUBA 2000: 37)

Grundeinkommen schrittweise einführen

Eine *schrittweise Annäherung an eine bedarfsorientierte Grundsicherung* mit emanzipatorischem Charakter kann dem Gedanken eines „lebenslagebezogenen Grundeinkommens“ folgen. Das heißt, ein

Grundeinkommen soll zunächst für soziale Gruppen eingeführt werden, deren Lage besonders problematisch ist, so dass ein solcher Schritt breite öffentliche Zustimmung finden und ohne große Kontroversen getan werden kann (OPIELKA 2002: 5). Opielka schlägt als solche Teilschritte vor:

Einführung einer „negativen Einkommenssteuer“ des von Mitschke beschriebenen Typs (MITSCHKE, 1999: 56 ff.) für diejenigen, die unterhalb der Armutsschwelle leben. Eine Negativsteuer bedeutet in diesem Falle, dass für Empfänger von Sozialtransfers unterhalb eines zu definierenden Existenzminimums der Negativsteuersatz angibt, wie groß der Anteil des Zuverdienstes ist, der dem Empfänger von Lohnersatzleistungen bleibt.

Einführung von Lohnsubventionen für bestimmte Zielgruppen, die entweder ein extrem niedriges Einkommen haben oder die nur unter der Bedingung der Gewährung von staatlichen Lohnzuschüssen

wieder einen Arbeitsplatz bekommen – mit dem unmittelbaren Vorteil für die Betroffenen und mit den eben diskutierten Nachteilen.

Einführung von Grundeinkommen für besonders anzuerkennende, bisher nicht bezahlte Tätigkeiten, beispielsweise für häusliche Kindererziehung und -betreuung, für Aus- und Weiterbildungszeiten und für gemeinnützige Tätigkeiten (freiwilliges Soziales Jahr, Zivildienst, Sozialdienst). Opielka regt an, in solchen Lebenslagen eine Negativsteuer durch Pauschalzahlungen aufzustocken.

Nach unserem Vorschlag sollten Eltern pro Kind ein oder zwei Erziehungsjahre mit Grundsicherung zustehen. Zu sichern und zu finanzieren wäre die Vertretung durch Arbeitslose oder Berufseinsteiger und zu gewährleisten der Wiedereinstieg nach dem Erziehungsjahr. Die Grundsicherung sollte zu einem erhöhten Satz gezahlt werden, weil die Betreuung und Erziehung eines Kindes von vornherein als gesellschaftlich besonders nützliche Eigenarbeit zählt. Gleichzeitig müssen jedoch die Infrastrukturvoraussetzungen für Kinderprojekte so verbessert werden, dass Eltern auch die Möglichkeit haben, während des Erziehungsjahres oder auch später in einem Kinderladen oder anderen pädagogischen Einrichtungen mitzuwirken.

Nicht identisch mit einer Grundsicherung für Kindererziehungsjahre wäre ein weiterer Teilschritt zur generellen Einführung einer Grundsicherung als Bürgerrecht: die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, altersabhängig abgestuft. Es würde stärker als der Kindergeldzuschlag der finanziellen Mehrbelastung von Familien mit Kindern entgegenwirken und die Gesellschaft kinderfreundlicher machen. Die Finanzierung könnte zum Teil durch die Streichung der sozial ungleich wirkenden Steuerfreibeträge für Kinder erfolgen.

Einer weiteren Gruppe sollte nach unserer Auffassung ebenfalls schnell eine ausreichende bedarfsorientierte Grundsicherung zugesprochen werden: denjenigen älteren Bürgerinnen und Bürgern, die aus verschiedenen Gründen durch die gesetzliche Rentenversicherung nicht vor Altersarmut gesichert sind. Dieser Schritt könnte die durch die Riester-Rentenreform bereits eingeführte, jedoch unzureichend ausgestattete Grundsicherung im Alter weiterführen.

Über das „lebenslagebezogene Grundeinkommen“ hinaus würde ein weitergehender Schritt zu dem von uns angestrebten Grundsicherungsmodell reichen: die Einführung eines Sabbatjahres für alle Arbeitnehmer, die länger als zehn Jahre ununterbrochen im Berufsleben stehen. Das Prinzip dieses Schrittes wäre der Erwerb eines

Rechts auf Grundeinkommen durch eigene Berufsarbeit. Eine vergleichbare Regelung existiert beispielsweise in Dänemark bereits gegenwärtig. Die Regel wäre einfach: Wer zehn Jahre berufstätig war, kann während eines Sabbatjahres Grundeinkommen beziehen. Wer gleichzeitig einer nützlichen Eigenarbeit im oben beschriebenen Sinne nachgeht, erhält einen Zuschlag. Dabei ist einerseits die Vertretung durch Berufseinsteiger oder Arbeitslose zu gewährleisten, und andererseits muss der Wiedereinstieg nach dem Sabbatjahr sichergestellt werden. Später könnten die Abstände, in denen Grundsicherung beansprucht werden kann, verkürzt werden.

Ob die in Erwerbsarbeit Stehenden tatsächlich in großem Umfang von einer spezifischen Potenz der Grundsicherung Gebrauch machen – von der Möglichkeit, abgesichert durch ein Grundeinkommen zeitweilig Erwerbsarbeit gegen Familien- und ehrenamtliche Arbeit zu tauschen, auf solche Weise einem großen Teil der Arbeitslosen den Zugang zu Erwerbsarbeit zu öffnen und damit wesentlich zur Annäherung an einen Zustand neuer Vollbeschäftigung beizutragen –, werden praktische Erfahrungen mit Teilschritten in solche Richtung zeigen. Erst eine ganze Folge einzelner Schritte würde sich in den großen kulturellen Umbruch einfügen und ihn zugleich fördern, der solcher Wirkung zugrunde läge. Gegenwärtig lehnen viele die Erwägung, ihre Erwerbsarbeit zeitweilig gegen Eigenarbeit bei abgesehenem Transfereinkommen zu tauschen, mit Verweis auf die Höhe der Lebenshaltungskosten ab. Eine gesicherte Rückkehr auf den Arbeitsplatz scheint ihnen aus Erfahrung unwahrscheinlich. Die verbreiteten Zukunftsängste in einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft bestimmen sie, an ihren Einkommen festzuhalten. Sie beobachten den Abbau sozialer Einrichtungen um sich herum und können sich schlecht vorstellen, dass zusammen mit der Einführung einer Grundsicherung der Ausbau von infrastrukturellen Einrichtungen einhergehen könnte, die eine sinnvolle Nutzung von mehr freier selbstbestimmter Zeit erst tatsächlich ermöglichen würden. Und auch die Suggestionen der Konsumgesellschaft stehen einem Teilverzicht auf Einkommen für bestimmte Zeit entgegen.

Doch es existieren auch starke Gegenteilstendenzen. Eine repräsentative Befragung der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands ergab, dass eine starke Mehrheit elementaren Lebensbedingungen wie einem Leben in Frieden, Teilhabe an demokratischen Entscheidungen, an auskömmlicher Arbeit, Gesundheitsdiensten, Bildung und Kultur, intakter Umwelt und sozialer Sicherheit entschieden größere Bedeu-

tung beimisst, als jeden Tag Spaß zu haben und ein Vermögen zu erwerben:

Tabelle 16

Bewertung von notwendigen Gütern, um ein erfülltes Leben zu führen											
Antwort: Für mich sind die aufgezählten Begriffe 1 = sehr wichtig, 2 = wichtig, 3 = mehr oder weniger wichtig, 4 = nicht so wichtig, 5 = überhaupt nicht wichtig.											
Angaben in %		Deutschland Ost					Deutschland West				
		1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
1	Ohne Angst vor Krieg leben	86,2	10,9	2,0	0,1	0,3	77,9	17,2	3,7	0,8	0,4
2	Erschwinglichen Zugang zu Gesundheitsschutz haben	75,3	21,7	2,0	0,4	0,6	65,9	29,2	3,7	1,1	0,1
3	Zugang zu auskömmlicher Arbeit haben	78,0	17,8	2,2	0,5	0,5	60,0	34,7	4,0	0,8	0,5
4	In sauberer Umwelt leben	63,2	32,0	4,4	0,2	0,2	66,0	28,7	4,8	0,2	0,3
5	Gegen Kriminalität gut geschützt sein	70,1	26,2	3,3	0,3	0,1	63,3	30,1	5,8	0,5	0,3
6	Unbegrenzten Zugang zu Bildung haben	62,0	31,3	5,8	0,5	0,4	57,9	32,8	7,5	1,2	0,5
7	Durch soziale Sicherung vor Elend geschützt sein	70,7	24,5	4,0	0,2	0,5	57,0	35,0	6,7	1,0	0,3
8	Gesellschaft demokratisch mitgestalten zu können	29,8	43,1	22,4	3,2	1,5	35,1	46,1	15,5	2,9	0,4
9	Kulturelle Möglichkeiten nutzen können	15,0	50,4	29,5	4,4	0,7	13,4	40,8	34,4	9,6	1,8
10	Jeden Tag Spaß haben	12,9	26,6	35,7	18,6	6,2	12,1	21,3	33,7	23,0	9,9
11	In jedem Land Staatsbürger/in sein können	5,7	12,9	34,2	29,4	17,8	8,3	17,4	31,3	28,4	14,6
12	Vermögen erwerben	5,7	22,2	47,5	18,1	6,5	7,2	17,7	45,7	20,9	8,5
13	Berühmt werden	0,3	1,6	7,1	23,0	68,0	1,0	1,5	5,7	18,0	73,8

QUELLE: CHRAPA, 2001: 9

Insbesondere in den jüngeren Generationen sind die Offenheit für Wechsel, die Bereitschaft, sich auf Risiken einzulassen, die Präferenz für selbstbestimmte Lebensräume und die Abwehr dauerhaft vorbestimmter Abläufe des Lebens stark ausgeprägt. Veränderungen im Arbeitsleben werden von vielen als Freiheitsgewinn betrachtet. Engagement in selbstgewählten Projekten, die Spaß an Selbstverwirklichung versprechen, ist verbreitet. Schon seit langem wächst in sozialen Gruppen, die einen beachtlichen Lebensstandard erreicht haben, der Stellenwert so genannter postmaterieller Werte, von Individualität, Souveränität in der Bestimmung eigener Lebensweisen, Bewahrung der Umwelt, Gleichstellung der Geschlechter und von kulturellen Ansprüchen.

3.3.4. Lohnpolitik, Binnenmarktstabilisierung und Wertschöpfungsabgabe

Ohne Nachfrage keine Arbeit

Die Verbesserung der individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und alle Mühen um eine gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit werden nur dann Erfolg haben, wenn die Güter und Leistungen – soweit sie für den Markt produziert werden – auch kaufkräftige Nachfrage finden. Selbst der Markt für Investitionsgüter ist letzten Endes davon abhängig, ob der Absatz von Konsumgütern und Leistungen neue Investitionen auslöst. Aber die Massenkaufkraft, die überwiegend durch die Reallohnentwicklung der abhängig Beschäftigten bestimmt wird, stagniert seit langem. Die Masseneinkommen in der Bundesrepublik sind über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2000 real nur um 4,8 Prozent gestiegen (IG METALL 2002: 27).

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der nominalen Nettolöhne und -gehälter je abhängig Beschäftigten von 1,6 Prozent zwischen 1991 und 2000 bedeutet im Gefolge von Preissteigerungen real eine jahresdurchschnittliche Reduzierung von 0,7 Prozent.

Die Bundesrepublik leidet seit über einem Jahrzehnt an dramatischer Nachfrageschwäche. Dies ist eine Hauptursache der andauernden Massenarbeitslosigkeit.

Tabelle 17

Brutto-, Netto- und Realverdienste je abhängig Beschäftigten in Deutschland – Monatsdurchschnitt –

	Nominale Brutto- löhne und -gehälter je Arbeitnehmer monatlich		Nominale Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer monatlich		Preis- stei- ge- rung ¹	Reale Brutto- löhne und -ge- hälter je Arbeitnehmer		Reale Nettolöh- ne und -gehälter je Arbeitnehmer	
	DM	Verän- de- rung in v. H.	DM	Verände- rung in v.H.		1990 = 100	Ve- rände- rung in v.H.	1990 = 100	Verän- de- rung in v.H.
1990 ²	3.309		2.301			100,0		100,0	
1992	3.571	7,9	2.441	6,1	5,1	102,7	2,7	101,0	1,0
1993	3.727	4,4	2.557	4,7	4,5	102,6	-0,1	101,2	0,2
1994	3.802	2,0	2.562	0,2	2,7	101,9	-0,7	98,7	-2,5
1995	3.923	3,2	2.582	0,8	1,8	103,3	1,4	97,7	-1,0
1996	3.981	1,5	2.579	-0,1	1,4	103,4	0,1	96,3	-1,5
1997	3.990	0,2	2.547	-1,2	1,9	101,7	-1,6	93,3	-3,1
1998	4.031	1,0	2.574	1,1	1,0	101,8	0,1	93,4	0,1
1999	4.079	1,2	2.608	1,3	0,6	102,4	0,6	94,1	0,7
2000	4.141	1,5	2.658	1,9	1,9	102,0	-0,4	94,1	0,0
Durch- schnitt 1991 – 2000		2,5		1,6	2,3		0,2		-0,7
1	Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte								
2	Bereinigt um einen Großteil der extrem hohen Zahl von Kurzarbeitern von 1991 (1,62 Mio) in Ostdeutschland								

QUELLE: DGB-BUNDESVORSTAND (HRSG.) 2001: 3

Auch die periodisch eintretenden Phasen von wirtschaftlicher Stagnation oder gar Rezession treten vor allem deshalb auf, weil die Massenkaukraft nicht ausreicht, um die anwachsende Güter- und Leistungsmenge zu kaufen. Exporte – so vorteilhaft sie bei fairer internationaler Arbeitsteilung sein können – sind für dieses Problem

nur eine Scheinlösung. Denn entweder werden sie durch Importe ausgeglichen, die dann ebenfalls Käufer finden müssen, oder in den Zielländern der Exporte wachsen die Schulden, wenn sie die Waren auf Kredit importieren. Das wiederum reduziert künftige Importmöglichkeiten – ganz abgesehen von anderen sozial zerstörerischen Folgen für überschuldete Länder. Deshalb ist es ungesund, wenn in der Bundesrepublik nicht ein umweltfreundlich strukturierter Binnenmarkt, sondern die Exporte das Wachstum bestimmen.

Deshalb sind gewerkschaftliche Forderungen nach einer produktivitätsorientierten Erhöhung der Löhne und Gehälter ökonomisch rational. Denn eine erhöhte Nachfrage vermag Wachstum und Beschäftigung zu fördern und Depressionen entgegenzuwirken. (Auf die ökologische Problematik dieses Zusammenhangs gehen wir im Abschnitt 3.4. ein.)

Lohnforderungen der Gewerkschaften entsprechen keineswegs allein den Interessen der Erwerbsabhängigen, sondern die Gewerkschaften bringen zugleich die volkswirtschaftliche Nachfragefunktion der Erwerbseinkommen zur Geltung. Vom Standpunkt des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit und nach Bedingungen selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit geht es ohnehin nicht schlechthin um mehr Erwerbsarbeitsplätze, sondern um existenzsichernde sinnvolle Erwerbsarbeit, die die Teilhabe der abhängig Beschäftigten am sozialen und kulturellen Leben sichert.

Von Seiten der Unternehmerverbände wird die Nachfragefunktion der Masseneinkommen sträflich negiert. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors wird als einer der entscheidenden Zugänge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit angesehen.

**Niedriglohnsektor
keine Lösung gegen
Arbeitslosigkeit**

Besonders die FDP, aber auch CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen teilen diese Auffassung. Sie stützt sich auf das wirtschaftsliberale Theorem, dass ein Überangebot einer Ware so lange zu einer

Senkung ihres Preises führen müsse, bis diese Senkung zu verstärkter Nachfrage herausfordert und Angebot und Nachfrage sich auf dem Markt ausgleichen. Für die Ware Arbeitskraft bedeute dies, dass der Lohn als ihr Preis so lange gesenkt werden müsse, bis die Senkung der Lohnkosten zur Einstellung der bisher Arbeitslosen in den Unternehmen führt. Arbeitslosigkeit wäre danach vorwiegend die Folge eines falschen Preises der Arbeitskraft, zu hoher Lohnforderungen nämlich. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors sei dagegen die marktgerechte Lösung des Beschäftigungsproblems!

Diese einfache und klare Theorie hat leider eine große Tücke: Erwerbsabhängige müssen zwar ihre Arbeitskraft verkaufen, um aus eigener Kraft leben zu können – doch die Menschen selbst sind mehr als eine bloße Ware. Sie sind unverwechselbare Individuen mit Ansprüchen an Gerechtigkeit und Lebenschancen.

Nach diesem Maßstab ist Niedriglohnarbeit, die mit Armut und Ausgrenzung einhergeht, keine taugliche Lösung des Beschäftigungsproblems. Eine abnehmende Lohnquote bei steigendem Anteil der Gewinne aus Unternehmen und der Einkünfte aus Vermögen erhöht die sozialen Spannungen in der Gesellschaft, vergrößert die Ungleichgewichte in der Verteilung der Macht, deutet auf zunehmende Ungerechtigkeit hin und schadet der Demokratie. Genau dies ist aber der bestimmende Trend in der Bundesrepublik (HEIMANN 2001: 711 ff.).

Aber auch mit Blick auf die für die Wirtschaft unverzichtbare Nachfrage ist die permanente Forderung der Unternehmerseite nach Reformen zur Senkung des Lohnniveaus, nach Lockerung des Kündigungsschutzes, Aushöhlung der Flächentarifverträge durch betriebsnahe Lohnfindung, Reduzierung der Mitbestimmungsrechte, Senkung der Sozialtransfers als Mittel der Leistungserpressung, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Befristung der Arbeitsverträge irrational. Sie entspringt den Profitinteressen der einzelnen Unternehmen. „Wettbewerbsorientierte Lohnpolitik“ wird das genannt. Niedrige Löhne sollen durch Kostensenkung die Konkurrenzkraft der Unternehmen stärken. *Doch was für den Profit jedes einzelnen Unternehmens rational ist, ist volkswirtschaftlich irrational, weil mit dem Zurückbleiben der Massenkaufkraft das Wachstum zu Lasten der Beschäftigung gebremst wird.* In der Rezession, in der Überproduktionskrise, fällt der Konflikt zwischen Angebot und Nachfrage sogar auf die Unternehmerseite selbst zurück, indem die Wettbewerbschwächeren auf der Strecke bleiben und selbst ein großer Teil der Erfolgreicheren Gewinneinbußen hinnehmen muss. Entlassungen und Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten sind die Folge. Die Letzten beißen die Hunde.

Die Ausweitung purer Niedriglohnzahlung ist so unbestreitbar unvereinbar mit dem sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und mit der Würde jeder und jedes Einzelnen, dass selbst marktfixierte Politiker und Experten einen – eben schon berührten – Kompromiss anbieten: Es bleibt bei

**Ambivalenzen der
Lohnsubventionierung**

Niedriglöhnen – aber hinnehmbar gemacht durch einen staatlichen Zuschuss. Dieser wird in verschiedenen Varianten gehandelt: als Zuschlag zum Niedriglohn aus öffentlichen Kassen, als Steuerbefreiung bis zu einer bestimmten Höhe des Niedriglohns, als niedriger Steuersatz auf die „besseren“ Niedriglöhne, als Erlass oder Teilerlass der Sozialbeiträge. Dies ist für Empfänger von Niedriglöhnen ohne Zweifel ein gewichtiger Vorteil. Vor allem ist es ein Vorteil für die Unternehmen, die statt existenzsichernder Löhne Niedriglöhne zahlen. Eine Lösung mit Gewinn für beide Seiten scheint gefunden. Doch der Schein trügt. Die Erfahrung mit den beitragsfreien 630-DM-Jobs hat gezeigt, dass die Unternehmen – beispielsweise im Einzelhandel, im Gaststättengewerbe und in anderen Branchen – ihren Vorteil nutzen und dazu übergehen, anstelle von Vollerwerbsarbeitsplätzen mehrere für sie günstigere geringfügige Niedriglohnjobs zu vergeben. Existenzsichernde Arbeitsplätze werden in prekäre Arbeitsverhältnisse verwandelt. Das Tariflohngefüge wird nach unten gezogen. Der Vorteil für Niedriglohnempfänger wird mit wachsendem Druck auf die Mehrheit der Erwerbstätigen bezahlt. Viele Niedriglohnarbeitsplätze sind im Gefolge solcher Entwicklung gar nicht Ausdruck geringer Qualifikation der Arbeit Suchenden, sondern gewolltes Resultat. Besonders häufig trifft dies Frauen.

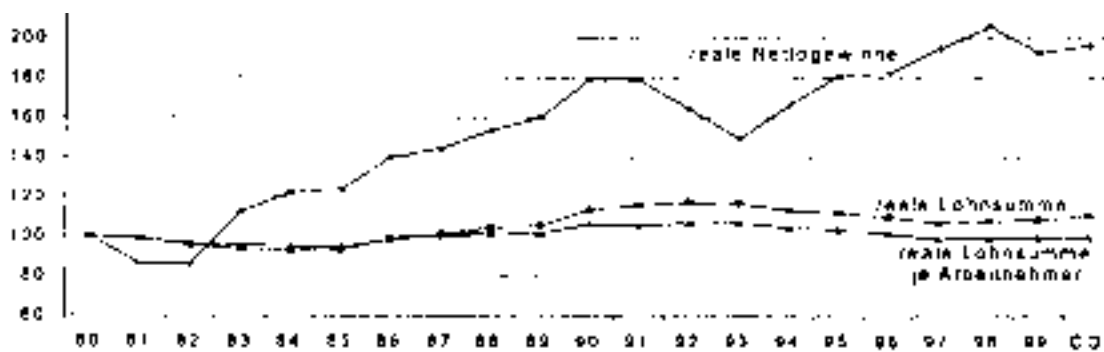
Deshalb entspringt es nicht mangelnder Reformbereitschaft, sondern Maßstäben der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Binnenmarktstabilisierung, wenn der Niedriglohnstrategie Widerstand, die Forderung nach umfassender Einführung existenzsichernder Mindestlöhne und produktivitätsorientiertem Lohnzuwachs und Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegengesetzt werden.

Problematisch ist die Ablehnung von subventionierten Niedriglohnarbeitsplätzen dort, wo auf diesem Wege gering Qualifizierte in Lohn und Brot gebracht werden können, deren höhere Zahlung betriebswirtschaftlich tatsächlich nicht tragbar ist, weil sie zur Unverkäuflichkeit der erzeugten Güter und Leistungen führen müsste. In solchen Fällen und wenn altersbedingt oder aus anderen Gründen eine Weiterbildung nicht Erfolg versprechend ist, sind Kombilöhne zu akzeptieren – wenn verhindert wird, dass sie zum Einfalltor für eine breite Durchsetzung eines Niedriglohnsektors werden. Kombilöhne können auch als Übergangslösung im Verein mit gezielten, auf die Einzelnen zugeschnittenen Qualifizierungsmaßnahmen und mit der Suche nach vollwertigen Arbeitsplätzen sinnvoll sein.

Doch ein Hauptweg zur Lösung des Beschäftigungsproblems ist die Ausweitung des Niedriglohnsektors nicht. Die gewerkschaftlichen

Kämpfe um volle Ausschöpfung aller Lohnsteigerungsmöglichkeiten sind daher nicht unverantwortlich, wie von Unternehmerseite regelmäßig zu hören ist, sondern volkswirtschaftlich vernünftig und unverzichtbar für ein menschenwürdiges Leben der Erwerbsabhängigen. Aber wie sind die Spielräume für volkswirtschaftlich vertretbare Lohnsteigerungen zu bestimmen? Sind 2 oder 4 oder 6 Prozent vertretbar? Woran ist dies zu messen? Die Erwerbseinkommen um den Prozentsatz zu erhöhen, der der Inflationsrate entspricht, ist das Mindeste, wenn die Realeinkommen nicht mit den Preiserhöhungen sinken sollen. Darüber hinaus ist es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, dass die Entwicklung der Erwerbseinkommen zusätzlich an der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität orientiert wird.

Entwicklung der preisbereinigten¹ Nettolöhne und Nettogewinne Deutschland²



- 1) Gewinne preisbereinigt mit Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, Löhne mit Index der Lebenshaltungskosten
- 2) Bis 1991 Westdeutschland

DGB-BERECHNUNGEN NACH ANGABEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

Und da sich die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik, im europäischen Maßstab und weltweit extrem ungerecht entwickelt und eine Umkehr dieses Trends überfällig ist, haben die Gewerkschaften lange Zeit hindurch auch die Forderung nach einer dritten Komponente der Lohnbildung erhoben: Sie soll ein Stück Umverteilung von oben nach unten enthalten, um das Verteilungsungleichgewicht zu mindern und ein Mehr an Gerechtigkeit zu erreichen. Doch dies gelingt seit langem nicht mehr. Im Gegenteil, der Anteil der abhängigen Erwerbseinkommen am Bruttoinlandsprodukt, die Lohnquote, ist auch im Durchschnitt der Europäischen Union deutlich gesunken: von 75,3 Prozent (1971-80) über 73 Prozent (1981-90) auf 69,7 Prozent (1991-2000) (SCHULTEN; STÜCKLER 2000: 11). Auch

in Deutschland sind in diesem Zeitraum die realen Nettogewinne der Unternehmen – wie bereits dargestellt – gestiegen und die Reallöhne je Lohnabhängigen zurückgegangen.

Das Auseinanderklaffen von Profitwachstum und Lohnentwicklung macht deutlich, dass die drei Komponenten möglicher Lohnerhöhungen in der Bundesrepublik schon seit langer Zeit nicht mehr ausgeschöpft werden. Die „trinitarische Formel“ gewerkschaftlicher Lohnpolitik ist auf der Strecke geblieben. In Frankreich dagegen wurde zwischen 1997 und 2001 immerhin der Verteilungsspielraum (Produktivitätssteigerung + Inflationsrate) fast vollständig ausgeschöpft. Die nominellen Stundenlöhne stiegen in dieser Zeit doppelt so stark wie in der Bundesrepublik. In Deutschland wurde nicht einmal die Komponente produktivitätsorientierter Lohnpolitik zur Geltung gebracht. Das wird in der folgenden Tabelle deutlich.

Tabelle 17

Wachstumsrelationen von Arbeitsproduktivität (A) und realen Erwerbseinkommen (R) (in v. H.)

	1960 – 69		1969 – 79		1979 – 90		1990 – 2000	
	A	R	A	R	A	R	A	R
USA	2,5	9,7	1,3	2,7	1,15	0,7	1,8	1,3
Japan	8,6	7,3	4,4	5,0	3,0	1,6	0,9	0,5
BRD	4,3	5,1	3,0	4,3	1,5	1,1	1,7	0,95
Euro 11	5,2	5,6	3,2	4,0	1,9	0,8	1,6	0,6

A = Arbeitsproduktivität, R = Erwerbseinkommen abhängig Erwerbstätiger

QUELLE: BRENNER, 2000: 11 ff.

Was für eine einschneidende Veränderung der Verteilungsverhältnisse! In den sechziger und siebziger Jahren stiegen die Realeinkommen der Beschäftigten sogar schneller als die Arbeitsproduktivität. Das war möglich, weil das starke Wirtschaftswachstum schon allein durch den rasch anschwellenden Umsatz große Profitmasse sicherte. Es bedurfte nicht einer Senkung des Lohnzuwachses unter die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, um hohe Profite zu erreichen. Seit Ende der siebziger Jahre jedoch haben sich die früheren fordistischen Wachstumsrelationen vollständig verändert. In allen Regionen der westlichen Welt bleibt seit dem – mit Ausnahme weniger Länder wie Frankreich zwischen 1997 und 2001 – die Lohnentwicklung hinter dem Produktivitätszuwachs zurück.

Als die IG Metall im Februar 2002 mit einer Forderung nach Lohnerhöhungen um 6,5 Prozent in die Tarifverhandlungen ging, war dies als ein Zeichen verstärkten Widerstands gegen diesen langjährigen Trend zu verstehen, als Forderung nach Rückbesinnung auf die Dreikomponentenformel gewerkschaftlicher Lohnpolitik.

In den Kämpfen um eine beschäftigungswirksame Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich gerät eine weitere Seite gewerkschaftlicher Lohnpolitik in den Blick:

die „solidarische Lohnpolitik“. Solidarisch wäre es, wenn Beschäftigte mit besonders hohem Einkommen für sich auf einen vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung verzichteten, um die Durchsetzung eines solchen Ausgleichs für niedrige und mittlere Einkommen zu unterstützen (SCHULTEN 2002: 30 ff.). Allerdings darf dies keineswegs auf einen Ausgleich nur unter den Lohnabhängigen selbst hinauslaufen.

Für den Osten Deutschlands, wo die Unternehmen noch mehr als die westdeutschen an der Schwäche des Binnenmarktes leiden, ist mindestens ein Zeitplan für die Angleichung der Osteinkommen an die im Westen überfällig.

Jedenfalls bleibt der gewerkschaftliche Kampf um gerechte Einkommensverteilung ein Eckpunkt des Ringens um eine neue Art der Vollbeschäftigung. Das Neue in der Arbeitspolitik darf nicht darin bestehen, dass in Flexibilisierungsprozessen und Bürgergelddebatten existenzsichernde Löhne und Verteilungsgerechtigkeit in den Hintergrund geraten. *Ein neues Normalarbeitsverhältnis muss existenzsichernde Löhne und bei Arbeitszeitverkürzung angemessenen Lohnausgleich einschließen.* Wenn Niedrigeinkommen Menschen an den Rand der Gesellschaft drängen, wenn Armut zum Korrelat von Arbeit wird, wenn Erwerbsabhängige als Kostenfaktoren statt als Menschen gelten, hat Funktionalität über Individualität gesiegt. Wir wollen eine Umkehr dieser Entwicklung.

Allerdings sollte sich diese Umkehr nicht auf die Lohnentwicklung beschränken. *Der Arbeit wieder ein menschliches Maß zu geben, ist ein übergeordnetes Ziel für die Erneuerung der Arbeitspolitik.* Es betrifft

die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen und knüpft an die gewerkschaftlichen Forderungen zur Humanisierung der Arbeitswelt an.

Der absolute Abstand zwischen der untersten und der obersten Vergütungsgruppe in den westdeutschen Tarifbereichen variierte im Jahr 2000 zwischen 375 und 8901 DM.

BISPINK/WSI, TARIFARCHIV

2001

Der Arbeit ein menschliches Maß

Erwerbsarbeit ist doppelt bestimmt. Sie ist Teil der Wirtschaft oder der staatlichen finanzierten öffentlichen Dienste und Dienstleistungen und den dadurch bestimmten Funktionen untergeordnet. Erwerbsarbeit ist aber zugleich Teil des Lebens der Arbeitenden und sollte für die Individuen selbst Sinn haben. Auch die Arbeitsbedingungen, der Arbeitsinhalt, die Bildungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit bestimmen die Lebenschancen in hohem Maße. Zwar würde der oben dargestellte Ausbau eines breiten Feldes gesellschaftlicher und individueller Eigenarbeit die dominante Rolle der Erwerbsarbeit für die Bildung der Persönlichkeit relativieren. Zudem eröffnet die Kombination von Erwerbsarbeit mit individueller und gesellschaftlicher Eigenarbeit auch neue Möglichkeiten für Lebensweisen und Gestaltung des eigenen Lebenssinns. Gerade die Kombination von Erwerbsarbeit und Bildung kann einen souveränen Umgang der Individuen mit ihrer Erwerbsarbeit fördern. Doch die weitere Entwicklung der Erwerbsarbeit selbst, der Ausbau des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die Humanisierung der Arbeitswelt und die betriebliche Mitbestimmung sind wichtige Elemente einer Strategie des Umbaus der Arbeitsgesellschaft.

Wir lehnen die Reduzierung des Ziels der Vollbeschäftigung auf eine hohe Zahl von Beschäftigten um den Preis massenhaft schlecht bezahlter, prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Diskriminierung von Frauenarbeit bei der Arbeitsplatzbewertung, sozial zerstörerischer Art der Flexibilität und der Schwächung gewerkschaftlicher Positionen ab. Wir wollen Vollbeschäftigung nicht durch administrativen Zwang gegen Menschen ohne eigene Verhandlungsmacht und nicht zu Lasten der Bevölkerung in konkurrenzschwächeren Ländern. Eine neue Art der Vollbeschäftigung streben wir bei attraktiven Arbeitsverhältnissen, existenzsicherndem Einkommen, erweiterten Mitbestimmungsrechten und in neuer Wechselbeziehung zu Zeiten sozial gesicherter Eigenarbeit.

Heute allerdings geht es zunächst darum, die rechtlich und tariflich ausgehandelten Verhältnisse, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten tatsächlich überall durchzusetzen und Angriffe auf sie abzuweisen. Wo lang etablierte und gut organisierte Stammbeschaften agieren, mögen diese Rechte weitgehend verwirklicht sein. Verhältnismäßig günstige Möglichkeiten mögen auch qualifizierte Arbeitskräfte in Sektoren haben, in denen Mangel an Fachkräften besteht. Aber für die Randbeschaften, für Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und dort, wo die Konkurrenz der Arbeitnehmer um die Arbeitsplätze besonders groß ist – im Bauwesen,

unter den Landarbeitern, im Einzelhandel, in Anlern­tätigkeiten, in vielen kleineren Unternehmen und ganz besonders in Ostdeutschland – sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht, werden Schutzrechte mit Füßen getreten, steht die Mitbestimmung nur auf dem Papier. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt würde die Selbstbehauptung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern verbessern und eine gleichgewichtigere Verhandlungssituation schaffen. Nur unter dieser Voraussetzung scheinen der weitere Ausbau der Mitbestimmung und die Weiterführung der Humanisierung der Arbeitswelt eine Chance zu haben.

Nicht wenige kleine und mittlere Unternehmen, die den größten Teil der Erwerbstätigen beschäftigen, könnten dabei allerdings in Schwierigkeiten geraten, insbesondere in Ostdeutschland. Deshalb muss für sie nach Stabilisierungsmöglichkeiten gesucht werden, die nicht zu Lasten der Lohnabhängigen gehen. Das könnten u. a. folgende Schritte sein: gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen Kapitalgesellschaften und kleinen bzw. mittleren Personalgesellschaften; Förderung regionaler Unternehmensnetzwerke, regionaler Innovations- und Kompetenzzentren; Bündelung von Mitteln aus verschiedenen Förderprogrammen; Stärkung der kommunalen Investitionskraft zugunsten der lokal ansässigen Unternehmen; Bemessung der Sozialbeiträge der Unternehmerseite nicht nach der Lohnsumme in den Firmen, sondern nach der Wertschöpfung, nach der Leistungskraft also (ARBEITSGEMEINSCHAFT WIRTSCHAFTSPOLITIK BEIM PARTEIVORSTAND DER PDS 2002).

Der Vorschlag, die Sozialabgaben der Unternehmer nicht nach der Lohnsumme in den Unternehmen, sondern nach deren Wertschöpfung zu berechnen, ist eine Antwort auf die Unternehmeroffensive zur Senkung der Lohnnebenkosten und damit auf die sozialen Sicherungsstandards. Sowohl der erste Rang der Bundesrepublik beim Export pro Kopf der Bevölkerung im internationalen Vergleich als auch die Entwicklung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu anderen Ländern deuten darauf hin, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland keineswegs zu hoch und nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit und anderer Krisenprozesse sind. Jedoch – was für das Ganze und den Durchschnitt gilt, muss nicht für jedes einzelne Unternehmen zutreffen.

Für arbeitsintensiv produzierende Unternehmen und besonders für die kleinen unter ihnen sind die Lohnnebenkosten häufig tatsächlich eine schwere Belastung. Doch darf diese aus sozialen Gründen nicht

**Wertschöpfungs-
abgabe einführen**

durch die Reduzierung der Sozialleistungen und der Unternehmerbeiträge dafür vermindert werden.

Zu einem Ausweg aus diesem Dilemma könnte die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe beitragen. Die von den Unternehmen zu leistenden Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme würden nicht mehr auf der Basis der gezahlten Lohn- und Gehaltssumme berechnet werden, sondern in Abhängigkeit vom produzierten bzw. durch Dienstleistungen erbrachten Neuwert, d. h. von der Wertschöpfung.

Die Masse der von der Unternehmenseite insgesamt aufzubringenden Zahlungen an die Sozialkassen würde dadurch nicht verändert werden. Aber die Lohnnebenkosten in Gestalt dieser Zahlungen würde nicht deshalb steigen, weil ein Unternehmen Arbeit Suchende einstellt. Und sie würden nicht in Abhängigkeit von der Verminderung der betrieblichen Lohnsumme bei Entlassungen sinken. Denn die Berechnungsbasis wäre statt der Lohnsumme der Wertschöpfungsumfang (CHRISTEN, CHRISTIAN/KAHRS, HORST/WEISE, KLAUS 2000).

Bisher konnten Unternehmen durch das Wegrationalisieren von Mitarbeitern ihre Lohnnebenkosten senken, ihre Profite erhöhen und der Gesellschaft die Zahlung von Lohnersatzleistungen überhelfen. Insbesondere Großunternehmen haben diesen Weg häufig gewählt. Ein Unternehmen, das neue Mitarbeiter einstellte, wurde dagegen bei wachsender Lohnsumme automatisch mit steigenden Sozialabgaben belastet.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe würde diese Ungerechtigkeit der Lastenverteilung der Unternehmerschaft beenden. Wer seine Wertschöpfung und damit seinen Profit durch Abbau von Arbeitsplätzen erhöht, müsste der steigenden Wertschöpfung gemäß eine höhere Wertschöpfungsabgabe zahlen. Wer mehr Arbeitskräfte einstellt, würde nicht dadurch bestraft, dass die höhere Lohnsumme unabhängig von Wertschöpfungs- und Gewinnzuwachs automatisch höhere Sozialabgaben nach sich zieht.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe wird die Abhängigkeit des Unternehmerbeitrages zu den sozialen Sicherungssystemen von der Zahl der Beschäftigten erheblich vermindern und dadurch Blockaden gegen Neueinstellungen lockern.

Arbeit für alle und mehr Selbstbestimmung in der Arbeits- und Lebenswelt – dies wird nur gegen die Dominanz des Profits in Wirt-

schaft und Gesellschaft, nur gegen Unternehmerinteressen an solcher Dominanz zu erreichen sein. Aber die Profitdominanz zurückzudrängen, muss durchaus die partielle Förderung von Unternehmen einschließen – unter der Voraussetzung, dass sie an Beschäftigung, Umweltorientierung, Frauenförderung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle für beide Geschlechter und regionale Verflechtungseffekte gebunden wird.

3.3.5. Starke Gewerkschaften und Verteidigung der Tarifautonomie

Wenn bisher mögliche und dringliche Schritten zur Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse behandelt wurden und mit der Suche nach mehr Selbstbestimmung der Arbeitenden verbunden wurde, so ist nun auf eine entscheidende Bedingung zur Durchsetzung dieser und aller weiterer Schritte zu verweisen:

Eine emanzipative, sozial und ökologisch orientierte Erneuerung der Arbeitsverhältnisse erfordert die Stärkung gewerkschaftlicher Gegenmacht, damit der Umbau der Arbeitswelt nicht allein durch die Interessen der Unternehmenseite und durch ihre einseitige ökonomische Übermacht bestimmt wird.

Gewerkschaftliche Gegenmacht

Gewiss erfordern das gewachsene Tempo technologischer Innovationen, die globale Verdrängungskonkurrenz, die Überwindung der im ersten Kapitel charakterisierten Krisenprozesse und der Wandel der Lebensweisen und Verbrauchervünsche eine weit höhere Flexibilität von Arbeitszeiten und Arbeitsabläufen als in früheren Zeiten. Über die Frage jedoch, ob diese Flexibilität ganz überwiegend von Profitinteressen diktiert oder zumindest gleichgewichtig von Interessen einer Vereinbarkeit von Arbeit und selbstbestimmtem Leben der Erwerbsabhängigen geprägt wird, entscheidet in hohem Maße das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern bzw. Unternehmerverbänden.

Der Hauptangriff der Unternehmenseite, von FDP, CDU und CSU richtet sich gegen die Tarifautonomie, dagegen also, dass Gewerkschaften und Unternehmer(-verbände) ohne äußere Einmischung in Aushandlungsprozessen miteinander die Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen vereinbaren. *Tarifvorrang und Günstigkeitsprinzip sollen ausgehöhlt werden.* Tarifvorrang bedeutet, dass nicht Gegenstand einzelner Betriebsverein-

Angriff auf Tarifvorrang und Günstigkeitsprinzip

barungen werden kann, was in Tarifverträgen geregelt ist oder üblicherweise geregelt wird. Mit dem Verweis auf die Unterschiedlichkeit von Wettbewerbs- und Gewinnsituationen einzelner Betriebe wird im Namen der Flexibilisierung gefordert, dass Flächentarifverträge künftig nur noch den Charakter von Orientierungsrahmen haben sollen. Geringere Löhne, längere Arbeitszeiten und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sollen auf Betriebsebene abweichend von vereinbarten Flächentarifverträgen festgelegt werden können, wenn dies als „günstiger“ für den Erhalt von Arbeitsplätzen gedeutet wird. Damit soll das in § 4 Abs. 3 des Tarifvertragsgesetzes festgelegte und definierte „Günstigkeitsprinzip“ ausgehebelt werden. Dieses Prinzip besagt, dass von dem Grundsatz des Tarifvorrangs unter einer Bedingung abgewichen werden darf: dann nämlich, wenn solche Abweichungen im Tarifvertrag ausdrücklich gestattet sind und wenn *beide Tarifparteien* sich darüber einigen, dass diese Abweichungen für die Erwerbsabhängigen tatsächlich günstiger sind. Das kann dann der Fall sein, wenn nur durch Verzicht oder Kürzung tariflicher Leistungen ein Unternehmen und seine Arbeitsplätze über eine schwierige Situation hinweg gerettet werden können. Aber nach dem Tarifvertragsgesetz müssen Unternehmer(-verband) und Gewerkschaft dies gemeinsam feststellen. Die Forderung nach einer geänderten Bestimmung des Günstigkeitsprinzips zielt dagegen darauf, die Gewerkschaften von der Feststellung der „Günstigkeit“ von Tarifvertragsabweichungen auszuschalten und

diesen Befund nur Unternehmern und Betriebsrat oder Mitarbeitern zu überlassen.

Das Argument, damit den spezifischen betrieblichen Bedingungen und Flexibilitätserfordernissen besser als durch Flächentarifverträge entsprechen zu können, lässt Entscheidendes außer Acht: Mitte 2000 waren in Deutschland 57.595 Tarifverträge gültig. Schon ihre Zahl allein verweist auf die differenzierte Berücksichtigung der Lage in Branchen, Regionen und oft sogar in einzelnen Unternehmen. Die meisten Tarifverträge enthalten bereits die Möglichkeit von Sonderregelungen. Die IG Metall ver-

„Man weiß nicht, ob es angesichts eines andauernden, nicht zu behebenden und wachsenden Mangels an Arbeitsplätzen lächerlich ist oder eher grausig, jedem der nach Millionen zählenden Arbeitslosen eine ‚nachweisbare und ständige‘ Suche vorzuschreiben (und zwar an jedem Werktag, jeder Woche, in jedem Monat, Jahr für Jahr) – nach einer Arbeit, die es nicht gibt. Ihn zu verpflichten, tagelang, wochenlang, monatelang und manchmal über Jahre hinweg seine Zeit damit zu verbringen, *sich* täglich, jede Woche, jeden Monat und jedes Jahr vergeblich anzubieten – ein Unterfangen, das die Statistiken ihnen bereits im Voraus als aussichtslos erklären.“

VIVIANE FORRESTER 1997: 17

weist darauf, dass beispielsweise in den Tarifverträgen zur 35-Stunden-Wochen auch längere Arbeitszeiten für bis zu 18 Prozent der Beschäftigten gestattet sind und dass je nach Branche und einzelnen Unternehmen die Spannen zwischen tarifvertraglich vereinbarten und effektiv gezahlten Entgelten um 10 bis 20 Prozent differieren (IG METALL-VORSTAND 2002: 21).

Die massiven und zunehmenden Angriffe auf die Tarifautonomie stellen jene Basisinstitutionen der Bundesrepublik in Frage, die den Erwerbsabhängigen einen grundgesetzlich verankerten Rückhalt gegen die pure Übermacht „der Wirtschaft“ und des Staates sichert. Geschwächte Tarifverträge und an ihrer Stelle Betriebsvereinbarungen würden bedeuten, dass der Unternehmerseite statt der unternehmensübergreifenden starken Gewerkschaft nur der Betriebsrat und die Belegschaft der einzelnen Betriebe gegenüberstehen – weit abhängiger von der Unternehmensleitung und weit schwächer als Unternehmensverbände.

Das Jahresgutachten 2002/03 des Sachverständigenrates lässt exemplarisch erkennen, was durch solche Schwächung der Gewerkschaften erreicht werden soll. Dort heißt es: „Der Weg zur Vollbeschäftigung erfordert Abstriche bei den Verteilungszielen und beim Wohlfahrtsstaat.“ (SACHVERSTÄNDIGENRAT 2002: 217) Es wird kein Zweifel daran gelassen, zu wessen Lasten die Verteilung geändert werden soll: So müssten „die Lohnzuwachsrate real hinter den trendmäßigen Veränderungsrate der Stundenproduktivität zurückbleiben“. Weil „die Anspruchslöhne vieler Arbeitsloser ... zu hoch sind...“, sollte die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wie bis Mitte der achtziger Jahre auf maximal 12 Monate begrenzt werden ..., ist die Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe zu integrieren“ – d. h. auch zu senken – und „sollte der Regelsatz der Sozialhilfe (für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger) gesenkt werden“ – als würde dies für sie Arbeitsplätze schaffen und die mutlos Gewordenen wieder aufrichten. Durch „verstärkten Gebrauch von Einsteigertarifen“ soll der Druck auf das Lohnniveau verstärkt werden, „die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge sind zu erweitern, der Kündigungsschutz sollte weniger stringent sein“. „Die Lohnspreizung oder um es klarer zu sagen die Lohnungleichheit wird ... zunehmen“. (SACHVERSTÄNDIGENRAT 2002: 216/217)

**Das Ziel: antisoziale
„Reform“ von oben**

Tarifverträge, Tarifvorrang und die geltende Definition des Günstigkeitsprinzips sollen unterlaufen werden, um den Weg für konservative Reformen von oben frei zu machen.

In dem hier vorgelegten Zukunftsbericht dagegen wird die Stärkung der Gewerkschaften als eine der Grundbedingungen für eine demokratische Erneuerung der Arbeitswelt angesehen.

Starke Gewerkschaften können sich viel eher als schwache auch auf Herausforderungen zur Flexibilisierung der Arbeit einlassen, indem sie die Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen an selbstbestimmten flexibleren Arbeitsbedingungen in die Tarifverhandlungen einbringen und notwendige Flexibilisierungsschritte mit Sicherungen gegen unzumutbare Verschlechterungen verbinden.

Zwischenfazit „Arbeit und Individualität“

Ein progressiver Umbau der Arbeitsverhältnisse nach dem Maß der Selbstbestimmung der Arbeitenden in sozialer Sicherheit und der Verbesserung von Bedingungen für die Entfaltung ihrer Individualität umfasst zunächst Bildung, Aus- und Weiterbildung, gerechte Umverteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit mit dem Ziel der Teilhabe aller an existenzsichernder Erwerbsarbeit und unbezahlter Eigenarbeit, sozial gesicherte Übergangsmärkte, Schritte zur Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung, eine produktivitätsorientierte solidarische Lohnpolitik, einen neuen Anlauf zur Humanisierung der Arbeitswelt und eine unbürokratische schnelle Arbeitsvermittlung mit individuellem Zuschnitt.

Doch so wichtig diese Gruppe bisher behandelte Schritte zu einer neuen Vollbeschäftigung ist – diese werden nicht ausreichen. Zu fragen ist, auf welchen Feldern *neue Arbeitsplätze* in Sicht sind. Über besseren Zugang zu bereits vorhandenen Arbeitsplätzen durch bessere Ausbildung hinaus und nicht allein durch gerechtere Verteilung der Arbeit – wo können neue sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden? Um dieser Frage nachzugehen, werden wir nun in einem nächsten großen Schritt unserer Überlegungen eine *zweite Gruppe von Schritten zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung* behandeln. Ihnen ist gemeinsam, dass sie einen Strukturwandel der Wirtschaft betrifft, der erheblichen Zuwachs von Arbeitsplätzen verspricht.



3.4. Neue Arbeitsplätze Arbeit und Strukturwandel

Wir hatten – zunächst – nach Wegen einer neuen Vollbeschäftigung Umschau gehalten, ohne bereits nach künftigen Wachstumsfeldern zu fragen. Die vorherrschende Auffassung dagegen ist, dass – wenn überhaupt – in erster, zweiter und dritter Linie Problemlösungen vom Wachstum durch die Liberalisierung der Märkte zu erhoffen ist. Wachstum, das im Rahmen ökologischer Nachhaltigkeit sozialem Fortschritt in der Gesellschaft dient, ist in der Tat für Arbeitspolitik wichtig. Doch wir sehen es als Weg in eine Sackgasse an, neue Arbeitsplätze *vorwiegend* vom Wirtschaftswachstum zu erwarten. Wir stimmen darin mit den Aussagen der Zukunftscommission der Friedrich-Ebert-Stiftung überein: „Nach Auffassung der Kommission führt eine primär auf Wachstum setzende Strategie wegen ihrer unkalkulierbaren Risiken in eine ‚ökologische Sackgasse‘.“ (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 1998: 20) Allerdings zielen andere Passagen des Kommissionsberichts der Friedrich-Ebert-Stiftung auf die Analyse und Förderung von Bedingungen für ein starkes Wachstum (EBENDA: 80 ff.). Eine auf pure Ablehnung des herkömmlichen Wachstums beschränkte Kritik ist in der Tat keine konstruktive Alternative. Auch dann nicht, wenn sie mit Vorschlägen zur Umverteilung der Arbeit und zur Einführung eines Grundeinkommens als soziale Sicherung bei zunehmender Variabilität der Arbeitsverhältnisse verbunden wird. Zu fragen ist, auf welchen Feldern sich Entwicklungen öffnen, die neue Erwerbsarbeitsmöglichkeiten bieten. Zu beantworten ist, *auf welchen Gebieten* Wachstum und Zukunftsfähigkeit vereinbar sind.

**Wirtschafts-
wachstum pur als
Sackgasse**

Hinter welchen Toren auf der Suche nach einer neuen Art der Vollbeschäftigung ist sinnvolle Arbeit für alle in Sicht?

Zukunftsfelder für sinnvolle Arbeit

„Voraussetzung ist ein praktizierbarer *Paradigmenwechsel der politischen und der wirtschaftlichen Strategien*, also eine grundlegende Verschiebung der Maßstäbe, nach denen gehandelt wird; eine politische Revolution neuer Art und Qualität, für die es bisher allerdings kein Beispiel gibt. Aber historisch beispiellos ist auch die zu überwindende Gefahr.“

HERMANN SCHEER 1995: 13

Erstens könnte ein ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft über längere Zeit mit einem Nettowachstum von Arbeitsplätzen erfolgen. Die Verbindung

zwischen einem überlebensnotwendigen Ausweg aus der globalen Umweltkrise und einem Ausweg aus der Krise der herkömmlichen Arbeitsgesellschaft muss bestimmend für einen nachfordistischen Entwicklungstyp der Gesellschaft werden.

Zweitens bietet die starke Entwicklung professioneller humanorientierter Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Aus- und Fortbildung, Erziehung, Pflege, kulturelle Selbstbetätigung, Massensport, Freizeit, soziale und psychologische

Betreuung, Lebenshilfe, Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und zwischenmenschliche Kommunikation sowohl wünschenswerte Sicherheiten und Lebensqualitäten als auch große Chancen zur Ausweitung sinnvoller Erwerbs- und gemeinnütziger Eigenarbeit.

Beide Felder hängen miteinander eng zusammen. Denn ein ökologischer Umbau der Gesellschaft schließt einen Wandel der Konsum- und Lebensweisen ein, der für die Bevölkerungsmehrheit in der westlichen Welt von weiterem Wachstum stofflichen Verbrauchs wegführt, aber als Gegengewicht die Entfaltung anderer Lebensqualitäten und entsprechender Dienste am Menschen einschließt.

Drittens werden wissenschaftlich-technische Entwicklungen zwar einerseits herkömmliche Arbeitsplätze vernichten. Andererseits jedoch sind Forschung und technologische Innovationen entscheidende Grundlagen für das Entstehen neuer Erwerbsmöglichkeiten. Sie müssen dann nicht in ein die Umwelt zerstörendes Wachstum einmünden, wenn technologische Innovationen in beschäftigungswirksamer Weise hochgradig auf den ökologischen Umbau und auf die sachliche Infrastruktur für künftige selbstbestimmte Lebensweisen konzentriert werden. Das allerdings ist eine erstrangige Herausforderung an Unternehmen, an die Strukturpolitik und an zivilgesellschaftliche Kräfte, die diese Herausforderung zur Geltung zu bringen haben. Die für einen ökologischen Umbau unumgängliche Effizienzrevolution, die es ermöglicht, mit einem Minimum an Naturres-

sources und Naturbelastung ein Höchstmaß umweltverträglicher Bedürfnisse zu erfüllen, bedarf unzweifelhaft wissenschaftlich-technischer Innovationen und hochtechnologischer Spitzenleistungen. Das Gesundheitswesen beispielsweise ist ein Hauptfeld der Anwendung von Hochtechnologien, darunter der Gentechnologie, der Informationstechnologien und der Lasertechnologien – zugleich aber auch ein Bereich, in dem die Zuwendung zum einzelnen Menschen weit mehr Arbeitskapazität als gegenwärtig verlangt.

3.4.1. Ökologischer Umbau und humanorientierte Dienstleistungen

Private Wirtschaft und öffentlicher Sektor müssen zu nachhaltigem Wirtschaften gedrängt werden: durch die Verknüpfung von Umwelt-, Struktur-, Technologie- und Wissenschaftspolitik, durch Regionalisierung und Außenwirtschaftspolitik, durch ökologischen Umbau des Steuersystems, durch Ordnungspolitik und durch marktkonforme Anreize, durch Sanktionen gegen umweltschädigendes Wirtschaften und nicht zuletzt durch öffentlichen Druck von Öko-Bewegungen, Verbraucherverbänden, Gewerkschaften und anderen Akteuren. Beachtliche positive Beschäftigungseffekte einer ökologischen Wende können von der Herstellung und breiten Einführung neuer umweltfreundlicher Güter, Dienstleistungen und Technologien erwartet werden. Sie treten bei den Zulieferern für die Ökologisierung schon gegenwärtig angebotener Produkte auf. Sie sind von Investitionen im nachholenden Umweltschutz zu erwarten, aber auch von der Herstellung von Ausrüstungen für den vorsorgenden Umweltschutz durch Energiesparmaßnahmen. Einen Beschäftigungszuwachs versprechen ferner alternative Energieerzeugung, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Export von Umweltschutzgütern. Andere Entwicklungen wie die ökologische Landbewirtschaftung sind weitaus arbeitsintensiver als bisherige Produktionsweisen.

Doch sollte die Beschäftigungswirkung einer ökologischen Wende nicht euphorisch eingeschätzt werden. Den optimistischen Prognosen stehen sehr verhaltene Überlegungen zum Nutzeffekt von ökologischem Umbau für die Beschäftigung gegenüber (WITT 1999; HILDEBRANDT 1998: 133 ff.). Denn Investitionen für den Umweltschutz können vielfach zu Abzügen von möglichen Investitionen oder möglicher Nachfrage an deren Stelle führen. Umweltschutzbedingte Kostenerhöhungen können mit sinkenden Gewinnerwartungen die Investitionsneigung mindern oder bei Abwälzung der Kosten

auf die Verbraucher deren Nachfrage zu Lasten der Beschäftigung dämpfen. Eine umweltpolitisch wünschenswerte Verlagerung von nachsorgendem Umweltschutz zu von vornherein umweltschonenden Technologien wird den End-of-pipe-Markt einschränken. Bei der Einführung integrierter Umwelttechnologien werden außerdem meist zugleich Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen. Wo Öko-Produkte teurer sind als andere, können die Preissteigerungen insgesamt den Absatz dämpfen (ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG [HRSG.] 2000: 120/121).

Ob der Beschäftigungseffekt einer ökologischen Wende nun größer oder kleiner sein wird – der ökologische Umbau ist unverzichtbar, damit Arbeit die Gesellschaft nicht zerstört, sondern ihre nachhaltige Entwicklung und die Befriedigung im Wortsinne gesunder Bedürfnisse ermöglicht, verknüpft mit der Verkürzung der Arbeitszeit und gerechter Verteilung der Arbeit und mit mehr freier Zeit für selbstbestimmtes Leben.

Vom Standpunkt der privatwirtschaftlichen Organisation der Erwerbsarbeit nach dem Maß ihrer Profitträchtigkeit ist ein solcher Ansatz absurd. Er wird als wirtschaftsfeindlich und unrealistisch abqualifiziert. Wer das gewohnte Wachstum um nahezu jeden Preis infrage stellt, ruiniert die Wirtschaft, so heißt es. Das Wachstum ist die heilige Kuh des Kapitals. Aber die Kritiker eines unkontrollierten Wachstums stellen nur zwei unumstößliche Tatsachen fest:

- Das Wachstum hat noch niemals in der Geschichte des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit beseitigt. Früher gelang dies vorübergehend in Zeiten der Hochkonjunktur, jedoch nicht im Durchschnitt der Konjunkturzyklen, nicht einmal in den „goldenen Zwanzigern“. Ausnahmen bildeten nur die Zeiten der Weltkriege, die Phasen extremer Kriegsvorbereitung und die kurze Glanzzeit des Fordismus. Seitdem bestimmt eine chronische Massenarbeitslosigkeit die Entwicklung.
- Das ungebändigte kapitalistische Wachstum zerstört die Umwelt. Wenn es durch wundersame Umstände gelänge, das Wachstum dauerhaft schneller als die Arbeitsproduktivität zu steigern und so die Arbeitslosigkeit zu vermindern, so würden die natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit nur noch schneller aus dem Gleichgewicht geraten. Für viele Länder gilt, dass die jährlichen Verluste durch Umweltschäden nicht selten schon heute größer sind als die Jahreszuwächse des Bruttosozialprodukts. Das heißt, dass es einen tendenziell negativen „Nettowachstumseffekt“ gibt,

der mit der Fortsetzung des Wachstumsprozesses zunimmt (SCHERHORN 1997: 30; WICKE 1991: 96; VAN DIEREN 1995: 94).

Tabelle 18

Prozent der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszyklen, 1850 bis 1939					
Zyklus	England	Zyklus	Vereinigte Staaten	Zyklus	Deutschland
1848 – 1858	5,4	-	-	-	-
1859 – 1868	4,9	-	-	-	-
1869 – 1879	4,1	-	-	-	-
1880 – 1886	5,9	-	-	-	-
1887 – 1895	5,2	-	-	1887 – 1893	3,3
1895 – 1903	3,5	1897 – 1908	10,2	1893 – 1902	2,9
1904 – 1908	5,2	-	-		
1909 – 1914	4,0	1908 – 1914	10,5	1902 – 1914	2,6
1915 – 1923	5,6	1915 – 1921	10,1	1914 – 1923	3,7
1924 – 1932	13,7	1933 – 1933	13,5	1924 – 1932	19,2
1933 – 1939	14,0	1933 – 1939	19,2	-	- ¹

¹Keine Prozentzahlen veröffentlicht; die Arbeitslosigkeit sank infolge der Kriegsrüstung bis 1939 auf praktisch Null ab.

QUELLE: KUCZYNSKI, 1967: 101

Trotzdem ist zuzugeben, dass einzelne Unternehmen, einzelne Kommunen oder einzelne Länder bei hohem Wachstum in der Regel bessere Voraussetzungen haben, Arbeitslosigkeit partiell zu vermindern – allerdings meist auf Kosten jeweils anderer und wenn bei den Investitionen die Rationalisierungsinvestitionen nicht schneller als die Erweiterungsinvestitionen zunehmen. Die subventionsgestützten landwirtschaftlichen Exporte der westlichen Industrieländer beispielsweise haben die Existenz von Hunderten Millionen Bauern in den so genannten Entwicklungsländern vernichtet oder bedrohen sie akut. Aber in der Konkurrenz ist den Beteiligten das Hemd näher als die Hose. Das eigene gegenwärtige Interesse wiegt für gewöhnlich schwerer als das künftige und als das Gemeinschaft- oder gar das Menschheitsinteresse.

Deshalb ist eine *gestaltende Rolle des Staates*, internationaler Wirtschaftsorganisationen und Integrationsgebilde wie der Europäischen

Union unumgebar, um der Konkurrenz der Unternehmen einen wachstumsregulierenden, sozial orientierten und die Umwelt schützenden Rahmen zu geben. Ein solcher Rahmen wäre geeignet, beschäftigungs- und umweltfreundliche Unternehmensführung zu begünstigen und das Gegenteil mit Sanktionen zu belegen, damit es nicht irrational für die eigene Wettbewerbssituation der einen Unternehmen wird, die Kosten sozialökologischen Wandels auf sich zu nehmen, während sich andere durch Entlastungen von Lohnkosten und durch rücksichtslosen Umgang mit der Natur von Umweltkosten zu Lasten der Gesellschaft befreien.

Die verbreitete Anklage, Wachstumskritik sei beschäftigungsfeindlich, ignoriert die Differenziertheit einer konstruktiven Wachstumskritik. Tatsächlich geht es ohne Wenn und Aber vor allem um ein Negativwachstum des Weltressourcenverbrauchs. Damit beispielsweise der Verbrauch von fossilen Energieträgern in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts weltweit um 50 Prozent gesenkt werden und in den so genannten Entwicklungsländern um etwa die Hälfte zunehmen kann, müsste er nach Berechnungen von Experten, u.a. der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, in den Industrieländern mindestens auf ein Fünftel und wahrscheinlich auf ein Zehntel verringert werden (BUND/MISEREOR 1996: 80). Das wird nicht ohne absolute Verringerung der stofflichen Konsumtion in der westlichen Welt zu erreichen sein. Teils kann dies durch effizienten Einsatz der Ressourcen ohne Absenkung des erreichten Konsumstandards der Bevölkerung erreicht werden. Teils wird eine gerechtere Verteilung des Reichtums und des Verbrauchs zugunsten der Mehrheit und zu Lasten der Reichen und Vermögenden notwendig sein.

**Arbeit in professionellen
humanorientierten
Dienstleistungen**

Nicht zuletzt wird eine Vermeidung von Naturbelastungen durch einen *Wandel der Lebensweisen* erfolgen müssen, durch einen insgesamt geringeren stofflichen Verbrauch in der Konsumtion bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität durch sozial gleiche Teilhabe aller an hochwertigen Angeboten in Bildung, Erziehung, Pflege, Betreuung, Kultur, zwischenmenschlicher Kommunikation und im Bereich der Gesundheit. Doch dies käme einer Umkehr des gegenwärtigen Trends gleich. Der besteht in einer starken Tendenz zur Reduzierung öffentlicher Wohlfahrtsleistungen. Bundesweit werden die Mittel für kulturelle Einrichtungen gekürzt. Bildung, Kinderbetreuung und Pflege von Älteren sind unterfinanziert. Längst werden die Kranken immer stärker an der Zahlung medizinischer Leis-

tungen beteiligt, und damit ist auf leisen Sohlen ein Zwei-Klassen-Gesundheitswesen im Entstehen.

Eine kräftige Ausweitung weniger von Dienstbotenarbeit, wohl aber von qualitativ hochwertigen, professionellen humanorientierten Dienstleistungen – in staatlicher Trägerschaft oder öffentlich gefördert – würde sowohl einen umweltfreundlichen Wandel der Lebensweisen stützen als auch weite Felder für sinnvolle Erwerbsarbeit öffnen. Der Gesellschaft ist die Arbeit nicht ausgegangen. Sie ist gerade dort, wo es um wichtige Freiheitsgüter für das Leben der Einzelnen geht, reichlich vorhanden – als Bedürfnis. Aber die Maßstäbe, nach denen Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen werden, sind nicht zukunftsfähig. Investitionen in Grundbedingungen selbstbestimmten Lebens sind eben oft nicht profitträchtig, sie sichern „nur“ die Zukunft. Oder ihr Ausbleiben untergräbt eine nachhaltige Entwicklung und blockiert den wünschenswerten Übergang von Ressourcen verschlingender hektischer Ablösung des neuesten Modekonsums durch den noch neueren Konsum zu Lebensweisen, in denen stofflicher Verbrauch und andere kulturelle Qualitäten des Lebens in einem gesunden Verhältnis stehen.

Im Rahmen alternativer Reformen wird daher im Verhältnis zum privatwirtschaftlichen Sektor der Anteil öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung im Gemeinwohlinteresse voraussichtlich zunehmen – entgegen dem gegenwärtigen Trend zur Privatisierung. Natürlich entstehen damit Anforderungen an die staatliche Finanzierung, die mit der defizitären Situation der Staatshaushalte kollidieren. Wege zur Lösung dieses Konflikts sehen wir u.a. in der Entlastung der Sozialhaushalte durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und in einer leistungsgerechteren Besteuerung, die den Rückzug der transnationalen Konzerne, Banken und Investmentfonds aus der Finanzierung öffentlicher Aufgaben stoppt und umkehrt (ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG [HRSG.] 2000: 243 ff. UND SEITE 258 DES VORLIEGENDEN BERICHTS).

3.4.2. Technologische Innovationen auf Nachhaltigkeit konzentrieren

Forschung, die zu Investitionen in technologische Innovationen führt, ist ein Dreh- und Angelpunkt für einen doppelten Umbau der Gesellschaft: für eine ökologische Neuorientierung und für neue Arbeitsplätze im Rahmen nachhaltiger Entwicklung.

Arbeit durch technologische Innovationen

Der Wissenschafts- und Technologieentwicklung gebührt daher in alternativen Reformen größte Aufmerksamkeit. Doch ist dies ein so weites Feld, dass seine nähere Behandlung den Rahmen dieses Berichts überschreiten würde. Negativwachstum des Ressourcenverbrauchs, Reduzierung des stofflichen Konsums, entsprechende Verminderung des Umsatzes in einer Reihe von Konsumgüterbranchen und in der Werbung müssen künftig mit wachsenden Investitionen in wissenschaftliche und technologische Grundlagen umweltfreundlicher Produktion und Dienstleistungen einhergehen und damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze schaffen (SCHEER 1999; VON WEIZSÄCKER 1995).

Die notwendige Steigerung der Effizienz im Einsatz von Naturressourcen auf ein Mehrfaches ist eine Extremherausforderung für Wissenschaft und Technologie. Sie sind es, die die Langlebigkeit von Gütern, ihre Reparatur- und Erneuerungsfähigkeit, Recycling, sparsamen Energieverbrauch, Eignung für regionale Wirtschaftskreisläufe und zum Teil auch Eignung für Dritte-Welt-Bedingungen ermöglichen. Das sind Aufgaben, die beachtliche Beschäftigungsfelder mit Überlebenswert eröffnen.

Allerdings müssen die technologischen Komponenten ökologischen Wandels mit Veränderungen der Lebensweisen verbunden werden. Der Übergang zu einer Ökonomie des Vermeidens (MÜLLER; HENNICKE 1994) und die radikale Reduzierung des Naturverbrauchs und der Naturbelastung erfordern Abschied von der Wegwerfgesellschaft und Abrüstung, Nutzung regionaler Ressourcen, Verminderung von Verlusten durch volles Ausschöpfen des verfügbaren Potenzials an Arbeit und Wissen und vorbeugenden Umweltschutz. Aber auch solche Entwicklungen bergen Aufgaben für die Technologieentwicklung. Rüstungskonversion und integrierter Umweltschutz beispielsweise stellen oft höchste technologische Anforderungen.

Ein Wachstum muss überwiegend dort stattfinden, wo es um die Bereitstellung anderer Lebensqualitäten als stoffliche Konsumtion geht. Die Investitionen in die infrastrukturellen Bedingungen qualifizierter humanorientierter Dienstleistungen (Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Bildung, Kultur) und in die Bedingungen für häusliche und gemeinnützige Eigenarbeit werden zunehmen.

In das Zentrum eines sozial-ökologischen Umbaus rückt eine alternative Energiepolitik. Das heißt Energie sparen durch wirtschaftlichen Strukturwandel, durch eine Effizienzrevolution in Erzeugung und Nutzung von Energie und durch die Herausbildung neuer Le-

bensweisen. Und das bedeutet Ersetzung fossiler und atomarer Energiequellen durch regenerierbare Energiequellen. Die solare Energierevolution ist eine zentrale Menschheitsaufgabe im 21. Jahrhundert und stellt höchste Anforderungen an wissenschaftlich-technische Innovationen (SCHEER 1995; SCHEER 1999). Sie ist das Kernstück der Hinwendung zu Ressourcen schonenden und sparenden Stoffkreisläufen. Eng mit einer energiepolitischen Wende hängt eine verkehrspolitische Wende zu einer veränderten, energiesparenden Mobilität zusammen, die ebenfalls große technologische Aufgaben birgt und wiederum mit einem Wandel der Lebensweisen verknüpft ist. Experten erwarten, dass Energie- und Verkehrswende einen merklichen Beschäftigungseffekt haben werden.

Das gilt auch für eine verbraucherfreundliche und die Natur bewahrende Entwicklungspolitik im ländlichen Raum. Die Ausweitung der Agrarproduktion und Forstwirtschaft auf die Bereitstellung regenerierbarer Rohstoffe und Energieträger, der ökologische Landbau, möglichst regionale Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, die flächenbezogene nachhaltige Wasserwirtschaft und die Reproduktion von Kultur- und Erholungslandschaften sind oft arbeitsintensiver als die herkömmliche Landwirtschaft.

Agrarwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Pharmaindustrie und Medizin sind die Hauptträger und Hauptanwendungsfelder bio- und gentechnologischer Innovationen. Diese Spitzentechnologie rückt damit in den Vordergrund von Umwälzungen in zentralen Lebensbereichen des Menschen, in Ernährung und Gesundheit – voller Chancen, aber auch voller Gefahren.

Ein ausgeprägtes Negativwachstum des Ressourcenverbrauchs, die Verringerung der stofflichen Konsumtion in den reichen Ländern der westlichen

Gerechtere Nord-Süd-Verteilung der Arbeit

Welt und hoffentlich der Rüstungsproduktion können gleichwohl mit einem wertmäßig steigenden Bruttoinlandsprodukt einhergehen, wenn die Wertschöpfung auf hochqualifizierter Arbeit, auf höherer Bildungs- und Forschungsintensität beruht. Zugleich kann eine solche Wertschöpfung zu einer komplementären internationalen Arbeitsteilung mit ökonomisch und wissenschaftlich weniger entwickelten Ländern des so genannten Südens beitragen und auf solche Weise der Arbeitslosigkeit dort entgegenwirken. Dies ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts.

Der hier vertretene Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet Abschied und Neuaufbruch. Abschied von der Hoffnung auf die Zauberkraft eines ungebändigten Wachstums, Abschied von

der Illusion grenzenloser Verfügbarkeit der Natur und von der Spaltung der Arbeitswelt in Überbeschäftigte und Arbeitslose, in Hochverdiener und Dienstboten. Gerade ein solcher Abschied führt in den Aufbruch zur vollen Erschließung solcher Felder nützlicher Erwerbsarbeit, die es erlauben, zusätzliche Erwerbsarbeit mit ökologischem Umbau, mit einem reichen Angebot qualifizierter humanorientierter Dienstleistungen und mit einem Wandel der Lebensweisen so zu verbinden, dass solidarische zwischenmenschliche Beziehungen, Gesundheit, Bildung, Kultur und soziale Sicherheiten wichtiger werden als der bloße Zuwachs von stofflichem Konsum.

Der Strukturwandel hat eine weitere wichtige Dimension. Er betrifft nicht zuletzt die räumliche Dimension. Die Globalisierung ist die eine Richtung einschneidender Veränderungen. Wir lenken die Aufmerksamkeit auf einen eng mit ihr verbundenen Prozess, die Regionalisierung, und auf deren Bedeutung für die Arbeit.

3.4.3. Regionalentwicklung und veränderte Förderpolitik

Auch Regionalisierungsprozesse sind ein Feld des Widerstreits zwischen Funktionalisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Kapitalverwertung vor allem der global operierenden Unternehmen und der Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen in der Region – eingeschlossen die Teilhabe an Erwerbsarbeit. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann erheblich dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zwei Typen von Regionalisierung Transnationale Unternehmen und andere große Exporteure brauchen ganze Regionen überhaupt nicht. Viele Regionen gelten ihnen nur als Ballast. Die Tragik großer Teile des afrikanischen Kontinents beispielsweise besteht nicht wie die in anderen armen Ländern und Gebieten darin, dass sie ausgebeutet werden, sondern noch mehr darin, dass sie nicht einmal dafür gebraucht werden. Abgeschwächt gilt das auch für manche europäische Region. Andere Regionen werden als Hinterland und Standort von global players und ausgerichtet auf deren Interessen entwickelt. Über das Schicksal von Regionen wird in diesem Falle in Konzernzentralen entschieden – von oben nach unten: top down. Die Multis sind auf das Wissens- und Qualifikationspotenzial in konkreten Regionen, auf spezialisierte Zulieferernetze, auf entwickelte Infrastrukturen in der Region und durchaus auf weiche Standortfaktoren wie kulturelle Angebote für die Hochverdiener und Spitzenkräfte von Großunternehmen angewiesen. „Für die alten Produktionsweisen waren primär Verbindungen zwischen Räumen erforderlich, jetzt

müssen interne Vernetzungen hergestellt werden, welche Transaktionskosten reduzieren. Solche vernetzten wirtschaftlichen Strukturen bedürfen eines passenden politischen und kulturellen Milieus, das Kommunikation, Kooperation und Innovation fördert. Informations- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Kontakte zu Politik und Verwaltungen, die Kultur der Kooperation sowie die Identifikationsmöglichkeiten in einem Raum sind entscheidend dafür, in welchem Maße die Wirtschaft in einer Region Strukturen entwickeln kann, die an die Weltmarktbedingungen angepasst sind.“ (BENZ 1998: 104)

Die Europäische Union betreibt deshalb eine aktive Regionalpolitik, die allerdings in erster Linie auf die Stärkung des „Wirtschaftsstandorts Europa“ nach Maßstäben der globalen Konkurrenz gerichtet ist. Gleichwohl bieten die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ der Europäischen Union und der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“, der in erster Linie zur Unterstützung für Regionen mit wirtschaftlichem Rückstand bestimmt ist, beachtliche finanzielle Möglichkeiten der Regionalentwicklung.

Das erklärte Ziel der Europäischen Kommission, die Europäische Union zur wettbewerbsfähigsten Großregion der Welt zu machen, läuft allerdings eher auf die Entwicklung der Regionen als Hinterland global operierender Unternehmen als auf die dem Regionalentwicklungsfonds der EU-Kommission vorgegebenen Aufgaben des Ausgleichs zwischen den kleinräumigeren Regionen hinaus. Unter dem Vorzeichen einer „problemorientierten und demokratischen Dezentralisierung von Strukturen und Entscheidungen“ werden in der Europäischen Union und auch in der Bundesrepublik soziale Pflichten stärker auf die Kommunen verlagert, denen aber gleichzeitig die finanziellen Spielräume dafür beschnitten werden. Ihre für die lokale und regionale Wirtschaft wichtige Investitionsfähigkeit schrumpft. Die Vorteile für Regionen durch ihre Einbindung in den Globalisierungsprozess werden mit Nachteilen bezahlt. Diejenigen regionalen Potenziale, die aus den Wertschöpfungsketten der Multis und Großexporteure herausfallen, bleiben zurück. Die Regionen werden nicht als Ganzes entwickelt. Der Beschäftigungseffekt in den „Regionen der global players“ bleibt begrenzt. Und Regionen, die als Standort transnationaler Unternehmen uninteressant sind, landen erst recht oft auf den Plätzen der Abgeschlagenen.

Ein anderer, alternativer Typ der Regionalisierung schließt internationale Arbeitsteilung keineswegs aus, ist jedoch auf das Herausfin-

den und auf die beschäftigungswirksame Verknüpfung besonderer regionaler Stärken konzentriert. Das kann die Nutzung regionaler regenerierbarer Energieträger und Ressourcen, die Verknüpfung von Agrarproduktion, Landschaftspflege und regionaler Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte oder die enge Verflechtung von Wissenschaftspotenzialen und regionaler Wirtschaft betreffen.

Der von uns angestrebte Typ der Regionalentwicklung beruht weit stärker als bisher auf einem selbstbestimmten Handeln von Akteuren der Region und der lokalen Ebene. Er beruht darauf, dass die Menschen vor Ort oft besser als die in den oberen Verwaltungsebenen wissen oder gemeinsam herausfinden können, welche Stärken ihre Kommunen und Regionen haben und wo Investitionen mit dem größten Beschäftigungseffekt sinnvoll eingesetzt werden sollten. Demokratie von unten hat dort besondere Chancen, wo die Handelnden die ihnen nahen Handlungsbedingungen leicht durchschauen können.

Regionale Entwicklungsprogramme, die Struktur- und Regionalpolitik verbinden, können dann die größte Wirksamkeit gewinnen, wenn es gelingt, dass Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Unternehmer, Industrie- und Handelskammern, regionale Wissenschaftseinrichtungen, Kommunen, Frauen- und Ökoinitiativen die Erarbeitung solcher Programme gemeinsam tragen und breite öffentliche Unterstützung gewinnen (LAUSITZFORUM 1997).

Besonders in Ostdeutschland deuten das Ausbleiben des immer wieder beschworenen selbsttragenden Aufschwungs Ost und stattdessen seit 1996 ein weiteres Zurückbleiben der ostdeutschen hinter der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung darauf hin, dass der Markt allein die Dinge nicht richtet. Auch die riesigen West-Ost-Transfers konnten daran nichts ändern, da ihre Verwendung ohne eine strukturpolitische Konzentration auf eine nachhaltige eigenständige Entwicklung blieb. Die Folge ist, dass die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland die der alten Bundesländer um mehr als das Doppelte übertrifft und dass junge Menschen ohne Hoffnung auf eine Perspektive im Osten in den Westen abwandern – zum Teil sogar durch Abwanderungsprämien dazu ermuntert!

Ohne Hinwendung zu politischen Entscheidungen über die Gestaltung der ostdeutschen Regionen wird sich daran nichts ändern. Aber ein solcher Gestaltungsanspruch ist nicht mit einem Rückfall in zent-

realistische Administration zu verwechseln, und er darf nicht zu einer Stärkung der existierenden Obrigkeitskommune mit ihrer Ordnungsverwaltung führen.

Ein demokratischer Reformanspruch im Rahmen stärkerer Regionalisierung ist die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft – in diesem

Demokratie und Regionalisierung

Falle auf regionaler und kommunaler Ebene. Zwei Extreme müssen dabei gemieden werden. Es hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten, würden im Namen der Demokratie von unten die Kommunalparlamente und die kommunalen Verwaltungen aus ihrer Pflicht und Verantwortung entlassen, mit staatlichen Instrumenten lebenswerte lokale und regionale Verhältnisse zu gestalten. Aber es wäre ebenso falsch, enttäuscht über die Politik auf Landes- und Bundesebene alle Erwartung künftig auf die staatlichen Apparate der Kommunal- und Regionalebene statt verstärkt auch auf bürger-schaftliche Anstrengungen zu konzentrieren.

Es geht um die Emanzipation der Gesellschaft vom bisherigen Staats- und Kommunentyp, um die Hinwendung zur „Bürgerkommune“ als Teil der Bürgergesellschaft und um den Umbau der kommunalen staatlichen Institutionen in zwei Richtungen: erstens muss an die Stelle getrennter Arbeit der einzelnen Verwaltungsressorts eine auf die regionale Gesamtentwicklung gerichtete Integration von Struktur-, Technologie-, Beschäftigungs-, Umwelt-, Agrar- und Bildungspolitik treten. Zweitens sollten die Kommunalverwaltungen zu Dienstleistungseinrichtungen entwickelt werden, die außer ihren eigenen Leistungen den Einzelnen ermöglichen, selbst Verantwortung wahrzunehmen.

Den Kommunen muss für beide Entwicklungen eine weitreichende gesellschaftliche Selbstverwaltung ermöglicht werden, die für eine starke Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalen Entscheidungen und auf kommunenübergreifender regionaler Ebene geöffnet ist. Der Staat, auch die staatlichen Organe der Kommune, haben künftig eher die Realisierungsbedingungen für die Bearbeitung dringlicher Aufgaben durch die Bürgerinnen und Bürger, durch freie Träger, öffentlich geförderte Projekte, Genossenschaften und private Unternehmen zu schaffen und zu garantieren, als sie selbst zu lösen. Unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf lokaler und regionaler Ebene ist neu zu entscheiden, welche Dienstleistun-

gen auf bürgernahe Weise in öffentlicher Hand verbleiben sollten und welche Aufgaben nichtstaatlich besser und effizienter wahrgenommen werden können. Dabei wird in Rechnung zu stellen sein, dass neben die herkömmlichen Schwerpunkte kommunaler Daseinsvorsorge auch neue Anforderungen treten: die Gewährleistung der Infrastruktur für selbstbestimmte Projektarbeit, für ein größeres Gewicht von Eigenarbeit, von gemeinnütziger nichtbezahlter Arbeit, für sinnvolle Nutzung der zum großen Teil in der Kommune verbrachten Freizeit, für Kommunikation junger Menschen, für die Begegnung und Betätigung der wachsenden Zahl älterer Menschen, für lebenslanges Lernen und für das Zusammenfinden von Menschen unterschiedlicher Kulturkreise.

Die öffentlichen Investitionen der Städte und Gemeinden sanken von 33 Mrd. Euro 1992 auf 24 Milliarden im Jahr 2001. Das Deutsche Institut für Urbanistik ermittelt für die Jahre 2000 bis 2009 einen kommunalen Investitionsbedarf von 690 Mrd. Euro.

VER.DI 2002 b: 21

Es geht gerade nicht darum, durch Aushöhlung der Pflicht zu öffentlicher Daseinsvorsorge den Individuen alle Verantwortung als „Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ selbst zuzuschieben, das „selbstlose Ehrenamt“ zu beschwören, aber zugleich die infrastrukturellen Möglichkeiten für Selbstverantwortung weiter zu beschnei-

den. Sondern die öffentliche Daseinsvorsorge schließt nach unseren Vorstellungen die Bereitstellung der Bedingungen für Selbstbestimmung in sozialer Sicherheit weit mehr als bisher ein.

Kommunal- finanzen stärken

Die ökonomische Grundbedingung für eine gestärkte kommunale Selbstverwaltung und für reale Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist eine *weitreichende Reform der Kommunalfinanzen*, die die öffentliche Verpflichtung zur Daseinsvorsorge tatsächlich einlösbar macht, die Investitionsfähigkeit der Kommunen stärkt und ihnen ermöglicht, durch Auftragsvergabe in der Region kleine und mittlere Unternehmen beschäftigungswirksam zu stärken. Wenn die Finanznot der Kommunen das Engagement der Menschen leer laufen lässt, wenn aller guter Wille an Geldmangel scheitert, nimmt die Demokratie von unten dauerhaften Schaden. Die *Gewährung einer gesetzlich garantierten Investitionspauschale* für ostdeutsche und für finanzschwache westdeutsche Kommunen ist deshalb unabdingbar. Der Rückzug des Bundes aus sozialen Leistungen zu Lasten der Kommunen belastet die Kommunen ebenso wie die Steuerausfälle durch die Senkung von Unternehmenssteuern, die bis zur Steuerreform der Regierung Schröder

zum Teil in die Gemeindekassen flossen. Die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger geht ebenfalls zu Lasten der Kommunen.

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch Verknüpfung von Struktur- und Regionalpolitik, durch finanzielle Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und eines selbstbestimmten Handelns der Menschen vor Ort kann erheblich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Eine wichtige Bedingung dafür ist vor allem in Ostdeutschland eine Neuorientierung der Wirtschaftsförderung. Noch immer werden die über 700 Fördermöglichkeiten in der Bundesrepublik weitgehend unkoordiniert eingesetzt. Eine Bündelung und Neuausrichtung der Fördermittel im Rahmen langfristiger struktur- und regionalpolitischer Orientierungen und über Verwaltungsgrenzen zwischen einzelnen Kommunen und Ländern hinweg könnte die Beschäftigungs- und Umweltwirksamkeit des Finanzeinsatzes schon im Rahmen seiner gegebenen Höhe erheblich verbessern. Dazu könnten eine Entbürokratisierung der Vergabe von Fördermitteln, eine bessere Durchschaubarkeit der Fördermöglichkeiten und die Konzentration der Fördermittel auf Unternehmensnetze und auf einen Verbund von Forschung und Unternehmensnetzen anstelle der Einzelförderung von Unternehmen beitragen. Denn auf diese Weise könnten Synergieeffekte erreicht werden, die Stärken einer Region könnten in wechselseitiger Ergänzung ihrer Potenziale besser zur Geltung gebracht werden. Eine besondere Förderung regionaler Kompetenzzentren (Cluster), das heißt von Wissenschafts-Industrie-Komplexen, kann die regionale Wirtschaftsentwicklung erheblich stärken. Solche Kompetenzzentren bilden sich in der Mikroelektronik (Dresden), in der Optoelektronik (Jena) und in der Medizintechnik (Greifswald) heraus. Der Ausbau von Technologie- und Gründerzentren sowie von Technologietransfereinrichtungen begünstigt die Einführung moderner Technologien auch in Regionen, in denen die kleinen und mittleren Unternehmen auf sich gestellt zu innovationsschwach sind. Die Förderung könnte zudem stärker auf den Gesamtzyklus von der Forschung über die Produkt- und Verfahrensentwicklung bis zur Produktionseinführung und Vermarktung gerichtet werden, als dies für gewöhnlich geschieht.

Unter der Voraussetzung, dass die Wirtschaftsförderung weitgehend beschäftigungs- und umweltorientiert erfolgt – das unternehmerische Gewinninteresse also in Gemeinwohlinteressen eingebunden wird –, bildet eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik eine wichtige Komponente im Umbau der Beschäftigungsverhältnisse.

Zwischenfazit „Arbeit und Strukturwandel“

Entgegen vorherrschender Auffassung und Hoffnung ist ein Zuwachs von Arbeitsplätzen nicht in erster Linie von ungebändigtem Wachstum zu erwarten. Wohl aber verspricht ein sozial beherrschter ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft neue Arbeitsplätze im Einklang mit der Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen ökologischen Kreisläufe. Ein solcher Umbau berührt alle Sphären menschlichen Lebens so einschneidend, dass er nur in einem Prozess der Erneuerung der Demokratie, nur bei freiwilliger Veränderung der Lebens- und Konsumweisen, nur getragen von breiten Mehrheiten der Bevölkerung zu erwarten ist.

Ein umweltgerechter Wandel der Lebensweisen wird in der westlichen Welt zu einer Verringerung der stofflichen Konsumtion und zu einer Aufwertung frei verfügbarer Zeit der Individuen, solidarischer zwischenmenschlicher Beziehungen und von Sicherheiten des Lebens führen. Dazu gehören die sozial gleiche Teilhabe aller an hochwertigen Leistungen des Gesundheitswesens, an Bildung, Kultur und der sozialen Sicherung. Der Ausbau solcher humanorientierter Dienstleistungen wird ein weites Feld gesellschaftlich nützlicher Erwerbsarbeit bieten.

Die Konzentration technologischer Innovationen auf den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und auf qualifizierte Humandienstleistungen wie im Gesundheitswesen bedeutet Wachstum auf umweltverträglichen Feldern und wird zur Nachfrage nach Arbeitskräften beitragen.

Die Regionalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verspricht als Korrelat zu sinnvoller internationaler Arbeitsteilung eine beschäftigungswirksame Ausschöpfung dezentraler Entwicklungspotenziale.

3.5. Arbeit und makroökonomische Wirtschaftspolitik

Alle bisher in den Abschnitten „Arbeit und Individualität“ sowie „Arbeit und Strukturwandel“ behandelten Wege zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung und zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis blieben bloße Wunschvorstellungen, wenn es nicht gelingt, die anti-sozialen und die Umwelt zerstörenden Wirkungen des Marktmecha-

nismus unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Fortschreitende Liberalisierung der Weltmärkte, Deregulierung und Privatisierung reduzieren die ohnehin längst geschwächte Fähigkeit zu gestaltender Politik gerade in einer – im 1. Kapitel beschriebenen – Situation historischer Gabelung unterschiedlicher und gegensätzlicher Entwicklungspfade, die mehr denn je politischer Gestaltungskraft bedarf.

Deshalb ist jetzt eine dritte Gruppe von Wandlungen auf dem Weg zu einem neuen Vollbeschäftigungstyp zu behandeln. Zu fragen ist, welche Anforderungen an Geldpolitik, Finanzpolitik, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung zu stellen sind. Welche Tore auf der Suche nach einer neuen Art der Vollbeschäftigung können nur durch gestaltende Politik geöffnet werden? Der verbindende Gedanke solcher wirtschaftspolitischer Überlegungen ist, dass alternative Reformen auch alternativer Regulationsweisen bedürfen.

3. Wirtschaftspolitik für neue Vollbeschäftigung

- Geld- und Kreditpolitik
- Finanzpolitik
- Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung
- Europäische Beschäftigungspolitik

Eine neue Vollbeschäftigungspolitik bedarf der Abkehr von neoliberaler, marktdominierter Wirtschaftspolitik und der Einbettung in eine alternative Wirtschaftspolitik, die den Umbau der Arbeitsverhältnisse im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringt. Eine solche Wirtschaftspolitik wird sich als Bestandteil einer neuen künftigen Regulationsweise entwickeln.

Die Vorstellung, dass die gegenwärtige Regulationsweise einer anderen Platz machen muss, in der dem Markt ein sozial-ökologischer Rahmen gesetzt wäre, in der statt Deregulierung politische Gestaltungskraft an Gewicht gewinnen würde, liegt quer zu den Glaubens-

bekanntnissen, die die öffentliche Debatte beherrschen. Diese unterliegt einem eigenartigen Verdrängungsmechanismus. Zwar stimmen alle zu, dass der Arbeitslosigkeit zu Leibe gegangen werden soll. Da der bisher erprobte wirtschaftliche Regulierungsmechanismus vor der Lösung dieser Aufgabe versagt hat, müsste der logische Schluss daraus die Suche nach einer anderen Regulationsweise sein. Doch ein solcher Gedanke wird verdrängt. Markt und keine Widerworte – so lautet die Spielregel. Und allenfalls noch ein wenig „aktivierender Staat“, der die Einzelnen fit für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt machen könnte. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Ohne gestaltenden Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure und der staatlichen Politik tendiert die marktgerichtete Veränderung der Wirtschaftsstrukturen zu noch tieferer Spaltung der Gesellschaft in Stammebelegschaften, wachsende Gruppen prekär Beschäftigter und auf Dauer von Erwerbsarbeit Ausgegrenzte. Der Markt verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft zwischen den Oberschichten der ökonomisch Mächtigen, der Wohlhabenden und der hochbezahlten so genannten Wissensarbeiter einerseits und einer neuen Dienstbotenklasse andererseits. Dem Marktmechanismus überlassen, zerstört das Wachstum eher die Umwelt, als dass ökologischer Umbau per Saldo zu neuen Arbeitsmöglichkeiten führt. Eine Ausweitung professioneller humanorientierter Dienstleistungen als weites Feld nützlicher, jedoch oft nicht profitabler Arbeit stößt ebenfalls auf Blockierungen durch den Marktmechanismus. Die Globalisierung tendiert zu einer Kluft zwischen jenen Regionen, die als Hinterland transnationaler Unternehmen eine – wenn auch einseitige – Begünstigung ihrer Wirtschaft erfahren, und solchen Regionen, die zu den Verlierern der Globalisierung gehören und unter besonders hoher Arbeitslosigkeit leiden.

Es bedarf daher aktiver Strukturpolitik, um den Strukturwandel in die Richtung beschäftigungswirksamen sozial-ökologischen Umbaus zu lenken. Wer A sagt – ja zur Überwindung der Arbeitslosigkeit –, muss auch B sagen und auf die Suche nach einer veränderten Regulationsweise gehen.

3.5.1. Wandel der Regulationsweise

Eine Regulationsweise, die es erlauben würde, die ungelösten globalen und innergesellschaftlichen Großprobleme sozial und ökologisch zukunftsfähig zu bearbeiten, wird mehrere Ebenen umfassen:

Individuelle Selbstbestimmung

In dem Maße, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen und sozial gleiche Teilhabe an jenen elementaren Lebensbedingungen oder Freiheitsgütern erreichen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, wird das lebensweltliche Handeln der Individuen zu einer entscheidenden Ebene der gesellschaftlichen Regulationsweise. Das kommt dem Bruch mit einer Regulationsweise gleich, in der die Einzelnen gegenwärtig überwiegend als Nutzensoptimierer auf profitorientierten Märkten gelten. Was sollte jedoch wichtiger für die Regulation sein als das millionenfache Handeln von Menschen, die mit ihrem individuellen Verhalten selbst ihnen gemäße gesellschaftliche Verhältnisse konstituieren? Das 4. Kapitel wird dies behandeln.

Stärkung kollektiver Akteure

Eine zweite Ebene der Regulation ist das Wirken kollektiver Akteure im lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Maßstab. Es ist eng mit der lebensweltlichen Ebene des Handelns von Individuen verbunden, aber nicht identisch mit ihr. Die Einzelnen können bei errungenen günstigen Bedingungen eigene Lebensentscheidungen treffen, können Chancen ergreifen oder sich Zumutungen verweigern. Aber auch viele individuelle Interessen können nur gemeinsam mit anderen, also durch kollektive Akteure, durchgesetzt werden. Gegenwärtig dominieren als kollektive Akteure kapitalistische Großunternehmen, Unternehmerverbände und Parteien, die dem Erhalt der gegebenen Verhältnisse verpflichtet sind und eigenständigen individuellen Lebensentscheidungen nur geringen Raum geben. Ein progressiver Wandel der Regulationsweise erfordert die Stärkung von Gegenmächten, die wie beispielsweise Gewerkschaften, feministische Organisationen, Öko-Initiativen, Verbraucherverbände, Dritte-Welt-Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, antifaschistische Bündnisse, Arbeitslosenparlamente und mit solchen Bewegungen verbundene linke Parteien eine starke Rückbindung zur Lebenswelt der Menschen haben und Anstöße aus ihr aufnehmen. Auch dies gehört zum Gegenstand des 4. Kapitels.

Rahmensetzung für den Markt

Eine dritte Ebene der Regulation ist der Marktmechanismus. Er muss sein, aber darf nicht so bleiben wie er ist. Ohne unternehmerisches Gewinninteresse an betriebswirtschaftlicher Effizienz – das zeigten staatssozialistische Erfahrungen – gelingt die Bereitstellung der lebensnotwendigen Güter nicht ausreichend. Ohne den Marktwettbewerb vieler Unternehmen müssen Planungsbehörden auf zentralistische Weise Entscheidungen übernehmen, die zwangsläufig zu volkswirtschaftlicher Ineffizienz führen.

Doch die gegenwärtige von transnationalen Unternehmen, internationalen Bankengruppen und Investmentfonds beherrschte Marktwirtschaft hat als Alternative ebenfalls versagt. Sie umspannt die Erde, aber große Erdregionen sind längst zu Weltsozialfällen geworden. Die rückläufige Entwicklungshilfe vermag Unterbeschäftigung, Hunger und Elend dort nicht einmal zu mäßigen. Der „Turbokapitalismus“ zerstört auf wachstumswütige Weise die Umwelt. Er rollt selbst in den reichen Ländern der Erde dort bereits erreichte soziale Standards wieder zurück und kann nicht einmal in seinen Zentren die schandbare Arbeitslosigkeit von Millionen aus der Welt schaffen.

Die Marktmechanismen bedürfen selbst gesellschaftlicher Regulation, zumindest qualitativ verstärkter und veränderter staatlicher Rahmensetzung, die das Verlangen in der Gesellschaft nach Gerechtigkeit aufnimmt und die Dominanz des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft bricht, die das Gewinninteresse dem Maßstab sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit der Entwicklung unterordnet und die den Individuen in ihrer Lebenswelt Verhandlungsmacht sichert.

Nicht wenige Unternehmerinnen und Unternehmer sind sich der sozial und ökologisch negativen Folgen von Entscheidungen, die sie unter dem Druck des Marktwettbewerbs treffen, durchaus bewusst. Doch die Konkurrenzverhältnisse und für Aktiengesellschaften der Zwang, an der Börse oder auf Aktionärsversammlungen dividenträchtige Bilanzen vorlegen zu müssen, nötigen sie zu marktkonformem Verhalten auch dann, wenn sie selbst keine neoliberalen Überzeugungstäter sind. Für humanere Wirtschaftsentscheidungen sind sie auf staatliche Regelungen angewiesen, die alle Konkurrenten auf soziale unökologische Standards verpflichten. Paragrafen und Verwaltungen selbst unter dem Druck keineswegs sozial ambitionierter, sondern eher rücksichtslos expansionsorientierter Wirtschaftsmächte und dem neoliberalen Zeitgeist verschiedener Medien stehen, bedarf es des Drucks von unten – aus

den beiden erstgenannten Ebenen der Regulation , damit ein solcher staatlicher Einfluss auf den Markt zustande kommt.

Gestaltende staatliche Politik

Eine vierte Ebene der Regulation ist die staatliche Politik, vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ob neoliberal oder unter neosozialdemokratischen Vorzeichen im Spagat zwischen „aktivierendem Staat“ und Anpassung an die Weltmarktzwänge abgewandelt – die Politik leidet an akuter Gestaltungsschwäche. Im Verhältnis von Markt und Sozialstaat gewinnen kapitalistische Monopol- oder Oligopolmacht auf den Weltmärkten seit den siebziger Jahren eine Zentralität wie nie zuvor, und staatliche strategische Gestaltungsmacht wird zumindest auf sozialem und ökologischem Feld in Fesseln geschlagen, die nur geringen Spielraum lassen.

Ein gegenläufiger Wandel der Regulationsweise ist überfällig: gestaltende staatliche Politik mit strategischen Ansprüchen, die den Profit in soziale und ökologische Schranken weist, die sozial gleichen Zugang für jede und jeden zu den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens dauerhaft sichert und international der Solidarität mit den sozial Schwachen auf der Erde verpflichtet ist. Da der Markt in seinem kurzatmigen Rhythmus weder das notwendige ökologische Umsteuern noch beispielsweise den wünschenswerten Fluss in humanorientierte Dienstleistungen bewirkt, da er nur warenförmige Bewegungen zu regulieren vermag, das Leben aber nicht zu einem Warendasein eingedampft werden kann und soll, ist eine starke Strukturpolitik überfällig. Die mittelfristige Finanzplanung bedarf einer Einbettung in eine längerfristige Planung von sozial und ökologisch geprägten Entwicklungskorridoren. Eine solare Energierevolution etwa wird nicht ohne eine von breiten gesellschaftlichen Debatten getragene Strategie zur Veränderung volkswirtschaftlicher Proportionen durchzusetzen sein. Das dies kein Rückfall in staatssozialistische Planwirtschaft wäre, braucht nicht näher erläutert zu werden.

Überfällig und von allen Seiten seit langem immer wieder beschworen ist auch ein weiterer Wandel in der **Entbürokratisierung** staatlichen Tätigkeit. Sie bedarf kategorisch einer Entbürokratisierung. Rechts- und Verwaltungsreformen stehen vor der riesigen Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger von einer Überlast an Regelungen, Vorschriften und Auflagen zu befreien, die ihre Initiative häufig ersticken und beispielsweise der Neugründung von Un-

ternehmen eine Vielzahl unbegründeter Hemmnisse in den Weg legt. Eine solche bürgerfreundliche Reform der Staatstätigkeit ist jedoch nicht mit dem neoliberalen Ziel zu verwechseln, in Namen eines Feldzuges gegen die Bürokratie den Sozialstaat zugunsten ungebändigter Marktmechanismen zu schleifen

Internationale Wirtschaftsregulierung

Eine fünfte Ebene der Regulation ist die internationale Wirtschaftsregulierung, die von zwischenstaatlichen und transnationalen Organisationen oder Vereinbarungen getragen wird. Wirtschaftsorganisationen wie der Internationale Währungsfond (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) sehen ihre vorrangige Aufgabe in einer Liberalisierung der Weltwirtschaft. Sie zielen nicht auf eine Begrenzung der Übermacht transnationaler Konzerne, Banken und Finanzfonds, sondern in erster Linie auf bessere Bedingungen für deren Expansion. Auf der internationalen Ebene fehlt trotz der Anstrengungen von UNO-Unterorganisationen, trotz widersprüchlicher Teilansätze in der Europäischen Union jenes sozialstaatliche Gegengewicht, das in den zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf nationaler Ebene noch existierte. Das hat verheerende Folgen für große Teile der Weltbevölkerung.

Notwendig ist eine internationale Wirtschaftsregulierung mit sozialer und ökologischer Orientierung, in deren Zentrum die Überwindung der Armut rund um die Erde steht. Sie wäre durch demokratisierte zwischenstaatliche und transnationale Organisationen und durch internationale staatliche Vereinbarungen (Regime) in engem Zusammenwirken mit Nicht-Regierungsorganisationen zu tragen. Sie hätte demokratische Forderungen der Gegenmächte von Seattle, Genua und Porto Alegre aufzunehmen und zur Bändigung der Macht transnationaler Kapitale beizutragen.

Die Autoren dieses Berichts sind sich bewusst, dass diese Ebene entschieden konkreterer Überlegungen bedürfte, um den notwendigen Wandel künftiger Regulation ausreichend zu beschreiben. Dieses Defizit zu schließen ist die Aufgabe weiterer alternativer konzeptioneller Arbeit und der Praxis von Kämpfern für eine andere Globalisierung.

Die Individuen in ihren lebensweltlichen Zusammenhängen können nicht voraussetzungslos und ohne das Ineinandergreifen aller Ebenen ökonomischer und gesellschaftlicher Regulation die Welt nach ihren Sinnvorstellungen neu gestalten. Den Einzelnen mag die Ver-

fasstheit der Weltwirtschaft weltenfern erscheinen. Sie mögen staatliches Wirken heute eher als lästig und bürokratisiert, als ihren Lebensinteressen fremd empfinden. Viele versuchen, ihr Leben für sich allein und ohne Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Griff zu bekommen. Gleichwohl gilt, dass ihnen dies kaum gelingen wird, wenn Voraussetzungen dafür nicht im Zusammenwirken des Wandels aller hier skizzierten Ebenen der Regulation geschaffen werden. Es ist nicht die Aufgabe dieses Berichts, ausführliche Vorstellungen über eine alternative Regulationsweise zu entwickeln. Dies wird zu den künftigen Arbeitsschwerpunkten der Rosa-Luxemburg-Stiftung gehören. Wohl aber ist festzuhalten:

Erwerbsarbeit für alle in einem neuen Normalarbeitsverhältnis, Selbstbestimmung für jede und jeden über das eigene Leben und soziale Sicherheit werden mit dauerhaftem Erfolg nur zu erreichen sein, wenn die Einzelnen ihr Leben in die eigene Hand nehmen, wenn darüber hinaus organisierte zivilgesellschaftliche Akteure die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der bisher Benachteiligten verändern, wenn die Märkte von unten und auch durch den Staat neu konditioniert werden, wenn staatliche Institutionen politische Gestaltungskraft aufbringen und die internationale Regulierung demokratisch erneuert wird.

3.5.2. Geld- und Kreditpolitik, Finanzpolitik und Umbau der Arbeitsverhältnisse

Zentrale Elemente staatlicher Wirtschaftspolitik sind Geld- und Finanzpolitik. Die Geldpolitik in der Europäischen Union ist Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB). Ihre Satzung verpflichtet sie auf die Sicherung der Geld- und Währungsstabilität. Eine Mitverantwortung für stabile Beschäftigung gehört ausdrücklich nicht zu ihren Aufgaben. Diese Einseitigkeit entspricht den auf Geldwertstabilität konzentrierten Maastricht-Kriterien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank geriet 2001/2002 aus gutem Grund von Gewerkschaftsseite bis zu Unternehmerverbänden in die Kritik, weil sie im Unterschied zum US-amerikanischen

Zentralbanksystem kaum für Wachstum und Beschäftigung eingesetzt wird und einseitig auf die Geldwertstabilität fixiert blieb.

Die Konjunktur war zu diesem Zeitpunkt sichtbar eingebrochen. Die Stagnation des Wachstums ließ die Arbeitslosigkeit weiter anschwellen. Doch die EZB nutzte die Möglichkeit nicht, durch Herabsetzung der Leitzinsen und Nutzung anderer Möglichkeiten die Kreditnachfrage von Unternehmen bei den Geschäftsbanken auszuweiten und dadurch Investitionen und Beschäftigung zu fördern. Sie hielt an einem hohen Zinsniveau fest, um nicht durch die Ausweitung von Krediten den Geldumlauf zu erhöhen. Dem lag die Auffassung zugrunde, dass zu viel Geld im Umlauf die Preise hochtreiben und Inflation hervorrufen würde. Solche Politik entspricht in besonderem Maße dem Interesse der Eigentümer von Geldvermögen an hohen Zinsen und aktivinflationärer Politik, die der Entwertung von Geldvermögen entgegenwirkt. Das Interesse der Lohnabhängigen ist zwiespältig, gerichtet auf stabile Verbraucherpreise und auf den Schutz ihrer – meist bescheidenen – Geldersparnisse, vorrangig jedoch eher auf eine Geldpolitik, die durch günstige Kreditangebote und auf andere Weise Wachstum und Beschäftigung fördert. Aber die EZB sucht nicht nach einem Kompromiss zwischen einer Politik der Geldstabilität und der Stabilisierung der Beschäftigung. Als sie schließlich unter internationalem Druck die Leitzinsen doch noch herabsetzte, geschah dies viel zurückhaltender als in den USA und zu spät. Schon 1999 hatte sich die EZB geweigert, auf den Schock der Finanzkrise in Asien und auf deren wachstums- und beschäftigungsdämpfende Wirkung mit Zinserleichterungen zu reagieren.

Heiner Flassbeck hat das Grunddefizit der EZB, sich einem Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung zu verweigern, anschaulich beschrieben. Er verglich das Zentralbanksystem der USA mit einem Auto, das mit Gaspedal (u. a. in Gestalt einer Herabsetzung der Leitzinsen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung) und Bremse (u. a. als Heraufsetzung der Leitzinsen in Konjunkturzeiten, um inflationärem Preisanstieg entgegenzuwirken) ausgerüstet ist. Die EZB dagegen sei einem Auto ohne Gaspedal nur mit Bremse vergleichbar (FLASSBECK 2001: 155).

Notwendig ist, dass die Aufgaben der Europäischen Zentralbank erweitert werden, damit sie Mitverantwortung auch für Beschäftigung und antizyklische Konjunkturpolitik übertragen bekommt. Sie muss sich auf die Gradwanderung zwischen Geldwert- und Währungsstabilität und Beschäftigungsförderung einlassen.

Dringlich wäre, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein über die Möglichkeit einer anderen Geldpolitik in der EZB zu entwickeln. Zu einem Demokratisierungsprozess gehört eine dauerhafte, durch die Öffentlichkeit begleitete Beobachtung des einseitigen Verhaltens der EZB im Vergleich zu der Notwendigkeit, auch die Möglichkeiten der Geldpolitik in die Arbeitspolitik einzubringen.

Geldpolitik darf nicht länger als im Grunde undurchschaubare Expertensache angesehen werden, sondern als Sache auch derer, die Arbeit brauchen. Öffentlicher Druck muss auch auf diesem Politikfeld her und zur Institutionalisierung eines Dialogs zwischen der Bank und der europäischen Zivilgesellschaft führen. Die EZB selbst muss demokratisiert werden (WAHL 2001: 159 ff.).

Geld- und Kreditpolitik findet trotz ihrer Zentralisierung bei der EZB doch nicht allein auf fernen Ebenen statt. **Kreditpolitik**

Sie erweist sich gerade auf regionaler und kommunaler Ebene als ganz irdische Angelegenheit. 28,1 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten. In Unternehmen mit bis zu 99 Beschäftigten sind 81,7 Prozent der insgesamt Beschäftigten tätig. (SACHVERSTÄNDIGENRAT 2002: 200) In Ostdeutschland ist der Anteil der in kleinen und mittleren Unternehmen Arbeitenden besonders hoch. Besonders für diese Unternehmen – die sich nicht wie viele große auch über Wertpapieremissionen auf internationalen Märkten finanzieren können – ist eine entscheidende Existenz- und Wachstumsbedingung der Zugang zu Krediten bei erträglichen Bedingungen.

Kreditpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der Geldpolitik. Geld gerät in letzter Instanz über Kreditvergabe in Umlauf. Eine expansive Geldpolitik weitet das Kreditvolumen aus, eine Politik des knappen Geldes erschwert die Kreditaufnahme. Auf diesem Hintergrund ist für das einzelne Unternehmen entscheidend, ob es als kreditwürdig gilt und ob der Zweck eines beantragten Kredits von der Bank akzeptiert wird.

Die Entwicklung der Regeln für die Kreditvergabe soll einerseits die Möglichkeit spekulativer Kreditgeschäfte verringern. Das ist zu begrüßen. Andererseits wurde mit der Neufestlegung der Bedingungen für Kreditvergabe durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht – kurz als Basel II bezeichnet – im Jahr 2001 die Kreditaufnahme für kleine und mittlere Unternehmen erheblich erschwert. Basel II zielt auf eine differenziertere Bewertung der Kreditnehmer und der mit der Kreditvergabe verbundenen Risiken. Das Resultat sind höhere

Anforderungen an die Eigenkapitaldecke, denen besonders ostdeutsche Firmen oft nicht entsprechen können, und teurere Prüfverfahren für die Kreditvergabe, die kleine Unternehmen viel härter als große treffen. Den höheren Anforderungen an Sicherheiten, vor allem in Gestalt von Aktien und anderen Finanztiteln, können die kleinen Unternehmen oft gar nicht entsprechen. Insgesamt findet eine Abwertung kleiner Kreditanträge gegenüber großen statt, die den Banken bessere Geschäfte versprechen. Insbesondere in Ostdeutschland hat dieser Trend negative Wirkung für die Beschäftigung, aber auch für die Finanzierung sozialer und ökologischer Aufgaben.

Deshalb gehört zu einer alternativen Beschäftigungspolitik auch der Erhalt des öffentlichen und genossenschaftlichen Bereichs des Finanzsektors, also der Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Öffentliche Kreditinstitute sind weniger direkt der Profitdominanz unterworfen und können eine überaus wichtige Rolle für die Finanzierung von Handwerk, Klein- und Mittelbetrieben sowie für regionale und lokale Wohnungsbau-, Sport-, Sozial- und Kulturprojekte wahrnehmen.

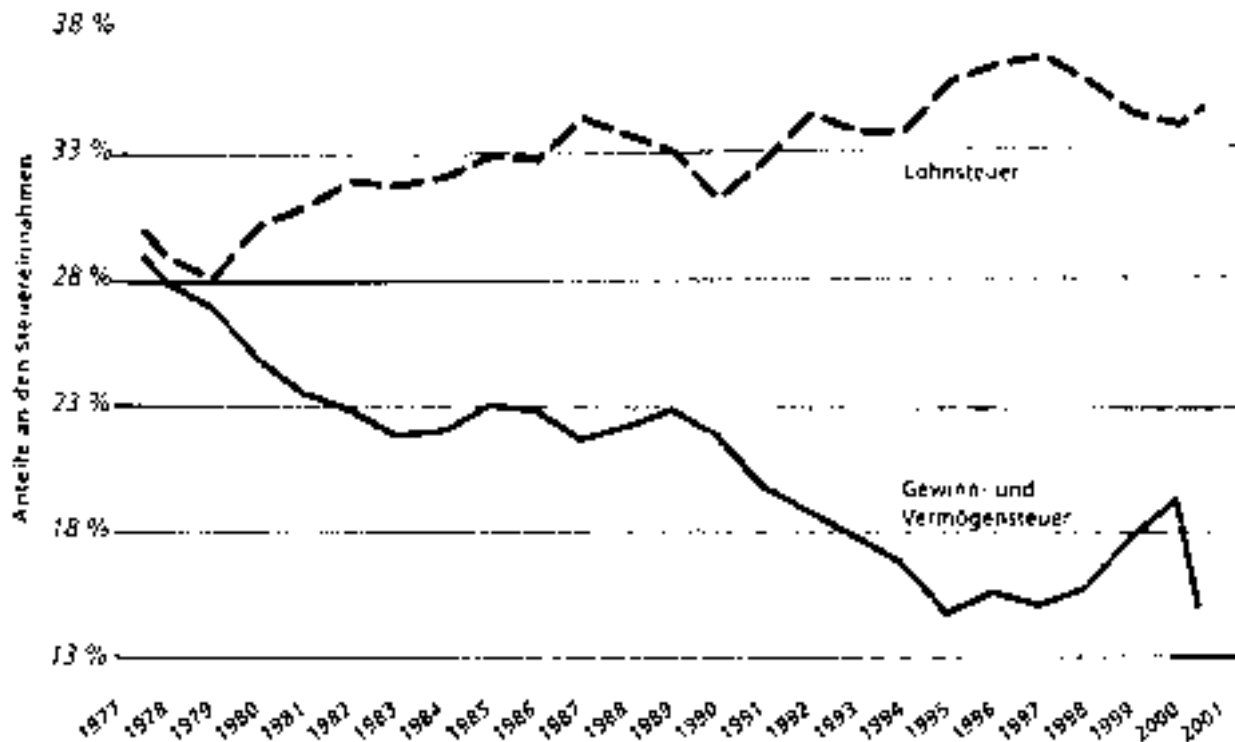
Finanzpolitik

Die Finanzpolitik liegt im Unterschied zur Geldpolitik noch überwiegend in nationalstaatlicher Verantwortung. In der Bundesrepublik gilt als ihre zentrale Aufgabe die Entschuldung der öffentlichen Haushalte durch eine radikale Sparpolitik, die vor allem die sozial schwächeren Schichten belastet. Auch eine alternative Wirtschaftspolitik darf sich notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Verringerung der Neuverschuldung nicht verschließen. Sie sind ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und eine Bedingung für die Gewinnung größerer staatlicher Handlungsspielräume, die gegenwärtig durch hohen Schuldendienst empfindlich eingengt sind. Abzulehnen ist jedoch die Verselbständigung der Sparpolitik gegen sozialstaatliche Maßstäbe der Haushaltspolitik und ein Sparen zu Lasten von Zukunftserfordernissen, beispielsweise dadurch, dass Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und ökologischen Umbau Opfer der Sparpolitik werden.

Wir kritisieren die einseitige Konzentration der Haushaltspolitik auf die Ausgabenseite, statt eine gerechte Beteiligung der ökonomisch Mächtigen und der Reichen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durchzusetzen. Und wir vertreten die Auffassung, dass ein größeres Steueraufkommen durch leistungsgerechte Besteuerung für öffentliche Investitionsprogramme genutzt werden sollte. Wie ungerecht die Steuerlasten verteilt sind, zeigt ein Blick auf die Anteile

von Lohnsteuern einerseits und Gewinn- und Vermögenssteuern andererseits am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik:

Entwicklung von Lohnsteuer und Gewinn- und Vermögensteuer in Deutschland



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT: VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG. BERECHNUNGEN VON VER.DI

1977 wurden 30 Prozent des Gesamtsteueraufkommens durch die Lohnsteuer aufgebracht. Im Jahr 2001 waren es bereits 35 Prozent. Dagegen sank der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuer an den Steuereinnahmen von knapp 30 Prozent 1977 auf nur knapp über 15 Prozent 2001. Die Senkung der Vermögenssteuer, die für die Jahre 2001 und 2002 zu einem Steuerausfall von 30 Mrd. Euro führte (VER.DI 2002 c: 3) kommt ganz überwiegend den oberen Schichten der Gesellschaft zugute. 1998 entfielen 50,4 Prozent des Geldvermögens in Deutschland auf die oberen 10 Prozent der Haushalte. Die unteren 25 Prozent hatten einen Anteil von -1,5 Prozent. Das heißt, sie hatten statt Geld Schulden (VER.DI 2002: 10 ff.).

Eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern wird von Unternehmerseite, von CDU/CSU und vor allem von der FDP als ein Dreh- und Angelpunkt wirtschaftspolitischer Beschäftigungsförderung angesehen. Die Autoren dieses Berichts widersprechen dieser Orientierung.

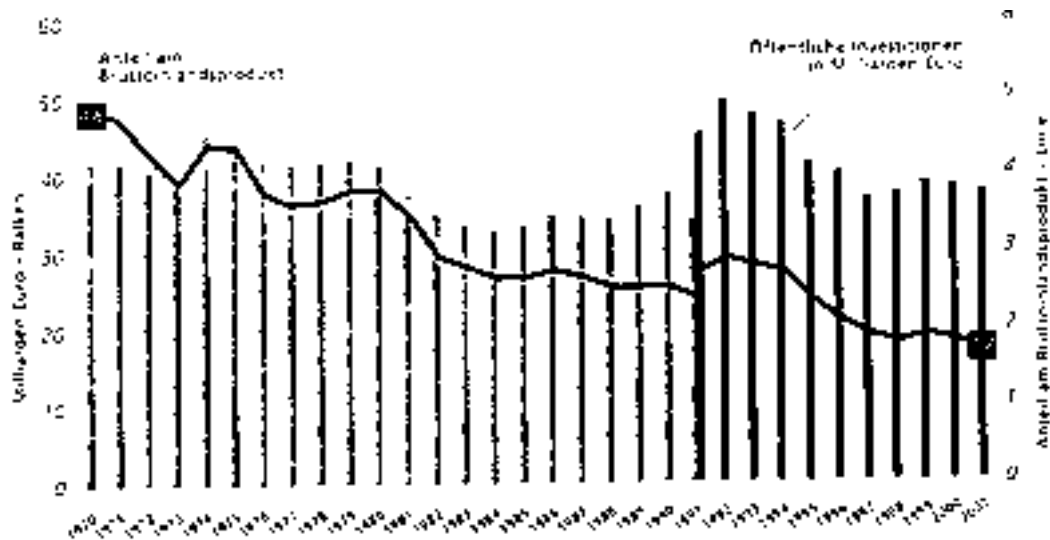
Steuersenkung – kein Patentrezept

Richtig können gezielte steuerliche Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen sein, beispielsweise eine vollständige Aussetzung von Steuern für Unternehmensgründer in den ersten Startjahren. Eine groß angelegte Steuersenkung für Unternehmen, vor allem eine Senkung der von den Kapitalgesellschaften zu zahlenden Körperschaftssteuer, der Verzicht auf eine Vermögenssteuer, auf die Besteuerung von Devisenspekulationen, von Börsenumsätzen und Gewinnen aus Beteiligungsveräußerungen ist jedoch kein Weg zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Eine solche Steuerpolitik erhöht zwar die Kapitalgewinne, aber die Erwartung, dass diese in neue Arbeitsplätze investiert werden, trifft allenfalls in sehr engen Grenzen zu. Der Hauptanteil der Investitionen zielt in der Regel nicht auf neue Arbeitsplätze, sondern eher auf eine Rationalisierung, die Arbeitskosten spart. Vor allem Großunternehmen legen Hunderte Milliarden Euro auf den Finanzmärkten und nicht in produktiven Investitionen an – ganz zu schweigen von der Kapitalflucht in Steueroasen. Sofern Steuersenkungen – wenn auch in bescheidenem Maß – der Bevölkerungsmehrheit zugute kommen, erhöht dies besonders wirksam die Kaufkraft der gering Verdienenden, weil diese einen großen Teil ihres Einkommens für ihren Verbrauch ausgeben müssen. Der Haupteffekt von Steuersenkungen für Großunternehmen und Vermögensstarke ist dagegen die Verringerung der Einnahmen der Staatshaushalte. Eine fortschreitende Verringerung der Investitionskraft der öffentlichen Hand und der Einkommen aus Sozialtransfers ist die Folge: Die Absatzmöglichkeiten werden durch den damit entstehenden Nachfrageausfall eingeschränkt und schlagen negativ auf Wachstum und Beschäftigung zurück. Denn nicht der Gewinn an sich führt zu Investitionen, sondern nur die Aussicht auf Gewinnsteigerung durch steigende Nachfrage nach Gütern und Leistungen.

Die öffentlichen Investitionen sind mit 1,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt auf einen Tiefstand auch im internationalen Vergleich abgesunken. Selbst in den USA, wo staatliche Wirtschaftsaktivitäten mit tiefer Skepsis betrachtet werden, liegt dieser Anteil mit 3,4 Prozent doppelt so hoch (VER.DI 2002: 19). Zunächst unrentable technologische Innovationen und vor allem die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge leiden unter der Investitionsschwäche der öffentlichen Hand. Besonders in Phasen wirtschaftlicher Depression und Krise entfällt bei so niedrigen öffentlichen Investitionen ein antizyklischer Ausgleich der schwachen privaten Nachfrage durch

staatliche Investitionen – mit dem Resultat verstärkter Arbeitslosigkeit.

Öffentliche Investitionen und ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt



Steuersenkung ist aus allen diesen Gründen kein Erfolg versprechendes Rezept gegen Arbeitslosigkeit. **Steuergerechtigkeit** bietet einen Zugang zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Unsere Vorschläge für eine gerechte Finanzierung des dringlichen sozial-ökologischen Umbaus der Bundesrepublik – u. a. der Förderung umweltfreundlicher Technologien und humanorientierter Dienstleistungen, einer neuen Arbeitspolitik, einer bedarfsorientierten Grundeinkommen und der infrastrukturellen Voraussetzungen für eine selbsttragende Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft – haben wir an anderer Stelle unterbreitet (ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG [HRSG.], 2000: 243 ff.).

Umfassende erfolgreiche Antworten auf die Krise der Arbeitsgesellschaft sind an eine Umkehr der Umverteilung, an Steuergerechtigkeit durch eine Neuverteilung von oben nach unten, gebunden:

- Weitere Senkung des Eingangssteuersatzes;
- Aufhebung von Regelungen, die Frauen und nichteheliche Lebensweisen diskriminieren;

Deutschland liegt bei der Besteuerung von Eigentum deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Vermögen und Erbschaften werden im Vergleich zu anderen Industrieländern mit 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gering besteuert – im Vergleich z. B. zu 3,1 Prozent in den USA.

VER.DI 2002 B: 31

- Einführung einer befristeten Vermögensabgabe auf größere Geld- und Grundvermögen privater Haushalte und kapitalstarker Unternehmen;
- Wiedererhebung der 1996 ausgesetzten Vermögenssteuer;
- Einführung eines progressiven gewinnabhängigen Körperschaftssteuertarifs und einer Mindestbesteuerung;
- Aufhebung der Steuerfreiheit für Erlöse aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen;
- Neuregelung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen, um die durch Erbschaften bewirkte zunehmende Ungleichheit abzuschwächen;
- Erhebung der Sozialabgaben für Unternehmen ausgehend von der betrieblichen Wertschöpfung, anstelle der Arbeitseinkommen als Bemessungsgrundlage;
- Einbeziehung von Beamten, Selbständigen, Freiberufler/innen, Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in die allgemeine soziale Versicherungspflicht;
- Veränderung der gegenwärtigen Ökosteuer in Richtung einer Primärenergiesteuer;
- Schritte zur Koordinierung des europäischen Steuersystems, um Steuerdumping für Unternehmen einzudämmen und Steuerschlupflöcher zu schließen;
- Besteuerung von Devisentransaktionen (Tobin-Steuer), des internationalen Kapitalverkehrs und von Börsenumsätzen.

Im Maße des Erfolgs einer neuen Arbeitspolitik würde die Verminderung der Arbeitslosigkeit zur Erhöhung des Lohnsteueraufkommens führen und zugleich die Haushaltsausgaben von Lohnersatzzahlungen entlasten.

Für die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte sollten nach unserer Auffassung eine Erneuerung sozialstaatlicher Verantwortung und die Herausbildung eines neuen Mix in der Wirtschaftsregulierung zwischen zivilgesellschaftlichem Einfluss auf die Richtung der Wirtschaftsentwicklung, Markt und staatlicher Wirtschaftspolitik handlungsleitend sein.

Ganz offensichtlich ist der Marktmechanismus ohne ausreichende gesellschaftliche Rahmensetzung und ohne planende staatliche Strukturpolitik nicht geeignet für die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit und nicht fähig zum nachhaltigen Umgang mit öffentlichen Gütern, die keinen Preis haben. Der Markt „denkt“ nicht strategisch. Er hat sich als außerstande erwiesen, **Öffentliche Strukturumwälzungen** wie in Ostdeutschland mit dem **Programme** Resultat einer selbsttragenden Entwicklung zu bewältigen.

Eben deshalb werden in allen modernen bürgerlichen Gesellschaften große Teile des Bruttoinlandsprodukts durch die öffentlichen Hände umverteilt. Doch bloße Umverteilung ohne strukturpolitische Orientierung hat nur unzureichende Effekte. Auch das wird in Ostdeutschland offenbar. Deshalb stimmen die Autoren dieses Berichts einem Grundgedanken des „Rostocker Manifests“ der PDS zu: Der Einführung von „Innovationsprogrammen Sozial-Ökologischer Umbau Ost“ in den neuen Bundesländern, um die riesigen West-Ost-Transfers auf diejenigen Aufgaben zu konzentrieren, die für einen selbsttragenden Aufschwung im Osten gelöst werden müssen. Dieser Vorschlag hat eine enge Berührung zu dem von der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ angestrebten „Sonderprogramm Aufbau Ost“. (LUFT U.A. 1998; ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2001).

Die Gewährung einer gesetzlich garantierten Investitionspauschale für ostdeutsche und finanzschwache westdeutsche Kommunen im Rahmen eines über fünf Jahre laufenden Kommunalen Infrastruktur-Entwicklungsprogramms in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands könnte ein Einstieg in eine Stärkung längerfristiger staatlicher Struktur- und Investitionspolitik sein. Infrastrukturentwicklung und Arbeitsförderung würden auf wichtigen Gebieten zusammengeführt, kleine und mittlere Unternehmen bekämen mehr Aufträge zur Lösung regionaler Probleme und zur Stärkung ihrer Exportkraft. Die nach dem Solidarpakt II für 2010 bis 2020 vorgesehenen Infrastrukturinvestitionen müssten an sozialen und ökologischen Maßstäben überprüft und in den Zeitraum bis 2010 vorgezogen werden. Sie könnten mit anderen Fördermitteln und Finanzierungsquellen zusammengeführt und in Ostdeutschland zu den eben erwähnten „Innovationsprogrammen Sozial-Ökologischer Umbau Ost“ auf der Ebene der ostdeutschen Länder strukturpolitisch sinnvoll gebündelt werden.

Dies könnte für die ganze Bundesrepublik ein Anstoß für die unter 3.5.1. umrissene dringliche Veränderung der Regulationsweise zu

einer neuen mixed economy sein. Ein stärkeres Gewicht staatlicher gestaltender Verantwortung, eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik durch ihre Öffnung für eine breite öffentliche Diskussion über die sozial und ökologisch wünschenswerten und lebensnotwendigen Richtungen ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung, planende Strukturpolitik zur Durchsetzung dieser Richtungen und entsprechende Rahmensetzungen für den Markt gehören nach unserer Auffassung zu den institutionellen Komponenten einer sich wandelnden nachfordistischen Regulationsweise.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – mit Blick auf die von ihr seit 25 Jahren jährlich veröffentlichten Memoranden mit jeweils aktuellen Vorschlägen für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik oft als Memo-Gruppe bezeichnet – fordert seit langem eine gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Ihren Vorschlag dafür hat sie verkürzt wie folgt zusammengefasst:

Tabelle 19

Das Beschäftigungsprogramm und seine Finanzierung

Einnahmen (Mrd. DM pro Jahr)		Ausgaben (Mrd. DM pro Jahr)	
Vermögenssteuer	30	Öffentliche Investitionen	150
Abschaffung Ehegattensplitting	20	Öffentlicher Beschäftigungssektor	56
Börsenumsatzsteuer	25	Arbeitsmarktpolitik	25
Spekulationsteuer	11	Arbeitszeitverkürzung	10
Wertschöpfungsteuer	85		
Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung	50		
Mehreinnahmen Ökosteuer	20		
Summe:	241	Summe:	241

QUELLE: ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Memorandum 2001

Sie zielt damit auf Finanzierung einer reformierten Arbeitspolitik, auf einen staatlichen Ausgleich eines Teils der mit Arbeitszeitverkürzung bei weitgehendem Lohnausgleich anfallenden Kosten, auf

den Aufbau eines öffentlich geförderten beschäftigungswirksamen gemeinnützigen Sektors und auf ein öffentliches Investitionsprogramm. Sie sieht auf solchem Wege als Reaktion auf die eklatanten Steuerungsdefizite des Marktmechanismus die Möglichkeit zur Finanzierung eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms.

Ein öffentliches Investitionsprogramm als Teil dieses Projekts könnte nach der Auffassung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik folgende Struktur haben:

Tabelle 20

Öffentliches Investitionsprogramm für die Verbesserung der Infrastruktur und den ökologischen Umbau

Programm	Mrd. DM pro Jahr
1. Sonderprogramm Aufbau Ost	
Erneuerung der Infrastruktur der Länder und Kommunen	30,0
Zielgerichtete Investitionsförderung für ostdeutsche Unternehmen	5,0
Stadtentwicklung einschließlich Rückbau	5,0
2. Bildungs- und Kulturprogramm	
Bildungsprogramm einschließlich Hochschulen	25,0
Kultursonderprogramm	5,0
3. Ökologisches Umbauprogramm	
Eisenbahninfrastruktur	20,0
ÖPNV	15,0
Regionale Bahnverkehre	10,0
Modernisierung der Wasserver- und -entsorgung	10,0
Energieeinsparung Gebäude	20,0
Kraftwerke / Energieforschung	2,5
Regionalhilfen / private Wirtschaft / Produktdesign	2,5
Gesamtprogramm Öffentliche Investitionen	150,0

QUELLE: ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Memorandum 2001

Die Autoren dieses Vorschlags wenden gegen die grundsätzliche Ablehnung eines solchen öffentlichen Programms u. a. ein, dass öffentliche Investitionen in der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre ein Niveau von fast 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat-

ten, mittlerweile aber im Jahr 2000 auf unter 2 Prozent gefallen sind – trotz des enormen Bedarfs besonders in Ostdeutschland.

Die Aufforderung der Europäischen Kommission an die EU-Mitgliedsstaaten, Aktionspläne für Beschäftigung auszuarbeiten, wird auf solche Weise aufgenommen. Statt jedoch in neoliberaler Manier als Kern solcher Aktionspläne den Druck auf die Arbeitnehmer zu erhöhen, damit sie weitgehend auf sich selbst zurückgeworfen als Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft funktionieren, wird Gerechtigkeit in der Reichtumsverteilung als Bedingung öffentlicher Verantwortung für den Weg aus der Krise der Arbeitsgesellschaft eingefordert.

Die Autoren des hier vorgelegten Berichts stimmen mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik darin überein, dass der Trend in der Entwicklung der Regulationsweise umgekehrt werden muss. Nicht dem sozial kalten und ökologisch blinden Markt muss ein noch größeres Gewicht zukommen, sondern den emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen zivilgesellschaftlicher Akteure, die in gestaltender staatlicher Politik und auch in öffentlich finanzierten Programmen zur Geltung zu bringen sind. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Regulationsdefizite des Marktes in Ostdeutschland am meisten spektakulär zutage treten. Dort, wohin ohnehin seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erhebliche Transfers fließen und weiter fließen werden, liegt am nächsten, die öffentliche Finanzierung im Rahmen von Strukturprogrammen auf Eckpunkte eines sozial-ökologischen Umbaus zu konzentrieren und dabei zugleich ein Großexperiment zur Veränderung der Regulationsweise in der Bundesrepublik zu unternehmen. Die zu erwartenden Lernprozesse dabei könnten dann zu weiteren Schritten des Umbaus der Regulation führen.

Solchen Überlegungen entspricht, dass wir nicht rückhaltlos in den Chor jener einstimmen, die sowohl aus Gründen der Präferenz für den Privatsektor als auch aus Gründen der Haushaltssanierung den Abbau öffentlicher Beschäftigung forcieren.

3.5.3. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung

Der Druck der Haushaltsdefizite nötigt gegenwärtig alle Parteien in parlamentarischer Verantwortung zum Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. In Berlin beispielsweise hat die Politik der langjährigen Großen Koalition von CDU und SPD zu einem derartigen Haushaltsdesaster geführt, dass daran kein Weg vorbeiführt.

In einem Zukunftsbericht geht es jedoch um differenzierte Grundsatzpositionen zu der Frage, welche Rolle der öffentlichen Beschäftigung in Zukunft zukommen soll. Überall dort, wo öffentliche Beschäftigung, gemessen an den Aufgaben ineffizient, Ausdruck übermäßiger Zentralisierung und Bürokratisierung ist, die Initiativen und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger belastet und sinnvolle Entwicklungen erschwert oder blockiert, liegt die Antwort auf der Hand. Derartige öffentliche Beschäftigung ist abzubauen. In vielen Fällen hat es sich auch als effizient erwiesen, die öffentliche Daseinsvorsorgepflicht unter Garantie und Kontrolle angemessener Standards seitens der öffentlichen Hand durch die Delegation konkreter Arbeiten – beispielsweise der Müllentsorgung – an private oder genossenschaftliche Anbieter wahrzunehmen. Auch dies kann zur Reduzierung öffentlicher Beschäftigung führen.

Zugleich gilt jedoch, dass noch ein weiter Weg vom Obrigkeitsstaat zum bürgernahen Dienstleistungsstaat zurückzulegen ist und dass viele Aufgaben der öffentlichen Hand in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur, Verkehr, öffentliche Sicherheit, Breitensport und Betreuung hilfsbedürftiger Menschen nur unzureichend wahrgenommen werden. Auf diesen großen Feldern der Sicherung des Angebots von öffentlichen Gütern für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit ist grundsätzlich ein *Ausbau der öffentlichen Beschäftigung* geboten, verbunden mit demokratischen Verwaltungsreformen, die Transparenz und Effizienz ermöglichen. Genau umgekehrt verläuft jedoch die reale Entwicklung.

Für den hier behandelten Gegenstand deutet der Widerspruch zwischen dem wünschenswerten Ausbau öffentlicher Beschäftigung auf Feldern hochprofessioneller humanorientierter Dienstleistungen und der tatsächlichen Reduzierung vieler solcher öffentlicher Leistungen daraufhin, dass alternative Entwicklungen oft mit dem Mut beginnen müssen, wider den realen Verlauf der Dinge und wider die Suggestion, er sei der einzig mögliche und vernünftige, an einem Gegenentwurf festzuhalten. In der hier behandelten Frage gilt entgegen aller Privatisierung öffentlicher Aufgaben trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung, dass ein gutes Stück Teilhabe für jede und jeden an den für ein Leben in Würde unverzichtbaren Freiheitsgütern öffentlich garantiert bleiben muss. Allerdings ist dies nicht durchweg identisch mit

Arbeit im öffentlichen Dienst

In dem Jahrzehnt seit 1991 wurde die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten um fast 30 Prozent reduziert.

Beschäftigung im öffentlichen Dienst

der Gewährleistung der dafür notwendigen Leistungen durch den öffentlich-staatlichen Dienst selbst.

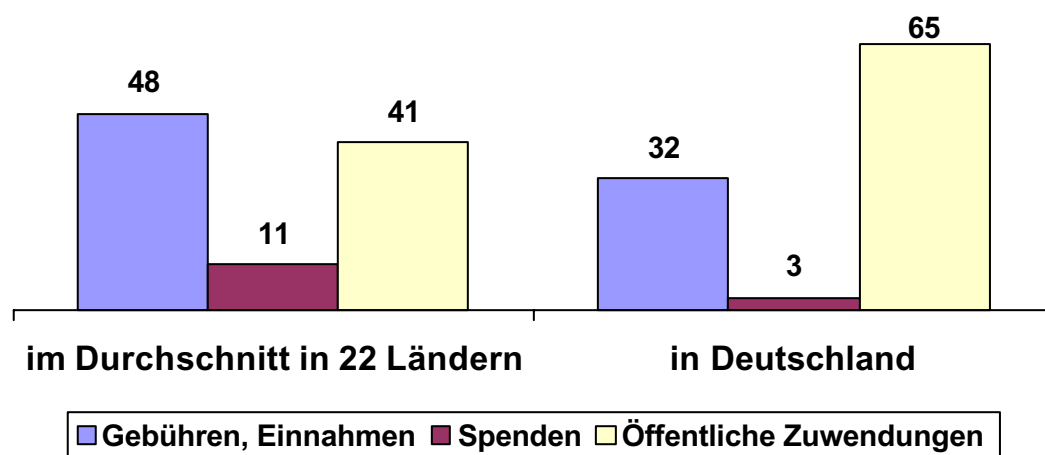
Dritter Sektor und öffentlich geförderte Beschäftigung

Eine wichtige internationale Diskussion geht um die Frage, welche Bedeutung und welches Gewicht künftig ein Dritter Sektor – von anderen als „Drittes System“ oder als Non-Profit-Sektor bezeichnet –

haben könnte und sollte. Der Dritte Sektor umfasst ein vielschichtiges institutionelles Gemisch. Zu ihm gehören Wohlfahrtsorganisationen, nichtkommerzielle Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, unterschiedlichste Verbände, Berufsorganisationen, Obdachlosenprojekte, Tauschringe und nichtmarktförmige Gemeinwesen auf der Suche nach alternativen Lebensweisen.

Ein wichtiger Bestandteil des Dritten Sektors ist die öffentlich geförderte Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes. Dieser Öffentlich Geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) bzw. regionale öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren sind nicht identisch mit solchen Formen des Dritten Sektors, deren Finanzierung hauptsächlich aus Beiträgen oder durch private Sponsoren erfolgt oder die weitgehend auf ehrenamtlicher Basis funktionieren. Oft verschwimmen aber auch die Grenzen zwischen diesen verschiedenen Formen, etwa durch Mischfinanzierung und durch freiwilliges Engagement von Ehrenamtlichen auch im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung.

Finanzierungsquellen des Dritten Sektors



QUELLE: THE JOHNS HOPKINS COMPARATIVE NONPROFIT SECTOR PROJECT, 1995

Der Dritte Sektor ist ein Drittes zwischen Privatwirtschaft und Staat. Von der Privatwirtschaft unterscheidet ihn erstens, dass er in der Regel Non-Profit-Charakter hat. Sein Funktionieren hängt nicht von

der Rentabilität des eingesetzten Kapitals ab. Das schließt die Eigenwirtschaftung eines Teils der Kosten über den Preis bereitgestellter Güter und Leistungen beziehungsweise über Gebühren für Leistungen durchaus ein.

Zweitens unterscheidet sich der Dritte Sektor vom Staatssektor und öffentlichen Dienst vor allem dadurch, dass seine Träger autonome Wirtschaftsakteure sind, die die jeweiligen Projekte oder Unternehmen in eigener Verantwortung leiten. Der Dritte Sektor gehört zu den Grundbausteinen der Zivilgesellschaft. Er ist nicht bloßer Ersatz für Defizite staatlicher und privatwirtschaftlicher Wohlfahrtsleistungen und Kulturangebote, er ist ein Raum, in dem eine bunte Vielfalt von Bürgerinitiativen, Projekten, Selbsthilfegruppen und Interessen in eine Kombination von nicht marktförmiger Erwerbsarbeit und freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeit mündet, die den Dritten Sektor als zivilgesellschaftliche Form gesellschaftlicher Entwicklung ausmacht (NIELANDT 2000: 60 ff.).

Drittens werden diesem Sektor Aufgaben zugeschrieben, die in besonderem Maße gemeinnützig sind. Das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Project (SALAMON; ANHEIER 1999), das in den neunziger Jahren in 22 Ländern eine der größten vergleichenden Untersuchungen zum Dritten Sektor vornahm, klassifizierte 12 Bereiche gemeinnütziger Tätigkeit: Kultur (Kunst, Sport, Unterhaltung, Freizeit), Bildung und Forschung, Gesundheitswesen, soziale Dienste, Umwelt und Naturschutz, Entwicklungshilfe, Bürger- und Verbraucherinteressen, Stiftungen, internationale Aktivitäten, kirchliche Vereinigungen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Sonstige.

Alle drei Charakteristika deuten darauf hin, dass die wachsende Bedeutung des Non-Profit-Sektors ein Ausdruck der Grenzen ist, an die das Profitsystem stößt. Es versagt, wo Aufgaben gelöst werden müssen, die nicht profitabel sind. Es vermag die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die aus anderen Interessen als denen an Kapitalverwertung entspringen, nur unvollkommen aufzunehmen. Und es ist nur sehr beschränkt gemeinnützig, nicht selten verhält es sich eher subversiv zu Gemeinwohlinteressen.

Die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung des Dritten Sektors ist nicht zuletzt wegen dieser Grenzen des Profitsystems beachtlich. Sein Umsatz betrug Mitte der neunziger Jahre nach Angaben des Johns Hopkins Project in den 22 untersuchten Ländern darunter USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Niederlande und Israel 1,1 Billion US Dollar. Das ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt Kanadas oder Spaniens. Im Non-Profit-Sektor dieser

22 Länder sind rund 19 Millionen Menschen in regulären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Das entspricht einem Durchschnitt von knapp 5 Prozent der insgesamt Beschäftigten. In der Bundesrepublik hatten 1995 rund 2,1 Million Menschen bezahlte Arbeitsplätze im Dritten Sektor. Für 1998 schätzte die Prognos AG, dass 2,3 Millionen Menschen in Organisationen ohne Erwerbscharakter einen bezahlten Arbeitsplatz hatten. Darin waren die unbezahlten Arbeitsstunden in diesem Bereich, die 1998 mit mehr als 60 Milliarden DM bewertet wurden, noch nicht enthalten.

Tabelle 21

Anteil der Sektoren i.v.H. an der Gesamtbeschäftigung in sozialen Diensten und im Gesundheitswesen			
	Marktsektor	Dritter Sektor	Öffentlicher Dienst
Soziale Dienste	61,5	22,1	16,7
Gesundheitsdienste	34,4	48,8	16,8

QUELLE: NIELANDT 2000:67

70 Prozent der Erwerbsarbeitsplätze im Dritten Sektor konzentrieren sich in der Bundesrepublik auf soziale Dienste und auf das Gesundheitswesen. Fast jedes zweite Krankenhausbett, die Hälfte aller Plätze in Pflegeheimen und jeder dritte Kindergartenplatz werden vom Dritten Sektor getragen.

Fast bemerkenswerter als der absolute Anteil der im Dritten Sektor Beschäftigten im Vergleich zur Gesamtzahl der in der Bundesrepublik Erwerbstätigen ist das Beschäftigungswachstum in diesem Sektor im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtbeschäftigung. In den alten Bundesländern verdreifachte sich die Zahl der im Non-Profit-Sektor Erwerbstätigen in den achtziger Jahren auf 1,3 Millionen, während sich die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten auf 4,3 Millionen verdoppelte und die Zahl der im privatwirtschaftlichen Marktsektor Tätigen um etwa eine halbe Million auf 22,9 Millionen verringerte. Bis 1995 stieg die Zahl der im Non-Profit-Bereich Erwerbstätigen nochmals um 41,6 Prozent, die Zahl der in der Gesamtwirtschaft Beschäftigten dagegen nur um 4,7 Prozent (PRILLER; ZIMMER; ANHEIER 1999: 12 ff; NIELANDT 2000: 64).

Die OECD hat den Dritten Sektor als „Schlüssel für die Versöhnung von Ökonomie und Gesellschaft“ gelobt (OECD 1996). Die Europäische Kommission fördert eine Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“ durch 67 Aktionsforschungsprojekte und 14 Forschungs- und Kommunikationsprojekte.

Die Debatte um die künftige Rolle und Entwicklung des Dritten Sektors umfasst ein weit gefächertes Spektrum. Marktradikale Kräfte wollen ihn zurückdrängen: Sie lehnen eine öffentlich geförderte Beschäftigung als unlautere Konkurrenz zur Privatwirtschaft ab und weisen ein Vordringen nicht marktförmig organisierter Arbeit aus dogmatisch-ordnungspolitischen Gründen zurück. Andere wollen diesen Sektor stärker als ein Auffangbecken für die aus regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen mit niedrigem Entgelt nutzen, als Vehikel einer „Verschlankung“ des öffentlichen Dienstes und als Feld unentgeltlicher Bürgerarbeit“. Tatsächlich sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor am stärksten verbreitet. Dies wird beispielsweise in dem Bericht von Giarini und Liedtke „Wie wir arbeiten werden“ an den Club of Rome (GIARINI; LIEDTKE 1998) und von Jeremy Rifkin vertreten (RIFKIN 1995: 59 ff.).

Im linken Diskurs verbinden sich mit dem Dritten Sektor, speziell mit einem Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mehr oder weniger große Hoffnungen auf eine Ausweitung sinnvoller selbstbestimmter Arbeit. In der Regel werden Ansprüche formuliert, denen der gegenwärtige Dritte Sektor in der Bundesrepublik nur sehr begrenzt entspricht. Seine öffentlich finanzierten Bereiche sind zum großen Teil stark an feste staatliche Zuwendungsregeln gebunden, die beispielsweise bei der Nutzung von Mitteln der Arbeitsförderung

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) kaum selbstbestimmten Spielraum lassen. Die großen freien Wohlfahrtsverbände – die katholische Caritas, die evangelische Diakonie, die SPD-nahe Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband – dominieren auf dem Hauptfeld des Dritten Sektors die Entwicklung.

Dagegen ist der Anteil von Projekten, die bei existenzsicherndem Einkommen durch Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen getragen werden, gering. Der Dritte Sektor spielt nur eine geringe Rolle als innovatives Element einer stark von unten getragenen Regionalisierung. Die wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzverhältnisse zwischen Wohlfahrtsverbänden, Sozialvereinen, privaten Organi-

sationen und staatlichen Projekten erschweren ebenso wie die Finanznot der Kommunen, die emanzipativen Potenziale selbstbestimmter Projekte im Rahmen des Dritten Sektors voll auszuschöpfen.

Vielen alternativen Akteuren gilt der Öffentlich Geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) als eine wesentliche Antwort auf die starke Tendenz des gegenwärtigen Kapitalismus, alle Seiten gesellschaftlicher Entwicklung in eine warenförmige Gestalt zu zwingen. Sie wollen den öffentlich geförderten Sektor als Sphäre selbstbestimmter Arbeit zur Bereitstellung von Gütern und Leistungen, die ihrer inneren Natur gemäß nicht profitabel oder nicht für alle erschwinglich angeboten werden können oder sollen und die auch nicht durch unbezahlte eigene Arbeit angeeignet werden können, weil sie einen erheblichen Ausstattungs- und Finanzaufwand erfordern. Andere Befürworter eines Dritten Systems betonen darüber hinaus: „Dabei darf es nicht nur dazu dienen, etwa unprofitable Teilfunktionen aus der Privatwirtschaft herauszuverlagern oder den öffentlichen Dienst von der Wahrnehmung ausgesprochen partikularer Aufgaben zu entlasten... Vielmehr muss das ‚Dritte System‘ auch dafür genutzt werden, neue Formen der Arbeit in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst mit durchzusetzen. Dies kann die Form annehmen, dass in ihm gleichsam neue Unternehmen und neue Praktiken öffentlicher Dienstleistung ‚ausgebrütet‘ werden.“ (WOLF 2000: 194) Einigkeit besteht im linken Diskurs in der Regel darin, dass die Befreiung dieses Sektors von den Profitzwängen für demokratische Entscheidungsprozesse, für neue Formen der Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Kooperation, für unternehmerisches Verhalten jenseits privatwirtschaftlicher Konkurrenzzwänge genutzt werden soll. Meist – jedoch nicht immer – wird die Zahlung von Tarifeinkommen für die in diesem Sektor Arbeitenden gefordert. In der Diskussion wird eine enge Beziehung zwischen Regionalisierung und öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren in den Regionen betont (DELLHEIM 2002: 8 ff.). Von der Erarbeitung regionaler Leitlinien der Entwicklung wird erwartet, dass im Zusammenwirken von Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Ökoinitiativen, Frauenbewegungen, Unternehmen, Beschäftigungsgesellschaften, kommunalen Verwaltungen und Wissenschaftseinrichtungen auch Felder festgestellt werden, die im Interesse regionaler Entwicklung in Gestalt öffentlich geförderter Projekte besetzt werden sollten.

Die Widerstände gegen die Herausbildung öffentlich geförderter beschäftigungswirksamer Sektoren mit solchem partizipativen Charak-

ter sind vielfältig und führen dazu, dass gegenwärtig deren künftiger Beitrag für ein Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit noch offen ist. Die öffentlichen Fördermittel sind knapp. Die Verwechslung zwischen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die wie ABM und SAM Einzelnen für begrenzte Zeit und auf ausgewählten, durch die Arbeitsämter bestimmten Feldern Beschäftigung – meist ohne Anschlussperspektive – bieten, und Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektoren mit längerfristigen Perspektiven für Projekte und Unternehmen trägt ebenfalls zu Reserviertheit gegen einen solchen Sektor bei.

So lange jedoch die privatwirtschaftliche und eine langfristig angelegte öffentlich geförderte Beschäftigung unzureichend entwickelt sind, gilt insbesondere für Ostdeutschland, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik weiter finanziert werden müssen. Vor allem für ältere Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern gilt auf absehbare Zeit, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben und deshalb häufig auf ABM angewiesen sind.

Die Linke sollte dem Dritten Sektor bzw. öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren im Rahmen einer alternativen Beschäftigungspolitik erhebliche Bedeutung zumessen:

- Andauernde öffentliche Werbung für den Gedanken, dass der übermächtigen Tendenz zur Vermarktung des gesamten Lebens und zur sozialen Deregulierung das Festhalten an öffentlichen sozialstaatlichen Leistungen und ein Ausbau des Dritten Sektors als vollwertige innovative Sphäre zivilgesellschaftlicher Lösung sozialer, ökologischer, kultureller und ökonomischer Probleme entgegengesetzt werden muss.
- Durchsetzung einer sicheren öffentlichen Förderung dieses Sektors und gleichzeitiger Ausbau von privater Finanzierung der gemeinnützigen Non-Profit-Aufgaben durch Sponsoring und Fundraising.
- Bewahrung und Ausbau aller Elemente von Selbstbestimmung, Beteiligung an politischen Entscheidungen, Geschlechtergleichstellung, Förderung Benachteiligter, sozialer Integration und Qualifizierung in Projekten öffentlich geförderter Beschäftigung.
- Verflechtung von Regionalentwicklung und öffentlich geförderter Beschäftigung – bei stärker institutionell verankerter Kooperation von Trägern des Dritten Sektors, Privatun-

ternehmen und staatlichen Verwaltungen zum wechselseitigen Vorteil.

- Zusammenwirken öffentlich geförderter Erwerbsformen mit ehrenamtlich Tätigen in Initiativen und Projekten, u. a. durch Bereitstellung von professioneller wissenschaftlicher Beratung und technischer Unterstützung für sie.
- Stärkung von Akteuren des Dritten Sektors außerhalb der ihn heute dominierenden großen „Säulen der Freien Wohlfahrtspflege“ bei gleichzeitigem Bemühen um Kooperation zwischen den noch stark zersplitterten Trägern von Bürgerprojekten und -initiativen und zwischen ihnen und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Naturschutzring und dem Bundesverband der Deutschen Stiftungen. Noch nie haben sich diese Bundesverbände des Dritten Sektors zu einem gemeinsamen Dialog über die Zukunft der Non-Profit-Sphäre in Deutschland zusammengefunden.
- Verarbeitung von internationalen Erfahrungen mit der Entwicklung eines Dritten Sektors (RONZHEIMER 2001).

3.5.4. Europäische Union – Chance für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik?

Erwerbsarbeit für alle, gerechte Neuverteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit für jede und jeden, für Frauen und Männer sind unter Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung nicht allein auf nationaler Ebene zu erreichen. Komplementär zur Dringlichkeit wachsender Gestaltungsmacht von unten und zur Wirtschafts- und Arbeitspolitik auf nationaler Ebene ist eine Erneuerung der internationalen Regulation der Arbeitswelt auf die Tagesordnung geraten.

Ambivalenzen auf EU-Ebene

Vielleicht besteht die größte potenzielle Chance für Wandel in der internationalen Wirtschaftspolitik und für deren Beschäftigungs- und Umwelterorientierung in den Institutionen der Europäischen Union – auch wenn diese zur Zeit eher durch neoliberale Muster bestimmt sind. West- und Nordeuropa haben unter allen Weltregionen die größten sozialstaatlichen Traditionen. Noch immer existieren starke Gewerkschaften in der Europäischen Union. 78 Prozent des Außenhandels der EU-Mitgliedstaaten werden innerhalb der Union abgewickelt, nur 12 Prozent ihres Außenhandels überschreiten die Grenzen des Gemeinsamen Marktes. Diese relativ geringe Außenhandelsabhängigkeit bietet Möglichkei-

ten eines Umsteuerns in Differenz zu neoliberaler Globalisierung, um auf diesem Weg auch deren Richtung zu beeinflussen.

Gegenwärtig ist die Europäische Union vor allem eine vom Großkapital dominierte Währungsunion und ein gemeinsamer Markt. Eine Beschäftigungsunion und eine Umweltunion ist sie nicht. Gleichwohl ist die Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union durch starke Ambivalenzen gekennzeichnet. Die Lissaboner Ratstagung der EU vom März 2000 deklarierte Vollbeschäftigung als Ziel der Union. Nach den Beschlüssen der Europäischen Kommission zu den strategischen Zielen 2000 bis 2005 vom Februar 2000 soll sich „die Union ein klares strategisches Ziel setzen und sich auf ein ambitioniertes Programm für den Aufbau von Wissensinfrastrukturen, die Förderung von Innovation und Wirtschaftsreform und die Modernisierung der Sozialschutz- und Bildungssysteme einigen“. Nach der im Dezember 2000 in Nizza beschlossenen Sozialagenda soll die „Rolle der Sozialpolitik als Wettbewerbsfaktor“ verstärkt werden. Aber die einzelnen Menschen seien besser zu schützen, die sozialen Ungleichheiten abzubauen und die Solidarität in der Gesellschaft zu fördern. Instrumente der Arbeitsförderung sind u. a. „beschäftigungspolitische Leitlinien“ und die Auflage an die Mitgliedstaaten, Aktionspläne für Beschäftigung auszuarbeiten und durchzusetzen. Die europäischen Märsche für Beschäftigung und andere soziale Bewegungen zeigten eine gewisse Wirkung.

Aber diese Wirkung ist ambivalent. Einerseits sollen bessere Bildung, Ausbildung und Fortbildung bewirken, dass die Arbeitslosigkeit, deren Ursache in mangelnder Qualifikation besteht, zurückgeht und die Qualität der Arbeitsplätze verbessert wird. Infrastrukturprogramme sollen auch das Arbeitsplatzangebot verbessern. Frauen und Männer sollen gleichgestellt werden. Die Sozialpolitik als Wettbewerbsfaktor zu stärken, bedeutet in vorherrschender Lesart andererseits, die Erwerbsabhängigen durch Senkung und Streichung sozialer Leistungen und durch Individualisierung der Risikovorsorge zur Aufnahme von Arbeit im Niedriglohnsektor und unter prekären Bedingungen zu nötigen.

Eine solidarische und sozial gerechte Vollbeschäftigungspolitik in der Europäischen Union würde andere europäische Initiativen erfordern: für grenzüberschreitende Verkürzung der Arbeitszeit, für die Einführung sozialer und ökologischer Mindeststandards und Mindestlöhne, für ein Ausschöpfen der erheblichen Regionalfördermittel der EU zur Stärkung regionalwirtschaftlicher Kreisläufe unter star-

**Umsteuern auch
auf EU-Ebene**

ker demokratischer Beteiligung der Bevölkerung in der Region, für die Nutzung von EU-Beschlüssen zur öffentlichen Förderung eines Dritten Sektors – jedoch in Gestalt selbstbestimmter Projekte bei diskriminierungsfreien, existenzsichernden Arbeitseinkommen statt als prekäre Beschäftigung zur Entlastung der Arbeitslosenstatistiken. Im Rahmen der Europäischen Union bedarf es einer europaweit koordinierten Haushaltspolitik, die sich nicht in Sparprogrammen zu Lasten sozialer Standards und der Massennachfrage erschöpft, sondern das Kunststück der Ausgewogenheit zwischen der Stärkung von öffentlichen Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen auf der einen Seite und einer Entschuldungspolitik auf der anderen Seite zuwege bringen. Die auf die Geldwertstabilität konzentrierten Maastrichtkriterien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten sollten um Ziele für Beschäftigung, Sozial- und Umweltstandards ergänzt werden.

Die Innovationspolitik der Europäischen Union muss weit entschlossener als bisher auf den ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft orientiert werden. 14,5 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union (Jahresdurchschnitt 2000) in sinnvolle Erwerbsarbeitsverhältnisse zu bringen, kostet Geld – für Investitionen, für den ökologischen Umbau, für die Sicherung sozialer Standards, für Bildung und Ausbildung, für den Ausbau der Arbeitsvermittlung, für die finanzielle Stärkung der Kommunen, für Beschäftigung im öffentlichen Dienst und öffentliche Förderung. Im globalen Maßstab sind rund 5 Billionen Dollar in Steueroasen der Beteiligung an der Finanzierung solcher und anderer sozialer Aufgaben entzogen. Es ist Zeit zur Mobilisierung von internationalen Initiativen für ein Austrocknen dieser Möglichkeit des Steuerentzugs und für staatliche Aktivitäten zur vollen Unterwerfung „ihrer“ Großunternehmen unter das nationale Steuerrecht.

Die Orientierung des Finanzmanagements der Multis, der international operierenden Großbanken und Investmentfonds am shareholder value, an der Erhöhung des Aktienwerts durch Finanz- und Devisentransaktionen trägt zum gefährlichen Hinausschieben einer ökologischen Wende und zur Unterentwicklung von humanorientierten Dienstleistungen als wichtige Felder sinnvoller Arbeit bei. Eine globale Re-Regulierung als Gegenbewegung zu neoliberaler Deregulierung ist unumgänglich. Wie sehr das dem Verlangen nach Gerechtigkeit in der internationalen Öffentlichkeit entgegenkommt, zeigt sich in der starken internationalen Unterstützung für das zentrale

Startprojekt von „Attac“, für die Durchsetzung der Tobin Tax, einer Devisenumsatzsteuer zur Verringerung der Devisenspekulation. Der Druck der Multis auf die Nationalstaaten, das Großkapital von Steuern zu entlasten und Investitionen mit Sonderbegünstigungen zu erkaufen, fordert zumindest Gegenbewegungen in der Europäischen Union für die Einführung von Regelungen zur Unterbindung eines Steuersenkungswettbewerbs zwischen den Nationalstaaten heraus. Kurz, der wirtschaftspolitische makroökonomische Beitrag auf dem Weg zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung wird zunehmend in der Kombination nationalstaatlicher Anstrengungen mit denen auf der Ebene der Europäischen Union zu erbringen sein.

Zwischenfazit „Arbeit und makroökonomische Wirtschaftspolitik“

Zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung führen viele Wege. Zu ihnen gehört eine Erneuerung der Regulationsweise, die eine Spanne vom lebensweltlichen Handeln der Individuen bis zur internationalen Wirtschaftsregulierung umfasst wird. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank darf nicht allein auf die Geldwertstabilität reduziert bleiben, sie muss Mitverantwortung für eine neue Vollbeschäftigung übernehmen. Haushaltspolitik darf nicht auf Sparen zu Lasten der ohnehin Benachteiligten konzentriert bleiben. Sie muss die ökonomisch Mächtigen und Reichen zur Finanzierung des Umbaus der Arbeitsverhältnisse und Sozialsysteme heranziehen. Die Ausgaben sollten mit langfristiger Strukturpolitik verbunden für sozial-ökologischen Wandel eingesetzt werden. Bürgernaher öffentlicher Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung in autonomen Projekten und Unternehmen sind unverzichtbar für die Sicherung sinnvoller Arbeit im Gemeinwohlinteresse.

3.6. Und der Sinn des Ganzen?

Was ist mit den hier vorgelegten vielen Seiten über Wege zum Umbau der Arbeitswelt anzufangen? Welchen Nutzen könnten sie haben – in der Situation seit langem anhaltender Massenarbeitslosigkeit, angesichts des Wirkens ganzer Heerscharen von Arbeitsmarktexperten und von engagierten Gewerkschaftern und mit dem Wissen,

dass längst ganze Bibliotheken mit Vorschlägen zur Besserung der Lage gefüllt sind?

Realisierbare Schritte ... Erstens: Hier wurden kleine, tatsächlich realisierbare Schritte zur Minderung der Arbeitslosigkeit festgehalten, nicht aus der Luft gegriffen, sondern anknüpfend an schon vorhandenen Erfahrungen: Abbau von Überstunden beispielsweise; Förderung von Teilzeitarbeit durch verbesserte soziale Absicherung; gerechtere Verteilung von Arbeit – schon Vertretung durch bisher Arbeitslose während Weiterbildungszeiten Erwerbstätiger ist ein Beginn; verbesserte Arbeitschancen durch bessere Bildung; Ausschöpfung regionaler Vernetzung für mehr Beschäftigung; entbürokratisierte öffentliche Förderung sinnvoller Beschäftigung. Dies ist zunächst keineswegs ungewöhnlich und gerade deshalb realistisch.

... und eine realisierbare Vision Zweitens: Das nicht Gewöhnliche der hier vertretenen Konzeption ist jedoch, dass kleinere realisierbare Schritte in Zusammenhang mit einer grundsätzlich anderen, alternativen Perspektive des Umgangs mit dem gesellschaftlichen Problem Arbeitslosigkeit gebracht werden. Üblich ist, Lösungen in einer noch perfekteren Anpassung der Einzelnen an eine nicht infrage zu stellende Logik der profitbestimmten Ökonomie zu suchen: Senkung der Löhne, Senkung der Sozialstandards und damit der Lohnnebenkosten, Mobilität um fast jeden Preis, Anpassung an die Weltmarktwänge auf der ganzen Linie, Flexibilität und Funktionalität der Einzelnen nach diesem Maßstab und basta!

Dagegen wurde hier gefragt, wieso in aller Welt es sinnvoll sein soll, sich funktional zu Marktwängen zu verhalten, die selbst nicht funktionieren. Zumindest nicht nach dem Maßstab sozialer Gerechtigkeit und eines friedlichen Überlebens in Einklang mit der Natur und auch nicht nach dem Maß, dass jeder Frau, jedem Mann und jedem Kind ein Leben in sozialer Sicherheit zusteht, eben weil sie Menschen sind. Individualität statt Funktionalität lautet das hier vertretene Grundprinzip: dass allen ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit zustehen soll, dass sie selbst über die ihnen gemäße Kombination und Erwerbs- und Eigenarbeit entscheiden sollten, dass dies für Frauen und Männer in gleicher Weise gelten muss und dass nach und nach eine bedarfsorientierte Grundsicherung den Rückhalt für ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität und sozialer Sicherheit geben kann. Wir verbinden realisierbare Schritte mit einer Vision, weil in Zeiten großer Brüche eben mit dem Gewohnten und nicht mehr Tauglichen gebrochen werden muss.

Drittens: Das Normale in der öffentlichen Diskussion ist, dass die Beteiligten jeweils unterschiedliche einzelne Zugänge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund stellen und andere Möglichkeiten in der Regel beiseite lassen. Das Normale stimmt uns bedenklich. Die Regel erscheint uns falsch. Wir haben in drei Gedankenblöcken – Arbeit und Individualität, Arbeit und Strukturwandel, Arbeit und makroökonomische Wirtschaftspolitik – ein Gesamtkonzept, ein Bündel von Wegen zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung vorgelegt, weil ein hyperkomplexes Problem nicht auf unterkomplexe Weise zu bearbeiten ist. Das macht die Sache nicht einfach. Jedoch – „leben statt gelebt zu werden“, dies ist eben nicht einfach. **Ein Gesamtkonzept**

4. Kapitel

Akteure

4. 1. Akteure und Handeln: Betrachtungsmöglichkeiten und Problemlagen

Gründe

Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen
Weil ich mir nicht nochmals
Die Finger verbrennen will
Weil man nur lachen wird:
Auf dich haben sie gewartet
Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken
Weil da niemand mehr durchsieht
Sondern höchstens noch mehr kaputtgeht
Weil jedes Schlechte
Vielleicht auch sein Gutes hat
Weil es Sache des Standpunktes ist
Und überhaupt wem soll man glauben?
Weil auch bei den andern nur
Mit Wasser gekocht wird
Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse
Weil man nie weiß
Wie einem das schaden kann
Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind
Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber
Die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind.

ERICH FRIED, 2000: 29

In den vorangegangenen Kapiteln wurden gesellschaftspolitische Alternativen vorgestellt, die individuelles selbstbestimmtes und solidarisches Handeln ermöglichen und fördern. Diese Alternativen sind keinesfalls das Ergebnis von realitätsfernen Debatten irgendwelcher „strategischer Zirkel“. Sie haben im Gegenteil ihre Ausgangs- und Anknüpfungspunkte im praktischen Engagement von Menschen für gesellschaftliche Veränderungen, um ein Leben in Würde führen zu können und dabei solidarisch anderen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ein solches Engagement interessiert uns, insbesondere, wie es unterstützt, gestärkt und ausgeweitet werden kann, denn nach unserer Überzeugung können soziale, ökologische und globale Probleme nur dann demokratisch gelöst werden, wenn Menschen im solidari-schen Miteinander dafür streiten. Daher weist dieser Zukunftsbericht gravierende Besonderheiten auf:

Die meisten Ausarbeitungen anderer parteinaher Stiftungen haben sowohl zu Zielen als auch mit Blick auf aktorsbildende Kräfte, die entsprechend dieser Ziele tätig werden, recht klar umrissene Vorstellungen. Nach neoliberalen Vorstellungen sollen die vorwiegend als Marktteilnehmer betrachteten Bürgerinnen und Bürger durch soziale Entsicherung gezwungen werden, sich marktgerecht zu verhalten. Nach neosozialdemokratischen

Konzepten bedarf es eines aktivierenden Staates, der mehr oder weniger direkt die Interessen der in Deutschland ansässigen Akteure kapitaldominierter Globalisierung berücksichtigt und Menschen auf ein besonderes „Unternehmer-Verhalten“ bei der Gestaltung des eigenen Daseins festlegen soll.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits gezeigt, folgen die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Berichtes jedoch einer anderen Logik. Im Mittelpunkt aller Betrachtungen stehen hier selbstbestimmt und solidarisch handelnde Individuen, die eng in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden auf verschiedene Weise herrschende Strukturen und Mechanismen im Sinne eines neuen, zukunftsfähigen Leitbildes verändern wollen.

Ein solches Herangehen provoziert eine Reihe von Fragen:

Sind Überlegungen und Zielstellungen dieser Art nicht utopisch gefärbt? Welche Gründe und Motive könnten Menschen anregen, ein hohes Maß von Aktivität an den Tag zu legen? Bedarf es damit sich die Gesellschaft verändert nicht eines „übergreifenden Planes“ oder einer lenkenden Instanz? Ist ein gemeinschaftliches Zusammenwirken großer Menschengruppen überhaupt denkbar? Wen kann man sich unter neuen, zukunftsorientierten Akteure vorstellen?

Bei der Beschäftigung mit diesen Fragen besteht eine wichtige Überlegung darin, sich tatsächlich und mit aller Konsequenz von mechanistischen, eindimensional angelegten Geschichtsmodellen zu verabschieden. Vorstellungen dieser Art, wie z. B. von der Entwicklung auf der Grundlage einer „historischen Mission der Arbeiterklasse und ihrer Avantgardepartei“, haben gewollt oder ungewollt zur Folge, Akteure letztlich als bloße Ausführende vorgegebener Entwicklungslinien anzusehen. Wie tragische Erfahrungen des 20. Jahrhunderts belegen, führte dies oft dazu, dass Akteure mit derartigem Führungsanspruch das einzelne Individuum gering schätzten und, nicht ohne einen gewissen Zynismus, Entbehrungen und Leiden als notwendiges Opfer für „die Sache“ legitimierten. Mit dem vorliegenden Bericht wollen die Autorinnen und Autoren ein ganz anderes Herangehen begründen.

„Akteure“ sind weder namenlose Subjekte abstrakter Geschichtsprozesse noch die Marionetten im Spiel nach einem Masterplan.

„Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person jeder anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“

KANT 1998: 61

Das Leitbild, das Selbstbestimmung und Freiheitlichkeit einfordert, schließt die Konsequenz ein, dass sowohl der Kreis der Akteure als auch Wege und Schritte des Handelns nicht durch irgendwie geartete Konzepte „planmäßig vorgegeben“ werden können. Selbstorganisation und Offenheit der Entwicklung sind kein in Kauf zu nehmendes Beiwerk, sondern konstituierender Bestandteil dieses angestrebten Pfades. Daraus folgt, dass die hierbei möglicherweise mobilisierten Akteure und die Formen ihres Zusammenwirkens nicht als fest umrissene Gegenstände, sondern nur in ihrer Bewegung und Widersprüchlichkeit zu erfassen sind. Als eine wichtige moralische Überlegung wäre daraus abzuleiten: Diese Sichtweise erfasst ganz im Sinne eines Kant'schen Imperativs die Akteure eben nicht vordergründig nur als Agenten eines Geschichtsplanes oder als bloße Funktionsträger für gesellschaftliche Umbrüche. Selbstbestimmte Akteursbestrebungen so das eigenständige Wirken in lebensweltlichen Zusammenhängen bilden selbst ein *grundlegendes Ziel, nicht etwa nur eine Voraussetzung* für Veränderung in der Gesellschaft. Im eigentlichen Sinne des Wortes kann deshalb hier von einer „Wiederentdeckung des Menschen“ im Bild von Handlungsansätzen und Umbrüchen gesprochen werden.

Der lebensweltliche, mikrosoziale Raum der Einzelnen und weitreichende, in der Gesellschaft verortete Konfliktlagen bilden gleichermaßen wichtige Felder für das Wirken von Akteuren.

Unmittelbare Lebenswelt als Handlungsrahmen

Wenn also im Folgenden nach Akteuren und Handlungsformen gefragt wird, dann sind zwei in der Realität eng miteinander verknüpfte Ebenen zu betrachten: Zum einen das Handeln von Individuen, die in konkreten lebensweltlichen Zusammenhängen wirken und auf der Grundlage persönlicher Wünsche und Ziele auf „ihre Weise“ nach mehr Freiraum und Selbstbestimmung streben, was das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit einschließt. Dies kann sich in höchst unterschiedlicher Art und in vielgestaltigen Formen realisieren in beruflichen Zusammenhängen, bei der Gestaltung von Freizeit oder

bei politischer Partizipation. Obwohl das „mikrosoziale Umfeld“ Familie, Nachbarschaft, Wohnort, private Lebensgewohnheiten u. a.

dabei eine beachtliche Rolle spielt, ist die hier betrachtete Ebene keinesfalls allein darauf zu reduzieren. Im Blick muss stets der Mensch mit der Vielfalt und Ganzheitlichkeit seiner sozialen Verflechtungen bleiben. Dies betrifft im Sinne des vertretenen Leitbildes auch nicht den „vereinzelten“, vorrangig selbstbezogenen Menschen mit egoistischen Zügen, sondern das Individuum, das in gemeinschaftsbindenden Beziehungen agiert. Hier können solidarische Zuwendungen entwickelt werden. Dadurch entstehen letztlich auch Wirkungen, die weit über die rein persönliche Sphäre hinaus reichen. Im Ganzen ließe sich diese Ebene als lebensweltbezogener, akteurszentrierter Ansatz charakterisieren.

In einer *zweiten Dimension* bewegen sich Handlungsansätze und Akteure, die im Rahmen breiter gesellschaftlicher Zusammenhänge Strukturen, Institutionen und Regulationsmechanismen, aber auch Werte oder Deutungsmuster spürbar verändern wollen. Das Spektrum der Möglichkeiten und Themen auf dieser Ebene ist gleichfalls sehr breit: Es reicht von individueller Beteiligung an Aktionen und Initiativen, von Mitarbeit in überregionalen und internationalen Bewegungen, Vereinigungen, Verbänden und Netzwerken bis zu Aktivitäten in Parteien, in Großorganisationen, in Parlamenten und Verwaltungen oder in Bündnissen mit regionaler und kommunaler Verankerung. Gemeinsam ist diesen Bestrebungen, dass in irgendeiner Weise Hierarchien sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse beeinflusst werden sollen, was selbstverständlich Auseinandersetzungen und Kämpfe einschließt. Auf dieser „*gesellschaftsbezogenen Ebene*“ verfolgen die Akteure zumeist Ziele, die über das Alltagsgeschehen hinaus in die Zukunft reichen und deren Realisierungschancen oft noch ungewiss sind.

Gesellschaft als Handlungsrahmen

In der Realität ist das Spektrum der möglichen Akteure außerordentlich breit. Betroffenheit durch soziale Konflikte und sozial orientierte Werthaltungen verkörpern wichtige Dimensionen bei der Interessenartikulation der Akteure.

Nicht selten wird die Frage aufgeworfen, *wer genau* denn „die Akteure“ gesellschaftlicher Veränderungen sein könnten. Mitunter enthält eine solche Fragestellung die unausgesprochene Annahme, es existierten fest umrissene, eventuell durch ihre Klassenlage genau

fixierte „Großgruppen“, die gleichsam nur ihrer Erweckung bedürfen, um zur Aktion zu schreiten.

Die Wirklichkeit ist jedoch komplizierter. Nicht nur das Scheitern des Staatssozialismus und seines Konzeptes organisierter Klassenherrschaft, sondern auch die Erfahrungen aktueller Auseinandersetzungen belegen, dass die soziostrukturellen Positionierungen der Menschen allein – ob als Klasse, Schicht oder Milieu – noch keine automatischen Schlüsse auf Handlungsbestrebungen zu lassen (VGL. HRADIL 1999, RITTER 1997). Politisches und soziales Handeln erfolgt gegenwärtig in hochkomplexen, ausdifferenzierten Gesellschaften, die eine Vielzahl von Interessenkonstellationen aufweisen. Von einem „einheitlichen historischen Subjekt“ kann also nicht gesprochen werden. Ist dagegen das selbstbewusst agierende Individuum in den Mittelpunkt gestellt, dann lassen sich als „Akteure im weitesten Sinne“ charakterisieren:

**Negative Betroffenheit
als Handlungsanlass**

Zum *einen* Menschen, deren Interessen in starkem Maße durch gesellschaftliche Konflikte, durch Unsicherheiten und/oder durch Benachteiligungen beeinflusst werden, bei denen sich „*negative Betroffenheit*“ anhand der durch den Neoliberalismus geprägten Entwicklung eingestellt hat. Diese Betroffenheit hat in der Realität sehr viele, nicht selten auch „unauffällige“ Gesichter. Sie manifestiert sich in zahlreichen Ängsten und Sorgen: vor Krieg und Terrorismus, vor Umweltgiften, vor Rechtsextremismus in der Nachbarschaft, vor Arbeitsplatzverlust oder wegen der Zukunft persönlicher Einkommensverhältnisse. Menschen fühlen starke Beklemmungen angesichts sozialer Kälte innerhalb von Unternehmen oder beim Besuch von Ämtern. Nagende Unsicherheit stellt sich ein, wenn es um geforderte Mobilität oder um die Perspektive eines mit Mühe aufgebauten Unternehmens geht, nicht minder, wenn die eigenen Ersparnisse abstürzenden Aktienkursen zum Opfer fallen. Ohnmachtserleben und quälende Wut sind gegenwärtig, wenn Frauen patriarchale Diskriminierung (schweigend) erdulden, wenn der 50-Jährige spürt, dass ihm nur die Wahl zwischen Sozialhilfe und Scheinbeschäftigung über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu bleiben scheint, oder wenn sich langzeitarbeitslose Eltern aus Geldmangel vor ihren Kindern zu schämen beginnen. Gemeinsam ist all diesen „Betroffenen“: Neben der Sorge um körperliche Unversehrtheit sind es vor allem die Ängste vor einem „*sozialen Absturz*“ und dem damit verbundenen *Würde- und Perspektivenverlust*, die vielen Menschen unter die Haut gehen.

Nicht alle „Betroffenen“ sind jedoch handlungsbereit. Die bereits deutlich sozial Ausgegrenzten – von längerer Armut Gekennzeichnete, zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer, Obdachlose, Drogenabhängige u. a. – werden häufig stigmatisiert, verfügen über keine eigene Stimme in der Gesellschaft und sind zumeist aus eigener Kraft und individuell nicht in der Lage, ihre Situation grundlegend zu verbessern, obwohl auch bei ihnen der Wunsch nach Veränderung meist stark ist (VGL. BOURDIEU 1997A). Eher bilden sich Gefühlslagen wie Verzweiflung, Wut und (Selbst-)Hass heraus. Diese Gefühle werden – wie Folgen von Drogenmissbrauch zeigen – oft destruktiv in das Innere der Persönlichkeit „abgeleitet“. Sie können aber mitunter auch unkontrolliert ausbrechen, was dann beispielsweise in Gewalt gegen Frauen und Kinder, in Rechtsextremismus oder Rassismus erschreckend zu Tage tritt.

Zum *anderen* hat das Handeln all der Menschen Gewicht, das durch solche *persönlich verinnerlichte Werthaltungen* bestimmt wird, die *in verschieden-*

Werte als Handlungsgrundlage

artiger Weise kritische Positionen zu Strukturen und Mechanismen der gesellschaftlichen Realität ausdrücken. Bei aller Vielfalt in der Gruppe dieser „wertgeleiteten“ Personen zeigt sich, dass es vor allem die Ablehnung von bestimmten Herrschafts- und Hierarchieverhältnissen, das Streben nach demokratischer Teilhabe und der Wunsch nach selbstbestimmter, oft alternativer Lebensweise oder das Wirken im Geiste mitmenschlich-humanitärer Ideale sind, die ein häufig beachtliches Engagement zu Tage treten lassen. Die Artikulation von sozialer Ungerechtigkeit, die Sorge um Frauen und Kinder in Bedrängnis, die Ängste in Bezug auf künftige ökologische Gefährdungen oder das Eintreten für Asylsuchende – all dies wird oft auch dann mit Handeln verknüpft, wenn die Akteure nicht selbst unter Gefährdung oder unmittelbarer Betroffenheit leiden. Ringen um Demokratisierung politischer Entscheidungsstrukturen geht vielfach ebenso auf den Wunsch oder Willen zurück, anderen Menschen zu ermöglichen, ihre Interessen kundzutun und zu realisieren. Es deutet auf ein humanistisches Verständnis von Gerechtigkeit und Solidarität hin, wenn sich in den letzten Jahren eine breite Bewegung der Globalisierungskritiker/innen entwickelt, welche für die Milliarden Menschen des „ärmeren Teils“ der Welt eintritt.

Insofern könnte man von einem *Akteursspektrum* im Sinne des Leitbildes vom Streben nach Selbstbestimmung, sozialer Sicherheit und gerechter Verteilung

Ein Spektrum von Akteuren

von Bedingungen für ein Leben in Würde sprechen, das folgende Dimensionen umfasst:

- In erster Linie die *einzelnen Individuen selbst*, die mit ihren persönlichen Vorstellungen von Freiräumen, Lebenszielen und Gemeinschaftsbindungen handeln.
- *Gruppen im sozialen Nahraum* der einzelnen Menschen (Familien, Freunde, örtliche Nachbarschaften u. a.), in denen enger Kontakt, Austausch und elementare Solidarität praktiziert werden können und in denen Handlungsbestrebungen vielmals ihren Rückhalt finden.
- In *größeren Zusammenhängen agierende Gruppen*: Initiativen, Vereine, regionale Zusammenschlüsse, soziale Bewegungen, actions- und ereignisgestützte Netzwerke (VGL. RASCHKE 1999, ROTH 2001). Diese Akteure wirken - nicht in jedem Falle, aber häufig auch im politischen Raum und greifen dabei konfliktäre gesellschaftliche Themen auf: Bedrohungen durch Krieg, Gewalt, Umweltzerstörung oder durch negative Technologiefolgen, Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Bedingungen für ein Leben in Würde, Diskriminierung nach Ethnie oder Geschlecht. In zahlreichen dieser Gruppen werden alternative, auf eine selbstbestimmte Zukunft gerichtete Lebensmodelle vertreten. Gerade im Zuge der Globalisierungskritik haben sich in den 1990er Jahren bemerkenswerte transnationale Vernetzungen solcher Akteursformen heraus gebildet (VGL. GREFE U.A. 2002).
- *Großorganisationen*, wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kirchen u. a., die maßgeblich an der Themensetzung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit beteiligt sind und die auf die Rahmenbedingungen vor allem in Form von Wertevereinbarungen und Gesetzen für mehr Selbstbestimmung der Individuen hin wirken können.
- *Wählerschaften/Elektorate*, die bei Wahlen oder anderen Abstimmungsformen in der Lage wären, Weichen für neue Entwicklungsrichtungen zu stellen.

Wie sich im Denken vieler Menschen zeigt, finden gerade die bewegungsförmigen Zusammenschlüsse gegenwärtig ein beachtliches Interesse:

Tabelle 22

Bewertung wichtiger politischer und sozialer Akteure (Oktober 2002)			
(In Prozent, gerundet)	Ich kann mir die Vertretung meiner Interessen vorstellen durch...		Ich interessiere mich für diese Organisation...
	Ja	Ja, teilweise	Ja + Ja, etwas
Umweltorganisationen/-bewegungen	29	31	50
Gewerkschaften	24	30	36
Friedensbewegung	22	28	40
Bürgerinitiativen	19	31	37
Globalisierungskritische Bewegung	12	18	25
Vereine	11	27	31
Regierung	10	36	/
Frauenorganisationen/-bewegungen	9	26	24
Kirchen	6	23	26

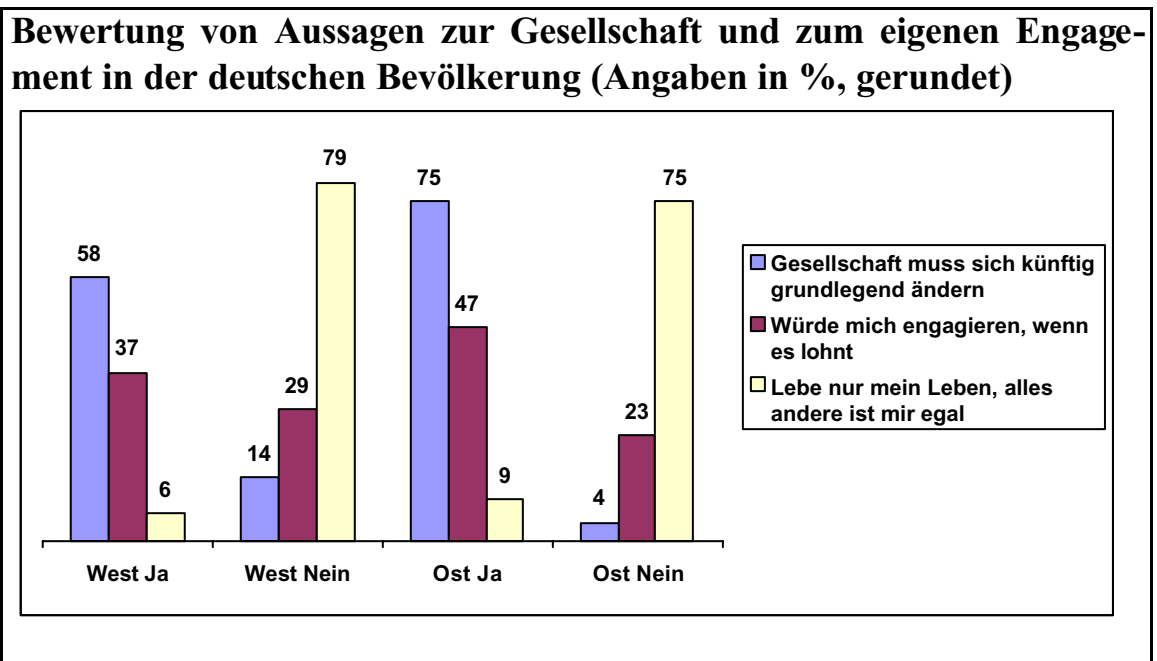
QUELLE: CHRAPA 2002.

Parteien, Verbände und Bewegungen werden zumeist als Repräsentanten „organisierter Interessen“ bezeichnet (ROTH 2001: 238). Direkt als Akteure oder auch als akteursfördernde Institutionen müssen außerdem Organisationsformen des Staates (Parlamente, Verwaltungen) und transnationale, überstaatliche Organisationen angesehen werden. Diese Institutionen können entscheidend darauf Einfluss nehmen, welche Freiräume zivile Akteure für ihre Bestrebungen haben, in welchem Klima sich Auseinandersetzungen vollziehen und inwieweit Rahmenbedingungen für mehr Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – bis hin zur Gesetzesform – festen Bestand erhalten (VGL. ENQUÊTE 2002). Zum Akteursspektrum gehören selbstverständlich auch Unternehmen mit ihrer wirtschaftlichen Funktion und mit ihrem politischen Einfluss. In spezifischer Weise können Unternehmen und Projekte des Dritten Sektors wirken, die bürgerschaftliche Bestrebungen wie die Bearbeitung ökologischer, sozialer und kultureller Aufgaben mit unternehmerischem Handeln in der Wirtschaft verknüpfen (VGL. ENQUÊTE 2002). Überhaupt bildet der so genannte Dritte Sektor oft als Raum zwischen Staat, Markt und Familie/Privatem bezeichnet ein weites Feld für Aktivitäten, das jedoch von ambivalenter Natur ist. Einerseits entstehen hier zahlreiche kreative und selbstbestimmte Handlungsformen. Andererseits

besteht die Gefahr, dass die hervorgebrachte Selbstorganisation zur Zementierung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen führt, wenn soziale Sicherungen durch das Gemeinwesen ausbleiben.

Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung erklärt sich bereit, politisch und sozial aktiv zu werden. Streben nach Selbstverwirklichung und soziales oder politisches Engagement können dabei eine produktive Einheit bilden.

Fragen danach, wodurch oder durch welche Konstellationen Akteure zum Handeln veranlasst werden, in welchem Umfang und in welche Richtungen sie ihre Bestrebungen entwickeln, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Gäbe es nicht gute Gründe dafür, dass sich viel mehr Menschen als bisher politisch engagieren? Treffen vielleicht die provokant-abschätzigen Aussagen zu, die vor allem in den westlichen Ländern von einer „trägen Wohlstandsmasse“ sprechen? Bleibt Aktivität hauptsächlich auf das Private gerichtet und bedarf es besonders starker äußerer Konfliktstoffe, z. B. in Form von Katastrophen, um gesellschaftlich orientiertes Handeln auszulösen? Aktuelle Befunde der empirischen Sozialforschung liefern zu diesen Fragen einige interessante Befunde:

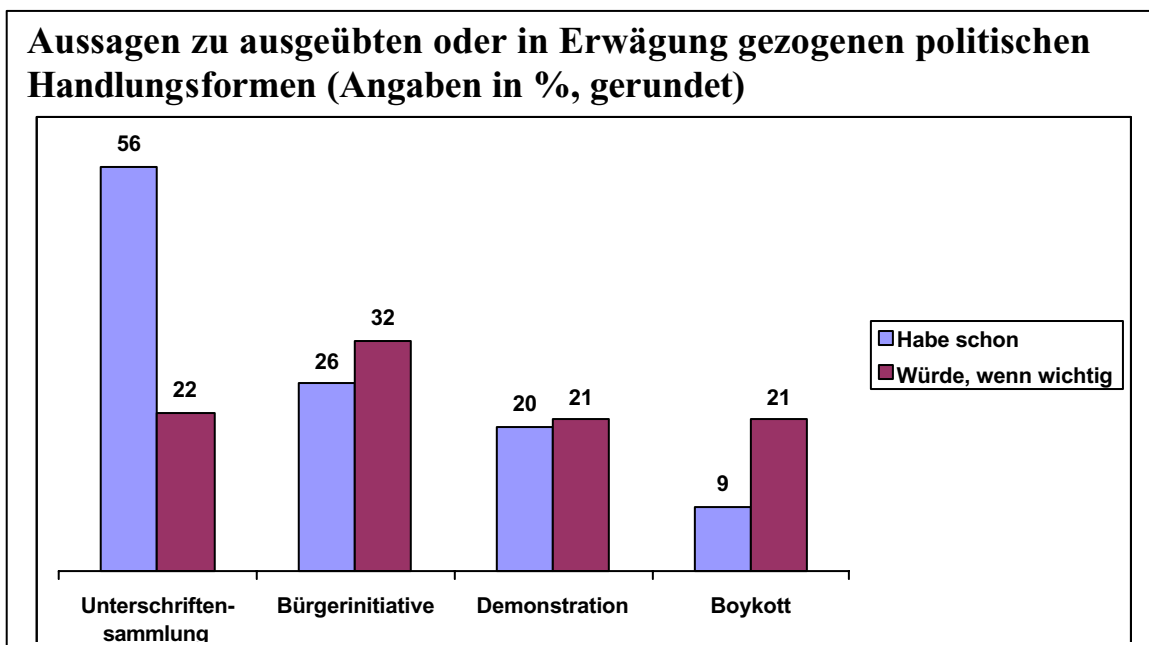


QUELLE: CHRAPA/WITTICH 2001.

Es wird, wie schon im 1. Kapitel gezeigt, deutlich, dass große Gruppen in der Bevölkerung die Gesellschaft recht kritisch wahrnehmen und den Wunsch nach Veränderung äußern (siehe Grafik). Die Da-

ten belegen auch, dass mehr als drei Viertel der Deutschen eben nicht dominierend gleichgültig oder Ich-bezogen eingestellt sind. Etwa 40 Prozent von ihnen erklären die Bereitschaft zu persönlichem (hier: politischem) Engagement unter der Bedingung allerdings, dass Erfolgsaussichten dieses Handelns erkennbar sind.

Die der folgenden Grafik zugrunde liegenden Aussagen zeigen, dass zwischen 40 und 70 Prozent der Wahlberechtigten Deutschlands verschiedenen öffentlichkeitsbezogenen politischen Handlungsformen durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Die so genannten „konventionellen“ Aktivitäten (Unterschriftensammlung, Bürgerinitiative) erhalten einen hohen Zuspruch; von über 30 Prozent der Wahlberechtigten werden aber auch „Demonstrationen“ oder „Boycotte“ ins Auge gefasst.



QUELLE: ALLBUS 2000, EIGENE BERECHNUNGEN

Ein weiteres Feld der sozialen und politischen Aktivität ist im so genannten bürgerschaftlichen Engagement vieler Menschen zu sehen.

Wie der Bericht der Enquête-Kommission der Bundesregierung (Oktober 2001) ausführt, sind in Vereinen, Verbänden, Interessengruppen oder anderen sozialen bzw. kulturellen Zusammenschlüssen rund 41 Mio Deutsche vertreten, von denen etwa 17 Mio ehrenamtliche Arbeit leisten. Von einem dauerhaften Engagement im zivilgesellschaftlichen Sektor kann bei 34 Prozent der über 14-Jährigen gesprochen werden (ENQUÊTE 2002: 42, 46).

Es scheint also gute Gründe gegen das mitunter in Debatten verwendete Argument zu geben, die Mehrzahl der Menschen würde im Kontext moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften gleichsam mit Notwendigkeit passiver oder egoistischer (vgl. BECK 1997). Auch für die im Zuge der Individualisierungsdiskussion formulierte Annahme, dass die Orientierung auf Selbstbestimmung einen verstärkten Rückzug ins Private bedeutet, der mit Gleichgültigkeit gegenüber Gerechtigkeitsaspekten und Forderungen nach sozialer Sicherheit einhergeht, finden sich keine überzeugenden Belege.

Tabelle 23.

Bewertung von Aspekten sozialer Gerechtigkeit und von Zukunftstrends durch Menschen mit erlebter Selbstbestimmung und Wunsch nach mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten			
(Sehr starke Zustimmung: Wert 1 auf 4er Skala, Angaben in %, gerundet.)	Gesamtbevölkerung	Davon Gruppe:	Davon Gruppe:
Aussage: „Zu sozialer Gerechtigkeit gehört für mich unbedingt...“		Wünsche mir mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten	Lebe recht selbstbestimmt
Öffentliche Diskussion sozialer Fragen	38	56	41
Wirkliche Durchsetzung des Leistungsprinzips	28	47	31
Finanzielle Umverteilung für sozial Schwache	21	33	22
Orientierung an sozial Schwachen.	19	27	21
Aussage: „Ich bin für diese Zukunftsentwicklung, weil sie große Chancen für viele bietet.“			
Einführung einer „Sozialen Grundsicherung“	56	64	60
Internet für alle	47	54	50
Schaffung eines „Gemeinnützigen Sektors für soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben“	46	61	51
Flexibilisierung der Arbeitszeit.	41	51	46

QUELLE: CHRAPA/WITTICH 2001.

Aktuelle empirische Daten (siehe Tabelle 23) sprechen eher für das Gegenteil: Menschen mit reflektierter Selbstbestimmtheit (hier die Gruppe: „*Lebe recht selbstbestimmt*“) wenden sich der Gerechtigkeit zu und nicht von ihr ab; sie sehen wichtige Gerechtigkeitsaspekte in öffentlicher Diskussion zu sozialen Fragen, in Umverteilungen und Orientierungen zugunsten sozial Schwacher.

Diese Personen betrachten die „*Soziale Grundsicherung*“, den „*Gemeinnützigen Sektor (für kulturelle, ökologische und soziale Tätigkeiten)*“ oder die „*Flexibilisierung von Lebensarbeitszeit*“ als wichtige Zukunftstrends. Bemerkenswert ist ferner: Menschen, die sich persönlich ein Mehr als Selbstbestimmtheit *wünschen*, betonen die benannten Aspekte noch weit stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt (Siehe Tabelle 23, Spalte 2).

Tabelle 24

Lebenseinstellungen ostdeutscher Eltern und Selbstbestimmtheitsreflexion		
	Gesamtbevölker.	Davon Gruppe: Lebe recht selbstbestimmt
Das ist für mich sehr wichtig und wichtig:		
Immer für meine Kinder da zu sein	97	94
In harmonischer Familie/Partnerschaft zu leben	94	95
Gute Freunde zu haben	92	95
Mich fit zu halten, gesund zu leben	79	84
Anderen Menschen zu helfen	78	82
Etwas für den Umweltschutz zu tun	74	80
Mich zu politischen Problemen zu informieren	46	54
Mich für Veränderungen der Gesellschaft einzusetzen	45	52
Eine berufliche Karriere zu machen	45	56
Kultur (Konzerte, Theater...) zu erleben	36	38
Sport zu treiben	39	50
Mich oft meinem Hobby widmen zu können	45	59
Viel erleben, viel reisen, Abenteuer	37	49
Viele Bekannte zu haben	39	43
Mein Leben (in vollen Zügen) zu genießen.	38	48

QUELLE: CHRAPA 21

Es kann der Schluss gezogen werden, dass für große Teile der Deutschen Selbstbestimmung und soziale Sicherheit keinesfalls ein Ausschließungsverhältnis bilden, sondern sich in Bedürfnis und Praxis durchaus ergänzen.

Eine weitere wichtige Überlegung besteht darin, der Frage nachzugehen, auf welche Bereiche des Handelns sich das Streben nach Selbstbestimmung richten kann. Auch in diesem Zusammenhang wird mitunter die Auffassung vertreten, freiheitlich selbstbewusstes Agieren würde vorrangig oder gar ausschließlich rein „privaten“ Zielen entsprechen. Wie die Realität zeigt, ist das Verhältnis von Selbstbestimmtheit und Handlungsorientierungen vielgestaltig und keinesfalls eindimensional „egozentriert“ zu bewerten (Siehe Tabelle 24). Selbstbestimmt agierende Personen wenden sich durchaus verstärkt persönlichen Zielen zu (Erlebnisse, Genuss, Bekanntschaften, Fitness) aber sie sind gleichzeitig auch auf gesellschaftlichen und politischen Feldern überdurchschnittlich engagiert (Hilfe für andere, Umweltschutz, politische Information und Betätigung).

Kollektives politisches und soziales Handeln von Akteuren entsteht nicht im Selbstlauf.

Hemmende Faktoren

Der Blick auf die Realität zeigt aber auch, dass sich die Herausbildung und Realisierung von Handlungsschritten stets in einem Spannungsfeld von fördernden und blockierenden Faktoren befindet. Bei letzterem fallen insbesondere drei Problemlagen ins Gewicht:

Trittbrettfahrer: „Obwohl alle Mitglieder der Gruppe ein gemeinsames Interesse haben, diesen kollektiven Vorteil zu erlangen, haben sie doch kein Interesse daran, die Kosten für die Beschaffung dieses Kollektivguts zu tragen. Jeder würde es vorziehen, die anderen die gesamten Kosten tragen zu lassen und würde normalerweise jeden erreichten Vorteil mitgenießen, gleichgültig, ob er einen Teil der Kosten getragen hat oder nicht.“

OLSON 1968: 20.

Erstens sind Akteure in den modernen hochkomplexen Gesellschaften durch eine breite Vielfalt von Bindungen und Interessenlagen gekennzeichnet. Das Agieren in den verschiedenen Rollenbezügen ist oft widersprüchlich und kann eindeutig gerichtetes Handeln beachtlich erschweren. So erlebt der für den Umweltschutz engagierte Arbeitnehmer einen Interessenkonflikt, wenn sein Betrieb aufgrund

von ökologischen Restriktionen verkleinert werden muss. Menschen, die sich für Umverteilungen zugunsten unterentwickelter Länder en-

gagieren, befinden sich selbst in einer vergleichbar privilegierten Position und stellen gleichsam das eigene Wohlstandsniveau infrage usw.

Handlungshemmend wirken *zweitens* nicht selten die oft schwer abschätzbaren Erfolgsaussichten für angezielte Aktivitäten: Dies verknüpft sich mit den allgemeinen Dilemmata-Situationen des kollektiven Handelns. Der dabei wirkende Widerspruch besteht vor allem darin, dass kollektives Handeln (z. B. breite Aktionen, Demonstrationen) in der Regel auf die Erlangung eines „öffentlichen Gutes“ (z. B. veränderte Gesetzgebung) zielt, welches nicht teilbar ist und von dessen Gebrauch niemand ausschließbar ist, so dass es dem Einzelnen „kostengünstiger“ erscheinen kann, abzuwarten, bis andere dieses Gut geschaffen haben. Auf diese Weise wird in vielen Fällen Handeln bereits vor einer „Startphase“ blockiert.

Partiell widersprüchliche Interessenlagen und Abstimmungsprobleme zwischen den Akteuren bilden *drittens* gewichtige Erschwernisse für ihr Zusammenwirken. Die Herangehensweise von spontanen Bürgerinitiativen an eine Thematik kann sich von der in Gewerkschaften oder in Vereinen praktizierten deutlich unterscheiden. Gemeinsame Aktionen über einen längeren Zeitraum sind wie die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen in den 1990er Jahren belegt oftmals sehr schwierig zu realisieren.

Das kollektive Handeln von Akteuren erfolgt also keineswegs automatisch, sondern hängt vom Zusammenwirken mehrerer begünstigender Faktoren ab (vgl. ESSER 2000). Dazu zählen:

Begünstigende Faktoren

- Durch Alltagserfahrungen und Werte gestützte *starke Interessen* der Beteiligten an besonderen Handlungen (z. B. erlebte Benachteiligung, aktuelle Gesellschaftskonflikte);
- gemeinsame *Situationsdeutungen* in enger Wechselwirkung mit den Themen und Debatten der *öffentlichen Meinungsbildung* (z. B. entstehende Antikriegs-Stimmung und mögliche Demonstrationen);
- (subjektive) *Legitimierung* des möglichen Handelns (so z. B. das Gefühl, „im Recht zu sein“, dies in Verbindung mit der Einschätzung, dass etwaige Kontrahenten keine Rechtfertigung für ihre Positionen haben);
- *Aussicht auf Erfolg* in Form von voraussehbaren Aktionsresultaten (z. B. starke Beteiligung an einer Volksabstimmung, wenn damit eine klare, nahe liegende Entscheidung herbeigeführt werden kann);

- Unterstützung gegebener Handlungsbereitschaft durch ein *besonderes mikrosoziales Klima im Kreis der Akteure*, vor allem in der Startphase, so das Auslösen von Handlungen in relativ kleinen, überschaubaren Gruppen, in denen das Verhalten des Einzelnen beobachtet und durch Zuwendung „belohnt“ werden kann und in denen eine eigene Gruppenmoral und/oder charismatische Einzelpersönlichkeiten gegeben sind.

Beobachtungen während der Flutkatastrophe im Ostdeutschland im Sommer 2002 unterstreichen, dass die von vielen überrascht zu Kenntnis genommene spontane Solidarität, auch in Form schnellen praktischen Handelns (Arbeitseinsätze, Betreuung u. v. a.), durchaus mit den o. g. Handlungsfaktoren korrespondiert. Möglichkeiten, Probleme und Erfahrungen beim Handeln von Personen und Gruppen in vielfältigen Akteurskonstellationen sollen im Folgenden anhand einiger weiterer konkreter Beispiele beleuchtet werden.

4.2 Aktionen, Initiativen, Bewegungen: Ansätze und Erfahrungen

Praktische Erfahrungen und deren theoretische Analysen zeigen, dass für strukturelle gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland drei Handlungsrichtungen besonders relevant sind: *Erstens* soziale und ökologische Regionalentwicklung, *zweitens* Bewegungen auf national-staatlicher Ebene, die konkreten Ressourceneinsatz und besondere Institutionen betreffen und *drittens* transnationale Kritik des Neoliberalismus. Dies wird an mehreren, sehr unterschiedlichen Beispielen illustriert. Sie betreffen die kommunale Energieversorgung in Schönau, die Anti-AKW-Bewegung und die Initiativen „Mehr Demokratie!“ bzw. „Menschen für Volksabstimmung“, gewerkschaftliche und kirchliche Initiativen sowie Aktivitäten von „GlobalisierungskritikerInnen“.

Bereits die Reihung offenbart das Kernproblem: Die Auseinandersetzung mit Konzernen, mit deren wirtschafts-, gesellschafts- und politikprägender Rolle sowie die Veränderung bzw. Neuschaffung von Institutionen, um die Interessen und Rechte jener zu schützen und durchzusetzen, deren Leben von den bestehenden Herrschaftsstrukturen beeinträchtigt und oft sogar zerstört wird. Damit ist der Fokus verdeutlicht: Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Hierarchien, welche die höchst unterschiedlichen realen Möglichkei-

ten der Menschen, selbstbestimmt in Würde leben zu können, nach ihrem Geburtsort, ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer körperlichen Verfasstheit und Weltanschauung bestimmen.

Regionalisierung ist die Kehrseite der Globalisierung. Das Agieren von „Global Players“ geht einher mit der Veränderung bzw. Herausbildung von sozialökonomischen Merkmalen und Problemen, die Menschen in konkreten Territorien betreffen, teilen oder verbinden. Dabei nimmt die Bedeutung des Raumes für sozial-ökonomische Veränderungen und Politik zu und kann zugleich auf die sektorale Dimension aktiv einwirken: Neue Produktionsstrukturen erfordern vielfach zum einen die räumliche Integration solcher Prozesse wie Forschung, Entwicklung, Erprobung, Produktion und damit Zulieferung. Dies ist wesentlich für den ökonomischen Einsatz von Ressourcen. Zum anderen gehen neue Produktionsstrukturen mit der Zerstörung räumlicher Einheiten einher, wobei Forschung, Entwicklung, Erprobung und Produktion auseinander gerissen werden. Verkehrsumsätze, ökologische Belastungen, Ressourcenverschwendung und globale Probleme wachsen an. Politik als Unterstützerin bzw. Organisatorin von wirtschaftlichen Vernetzungen, Bereitstellung und Kombination „harter“ und „weicher“ Standortfaktoren dient der Konkurrenzfähigkeit von Akteuren auf den Weltmärkten. Regionen, die kein Standort derartiger Akteure oder deren Partner sind, bleiben oft zurück.

Bewegungen auf regionaler Ebene

Die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union setzt auf die Mobilisierung regionaler Ressourcen für Problemlösungen und ist zugleich an Globalisierungsgewinnen ausgerichtet: Sie will einerseits sozialen Sprengstoff entschärfen und andererseits die Gesellschaft durchkommerzialisieren. Sie trägt Umbrüchen in den Produktivkräften Rechnung und orientiert auf regionale Teilnahme an globaler Konkurrenz. Sie delegiert Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge an Regionen und Kommunen. Soziale Ausgrenzung und Armut gelten überwiegend als regionales Problem, ohne dass für dessen Lösung Bedingungen und Ressourcen bereitgestellt werden. Das fördert Demokratieabbau und Repression und spitzt soziale Nöte zu. Zugleich aber sind in diesen Widersprüchen Ansatzpunkte für positive Veränderungen zu finden, denn Menschen können gemeinsam Leitbilder für ihr zukünftiges Leben in ihrer Region entwickeln, Ressourcen mobilisieren und zur Milderung sozialer und ökologischer Probleme einsetzen. Sie können ausnutzen, dass Konzerne „hochqualifiziertes Humankapital“ und Standorte mit ökologi-

schen Qualitäten sowie konkreter Infrastruktur brauchen. Sie können Entwicklungen in Regionen organisieren, die Konzerninteressen und neoliberaler Globalisierung widersprechen und diese sogar verändern helfen. Die Voraussetzung dafür ist, dass soziale und ökologische Regionalentwicklung als lokaler und regionaler Kampf um gesellschaftliche Reformalternativen geführt wird. Dies bedarf solidarischer Kooperation mit Gleichgesinnten in anderen Regionen sowie mit emanzipatorischen Bewegungen in Deutschland, in der Europäischen Union, in Europa und weltweit.

┌ *Orientierung auf Akteure heißt, in der Politik Bezug zu*
└ *„sozialen Räumen“ herzustellen.*

Ein Beispiel verdeutlicht diesen Zusammenhang: Die Energiewirtschaft ist wichtigste Verursacherin von Kohlendioxidemissionen und belastet die natürliche Umwelt mit anderen klimarelevanten Schadstoffen. Ihre zentralistischen Monopolstrukturen bestimmen weitgehend das Profil und die Funktionsweise der Wirtschaft, das gesellschaftliche Leben, die herrschende Politik und Regierungshandeln. Energiekonzerne sind wesentliche Akteure neoliberaler Globalisierung. Und doch zeigt das Beispiel der kleinen Gemeinde Schönau, dass sie nicht allmächtig sind.

Das Beispiel Schönau

Mitte der 1980er Jahre bildete sich in Schönau eine Bürgerinitiative, die über die Organisation kommunaler Energieversorgung einen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomenergie und zur Einleitung einer solaren Energiewende leisten wollte. 1988 begannen dort Stromsparwettbewerbe. Die Initiative reaktivierte Wasserkraft-, finanzierte Blockheizkraftwerke und errichtete eine Biogasanlage. 1990 bot der regionale Energieversorger, die Kraftübertragungswerke Rheinfeld AG (KWR), der Stadt Schönau an, künftig 25.000 DM mehr Konzessionsabgaben zu zahlen, wenn der Vertrag, der 1994 auslaufen sollte, in einen mit 20jähriger Laufzeit umgewandelt würde. Damit wäre eine kommunale ökologische Energieversorgung unmöglich geworden. Geboren wurde die Idee, für die höhere Konzessionsabgabe zu verhandeln und gleichzeitig ein Energieversorgungsunternehmen aufzubauen, das ab 1994 als Mitbewerber um das Schönauer Stromnetz auftreten und die Stromversorgung in Eigenenergie übernehmen sollte. So entstand die Netzkauf Schönau GbR und die Suche nach Gesellschafter, die binnen vier Jahren 100.000 DM Risikokapital an die Stadt zahlen, wurde gestartet. Es fanden sich 280 Leute. Dennoch entschied die Stadt für den

schied die Stadt für den neuen Vertrag mit den KWR. Die Bürgerinitiative führte einen Bürgerentscheid herbei, den sie gewann.

Für die Übernahme des lokalen Stromnetzes mussten vom bisherigen Netzbetreiber die örtlichen Energieverteilungsanlagen gekauft werden. Dafür wurden bundesweite Beteiligungskonten eingerichtet. Das Non-Profit-Projekt Gemeinschaftsbank eG GLS Bochum richtete einen Fonds für Schönau ein, dessen Zeichnung 4,2 Mio. DM Eigenkapital für den NetZRückkauf erbrachte. Anfang 1994 wurden die Elektrizitätswerke Schönau EWS gegründet, Hauptgesellschafter am Netzkauf Beteiligte. Ende 1995 übertrug die Stadt den EWS die Stromkonzession, weshalb die Bürgerinitiative einen neuen Bürgerentscheid einleitete. Die Beteiligten stimmten mehrheitlich für die EWS als neuen städtischen Stromversorger. Dann begannen die Preisverhandlungen mit den KWR, die für den NetZRückkauf einen stark überhöhten Preis forderten.

Am Tschernobyl-Tag 1996 begann die Spendenaktion ATOM COUNT DOWN, die im September durch die bundesweite Kampagne „Ich bin ein Störfall“ Unterstützung erhielt. Mitarbeiter der bekannten Frankfurter Werbeagentur DMB&B mobilisierten zur Deckung der Schuld für den Netzkauf. Die KWR wurden überführt, zu viel Geld für erbrachte Leistungen veranschlagt zu haben und nannten unter dem Druck der Störfall-Kampagne letztendlich einen begründeten Preis. Die Netzübergabe wurde zum 1.6.1997 möglich, das Landwirtschaftsministerium genehmigte den EWS die Stromversorgung der Stadt Schönau. Für den Netzkauf wurden 2 Mio. DM Spenden eingesetzt. (PONTENAGEL 1998: 104-106) Einkünfte aus dem Verkauf „grünen Stromes“ werden heute zur Finanzierung von Öko-Projekten genutzt, womit auch neue Kundinnen und Kunden geworben wurden bzw. werben. Die Schokoladenfirma Rittersport wurde sicher auch aus Image-Gründen Großabnehmer.

Die Schönauer Initiative hat den Trägern neoliberaler Globalisierung die Stirn geboten. Sie hat die Möglichkeit von Alternativen bewiesen. Sie hat eine bundesweite politische Bewegung für eine demokratischere und umweltgerechte Energiepolitik unterstützt und von dieser wirksame Solidarität erfahren.

Erfolge wurden möglich, weil engagierte Kräfte über bedeutendes kulturelles und soziales Kapital, über eigenes materielles Vermögen und dispo-nible Zeit verfügten. Sie konnten diese Möglichkeiten zur Organisation von Kooperation, von politischem Druck

„Das kulturelle Kapital ist in sich ambivalent: Es ist gleichzeitig Mittel zur Kommunikation als auch zur Herrschaft (Kultur vereint und trennt ebenso wie die neuen Kommunikationstechnologien).“

BOURDIEU 2002a: 394

und Solidarität zielgerichtet und effektiv einsetzten. Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Akteure der Alternativökonomie, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Sachkundige in den Verwaltungen auf verschiedenen Ebenen, Werbe- und Medien-Fachleute haben sich gemeinsam mit sensibilisierten Menschen in Umweltinitiativen engagiert, die wiederum andere zur Mitarbeit motivieren konnten. Sie alle partizipierten von Veränderungen im öffentlichen Bewusstsein, gefördert durch die Ereignisse von Tschernobyl. Mehrere der Aktivisten waren am Zustandekommen des Gesetzes über erneuerbare Energie der rot-grünen Regierungskoalition beteiligt. Es hat im ersten Jahr seiner Gültigkeit zur Verdoppelung der Stromproduktion aus Photo-Voltaik-Anlagen beigetragen.

Die Schönauer Ergebnisse lehren u. a., dass Zielklarheit, innovative Ideen und schlüssige Konzepte, Ringen um Sensibilisierung von Menschen und um Kooperation Voraussetzungen für Erfolg sind. Ihre Kombination sorgte für Aufbruchstimmung, Ideenreichtum, für Optimismus und Selbstvertrauen als Bedingungen für langjährige Projektarbeit.

Für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, für die Verallgemeinerung plebiszitärer Demokratie auf allen Verwaltungsebenen und für die Schaffung von Institutionen sozialer und ökologischer Regionalentwicklung bedarf es Veränderungen, wofür aus den Kommunen oder Regionen politischer Druck entwickelt werden kann und muss. Erfolg setzt bundesweite Kooperation voraus. Schönau hat bewiesen:

Es ist also möglich, in einzelnen Kommunen politische und ökonomische Prozesse auszulösen, die sowohl für die Akteure selbst als auch für den Beginn gesellschaftlicher Reformalternativen wichtig sind. Wesentlich dafür ist, dass die Kommunalpolitik darauf zielt, Regionen demokratisch, sozial und ökologisch zu gestalten und die Regionalentwicklung nicht vorwiegend von Konzerninteressen abzuleiten. Formen direkter Demokratie bieten dafür Chancen.

Bewegungen auf nationalstaatlicher Ebene

Gesetze über den Achtsturentag und zum Wahlrecht für Frauen sind Beispiele für demokratische Reformen in westeuropäischen Gesellschaften. Sie waren Ergebnisse emanzipatorischer Kämpfe, Höhepunkte der Arbeiter- und Frauenbewegung. Deren Akteure haben sich ver-

ändert, neue sind entstanden. Heute ist ein vielfältiges Spektrum von Akteuren zu betrachten. Wichtig für ihren Erfolg ist, ob und wie sie Institutionen nötigen, nutzen oder schaffen können, um regulierend in die Globalisierung einzugreifen, Konzernübermacht zu mindern und womöglich zu brechen.

In diesem Akteursspektrum sind „traditionelle“ und „neue“ Akteure auszumachen. *Traditionelle Akteure* sind Organisationen und Institutionen des Staates, „der Wirtschaft“, der Gerichtsbarkeit, der bewaffneten Kräfte, der bürgerlichen Demokratie, der Medien: Unternehmerverbände, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Parlamente oder Verwaltungen. Überall – wenn auch unterschiedlich stark und aus verschiedenen Gründen – wirken Individuen und Gruppen von Persönlichkeiten mit emanzipatorischen Ansprüchen und sind positive Evolutionspotenziale ausschöpfbar, deren Nutzung vor allem eine Frage des aufgeklärten öffentlichen Bewusstseins ist. Dies trifft in noch stärkerem Maße auf die so genannten *neuen Akteure* zu. Das sind vor allem Initiativen und Netzwerke von Individuen, Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGO), die vielfach in den traditionellen Akteuren allein nur wenig Chancen bzw. keinerlei Gewähr für die Lösung menschheitlicher Existenzfragen sehen. In deren Verhalten sehen sie oft eher Grenzen für die eigene souveräne Lebensführung und ein solidarisches Miteinander, für eine gesicherte Zukunft ihrer Kinder. Neue Akteure setzen auf Selbstorganisation der Betroffenen und darauf, dass sie sich solchen gesellschaftlichen Strukturen widersetzen, die ihrer Selbstbestimmtheit, der Solidarität und der Verantwortung im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen entgegenstehen. Die neuen Akteure sind vielfach aus konkreten gesellschaftlichen Konflikten erwachsen. Sie entstanden in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen, die nicht auf Klassenbeziehungen reduzierbar sind, so z. B. aus der Friedens-, Umwelt- oder feministischen Bewegung.

In diesen Auseinandersetzungen sind auch Parteien des linken Spektrums gefordert. Als Parteien sind sie den traditionellen Akteuren zugehörig. Sie ringen um gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Konzepte und Politik, um parlamentarische Stärke und um Macht im Verhältnis zu den Verwaltungen und in ihnen. Sie nehmen teil am Parteienwettbewerb. Als kultureller Raum für selbstbestimmtes und solidarisches Miteinander, als freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die als Individuen – wenn auch noch viel zu wenig zu

**„Traditionelle“
und neue Akteure**

**Anforderungen
an moderne
Linksparteien**

neuen Akteuren zählen, und oftmals als politische Partnerin im Alltag dieser Akteure können sozialistische Parteien zu einer neuartigen Organisationsform werden. Gelingt dies nicht, hat eine wirklich emanzipativ orientierte Partei kaum eine Zukunft.

Ein interessantes Beispiel für die widersprüchliche Wechselwirkung neuer sozialer Akteure (Umweltbewegung), des Staates, traditioneller Kräfte (Lohnarbeiter), der „Wissensarbeiter“ und des Konzernmanagements ist die Entwicklung des besonders umweltfreundlichen Pkw „Prius“:

Anstöße für die Entwicklung des Hybridfahrzeugs „Prius“ bei Toyota

Der „Prius“ wird als erster marktfähiger Hybrid-Pkw (Verbindung von Verbrennungsmotor und Elektroantrieb) seit 1997 in Serie produziert.

Externer gesellschaftlicher Anstoß:

Umweltbewegung.

Externer politisch-administrativer Anstoß

Begrenzung der zugelassenen Abgasemission durch Gesetz seit 1989.

Interne Motivation von „unten“

Angst in fertigungstechnologischen Abteilungen und in der Endmontage vor der Entwertung der eigenen, auf den Verbrennungsmotor und das Getriebe konzentrierten Kompetenzen durch Bezug des E-Motors von außen als antriebstechnologisches Zentrum.

Interne Motivation aus der „Mitte“

Die in der Entwicklung Tätigen sahen in der umweltfreundlichen „Innovation Hybridfahrzeug“ eine berufliche Herausforderung.

Interne Motivation von „oben“:

Der Vorstand entschied unter dem Druck verschärfter Konkurrenz und von notwendiger Risikostreuung, die mehrere Entwicklungsoptionen erzwingt, unter dem Druck, ein Umweltimage vorweisen zu müssen und mit Blick auf unternehmensinternes Drängen die Bildung einer horizontalen Projektgruppe für die Entwicklung des „Prius“ bei Halbierung des Kraftstoffverbrauchs pro Entfernungseinheit.

ENNO BERND/ANDRÉ METZNER 2000

Die große Herausforderung für eine moderne linke Partei besteht darin, zu helfen, dass die emanzipatorischen Potenziale sowohl traditioneller als auch neuer Akteure gestärkt und wirksamer werden.

Eine elementare Anforderung an linke Parteien ist, sich als Partnerin für demokratische und soziale Akteure unterschiedlichster Art zu bewähren, deren Handeln zu unterstützen, ihren Sorgen und Forderungen parlamentarischen Ausdruck zu verleihen, ihnen vor Ort Rückhalt in schwierigen Zeiten zu geben und dem Versanden von progressiven Ansätzen im Alltagstrott entgegenzuwirken. Zu ihren Aufgaben gehört es, in das gegenwärtig Machbare weiterreichende Zielvorstellungen hineinzuholen. Denn stets sind Aufbrüche gefährdet. Beispiele dafür sind u.a. die Schwächung der intellektuellen feministischen Bewegung in Westdeutschland, nachdem ihre Aktivistinnen Karriere gemacht hatten, der Zusammenbruch der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative vor allem infolge massenhafter Betriebsschließungen; die Selbstbeschränkung von Projekten alternativer Arbeits- und Lebensweisen auf ein Verbleiben in Nischen, die Absenkung sozialer Standards als Reaktion auf Forderungen Behinderter nach Teilnahme an der Erwerbsarbeit.

Beispiel Ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalräten

Dass es, gemessen an den sozialen Problemen in Ostdeutschland, seit dem DDR-Anschluss wenig sozialen Widerstand gab, ist zwar primär in der Geschichte der DDR begründet, aber nicht zuletzt auch in der Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Die ostdeutsche Betriebs- und Personalräte-Initiative war sowohl Kritik an dieser Gewerkschaftspolitik als auch Erfahrung für emanzipatorische Bewegung.

1991 begann der Berliner SPD-Landes- und Fraktionschef Walter Momper, Diskussionsrunden mit Betriebsräten durchzuführen. 20-25 Betriebsräte trafen sich regelmäßig. Anfang 1992 kamen sechs Betriebsräte außerhalb dieser Runde zusammen und riefen auf zur Gründung der Berliner Betriebsräteinitiative, die gegen Massenentlassungen mobil machen sollte und schnell auf ca. 40 Betriebs- und Personalräte anwuchs.

Ende April 1992 fand in Rostock eine Betriebsräte-Konferenz statt, wo die Idee einer ostdeutschen Betriebsrätekonferenz geboren wurde. Sie fand bereits am 20.6.1992 in Berlin statt. 122 Delegierte von 70 Betrieben und Institutionen, 64 aus dem Osten und 6 aus dem Westen, vertraten

insgesamt 107.000 Beschäftigte. Außerdem erschienen 50 Gewerkschafter/innen, die zumeist auch Funktionen in ihren Verbänden innehatten. Ohne offizielle Unterstützung der IG Metall fand im Juli 1992 eine Großaktion vor der Treuhandanstalt gegen Arbeitsplatz-, Kultur- (und Natur)Zerstörung statt. Auch vom zweiten Aktionstag am 9.9.1992 distanzierte sich die IG Metall-Führung. Der DGB weigerte sich, gemeinsam mit den ostdeutschen Betriebs- und Personalräten eine zweite Konferenz zu veranstalten. Um diese zu verhindern, begannen er und einige Einzelgewerkschaften nun, regionale Betriebsrätekonferenzen durchzuführen. Ihr Konzept ging nicht auf. Während der zweiten Konferenz wurde harte Kritik am Wirtschaftssystem und an der herrschenden Wirtschaftspolitik geübt. Ihr folgte ein dritter Aktionstag. Die Aktivisten wurden von den Gewerkschaftszentralen aus beschuldigt, eine ostdeutsche Gewerkschaft gründen zu wollen, was zu keinem Zeitpunkt die Absicht war. Aber, wo basisdemokratisch Aktionen durchgeführt wurden – beim BELFA- und Finsterwalder Autokorso, bei der Flughafenbesetzung in Dresden sowie bei den Betriebsbesetzungen in Hennigsdorf, Premnitz und Bischofferode – gab es immer dezentrale gewerkschaftliche Unterstützung.

Dennoch war auf der dritten Konferenz der ostdeutschen Betriebs- und Personalräteinitiative im Frühjahr 1993 die Beteiligung wesentlich schwächer: Das fortschreitende Niederreißen, die „Filettierung“, Ausgliederung und „Verschlankung“ der Betriebe bewirkte ein Schwinden kämpfender Belegschaften. Nach der Konferenz galt vorrangige Unterstützung den kämpfenden Belegschaften von BELFA und Bischofferode. Der politische Kampf von Gewerkschaftszentralen gegen die Initiative nahm weiter zu, als die Kalikumpel Gregor Gysi zum Anwalt ihres Vertrauens machten. Der „wachsende Einfluss der PDS“ beunruhigte mehr als die Vernichtung (ostdeutscher) Arbeitsplätze.

In Thüringen entstand ein Betriebsrätebündnis, das unter dem Motto „Thüringen brennt“ um Arbeitsplätze kämpfte und Solidarität für Bischofferode mehrte sowie die Diensttagsaktionen „Fünf vor Zwölf“ organisierte.

Die PDS ging tatsächlich aus den Auseinandersetzungen um Arbeitsplätze in Ostdeutschland und insbesondere in BELFA und Bischofferode gestärkt hervor. Insbesondere Gregor Gysi gewann an Popularität, vier Stützen der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative waren mit Mandat der PDS im 13. Deutschen Bundestag vertreten.

DELLHEIM 1994: 108-114

Eine kleine Gruppe von Menschen hatte zustande gebracht, was die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften hätten tun müssen. Das gelang, weil sie die Alltagsorgen von zahlreichen Menschen, ostdeutsche Sozialisierung und die Mobilisierung gegen den

gemeinsamen Gegner Treuhandanstalt zur Bündelung von Interessen produktiv machen konnten. In ihren Kämpfen profitierten sie von den Potenzen einer linken Partei, die hier selbst Akteurin im Ringen um Arbeitsplätze war und deren Unterstützung sie honorierten. Leider bekämpften die Gewerkschaftszentralen eine branchen- und länderübergreifende, selbständig und basisdemokratisch arbeitende Betriebsräteinitiative, deren Mitglieder alle zugleich Mitglieder von DGB-Einzelgewerkschaften waren.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken erlebte zu keinem Zeitpunkt eine vergleichbare Aggressivität. Sie ist ein länger angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Seine Vorgeschichte ist die ca. einjährige Debatte in verschiedenen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „espress“. Die Diskussion mündete 1999 in ein erstes bundesweites Treffen, dem mehrere folgten. Das Profil der Initiative bietet die Chance, für eine branchen- und länderübergreifende Solidarisierung erwerbstätiger und erwerbsloser Frauen und Männer unterschiedlicher Nationalität einzutreten. Diese Solidarisierung im genannten Sinne als Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Politik wäre ein wichtiger Beitrag zur Neubestimmung gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Auf dem Wege dorthin müssten gegenwärtig zwei Tendenzen Alternativen entgegengesetzt werden: *Zum einen* gewerkschaftlicher Hinnahme einer weiteren Öffnung der SPD gegenüber dem Neoliberalismus, *zum anderen* damit verbundener zunehmender Ausgrenzung und Konkurrenz. Diese Probleme werden zugespitzt, weil Menschen unter dem Druck der Flexibilisierung ein Handeln im gemeinsamen Interesse oftmals als sinnlos empfinden, weil das eigene individuelle Fortkommen als Bedingung beruflichen Überlebens gilt. Die nach unten hin Ausgegrenzten Arbeitslose, Asylbewerberinnen und -bewerber, prekär Beschäftigte organisieren sich kaum, die nach oben hin Erfolgreichen oft ebenso nicht. Die einen sind gesellschaftlich isoliert und vielfach demoralisiert, die anderen sehen sich nicht als organisationsbedürftig. Gewerkschaften betrachten im allgemeinen weder die einen noch die anderen als „ihre Leute“. Beide Gruppe hegen Desinteresse oder Misstrauen gegenüber betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften.

Gefährliche Tendenzen

Gewerkschaftliche Initiativen können den Gedanken der Solidarität unter den Lohnabhängigen auf Ausgegrenzte und Nichtorganisierte ausweiten und dies zum Ausgangs-

punkt für ein weiter gespanntes Selbstverständnis von Gewerkschaften machen. Dies gehört zu den Bedingungen für die notwendige Selbstveränderung von Gewerkschaften und verbessert ihre Kooperationsfähigkeit mit den neuen Akteuren.

**Anti-AKW-Bewegung.
Alternative Grund-
erfahrungen**

In der alten Bundesrepublik waren es vor allem neue Akteure, die in ihrem konkreten sozialen und politischen Umfeld die gesellschaftlichen Verhältnisse am wirksamsten kritisierten. Ein auch mit der Geschichte der GRÜNEN verbundenes Symbol ist die „Anti-AKW-Bewegung“.

Beispiel Anti-AKW-Bewegung

1967 hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, sich für einen steigenden Anteil der Atomenergie an der Deckung des Energiebedarfs einzusetzen. Im gleichen Jahr regte sich erster Widerstand dagegen. 1972/73 gab es Proteste gegen den Bau des AKW in Breisach. 65.000 Menschen hatten Einwendungen erhoben. 1973 wurde der Standort Wyhl bekannt gegeben. 90.000 Unterschriften, Massendemonstrationen und Bauplatzbesetzungen verhinderten das AKW. In Bremen machten sich 1974/75 eine Gruppe von Hochschullehrern/innen, Mitarbeitern/innen und Studierenden an der Universität und die Projektgruppe SAIU (Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser) an die Arbeit, um strategische Vorschläge für eine Energiewende zu erarbeiten. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Anwältinnen und Anwälte, die die Bürgerinitiative unterstützten, bildeten 1977 das Öko-Institut Freiburg.

Im Winter und Frühjahr 1975 und 1976 wurden nacheinander drei Standorte ausgewählt, die für eine Wiederaufbereitungsanlage und ein damit verbundenes Endlager in Erwägung gezogen wurden. Überall bildeten sich Basisinitiativen, die Vorarbeiten verhinderten.

Im Herbst 1976 wurden die Vorbereitungen für den Bau des AKW Brokdorf forciert. Bis zu 45.000 demonstrierten gegen die AKW und die brutalen Polizeieinsätze gegen Demonstrierende. Am 19.2.1977 demonstrierten 20.000 in Brokdorf und 25.000 in Itzehoe gegen AKW-Pläne und den Umgang mit Protest, am 5.9.1977 50.000 in Kalkar gegen den Schnellen Brüter.

Später hat das BfV Polizeiaktionen wie in Kalkar für verfassungswidrig erklärt. Forderungen von Betroffenen nach Risiko-Analysen und -schutz wurden zunehmend gerichtlich stattgegeben.

Im Oktober 1979 waren 150.000 Demonstranten in Bonn gegen die herrschende Energiepolitik auf den Straßen, am 28.2.1981 100.000 in Brokdorf gegen den AKW-Bau. Erneutes brutales Vorgehen der Polizei in Brokdorf veranlasste einige Polizistinnen und Polizisten, am 30.6. das „Hamburger Signal“, eine Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten, zu gründen. 1988 erzwangen Proteste und Gerichtsentscheidungen die Stilllegung des RWE-Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich.

Der Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf war 1989 erfolgreich und brachte die Planungen für die gesamte Bundesrepublik Deutschland durcheinander.

ANTIATOMBUCH, HOMEPAGE [HTTP://WWW.COMLINK.APC.ORG/](http://www.comlink.apc.org/)

Die Anti-AKW-Bewegung entstand in zeitlicher Anknüpfung an die „68er-Bewegung“. Jeweiliger Ausgangspunkt waren die individuelle und kollektive Betroffenheit vor Ort. So wuchs die Bewegung von unten nach oben, war lokal und regional stark verankert. Das Verlangen, über die eigene Gesundheit und Lebenswelt bestimmen zu können, Ängste insbesondere um die eigenen Kinder und teilweise prinzipielle Gesellschaftskritik förderten solidarisches Miteinander gegen Gefahren, die „von oben“ und von „der Wirtschaft“ drohten. Wer bei den Demonstrationen und Blockaden in Lüchow-Dannenberg und Gorleben dabei war, weiß von widerständischer Kultur und Solidarität örtlicher Bevölkerung mit AKW-Gegnerinnen und Gegnern.

Die regionalen Akteure nutzten von Beginn an rechtliche Mittel. Ihre Prozesse und Protestaktionen beeinflussten den Umgang mit Rechtsformen und wirkten politisch aufklärend. Nicht die Sekten und Spinner waren auf der Straße, sondern „die normale Nachbarin“, „unser Bäcker“, „der Lehrer“. Die schnelle Aneignung fachlichen Wissens stärkte das individuelle Selbstbewusstsein und die Kooperationsfähigkeit der Beteiligten. Solidarität seitens Juristinnen und Juristen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Technikerinnen und Techniker, Polizistinnen und Polizisten ließ die Bewegung anwachsen.

Individuelle und kollektive Erfahrungen, Informationen über Gefahren und alternative Konzepte, Wut über brutale Polizeieinsätze, Freude über Detailerfolge haben manche Hemmschwelle gegen die

Teilnahme an Protest abgebaut und trugen zu Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein bei. Die regionale Streuung der Standorte von AKW und Atommüll-Lagerstätten sowie die dauerhafte Thematisierung des Problems verbreiterten das Problembewusstsein ebenfalls.

Die Anti-AKW-Bewegung zeigt, wie das engagierte Handeln einer Gruppe das Verhalten und die Aktivität anderer Gruppen verändern kann. Zur Hilfe der Anti-AKW-Aktivistinnen und -Aktivisten ist in Lüchow-Dannenberg und anderswo eine Kultur des solidarischen Miteinander entstanden, welche die Lebensweise der Handelnden, ihrer Kinder und Familien verändert. Dieser Prozess wirkt positiv zurück auf das geistig-kulturelle Klima in der Gesellschaft. Er begünstigt Nachdenklichkeit, Toleranz und Zivilcourage.

Demokratisierung

Die Anti-AKW-Bewegung verkörpert im Grunde einen Kampf zur Veränderung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Es wurde schwieriger, Teilnehmer an dieser Bewegung mit Repressionen zu überziehen. Die Bewegung eroberte sich die Beachtung durch die Medien, die für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung wesentlich sind. Das macht deutlich, dass Kämpfe um emanzipative Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen mit dem Ringen um Demokratisierung verbunden sind. Sie ist der Weg bzw. Inhalt emanzipativer Veränderungen. Demokratisierung bedeutet Stärkung individueller und kollektiver Rechte Betroffener, Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen. „Leben statt gelebt zu werden“ rückt näher.

Für die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren sind eine Reihe von Demokratisierungsprozessen besonders wichtig. Dazu gehören

- die Beendigung der Diskriminierung von Ost- gegenüber Westdeutschen,
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für soziale und ökologische Regionalentwicklung,
- die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten am Arbeitsplatz und im Betrieb,
- die Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten mit dem Lebensmittelpunkt Bundesrepublik und den Deutschen und nicht zuletzt

- die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie und ihre Ergänzung durch plebiszitäre Elemente.

Die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch starke plebiszitäre Elemente ist umso dringlicher, da die Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie zur Mitbestimmung in gesellschaftlichen Angelegenheiten und zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Probleme durch die Öffentlichkeit zunehmend gering geschätzt und auch tatsächlich unzulänglich sind. So wird zumindest potenziell autoritären und antiemanzipatorischen politischen Kräften Einfluss gewährt.

Demokratie von unten

Beispiel „Mehr Demokratie“

„Die Menschen in Deutschland wenden sich von der etablierten Politik ab. Laut Emnid schenkt nur noch jeder zehnte Wähler den beiden Volksparteien großes Vertrauen. Und was noch alarmierender ist: Das Vertrauen in die Demokratie selbst ist drastisch gesunken. Nur noch 28 Prozent der Deutschen vertrauen dieser Staatsform“, erklärt Claudine Nierth, Sprecherin des 81 Verbände umfassenden Bündnisses „Menschen für Volksabstimmung“, zum SPD-Spendenskandal im März 2002 und zur Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat.

HOMEPAGE [HTTP://WWW.MENSCHEN-FÜR-VOLKSABSTIMMUNG.DE](http://www.menschen-für-volksabstimmung.de)

Seit 1947 sind in den Bundesländern insgesamt 131 Volksgesetzgebungsverfahren eingeleitet worden. Seit Anfang der 1990er Jahre wurden 105 solcher Verfahren gestartet. Dieser Aufschwung hat eine komplizierte Geschichte und vollzog sich keineswegs gradlinig: Erst in vier der 16 Länder – Bayern, Hamburg, Sachsen, Schleswig-Holstein – erreichten die Bürgerinnen und Bürger eine *Volksabstimmung*.

Der einzige *Volksentscheid* im Jahre 2001

war zugleich der erste in den ostdeutschen Ländern. Am 21. Oktober stimmten 85 Prozent der sächsischen Wählerinnen und Wähler für den Erhalt der regionalen Sparkassen. Dennoch weigerte sich die

„Die Vorstellung, andere Menschen in Angst und Schrecken versetzen zu können, wird zu einer Quelle von Macht- und Überlegenheitsgefühlen. Um dem unerträglichen Gefühl von Angst und Ohnmacht zu entgehen, wird das Innere selbstmörderisch und mörderisch nach außen in Szene gesetzt.“

EISENBERG 2002: 31, ÜBER JUGENDLICHE AMOK-LÄUFER

Landesregierung, die geforderte Auflösung des Sachsen-Finanzverbandes umzusetzen, was als eher demokratiefeindliches Signal gelten kann.

2001 scheiterten zwei Initiativen vor Gericht: Das Volksbegehren „*Mehr Demokratie in Thüringen*“ wurde ebenso für unzulässig erklärt wie die „*Kita-Volksinitiative*“ in Brandenburg. Für eine demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik spricht dies nicht, wohl aber trägt die Erfahrung von Ohnmacht zur Entwicklung von Frust und Aggression bei.

Die Bilanz für die lokale Ebene fällt erfreulicher aus: Insgesamt etwa 2.600 Bürgerbegehren und 1.200 Bürgerentscheide haben bisher in der Bundesrepublik stattgefunden. Fast die Hälfte aller Initiativen entfällt auf Bayern, wo 1995 der Volksentscheid eingeführt wurde. Die größte Aktivität ist in Hamburgs sieben Bezirken zu verzeichnen, wo seit 1998 in nur drei Jahren 26 Initiativen eingeleitet wurden.

Das Fazit eines Experten zur nur teilweise positiven Entwicklung plebiszitärer Demokratie auf der kommunalen und zu überwiegend negativen Tendenzen auf der Landesebene lautet: „*Es besteht ein dringender und umfassender Reformbedarf.*“ (WEBER 2002: HOMEPAGE):

- Das Finanztabu auf Landesebene muss ebenso gestrichen werden wie konkrete Themenausschlüsse auf der Kommunalebene.
- Die Unterschriftenhürden beim Volksbegehren sollten generell auf fünf Prozent gesenkt, die Quoren beim lokalen Bürgerbegehren nach Gemeindegröße von drei bis zehn Prozent gestaffelt werden.
- Bei Volks- und Bürgerentscheiden müsste wie bei Wahlen die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheiden. Klauseln, die eine Mindestzustimmung oder -beteiligung der Wahlberechtigten vorsehen, sollten gestrichen oder deutlich gesenkt werden.

Direkte Demokratie gestattet es, wichtige Sachfragen von Wahlentscheidungen für Parteien, von Wahlperioden und parlamentarischen Beschränkungen abzukoppeln. Dafür sind zahlreiche Menschen zu gewinnen, weil sie die Mängel der Parteiendemokratie und die Chance direkter Demokratie erkennen. Der Umgang mit diesen Erfahrungen offenbart politisches Verantwortungsbewusstsein.

Um ein bürgerfreundliches Verfahren für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide im Grundgesetz zu erwirken, hat die unabhängige Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ das Bündnis „Menschen für Volksabstimmung“ ins Leben gerufen und mit diesem einen Gesetzentwurf vorgelegt. Zu den sie unterstützenden Verbänden gehören die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), der Arbeitslosenverband Deutschland, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizistinnen und Polizisten, der Bundesverband Graue Panther e. V., der Demokratische Frauenbund, die Deutsche Postgewerkschaft-Jugend, WEED-Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung und der Berliner Landesverband der Volkssolidarität.

Bei Umfragen sprechen sich klare Mehrheiten in der Bundesrepublik 75 Prozent der Wahlberechtigten für Elemente direkter Demokratie aus. (MEHR DEMOKRATIE, HOMEPAGE)

Entscheidende Fragen auf dem Wege zu mehr direkter Demokratie lauten: Gelingt die Festlegung von fairen Chancen? Ist es möglich, mit Hilfe von direkter Demokratie das öffentliche Interesse an Politik zu heben? Gelingt es, eine Reform der parlamentarischen Demokratie zu beginnen, die tatsächlich Lösungen sozialer, ökologischer und globaler Probleme fördert?

Direkte Demokratie allein wird nicht automatisch dringliche und gerechte Problemlösungen begünstigen. Wenn nicht zugleich die sozialen und individuellen Freiheitsrechte, insbesondere für die Schwachen und Schwächsten, gestärkt werden, kann sie sich sogar antiemanzipatorisch auswirken, z. B. zu Abstimmungen gegen die Aufnahme von Asylsuchende führen. Die Forderung nach einer Volksabstimmung auf EU-Ebene wird u. a. von politischen Kräften erhoben, die keineswegs für eine friedliche, weltoffene und solidarische, für eine soziale und wirklich demokratische Europäische Union eintreten. Haider und Co. haben beispielsweise mit nationalistischen Absichten für Volksabstimmungen in den EU-Mitgliedsländern über die Ost-Erweiterung der Europäischen Union geworben. Trotz dieser Probleme helfen aber Volksabstimmungen dabei, Menschen zu politisieren. Sie sind geeignet, gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu einzelnen Themen intensiv zu führen. Sie können individuelle wie kollektive Erfahrungen und politische Lernprozesse fördern. So entstehen neue Chancen, Menschen zur Einmischung in die Politik zu ermutigen.

Bewegungen auf globaler Ebene

Der Globalisierungsprozess verläuft unter neoliberaler Hegemonie und vor allem geprägt von den Interessen des internationalen Finanzkapitals. OECD, IWF/Weltbank, G8, EU, TABD⁸, ERT⁹ und WTO haben ihre Positionen in der Weltwirtschaft gestärkt. Rüstung, Kriege, Zerstörung der Umwelt, die nackte Armut von mehr als einer Milliarde Menschen und andere globale Großprobleme verstellen eine nachhaltige Entwicklung. In diesem Zusammenhang betont der französische Sozialwissenschaftler André Gorz: *„Institutionelle Politik und politische Institutionen wirken kaum gestaltend auf die selbstläufigen Prozesse ein, die der Neoliberalismus in Gang gesetzt hat. Was sich entwickelt, sind soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, Zehntausende von Selbsthilfegruppen, Tausende von Gruppierungen, die sich transnational vernetzen, die Autorität, Legitimität, Zuständigkeit und Politik offizieller Experten bestreiten, politischen Druck ausüben, der selbst für die größten Konzerne und die mächtigsten Staaten gelegentlich unwiderstehlich wird. ... Man kommt... zu nichts, wenn man nicht versucht, hinter den widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklungen latente Möglichkeiten zu erkennen, eine ganz andere weltweite Zivilisation aufzubauen.“* (GORZ 2000: 617)

„Vorzimmer der neuen Welt“

„Wenn du nur gekommen bist, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn du aber meinen Kampf als Teil deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten.“ Aussagen einer australischen Ureinwohnerin.

In: SCHINDOWSKI, VOß 2001: 202

Seit 1994 entwickelt sich eine globale Gegenbewegung, die die herrschende neoliberal geprägte Welt(wirtschafts)ordnung infrage stellt. *„Es geht darum, das Vorzimmer der neuen Welt aufzubauen, einen Raum, in dem die verschiedenen politischen Kräfte mit gleichen Rechten und Pflichten um die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft ‚kämpfen‘“*, so erklärte Subcommandante Marcos das Selbstverständnis der neozapatistischen Armee EZLN (MARCOS 1996: 227).

Dieses radikaldemokratische herangehen fasziniert weltweit zahlreiche Menschen, insbesondere junge. *„Eine andere Welt ist möglich!“* ist die selbstbewusste Position von Frauen und Männern, die Alternativen gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit

⁸ Transatlantic Business Dialog – im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsdialogs kooperieren EU und USA.

⁹ The European Round Table of Industrials - Der Europäische Runde Tisch von Industriellen ist das Forum von 46 Wirtschafts-Spitzen. Ihr Ziel ist, Konkurrenzfähigkeit und Wachstum der „europäischen Wirtschaft“ zu fördern.

keit organisieren wollen und jegliche soziale Hierarchien infrage stellen. Die dabei auszutragenden Kämpfe sind vielfältig.

Erfahrungen der scheinbar Ohnmächtigen in der Auseinandersetzung mit den anscheinend Allmächtigen erwachsen aus dem Überlebenskampf in Afrika gegen Aids. Der Phalanx internationaler Pharmakonzerne waren ihre patentgestützten Monopolpreise für Aidsmedikamente wichtiger als Linderung für Millionen Aidskranke in Afrika und als deren Leben. Ihnen reichte nicht einmal mehr aus, die Formel „gelebt zu werden statt zu leben“ durch ihre ökonomische Macht zu vollstrecken. „Zu sterben statt gelebt zu werden“ – das dachten sie Millionen Aidserkrankten zu. Doch ihre globale Macht stieß auf globalen Widerstand, als sie die Regierung Südafrikas an preisgünstiger Medikamentenhilfe hindern wollten.

Niederlage der Pharma-Riesen

Beispiel „Aids-Hilfe“

39 Firmen der Pharmaindustrie darunter die BAYER-AG, Boehringer-Ingelheim International GmbH, Boehringer-Ingelheim KG, Byk Gulden Lamberg Chemische Fabrik GmbH, Dr. Karl Thomane GmbH und F. Hoffmann-La Roche AG in Deutschland hatten 1998 die Regierung Südafrikas verklagt. Streitgegenstand war deren Gesetz von 1997, das Medikamente für Aids-Kranke erschwinglicher machen soll. Es erlaubt den Import kostengünstiger Arzneimittel und den Gebrauch relativ billiger Nachahmungspräparate. Die Kläger sahen darin einen Angriff auf ihre Patente. Die Regierung Südafrikas sah in den Patenten das vorzeitige Todesurteil für Millionen Afrikaner.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan trat als Vermittler vor Gericht auf, die südafrikanische Aidskrankenorganisation TAC als offizieller Sachverständiger. Die internationale Initiative „Ärzte ohne Grenzen“ startete eine weltweite Internet-gestützte Kampagne zur Sammlung von Unterschriften als öffentliche Unterstützung für die südafrikanische Regierung. Ihr Name hat seit Jahren weltweit einen guten Klang, weil sie das ärztliche Ideal verkörpert, rückhaltlos dem Menschen zu dienen. Ihre professionelle Öffentlichkeitsarbeit erreicht die Medien. Ein PC-Klick ermöglichte die Kenntnisnahme der 39 Firmennamen. Initiativen wie die „Koordination gegen BAYER-Gefahren“ informierten über Konzerngebaren und riefen zu Protestaktionen auf. In verschiedenen Ländern opponierten Belegschaften,

Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen, Ärzte-Vereinigungen, Nicht-regierungsorganisationen und kirchliche Kreise gegen die 39 Unternehmen, vorrangig gegen die in ihrem Land ansässigen. Andere internationale Netzwerke wie CIVICUS – die World Alliance for Citizen Participation – warben zur Teilnahme an der Unterschriftensammlung und an weiteren Aktionen. Beschäftigte von Pharmaunternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher zeigten sich entschlossen, auf die Haltung der Unternehmen mit der Störung betrieblicher Abläufe zu reagieren. In einigen EU-Staaten wurde der Druck auf die Pharmakonzerne auch durch Regierende gestärkt. In Pretoria gab es Demonstrationen für das Gesetz von 1997. Am 19. April 2001 gaben die Kläger auf und mussten die Prozesskosten übernehmen (ÄRZTE OHNE GRENZEN, HOMEPAGE). Das Bündnis von Regierung, Betroffenen und deren Interessenvertretungen hatte dank internationaler Hilfe gesiegt. Zwar waren die Zugeständnisse der Unternehmen für die eigenen Gewinneinbußen nicht gravierend. Umso größer war ihre moralische Niederlage und die moralische Stärkung von Protestbewegungen.

Auch dieser Erfolg ging darauf zurück, dass Menschen auf die Leiden und Ängste Schwächerer mit eigenem Widerstand reagierten. Sie haben gegen die Praxis rebelliert, die Probleme der Schwächeren als Sonderprobleme abzutun. Ihre Rebellion fand die Unterstützung traditioneller Akteure: Gewerkschaften, Kirchen, und Regierungen.

Als eine wichtige Erfahrung in diesen Kämpfen bestätigte sich, was schon zuvor im Widerstand gegen das geplante Multilaterale Abkommen zum Schutz von Investitionen (M.A.I.) international operierender Großunternehmen große Bedeutung gewonnen hatte:

Die individuelle Teilnahme an Internet-Aktionen und Verbraucherboykott muss keine besonders hohe Hemmschwelle überwinden. Aktionen versprechen dann besonders erfolgreich zu sein, wenn Einzelpersonen „einfach mitmachen“ können und Aussicht auf Erfolg haben.

Erfolg gegen Multis

Im Frühjahr 1997 stellte ein kanadischer Gewerkschafter den Entwurf des M.A.I. in das Internet. Einige Links und Klicks genüigten, und das bis dato streng geheime Dokument wurde in kürzester Zeit zum Gegenstand anwachsenden nationalen und internationalen parlamentarischen und außerparlamentarischen Protestes. Nationale und internationale Netzwerke von Personen und Organisationen, die wichtige Institutionen des in-

ternationalen Finanzkapitals beobachten wie Tradewatch, Bankwatch, Oilwatch, Corporate Europe Observatory informierten über das M.A.I., die Erfahrungen mit NAFTA und solidarisierten sich mit dem Kampf der Zapatistas.

Beispiel Peoples's Global Action

Am 1.1.1994 begannen mexikanische Bäuerinnen und Bauern ihren Aufstand gegen das Freihandelsabkommen NAFTA, das zwischen den USA, Kanada und Mexiko abgeschlossen wurde und das Vorbild für das geplante Multilaterale Abkommen über den Schutz von Investitionen M.A.I. war/ist. Die zapatistische Armee EZLN brachte die Idee hervor, ein internationales Netzwerk lokaler Kämpfe gegen neoliberale Herrschaft und Unterdrückung zu schaffen. In ihrer zweiten Erklärung aus dem Lacandonischen Urwald heißt es, es gehe darum, „ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen. Ein interkontinentales Netzwerk des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netzwerk für die Menschlichkeit. Dieses interkontinentale Netzwerk der Widerstände ist keine Organisationsstruktur; es hat keinen zentralen Kopf oder Entscheidungsträger, kein Zentralkomitee oder Hierarchien. Wir alle bilden dieses Netzwerk, alle, die wir Widerstand leisten.“

NETZWERK PEOPLES GLOBAL ACTION/PGA, IN: SCHINDOWSKI, VOSS 2001: 201

Besondere Breite erlangte die Bewegung gegen das M.A.I. in Frankreich und erzwang den Austritt des Landes aus dem Verhandlungsfinale über das Abkommen. Dort gab es 1994 und 1995 intensive soziale Kämpfe.

Die französische Bewegung gegen das M.A.I. war politisch sehr heterogen. Sie reichte von Anarcho-Syndikalisten über Gewerkschaften und linke Parteien bis hin zur Kulturindustrie, die die Konkurrenz aus Hollywood fürchtete, und zu nationalistischen Kräften. Zu ihr gehörte auch *Raisons d'agir*, eine 1996 gegründete Gruppe von Intellektuellen um Pierre Bourdieu, die es als ihre Aufgabe ansieht, soziale Bewegungen zu unterstützen und „auf nationaler und internationaler Ebene Informationen und Analysen zu verbreiten, um der Hegemonie des neoliberalen Denkens etwas entgegensetzen zu können“.

1997 stellten die reichsten 20% der Weltbevölkerung 93,3% der Internetnutzer/innen, die ärmsten 20% lediglich 0,2%.

BOURDIEU 2002: 393

(RAISONS D'AGIR, HOMEPAGE) Mit der Entscheidung Frankreichs gegen das M.A.I. war dieses zunächst gescheitert und ein erster großer Erfolg im Kampf gegen Neoliberalismus und Multis erreicht. Sechstausend Anhänger der französischen Mutterbewegung von Attac zogen draus in ihrer Versammlung im Pariser Konzertsaal „Zenith“ Schlussfolgerung, die sie im „Manifest 2000“ verankerten:

„Es ist also höchste Zeit, diese Institutionen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, und jenen, die dort in unserem Namen politisch mitentscheiden, Rechenschaft abzuverlangen. Denn dort fallen die wichtigen Entscheidungen! Und da die Wähler der eigentliche Souverän der Demokratie sind, ist es auch ihr gutes Recht zu erfahren, was in diesen dunklen Zonen der Demokratie vor sich geht. ... An die Regierung übertragen die Wähler einen großen, ja sogar den substantiellen Teil ihrer Souveränität. Aber gerade dadurch werden die Bürgerinnen und Bürger der Möglichkeiten beraubt, ihre Kontrollfunktion auszuüben. Das ist das Gegenteil partizipatorischer Demokratie. Wenn es Attac 2002 gelingt, die französische Politik und insbesondere die des Wirtschafts- und Finanzministeriums in den genannten Organisationen zur Diskussion zu stellen und dazu beizutragen, dass sie unter die Kontrolle der Volksvertreter kommt, dann wird Attac seinen Auftrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit und des Parlaments! nicht verfehlen. In erster Linie muss bei den Entscheidungsmechanismen der Europäischen Union angesetzt werden.“ (MANIFEST 2002: 349)

Im Kampf gegen das M.A.I. haben viele Beteiligte die Erfahrung gemacht, dass Einmischung in die Politik scheinbar übermächtige Akteure zum Einlenken zwingen kann, dass Wahlen und Regierungswechsel¹⁰ durchaus erheblichen Einfluss sogar auf große Projekte des Neoliberalismus gewinnen können.

EuroMärsche und Kirchen für soziale Gerechtigkeit

1996 gründeten sich die Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung. Sie üben Druck auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Europäischen Union aus. Zu ihrem Selbstverständnis gehört das Bemühen um Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen. Sie wollen, dass die Allgemeine Erklärung

¹⁰ Die Wahl Jospins in Frankreich führte zur Ablehnung des M.A.I. durch das französische Parlament.

der UNO zu den Menschenrechten vom 10.12.1948 zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt. Zu ihren Forderungen gehören ein garantiertes Mindesteinkommen als Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben, die Einführung der Tobin-Steuer, mehr sinnvolle Ausbildungs- und Arbeitsplätze und eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik. Anlässlich des Amsterdamer EU-Gipfels vom Juni 1997, der über den Europäischen Vertrag entschied, demonstrierten dank der EuroMärsche etwa 30.000 Menschen für eine andere Europäische Union. Ihr eindrucksvolles Auftreten trug erheblich zu einem Umdenken im Europäischen Gewerkschaftsbund bei. Zur Demonstration in Nizza, wo im Dezember 2002 die Sozialcharta der Europäischen Union beschlossen und deren Grundrechte-Charta bestätigt wurde, mobilisierte der Europäische Gewerkschaftsbund zum ersten Mal Zehntausende Gewerkschaftsmitglieder auf der sozialpolitischen Bühne Europas.

„Eine entscheidende Frage des Gelingens von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung ist das Verhalten von großen Institutionen innerhalb der Zivilgesellschaft, wie vor allem der Gewerkschaften, der christlichen Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften.“

DUCHROW, HINKELAMMERT 2002: 1

Die Kirchen „haben zum ersten Mal in größerem Maße in der Erlassjahrkampagne (JUBILEE/JUBILEO 2000) national und international an einer Initiative teilgenommen, welche die Frage der neoliberalen Globalisierung, nämlich die auswegslose Überschuldung der armen Länder, berührt“. (DUCHROW/ HINKELAMMERT 2002: 2) 1997 fand die 23. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes (RWB) statt. Die afrikanische Konsultation forderte die Generalversammlung auf, eine bekennende Bewegung der Kirchen des Südens und der sich mit ihnen Solidarisierenden ins Leben zu rufen. Die Generalversammlung beschloss, die Mitgliedskirchen „zu einem processus confessionis gegen weltwirtschaftliche Ungerechtigkeit und Naturzerstörung aufzurufen, einem Prozess des Erkennens, des Bekennens und der Aktion im Kontext der Globalisierung“. (DUCHROW/ HINKELAMMERT 2002: 2)

Es ist eine bedeutende Stärkung der kapitalismuskritischen globalen Bewegung, wenn Kirchen die herrschende Weltwirtschaftsordnung delegitimieren, eigene Komplizenschaft als Schuld anerkennen und selber in Projekten Alternativen suchen. Das Engagement der Bekennenden Kirche für Gerechtigkeit führte beispielsweise zu praktischer Hilfe für landlose Bauern in Indien und Lateinamerika.

Im Februar 1998 wurde die Idee der Zapatistas Realität und das Netzwerk Peoples' Global Action (PGA) durch Grassroots-Movements aus aller Welt gegründet. In der

Netzwerk „Peoples' Global Action“

Ausgangserklärung hieß es: „*Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Unterdrückung ab, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Patriarchat und Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller menschlichen Wesen.*“ (PGA, in: SCHINDOWSKI, VOSS 2001: 203)

Die westeuropäische Vernetzung innerhalb von Peoples' Global Action ist Ya Basta, deren hervorragende Stütze sind die „Tutte bianche“ in Italien, die sich in Solidarität mit den Zapatistas in mehreren Städten Italiens gebildet haben.

Eine besondere Kampfform von Peoples' Global Action sind die Global Days of Action, mit denen die internationalen Höhepunkte des Protests gegen die global herrschende Politik vorbereitet werden. Hier wurden Erfahrungen des PGA-Mitglieds „direct action network“ und deren Kampfform „Reclaim the Streets!“ aufgegriffen. Das Netzwerk entstand Anfang der 1990er Jahre in London, um auf soziale und ökologische Probleme aufmerksam zu machen. Die Aktionen sind vor allem Straßenfeste als Ausdruck von Lebensfreude und der Entschlossenheit, öffentliche Räume „anders“ zu besetzen. „Reclaim the streets!“ ist das Motto gefeierten Verlangens nach Demokratisierung. Der Slogan mobilisiert.

„Entwaffnet die Märkte!“ - Attac

Mobilisierend war auch der Aufruf „Entwaffnet die Märkte!“, geschrieben im Dezember 1997 von Ignacio Ramonet, dem Chefredakteur von *Le Monde Diplomatique*, der in einem spektakulären Artikel die verheerende Wirkungen internationaler Finanzmärkte brandmarkte. Sein Beitrag endete mit der Frage: „*Warum nicht eine neue Nichtregierungsorganisation gründen, eine Aktion für eine „Tobin-Steuer zum Nutzen der Bürger“ (Association pour la taxe pour l'aide aux Citoyens = Attac)? Zusammen mit Gewerkschaften und einer Vielzahl sozialer, kultureller und ökologischer Organisationen könnte sie vortrefflich Druck auf die Regierungen ausüben, diese Steuer endlich einzuführen.*“ Mehr als 5000 Zuschriften gingen in der Redaktion ein – der Beginn von Attac. (GREFE, GREFFRATH, SCHUMANN 2002: 103-104).

Am 3.6.1998 wurde in Paris Attac gegründet, in dessen Satzung als Ziele benannt sind: „Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterial sowie Förderung und Durchführung von Aktionen jeder Art, damit die Bürger die Macht zurückgewinnen, die die Finanzwelt auf alle Aspekte des öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der ganzen Welt ausübt. Zu diesen Mitteln gehört die Besteuerung der Transaktionen auf dem Devisenmarkt

(Tobin-Steuer).“ (Manifest 2002: 361). Inzwischen arbeiten in 39 Ländern Attac-Gruppen. Am 19.11.2001 sprach sich die Mehrheit der französischen Nationalversammlung für die Einführung der Tobin-Steuer aus.

Nach dem Scheitern des M.A.I. zeigt Attac erneut, dass zahlreiche Menschen sich den vorgeblichen Markt- bzw. Globalisierungszwängen nicht unterwerfen wollen. Sie nutzen aufgeschlossenen Angebote des Sich-Einmischens jenseits von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Diese können jedoch an Attraktivität gewinnen, wenn sie ihren Mitgliedern bzw. den neuen Akteuren Möglichkeiten bieten, Ressourcen der Parteien bzw. der Gewerkschaften oder der Kirche selbstbestimmt zu nutzen und wenn sie sich als Institution kooperationsfähig erweisen

Trotz der bemerkenswerten Entwicklungen seit 1996 waren WTO und zahlreiche Eliten am 30.11./1.12.1999 sehr überrascht, als in Seattle 50.000 Menschen gegen ihre Politik demonstrierten. Tausende protestierten im Dezember 1999 anlässlich der Klimakonferenz in Hague gegen die global herrschende Politik und Anfang 2000 in Davos, wo das Weltwirtschaftsforum tagte. Im April 2000 bildeten in Washington 20.000 Menschen Sitzblockaden und Menschenketten gegen die Politik von IWF und Weltbank.

Als dann im Mai 2000 die Asiatische Entwicklungsbank in Nordthailand ihre Beratung eröffnete, waren bereits 2000 Menschen auf den Straßen. Im September 2000 demonstrierten in Prag ca. 9.000 Personen aus über 30 Ländern gegen die Praktiken von Weltbank und IWF.

Alles dies veranlasste brasilianische Nichtregierungsorganisationen, eine weltweite Diskussion über eine „andere Globalisierung“ zu beginnen. Die Idee fand in Paris bei Attac Unterstützung und mündete in den Vorschlag, in Porto Alegre einen Kongress durchzuführen. Denn der Kongress sollte in der „Dritten Welt“ stattfinden, und Porto Alegre bot sich dafür an

„Ein sehr schönes und interessantes Beispiel ist Brasilien. Das ist eine Art lebendiges Laboratorium sozialer Alternativen. ... wichtig sind zwei Charakteristika der brasilianischen Linken, welche die Alternative zum marxistisch-leninistischen Paradigma aufzeigen. Natürlich gibt es in Brasilien eine führende linke Partei, die Partei der Arbeit, die... eine neue Atmosphäre, ein neues Modell sozialer Schöpferkraft, die von unten ausgeht, schafft ... Natürlich gibt es die Rolle der politischen Partei in diesem Prozess, aber das ist mehr die Rolle eines Katalysators, eines Stimulators für die Entwicklung solcher Prozesse.“

BOURDIEU 2002b: 36-37

– regiert von der „Partido dos Trabalhadores“ (PT), der linken Oppositionspartei Brasiliens. In der Millionenstadt wird seit Jahren das „Partizipative Budget“ praktiziert, ein Modell, nach dem die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtbezirke selbst bestimmen, für welche Zwecke – soziale, pädagogische, medizinische – die staatlichen Zuwendungen ausgegeben werden.

Die Konferenz wurde als Weltsozialforum vorbereitet durch A-BONG (die Dachorganisation der brasilianischen NGOs), Attac, CUT (der brasilianische Gewerkschaftsverband), das Movimento Siem Tera (MST, die Assoziation der Landlosen Brasiliens) und durch kritische Wissenschaftlervereinigungen.

Porto Alegre 1 hatte im Februar 2001 ca. 10.000 Gäste und wurde zum bunten „Markt“ verschiedener Protest- und Widerstandsformen, fröhlich und selbstbestimmt. Porto Alegre 2 war ein Jahr später Treff von 70.000 Menschen aus 131 Ländern. Das erwähnte Netzwerk „Ärzte ohne Grenzen“ gehörte zu den Initiatoren des Runden Tisches zu Krieg und Frieden.

Zwischen Porto Alegre 1 und Porto Alegre 2 lagen Demonstrationen von 25.000 Menschen in Quebec gegen eine panamerikanische Freihandelszone, von 20.000 anlässlich der EU-Ratstagung in Göteborg, von 200.000 zum G 8-Gipfel in Genua und von weit über 100.000 zum EU-Gipfel in Brüssel.

Porto Alegre 2 bot ca. 800 Workshops. Die Abschlusserklärung war eine entschiedene Absage an Gewalt, Reichtumskonzentration, Patriarchat, Rassismus und Umweltzerstörung. Frieden, Umverteilung von oben nach unten, Gleichstellung von Frauen und Männern ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, Demokratie und Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Gesundheit, Ökologie – insbesondere im Kontext mit Trinkwasser – wurden als zentrale Themen gemeinsamen Kampfes herausgearbeitet: „*Wir kämpfen für Demokratie..., für die Streichung der Auslandsschulden ..., für die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobinsteuer und für die Abschaffung der Steuerparadiese ..., für Informationsrecht ..., gegen Krieg und Militarismus ...*“ (WWW.LINKESEITE.DE)

Ein globaler Prozess des Widerstandes und der Suche nach Alternativen zeichnet sich ab. Die vom Netzwerk Peoples' Global Action entwickelten Grundforderungen und Prinzipien wurden in Porto Alegre aufgenommen. Ein fortdauernder Angriff auf die Grundfesten des Neoliberalismus findet statt. Manifestationen von Gegenmächten sind nicht singuläre Akte. Deshalb ist vom *Porto-Alegre-Prozess* die Rede. Er umfasst Individuen und emanzipatorische Initiativen auf

lokaler, kommunaler, regionaler, staatlicher internationaler und globaler Ebene die Kommunikation von Individuen und emanzipatorischen Initiativen über lebenswerte Alternativen zum Neoliberalismus. Um diesen Prozess zu fördern, wurde vereinbart, beginnend mit dem Jahr 2002 Sozialforen in den einzelnen Weltregionen durchzuführen.

Das erste Europäische Sozialforum tagte vom 6. bis 10. November 2002 in Florenz. 60.000 Teilnehmende, darunter überwiegend junge Menschen, erörterten die Ursachen, Erscheinungen und Folgen von Neoliberalismus, Krieg, Rassismus, Sexismus sowie Homophobie und suchten zugleich nach Strategien für „Ein anderes Europa“. Der einladende Bürgermeister und die gesamte städtische Verwaltung sorgten dafür, dass unter optimalen Bedingungen beraten werden konnte, wie soziale Rechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung erstritten und alle Formen von Unterdrückung bekämpft werden können.

Knapp eine Million Menschen demonstrierten gewaltfrei gegen den drohenden Irak-Krieg und gegen Krieg als Mittel der Politik. Zahlreiche Häuser waren mit Friedenssymbolen geschmückt. Einwohnerinnen und Einwohner applaudierten und bedachten die Demonstrierenden mit Konfetti, Wein, Kaffee und Proviant. Fantasiereich und jenseits erstarrter Formen erreichte der Protest gegen die herrschende Politik für eine Welt der Vielfalt, der Freiheit und gegenseitiger Achtung das Empfinden vieler, die bis dahin abseits gestanden hatten.

Ein Zwischenfazit:

Neoliberal geprägte Tendenzen bestimmen zur Zeit weltweit den Haupttrend der gesellschaftlichen Entwicklung und den Zeitgeist. Aber in neuen Formen, in nie gekannter Vielfalt umspannt Widerstand netzartig die Erde. Er regt sich auf lokaler Ebene, in den Regionen und Nationalstaaten, in der Europäischen Union und global. Es ist dem internationalen Finanzkapital nicht gelungen zu suggerieren, dass eine Welt der Konzerne schicksalhaft die Zukunft sei. Gegenmächte verbinden sich, alte und neue. Sie gewinnen nicht nur vereinzelt in einmaligen Aktionen Konturen, sondern als eine neue solidarische Bewegung, die sich institutionelle Formen wie das Weltsozialforum und seine regio-

nenalen Stützen schafft. Sie kann und wird wahrscheinlich Rückschläge erleiden wie die Bewegungen vor ihr. Aber sie verkörpert für Millionen Menschen die Erfahrung, dass sie etwas tun können gegen scheinbar unausweichliche Entwicklungen. Sie verbindet lokale mit globalen Kämpfen um die Minderung von Not und um die emanzipatorische Lösung sozialer und ökologischer Probleme. In ihr tritt zutage, dass die Würde des Menschen nicht auszulöschen ist und nicht die internationale Solidarität. Überall auf der Erde wollen Menschen „leben statt gelebt zu werden“.

4.3 Akteure der Zukunft: Chancen und Aufgaben

**„Eine andere Welt ist möglich!“
Losung der kapitalismuskritischen globalen Bewegung**

Zerrissen wie die Welt des 20. Jahrhunderts beginnt auch das 21. Jahrhundert. Die neoliberale Hegemonie dauert trotz globaler Großgefahren und trotz einer kaum

übersehbaren Fülle von Konflikten an.

Aber gegen das „neoliberale Projekt“, das in der zurückliegenden Dekade eine scheinbar unüberwindliche Sieghaftigkeit an den Tag legte, und auch gegen die Konzepte und Politiken Dritter Wege entwickeln sich Skepsis und Widerstände. Mit Blick auf Akteure und Akteursbestrebungen von künftig möglichen Veränderungen kann festgehalten werden:

Das Konfliktspektrum in der heutigen Welt – national wie international betrachtet – ist so verfasst, dass sich in der Tat für Millionen Menschen „Gründe zum Handeln“ (PIERRE BOURDIEU) ergeben. Fortschreitende Ausschließung großer Bevölkerungsgruppen von sozialer Teilhabe, Spaltungen in „Arm und Reich“, in „Oben und Unten“, Prekarisierung von Lebensverhältnissen und Bedrohungen durch Umweltzerstörung, Krieg und Gewalt – alle diese drängenden Problemlagen gehören zur Realität unserer Tage. Bürgerinnen und Bürger erleben dies sowohl durch ihre Beobachtung der Gesellschaft

als auch über zahlreiche Formen unmittelbarer Betroffenheit im alltäglichen Dasein.

Galilei: „Eure Campagnebauern schildert ihr ja schon wie das Moos auf den Hütten. Aber wenn sie nicht in Bewegung kommen und denken lernen, werden ihnen auch die schönsten Bewässerungsanlagen nichts nützen. *Zum Teufel, ich sehe die göttliche Geduld ihrer Leute, aber wo ist ihr göttlicher Zorn?*“

Die Reaktionsweisen der Menschen auf die aktuellen Konflikte sind weiterhin sehr unterschiedlich. Besitzstandsdenken, Passivität, ja selbst problemverdrängender Fatalismus paaren sich mit reflektiertem Unbehagen, verschiede-

B. BRECHT: LEBEN DES GALILEI

nen Protestäußerungen oder organisiertem Handeln. Das massenhaft verbreitete Streben nach Selbstbestimmtheit des Lebens auf der Grundlage gesicherter Existenz zu erreichen, ist in vielfältigen Formen anzutreffen: sowohl in Form von Widerstand, durch oft mutige Aktionen des Handelns „entlang der großen Konfliktlinien“ als auch durch Gestaltung und Selbstorganisation in lebensweltlichen Räumen.

Wie die im vorigen Abschnitts angeführten Beispiele zeigen, ist das Spektrum von Akteuren in der Realität sehr breit. Es umfasst Gruppen und Individuen, die aus ganz alltäglichen Zusammenhängen heraus Missstände aufgreifen und sich in Probleme der örtlichen Demokratie oder in Umweltfragen einmischen, und es reicht bis zu transnationalen Bewegungsformen, die weit über Ländergrenzen hinaus getrennt oder oftmals nur im elektronischen Kommunikationskontakt stehend Protest und Kritik gegenüber global agierenden Finanzorganisationen artikulieren. Interessenlagen und Handlungsformen der Akteure weisen dementsprechend Unterschiede und Gegensätze auf. Von „einheitlichen“ oder gar „klar organisierten“ Akteuren wird künftig nicht die Rede sein können.

Die geschilderten Beispiele verdeutlichen weiter: Es existieren gegenwärtig wachsende Akteursbestrebungen, die vor allem in Form der globalisierungskritischen Bewegung Konflikte *länderübergreifend* thematisieren. Wichtige Ansätze des Akteurshandelns sind ebenso im *regionalen und lokalen Raum* zu finden. Weiterhin wird aber der *Nationalstaat* ein entscheidendes Feld von Aktionen und Auseinandersetzungen bleiben.

In Deutschland muss gegenwärtig von einer „Patt-Situation“ großer politischer Akteure gesprochen werden, in der weder konservativ-neoliberale Kräfte noch die Vertreter Dritter Wege allein in der Lage sind, sich gegen die jeweiligen Kontrahenten durchzusetzen. Um überhaupt Chancen für einen anderen Entwicklungspfad ins Auge fassen zu können, gilt es, nach

Notwendig: Aufbruch im zivilgesellschaftlichen Raum

„Die politische Gesellschaft (oder zivile Gesellschaft) sie ist das notwendige Gegenstück zum politischen System - beinhaltet neben Medien und Experten-kulturen auch die in Lebenswelten und Alltagskulturen wurzelnden Interaktionen der Bürger. ... Nicht die Grenzen des ‚politischen Systems‘ der Parteien und Parlamente und seiner Spielregeln an sich sind Ursache der Reformblockade, sondern die Ausdünnung der politischen Gesellschaft, der Öffentlichkeit. ... Reformpolitik braucht neben dem interessenpolitisch geleiteten Agieren innerhalb des politischen Systems die Formierung von Öffentlichkeit außerhalb der Parlamente, der Parteien und Interessenverbände.“

LAND 1999: 17

Wegen und Ansätzen für einen gesellschaftlichen „Aufbruch“ und für ein dementsprechendes kulturell-geistiges Klima zu suchen. In Zeiten der Depression und Blockade liegen Felder für Aufbruchsbestrebungen und damit auch die Aufgaben für Akteure des besprochenen Leitbildes nicht allein innerhalb des politischen Systems (Parteien, Parlamente, Verwaltungen etc.), sondern in entscheidender Hinsicht durch Stärkung ziviler Gesellschaftselemente. Im Folgenden sollen dazu Grundgedanken vorgestellt werden.

Soziale, politische und kulturelle Veränderungen beginnen beim Individuum.

Das Nachdenken darüber, ob und in welcher Weise Menschen etwas verändern wollen in ihrem ganz persönlichen Dasein oder im gesellschaftlichen Raum muss seinen *Ausgangspunkt bei der einzelnen Persönlichkeit* haben. Dem liegt zunächst eine klar praxisbezogene Überlegung zugrunde: Jedes gemeinschaftliche Handeln beginnt mit individuellen Entscheidungen. Wie bereits dargestellt, können sowohl Betroffenheit und das Gefühl persönlicher Würdeverletzungen als auch Bestrebungen im Sinne wichtiger Wertvorstellungen Motive sein, um aktiv zu werden. Ein Zusammenschluss mit

anderen Menschen ist jedoch immer erst möglich, wenn die Bereitschaft zu individuellem Handeln vorliegt.

„Ich denke, dass Politik etwas anderes wäre und politische Aktionen eine ganz andere Wirksamkeit gewinnen, wenn jedermann davon überzeugt wäre, dass es an ihm selbst liegt, seine eigenen politischen Angelegenheiten in die Hände zu nehmen und dass niemand kompetenter ist als er selbst, um seine persönlichen Interessen wahrzunehmen... Man sollte jede Mühe daran setzen, um allen fühlbar zu machen, wie sehr politische Angelegenheiten jeden Einzelnen persönlich angehen und dass es darum geht, in diesen scheinbar abstrakten politischen Angelegenheiten sich selbst mit allen lebenspraktischen Problemen wiederzuerkennen.“

BOURDIEU 1997: 17-18

Mit dieser Position verbinden die Autorinnen und Autoren des Zukunftsberichts bewusst einen aus der Gesamthematik abgeleiteten politisch-moralischen Anspruch: Für Handeln in Richtung auf mehr Selbstbestimmung und soziale Sicherheit verbietet sich eine Denkweise, die den Einzelnen als „Aktionsziffer“ betrachtet oder die gar auf Manipulation und Disziplinierung „im Dienst der Sache“ zielt. Mobilisierung von großen Gruppen für ein Handlungsziel setzt nach unserer Überzeugung immer Möglichkeiten freier Entscheidung des Individuums darunter auch die, nicht zu handeln (oder die „Exit-Option“) voraus. Politische Ak

teure, hier nicht zuletzt linke Parteien, stehen in der Pflicht, sich immer wieder die Frage zu stellen, ob sie tatsächlich auf Menschen zugehen und erkennbare Handlungsangebote unterbreiten. Ein Politikstil, der das Individuum de facto gering achtet, ist weder legitimierbar noch im Sinne der angestrebten Ziele tatsächlich wirksam.

Wirkliche Veränderungen sind mit sozialen Lernprozessen verknüpft.

Eine daraus abgeleitete Forderung bezieht Ansätze mit ein, die im Rahmen neuer Lernprozesse Überlegungen zur Transformationstheorie erarbeitet wurden (STAHL-ROLF 2001: 319ff.) Gesellschaftliche Weiterentwicklung kann demnach bei gegebenen Blockaden bzw. verfestigten Verhältnissen (nur) dann in Gang kommen, wenn es gelingt, in größerem Umfang *Verhaltensänderungen über soziale Lernprozesse* zu initiieren. Ein mögliches Resultat von sozialem Lernen wären „neue kognitive Modelle“, im hier betrachteten Zusammenhang: neue Vorstellungen von der Welt und die Sicht auf Alternativen.

Dass Veränderungsbestrebungen in großer oder kleiner Dimension eng mit sozialem Lernen verbunden sind, ist keineswegs nur als akademische Überlegung anzusehen, sondern wird durch aktuelle Beispiele und Erfahrungen belegt:

- Nahezu im gesamten Spektrum der kapitalismuskritischen globalen Bewegung verknüpfen sich Protest- und Aktionsbemühungen mit dem Suchen nach tieferem Verständnis für die Mechanismen und Folgen der Globalisierung. Erprobt und überprüft werden dabei zahlreiche Formen des praktischen Zusammenwirkens der Akteure. Viele der Beteiligten sagen von sich selbst, dass sie im buchstäblichen Sinne zu Studierenden und Lernenden geworden sind. Dem entspricht es, wenn beispielsweise das Netzwerk Attac für sich die Selbstbezeichnungen „*aktionsorientierte Bildungsbewegung*“ oder auch „*ökonomische Alphabetisierungskampagne*“ gewählt hat (GREFE u. a. 2002: 107,120).

Fördernde Bedingungen bei sozialem Lernen:

- Emotionale Nähe zur Lernbotschaft
- Persönlich verinnerlichte Lernmotive
- Nicht als bedrohlich empfundene Lernsituationen
- Nähe der Lernbotschaft zu bestehenden mentalen Strukturen
- Gesellschaftliches Klima mit Akzeptanz von Neuem
- Möglichkeiten für Eigenaktivität
- (Spürbare) Erfolge.

VGL. BANDURA 1986

- Zahlreiche Verbände und Einrichtungen des bürgerschaftlichen „Dritten Sektors“ sind vor allem in Ostdeutschland gezwungen, die Tätigkeit ihrer Initiativen trotz knapper Kassen bzw. sinkender Zuschüsse lebensfähig zu halten. Durch soziales Lernen entstehen dabei überraschend kreative Effekte: Faktisches Job-Sharing, Anwendung von „Teilzeit-Modellen“, gemeinschaftlich entschiedener Umgang mit Ressourcen u. ä. Diese Ansätze bilden, obwohl noch unvollständig und für weitere offizielle „Sparmaßnahmen“ missbraucht, die Umrisse durchaus zukunftsfähiger Modelle. Es gilt, sie auf dem Fundament neuer sozialer Sicherungen zu stabilisieren und auszubauen. Gelingt dies nicht, wird kreative Selbsthilfe zum Instrument des Neoliberalismus, um soziale und demokratische Standards abzusenken, um eine Entwicklung durchzusetzen, die sich am Leitbild des Unternehmers eigener Arbeitskraft und Daseinsvorsorge orientiert.
- Im Zusammenhang mit den im Jahr 2000 verstärkten Aktivitäten rechtsextremer Gewalt kam es in Deutschland vielerorts zur Bildung von Netzwerken einer demokratischen Gegenkultur. Die Menschen in den Bündnissen gegen Rechts mussten und müssen lernen: das analytische Eindringen in die komplizierten Zusammenhänge von Struktureffekten der Gesellschaft und individuellem Verhalten, das gemeinsame Handeln trotz politischer Differenzen, die Fähigkeit, auch in angespannten Situationen zu diskutieren, und vieles andere. Nicht selten entwickeln sich dabei Einsichten, dass es um viel mehr geht als um das bloße Verhindern von Gewalttaten, dass Wandlungen im gesellschaftlichen und privaten Raum dringend notwendig sind oder dass Demokratie nur durch die Beteiligung vieler wirklich lebensfähig wird.
- Im Ganzen ist zu schlussfolgern: Veränderung durch Akteurshandeln ist an die Schaffung von „Orten“ und Möglichkeiten gebunden, die das selbständige Lernen der Beteiligten befördern. Dieses Credo kann auch als Ausdruck einer bestimmten Geisteshaltung gelten: Lernoffen zu sein, das heißt, die Gesellschaft und das persönliche Umfeld als gestaltbar anzusehen. Ein lernendes Gemeinwesen steht für Zukunftsfähigkeit.

„Projekte“, vor allem im so genannten Dritten Sektor angesiedelt und auf neue Weise betrieben, können zur Aktionsweise und zur Form einer praxisverbundenen Assoziation von selbstbestimmten, handlungsbereiten Menschen werden.

Wichtige Chancen bestehen ferner darin, das *Konzept von „Projekten“ neu zu denken* und *Projekte auf neue Weise zu betreiben*. Projektformen existieren seit geraumer Zeit in den verschiedensten Bereichen. Mit diesem ursprünglich aus dem arbeitsorganisatorischen und betriebswirtschaftlichen Gebiet stammenden Begriff werden Vorhaben bezeichnet, in denen neuartige komplexe Aufgaben in strukturierten Zeiten mit speziellem Ressourceneinsatz und durch eigens gebildete Teams gelöst werden sollen. Projekte haben jedoch eine beachtliche Ausweitung auf viele gesellschaftliche Bereiche erfahren. Den meisten Menschen sind sowohl wirtschaftlich-technologische „Großprojekte“ als auch alltagsverbundene Klein- und Kleinst-Vorhaben (Suchtprojekte, Aktionsformen von Kindern oder Frauen, MigrantInnenzentren o. ä.) vertraut.

Die Überlegungen zum Akteurshandeln im Sinne des Leitbildes dieses Berichtes beziehen das bisherige Verständnis von projektorganisierter Tätigkeit mit ein, wollen aber einen Neuansatz begründen. Von den betriebswirtschaftlichen Formen einmal abgesehen, sind Projekte oftmals noch „Aushilfslösungen“ und gleichsam „Nischen“ für bestimmte soziale Tätigkeiten. Diesen Zustand gilt es in einem längeren Prozess und gestützt auf praktische Lernerfahrungen zu verändern. Wichtige Schritte dabei wären, einem sich ausformenden „Sektor“ projektgestützter Aktivitäten größere gesellschaftliche und rechtliche Akzeptanz zu verleihen, sowie Entscheidungen darüber, diesen Bereich im Zuge neuer sozialpolitischer Entscheidungen zu erweitern und zu stabilisieren.

Projekte verfügen über eine strukturelle Eigenlogik, die unter entsprechenden Voraussetzungen der Ausformung von Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation der Individuen förderlich sein kann. Wie Praxiserfahrungen und Forschungserkenntnisse belegen, fallen dabei vor allem folgende Aspekte ins Gewicht:

- Projekte sind in der Regel zwar thematisch umrissen, aber in vieler Hinsicht „offene“ Aufgaben- und Problemstellungen. Vorgehen, Ressourceneinsatz, Methoden u. a. bedürfen der selbständigen Gestaltung. Teilnehmende Akteure können und müssen eigene Interpretationen, Wissensvorräte, Motive und Deutungsmuster einbringen. Sie produzieren damit das Thema eines Projektes gleichsam immer wieder aufs Neue.
- Projekte sind Ausdruck zielgerichtet entstandener sozialer Verknüpfungen zwischen Menschen. Sie erfordern gegenseitige Abstimmungen, Interessenausgleich, menschlich-emotionale Kontakte

und die Herausbildung von Gruppenstrukturen. Die Einzelnen bringen individuelle soziale Kompetenzen ein. Die gemeinschaftsbildende Wirkung von Projekten kann bei positivem Verlauf, aber mitunter gerade auch bei auftretenden Schwierigkeiten elementare Solidarität fördern.

- Projekte bieten damit bereits vom Ansatz her günstige Möglichkeiten für selbständiges und kreatives Handeln. Gut geführte Vorhaben sind geradezu auf kollektive Lern- und Selbstorganisationseffekte ausgerichtet.

Ökologische Projekte: Sie sind eingeordnet in den anzustrebenden tiefgreifenden ökologischen Umbau oft Gegenstand regionaler Akteure (Beispiel: Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern).

WWW.SIMV.DE

„Wohn-Projekte“: Gestaltungen von Quartieren und Gemeinderäumen mit hoher Eigenverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner. (Beispiel Quartiersgenossenschaft Leipzig).

WWW.WOHNBUND-BERATUNG-NRW.DE

Projekte sozialer und kultureller Dienstleistungen: Vorhaben und Tätigkeiten in der Spanne zwischen kulturellen Begegnungen, Vermittlung von Wissensvorräten und Kulturtechniken bis zu Pflege- bzw. Betreuungsaktivitäten. (Beispiel: Gemeinschaftsdienste Pfefferwerk e.G.)

WWW.PFEFFERWERK.DE

„Politische Projekte“: Sie umfassen - in der Nähe von Bürgerinitiativen und in Wechselwirkung mit ihnen - Aktivitäten zur demokratischen Kontrolle und Willensbildung, z. B. Untersuchungen, Berichte, Forderungskataloge. (Beispiel: „Gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, EKO-Stahl)

WWW.EKO-STAHL.DE

Wirtschaftliche Projekte: Unter den Wirtschaftsprojekten existieren regionale „Beschäftigungs-Projekte“. Sie könnten über spezielle Ausschreibungen in beachtlichem Umfang integraler Bestandteil künftiger Regionalentwicklungen werden. (Beispiel Cluster Optoelektronik Rathenow)

HTTP://WWW.OPTIKRATHENOW.DE

- Projekte sind zumeist zeitlich begrenzt. Dies bietet neben gewissen Nachteilen auch gewichtige Vorzüge. Zum einen zwingen projektgestützte Handlungsformen dazu, Zeit klarer zu strukturieren und gezielt mit dieser Ressource umzugehen. Zum anderen können so Routinen aufgebrochen und die Vorhaben durch Wiederholung verbessert werden.

Im Konzept dieses Berichtes werden Projektideen und Projektaktivitäten als zukunfts- und entwicklungsfähige Ansätze betrachtet. Unter der Voraussetzung von größeren Reformschritten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und der Sozialpolitik, bei denen zumindest das Modell einer bedarfsorientierten sozialen Grundeinkommens und die Reorganisation von Fördergrundsätzen und -praktiken realisiert sind, wäre eine Vielzahl von Projektmöglichkeiten absehbar.

Das Entstehen und die Ausweitung von „projektgestützten Sektoren“ kann einen beachtlichen Akteureinfluss verkörpern. Solche Entwicklungsprozesse entstehen natürlich nicht im Selbstlauf, sondern erfordern politische Auseinandersetzungen um neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Projekte als Orte von Selbstorganisation und Selbstbestimmung sind vor allem regional angesiedelt. Eine generelle Erweiterung landes- und kommunalpolitischer Entscheidungsmöglichkeiten stände allerdings als praktische Aufgabe auf der Tagesordnung, um den „Projekt-Gedanken“ tragfähig zu machen.

Weitere wichtige Schritte zur Entwicklung und Stärkung von Projekten beziehen sich vor allem auf folgende Aspekte:

Neue Finanzierungsansätze für Projekte, die in der Regel auf „Mischfinanzierungen“ in verschiedenen Varianten beruhen werden, Schaffung von regelmäßigen Ausschreibungsmechanismen u. a. Die bereits Anfang der 1990er Jahre diskutierten Gedanken, bei Wahlen eine „3. Stimme“ für Entscheidungen über einen Sektor sozialer Tätigkeiten zu ermöglichen bzw. eine „Bundeskammer für soziale Bewegungen“ zu installieren, wären wichtige Schritte in Richtung auf die anzustrebende Institutionalisierung projektgestützter Handlungsfelder (vgl. GYSI 1994: 8).

Projekte alternativer Lebensweisen: Sie stellen im Zusammenhang mit den genannten Varianten gleichsam „verstetigte Projekte“ dar, in denen selbst gewählte Arbeits-, Lebens- und Wohnformen praktiziert werden. Im engeren Sinne gibt es in Deutschland gegenwärtig etwa 30 bis 40 konkrete Alternativprojekte mit einigen Hundert Beteiligten. (Beispiel: Tauschringe)

WWW.TAUSCHRING-ARCHIV.DE

- Die Vereinfachung und größere Transparenz von Förderrichtlinien und -instrumenten, einschließlich demokratischer Teilhabe am Steuerungsprozess der Projektförderung.
- Möglichkeiten der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches regionaler Akteure als strategische Aufgabe (mindestens auf landespolitischer Ebene).
- Systematische Qualifizierung der Akteure auf der Grundlage leicht zugänglicher Angebote, wobei dieses Vorgehen selbst in „Projekte“ eingebunden sein kann.

Der Ansatz, dass sich Akteure in Projekten assoziieren und damit neue Tätigkeitsbereiche erschließen, könnte durchaus strategische gesellschaftspolitische Dimensionen gewinnen. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass ein solches Konzept gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft mit großen Schwierigkeiten und Widerständen

konfrontiert ist. Komplizierte Auseinandersetzungen sind zu erwarten, wenn es darum geht, den Projektgedanken als gesellschaftlich verbreitetes Strukturmodell überhaupt zu akzeptieren, ihn dabei nicht nur als „Nebenprodukt“ von Entwicklungslinien, sondern als ein von der Möglichkeit her aktivierendes Element für größere Bevölkerungsteile zu verstehen. Es ist abzusehen, dass sich dabei das Verhältnis von Projekten und Markt widersprüchlich gestalten wird. Das betrifft insbesondere Probleme der „Themenkonkurrenz“ und der Verteilung von Finanzierungsressourcen. Wie Erfahrungen zeigen, sind ferner die „Steuerungsmechanismen“ für die Projektverläufe auf Landes- und Kommunalebene eine schwierige Angelegenheit. Neu zu überdenken ist, wie dabei Selbständigkeit und Selbstorganisation der Projekte gewahrt bleiben und Misstrauen sowie Nepotismus und fehlende Transparenz erfolgreich bekämpft werden können.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass die politischen Auseinandersetzungen und Aktionen zur Thematik gleichzeitig auf mindestens zwei Ebenen geführt werden sollten: bundes- und landespolitisch zur Sicherung von Rahmenbedingungen für die sektorale Gesamtentwicklung und regional- sowie kommunalpolitisch zur Förderung elementarer Projektansätze. Für Akteure mit emanzipativen Zielen ergeben sich auf beiden Ebenen wichtige Aufgaben, wobei es als übergreifend bezeichnet werden kann, Kommunikationsprozesse zwischen den Projektbeteiligten zu befördern. Gelingt es, die Vernetzung einer großen Zahl von Projekten zu realisieren und ihnen im öffentlichen Diskurs eine „eigene Stimme“ zu verleihen, wäre ein nicht zu unterschätzender gesellschaftsgestaltender Schritt getan.

Öffentlichkeit – das Lebenselixier für Alternativen

In diese Richtung weisen auch Überlegungen, regelmäßige „Konferenzen“ bzw. einen „Rat“ von Projekten und Projektverbänden ins Leben zu rufen. Forderungen zur Bildung eines „Deutschen Rates für bürgerschaftliches Engagement“ gibt es bereits (WOLLMANN 2002: 111). Es zeichnen sich Wege ab, um die zeitlich und örtlich begrenzten Projektformen zu überschreiten und die Projektarbeit als selbständige Bewegung bzw. im „Anschluss“ an soziale Bewegungen zu verstetigen.

Zugespitzt könnte formuliert werden, dass die Stärke künftiger Akteurskonstellationen unmittelbar an das Schaffen neuer Öffentlichkeitsstrukturen und -mechanismen gebunden ist. Der Umgang mit Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung betrifft mehrere Ebenen:

Eine sehr wichtige Rolle spielen die durch lebensweltlich orientierte Aktivitäten selbst geschaffenen Öffentlichkeitsformen mit „unmittelbaren Erfahrungen“ von Wirklichkeit. Lassen sich über gezielte Reflexion und Austausch von Informationen relativ stabile „Alltagsöffentlichkeiten“ herstellen, dann hat dies Rückwirkungen auf die Einstellungen von Akteuren. Es kann empirisch nachgewiesen werden, dass für 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung „persönliche Gespräche mit Freunden“ gleichsam als Gegengewicht zu den Entwicklungen im massenmedialen Bereich die Erfahrungsquellen mit der höchsten Glaubwürdigkeit verkörpern (CHRAPA 2000: 13).

Noch stärker in den politischen Raum hinein wirken verschiedene Formen der so genannten institutionalisierten Gruppenöffentlichkeit (vgl. FAULSTICH 1999). Dies betrifft im Besonderen Möglichkeiten, die sich aus dem Wirken von „ExpertInnenkulturen“ ergeben. Öffentliche Konferenzen, Fachgutachten, „Gegenberichte“ u. ä. können wenn sie über längere Zeit systematisch mit den Bestrebungen von sozialen Bewegungen oder anderen Akteursgruppen verknüpft werden bedeutende Wirkungen haben. Gerade die Präsenz in verschiedenen kulturellen Szenen, in denen kreative Ideen und innovative Visionen diskutiert werden, ist für die Akteure gesellschaftlicher Aufbrüche unabdingbar.

Der Grad von Selbstbestimmtheit, den künftige Akteure anstreben, drückt sich auch im Umgang mit der massenmedial geprägten Öffentlichkeit aus. Aufgeschlossenheit gegenüber neuen technischen Möglichkeiten muss hierbei zweifellos mit medienkritischen Positionen einhergehen. Als wichtige Aufgabe emanzipativer Akteursgruppen kann deshalb das Bemühen um verbreitete Medienkompetenz bezeichnet werden.

„Medienkompetenz, die heute auch die Medien bis hin zu den machtvollen Postprintmedien einschließt, die unsere Informationslandschaft dominieren, hilft Menschen, in einer Kultur voller suggestiver Bilder, Worte und Geräusche Bedeutungen zu verstehen, zu erzeugen und selbst auszuhandeln. Ein medienkompetentes Individuum (jedem sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich dazu zu entwickeln) kann sowohl Printmedien wie elektronische Medien dekodieren, evaluieren, analysieren und herstellen. Das fundamentale Ziel der Medienkompetenz ist die kritische Autonomie der Person in ihrer Beziehung zu Medien aller Art.“

AUFDERHEIDE 1997: 79

„Diese Initiatoren (von Protesten) müssen allerdings hervorragende Theaterregisseure sein, kulturelle Nerven zu berühren wissen und die Medien mit live inszenierten Geschichten beliefern.“

BECK/ WILLMS 2000: 188

Mehr denn je hängt die Stärke von Akteuren im gesellschaftlich-politischen Raum von ihrer Wahrnehmung in der Medienöffentlichkeit ab. Die angeführten Beispiele wie auch aktuelle Untersuchungen aus anderen europäischen Ländern belegen, dass so genannte nicht

etablierte politische Akteure (soziale Bewegungen, Protestparteien, Nichtregierungsorganisationen) gerade durch ihre gezielten Medienpräsentationen beachtliche Wirkungen erreichen konnten.

Insgesamt geht es also um die erweiterte Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Öffentlichkeitsformen. Dabei muss immer wieder um die Möglichkeit gekämpft werden, medial vermittelten und oft herrschaftsgeprägten Deutungsmustern gesellschaftlicher Sachverhalte eigene Standpunkte und „Wahrheiten“ in kritisch-argumentativer Weise entgegenzusetzen zu können. Letztendlich berührt dies einen höchst bedeutsamen, ja entscheidenden Aspekt erfolgreicher Handlungsbestrebungen von Akteuren: Über eine veränderte Öffentlichkeit kann das eigene Handeln Legitimation erfahren, während in den Positionen von Kontrahenten Widersprüche aufgedeckt und sie damit delegitimiert werden.

Für tatsächliche Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen ist ein spürbarer Einfluss demokratischer Akteure auf die öffentliche Meinung in Alltagsöffentlichkeiten und durch Präsenz in den Medien unabdingbar.

Eine weitere Überlegung betrifft den *Widerspruch*, der zwischen dem Streben vielfältiger Akteursgruppen nach Selbstbestimmung und Teilhabe einerseits und den anscheinend unverrückbar stabilen Machtverhältnissen in heutigen Gesellschaften andererseits besteht.

„Die sozialen Bewegungen weisen im Vergleich zu ihren Gegnern, welche auf Kommunikations- und Fernsehberater zurückgreifen können, einen Rückstand von mehreren symbolischen Revolutionen auf.“

BOURDIEU 1998: 61

Es steht außer Zweifel, dass ein neuer verbreiteter Ansatz für das lebensweltlich-selbstbestimmte Agieren größerer Teile der Bevölkerung an Rahmenbedingungen gebunden ist, die gegenwärtig noch nicht existieren und die sich nicht im Selbstlauf herausbilden werden. Doch bereits erste Schritte in die Richtung des skizzierten

Entwicklungspfades bedürfen Auseinandersetzungen, die auf die Verschiebung von Eigentums- und Machtverhältnissen abzielen,

wobei die Felder der hier zu erwartenden Kämpfe nicht allein im Bereich lebensweltlichen Handelns liegen können. Ohne wirkungsmächtige Akteursverknüpfungen, die Einfluss auf Strukturen und Institutionen, auf das politische und kulturell-geistige „Kräfteverhältnis“ im makrosozialen Maßstab nehmen können, sind Aufbrüche wenig wahrscheinlich. Daraus folgen zwei wesentliche Erfordernisse für das künftige Handeln von Akteuren:

Zum einen gilt es bei notwendiger Beachtung der gegebenen Interessenunterschiede einen gewissen übergreifenden thematischen (Minimal-)Konsens anzustreben. Im Sinne des in diesem Bericht vertretenen Leitbildes betrifft dies vor allem folgende Elemente:

- Ablehnung und Ächtung von Gewalt und Krieg als Mittel von Politik, Verankerung ziviler Konfliktlösungsmechanismen;
- Schritte zur einflussnehmenden Kontrolle gegenüber global agierenden Finanzorganisationen und zur Unterstützung von gering entwickelten Regionen bzw. Ländern;
- Neugestaltung sozialer Sicherungssysteme und der Erwerbsarbeit, so dass Zugang zu Arbeit, Zeitsouveränität und der Sicherheitsfaktor „Grundeinkommen“ in Kombination treten können;
- neue Aktionsbedingungen für das Handeln in Räumen der Selbstorganisation von Bürgerinnen, darunter vor allem in sozial gesicherten Projektzusammenhängen;
- erweiterte Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger mindestens auf kommunaler und Landesebene, insbesondere zur selbstbestimmten Entscheidung über infrastrukturelle Gegebenheiten.

Zum anderen wird es darauf ankommen, die Koordination und das unmittelbare Zusammenwirken der vielfältigen Akteursbestrebungen zu verstärken. Vernetzungen über das Internet, wechselseitige Information, vor allem aber gemeinsame Aktionen sind dafür wichtige Schritte. Gerade Letzteres ist für die Ausstrahlung in die Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung. Gelingt es, eine Vielzahl von Gruppen und Initiativen in Form von „Event-Ketten“ (z. B. bei regelmäßigen Aktionstagen) zu mobilisieren, dann formieren sich sowohl sichtbare Gegenmächte als auch politische Lernräume. Kurz:

Die Geschichte ist offen!

| *Auf die Tagesordnung gerät die thematische und organisatorische Vernetzung unterschiedlichster Akteure.*

Ein abschließender Aspekt betrifft eine Frage, die wohl zu allen Zeiten Menschen beschäftigt hat, denen die Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität am Herzen lagen:

Können gesellschaftliche Verhältnisse tatsächlich „von unten“ durch das Handeln von selbstbestimmten Akteuren spürbar verändert werden? Wie geschichtliche Erfahrungen zeigen, gibt es darauf keine einfachen Antworten. Dennoch lassen sich Vorschläge unterbreiten, denen nicht nur Wünsche oder Träume, sondern faktengestützte Argumente zugrunde liegen.

„Vielleicht kann nur eine Bewegung mit kulturellem Überschuss Wirkungen auch in der Ökonomie auslösen: Wenn sich die Frage ‚Wie wollen wir leben?‘ notwendigerweise auch mit der Ökonomie verbindet. In den siebziger und achtziger Jahren sagte man: ‚Nicht mit der Atomkraft leben!‘ In den neunziger Jahren beginnt man sich zu weigern, mit Massenarmut oder mit politischer Apathie und Entfremdung wegen ökonomischer Unsicherheit zu leben.“

RASCHKE 1999: 79

möglich, wenn in großem Umfang emanzipative Bewegungen hervortreten, deren Merkmal es ist, dass darin die Einzelnen selbstbestimmt agieren können. Perspektiven für das Erstarken neuer Bewegungen sind vor allem in „lebenspolitischen“ und kulturell orientierten Ansätzen zu sehen, in denen Probleme der Lebensweise und der

„Wirkliches politisches Handeln besteht darin, sich der Kenntnis des Wahrscheinlichen zu bedienen, um die Chancen des Möglichen zu vergrößern. Sie steht im Gegensatz zum Utopismus, der hierin der Magie ähnlich kraft des performativen Diskurses auf die Welt einwirken will. Die Eigenheit des politischen Handelns ist darin zu sehen, dass es die in der sozialen Welt, in deren Widersprüchen oder immanenten Tendenzen angelegte Potenzialität zum Ausdruck bringt und ausnutzt.“

BOURDIEU 1993: 45-46

Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Berichtes vertreten weder die Forderung nach angeblich notwendigen Revolutions- oder gar Katastrophenszenarien, noch glauben sie an auf Selbstlauf beruhende Automatismen in der Gestaltung künftiger Gesellschaftsverhältnisse. Veränderungen werden nach ihrer Auffassung dann real

partizipativ geprägten Daseinsgestaltung thematisiert werden. Wenn es gelingt, dass solche Bewegungen sowohl in das Feld transnationaler Beziehungen (friedliche Konfliktlösungen, Kampf gegen Unterentwicklung) als auch in die Sphäre von Arbeit und Sozialem eingreifen, dann sind Veränderungsschübe in größerem Ausmaß abzusehen.

Die hier umrissenen und perspektivisch betrachteten Prozesse sind selbstverständlich alles andere als kurz gedachte „revolutionäre Aktionen“. Vielmehr wird es darum gehen, neue institutionelle Arrangements in der Gesellschaft zu befördern, die über lange Zeit wirken. Das gedankliche Modell angestrebter Veränderungen ist also das eines „*Wandels von und in institutionellen Settings*“, bei dem sowohl durch das Ringen um innovative Rahmenbedingungen (z. B. Gesetze, Schaffung von neuen Einrichtungen) als auch durch das Entstehen gewandelter Alltagsverhältnisse (Werte, kulturelle Gewohnheiten, Erfahrungsverdichtungen) Raum für den angestrebten Gesellschaftspfad frei wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt zumindest vorstellbar ist eine Entwicklung, die folgende eng miteinander verknüpfte Komplexe umfasst:

- Allgemein verbreiterte Bürgeraktivität zur Gestaltung eigener Angelegenheiten und energische Interessenvertretung auf der Grundlage sozialer Sicherheit, Festigung von Wertstrukturen und „Gewohnheiten“ der gesellschaftlichen Teilhabe;
- Entwicklung „verstetigter“ bürgerschaftlicher Institutionen in Form von Projektverbänden, Netzwerken und Bewegungen als kollektive Akteure und „Verhandlungspartner“ bei politischen und sozialen Forderungen, Sicherung von „sozialen Lernräumen“;
- (Neu-)Setzung von institutionellen Rahmenbedingungen (zumeist in Gesetzesform) in Hinsicht auf Friedenssicherung, Zugang zur Erwerbsarbeit, soziale Sicherheit und breite Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Der hier umrissene Weg wird mit Sicherheit lang und widersprüchlich sein. Er wird ohne „historisches Subjekt“ oder „führenden Akteur“ zu begehen sein. Doch die damit verknüpfte Vielfalt ist als Chance zu begreifen. Nur wenn jede und jeder für sich selbst spricht, werden die Ziele „Selbstbestimmung und Solidarität“ nicht aus den Augen verloren. Nur dann wird es möglich, zu leben statt gelebt zu werden.

Sachwortverzeichnis

- ABONG 314
- Aids
Kampf für Zugang zu billigen
Arzneien 307
- Akkumulationsregime
Definition 21
- Akkumulationsregime des
Fordismus
seine Auflösung 51
seine Grundproportionen 32
- Akteure
gesellschaftliche Konfliktlagen
und Handeln 278
- Großorganisationen (Parteien,
Gewerkschaften, Kirchen
etc.) 282
- Gruppen als A. 282
- Individuen als A. 282
- Initiativen, soziale
Bewegungen usw. 282
- kollektive A. der Regulation
..... 247
- lebensweltlicher Raum ihres
Handelns 278
- methodologischer Ansatz 276–
82
- selbstbestimmte A. 278
- Spektrum von A. 281–84
- traditionelle und neue .. 295–97
- Ursachen emanzipativen
Handelns 316
- Wählerschaften 282
- Akteure der Zukunft
Chancen der Mobilisierung für
emanzipative
Reformalternativen.. 316–29
- Alternative
Grundzüge von
Reformalternativen..... 105
- Alternativen 161, 162
auf dem Gebiet der Arbeit . 160
- Einstieg in alternative
Entwicklung..... 83
- Einstieg in alternative
Entwicklungen . 103, 210–12
- emanzipative
Reformalternativen... 83, 86,
89
- gesellschaftliche Diskussion.. 8
- Grundzüge von
Reformalternativen... 89, 96,
132–45
- Wirtschaftspolitik 245
- Angst
soziale Angst vor dem Abstieg
und dem Unten der
Gesellschaft 92
- Ängste der Bevölkerung 10
- Annan, Kofi 307
- Anti-AKW-Bewegung ... 300–302
- Arbeit
als Freiheitsgut 127
- durch Wachstum..... 233
- ein menschliches Maß ..221–23
- Recht auf A. 179
- und Bildung*..... 168–77
- und Strukturwandel... 229, 244
- Arbeiterbewegung 37
- Arbeitsgesellschaft
die Krise der A. 158
- Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik 260
- Arbeitslosigkeit 12, 227
- Arbeitsmärkte
Übergangsmärkte.... 228

Arbeitsmarktpolitik	
mehrdimensionaler Ansatz	
.....	165–67
Arbeitspolitik	
alternative A.	157
Ausgangsbedingungen	
alternativer A.	157
Arbeitsproduktivität	
Steigerung im Verhältnis zum	
Bruttosozialprodukt	33
Arbeitsteilung	
geschlechterspezifische A. .	192
MigrantInnen	193
Arbeitszeit	
Arbeitszeitverkürzung und	
Lohnausgleich	186–88
neuer Arbeitszeitstandard	185–
86	
Teilzeitarbeit	188–89
Überstundenabbau	189
Verkürzung der A.	178–90
Vorteile der Verkürzung der	
A.	180–82
Arbeitszeitverkürzung	
Widerstände	182–84
Armut	113, 114
in der "Dritten Welt"	83
untere Schichten	83
Ärzte ohne Grenzen	307
Attac	130, 312
Aufrüstung	
neue Welle seit Ende der	
neunziger Jahre	51
Ausbeutung	83, 106, 111, 114,
122	
des Südens	119
Basisinnovationen	
als Bedingung eines neuen	
Entwicklungspfades	39
Betriebsräte	
als Akteure sozialer Kämpfe	
.....	297
Bildung	
als Freiheitsgut	177
als Zeitpolitik	169
berufliche B.	173–74
Defizite in Deutschland	168
für offenen Wandel	170
integrative Schule	174
Modernität der B.	172
und MigrantInnen	172
und	
Persönlichkeitsentwicklung	
.....	170
und Privatisierung	169
und Problemorientierung .	170–
71	
vorschulische B.	172
Bildung und Kultur	
als Freiheitsgut	127–28
Binnenmarkt	
Stabilisierung des B.	214
Bourdieu, Pierre	309
Brasilianisierung	196–97
BRD	
Fahrstuhleffekt der fünfziger	
Jahre	12
Brecht, Bertolt	94
Bretton Woods	41
Bürgerarbeit	198–200
Bürgergeld	198–200, 206
Bürokratisierung	262
Club of Rome	
der erste Bericht von 1972 ...	45
CUT	314
Daseinsvorsorge	
öffentliche	242
private	242
DDR	
Bildungssystem	171

die arbeiterliche Gesellschaft	
.....	12
Rolle von Repression.....	96
Demokratie	
Einschränkung im Gefolge der	
neoliberalen Offensive.....	51
Entfremdung der politischen	
Elite.....	13
Erneuerung der D.....	138–39
Gefährdung der D.	138–39
Passivität der Bevölkerung ..	14
von unten.....	246
Demokratische Partizipation	
als Freiheitsgut	125
Demokratisierung	
direkte Demokratie	303–5
und Regionalisierung ..	241–42
und soziales Handeln	302
Volksentscheide.....	303
Deregulierung.....	245
Deutschland	
Blockadesituation	317
Dienstleistungen	
humanorientierte D. ...	230, 235
humanorientierte D. und	
Arbeitspolitik	235
Dritte Wege der	
Sozialdemokratie	8
Grundzüge.....	75–79
Dritter Sektor.....	264–70
Anteil an der Beschäftigung	
.....	266
in linken Diskursen	269
unterschiedliche Konzepte.	267
Effizienzökonomie.....	84, 86, 87
Effizienzrevolution	230, 234, 236
Eigenarbeit	192–95, 202, 222
Eigentum	
und Gerechtigkeit.....	108
und Macht	107
Einstellungen der Bevölkerung	
zu eigenem aktiven Handeln	14
zu Freiheit und Gleichheit ...	15
zu Notwendigkeit des Wandels	
.....	14
Zufriedenheit.....	9
Eliten	
ihre Lernfähigkeit	40
Emanzipation	132
Emanzipationsprojekte.....	20
Emanzipative Bewegungen	
in Vergangenheit und	
Gegenwart	129–30
Emanzipative Diskurse	
Bündnis der soziale Mitte und	
der Unterschichten gegen	
Herrschaft.....	95
Entbürokratisierung	249
Entdemokratisierung.....	51
Entwicklungsländer	
Krise der Entwicklung	56
Entwicklungspfade	
Definition.....	20
ihre Entstehung und	
Durchsetzung.....	22
postfordistische E.	84
Entwicklungspfade der ersten	
Hälfte des 20. Jahrhunderts	
Sozialstaatlicher Kapitalismus,	
Staatssozialismus,	
Nationalsozialismus und	
Faschismus	21
Entwicklungspfade moderner	
Gesellschaften	
in der 1. Hälfte des 20.	
Jahrhunderts.....	21
Entwicklungspolitik	
kreditfinanzierte Entwicklung	
.....	56

Spirale von Verschuldung, sozialer Desintegration und Unterentwicklung	56	Flexibilisierung der Arbeit fremd- und selbstbestimmte F.	159
Erster Weltkrieg.....	19	Flexibilität	202
Erwerbsarbeit	222	Ford, Henry	55
und Eigenarbeit	<i>Siehe</i>	sein Freiheitsverständnis	58
unbezahlte Arbeit		Fordismus	
Erwerbsgesellschaft		Entstehung	18, 29
fordistisches patriarchalisches Modell	37	fünffache Krise	68
<i>Krise der E.</i>	54	Gleichgewichte des F. ...	32–36
EuroMärsche	310	Grundmerkmale	19
Europäische Gemeinschaft	37	Krise des F.....	86, 163
Europäische Kommission.....	262	fordistische Spirale	30, 55
Ambivalenzen ihrer Politik	271	Fordistischer	
Sozialpolitik.....	271	Verteilungskompromiss.....	31
wirtschaftspolitische Ziele der K.	271	Fordistisch-sozialstaatlicher Kapitalismus	
Europäische Union		als Ergebnis verschiedener Faktoren.....	39
Alternativen zur gegenwärtigen Politik ..	271– 73	als Lösung der Krise des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts	30
Wirtschaftspolitik in der EU	270–75	fünffache Krise	68
Europäische Zentralbank	251	Grundmerkmale	36
Europäisches Sozialforum.....	315	Grundzüge seiner Krise	43
EZLN.....	309	seine Entstehung	27, 29
Faschismus		Frauenbewegung.....	37
als Entwicklungspfad des 20. Jahrhunderts	20	Frauenerwerbsquote	
Finanzmärkte.....	256	Ansteigen	50
Bedeutungszuwachs	64	Freiheit	
Finanzpolitik		als Aufgabe.....	134
und Arbeitspolitik	254–55	als Wahlmöglichkeit.....	143
und Umbau der Arbeitsverhältnisse..	251–62	Freiheitsgüter	88
Flexibilisierung	201, 225, 226	individuelle	120
der Arbeit	186	und Gleichheit.....	120–21, 129, 134
und Zerstörung des Charakters	136	und Solidarität.....	122
		und soziale Gleichheit	130
		und Wahlmöglichkeiten.....	135
		Werteinstellungen.....	15

Freiheitsgüter ...112, 122–28, 212	Gesellschaftliche Krise
die wichtigsten F..... 124	als Ausgangspunkt für neue
und Gerechtigkeit.....110, 131	Entwicklungspfade..... 22
und Selbstbestimmung 122	Gewerkschaften
Frieden und Gewaltfreiheit	als Gegenmacht225–28
als Freiheitsgut 125–26	Gleichgewichte
GATT37	einer postfordistischen
Geld- und Kreditpolitik	Ökonomie84, 85–88
und Umbau der	postfordistische Ökonomie 157
Arbeitsverhältnisse.. 251–62	Gleichheit
Geldpolitik	der Verschiedenen107, 123
der EZB..... 252–53	und Leistung..... 107
und Arbeitspolitik 252	Werteeinstellungen 15
Gerechtigkeit..... 119	Globale Bewegungen
der Blick von unten..... 112	ihre Entstehung..... 14
Grundprinzipien..... 112	Globale Gegenbewegung 306
Politik der G..... 112	Globale Revolution
Positionen von John Rawls 112	drei Dimensionen..... 102–3
Steuergerechtigkeit 257–58	Globaler Kapitalismus
und Eigentum 108	Verhältnis von Metropolen
und Freiheitsgüter 124	und Peripherie nach dem 2.
und Gleichheit 106	Weltkrieg..... 35
und Leistung..... 107	Globalisierung..... 246
und Menschenrechte 108	alternative Akteure305–15
und Partizipation..... 112	Ambivalenzen der G..... 66
und Umbau der Arbeitswelt	Konflikte..... 316
..... 160	postfordistische G..... 84
Verfahrensgerechtigkeit 113	und die 5 postfordistischen
Gerechtigkeitsdiskurs	Krisen..... 67
der neuen Sozialdemokratie	Globalisierung der
..... 115–20	Entscheidungsprozesse..... 51
des Neoliberalismus 113–20	Globalisierungskritische
Geschichte	Bewegungen.....305–15
Offenheit 8, 22	Gorz, André 306
Geschichtsmodelle	Große Weltwirtschaftskrise..... 30
Abschied vom	Grundeinkommen .. 210–12, 201–
mechanistischen	14
Determinismus 277	als Bürgerrecht211–12
Geschlechtergerechtigkeit 200,	bedarfsorientiertes G..... 202
225	

gegensätzliche Konzepte .205–10	Handlungsmotivation
mögliche Ausgestaltung 204–7	Werte als Grundlage.....281
seine Wirkungen202–4	Hartz-Konzept
Grundrechte.....38	die Ich-AG.....97
Günstigkeitsprinzip 226, 227	Haushaltspolitik254
Handeln von Akteuren	Hegemonie 21, 84
Anti-AKW-Bewegung.....300–302	Herrschaftsdiskurse.....93
auf globaler Ebene	als Angstdiskurse.....92
alternative Akteure .. 305–15	das Bündnis von Oben und
auf regionaler Ebene ... 291–94	Mitte der Gesellschaft gegen
begünstigende Faktoren...289–90, 302–3	"Unten"92
Betriebsräte.....297	Grundkonsens.....95
bürgerschaftliches	machen das Unten einer
Engagement286	Gesellschaft unsichtbar ...94
es beginnt bei den einzelnen	Herrschaftsprojekte20
.....318	Horror der Ökonomie 16
Gewerkschaften 298–300	Individualität
hemmende Faktoren ... 288–89	statt Funktionalität 160
im makrosozialen Raum....279	und Arbeit228
im mikrosozialen Raum....278	Innovationen
keine automatische Folge von	und Arbeit.....230
Lebenslagen280	und Arbeitspolitik238
Möglichkeitsräume.....279	und Nachhaltigkeit238
Öffentlichkeit als Bedingung	Internationale Institutionen.....37
..... 324–26	Internationaler Währungsfonds37
Rolle von sozialen	Investitionen
Lernprozessen319	öffentliche256
und Demokratisierung als	Verhältnis von Erweiterungs-
Bedingung und Resultat	und
..... 303–5	Rationalisierungsinvestition
und institutioneller Wandel329	en34
Vernetzung als Bedingung.327	Jesus von Nazareth.....96
zivilgesellschaftlicher Raum	Kalter Krieg
.....317	Einfluss auf Entwicklungshilfe
Handlungsanlässe56
Betroffenheit..... 280–81	Kapitalismus..... <i>Siehe</i>
Handlungsformen 284–85	monopolistischer und
	imperialistischer Kapitalismus
	<i>Siehe</i> fordistisch-
	sozialstaatlicher Kapitalismus

des 19. Jahrhunderts.....	27	Lebensweisen.....	85, 222
Legitimationsprobleme.....	40	Wandel der L....	214, 230, 234, 236
Möglichkeiten seiner Reform und Transformation.....	41	Lebenswelt.....	90
Kapitalismus des 19. Jahrhunderts		Lebensweltliche Perspektive	145, 150–51
Potenziale und Grenzen.....	27	im Zusammenhang mit Macht- und Lebenswelt.....	151–56
seine Krise.....	29	Lebenweisen	
kapitalistische Akkumulation		Wandel der L.....	181
das allgemeine Gesetz.....	28	Leistung	
kapitalistische Moderne		und soziale Sicherheit.....	140
ihre Entstehung als Revolution	101	Leistungsgerechtigkeit ...	107, 115
Kapitalverwertung		Leitbild	
und Sozialstaat.....	42	alternatives L.....	88, 91
Kirchen		Definition	
und ihre Globalisierungskritik	311	Menschenbild.....	38
Kleine und mittlere Unternehmen (KMU).....	253	des Berichts.....	132, 278
Kommunen		des Fordismus.....	38
kommunale Selbstverwaltung	241	des Neoliberalismus.....	96–98
Kommunalfinanzen.....	242	Leitbild des Berichts.....	99, 327
Konsumgesellschaft.....	37	Menschen, die über die sozialen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit verfügen	91
Kräfteverhältnis		selbstbestimmte Partizipation	99
zwischen Kapital und Arbeit	41	Leitidee.....	7
zwischen Kapital und Arbeit ist veränderbar.....	42	Lernen	
Kreditpolitik.....	254	soziales L.	
Krise		fördernde Bedingungen .	319
Hauptelemente der gegenwärtigen Krise.....	52	soziales L. als Bedingung von Handeln.....	319
<i>Krise der Erwerbsgesellschaft.</i>	54	Lohn	
Krise der internationalen Sicherheit.....	57	Kombilohn ...	207, 209, 216–17
Kündigungsschutz.....	227	Lohnforderungen	
Le Monde Diplomatique.....	312	der Gewerkschaften und Arbeitsmarktpolitik.....	216
Leben, statt gelebt zu werden	101, 157, 160, 281, 315	Lohnpolitik.....	220–21, 228

solidarische	228	als Entwicklungspfad des 20.	
Lohnquote	219	Jahrhunderts	20
Machtperspektive.....	145, 150	Neoliberale Gegenoffensive	42
im Zusammenhang mit		Neoliberalismus	8
System- und Lebenswelt		Ablösung der Vorherrschaft	
.....	151–56	des Sozialreformismus	71
Machtstrukturen.....	90	das Bündnis von kreativen	
Marktmechanismus	245, 248	Mittelschichten und	
Grenzen des M.....	190	Finanzkapital.....	96
und Regulation.....	248	Grundzüge des N.....	71–75
Wirkungen des M.....	246	herrschaftskonforme	
Marx, Karl		Ausrichtung der Revolution	
sein emanzipatives Programm		der Produktivkräfte.....	97
.....	96	Leitbild	96–98
Masseneinkommen		der sich selbst vermarktende	
Entwicklung des M.	214	Mensch	97
und Ursachen der		seine Mythen	139–41
Arbeitslosigkeit	215–16	Netzwerk Peoples' Global Action	
Menschenrechte		(PGA).....	311
und Gerechtigkeit.....	108	Netzwerke einer demokratischen	
Militärausgaben		Gegenkultur	320
Steigerung seit Ende der		Neue soziale Bewegungen.....	44
neunziger Jahre	57	der sechziger und siebziger	
Mittelschichten	95	Jahre	43
Mittelstandsgesellschaft		New Deal	41
im Fordismus.....	36	und neuer Typ des	
Moderner Parteienstaat.....	37	Kapitalismus	30
Monopolistischer und		Niedriglohnstrategie.....	206, 207,
imperialistischer Kapitalismus		216–17	
seine Krise.....	18	Non-Profit-Sektor	<i>Siehe</i> Dritter
Movimento Siem Tera (die		Sektor	
Assoziation der Landlosen		Nord-Süd-Verhältnis 35, 165, 237	
Brasiliens)	314	Normalarbeitsverhältnis	
Multilaterale Abkommen zum		neues	161, 200, 221
Schutz von Investitionen		und soziale Unterklassen ...	197
(M.A.I.)		Öffentlich geförderter	
Kampf dagegen.....	308	Beschäftigungssektor (ÖBS)	
NAFTA.....	309	264
Nationalsozialismus		Perspektiven	270
		Öffentliche Güter	<i>Siehe</i>
		Freiheitsgüter	

Öffentlicher Dienst	262	Entfremdung	13
Öffentlichkeit		Postfordistische Ökonomie	84
Bedingung sozialen Handelns		Privatisierung	235, 245
.....	324	Profitdominanz.....	111, 116, 141,
Ohnmachtgefühle	14	176, 224, 232, 254	
Ökologische Krise.....	52	Kampf gegen die P.....	305–15
Ökologischer Umbau		und Marktmechanismus	246
und Arbeit	230	Programme	
und Arbeitspolitik	235	öffentliche	
Ökonomie		Investitionsprogramme ..	259
des Postfordismus ..	85, 86, 163	öffentliche	
Effizienzökonomie	84, 87	Wirtschaftsprogramme	260–
Oligarchische Herrschaft		62	
in der Gegenwart	51	RAISONS D'AGIR.....	310
Ostdeutschland		Regionalisierung	
Einkommen	221	alternative R.....	239–41
Infrastrukturentwicklung ...	259	den Interessen transnationaler	
KMU in Ostdeutschland ...	223	Unternehmen untergeordnet	
Kommunalfinanzen	243	238–39
Kreditpolitik für KMU	254	und Arbeitspolitik	238–43
Regionalisierung.....	240	und Demokratie ...	240, 241–42
Regulationsdefizite	262	veränderte Förderpolitik....	243
Ost-West-Unterschiede		Regulationsweise	
bei Einstellungen zu Freiheit		Umbruchkrise des Fordismus	
und Gleichheit	15	65
Parteien		Wandel der R.....	246–51, 259,
linke Parteien und		262	
Bewegungen	297	Reichtum	
Partizipation	112, 164	falsche Nutzung.....	8
und soziale Sicherheit	128	Ressourceneffizienz.....	85, 164
Patriarchale Kleinfamilie		Revolution	
als eine Grundlage des		dreifach	
Fordismus	36	Verhältnis zur Natur, der	
Auflösung.....	50	Menschen zueinander und	
Patriarchat		zu sich selbst.....	99
modernes Patriarchat des		Russische Revolution	
Fordismus	58	von 1917	19
Pharmakonzerne		Sachzwangideologie	8
ihre Profite und Aids.....	307	Schuldendienst	
Politische Elite		des Südens	52

Seattle	
Demonstration gegen WTO	
.....	313
Selbstbestimmung.....	94, 96, 98, 103, 131, 133–34, 143, 277
individuelle S.....	247
statt Funktionalität	160
und Freiheitsgüter	122, 136
und Gerechtigkeit	119
und soziale Sicherheit.....	130, 144, 287
und soziales Engagement.	286–88
und Zusammenhänge sozialer Systeme	148
Selbstorganisation.....	278
Selbstvermarktung ...	83, 93, 136–38
Sexuelle Revolution.....	43
Shareholder Value.....	97
Sinnkrise	58
Sozialcharta der Europäischen Union	311
Sozialdemokratie	
Dritte Wege der S.....	79
ihr Gerechtigkeitsdiskurs .	115–20
Umgestaltung der Arbeit ...	160
soziale Bewegungen.....	282
Soziale Frage	
Aktualität.....	12
Soziale Kämpfe	
Verlagerung auf Kampf um anderes Leben	43
Soziale Polarisierung.....	13
in der Krise des Fordismus ..	50
<i>und Krise der Erwerbsgesellschaft.....</i>	54
Soziale Projekte	
befördern soziales Engagement	321–24
Soziale Sicherheit	
als Freiheitsgut.....	128
Soziale Sicherungssysteme	
Einführung.....	30
Soziale Systeme.....	90
Soziale Wahrnehmung	
der Blick von unten und seine Bedeutung	92
Sozialer Wandel	
Einstellung der Bevölkerung	14
Sozialhilfe	227
Sozialleistungen	
als Kostenfaktor	140
Problem von Missbrauch...	140
und Privatisierung	140
Sozialleistungsquote	139
Sozialpolitik	128, 135
alternative S.....	141–45
Sozialreformismus	
als Ideologie des Fordismus.	69
Sozialstaat	
sein fordistisches Modell.....	37
Sozialstaatlicher Kapitalismus	
als Entwicklungspfad des 20. Jahrhunderts	20
Staat	
bürgernaher	
Dienstleistungsstaat	263
Druck der transnationalen Konzerne	249
gestaltende Aufgaben	233
gestaltender Akteur der Regulation.....	249
und Gesellschaft.....	241
und Regionalisierung.....	241
Staatsquote	42
Staatssozialismus	147

als Entwicklungspfad des 20. Jahrhunderts	20	gerechte.....	115, 117–18
Steuergerechtigkeit	257–58	gerechte U.	110
Steuersenkung		soziale U.	108
kein Patentrezept.....	256	soziale U. und Bildung.....	174, 175–76
Systemauseinandersetzung		UNO	
ihre Rolle für die innere Entwicklung der westlichen Staaten.....	40	ihre Schwächung nach dem Kalten Krieg	57
Systemperspektive ...	145, 146–49	USA.....	309
im Zusammenhang mit Macht und Lebenswelt	151–56	Antwort auf Terroranschlag des 11. September.....	57
Tarifabkommen	31	Utopie	
Tarifautonomie	225–28	Leitidee des Berichts.....	7
Tarifverträge.....	225, 227	Versailler Vertrag	41
Tarifvorrang	225, 227	Vision	9, 195, 281
Terms of trade		Vollbeschäftigung	197
ungleicher Handel zwischen Nord und Süd.....	56	neue Art der V. ..	84, 158, 161– 67, 182, 198–200, 245
Terror der Ökonomie	79	Vision einer neuen V.	195
Theoretische Grundlagen		Wachstum.....	86
des Berichts	156	als Sackgasse..	229–30, 232–33
Transformation		Wachstumskritik	234
als Überwindung des Kapitalismus ..	101, 103, 105	Weltbank	37
von vorkapitalistischen Gesellschaften hin zum Kapitalismus	99–101	Weltsozialforum.....	129, 314
Transnationale Konzerne		Weltwirtschaft	
Herrschaft der TNK	64	Neuordnung der W.	87
Überstundenabbau	189	Werte	
Umbau	<i>Siehe</i> Ökologischer Umbau	Vereinbarkeit von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit	15
ökologischer U.....	236–37	Wertewandel	
Umbruchkrise.....	24, 26	seit den sechziger Jahren	58
Umverteilung ...	84, 86, 106, 227, 255	Wettbewerbsstaaten	
neoliberale U.	113, 119	Verwandlung des Nationalstaates.....	51
Verteilungsspielraum ..	220–21	Wirtschaftspolitik	258
Ungleichheit		alternative W.....	245
		Demokratisierung der W... ..	260
		makroökonomische W.....	244
		regionale W.....	223

Wirtschaftspolitik, makroökonomische Alternativen	273	WTO.....	313
Wirtschaftsregulierung internationale W.....	250	Zapatistas	306
Wohlfahrtskapitalismus als Entwicklungspfad des 20. Jahrhunderts	20	ihr emanzipatorisches Projekt	103
Wohlstand der Arbeiter und Angestellten als Säule von Wachstum und Kapitalverwertung	31	Ziele sozialer Entwicklung des Berichts	7
World Alliance for Citizen Participation.....	308	Zivilgesellschaft.....	246
		Zusammenhang von Lebenswelt, Machtstrukturen und sozialen Systemen	89
		Zweiter Weltkrieg.....	19

Literaturverzeichnis

- ABSCHLUSSERKLÄRUNG VON PORTO ALEGRE 2, 2002.
www.linkeseite.de/Texte
- ÄRZTE OHNE GRENZEN – MÉDICINS SANS FRONTIÈRES (MSF),
<http://www.msf.org/>
- AHRENDTS, KLAUS, 2000: Wirtschaftliche und soziale Lage der Selbständigen in den neuen Bundesländern. Berlin
- AKTIONSGRUPPE BABYNAHRUNG (AGB),
<http://www.babynahrung.org/>
- ALLBUS 1991 – 2000. Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage. Köln/Mannheim
- AMERIKANISCHE WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTLERINNEN, 1999: Erklärung an ihre deutschen Kollegen: Vorzüge studieren statt Fehler korrigieren. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11
- ANTIATOMBUCH : Atomkraftwerke – unsicher und grundrechtswidrig. Ein Bericht über Kernschmelzgefahr und Grundrechtsbeeinträchtigungen. <http://www.comlink.apc.org/biu/atombuch/teil1.htm>
- ANXO, DOMINIQUE/O'REILLY, JACQUELINE 2002: Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmärkte in vergleichender Perspektive. WZB. discussion paper FSI 00-205. Berlin
- ARBEITSGEMEINSCHAFT WIRTSCHAFTSPOLITIK BEIM
PARTEIVORSTAND DER PDS, 2002: Diskussionsangebot zur Wirtschaftspolitik der PDS. Kurzfassung. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik der PDS Heft 3
- ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2001a: Beschäftigungspolitik in einem starken Sozialstaat. Memorandum 2001. Köln
- ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2001b: Beschäftigungspolitik in einem starken Sozialstaat. Memorandum 2001 (Auszug). In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 5
- AUFDERHEIDE, PETER, 1997: Media literacy: from a report of the National Leadership Konferenz on Media Literacy, in: Media literacy in the information age. New Brunswick
- AXELROD, ROBERT, 2000: Die Evolution der Kooperation. München
- BANDURA, ALFRED, 1986: Social Foundations of Thought and Action, Englewood
- BECK, ULRICH 2000: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt am Main/New York

- BECK, ULRICH 2000: Modell Bürgerarbeit. In: ders.: Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt am Main/New York
- BECK, ULRICH 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main
- BECK, ULRICH, 1997: Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main
- BECK, ULRICH/WILLMS, JOHANNES, 2000: Freiheit oder Kapitalismus. Frankfurt am Main
- BEDAU, KLAUS DIETRICH, 1998: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. In: DIW, Beitrag zur Strukturforchung, Heft 173
- BEIER, ANGELIKA/BISCHOFF, JOACHIM/DETJE, RICHARD/GERNTKE, AXEL/GOTTWALD, GABY/KLUTE, JÜRGEN/SCHMIDT, INGO/ SCHRÖDER, PAUL/STEFFEN, JOHANNES/TROOST AXEL/OERTZEN, PETER/ WENDL, MICHAEL, 2002: Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005? Zur Kritik der Hartz-Kommission. In: Wissen Transfer. Hamburg
- BENZ, ARTHUR 1998: Regionalisierung als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Kommunen. In: Benz, Arthur/Holtmann, Everhard: Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer. Opladen
- BERGMANN, F. 1998: New Work. Neue Arbeitsmodelle für die Zukunft. In: Zukunft, Nr. 23
- BERND, ENNO/METZNER, ANDRÉ, 2000: Am Fuße des Leuchtturms ist es dunkel. Bridging the gap of uncertainty. Daimler-Chrysler. Forschungsbereich Gesellschaft und Technologie FT 4/6t
- BISCHOFF, JOACHIM/MÜLLER BERNHARD: Europa auf dem Weg nach rechts? Der Aufstieg des Rechtspopulismus. In: Sozialismus, Juni
- BISPINK, R. 2000: Tarifentgelt nach Leistung und Erfolg – Regelungen in ausgewählten Tarifbereichen. In: WSI in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): WSI Tarifhandbuch. Frankfurt am Main
- BLOM-GEENEN, Sabine, 2001: Zukunft der Arbeit. In: IG Metall: Mentorenberichte zu den Leitthemen der Zukunftsdebatte
- BOSCH, GERHARD/KALINA, THORSTEN/LEHNDORFF, STEFFEN/WAGNER, ALEXANDRA/WEINKOPF, CLAUDIA, 2001: Zur Zukunft der Erwerbsarbeit. Eine Positionsbestimmung auf der Basis einer Analyse kontroverser wissenschaftlicher Debatten. Gelsenkirchen
- BOURDIEU, PIERRE, 1991: Die Intellektuellen und die Macht. Hamburg

- BOURDIEU, PIERRE, 1993: Soziologische Fragen. Frankfurt am Main
- BOURDIEU, PIERRE, 1997a: Das Elend der Welt. Konstanz
- BOURDIEU, PIERRE, 1997b : Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg
- BOURDIEU, PIERRE, 1998: Gegenfeuer. Hamburg
- BOURDIEU, PIERRE, 2002a : Für eine neue europäische Aufklärung. In: Utopie kreativ, 139. Berlin
- BOURDIEU, PIERRE, 2002b : Die Neue Welt und neue Herausforderungen an Linke. In: Alternativ/Alternatives 2/2002. Moskau
- BRÄHLER, ELMAR, 2001: Befindlichkeiten und Zukunftsberatungen in Ost- und Westdeutschland 10 Jahre nach der Wende – Ergebnisse zweier Repräsentationsbefragungen. Leipzig
- BRECHT, BERTOLT, 1973: Das Leben des Galilei, Stücke. Berlin
- BRECHT, BERTOLT, 1976: Gesammelte Gedichte, Bd. 4. Frankfurt am Main
- BRENNER, ROBERT 2002: Die weltwirtschaftliche Rezession beginnt. Eine Diagnose. In: Sozialismus, Heft 2
- BRIE, MICHAEL/KLEIN, DIETER (HRSG.), 1997: Zur Programmatik des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin
- BRUCKMEIER, KARL, 1997: NGO-Netzwerke als globale Umweltakteure. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen
- BUCHHOLZ, UDO/EHMKE, PAUL/REIMAR, WOLFGANG/SIEGLER, BERND/STORIM, FRITZ, 1997: ... und auch nicht anderswo. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Göttingen. <http://onewordweb.de/castor/material/buecher/antiakw.html>
- BULMAHN, EDELGARD/CLEMENT, WOLFGANG 2000: Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Für eine neue Bildungsinitiative. Berlin
- BUND/MISEREOR (HRSG.), 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag in einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel/Boston/Berlin
- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KRITISCHER POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN (Hamburger Signal) e.V., <http://www.kritische-polizisten.de>
- BUNDESMANN-JANSEN, JÖRG/GROSS, HERMANN/MUNZ, EVA 2000: Arbeitszeit '99. Ergebnisse einer repräsentativen Beschäftigtenbefragung zu traditionellen und neuen Arbeitsformen in der Bundesrepublik Deutschland. ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen. Köln

- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG, 2000: Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung. Neue Herausforderungen für Forschung und Politik im Spannungsfeld zwischen Schwarzarbeit, Eigenarbeit, Ehrenamt und Drittem Sektor, Grundlagen für eine Europäische Forschungsagenda. Bonn
- CARLSON, LEWIS/UNGER, FRANK, 1994: Highland Park oder die Zukunft der Stadt. Berlin/Weimar
- CHRAPA, MICHAEL, 2000: Mediennutzung und Problembewusstsein der Bevölkerung in modernisierten Gesellschaften. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nr. 10. Berlin
- CHRAPA, MICHAEL, 2001: Ostdeutsche Eliten. Studie. Halle
- CHRAPA, MICHAEL, 2002 : Aufbruch 2002? Studie des Fokus-Instituts. Halle
- CHRAPA, MICHAEL/WITTICH, DIETMAR, 2001a: Zwischen den Wahlen. Studie. Berlin
- CHRAPA, MICHAEL/WITTICH, DIETMAR, 2001b: Bürgermeinung 2001. Berlin/Halle
- CHRISTEN, CHRISTIAN/KAHRS, HORST/WEISE, KLAUS, 2000: Wertschöpfungsabgabe statt lohnbezogener Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Sozialversicherungen. Ein Diskussionsangebot des Vorstandes der PDS-Bundestagsfraktion. Berlin
- CLEMENT, WOLFGANG, 2000: Rede anlässlich des „Forums Grundwerte: Gerechtigkeit“ der SPD: Durch innovative Politik zu gerechter Teilhabe. 26. April 2000. <http://www.spd.de/events/grundwerte/clement.htm>
- CLUB OF ROME (HRSG.), 1992: Die erste globale Revolution. Frankfurt am Main
- CLUSTER OPTOELEKTRONIK RATHENOW. <http://www.optikrathenow.de>
- CONERT, HANSGEORG, 1998: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster
- COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN 2000: Tödliche Bayer-Pestizide im Bananenbau. Nr. 7
- CORP WATCH.ORG. <http://www.corpwatch.org/>
- DAHRENDORF, RALF, 2000: Die globale Krise und die neue Ungleichheit. In: Merkur, H. 11
- DARMSTÄDTER SIGNAL. <http://www.darmstaedter-signal.de>
- DAS WELT-SOZIAL-FORUM IN PORTO ALEGRE. <http://www.brangsch.de/weltsozialforum>

- DELLHEIM, JUDITH, 1994: Ostdeutsche Initiative von Betriebs- und Personalräten – Kritik an bornierten Gewerkschaftsstrukturen. In: Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 23. Bonn
- DELLHEIM, JUDITH/THOMAS, MICHAEL/ZASKE, MICHAEL/BRIE, ANDRÉ, 2002: Kooperation von Akteuren contra Kapitulation vor „Globalisierungszwängen“. Beiträge zur Wirtschaftspolitik der PDS. Berlin
- DGB-BUNDESVORSTAND (HRSG.), 2001: Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 gesunken. Berlin
- DUCHROW, ULRICH/HINKELAMMERT, FRANZ, 2002: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums. Oberursel
- EICHENGREEN, BARRY/KENEN, PETER B., 1994: Managing the World Economy under the Bretton Woods System: An Overview. In: Kenen, Peter B. (Hrsg.): Managing the World Economy Fifty Years after Bretton Woods. Washington
- EISENBERG, GÖTZ, 2002: Die Gewalt aus der Kälte. In: Die Zeit, Nr. 19
- EKO-STAHLE. <http://www.eko-stahl.de>
- ENGLER, WOLFGANG, 2000: Anfänge fürs Ende der Arbeitsgesellschaft. In: Neues Deutschland, 24./25. August
- ENQUÊTE, 2002: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag. Opladen
- ESSER, HARTMUT, 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen, Soziales Handeln. Frankfurt am Main
- FAULSTICH, WERNER, 1999: Der Öffentlichkeitsbegriff. Historisierung – Systematisierung – Empirisierung. Opladen
- FISCHERMANN, THOMAS, 2001: Strategische Nächstenliebe. Die Ethikbranche wächst: Konzerne kaufen sich einen guten Ruf bei Kunden und Politikern. In: Die Zeit, Nr. 23
- FLASSBECK, HEINER 2001: Die Europäische Zentralbank: Unabhängig und unzugänglich. In: Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke/Rosa-Luxemburg-Stiftung: Die Europäische Zentralbank: Macht außer Kontrolle? Berlin
- FÖRDERGESELLSCHAFT ERNEUERBARE ENERGIE E.V.
<http://www.fee-ev.de>
- FÖRSTER, PETER, 2002: Junge Ostdeutsche im Jahre 12 nach der Vereinigung. Die Generation der zweifach Enttäuschten. Ausgewählte Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnitt-

- studie zum politischen Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002. Erstinformation. Leipzig 2002
- FOKUS, 1999: Studie Politische Landschaft. Halle
- FOKUS-STUDIE, 2000: Solidarität und Ausgrenzung. Halle
- FORD, HENRY, 1923: Mein Leben und Werk. Leipzig
- FORRESTER, VIVIANE, 1997: Der Terror der Ökonomie. Wien
- FRANK, JOACHIM, 2000: Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Politik. In: Utopie kreativ, Sonderheft Oktober, Berlin
- FRIED, ERICH, 2000: Gründe, Gedichte. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk. Berlin
- GALBRATH, JOHN KENNETH 1959: Gesellschaft im Überfluss. München, Zürich
- GIARINI, OTTO./LIEDTKE, PATRICK. 1998: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht des Club of Rome. Hamburg
- GILDER, GEORGE, 1981: Reichtum und Armut. Darmstadt
- GIDDENS, ANTHONY, 1999 : Der dritte Weg. Frankfurt/Main
- GLATZ, BOBBY, 2001: Die Häuser denen, die drin wohnen. In: Forum Wissenschaft, 1/2001
- GLOBAL TRADE WATCH. <http://www.citizen.org>
- GORE, AL, 1992: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt/Main
- GORZ, ANDRÉ , 1980: Abschied vom Proletariat. Reinbek bei Hamburg
- GORZ, ANDRÉ, 1999: Arbeit zwischen Elend und Utopie. Frankfurt am Main
- GORZ, ANDRÉ , 2000: Eine ganz andere Weltzivilisation denken. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2000
- GRAMSCI, ANTONIO, 1967: Amerikanismus und Fordismus. In: ders.: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hrsg. von Riechert, Christian. Frankfurt/Main
- GREFE, CHRISTIANE/GREFFRATH, MATHIAS/SCHUMANN, HARALD, 2002: Attac. Was wollen die Globalisierungsgegner? Berlin
- GROTE, ANDREAS, 2000: Vielfraß Internet. Das Netz als Energiemoloch. In: c't., H. 5
- GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD, 1999: Dritter Weg – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Berlin
- GYSI, GREGOR, 1994: Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Berlin

- HAMMERSTEIN, KONSTANTIN VON/SAUGA, MICHAEL, 2002: Zuckerbrot und Peitsche. In: Der Spiegel, Nr. 26/2002
- HANESCH, WALTER/KRAUSE, PETER/BÄCKER, GERHARD, 2000: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Hamburg
- HANS-BÖCKLER-STIFTUNG, 2000: Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnis aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. (Kurzfassung) Düsseldorf
- HARDT, MICHAEL/ NEGRI, ANTONIO, 2000: Empire. Cambridge and London
- HARTZ, PETER, 2002: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Berlin
- HEIMANN, HORST 2001: Mehr Ungleichheit wagen? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6
- HEINE, HEINRICH, 1890: Sämtliche Werke. Erster Band. Leipzig/Wien
- HICKEL, RUDOLF, 2001: Weniger ist genug. Zur Beschäftigungspolitik der Bundesregierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4
- HILDEBRANDT, ECKART, 1998: Arbeiten und leben im Wissen um ihre ökologischen (Neben-)Folgen. In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta v. (Hrsg.): Zukunft der Arbeit: Welcher Arbeit? Wuppertal Texte. Berlin
- HIRSCH, JOACHIM, 1996: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam
- HOBBSAWM, ERIC, 1994: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien
- HODDIS, JAKOB VON, 1972: Weltende. In: Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus. Leipzig
- HOLST, E./SCHUPP, J., 1994: Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? In: DIW-Wochenbericht 35
- HOMBACH, BODO, 2000: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte. München
- HÖPPNER, JOACHIM /SEIDEL-HÖPPNER, WALTRAUD, 1975: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig
- HOSSBACH, CHRISTIAN 2001. Zukunft der Gesellschaft. Mentorenberichte zu den Leitthemen der Zukunftsdebatte. IG Metall. Schwalbach/Ts.

- HRADIL, STEFAN, 1999: Soziale Ungleichheit in Deutschland. München
- HÜBNER, KURT, 1990: Theorie der Regulation: eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie. Berlin
- HUFFSCHMID, JÖRG, 1999: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- IG METALL, 2000: Denk-Schrift fair teilen. Schwalbach/Ts.
- IG METALL, 2000: Debatten-Buch fair teilen. Schwalbach/Ts.
- IG METALL-VORSTAND, 2001: IG Metall-Zukunftsreport. Ergebnisse im Überblick. Zuspitzungen und Diskussionsanreize. Frankfurt am Main
- INGELHART, RONALD, 1995: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt/Main
- INITIATIVE ZUR VERNETZUNG DER GEWERKSCHAFTSLINKEN.
<http://www.labournet.de/GewLinke/index.html>
- JONAS, HANS, 1984: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt am Main
- JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL (Hrsg.), 1997: 12. Shell Jugendstudie. Jugend '97. Opladen
- KADRITZKE, ULF, 2000: Die „neue Selbständigkeit“ als Gratwanderung – Zwischen professioneller Lust und Angst vor dem Absturz. In: WSI Mitteilungen, 12/2000
- KANT, IMMANUEL, 1998: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Werke Bd. VII. Frankfurt am Main
- KENNEDY, PAUL, 1993: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. New York
- KLENNER, HERMANN, 1982: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Berlin
- KÖCHER, RENATE, 2000: Zwischen Fortschrittsoptimismus und Fatalismus. In: FAZ, 16. August
- KOCKA, JÜRGEN, 1974: Organisierter Kapitalismus oder staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Umfänge. Göttingen
- KOMMISSION FÜR ZUKUNFTSFRAGEN DER FREISTAATEN BAYERN UND SACHSEN, 1997: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung. Ursachen und Maßnahmen. Teil III Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn
- KRÄMER, RALF, 1998: Drei Ziele – kein Weg: Neosozialdemokratie. Kritik der Studie der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-

- Stiftung. Dortmund: In: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 101
- KRYSMANSKI, HANS-JÜRGEN, 2000: Machteliten und Globalisierung. <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/dgs-mills/mills-texte/Krys-eliten-globalisierung.htm>
- KUCZYNSKI, JÜRGEN 1967: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 37. Berlin
- KÜNKLER, MARTIN, 2001: Sozialhilfe: Alles Missbrauch oder was? In: AKP, Nr. 4
- LAND, REINER, 1999: Reformpolitik in Zeiten der Depression. In: Berliner Debatte Initial, Nr. 4/5 1999. Berlin
- LIEBKNECHT, WILHELM, 1871: Zu Schutz und Trutz. Zitiert nach Zoll, Reiner, 2000: Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main
- LOCQEAY, CAMILLE/VOLZ, JOACHIM, 2001: Lohnzurückhaltung, ein Beitrag zu mehr Beschäftigung? Deutschland und Frankreich im Vergleich. In: DIW-Wochenbericht Nr. 50
- LUEDEMANN, ERNST, 1996: Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Eine statistische Übersicht. ISMF Forschung und Diskussion 13. Frankfurt am Main.
- LUXEMBURG, ROSA: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Werke, Bd. 5.
- LYNCH, MERILL, 2000: Studien der Beratungsunternehmen Merill Lynch und Cap Gemini Ernst & Young. In: Neues Deutschland, 13.02
- MANIFEST 2002. Mit Attac die Zukunft zurückerobern. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2002
- MARCH, JAMES G./OLSEN, JOHAN P., 1989: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York/London.
- MARCOS, SUBCOMMANDANTE INSURGENTE, 1996: Botschaften aus dem Lakadonischen Urwald. Über den Zapatistischen Aufstand in Mexiko. Hamburg
- MARX, KARL: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23. Berlin
- MARX, KARL/ENGELS, FRIEDRICH: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4. Berlin
- MARX, KARL: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42. Berlin
- MARX, KARL: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung. In: MEW, Bd. 1. Berlin

- MEHR DEMOKRATIE, 2001: Menschen für Volksabstimmung. Initiative zur Einführung der Direkten Demokratie auf Bundesebene. Berlin, www.volksabstimmung.org
- MEYER-ABICH, KLAUS MICHAEL, 1997: Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. München
- MEYER-ENGELKE, ELISABETH, 1998: Beispiele nachhaltiger Regionalentwicklung. Empfehlungen für den ländlichen Raum. Hannover
- MEYER, THOMAS, 2002: Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive. Bonn
- MEYER, THOMAS, 2001: Grundwerte im Wandel. In: Müntefering, Franz/Machnig, Matthias (Hrsg.): Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert. Berlin
- MEYER, THOMAS, 2001: Sozialismus als sowohl – als auch? In: Freitag, 13. Juli
- MÜLLER, MICHAEL/HENNICKE, PETER, 1994: Wohlstand durch Vermeiden. Mit der Ökologie aus der Krise. Darmstadt
- NETZWERK FRAUEN ZEITEN, 2001: Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8
- NEUMANN, INGO, 2000: Werkstattbericht Gewerkschaften im Lokale-Agenda-21-Prozess unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Arbeit und Wirtschaft. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Dresden
- NIELAND, JÖRG, 2000: Wandel und Perspektiven des „Dritten Sektors“ und die empirisch falsifizierte Autonomie einer Zivilgesellschaft. In: Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive. Münster
- OECD (Hrsg.), 1996: Reconciling Economy and Society. Paris
- OETTEL, EBERHARD, 1999: Energiewandel in Ostdeutschland – Für Reindustrialisierung und neue Arbeitsplätze. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik PDS, H. 4
- OLSON, MANCUR, 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen
- OPIELKA, MICHAEL, 2000: Grundeinkommenspolitik. Pragmatische Schritte einer evolutionären Reform.
[File:///C:/Windows/Temp/opielkagrundeink.html](file:///C:/Windows/Temp/opielkagrundeink.html)
- PETERS, ARNO, 2000: Computersozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse. Vaduz
- PLEHWE, DIETER/WALPEN, BERNHARD, 1999: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberal-

- lismus. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115
- POLANYI, KARL, 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.
- PONTENAGEL, IRM (Hrsg.), 1998: Erneuerung von Gemeinden und Regionen durch Erneuerbare Energien, herausgegeben von der Europäischen Sonnenenergie-Vereinigung EUROSOLAR e.V., Sektion Deutschland. Bochum
- PRILLER, ECKHARD/ZIMMER, ANNETTE/ANHEIER, HELMUT K., 1999: Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklung, Potenzial, Erwartungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 9/99. 26. Februar
- RAISONS D'AGIR. <http://www.zeg.org/raison/arbeit.html>
- RASCHKE, JOACHIM, 1999 : Machtwechsel und soziale Bewegungen. In: Neue soziale Bewegungen. Opladen
- RAWLS, JOHN, 1975: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/Main
- REPUBLIKANISCHER ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREIN.
<http://www.rav.de>
- RIFKIN, JEREMY, 1995: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main, New York
- RIFKIN, JEREMY, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/New York
- RITTER, CLAUDIA, 1997: Lebensstile und Politik. Zivilisierung. Politisierung, Vergleichgültigung. Opladen
- ROGOWSKI, RALF/SCHMID, GÜNTHER, 1997: Reflexive Deregulierung. Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes. In: WZB. Discussion-paper FSI 97-206. Berlin
- RONZHEIMER, MANFRED, 2001: Dritter Sektor und Zivilgesellschaft. WZB stellte internationale Untersuchung vor. berlin-news.de/archiv/2071/html
- ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (Hrsg.), 2000: ReformAlternativen. Sozial – ökologisch – zivil. Berlin
- ROTH, ROLAND, 2001 : Die bewegte Bundesrepublik. Zur Bedeutung sozialer Bewegungen im deutschen Modell der Interessenvermittlung. In: Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen
- ROUSSEAU, JEAN-JACQUES, 1978 : Der Gesellschaftsvertrag. Leipzig
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER
GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2002: Jahresgutachten 2002/2003. Wiesbaden

- SALAMON, LESTER M./ANHEIER, HELMUT K. UND MITARBEITER, 1999: Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends. Eine Zusammenfassung – The Johns Hopkins Comparative Non Profit Sector Project, Phase II. Gütersloh
- SCHARPING, RUDOLF, 2001: Halbzeit in der programmatischen Neubestimmung der Sozialdemokratie. In: Presseservice der SPD, 1. August
- SCHEER, HERMANN, 1999: Solare Weltwirtschaft. München
- SCHINDOWSKI, WALDEMAR/VOSS, ELISABETH (Hrsg.), 2000: Jahrbuch. Nachhaltiges Wirtschaften.
- SCHMID, GÜNTHER, 2002: Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M./New York
- SCHMID, GÜNTHER/SCHÖMANN, KLAUS (Hrsg.), 1999: Von Dänemark lernen. In WZB. Discussion-paper FSI 99-201. Berlin
- SCHRÖDER, GERHARD, 1998: Rede auf dem SPD-Parteitag in Hannover. Bonn
- SCHRÖDER, GERHARD, 1999: Alte Linke und Neue Mitte. In: Süddeutsche Zeitung, 13./14. März
- SCHULTEN, TH./STÜCKLER, A., 2000: Lohnpolitik in Europa. Eine Studie im Auftrag des European Industrial Relations Observatory (Eiro). In: WSI-Informationen zur Tarifpolitik. Düsseldorf
- SCHUMPETER, JOSEPH A., 1987: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München/Stuttgart u. a.
- SEIFERT, HARTMUT, 1998: Arbeitszeitpolitik in Deutschland auf der Suche nach neuen Wegen. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 8
- SEN, AMARTYA, 1999: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München/Wien
- SENNETT, RICHARD, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
- SIEGMANN, KARIN ASTRID, 2000: Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der Kreide? Südwind e.V.. Siegburg
- SIPRI. Jahrbuch 2001. Stockholm
- SOROS, GEORGE, 1999: Die Krise des globalen Kapitalismus. Berlin
- SOZIALISMUS, 2002, Juni-Heft. Hamburg
- SOZIALREPORT 2000: 10 Jahre deutsche Einheit. Berlin
- SOZIALWISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSZENTRUM BERLIN-BRANDENBURG E.V., 2000: Frauen in Deutschland – 10 Jahre nach der Einheit. Daten und Fakten. Berlin

- SPEHR, CHRISTOPH, 2003: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Berlin
- STAHL-ROLF, SILKE, 2001: Transformation – ein historischer Sonderfall? Evolutionstheoretische Überlegungen. In: Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster
- STIGLITZ, JOSEPH, 2002: Die Schatten der Globalisierung. Berlin
- STREECK, WOLFGANG/HEINZE, WOLFGANG, 1999: Runderneuerung des deutschen Modelles. Aufbruch für mehr Jobs. In: Arlt, Hans-Jürgen/Nehls, Sabine (Hrsg.), 1999: Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere. Wiesbaden
- THE INTERNATIONAL FORUM ON GLOBALIZATION,
<http://www.ifg.org>
- THIERSE, WOLFGANG, 2000: Rede anlässlich des „Forums Grundwerte: Gerechtigkeit“ der SPD am 26.04.2000.
<http://www.spd/events/grundwerte/thierse.htm>
- VER.DI, 2002a: Tarifbewegung 2002. Höhere Einkommen. Mehr Gerechtigkeit, mehr Kaufkraft, mehr Arbeitsplätze. Berlin
- VER.DI, 2002b: Staatsfinanzen stärken. Zukunftsaufgaben zwischen öffentlicher Arbeit und privatem Reichtum. Berlin
- VER.DI, 2002c: Steuervampire? Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Berlin
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.
<http://www.vdj.de>
- VESTER, MICHAEL/VON OERTZEN, PETER/GEILING,
 HEIKO/HERRMANN, THOMAS/MÜLLER, DAGMAR, 1999: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/Main
- WAGNER, ALEXANDRA, 2000: Krise des „Normalarbeitsverhältnisses“? In: Schäfer, Claus: Geringe Löhne – mehr Beschäftigung? Niedriglohn-Politik. Hamburg
- WAHL, PETER, 2001: Eine andere EZB ist möglich. In: Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke/Rosa-Luxemburg-Stiftung: Die Europäische Zentralbank: Macht außer Kontrolle? Berlin
- WALPEN, BERNHARD, 2000: Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. In: Utopie kreativ, 121/122
- WALZER, MICHAEL, 1992: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a. M./ New York
- WEBER, MAX, 1991: Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung. Winkelmann, Johannes (Hrsg.). Gütersloh

- WEIZSÄCKER, ERNST-ULRICH v./LOVINS, AMORY B./LOVINS, L. HUNTER, 1995: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch. München
- WELZEL, CHRISTIAN, 1998: Vom Konsens zum Dissens? KZfSS. Abstracts. Heft 2. Berlin
- WERNER, KLAUS/WEISS, HANS, 2001: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien/Frankfurt/Main
- WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin
- WITT, UWE, 1999: Wachstum, Einkommen und Konsum. Thesen zur PDS-Umweltkonferenz. Berlin
- WOLF, FRIEDER OTTO, 2000: Zur europäischen Diskussion um das „Dritte System“ bzw. den „Dritten Sektor“. In: Crossover (Hrsg.): Regionale Wirtschaften als linke Reformperspektive. Münster
- WOLLMANN, HELLMUT, 2002: Die Entwicklung der politischen Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. In: Enquête-Kommission: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen
- ZAHN, DIETER, 2001: Mythen gegen den Sozialstaat. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- ZUKUNFTSKOMMISSION DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 1998: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Bonn